

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien
19

R. Oldenbourg Verlag München 1991

Revolution und Gegenrevolution 1789–1830

Zur geistigen Auseinandersetzung
in Frankreich und Deutschland

Herausgegeben von
Roger Dufraisse
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

R. Oldenbourg Verlag München 1991

Schriften des Historischen Kollegs

im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Horst Fuhrmann
in Verbindung mit

Knut Borchardt, Lothar Gall, Hilmar Kopper, Karl Leyser, Christian Meier, Horst Niemeyer,
Arnulf Schlüter, Rudolf Smend, Rudolf Vierhaus und Eberhard Weis

Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner
Organisationsausschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“. Die Forschungstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Roger Dufraisse (Paris) war – zusammen mit Professor Dr. Gerhard A. Ritter (München) und Professor Dr. Klaus Schreiner (Bielefeld) – Stipendiat des Historischen Kollegs im achten Kollegjahr (1987/88). Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Roger Dufraisse aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Revolution und Gegenrevolution in der geistigen Auseinandersetzung in Frankreich und Deutschland 1789–1830“ vom 27. bis 30. April 1988 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**[Revolution und Gegenrevolution
siebzehnhundertneunundachtzig bis achtzehnhundertdreissig]**

Revolution und Gegenrevolution 1789 – 1830 : zur geistigen
Auseinandersetzung in Frankreich und Deutschland / hrsg. von
Roger Dufraisse unter Mitarb. von Elisabeth Müller-Luckner. –
München : Oldenbourg, 1991

(Schriften des Historischen Kollegs : Kolloquien ; 19)

ISBN 3-486-55844-7

NE: Dufraisse, Roger [Hrsg.]; Historisches Kolleg <München> /
Schriften des Historischen Kollegs / Kolloquien

© 1991 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-55844-7

Inhalt

Einleitung	
<i>Roger Dufraisse</i>	VII
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer	XIX
<i>Peter Stadler</i>	
Ja oder Nein? Pestalozzis gespaltene Einstellung zur Französischen Revolution	1
Résumé	8
Diskussion	9
<i>Jean Clédière</i>	
C. F. D. Schubart et la Révolution Française	11
Zusammenfassung	29
Diskussion	30
<i>Erwin Riedenauer</i>	
Die „fränkische Republik“ 1796. Daten und Fragen	33
Résumé	58
Diskussion	59
<i>Jean Laspougeas</i>	
La Nation ou la Liberté? L'université de Caen contre la Révolution, 1791	63
Zusammenfassung	78
Diskussion	79
<i>Pierre-André Bois</i>	
Knigge et Zimmermann (1792–1795) ou le discours politique entre le débat et la dénonciation. Contribution à l'étude du discours politique allemand à l'époque de la Révolution Française	81
Zusammenfassung	94
Diskussion	95
<i>Jean Tulard</i>	
Un classique de la Contre-Révolution: les „Considérations sur la France“ de Joseph de Maistre	99
Zusammenfassung	102
Diskussion	103
<i>Helmut Berding</i>	
Der Gesellschaftsgedanke Napoleons und seine Auswirkungen im rheinbündischen Deutschland: ein Verrat der Revolution?	107
Résumé	117
Diskussion	118

Wolfram Siemann

Die Französische Revolution in der Publizistik der süddeutschen Rhein-	
bundstaaten	121
Résumé	139
Diskussion	140

Guillaume de Bertier de Sauvigny

L'image de la Révolution Française dans „Le Conservateur“	143
Zusammenfassung	153
Diskussion	155

Jürgen Voss

Karl von Rotteck und die Französische Revolution	157
Résumé	176

Manfred Botzenhart

Das Bild der Französischen Revolution in der liberalen Geschichtsschreibung	
des deutschen Vormärz	179
Résumé	189
Diskussion zu den Referaten von Jürgen Voss und Manfred Botzenhart	191

Jean Benoît Yvert

Decazes et la politique du juste-milieu: „Royaliser la Nation, nationaliser la	
Royauté“ (1815–1820)	193
Zusammenfassung	207
Diskussion	209

Michel Bruguière †

Légitimité et finances: les faits contre la doctrine	211
Zusammenfassung	222

Hartwig Brandt

Die Julirevolution (1830) und die Rezeption der „principes de 1789“ in	
Deutschland	225
Résumé	233
Diskussion	234

Fernand L'Huillier

Lamartine et la Révolution Française	237
Zusammenfassung	246
Diskussion	248

Rudolf Vierhaus

Die Revolution als Gegenstand der geistigen Auseinandersetzung in	
Deutschland, 1789–1830	251
Résumé	261
Diskussion	263
Register	267

Einleitung

Der vorliegende Band enthält in überarbeiteter und ergänzter Form die Referate, die bei einem Kolloquium des Historischen Kollegs in München vom 28. bis 30. April 1988 vorgelegt und dort in Kurzform gehalten worden sind.* Jedem Beitrag der Druckfassung folgt ein französisches bzw. deutsches Resümee sowie eine Diskussionszusammenfassung, in die zum Teil kurze ausgearbeitete Statements der Autoren eingearbeitet wurden.

Das Thema des Kolloquiums lautete: „Revolution und Gegenrevolution in der geistigen Auseinandersetzung in Frankreich und Deutschland 1789–1830“. Diese Veranstaltung ging jenen vielen hundert Tagungen voraus, die 1989 in Frankreich, Deutschland und anderswo anlässlich des zweihundertsten Jahrestages der Französischen Revolution stattgefunden haben¹. Man wird sich bei der Betrachtung des Themas verschiedene, vor allem aber folgende drei Fragen stellen: Warum ein Kolloquium über Frankreich und Deutschland? Warum ein ideengeschichtliches Kolloquium? Warum ein Kolloquium gerade über die Zeit zwischen 1789 und 1830?

* Es wurde mir die Möglichkeit geboten, die Ergebnisse dieses Kolloquiums vor dem „Congrès mondial pour le Bicentenaire de la Révolution“, der vom 6. bis 12. Juli 1989 in Paris stattfand, vorzustellen. Die Organisatoren verlangten allerdings, daß der Bericht, den ich vorzutragen beabsichtigte, vorher einem Auswahlausschuß einzureichen sei, der über seine letztendliche Verwendung entscheiden würde. Ich habe dies abgelehnt, denn es schien mir den Teilnehmern der Tagung gegenüber beleidigend, wenn die Früchte ihrer Arbeit einer Art vorheriger Zensur unterworfen werden sollten.

¹ Für Deutschland, *Gérald Chaix*, L'année 89, in: Bulletin d'Information de la Mission Historique Française en Allemagne 19 (1989) 75–141. Dieser Aufsatz bietet eine ausführliche und fast vollständige Aufzählung der wissenschaftlichen Ereignisse und Veranstaltungen (Vorlesungen und Hauptseminare der Universitäten, Veröffentlichungen, Tagungen usw.) in der Bundesrepublik anlässlich des 200. Jahrestages. Für Frankreich und die DDR haben wir noch nichts Vergleichbares. Unter den Veröffentlichungen, die vor dem 200. Jahrestag erschienen sind, sind hervorzuheben: *Eberhard Schmitt*, Einführung in die Geschichte der französischen Revolution (München 1976) (mit ausführlicher Literatur, z. B. S. 115 über die gegenrevolutionären Bewegungen); Deutschland und die französische Revolution. Achtzehn Beiträge. 17. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris (Bad-Homburg, 29. September–2. Oktober 1981) hrsg. v. *Jürgen Voss* (Beiheft der Francia 12, München 1983); Die französische Revolution. Zufälliges oder notwendiges Ereignis? hrsg. v. *Eberhard Schmitt* u. *Rudolf Reichardt*, 3 Bde. (München 1983); *J. Popkin*, Recent West German Work on the French Revolution, in: *Journal of Modern History* 59 (1987) 737–750; *M. Wagner*, Die französische Revolution in der deutschen Geschichtsschreibung seit 1945, in: *A.H.F.* (1986) 31–35; *Jean-René Suratteau*, Sur les travaux des historiens des deux Allemagnes intéressant la Révolution Française. Essai d'historiographie comparée et tendances actuelles, in: *Annales Historiques de la Révolution Française* (1984) 180–203.

Die Antwort auf die erste Frage ist einfach und versteht sich geradezu von selbst. Seit Beginn der Französischen Revolution wurde beidseits des Rheins heftig über die „Prinzipien von 1789“ und die Methoden, mit denen deren Verbreitung betrieben wurde, debattiert. Von Anfang an gab es sehr kontroverse Standpunkte – verständlicherweise: Denn war Deutschland nicht das Land in Europa gewesen, wo die Revolution das stärkste Echo gefunden hatte²? Ein Kolloquium über Frankreich und Deutschland konnte Historikern die Gelegenheit zu fruchtbaren komparativen Studien bieten. Eine umfassende Betrachtung der Frage zwang außerdem dazu, alle Meinungen über die Französische Revolution, mochten sie positiv oder negativ ausfallen, zu berücksichtigen. Daß die Revolution damals wie heute zu einer politischen Meinungspolarität geführt hat: Rechts gegen Links, sei nicht verschwiegen³.

² Jacques Droz, *L'Allemagne et la Révolution française* (Paris 1949, dt.: Deutschland und die französische Revolution [Wiesbaden 1955]); Elisabeth Febrenbach, Deutschland und die Französische Revolution, in: 200 Jahre amerikanische Revolution, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 2, Göttingen 1976) 232–253; George P. Gooch, *Germany and the French Revolution* (London 1920, ²1965); Wolfgang v. Hippel (Hrsg.), *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit? Die Französische Revolution im deutschen Urteil* (München 1989) mit ausführlicher Bibliographie; Hans-Erich Bödeker, Zur Rezeption der französischen Menschen- und Bürgerrechtserklärung von 1789/91 in der deutschen Aufklärungsgesellschaft, in: Günther Birtsch (Hrsg.), *Grund- und Freiheitsrechte im Wandel von Gesellschaft und Geschichte* (Göttingen 1981) 258–286; Richard Brinckmann u.a. (Hrsg.), *Deutsche Literatur und Französische Revolution. Sieben Studien* (Göttingen 1974); Claus Träger (Hrsg.), *Die Französische Revolution im Spiegel der Deutschen Literatur* (Frankfurt/M. 1975); Horst Günther (Hrsg.), *Die Französische Revolution, Berichte und Deutungen deutscher Schriftsteller und Historiker* (Frankfurt/M. 1985); Michael Saluski (Hrsg.), *Die Deutschen und die Französische Revolution* (Göttingen, Zürich 1984); Thomas Paine, *Black Bread – White Bread. German Intellectuals and the French Revolution* (Columbia sc. 1988); Franz Dumont u.a. (Hrsg.), *Deutschland und die Französische Revolution 1789/1989. Eine Ausstellung des Goethe-Instituts zum Jubiläum des welthistorischen Ereignisses* (Stuttgart 1989); Eberhard Weis, Deutschland und die Französische Revolution, in: Venanz Schubert u.a., *Die Französische Revolution, Wurzeln und Wirkungen. Eine Ringvorlesung* (Wissenschaft und Philosophie 7, München - St. Ottilien 1989) 117–154; Wilhelm G. Jacobs, *Die Staatsumwälzung und die Revolution der Denkart. Französische Revolution und deutscher Idealismus*, in: Venanz Schubert (wie oben), 191–226; Wolfgang Martens, *Deutsche Schriftsteller und die Französische Revolution*, in: Venanz Schubert (wie oben), 227–260.

³ „La Révolution inaugure une division politique nouvelle de la France: droite contre gauche“. Dieser Satz von Jean Tulard (in: Jean Tulard, Jean-François Fajard, Alfred Fierro, *Histoire et dictionnaire de la Révolution française 1789–1799* (Paris 1987) gilt auch für Deutschland. Vgl. Alfred Stern, *Der Einfluß der französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben* (Stuttgart 1928); F. Federici (Hrsg.), *Der deutsche Liberalismus. Die Entwicklung einer politischen Idee von Immanuel Kant bis Thomas Mann* (1946); Franz Volz, *Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770–1815* (München 1951, Nachdruck Düsseldorf 1978); F. G. Eyck, *English and French Influences on German Liberalism before 1848*, in: *Journal of the History of Ideas* 18 (1957) 313–341; Klaus Epstein, *The Genesis of German Conservatism* (Princeton 1966, dt.: *Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die französische Revolution 1770–1806* [Berlin und Frankfurt/M. 1976]); Günther Lottes, *Die Französische Revolution und der moderne politische Konservatismus*, in: *Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins* (hrsg. v. Rudolf Reichardt u. Reinhart Koselleck, *Ancien Régime, Aufklärung und Revolution* 15, München 1989) 609–630; Hans Rosenberg, *Politische Denkströmungen im Vormärz* (Göttingen 1972); H. Klenner, *Frankreichs Revolution und Deutschlands Konservatismus*, in: *Die Französische Revolution*

Der Veranstalter des Kolloquiums hatte ursprünglich beabsichtigt, alle Angelegenheiten, die Frankreich betrafen, zur Sache der deutschen Kollegen zu machen, und umgekehrt alle deutschen Belange von französischen Historikern bearbeiten zu lassen. Diese Vorstellung ließ sich leider nicht vollständig, aber doch bis zu einem gewissen Grade verwirklichen⁴.

Fortsetzung Fußnote von Vorseite

1789–1989. Revolutionstheorie heute (Marxistische Studien, 14, Frankfurt/M. 1986) 399–404; Michael Neumüller, Liberalismus und Revolution. Das Problem der Revolution in der deutschen liberalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts (Düsseldorf 1973); Axel Kuhn, Die Entstehung der politischen Gruppierungen in Deutschland, in: „Sie und nicht wir“. Die französische Revolution und ihre Wirkung auf Nord-Deutschland und das Reich: Politik und Recht. Literatur und Musik. Hrsg. v. A. Herzig (Hamburg 1989) 431–437; Hans Maier, Revolution und Kirche. Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie 1789 bis 1901 (Stuttgart 1988); Hans-Jürgen Puhle, Die Anfänge des politischen Konservatismus in Deutschland, in: Iring Fetscher und Heinrich Münckler (Hrsg.), Pipers Handbuch der politischen Ideen, Bd. 4 (München 1986) 255–276; James J. Sheemann, Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770–1914 (München 1983 [englisch 1978]); D. Stegmann, B. J. Wendt, P. Ch. Witt (Hrsg.), Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert (Bonn 1973); J. Snell, The Democratic Movement in Germany, 1789–1914 (Chapel Hill 1976); Dieter Langewiesche, Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung (Düsseldorf 1974); und nicht zuletzt die Studien über den deutschen „Jakobinismus“: vgl. Heiner Willbarm, Politik und Geschichte. Jakobinerforschung in Deutschland, Bd. 1: DDR; Bd. 2: Bundesrepublik (Frankfurt/M. 1984); Elisabeth Febrenbach, Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß (Grundriß der Geschichte 12, München 1986) 159–169, 228–234; Jacques Droz, Peut-on parler d'un jacobinisme allemand à l'époque de la Révolution française?, in: Annales littéraires de l'Université de Besançon (Paris 1987) 113–119.

⁴ Seit langem haben sich in Frankreich Historiker, Germanisten, sogar Philosophen dem Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche politische Denken gewidmet: Vgl. Lucien Lévy-Bruhl, L'Allemagne depuis Leibnitz. Essai sur le développement de la conscience nationale en Allemagne, 1700–1848 (Paris 1907); Geneviève Bianquis, Les Ecrivains allemands et la Révolution française, in: Revue des Cours et Conférences (Juin-Juillet 1939); Jacques Droz, L'Allemagne et la Révolution Française (Paris 1949); Maurice Boucher, La Révolution de 1789 vue par les écrivains allemands ses contemporains, Klopstock, Wieland, Herder, Schiller, Kant, Fichte, Goethe ... (Paris 1954); Jacques Godechot, Les contre-révolutionnaires allemands, in: La Contre-Révolution, doctrine et action 1789–1804 (Paris 1961) 113–130; Le Romantisme politique en Allemagne, textes choisis et présentés par Jacques Droz (Paris 1963); Gonthier-Louis Fink und A. Fink-Langlois, L'Allemagne face au classicisme et à la Révolution (Paris 1972); Marita Gilli, Pensée et pratique révolutionnaires à la fin du XVIII^e siècle en Allemagne (Besançon-Paris 1983); La Révolution Française vue par les Allemands, textes traduits et présentés par Joël Lefèbvre (Lyon 1987); Daniel Minary (Hrsg.), L'inscription de l'histoire dans les œuvres inspirées directement ou indirectement par la Révolution Française, 4^{ème} colloque franco-allemand tenu les 27–29 mai 1986 à Besançon (Paris-Besançon 1987); Alain Ruiz, Französische Revolution und deutsche Literatur, in: Venanz Schubert (wie Anm. 2.), 165–184. Umgekehrt haben die Deutschen diesen Einfluß auf das französische politische Denken nicht außer acht gelassen; um mich auf die neueste Literatur zu beschränken: P. H. Rudén, Joseph de Maistre als politischer Theoretiker. Ein Beitrag zur Geschichte des konservativen Staats-Gedankens in Frankreich (München 1950); Rudolf v. Albertini, Partiororganisation und Parteibegriff in Frankreich 1789–1940, in: HZ 193 (1961) 529–600; Rudolf Reichardt, Reform und Revolution bei Condorcet. Ein Beitrag zur späten Aufklärung in Frankreich (Pariser Historische Studien 10, Bonn 1973); Walter Grab, Die Französische Revolution, Aufbruch in die moderne Demokratie (Stuttgart 1989); G. van der Heuvel, Der Freiheitsbegriff der Französischen Revolution. Studien zur Revolutionsideologie (Schriftenreihe der Histori-

Zur zweiten Frage: Warum ein Kolloquium über Ideengeschichte, auch über politische Geschichte, wenn man so will? Für den Veranstalter gab es angesichts der klaren Ausrichtung der modernen Geschichtswissenschaft auf sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Aspekte von vornherein keinen Zweifel, daß die Mehrzahl der Jubiläumskolloquien über die Französische Revolution an Themen dieser Art würde ausgerichtet sein⁵. Wenig Interesse würde wohl an Finanzfragen bestehen, so die weitere Annahme des Veranstalters, die, wie Michel Bruguère erinnerte⁶, geradezu tabuisiert worden sind, aus Angst vielleicht, dadurch den Ruf großer Vorfahren ins Wanken zu bringen.

Wenn es aber nun überhaupt eine Domäne der Ideengeschichte und der politischen Geschichte gibt, dann ist das die Französische Revolution. Wie hat doch einer ihrer erbittertsten Gegner, Charles Maurras, geschrieben: „Die wahre Revolution ist nicht die Revolution der Straße, es ist die Art, revolutionär zu denken.“ Dem ließe sich mit Recht entgegenhalten: „Die Gegenrevolution ist nicht die Gegenrevolution der Straße, es ist die Art, gegenrevolutionär zu denken.“

Das Kolloquium ließ es sich angelegen sein, den Empfehlungen zu folgen, die am ersten Dezember 1950 von einem der Väter jener „Kirche“, die die sogenannten „neuen Historiker“ bilden, nämlich Fernand Braudel, aufgestellt wurden: Er forderte seine Getreuen auf, sich fähig zu erweisen, „politische Geschichte und Sozialgeschichte gleichermaßen wahrzunehmen und sich mit Leidenschaft einer von ihnen hinzugeben, ohne die andere zu vernachlässigen“⁷. Ziel der Tagung war es folgerichtig, der Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß hinter den Strukturen, die heutzutage nur noch starr in Statistiken aufscheinen, es große Träume der Menschen gibt, die bewirken, daß Geschichte in Bewegung und eine Quelle großer Hoffnung bleibt.

Vor allem aber sollte diese Tagung einen Beitrag zur Analyse einer großen ideologisch-politischen Debatte leisten. Sie sollte die Entstehung und den Inhalt der wichtigsten politischen Strömungen behandeln, die die Verbreitung der Prinzipien von 1789 begünstigt resp. bekämpft haben. Sie sollte sich auch mit der Art und Weise befassen, wie diese politischen Strömungen ihren Ausdruck gefunden haben. Einer komparativen Studie angemessen, wurde versucht: 1. Ähnlichkeiten und Unterschiede

Fortsetzung Fußnote von Vorseite

schen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 31, Göttingen 1988); *M. Middelet*, Konterrevolution in der Französischen Revolution von 1789, Studien zu ihrer Konstituierung und Formierung 1788 bis 1791/92 (Diss. Leipzig 1989); *ders.*, Konterrevolution während der Französischen Revolution 1789–1795, zeitgenössischer Begriff und aktuelle Forschung, in: *A. Kossok* und *E. Kross*, 1789. Weltwirkung einer großen Revolution (Vaduz 1988) 96–114; *ders.*, Zum Prozeß der Konstituierung der französischen Konterrevolution (Ende 1788–Sommer 1789), in: *Jahrbuch für Geschichte* 38 (1989); *ders.*, „Für Gott und Monarchie“. Die Revolution und ihre Gegner, in: *J. Niemeyer* (Hrsg.), *Vive la Révolution, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* (Berlin 1989) 48–55; *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820*. Hrsg. v. *Rudolf Reichardt* und *Eberhard Schmitt*, H. 8, 9, 10 (München 1988).

⁵ Die Erfahrung mußte beweisen, daß diese Befürchtung nicht begründet war.

⁶ *Michel Bruguère*, *Gestionnaires et profiteurs de la Révolution. L'administration des finances françaises de Louis XVI à Bonaparte* (Paris 1987) 195.

⁷ *Fernand Braudel*, *Collège de France. Chaire d'histoire de la civilisation moderne. Leçon inaugurale faite le 1er décembre 1950* (Nogent-le-Rotrou 1951) 30.

der Themen festzustellen, mit denen die politische Debatte sich auf beiden Seiten des Rheins befaßte und 2. gemeinsame Züge und spezifische Merkmale der großen politischen „Familien“ innerhalb beider Nationen herauszuarbeiten, die wechselseitigen Einflüsse zu markieren, ohne dabei die Einflüsse aus dritten Ländern, wie zum Beispiel England, zu vernachlässigen. Die so gewonnenen Materialien sollten einer künftigen Synthese dienen, die Konstanten und Variable, traditionelles Denkverhalten und Bewußtseinswandel im Verlauf einer Debatte, wie sie gegen Ende des 18. Jahrhunderts zwischen revolutionär, reformerisch und konservativ Gesinnten geführt worden ist, sichtbar werden läßt.

Warum schließlich ein Kolloquium über die Zeit zwischen 1789 und 1830? Zum einen deshalb, weil die Debatte zwischen Anhängern und Gegnern der Revolution 1799 mit dem Staatsstreich Bonapartes nicht zu Ende ging. Unter zum Teil schwierigeren Verhältnissen setzte sie sich in der napoleonischen Ära sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland fort⁸. Nach 1815 begünstigten die Umstände sowohl im Frankreich der Restauration wie auch in gewissen deutschen Staaten ihre Fortführung. Man versuchte damals, Lehren aus den Erfahrungen der Revolution und des Empire zu ziehen. Zu dieser Zeit entstanden große politische Strömungen, die seitdem in Deutschland wie auch in Frankreich die öffentliche Meinung beherrschen. Man darf zum anderen nicht vergessen, daß mit dem Sieg der französischen Juli-Revolution, mit den deutschen Ereignissen von 1830 und dem Zerfall des von Metternich geschaffenen „europäischen Konzerts“ alle Hoffnungen auf eine Rückkehr zu den politischen und gesellschaftlichen Zuständen des Ancien Régime, denen sich doch einige hingegen hatten, endgültig schwanden. In Frankreich betrachtete man die Juli-Revolution als endgültigen Sieg der Großen Revolution, in Deutschland als günstige Gelegenheit für die Rezeption der „Principes de 1789“⁹. In Frankreich machte die Restauration der „Monarchie de juillet“ oder dem bürgerlichen Königtum, d.h. der Regierung durch ein allmächtiges Bürgertum, Platz, in Deutschland folgte auf die Restauration der Vormärz. Die unterschiedlichen Bezeichnungen sind der Ausdruck von Veränderungen, die im politischen und institutionellen Feld begründet liegen. Man weiß, daß es, aus vielerlei Gründen, sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland in der Zeit zwischen 1789 und 1830 engere Beziehungen gab als zwischen 1830 und 1848, weil nach 1830 Ideen auftauchten, die sich an Problemen entzündeten, die sich den Menschen von 1789 noch nicht stellten, so denjenigen, die aus der Industrialisierung oder dem Erwachen der Nationalitäten erwuchsen.

Die deutschen Gesichtspunkte wurden von sechs Historikern, unter ihnen einem Schweizer, Peter Stadler, und zwei französischen Germanisten (Pierre-André Bois, Jean Clédière), die französischen ebenfalls von sechs Historikern vorgestellt. Es war von niemandem erwartet worden und auch nicht Ziel der Veranstaltung, daß Vorträge und sich anschließende Diskussionen den Gegenstand, um den es ging, erschöpfend behandelten. In viel bescheidenerer Weise wurde daran erinnert, daß es die Französi-

⁸ Vgl. *Theodor Schieder*, Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert, in: *ders.*, Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit (München 1976).

⁹ Vgl. den Beitrag von *Hurtwig Brundt*, „Die Julirevolution (1830) und die Rezeption der ‚principes de 1789‘ in Deutschland“ in diesem Band.

sche Revolution war, um die sich die großen politischen Strömungen des 19., ja auch noch des 20. Jahrhunderts gruppieren¹⁰. Der Versuch, zu zeigen, wie eine bestimmte Anzahl von Personen an der Herausbildung dieser großen geistigen Strömungen beteiligt war – beteiligt in unterschiedlichem Maße: als Akteure, als Zeugen, als Opfer dieses großen Ereignisses, war eines der Hauptanliegen des Kolloquiums.

In der Zeit zwischen 1789 und 1799 zeigten sich in der Entwicklung der politischen Auseinandersetzung große Unterschiede. In Frankreich war der Zeitraum, während dessen Anhänger und Gegner der Revolution sich mit gleichen Waffen gegenüberstanden, sehr kurz; er dauerte alles in allem nur von 1789 bis 1791. Wenn man während dieser Zeit das politische Gedankengut der einen wie der anderen Partei kennenlernen will, muß man in deren jeweiligen Reden, Abhandlungen und Artikeln, die sie publiziert oder in privater Korrespondenz geäußert hat, suchen. Diese Reden, Abhandlungen und Schriften sind dem Anlaß entsprechend sehr oft von augenblicklichen Ereignissen inspiriert. Während der Jahre 1789 bis 1791 (wie auch während der folgenden) hatten die französischen Revolutionäre – und auch ihre Gegner – zur Abfassung doktrinäer Parteischriften weder Zeit noch Muße. Die Betrachtungen von Mirabeau bilden fast eine Ausnahme, aber sie wurden erst 1851 veröffentlicht¹¹. Barnave und Condorcet haben die „Introduction à la Révolution française“ (1792) bzw. die „Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain“ (1793) im Untergrund geschrieben, nachdem sie nicht mehr im öffentlichen politischen Kampf standen¹².

Die Deutschen, die vom Schauplatz der Revolution räumlich weit entfernt waren, hatten die Möglichkeit, darüber nicht nur in ihren Zeitschriften und Magazinen zu debattieren, sondern auch in vielen anderen Veröffentlichungen, Pamphleten, Flugschriften, Büchern, Apologien etc. – mehr als tausend Titel lassen sich zwischen 1789 und 1795 ausmachen. Die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und den Gegnern der Revolution nahmen darin oft leidenschaftlichen Charakter an, aber Deutschland, das die Revolution nicht kannte, entging der entscheidenden Trennung, die in Frankreich durch die „Constitution civile“ der Geistlichkeit hervorgerufen wurde und welche für die weitere öffentliche Auseinandersetzung folgenreich blieb.

Wenn sich in der Zeit zwischen 1789 und 1799 auf französischem Boden auch kein klassisches Werk der Revolution findet¹³, so blühten um so auffallender die Klassiker der Gegenrevolution, auch wenn diese alle in der Emigration verfaßt wurden¹⁴, besonders in Deutschland, wo die „Mémoires pour servir à l'histoire du jacobinisme“ von Barruel oder die „Théorie du pouvoir civil et religieux dans la société civile“ von de Bonald erschienen¹⁵.

¹⁰ Für Deutschland s. u. den Beitrag von *Rudolf Vierhaus*.

¹¹ *Correspondance entre le comte de la Marck et le comte de Mirabeau pendant les années 1789, 1790 et 1791* (Paris 1851, neue Ausgabe von *Guy Chaussonaud-Nogaret*, Paris 1986).

¹² Die Abhandlung von Barnave erschien erst 1843, die von Condorcet aber schon am Anfang des Jahres 1795 in der Zeit der „Convention thermidorienne“.

¹³ Mit Ausnahme der Abhandlung von Condorcet (S. Anm. 12).

¹⁴ Vgl. *François Balitensperger*, *Le mouvement des idées dans l'émigration française* (Paris 1934).

¹⁵ *Augustin Barruel*, *Mémoires pour servir à l'histoire du jacobinisme*, 5 Bde. (Hamburg 1798).

Was die Vorträge, die sich auf die Zeit von 1789 bis 1799 bezogen, betrifft, so wurde hier auf Ähnlichkeiten in der geistigen Auseinandersetzung hingewiesen, wie sie in Frankreich auf der einen und in Deutschland auf der anderen Seite stattfand. Diesseits wie jenseits des Rheins findet man bei den Gegnern der Revolution eine Verdammung der Aufklärung. In der Polemik, die sich gegen Knigge richtete¹⁶, prangerte Zimmermann die angeblich deutschen „Jakobiner“ an, Nachfolger der Illuminaten zu sein (erinnert sei in diesem Zusammenhang, daß es Deutschland war, wo die Theorie der Verschwörung der Illuminaten entstand)¹⁷. Schubart unterschied zwischen der „wahren“ und der „falschen“ Aufklärung; die Universität von Caen empörte sich gegen jene, die die Unfehlbarkeit der Kirche in Frage stellten, und Joseph de Maistre sah in der Revolution eine Folge des verderblichen Einflusses der Philosophie des 18. Jahrhunderts¹⁸. Allein diejenigen, die sich mit einigem Zögern der Revolution angeschlossen hatten, hielten sich in ihrem negativen Urteil über die Aufklärung zurück, wie das Beispiel Pestalozzi zeigt¹⁹.

Sehr bald gab es sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland Personen, die sich von der Revolution abwandten, ohne daß sie sich freilich von den „Prinzipien von 1789“ lossagten. Der Bruch trat für viele in dem Augenblick ein, als der König nach Paris zurückkehrte, am 6. Oktober 1789. Die Ereignisse von 1792 spielten dabei keine Rolle. Vor allem in Deutschland, wo viele sich glücklich schätzten, unter guten Fürsten zu leben, die für das Glück ihrer Untertanen Sorge trugen, kam der Schaden, den in Frankreich das Ansehen der Monarchie nahm, einem Sakrileg gleich. Rasch fanden sich Deutsche, wie z. B. Schubart, die die Ansicht vertraten, die Franzosen besäßen ganz offenbar nicht die nötigen moralischen Tugenden, um die Freiheit, die sie gewonnen hatten, vernünftig zu genießen²⁰.

Fortsetzung Fußnote von Vorseite

Ambroise de Bonald, *Théorie du pouvoir politique et religieux dans la société civile* (Konstanz 1795, o.O. 21796). Unter den Autoren der Emigration ist auch Joseph de Maistre zu nennen, dessen „*Considérations sur la France*“ in Lausanne 1795 erschienen sind.

¹⁶ Vgl. den Beitrag von *Pierre-André Bois* in diesem Band.

¹⁷ *Jacques Droz*, *La légende du complot illuminisme et les origines du romantisme politique en Allemagne*, in: *Revue Historique* CCXXVI (1961); *ders.*, *Les Anti-jacobins allemands* (Autour de la revue „Eudaemonia“), in: *Jürgen Puss* (wie Anm. 1), 149–153.

¹⁸ S. u. die Beiträge von *Jean Clédière*, *Jean Laspougeats*, *Jean Tulard*. Die „*Considérations*“ von Joseph de Maistre zeigen die „theokratische“ Schule, die das politische Geschehen durch die Vorsehung bestimmt sieht und die die Forderung der Revolutionäre nach einer Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung allein auf Vernunftbasis als fundamentalen Irrtum anprangert. Diese Überzeugung teilt sie mit anderen Gegnern der Revolution. Wegen dieser Verdammung aller schriftlichen Verfassungen blieben nach 1815, in der Zeit der „Charte octroyée“, die Anhänger der „theokratischen“ Schule aber auch weiterhin stets ein wenig am Rande der politischen Auseinandersetzung. Vgl. *Dominique Bagge*, *Les idées politiques en France sous la Restauration* (Paris 1952) 187–330; *Louis Madelin*, *La Contre-révolution sous la Révolution 1789–1815* (Paris 1935).

¹⁹ Vgl. den Beitrag von *Peter Stadler* in diesem Band.

²⁰ Später vertraten die „Jakobiner“ Gourres und Rebmann die Meinung, daß die Deutschen wegen ihrer Moralität würdiger seien als die Franzosen, Freiheit und Republik auf festem Boden zu begründen. Vgl. *Juques Droz* (wie Anm. 2), 217–259; *ders.*, *La pensée politique et morale des Cisrhénans* (Paris 1940).

In Deutschland hat die Kontroverse über die Revolution dem politischen Diskurs viel Neues zugeführt, Neues, dem Reinhart Koselleck den Namen „semantische Innovation“ gegeben hat, womit gemeint ist, daß Worte plötzlich in einem anderen Sinn verwendet werden, so z.B. in der Kontroverse zwischen Knigge und Zimmermann. In Frankreich trat das gleiche Phänomen ganz offensichtlich ebenfalls auf.

Der Zeit von 1799 bis 1815 waren während des Kolloquiums zwei Untersuchungen gewidmet, die beide Deutschland zum Gegenstand hatten. In Frankreich wurde in jenen Jahren die Revolution geistig verarbeitet, sie konnte sich in gewisser Weise abklären. Da man die Anzahl ihrer Errungenschaften sichern wollte, mußte man zwangsläufig einem Teil der Prinzipien und einem Teil der Hoffnungen den Rücken kehren. Allen aber war klar, daß die Revolution, auf die man sich bezog, diejenige von 1789 war und nicht die von 1793.

In Deutschland, das nicht „revolutioniert“ war, begann sich in bestimmten Staaten des Rheinbundes, aber auch in Preußen, auch in linksrheinischen Gegenden (dort ab 1798) eine „Revolution von oben“ zu entwickeln, die nichts anderes war, als eine „oktroiierte Revolution“. Auf diese Weise ließ sich, anders als in Frankreich, die Säkularisation ohne „Constitution civile“ des Klerus und ohne Entchristianisierung bewerkstelligen, womit infolgedessen auch die politische Diskussion sich in moderaterem Rahmen vollzog. Die Zeit des Rheinbundes erwies sich für eine Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution als außerordentlich fruchtbar, vor allem dort, wo Deutschland von bestimmten Errungenschaften der Revolution profitierte, ohne doch über den eigenen Schatten springen zu müssen. Verschwiegen sei nicht, daß die Bedingungen für eine politische Auseinandersetzung wesentlich günstiger waren als in Frankreich²¹. Unabhängig von den Problemen, die im Mittelpunkt der Diskussionen standen, sei darüber hinaus auf die Tatsache verwiesen, daß im rechtsrheinischen Deutschland, in Preußen insbesondere, sich die Publizisten sehr früh für die Beziehungen zwischen Napoleon und der Revolution interessierten: Hat er sie beendet? Hat er sie vollendet? Hat er sie überwunden? Auf diese Fragen suchte man Antworten, wenn man sich mit der „évolution intérieure“ des napoleonischen Regimes beschäftigte.

In Deutschland, und zwar in jenem, das die Modellstaaten ausmachte, ließ sich die praktische Erprobung von Ideologie durch die Regierungspraxis beobachten. Dort hatte Napoleon selbst es auf sich genommen, das, was er als Errungenschaft der Revolution ansah, zur Anwendung zu bringen. Im Königreich Westfalen freilich hat die Politik der sozialen Rehierarchisierung, wie sie in Frankreich betrieben wurde, die Abschaffung des Lehenswesens geradezu verhindert, so daß man sich schon auch fragen muß, ob dies nicht einem Verrat am Prinzip der Gleichheit, wie es die Revolution proklamiert hatte, gleichkam, und ob Napoleon nicht wirklich den Beinamen „la révolution bottée“ (die gestiefelte Revolution) verdient hat²².

Der dritten Periode 1815–1830 waren fünf Referate gewidmet. Sie war die am ausführlichsten behandelte, und das mit Recht. Sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland war sie – auf der Rednerbühne wie in der Presse – diejenige, in der jede

²¹ Die Debatten zu diesem Problem in der Publizistik der rheinbündischen Zeit werden im Beitrag von *Wolfram Siemann* dargestellt.

²² S. u. den Beitrag von *Helmut Berding*.

der beiden Nationen ihr politisches Selbstbewußtsein fand, in der jede der beiden Nationen ihre politischen Lehrjahre absolvierte. Es ist die Epoche, in der die Worte auf „ismus“ auftauchen: Konservatismus, Liberalismus, Patriotismus, Nationalismus, Konstitutionalismus etc. Die Revolution geisterte durch alle Argumentationen sowohl bei den Gegnern der Revolution, die in ihr eine Gefahr sahen, wie auch bei den Parteigängern, die sie als eine der Möglichkeiten ansahen, die Politik nun einmal bietet, wie auch bei der dritten Partei, die mit Mühe und Not versuchte, einen Mittelweg zwischen den extremen Positionen zu beziehen²³.

Auf beiden Seiten des Rheins weisen die Umstände, unter denen sich die politische Auseinandersetzung vollzog, weitgehende Übereinstimmungen auf: In Frankreich gab es die „Charte octroyée“, in Deutschland die deutsche Bundesakte vom 8. Juni 1815. Mit der einen hatte Ludwig XVIII. und mit der anderen Metternich das notwendige

²³ Für Frankreich *Guillaume de Bertier de Sauvigny*, La Restauration (Paris ²1963, mit ausführlicher Bibliographie); *ders.*, La Révolution de 1830 en France (Coll. U2 17, Dossiers pour l'histoire contemporaine, Paris 1970); *Charles-Hippolyte Pouthas*, La lutte des deux Frances, in: Histoire de France pour tous les Français, Bd. II (Paris 1950); *Dominique Bagge*, Les idées politiques en France sous la Restauration (Paris 1952); *Jean-Jacques Gâblin*, Le mouvement ultra-royaliste sous la Restauration. Son idéologie et son action politique, 1814–1830 (Paris 1960); *G.-H. Dodge*, French Liberalism 1795–1830. With Special Reference to the Political Theory of Benjamin Constant (1953); *Paul Bastid*, Benjamin Constant et sa doctrine, 2 Bde. (Paris 1966); *E. Hurpuz*, L'école libérale sous la Restauration, Le „Mercure“ et la „Müürve“, 1817–1820 (Paris 1968); *René Rémond*, La droite en France, de la première Restauration à la Vè République, 1815–1940 (Paris ¹1968); *Jean Defrasne*, La gauche en France de 1789 à nos jours (Paris 1972); *J.-Ch. Petitfils*, La droite en France de 1789 à nos jours (Paris ⁴1976); *Rudolph v. Albertini*, Freiheit und Demokratie in Frankreich. Die Diskussion von der Restauration bis zur Résistance (Freiburg 1957); *J. H. Stewart*, The Restauration era in France 1814–1830 (Princeton 1968). Für Deutschland *Franz Schnabel*, Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert, Bd. 2: Monarchie und Volkssouveränität (Freiburg i.B. 1933, München 1987); *Karl-Georg Faber*, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Restauration und Revolution 1815–1851 (Handbuch der Deutschen Geschichte, hrsg. von *Leo Jost*, Bd. 3/1, 2. Teil, Wiesbaden 1979); *Thomas Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat (München ²1984); *Reinhard Rürup*, Deutschland im 19. Jahrhundert 1815–1871, in: Deutsche Geschichte, Bd. 3 (Göttingen 1984); *Theodor Schieder* (Hrsg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 5 (Stuttgart 1982) 432–481; *Werner Conze* (Hrsg.), Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815–1848 (Stuttgart ¹1970); Deutschland im Zeitalter der Restauration 1815–1829, in: *Eberhard Weis*, Der Durchbruch des Bürgertums 1776–1847 (Propyläen Geschichte Europas, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1982) 349–366; *Dieter Langewiesche*, Europa zwischen Restauration und Revolution 1815–1849 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 13, München 1985) 59–66, 150–158; *Manfred Botzenhart*, Reform, Restauration, Krise, Deutschland 1789–1847 (Frankfurt 1985) 105–125; *Th. S. Hamerow*, Restauration, revolution, reaction. Economics and politics in Germany 1815–1871 (Princeton 1966); *Otto-Ernst Schüddelkopf*, Die deutsche Innenpolitik im letzten Jahrhundert und der konservative Gedanke. Die Zusammenhänge zwischen Außenpolitik, innerer Staatsführung und Parteigeschichte, dargestellt an der Geschichte der Konservativen Partei 1807 bis 1914 (Braunschweig 1951); *Lothar Gall*, Benjamin Constant. Seine politische Ideenwelt und der deutsche Vormärz (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 30, Wiesbaden 1963); *ders.* (Hrsg.), Liberalismus (Köln 1976 [mit ausführlicher Bibliographie]); *ders.*, Liberalismus und bürgerliche Gesellschaft, in: HZ 220 (1979) 324–356; *U. Vogel*, Konservative Kritik an der bürgerlichen Revolution. August-Wilhelm von Rehberg (Neuwied 1972); *Karl-Georg Faber*, Strukturprobleme des deutschen Liberalismus, in: Der Staat 14 (1975) 201–227; *Jacques Droz*, Le libéralisme rhénan (Paris 1940).

Instrument in der Hand, um die Rückkehr zu einem Zustand zu verhindern, den in Frankreich viele der Ultra-Royalisten und in Deutschland die Anhänger einer politischen Romantik herbeisehnten, die dem Traum von einer Restauration des christlichen und feudalen heiligen Reiches und der Ständegesellschaft nachgingen. Auf beiden Seiten erstreckten sich die politischen Konzeptionen zwischen dem, was man in Frankreich Ordnung und Bewegung nannte. In dem einen Lager sprach man nur von Fortschritt und geißelte die Reaktion, im anderen sprach man nur von Autorität und verurteilte die Revolution. Auf beiden Ufern des Rheins erinnerte man sich der Erfahrungen aus Revolution und napoleonischer Herrschaft, so wie Chateaubriand sie beschrieb: „Der Nationalkonvent hat uns auf immer von der Neigung zur Republik geheilt, Bonaparte hat uns die Liebe zur absoluten Monarchie ausgetrieben.“²⁴ Aber das napoleonische Experiment hatte ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal zwischen beiden Ländern eingeführt: Wenn Franzosen die Restauration verschiedentlich als Rückkehr zur Revolution sahen, so empfanden viele Deutsche die Restauration als Fortschritt in bezug auf das Ancien Régime. Napoleon verkörperte in ihren Augen überdies die Revolution, die die Anhänger der deutschen politischen Romantik bekämpften.

Schließlich darf man nicht vergessen, daß auf beiden Seiten des Rheins die meisten derjenigen, die an der politischen Auseinandersetzung jener Zeit teilnahmen, die napoleonische Zeit, die Revolution und oft sogar noch das Ancien Régime gekannt hatten. Deshalb waren in Deutschland schon vor 1815 Konservatismus und Liberalismus eng mit der nationalen Bewegung verbunden, die ihren Anstoß von der Revolution und den Befreiungskriegen empfangen hatte. Diejenigen, die an der politischen Auseinandersetzung teilnahmen, widersetzten sich nach 1815 vehement dem einen wie dem anderen, weil sie, von Politik und Ideologie abhängig, beide Opfer der Unterdrückung wurden, die nach den Karlsbader Beschlüssen für die deutsche Nationalbewegung wirksam wurde.

Die konservative und restaurative Ideologie, wie sie Chateaubriand für Frankreich formulierte²⁵, ist eine Reaktion gegen die Aufklärung, was sich schon in der Emigration ausdrückte. Für die Ultra-Royalisten in Frankreich wie für die politische Romantik und den Konservatismus in Deutschland ist die Revolution nicht nur in ihren Methoden verdammungswürdig, sondern auch in ihren Prinzipien. Es gibt keine gute Revolution, d.h. die der Assemblée Constituante, sondern nur eine schlechte, die diese und dann alle nachfolgenden Versammlungen betrifft. Gleichwohl bleibt der romantische Konservatismus Chateaubriands, in dem die Religion einen großen Raum einnimmt²⁶, pragmatisch. Chateaubriand akzeptierte die „Charte“, d.h., er war gegen

²⁴ „La Convention nous a guéris pour jamais du penchant pour la république, Buonaparte nous a corrigés de l'amour pour le pouvoir absolu“, in: *François-René de Chateaubriand, De Buonaparte et des Bourbons, ou de la nécessité de se rallier à nos princes légitimes pour le bonheur de la France et de l'Europe* (Paris 1814), zit. nach *Dominique Bagge* (wie Anm. 23).

²⁵ S. u. den Beitrag von *Guillaume de Bertier de Sauvigny*.

²⁶ Die Religion spielt auch eine große Rolle in den letzten Schriften von Adam Müller (in den *Deutschen Staatsanzeigern* 1816–1818) und Friedrich Schlegel (in der Zeitschrift *Concordia*

den Absolutismus²⁷. Wurden nicht 1787 die ersten Schläge gegen den königlichen Absolutismus von Aristokraten ausgeführt, und ist es nicht Chateaubriand gewesen, der den Ausspruch tat: „Die Patrizier begannen die Revolution, die Plebejer beendeten sie?“²⁸ Man darf nicht vergessen, daß nach 1815 die Ultras in Frankreich die ersten waren, die allgemeine Wahlen forderten, weil sie eine direkte Verbindung zwischen der Monarchie und dem Volk herstellen wollten²⁹. Während die Revolution das heilige Salbgefäß durch die Wahlurne ersetzt hatte, wollten die Ultras das heilige Ölfäschchen, um den König zu salben, *und* die Wahlurne, um das Volk zu befragen. Die Ultras widersetzten sich den Liberalen, weil sie in ihren Augen Erben der Jakobiner waren. Es wäre interessant, herauszufinden, inwieweit die Doktrin des „juste milieu“ durch die Regierungserfahrung beeinflusst wurde und umgekehrt³⁰. Sicher ist, daß der Kampf, den die Ultras gegen die Partei „du juste milieu“ führten, sich mit dem Kampf gegen die Revolution deckte.

Auf beiden Seiten des Rheins nahmen die Liberalen die Revolution an in der Überzeugung, daß sie, wenn schon nicht wünschenswert, so doch unvermeidlich sei. Im allgemeinen achteten sie die Männer, die sie führten. Man sollte hervorheben, daß viele Historiker der Revolution, wie Rotteck oder Dahlmann³¹, Politiker wurden und sich dadurch eine gewisse Anzahl Politiker des liberalen Lagers, so Lamartine, verpflichtet glaubte, über die Revolution schreiben zu müssen³².

Die deutschen Liberalen nahmen die Revolution allerdings so an, wie sie in Deutschland Fuß gefaßt hatte, d. h. über den Weg von Reformen. Wie bei den französischen Liberalen sollte auch hier die Revolution im eigentlichen Wortsinn nur als Zuflucht dienen. Sie zogen der gewalttätigen Revolution die Reform vor, die sich auf zwei Grundlagen stützte: Besitz und Kultur. Selbstverständlich darf man in der Entwicklung des liberalen Denkens aber auch die Rolle der englischen Revolution nicht vergessen, die bei einem Rotteck ebenso deutlich wird wie z. B. bei einem Guizot.

Seit 1789 waren die Begriffe „Revolution“ und „Konterrevolution“ ständig Themen der politischen Auseinandersetzung, obgleich der Begriff „Konterrevolution“ schon Joseph de Maistre inadäquat erschienen war und er deshalb geschrieben hatte: „Wir wollen nicht die Konterrevolution, sondern das Gegenteil der Revolution“, Worte, die

Fortsetzung Fußnote von Vorseite

1820–1823). Vgl. *Le romantisme politique en Allemagne. Textes choisis et présentés par Jacques Droz* (Paris 1963).

²⁷ Seit dem Tode Ludwigs XIV. war der französische Adel immer bestrebt, die Monarchie zu kontrollieren.

²⁸ „Les patriciens commencèrent la révolution, les plébéiens l'achevèrent“, in: *Mémoires d'Outre-Tombe*, Bd. 1, hrsg. von *Maurice Levaillant* (Paris 1948) 222.

²⁹ Wegen des Einflusses, den der Landesadel auf das bäuerliche Frankreich ausübte, hofften auch die Aristokraten, zu Wahlen zu kommen.

³⁰ Der Beitrag von *Michel Bruguère* beweist deutlich, wie im Bereich des Finanzwesens gegenüber der Legitimität des Königtums eine neue Legitimität, die der Verwaltung, entstanden ist, die sich aus den Gewohnheiten in Budgetfragen herleitete.

³¹ Vgl. die Aufsätze von *Jürgen Voss* und *Manfred Botzenhart*.

³² S. u. den Beitrag von *Fernand L'Huillier*.

am 8. Oktober 1831 als Untertitel der ersten Nummer des *Berliner Wochenblattes* benutzt worden waren³³.

Die Juli-Revolution erschien vielen als Krönung und Festigung dessen, was 1789 in Angriff genommen worden war. In Deutschland stellten die Unruhen von 1830 einen entscheidenden Wendepunkt im politischen Leben dar. Die Auseinandersetzung um „Revolution“ und „Konterrevolution“ setzt sich nichtsdestoweniger bis in unsere Tage fort.

* * *

Zum Gelingen einer Veranstaltung, wie es das mit Franzosen und Deutschen paritätisch besetzte Kolloquium in München darstellte, haben viele beigetragen. Mein Dank gilt in erster Linie den Referenten und Diskussionsteilnehmern, den Übersetzern und allen Gästen, deren Anwesenheit Anregung bot. Sehr verbunden bin ich den Kollegen, die sich bereit fanden, an fünf Halbtagen die Sitzungen und Diskussionen mit Meisterhand zu leiten. Es waren in der Reihenfolge der Sitzungen: Eberhard Weis (München), Hochw. Pater Guillaume de Bertier de Sauvigny (Paris), Karl Otmar Freiherr von Aretin (Mainz), Fernand L'Huillier (Straßburg) und Stephan Skalweit (Bonn). Von den Kuratoriumsmitgliedern danke ich vor allem dem Vorsitzenden, Horst Fuhrmann, sowie Eberhard Weis, der das Kolloquium eröffnete, und Rudolf Vierhaus, der das Schlußreferat hielt. Der Geschäftsführer des Historischen Kollegs, Herr Georg Kalmer, hat das Unternehmen in allen Belangen unterstützt.

Für die Protokollierung der Diskussionen habe ich Pierre-André Bois, Jean Laspougeas und Carl Albin Hoffmann zu danken. Die Mühe, daraus einen knappen und auf das Wesentliche beschränkten Text zu formulieren, hat Carl Albin Hoffmann auf sich genommen. Frau Dr. Elisabeth Müller-Luckner als wissenschaftliche Referentin des Historischen Kollegs hat entscheidendes Verdienst am Gelingen der Tagung wie auch am Zustandekommen dieses Bandes.

Ermöglicht wurde das Kolloquium durch die Großzügigkeit des Stiftungsfonds Deutsche Bank und des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, die als Träger der Stiftung Historisches Kolleg die Mittel zur Verfügung stellten.

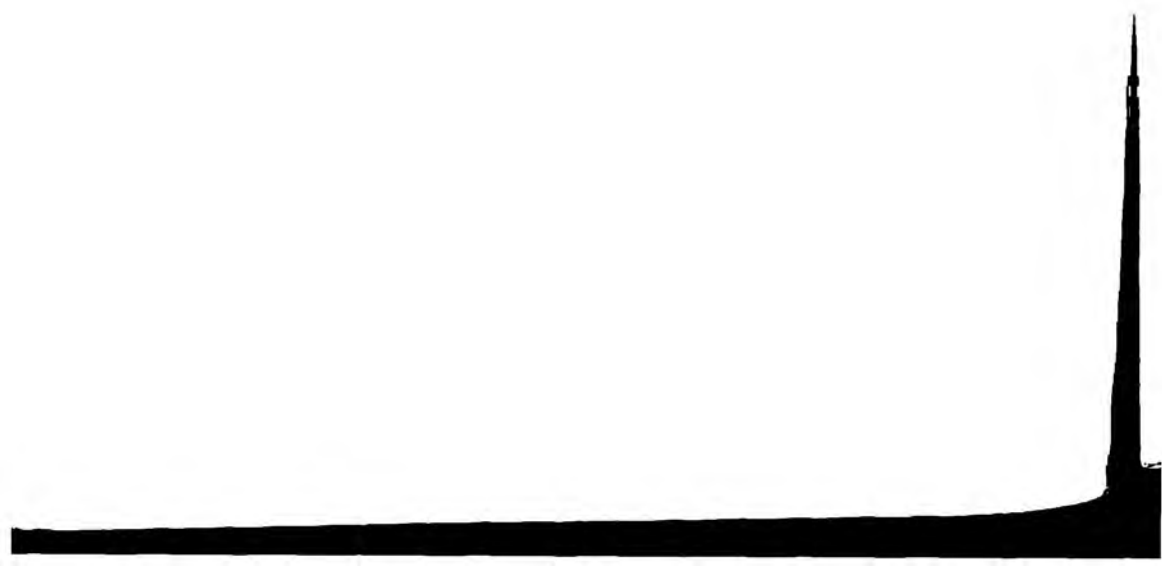
Paris, im April 1990

Roger Dufraisse

³³ Zit. nach Reinhart Koselleck, *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5. Hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Stuttgart 1972 ff.) 757.

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Prof. Dr. Dr. h. c. K. O. Freiherr von Aretin, Mainz
Prof. Dr. Helmut Berding, Gießen
Prof. Dr. Guillaume de Bertier de Sauvigny, Paris/Frankreich
Priv.-Doz. Dr. Werner K. Blessing, Bamberg
Dr. Pierre-André Bois, Reims/Frankreich
Prof. Dr. Manfred Botzenhart, Münster
Prof. Dr. Hartwig Brandt, Marburg/Lahn
Prof. Dr. Jean Clédière, Fontenay-sous-Bois/Frankreich
Prof. Dr. Roger Dufraisse, Paris (Stipendiat des Historischen Kollegs 1987/88)
Prof. Dr. Elisabeth Fehrenbach, Saarbrücken
Carl-Albin Hoffmann, München (Historisches Kolleg)
Georg Kalmer, München (Historisches Kolleg)
Prof. Jean Laspougeas, Caen/Frankreich
Prof. Dr. Fernand L'Huillier, Straßburg/Frankreich
Dr. Elisabeth Müller-Luckner, München (Historisches Kolleg)
Priv.-Doz. Dr. Rainer A. Müller, München
Prof. Dr. Volker Press, Tübingen
Dr. Erwin Riedenauer, München
Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, München (Stipendiat des Historischen Kollegs 1987/88)
Prof. Dr. Wolfram Siemann, München
Prof. Dr. Stephan Skalweit, Bonn
Prof. Dr. Hans Schmidt, München
Prof. Dr. Karl Schnith, München
Prof. Dr. Klaus Schreiner, Bielefeld (Stipendiat des Historischen Kollegs 1987/88)
Prof. Dr. Peter Stadler, Zürich/Schweiz
Prof. Dr. Jean Tulard, Paris/Frankreich
Prof. Dr. Rudolf Vierhaus, Göttingen
Prof. Dr. Jürgen Voss, Paris/Frankreich
Prof. Dr. Eberhard Weis, München
Jean Benoît Yvert, Paris/Frankreich
Prof. Dr. Wolfgang Zorn, München



Peter Stadler

Ja oder Nein? Pestalozzis gespaltene Einstellung zur Französischen Revolution

Pestalozzi gehört zu den Zeitgenossen der Revolution, die durch ihren Ausbruch kaum überrascht wurden¹. Zwar fehlt es an authentischen Zeugnissen aus ihren Anfängen. Doch hatte ihn das Thema Niedergang und Auflösung einer Staatsordnung seit der Jugend begleitet, als er in seiner Erstlingsschrift *Agis* die Verkommenheit des späten Sparta anprangerte und dem Leser dabei das Zürich seiner Gegenwart vor Augen hielt. Aber auch mit dem Frankreich des späten Ancien Régime hatte er sich kritisch beschäftigt und gelegentlich im *Schweizer-Blatt*, einer Zeitschrift, den uneingeschränkten Lebensgenuß der oberen Stände der Ausbeutung der Bauern entgegengesetzt. Wohl setzte er Hoffnungen auf den aufgeklärten Absolutismus, ja er umwarb ihn förmlich, aber er tat es in der Illusion, als Minister oder doch Helfer eines solchen Monarchen zur Entschärfung der Gegensätze zwischen reich und arm im Sinne eines stabilisierten „Mittelstandes“ – dies ein Lieblingswort seines sozialen Vokabulars – beitragen zu können.

Seine Einstellung zur Revolution, als sie dann wirklich kam, war von solchen Vorgegebenheiten her ausgesprochen ambivalent. Revolution heißt ja nicht einfach nur Umwälzung, sondern im Grunde Zurückwälzung, Wiederherstellung einer aus den Fugen geratenen Ordnung. Darin ist das Wort dem der Reform oder Reformation genuin verwandt. Wann aus der alten, wahren Ordnung eine Außerordnung wurde, ist eine geschichtliche Frage, die Pestalozzis historisches Denken immer wieder leitmotivisch begleitete. Sehen wir aber näher zu. Bekanntlich wurde Pestalozzi am 26. August 1792 von der Assemblée législative zusammen mit anderen ausländischen Persönlichkeiten das französische Ehrenbürgerrecht verliehen. Die Ehrung galt dem Volkschriftsteller, sie erfolgte ohne jedes Wissen des Geehrten und zu einem für ihn wenig günstigen Zeitpunkt. Das Massaker der Schweizergarde lag erst zwei Wochen zurück und hatte in der Eidgenossenschaft einen förmlichen Schock ausgelöst. Man begreift daher ein anfängliches Zögern Pestalozzis, der sich erst gegen Jahresende zu einem Dankschreiben aufraffte, dabei aber den Machthabern in Paris gleich auch schon Avancen unterbreitete. „Ich kan im Fach der Volksbildung Licht geben wie niemand,

¹ Wir beschränken uns im folgenden zur Hauptursache auf den Beleg der Zitate. W verweist auf die kritische Gesamtausgabe der Werke *Pestalozzis* (Berlin und Leipzig 1917 ff., später Zürich), B auf diejenige der Briefe (Zürich 1946 ff.). Weitere Nachweise finden sich im 1. Band meiner geschichtlichen Biographie Pestalozzis, die Ende 1988 in Zürich erschienen ist.

und da ich glaube, das Vatterland hat die verbundene Kentnisse sowie die verbundene Thetigkeit von Mennern, die in diesem Fach Erfahrungen haben, nothwenig, um den wahren Seegen der Fryheit den kleinen Hütten im Land rein zu verschaffen, nehme ich desnahen die Fryheit, Sie, verehrungswürdige Mäner, werden den Wunsch, das Meinige zu disem Endzwekk bytragen zu können, dem Vatterland in seiner gegenwertigen Lag nicht undienstlich feinden.“² Bemerkenswert an dieser Selbstempfehlung bleibt die Tatsache, daß Pestalozzi mit seinem Werben genau da einsetzt, wo er bei den Herrschern und Höfen des aufgeklärten Absolutismus aufhörte. Es liegt nahe und wäre doch oberflächlich, darin bloßen Opportunismus zu sehen. Es ging ihm, wie immer, um etwas Höheres, nämlich um seine „Endzwekke“. Die Mächtigen dieser Welt, wer immer sie waren und in welchem Amt sie sich befanden, waren für ihn Werkzeuge, Förderungsinstrumente der Volksbildung, auf die es ihm vor allem ankam. Dem Anerbieten wurde keine Folge gegeben, weder damals noch später.

Die eigentliche Frucht der intensiven Beschäftigung Pestalozzis mit der Revolution aber bildet jene Schrift, die schließlich den Titel *Ja oder Nein?* bekommen hat und von der eine erste Fassung im Frühjahr 1793 vorlag. Der Untertitel lautet, bezeichnend genug, *Aüsserungen über die bürgerliche Stimmung der eurapeischen Menschheit in den oberen und unteren Stendten, von einem freyen Man*³. Der Autor versteht sich also nicht in erster Linie als Analytiker oder Diagnostiker, eher als Stimmungsbeschreiber, der in die Stände hineinhört und über das Vernommene berichtet. Die Meinungen sind ja ohnehin gemacht, wie aber sind sie zustande gekommen? Dies der Vorsatz. Daß Pestalozzi jedoch weiter geht und zu einer eindringenden Untersuchung des Revolutionsphänomens ausholt, ergibt sich schon nach wenigen Seiten. Zunächst steht vor jeder Analyse der Kampf der beiden scheinbar unvereinbaren Prinzipien. Wo aber ist die Wahrheit? Da gibt es einmal die antirevolutionäre Verschwörungstheorie, „dass ganze Völker, von Zeitbüchern verführt, einem Club von Böswichtern verkauft sind, deren Zwekk dahin geht, Anarchie über unseren Weltteil zu verbreiten, um auf dem Besitzstand aller jetzigen Mächte sich selbst neue Trohnen zu erbauen“. „Oder ist alles dieses ein Traum? Sind es im Gegentheile grosse, entschiedene *Regierungsirrthümer* und drückendes Leiden und Unrecht, was die Menschheit unsers Zeitalters über ihre Lage missmuthig macht? Beydes wird behauptet, in den Antichambre[s] der Grossen das erste, in tausend durch die Natur selbst zusammenhangenden Volksclubs das Zweite.“ Nur in der Feststellung eines „grossen Übels“ stimmten beide Teile überein; in Ratschlägen hinsichtlich der Therapie differierten sie völlig. „Die einten sagen, man müsse der ganzen neueren Philosophie durch das Militär den Fusstritt geben ... bis der Schwindel von Freiheit und Menschenrechten aus den Unterthanenköpfen wieder heraus, der Gehorsam gegen allen oberen Gewalt wieder hergestellt, und die Sprecher des Democratismus alle ohne Unterschied zum Stillschweigen gebracht sein werden. Die anderen erwidern, alles Zusammenhauen der Philosophie mit Cosaquensäblen werde nichts helfen; die Fürsten werden durch alle Maassregeln, die wieder die Wahrheit und wieder das Recht sind, einer Clique zum Theil schwacher, zum Theil

² B 3, S. 288.

³ W 10, S. 75.

böser Menschen aufgeopfert, die den wahren Zustand des Volks und das Unrecht, das es leidet, den Fürsten verbergen, und dadurch Europas Schicksahl aufs Spiel setzen.“⁴ Pestalozzi, den wir hier mit Bedacht ausführlich zu Worte kommen ließen, nimmt also nicht – wie in politischen Schriften sonst üblich – den Leser gleich an die Leine, um ihn richtig zu führen. Vielmehr entrollt er vor ihm in sehr schlagkräftig dialektischen Sätzen den ganzen Widerspruch, mit dem sich eine bedachte Beurteilung des großen Zeitgeschehens konfrontiert sieht. Daß jede Seite in begrenztem Ausmaß sich im Recht befindet, wird unausgesprochen deutlich. Ohne die Zeitströmungen der „Philosophie“ hätte es den Ausbruch wohl kaum gegeben. Doch hätte er sich auch vermeiden lassen, wären die Monarchen und ihre Diener – denn diese sind die Hauptschuldigen – ihren Pflichten gegenüber dem Volk und seiner Wohlfahrt wirklich nachgekommen. Damit könnte man den Disput um Berechtigung oder Nichtberechtigung der Revolution nun freilich ins Unendliche relativieren. Gerade das will Pestalozzi vermeiden. Er hakt bei einer konservativen – oder scheinkonservativen – Frage ein, die zur Interpretation der Umwälzung aufgeworfen wurde, nämlich: „... ist es wirklich wahr, dass die Wünsche der niederen Stende nach Abänderungen in ihrer Lag auf romantischen Begriffen ruhen, denen keine Weisheit der Staatskunst und kein Vattersinn der Fürsten ein Genüge zu leisten vermöchte?“ Das Wort von den „romantischen Begriffen“ im Zusammenhang mit den Volksbegehren läßt aufhorchen; es leitet über zu der zentralen These Pestalozzis, wonach die Umwälzung als eine Zurückwälzung zu begreifen sei, die einem sehr berechtigten Anliegen entspreche. „Es ist unstreitig, die Ansprüche an unser Recht sind grossentheils Folgen der Rückerinnerung an gute Geniessungen unserer Väter.“⁵ Diese Argumentation nimmt nun wirklich eigenständige Formen an. Geht die Verständniswerbung für die Revolution üblicherweise von naturrechtlichen Forderungen aus, so begründet Pestalozzi seine – durchaus bedingte – Billigung nicht von Menschenrechten, sondern von der Geschichte her. Um die Frage angemessen zu beantworten, „wird man zu dem Übergang des alten Pheudalsystems in das dem Wesen desselben tödtliche Monarchienregimen und zu der hieraus entstandenen gänzlichen Umschaffung der alten Regierungssitten aller europäischen Höfe hinaufsteigen müssen“. Die Suche nach der entscheidenden Wende führt zur frühen Neuzeit, da der moderne Staat die älteren Formen der Staatlichkeit ablöste. Im Absolutismus sieht Pestalozzi somit den großen Zerstörer einer altständischen Ordnung. Oder, um es in seiner viel anschaulicheren Sprache zu sagen: „Er bildete den Welttheil zu einem Schlavendienst, wie keine Türken und keine Mohren im Stand waren, einen solchen zu leisten, und schnitt ihn für die menus plaisirs der Könige zurecht, wie kein Welttheil für dieselbe zurechtgeschnitten ist. Er gewöhnte sein Reich durch Confiscationen, Exemtionen und die Bastillen an diese Gleichheit der Menschen unter seinem Cronrechte. Die leichten Franken verbluteten sich jubelnd für den grossen König, der ihnen also alles nahm, was sie hatten ... Der Welttheil folgte dem französischen Byspill, denn es war das Wohlgefallen der Könige, dass es also geschehe, und nach ein paar Generationen waren die Rechte und Freihei-

⁴ W 10, S 108–110.

⁵ W 10, S. 111–12.

ten aller Stände also zu todten Gerippen gemacht, dass die neuere Regierungskunst mit ihnen samt und sonders nichts mehr zu thun wusste, als sie zu verspotten.

Der Adel versank in Armuth,
der Bürger in Erschlappung,
der Bauer in Soldatenstand,
und der Geistliche ward ein Schwäzer.“

Diese Art des Vorgehens pflanzte sich, wie Pestalozzi dann weiter ausführt, von den großen Höfen zu den kleineren fort. Doch liegt nicht eigentlich darin der Kern seiner Deduktion. Die gleiche Zwangsläufigkeit findet sich nämlich in der Art und Weise, wie die Revolution dieses Erbe der absolutistischen Könige übernahm. „Die Folgen ihres Gleichmachungssystems waren wie die jetzigen, und das Benchmen der Gleichmacher das nemliche. Sie arbeiteten zügellos gegen die Privilegien, gegen die Ehre und gegen die Krafft aller Stende zu Gonsten des Souvrains und für die Komlichkeit und für die Hoffarth seiner Dienerschaft. Sie lösten das häusliche Heiligthum und die Rechte des Besitzstands zum Dienst der Landeshoheit auf, wie wenn an der Hoheit alles und am Land selbst nichts gelegen wäre. Es gieng alles so gleich wie es jetzt geth. Selber die Religionsrechte mussten sich eben wie jetzt so weit still stellen lassen, als sie dieser auf der Unfehlbarkeit der königlichen Cabinetsvernunft ruhenden Gleichmachungsphilosophie im Weg stunden.“⁶ Ein fast nahtloser Übergang von den „durchlauchtigen Egaliscurs“ zu den „hosenlosen Egaliseurs“⁷ tut sich somit auf, den man in der späteren Sprache der Geschichtswissenschaft als Kontinuität bezeichnen würde – die Revolution übernimmt die Nivellierungsstrategien des Absolutismus und funktioniert sie auf ihre Art um. Diese Sicht der Dinge ist dem Historiker dann durch Alexis de Tocqueville geläufig geworden, und es ist meines Wissens Hans Barth gewesen, der in seinem Buch *Pestalozzis Philosophie der Politik* zuerst auf diesen Zusammenhang hingewiesen hat⁸. Allerdings akzentuiert der Franzose insofern anders, als er die Fortexistenz der alten Institutionen – aus einer sehr viel umfassenderen Kenntniss heraus – durchaus sieht, aber hervorhebt, daß sie im Grunde eine Scheinexistenz führten, so daß die Revolution sie fast widerstandslos beseitigen konnte – denn das neue Frankreich stand auf ihrer Grundlage schon lange da. „Au moment où la Révolution survint, on n'avait presque rien détruit du vieil édifice administratif de la France; on en avait, pour ainsi dire, bâti un autre en sous-œuvre.“⁹ Die Gemeinsamkeit des Urteils ist schwerlich zufällig, sondern hängt damit zusammen, daß Pestalozzi wie Tocqueville einer – um dieses Modewort hier einzusetzen – ‚strukturellen‘ Untersuchungsweise verpflichtet sind, die mit wenig Namen und Ereignissen operiert, dafür aber Schichtungen und Umschichtungen in Erscheinung treten läßt. Also nichts von den ‚Helden‘ Siéyès, Mirabeau, Danton oder Robespierre, kein wehmüthvoller Blick auf Marie-Antoinette. Fast könnte man meinen, daß die Abläufe sich bei Pestalozzi unabhängig von den Persönlichkeiten vollzögen. Auch Ludwig XIV. erscheint bei ihm mehr nur als

⁶ W 10, S. 114–15.

⁷ W 10, S. 87.

⁸ Hans Barth, *Pestalozzis Philosophie der Politik* (Erlenbach und Zürich 1954) 73 f.

⁹ Alexis de Tocqueville, *L'Ancien Régime et la Révolution*, Bd. 2 der *Œuvres complètes*, ed. v. J. P. Mayer (Paris 1952) 127.

Verkörperung und Beschleuniger eines Zentralisations- und Machtakкумуляtionsprozesses, der ohnehin in der Tendenz der Zeit läge.

Es wäre interessant zu wissen, ob und wie weit solche Überlegungen in der zeitgenössischen Publizistik ihre Entsprechung finden. Pestalozzi hat – wie aus den der kritischen Gesamtausgabe eingefügten Notizen zu seinen Lektüren hervorgeht – einiges gelesen, etwa Jacques Henri Meisters oder Knigges Überlegungen zur Französischen Revolution, aber offenbar nicht Edmund Burkes *Reflections on the revolution in France*. Um so interessanter – und damit nähern wir uns dem Ende unserer Betrachtung – ein Vergleich der beiden Sehweisen, der die grundsätzlichen Differenzen erkennen läßt.

Was Burke an dem Geschehen in Frankreich abstieß, machte es Pestalozzi gerade im wahrsten Sinne des Wortes interessant – die Tatsache nämlich, daß eine große politische Bewegung nicht von oben gesteuert, sondern von unten getragen wurde. Wenn Burke kategorisch erklärte: „A spirit of innovation is generally the result of a selfish temper, and confined views“¹⁰, so hätte Pestalozzi ob derart ungebrochen konservativer Selbstzufriedenheit, die ihm von Zürich her bekannt genug war, wohl nur den Kopf geschüttelt. Darüber war er hinausgewachsen, zumal ja seine These eben davon ausging, daß die wirklich gefährlichen „Innovatoren“ gar nicht die Revolutionäre von 1789, sondern die Handlanger des monarchischen Absolutismus gewesen waren. Wenn Burke den eigentlichen Sündenfall der Revolution in das Axiom zusammenfaßte „In Frankreich ist die Regierung nicht in den Händen der Eigentümer“¹¹, so hätte dem Pestalozzi mit guten Gründen die Frage entgegenhalten können, ob es denn nicht gerade die Schuld der wenigen Allesbesitzer war, wenn die Monarchie an ihrem finanziellen Ruin scheiterte, ehe sie politisch zugrunde ging. In einem waren sich beide Diagnostiker zwar einig: man konnte das gegenwärtige Verhängnis – und daß es ein solches war, stand auch für Pestalozzi außer Frage – nur geschichtlich verstehen. Wie diese Geschichtlichkeit aber zu beurteilen war, daran hätten sich die beiden Geister geschieden. Wenn Burke das „unschätzbare Kleinod“ der englischen Verfassung pries¹², spielte er den heiklen Umstand, daß diese ja ihrerseits die Frucht von Revolutionen war – und dazu gehörten auch ein hingerichteter und ein vertriebener König –, mit Bedacht herunter und umgab den Werdegang der englischen Staats- und Gesellschaftsordnung mit dem bestechenden Glanz einer romantisierenden Diktion. Im Grunde ging es ihm jedoch weniger um die Geschichte als um eine historisch angelegte Apologie der gesellschaftlichen Machtverhältnisse im England seiner Gegenwart. Daß Englands Großgrundbesitz auf der Entmachtung und Vertreibung Tausender von Bauern beruhte, erfuhr kein Leser der *Reflections*. Burke erfüllte somit eine doppelte Aufgabe: Er eröffnete dem geschichtlichen Denken eine neue Dimension, zugleich aber war sein Buch eine wahre Offenbarung für alle revolutionärschreckten Menschen der herrschenden Schicht, die aus eigenem intellektuellen Vermögen keine genügende Rechtfertigung ihrer ideologischen Position vorweisen konnten. Von dem

¹⁰ Edmund Burke, Works, vol. I (Paris 1834) 393.

¹¹ Edmund Burke, Betrachtungen über die Französische Revolution. In der deutschen Übersetzung von Friedrich Genz. Einleitung von Dieter Henrich (Suhrkamp-Theorie, Frankfurt/M. 1967) 95.

¹² Wie Anm. 11, 337.

strahlenden Licht dieses Geistes und brillanten Formulierers haben das ganze 19. Jahrhundert hindurch und darüber hinaus viele konservative Glühwürmchen ihren Widerschein empfangen. Pestalozzis historische Sicht war demgegenüber bewußt die der kleinen Leute, die in den letzten Jahrhunderten unter die Räder der Geschichte geraten waren und sich nun darum bemühten, diese Räder zurückzuschieben. Deshalb gab es für ihn auch kein Burkesches Ausspielen des eigenen – heilen – Landes gegen das verdorbene Frankreich. Zu derart heimatlicher Selbstverklärung fand er sich nicht bereit; dazu kannte er die politischen und gesellschaftlichen Mängel der alten Eidgenossenschaft zu gut.

So gibt er denn auch, nachdem er eingangs beide Seiten in ihren Argumenten zu ihrem Recht kommen ließ, diese Position im Laufe der Schrift sukzessive preis. „Aber bin ich ganz unparteiisch? Ich will es nicht einmal syn ... ich denonciere mich selbst als parteiisch fürs Volk. Der Zweck dieser Bogen ist nicht, die Volksfehler zu rügen, sonder die Ursachen zu entwiklen, die selbige veranlasset haben, und noch jetzo unterhalten.“¹³ Also nicht einfach eine Parteischrift mehr, diesmal zugunsten der Revolution, statt polemisch gegen sie – denn damit käme er nicht weiter. Er sei, sagte er einige Seiten weiter vorn, „weit entferrnt, mit diesem das Zeitbenehmen der Freiheitsphilosophen zu billigen, oder zu irgend einer ihrer Meinungen so wenig als zu irgend einem Benehmen derselben, das einen shedlichen Einfluss auf den Ruhestand der Reiche hatten, zu stehen“¹⁴. Deshalb bemühte er sich um die Erforschung der eigentlichen Ursachen. Wenn die revolutionäre Seite bei ihm gleichwohl mehr Verständnis findet, so vor allem, weil ihr zuvor mehr Unterdrückung zugemutet worden war. Denn die Mächtigen, besonders aber die Fürsten, haben versagt, und zwar ausnahmslos: „Vast übermentschliche Kräfte retteten nicht einmahl Friedrich den Einzigen vor den Verirrungen seines Stands ...“ Und so bleibt denn als harte Bilanz: „Die Könige sind der Wahrheit nicht fehg, und die Welt ist der Wahrheit nicht werth.“ Diese Gegenseitigkeit des Versagens gilt auch voll und ganz für Ludwig XVI., der Chancen hatte, die er nicht wahrnahm, den man nunmehr aber – und sein Prozeß war, als diese Sätze entstanden, offensichtlich noch im Gange – schonen sollte: „So wie der unglückliche König jetzt vor unseren Augen steth, ist er nicht mehr der gedankenlose, fehlerhafte und malplacierte Chef eines verschwenderischen, pflichtvergessenen, tiranischen Hoffs. Er ist jetzt ein unglücklicher Mann, dessen Lage und Umstände Bedauern erregen.“¹⁵ Also Mitleid und nicht mehr; kein Beiklang legitimistischer Entrüstung oder verdeckter Sympathiebekundung für beseitigtes Gottesgnadentum. Das unterscheidet ihn ganz grundsätzlich von Lavater, der sich nach anfänglicher Revolutionsbegeisterung unter dem Eindruck von Tuileriensturm und der Absetzung Ludwigs XVI. in einer Predigt derart ereiferte, daß er es sogar mit der staatlichen Zensur zu tun bekam, weil diese eine Gefährdung der Beziehungen zum amtlichen Frankreich befürchtete¹⁶.

¹³ W 10, S. 142.

¹⁴ W 10, S. 130.

¹⁵ W 10, S. 133–34, 135–36.

¹⁶ Hans Münch/Kaja Vögele, Das Zensurwesen in Zürich von 1758 bis 1829 (Liz.arbeit Zürich 1986) 39f.; A. Stern, Der Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben

Pestalozzi beurteilt den jetzigen Zustand Frankreichs als eine schreckliche Phase des Übergangs, die man eben nicht aus historischen Zusammenhängen und Parallelen ausklammern dürfe. Es wäre zu einfach, Pestalozzi nur darin recht zu geben, daß sich seine Prognose insofern bewahrheitete, als Frankreich nach der Revolution und dank ihr langfristig einen Stabilisierungsprozeß erlebte, der gesellschaftlich auf der damals errungenen Vorherrschaft einer nach oben gestoßenen bürgerlichen Mittelschicht beruhte. Er sieht eben mehr als nur diese eine je nachdem begeisternde oder schockierende Umwälzung, er entwirft – wenn auch denkbar skizzenhaft – eine Art von revolutionär-postrevolutionärem Stabilisierungsmodell, nach welchem gewaltsame Machtwechsel geradezu die Voraussetzung einer neuen und dauerhaften soziopolitischen Beruhigung darstellen.

Um so bedauerlicher bleibt, daß Pestalozzi darauf verzichtete, die Schrift damals und überhaupt zu seinen Lebzeiten zu publizieren. Die Gründe liegen nahe; sie sind sicher in der Rücksichtnahme auf die Zensur zu finden, im weitern wohl prinzipiellen Bedenken entsprungen. Gewiß hätte das kleine Werk des bereits berühmten Verfassers von *Lienhard und Gertrud* großes Aufsehen erregt – das ist nach Gewicht und Brisanz nahezu sicher. Ebenso sicher aber ist, daß es den Autor in den Mittelpunkt einer polemischen Auseinandersetzung gestellt hätte, die ihm bis dahin trotz mancher Verdächtigungen erspart blieb. Das Wohlwollen vieler Leser wäre dadurch verscherzt oder doch auf eine harte Probe gestellt worden. Umgekehrt erklang die Kritik am revolutionären Terror doch viel zu vernehmlich für einen allfälligen Beifall aus Paris. Pestalozzi hätte sich folglich mit großer Wahrscheinlichkeit zwischen zwei Stühle gesetzt, wäre dafür allerdings mit einem wesentlichen Opus in die politische Publizistik der Zeit eingegangen. So aber beschränkte er sich darauf, dieses in verschiedenen Abschriften unter Vertrauensleuten zirkulieren zu lassen. Fichte, der damals in Zürich weilte, riet ihm zudem – wie Pestalozzi berichtet –, dieser Kampfschrift eine systematische „Philosophie meiner Politik“ vorangehen zu lassen¹⁷, die dann andere Formen annahm. Als die Schrift dann nahezu hundert Jahre später erstmals im Druck erschien, war ihre Aktualität verblaßt; eine größere Wirkung vermochte sie nicht mehr auszuüben. Bis heute ist *Ja oder Nein?* eine Studie für Kenner geblieben. Und doch kann sie den Vergleich mit den wesentlichsten Interpretationen aushalten, gerade wegen der ihr eigentümlichen Verbindung von engagierter Menschlichkeit, geschichtlichem Durchblick und der Fähigkeit zu strukturalistischer Analyse.

Fortsetzung Fußnote von Seite 6

(Stuttgart und Berlin 1928) 49f. Vgl. auch Hermann Escher, Lavater und die Büchercensur (Zürcher Taschenbuch 1902) insbes. 142 ff.

¹⁷ B 3, S. 303. An Fellenberg! Richterswil, 16. 11. 1793.

Résumé de la communication de Peter Stadler

Pestalozzi fut à peine surpris par le déclenchement de la Révolution et son attitude envers elle demeura très ambivalente, parce que le terme «révolution» lui-même peut signifier renversement de l'ordre établi ou, comme les termes de «Réforme» et de «Réformation» retour en arrière en vue de la reconstruction de l'ordre qui vient d'être désarticulé. Le fond de la pensée de Pestalozzi sur la Révolution réside dans son essai *Ja oder Nein?* qui connut une première version au printemps de 1793 et qui est un exposé rigoureux sur les difficultés que rencontre quiconque veut juger avec équité la Révolution française, comme l'indique le sous-titre: *Réflexions d'un homme libre sur l'état d'esprit des citoyens dans les classes supérieures et inférieures de la société européenne*. S'il s'y déclare finalement «du parti du peuple» et approuve un bouleversement total c'est parce que celui-ci lui semblait historiquement nécessaire et non parce que cela était conforme à la raison ou au droit naturel. Pour lui, le fond du problème réside dans le fait que la Révolution a repris à son compte la doctrine niveleuse et égalisatrice que l'absolutisme avait mise en application sur tout le continent, même dans les états les plus modestes, et l'a poursuivie sans interruption. Selon Pestalozzi, les «sans-culotte égalisateurs» ont remplacé les «aristocrates égalisateurs». Ce sera la conception qu'illustrera Tocqueville, en toute indépendance de Pestalozzi.

Il n'y a pas d'indices prouvant que Pestalozzi a eu connaissance des *Réflexions sur la Révolution française* de Burke. Celui-ci a découvert la perversité du mouvement dans le fait qu'il émanait de novateurs irresponsables et qu'il avait remis le pouvoir politique aux non-possédants. Sa thèse tendait à une apologie du système politique anglais qui exclut toute révolution comme un leurre. Pestalozzi, au contraire, fonde le droit du peuple, c'est à dire des couches inférieures de la société sur l'abdication des classes dirigeantes et sur la politique d'exploitation qu'elles ont suivie. Malgré les excès de la terreur, la Révolution a été la phase inéluctable d'un changement rendu nécessaire parce que les dirigeants ont abdiqué leur mission.

Louis XVI inspire, certes, de la compassion à Pestalozzi mais sans adoucir en lui une exaspération qu'il estime justifiée, ni lui inspirer la moindre sympathie pour la notion de droit divin désormais abolie. Après avoir longtemps placé ses espérances dans l'absolutisme éclairé, Pestalozzi croit en l'avenir de la France dans un ordre républicain.

Par crainte de la censure et aussi sur les conseils de Fichte, il avait renoncé à publier son livre de son vivant. Il est certain que *Ja oder Nein?* eût certainement donné une impulsion décisive au débat mais eût valu à son auteur, au demeurant un «outsider», un surcroît d'inimitiés.

Diskussion zum Referat von Peter Stadler

Leiter: Eberhard Weis

Die sich nach dem Referat von *P. Stadler* entwickelnde Diskussion behandelte die Frage nach der Haltung der deutschen Anhänger der Französischen Revolution zu Reform und Revolution. Zu Beginn wies *P.-A. Bois* auf die Bewunderung deutscher „Jakobiner“, wie Pestalozzi und Knigge, für die Herrscher des aufgeklärten Absolutismus hin. Diese hätten besonders die Frage reflektiert, wer denn eigentlich von den Reformen profitieren sollte – das Volk („le peuple“) oder der Pöbel („la populace“). Für Pestalozzi und auch viele andere wäre für eine gesellschaftliche Emanzipation nur das „Volk“ in Betracht gekommen. Nach *P.-A. Bois* hätten sich nur wenige deutsche Bewunderer der Französischen Revolution von dieser Frage frei machen können, erschienen ihnen doch die Ereignisse in Frankreich nicht nur interessant, sondern auch beunruhigend.

In seiner Antwort stimmte *P. Stadler* dieser Einschätzung völlig zu. Als Beispiel für die Bedeutung des aufgeklärten Absolutismus im Denken Pestalozzis zog er den bereits im Vortrag genannten Roman *Lienhard und Gertrud* heran. In diesem Erziehungsroman werde dem Fürsten die Aufgabe übertragen, das Volk zu erziehen. Wenn der „Pöbel“ Pöbel bleibe – so Pestalozzi –, sei dies auf das Versagen des Fürsten zurückzuführen.

Im Zusammenhang mit Pestalozzis These vom Absolutismus als dem Zerstörer der altständischen Ordnung wies *K. O. Frhr. v. Aretin* auf eine ähnliche Argumentation von Justus Möser hin. Dieser habe im Absolutismus die Zerstörung der Politik gesehen, deren Folge eine Revolution gewesen sei.

Auf die Frage von *J. Voss*, was Pestalozzi unter dem für die Zeit modernen Begriff „Mittelklasse“ verstanden habe, wies *P. Stadler* auf die von dem Schweizer abgelehnte und im damaligen Zürich herrschende Plutokratie hin. Für Pestalozzi sei der Mittelstand der richtige Herrschaftsträger gewesen. Er hätte die Macht in Händen des Zürcher „Großreichtums“ ebenso abgelehnt wie die in Händen der „Armen“.

Abschließend fragte *W. K. Blessing*, ob Pestalozzi die Bildungspolitik bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein in gleicher Weise beherrscht hätte, wenn seine Schrift *Ja oder Nein?* zum damaligen Zeitpunkt veröffentlicht worden wäre (sie wurde erst 1888 veröffentlicht). *P. Stadler* wies hierzu auf den gegen Pestalozzi um 1800 publizistisch polemisierenden konservativen Karl Ludwig von Haller hin und meinte, wäre diese Polemik „gesamtkonservativ“ geworden, hätte dies dem Schweizer sicher sehr geschadet.

Jean Clédière

C. F. D. Schubart et la Révolution Française

Ecrivain wurtembergeois, né à Obersonthem en 1739, mort à Stuttgart en octobre 1791, Schubart est aujourd'hui connu à un triple titre: comme poète, en raison des épreuves qui ont marqué son existence, et comme journaliste. Le poète, dont l'œuvre se partage entre le Volkslied et des compositions qui rappellent Klopstock, ne retiendra pas ici notre attention. L'homme est surtout célèbre pour avoir passé dix années de sa vie à la prison du Hohenasperg, près de Ludwigsburg; bien que le duc Charles-Eugène de Wurtemberg qui le fit arrêter n'ait jamais justifié cette sanction, celle-ci n'est probablement pas sans rapport avec le troisième aspect, à notre avis le plus original, présenté par cet auteur: son activité de journaliste¹. On peut en effet penser que c'est pour avoir commis quelque impertinence majeure que Schubart fut condamné à la détention qui le frappa en pleine maturité et à laquelle il ne survécut que quelques années.

En 1774, à Augsbourg, Schubart avait fondé la *Deutsche Chronik*, un périodique comme il en existait tant dans les pays allemands à cette époque. Il s'était fixé pour but de former ses lecteurs en les informant; pour cela, deux fois par semaine, il les tenait au courant de l'actualité politique et littéraire, ces deux rubriques étant représentées à parts à peu près égales. A travers ces informations et les commentaires dont il les accompagnait, Schubart entendait répandre parmi ses compatriotes un double patriotisme: il voulait les rendre fiers d'être Souabes et d'être Allemands à la fois². C'est dire que la polémique antifrançaise inspire le plus souvent ses jugements, prenant fréquemment le pas sur les critères esthétiques. Durant les quatre années qui précédèrent son arrestation, Schubart se passionna et tenta de passionner ses lecteurs pour ce qu'il considérait être les grandes causes de la liberté: la Pologne, dont s'opère le premier partage, mais surtout la guerre d'Indépendance des Etats-Unis. Schubart, ces années-là, fit une large part aux événements d'outre-Atlantique. Comme nombre d'intellectuels allemands, il épousa chaleureusement la cause de ceux qu'on appelait alors les Insur-

¹ Cf. par ex. *Erich Schürer*, C. F. D. Schubart als politischer Journalist (Tübingen 1914) et *Horst Adamietz*, C. F. D. Schubarts Volksblatt „Deutsche Chronik“ (Berlin 1943).

Schubart intitula sa revue *Deutsche Chronik*, puis *Teutsche Chronik* entre 1774 et 1777. A partir de 1787, il lui donne pour titre *Vaterländische Chronik*, puis *Vaterlandschronik* et enfin *Chronik* tout court, signifiant par là l'importance des événements extérieurs, notamment la Révolution Française. Nous citons sous le titre simplifié *Chronik*.

² Cf. sur ce point, *Gunter Volz*, Schwabens streitbare Musen. Schwäbische Literatur des 18. Jahrhunderts im Wettstreit der deutschen Stämme (Stuttgart 1986).

gents³. Il dénonça le «Soldatenhandel» par lequel nombre de princes allemands – dont le duc de Wurtemberg – vendaient leurs soldats aux autres puissances, notamment à l'Angleterre⁴.

En mars 1777, l'éditeur de la *Teutsche Chronik*, tomba dans un guet-apens que lui avait fait tendre le duc, sans doute irrité, entre autres choses, d'être ainsi mis en cause. Dix années durant, Schubart sera incarcéré au Hohenasperg dans des conditions qui progressivement furent adoucies mais qui devaient le marquer à tout jamais. La cour de Prusse fut pour beaucoup dans sa libération qui survint en juin 1787: pas plus que son arrestation, elle ne reçut d'explication de la part du duc. Après cette coupure, Schubart, curieusement, put reprendre l'édition de la revue qu'il intitula dès lors *Vaterländische Chronik* avant d'en abrégier le titre en *Chronik* tout court. Mais désormais celle-ci était imprimée sur les presses de la Karlsschule⁵, bénéficiant de ce qu'on appelait la «Zensurfreiheit»: autrement dit, il devait se censurer lui-même. On comprendra qu'instruit par son propre exemple, Schubart ait été naturellement incité à la prudence. Il évite dès lors de mettre en cause son bourreau de la veille.

Ces quelques éléments biographiques ne sont pas là seulement pour situer Schubart. Ils suggèrent qu'une cassure aussi importante que celle introduite par l'arrestation arbitraire dont il fut victime et la détention de dix années qui s'en suivit n'ont pas été sans influencer profondément sur la psychologie et le mode de pensée d'un homme qui, prématurément vieilli, a perdu quelque chose de son énergie et de sa virulence. Certes le ton de la *Chronik*, qui va reparaître de 1787 à 1791, ne diffère pas essentiellement de celui qui la distinguait quinze ans auparavant. Mais Schubart fait maintenant preuve d'une retenue qui n'avait pas toujours été dans sa manière. Il serait sans doute exagéré de dire que le rebelle s'était fait valet du prince qui l'aurait de nouveau châtié à la première incartade⁶. Sur bien des points cependant, Schubart adopte des positions fort éloignées de celles qu'il avait autrefois défendues: ainsi, l'admirateur de Frédéric II devient-il le zéléateur des édits de Wöllner, le pourfendeur de la fausse Aufklärung. C'est après tout un moyen de renouer avec la polémique antifranaïaise qui lui tient tant à cœur: voltairiens, les Français incarnent à ses yeux ce que les Lumières peuvent avoir de superficiel et d'antireligieux.

Or, moins de deux ans après la libération de Schubart, éclate la Révolution Française. Elle va amener Schubart à reconsidérer notablement l'image qu'il avait jusqu'alors tracée de ce pays. Car l'image de la France avait, dans la *Chronik*, toujours occupé une place importante. Schubart n'avait cessé de mettre ses lecteurs en garde contre la gallomanie qui sévissait en Allemagne. Mise en garde qui se doublait d'une peinture systématiquement négative du caractère français. Après comme avant 1787,

³ La mise au point la plus récente est celle de *Horst Dippel*, *Germany and the American Revolution 1770-1800* (Wiesbaden 1978).

⁴ Cf. *Friedrich Knapp*, *Der Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika* (Berlin 1864, rééd. Munich 1984).

⁵ Cf. *Robert Ubland*, *Geschichte der hohen Karlsschule in Stuttgart* (Stuttgart 1953); *Heinrich Wagner*, *Geschichte der Hohen Carls-Schule* (Würzburg 1858).

⁶ Cf. *Wilfried F. Schueller*, *Schubart, Leben und Meinungen eines schwäbischen Rebellen* (Berlin 1979) et l'introduction de *Peter Härtling* à *C. F. D. Schubart, Gedichte*, ausgewählt von Peter Härtling (Frankfurt/M. 1968).

Schubart entend être un «patriote»⁷. Au fond, il ne cesse de répéter ce que Klopstock dénonçait dans son poème «An die Überschätzer der Ausländer». Sous l'influence des événements de 1789, la France, de repoussoir va-t-elle devenir modèle, ce qui signifierait que Schubart n'avait jamais visé qu'une certaine francomanie, celle qui était le fait des princes et des milieux de ceux qui étaient prêts à renier leur patrie allemande? La mutation, chez Schubart, ne fut à vrai dire, ni aussi subite, ni aussi radicale.

En effet, dès 1788, le «patriote» qu'est Schubart semble déjà en passe de nuancer fortement ses jugements sur la France et les Français. Sans doute renoue-t-il encore à plusieurs reprises avec les clichés et les stéréotypes auxquels la *Chronik* nous avait de longue date habitués. Mais on voit poindre un renversement de la perspective qui se préciserà à partir de 1789. Parlant le 20 mai 1788 du vent de fronde parlementaire qui souffle aussi bien sur Paris que sur la province, Schubart note que l'esprit français est moins que par le passé prisonnier de la mode, de la frivolité et de la vanité. Fait significatif: Schubart donne désormais au mot «patriote» une acception étendue. Le patriote est maintenant celui qui s'oppose au despote. Défenseur de la liberté, le «patriote» s'oppose à l'arbitraire du prince⁸.

Or Schubart perçoit en France beaucoup de signes d'un mécontentement qui, si Louis XVI n'y prend pas garde, pourrait bien mener à la guerre civile. Sans doute la cible en est-elle les ministres plus que le roi lui-même. Mais c'est à ce dernier que va l'avertissement.

Pourtant Louis XVI est considéré par Schubart avec une bienveillance et une sympathie qui persisteront encore au moment de Varennes. Rappelons brièvement comment, presque quinze ans auparavant, Schubart avait relaté les premières déclarations et les premières initiatives de Louis XVI. Il en avait d'emblée retenu l'image d'un homme avant tout soucieux du bien de ses sujets: «Il veut, écrivait-il en 1775, faire du bien à ce peuple futile et frivole, même si celui-ci se dresse là-contre.» L'action de Louis XVI est, dans la *Chronik*, décrite comme bénéfique: Louis XVI décrète des mesures charitables au profit des orphelinats et des hôpitaux. Mendicité, prostitution et vagabondage tendent à disparaître. Le roi encourage les sciences et l'agriculture. A plusieurs reprises, Schubart souligne la prospérité financière et économique du royaume de France. Au-delà des mesures concrètes prises par Louis XVI, Schubart insiste sur son souci d'instaurer plus d'équité dans les rapports sociaux. Le roi veut marquer sa sollicitude envers les petites gens, dût-il pour cela heurter la noblesse⁹. En juin 1776, la *Chronik* contient un long article consacré à la suppression de la corvée. En cela d'ailleurs, elle s'inspire étroitement de l'article paru sur le même sujet dans le *Teutscher Merkur* de Wieland. «Les édits de Louis XVI, écrit Schubart, sont des chefs-d'œuvre de

⁷ Cf. Cosmopolitisme, Patriotisme et Xénophobie en Europe au siècle des Lumières. Actes du colloque international (Strasbourg 2-5 octobre 1985) édités par Gonthier-Louis Fink (Strasbourg 1987) et Revue d'Allemagne (XVIII.1987.4).

⁸ *Chronik*, 20 mai 1788, 329 sq.

⁹ Sur les débuts du règne de Louis XVI, cf. *Chronik*, 20 juin 1774, 187 sq., 30 mai 1776, 344 sq.

«Dieses große und glückliche Reich erhebt sich zu einem Gipfel von Ansehen und Glückseligkeit ... et passim, juin, novembre 1776.

la raison, de la bonté, en même temps que de l'éloquence. Puisse seulement le roi se garder des flatteurs qui l'entourent!¹⁰

On pourra être un peu surpris de voir Schubart féliciter plus particulièrement Louis XVI d'avoir opéré un spectaculaire redressement militaire grâce à l'action de son ministre, le comte de Saint-Germain¹¹. Or, il y a à cela une explication psychologique qui vaudra également lorsque Schubart saluera les premières initiatives de la Révolution. Les mesures prises par Saint-Germain vont en effet dans le sens des réformes qui rendent aux Français une énergie dont Schubart avait tendance à les tenir pour congénitalement dépourvus. «Saint-Germain, écrit-il, sort la France de sa léthargie. Grâce à lui, l'armée française ressemblera à une véritable armée et non plus à une collection de figurants chaussant bas de soie.»

Notons que Schubart, à l'aube du règne de Louis XVI, partage ici une euphorie telle que nous la décrit Charles Aubertin dans son livre sur *l'Esprit public en France au XVIII^e siècle*¹². Il reprend, en l'amplifiant et en le simplifiant, ce qui est conforme à son style habituel de journaliste, ce que disent alors beaucoup de Français. Il lui plaît de voir les événements s'accorder à quelques-uns des cadres préétablis où il aime voir évoluer les hommes et se définir les régimes. Avec Louis XVI, il croit tenir un exemplaire quasi parfait du «bon roi»; et que Marie-Antoinette appartienne pour moitié à la Maison de Habsbourg lui est un motif supplémentaire de sympathie envers la famille royale.

Louis XVI est également admirable pour avoir promulgué l'édit de tolérance, en même temps d'ailleurs qu'il réintroduisait chez les officiers le respect de la religion¹³. Pour toutes ces raisons, le roi de France n'est pas loin d'incarner aux yeux de Schubart cette *Aufklärung* à l'allemande, celle qui est synonyme de tolérance mais ne verse jamais dans l'irreligion.

Que sur ce fond d'euphorie vienne à éclater une émeute et Schubart l'attribue immédiatement à cet «esprit de sédition» qui s'empare régulièrement des hommes. Ainsi, loin de voir dans les troubles qui ont éclaté à Reims et à Paris l'indice d'un malaise plus profond, il ne veut y voir à l'œuvre que ce même «esprit de désordre». Il félicite Louis XVI d'y avoir fait face avec fermeté¹⁴. Et c'est avec quelque tristesse qu'il lui faut en conclure au relatif discrédit où est tombé le roi. Il évoque l'impertinente floraison de libelles que l'on observe à Paris en remarquant ironiquement que semblable phénomène ne risque pas de se produire chez les Allemands, tant ceux-ci sont respectueux de leurs souverains¹⁵.

¹⁰ Chronik, 30 mai 1776, 344.

¹¹ Chronik, 24 novembre 1776, 743: «die verlorene Spann- und Schnellkraft der Nation wird nach und nach wieder hergestellt.»

¹² Charles Aubertin, *L'esprit public en France au XVIII^e siècle* (Paris 1889) et François Bluche, *La vie quotidienne au temps de Louis XVI* (Paris 1980).

¹³ Chronik, 24 juin 1776, 404 et 22 février 1788, 124 sq. ainsi que 11 janvier 1788, 28. Schubart fustige l'opposition des parlementaires envers cet édit.

¹⁴ Chronik, 29 mai 1775, 337 sq. «Der Geist des Aufruhrs ist auch in diese glücklichen Provinzen eingedrungen ...» ou encore: «Schon weit hat dieser Geist der Unruhe um sich gegriffen.»

¹⁵ Ibid., 438.

Lorsque l'on évoque les répercussions de la Révolution Française en Allemagne du Sud, on a coutume de citer le Stift de Tübingen. Selon le témoignage de l'un des boursiers de cette institution, l'engouement aurait été général parmi ces jeunes intellectuels. Longtemps après encore, cet enthousiasme ne semblait pas s'être tari, en particulier parmi les pasteurs et les gens lettrés qui, ainsi que le notera un diplomate saxon chargé des affaires bavaroises, sont en partie atteints de cette manie¹⁶. L'anecdote, dont certains se demandent aujourd'hui si elle ne serait pas une légende, qui veut que trois des plus prestigieux pensionnaires du Stift, Hölderlin, Hegel et Schelling, aient planté un arbre de la liberté à l'annonce de la prise de la Bastille, est caractéristique de cet état d'esprit¹⁷.

Mais celui-ci n'était pas répandu seulement parmi les séminaristes protestants. La Karlsschule ne semble pas avoir échappé à cet engouement. Certains élèves y constituèrent un club de la liberté qui se mit en relation avec les clubs de Strasbourg. On lisait les journaux français, strasbourgeois en particulier¹⁸. Dans ses *Mémoires*, J. Kerner témoigne de cette effervescence. Lui-même se rendit à Strasbourg pour observer de plus près la «renaissance de l'humanité», cependant que d'autres disciples se contentaient de proclamer leur sympathie sur place¹⁹.

De fait, ces manifestations ne furent que mollement réprimées par les autorités de l'Ecole caroline, sauf lorsque la renommée de l'établissement se trouvait mise en cause, par des caricatures par exemple. Parmi les professeurs, les prises de position furent plus discrètes, si l'on excepte le cas de C. F. Cotta, professeur de droit, qui fit également le voyage de Strasbourg. Face à cette poussée de fièvre révolutionnaire, il semble que Charles-Eugène ait réagi avec beaucoup de modération; par prudence, en raison de l'appartenance au Wurtemberg de villes comme Montbéliard et Riquewihr, il se garde tout d'abord de prendre ouvertement parti contre la Révolution. Son *Journal de Voyage* porte trace de cette attitude pour le moins ambiguë dont Charles-Eugène ne se départit pas, aussi longtemps que l'étincelle de la Révolution ne risquait pas d'atteindre l'Allemagne²⁰.

Or, c'est sur les presses de la Karlsschule qu'était imprimée la *Chronik*. Schubart, dans ce milieu, devait avoir connaissance des journaux strasbourgeois dans lesquels il ne fait pas mystère de puiser. Il pouvait le faire assez librement, n'ayant guère à craindre de la part de Charles-Eugène qu'il sanctionne cette liberté dès lors qu'elle ne le mettait pas directement en cause.

Comment Schubart était-il informé de ce qui se passait en France? La *Chronik* fait à plusieurs reprises allusion à des correspondants parisiens ou strasbourgeois. Ceux-ci

¹⁶ Cf. outre Jacques Droz, *L'Allemagne et la Révolution Française* (Paris 1950) 287 sq. Wilhelm Lang, *Von und aus Schwaben*, I. Heft, 57 (Stuttgart 1885); Julius Hartmann, *Schillers Jugendfreunde*, (Stuttgart 1904) 80.

¹⁷ Cf. J. Nontary, *La Souabe devant la Révolution Française* in *Le Wurtemberg* (Tübingen 1950) 233-243.

¹⁸ Cf. Uhland, 249 et Karl Pfaff, *Geschichte Württembergs*, Bd. 5 (Reutlingen 1820) 185.

¹⁹ Justinus Kerner, *Das Bilderbuch aus meiner Knabenzeit. Erinnerungen aus den Jahren 1786 bis 1804* (Braunschweig 1849, rééd. Frankfurt/M. 1978) 45 sq.

²⁰ Cf. Herzog Carl Eugen von Württemberg, *Tagebücher seiner Rayssen in den Jahren 1783-1792*, hrsg. von Robert Uhland (Stuttgart 1968) 380 sq.

existaient-ils réellement? On peut parfois en douter. Les lettres que publie Schubart ne sont peut-être qu'un subterfuge qui lui permet de ne pas prendre directement position.

On sait que les journaux de l'époque empruntent beaucoup les uns aux autres. Cela est vrai de tous les pays et la *Chronik* n'échappe pas à cette règle et il y a au moins deux publications dont elle ne fait pas mystère de s'inspirer: le *Merkur* de Wieland et Dohm²¹ qui fait alors autorité dans la presse allemande et un quotidien strasbourgeois, la *Geschichte der gegenwärtigen Zeit*. Dans ce dernier cas, parler d'emprunt est un euphémisme, car c'est parfois de la reproduction quasi textuelle de colonnes entières qu'il s'agit. Le journal, créé le 1er octobre 1790 par deux Strasbourgeois luthériens, J. F. Simon et A. Meyer portait en exergue cette citation de Rousseau: «En tant que citoyen d'un Etat libre et membre de la puissance la plus grande, il est de mon devoir de m'informer des affaires publiques car j'ai le droit de dire mon mot à leur sujet, si peu d'influence qu'il puisse avoir.» Contrairement à E. Schneider qui rédige l'*Argos* en français, Meyer et Simon font choix d'écrire en allemand²².

La *Geschichte der gegenwärtigen Zeit* vivra jusqu'au 31 janvier 1793, devenant de plus en plus favorable à la cause révolutionnaire. C'est ainsi qu'après Varennes, elle suggère que l'on décapite le roi comme on le ferait s'il s'agissait d'un vulgaire porcher. Le ton ira ensuite se radicalisant. Mais, mort en septembre 1791, Schubart ne se fera pas l'écho de cette radicalisation. Observons d'ailleurs que celle-ci n'empêche pas le journal strasbourgeois de demeurer opposé à toute idée d'égalité sociale. Aux privilèges, il entend substituer la hiérarchie des mérites et des talents. Tel est aussi le point de vue de Schubart, exprimé ici et là dans la *Chronik* même si sur ce chapitre, il ne prend que rarement position²³.

L'influence que le journal strasbourgeois exerce sur la pensée de Schubart n'est du reste pas exclusive, même s'il arrive qu'elle soit déterminante pour des durées limitées. Schubart y aura essentiellement trouvé des sources d'information, la traduction allemande des textes constitutionnels et leur commentaire, favorable certes, mais demeurant modéré dans le ton. Toutefois ce journal avait des liens étroits avec la Société des Amis de la Constitution qui souhaitait que Strasbourg servît d'exemple outre-Rhin. Elle désignait volontiers l'Allemagne comme la base de la contre-révolution, opposant

²¹ Cf. Paul Flocks et Peter Schmidt, *Literarische und politische Zeitschriften 1789-1805* (Stuttgart 1975) et Inge Stephan, *Literarischer Jakobinismus in Deutschland 1789-1806* (Stuttgart 1976).

²² *Geschichte der gegenwärtigen Zeit*. Sur la presse à Strasbourg à l'époque révolutionnaire, cf. E. Seinguerlet, *Strasbourg pendant la Révolution* (Paris 1881); Roland Marx, *Recherches sur la vie de l'Alsace prérévolutionnaire et révolutionnaire* (Strasbourg 1966); R. Oberlé, *L'explosion révolutionnaire et ses conséquences (1789-1798)*, in: Georges Livet et François Rapp, *Histoire de Strasbourg, des origines à nos jours*, t. II (Strasbourg 1981) 549 sq.; de même Jacques Godechot, *La Grande Nation*, t. I (Paris 1956) 122 sq. qui souligne le rôle et la diffusion de la presse strasbourgeoise éditée en allemand.

²³ Cf. Gonthier-Louis Fink, *Des privilèges nobiliaires aux privilèges bourgeois. Le débat sur l'égalité et son écho en Allemagne (1788-1792)*, in: *Recherches germaniques* 3 (1973) 30-101. Schubart souligne que les droits contenus dans la Déclaration ne sont rien sans la crainte de Dieu. Par ailleurs, il jugeait le droit naturel trop théorique.

les «patriotes» aux émigrés qui trouvaient appui chez les princes au-delà du Rhin²⁴. Mais c'est là un terrain où Schubart, à l'évidence, ne souhaite pas trop s'engager; malgré son peu de sympathie pour les émigrés, il préfère parler de ceux-ci en termes plus modérés.

En quels termes Schubart rend-il compte des événements de juillet 1789? Il faut attendre le 21 juillet pour que la *Chronik* les relate. Jusqu'alors Schubart semblait penser que, grâce à Necker, les plus grands périls avaient été surmontés et sa sympathie pour Louis XVI demeurait intacte. Le 17 juillet encore, il affirmait que le roi ne s'était pas coupé de la grande masse du peuple²⁵. Mais voici que les choses se précipitent: dès lors, pour celui qui les juge au jour le jour, sans aucun recul, les impressions et partant les appréciations peuvent facilement être contradictoires. Ainsi Schubart annonce-t-il ce même jour que «la France entre dans une nouvelle période de son histoire, qu'elle ne tardera pas à secouer la poussière de l'esclavage et irradiera au soleil de la liberté»²⁶; avertissement, formule prémonitoire, manière voilée de faire état d'informations encore incomplètes? A moins qu'il ne s'agisse simplement d'une de ces affirmations grandiloquentes et volontiers prophétiques auxquelles Schubart, par tempérament, se laisse volontiers aller.

Le numéro suivant, daté du 21 juillet²⁷, est nettement plus explicite. Pour moitié, il est consacré aux événements parisiens et à la contagion qu'ils exercent sur des villes comme Orléans, Rouen ou Amiens. La *Chronik* fait des émeutes parisiennes une description qui n'est pas très rassurante. L'heure est aux épées et aux couteaux. Le roi est menacé. Schubart lui conseille de ne pas se dérober. Qu'il se montre, face aux émeutiers, comme le père de son peuple. Sans doute a-t-il commis une grave erreur en renvoyant Necker. Mais le déchaînement de violence a de quoi effrayer. C'est le spectre de la guerre civile, avec toutes ses conséquences funestes, que voit se profiler Schubart. Et trois jours plus tard, il résume ainsi la situation: «Le meutre et le sang règnent à Paris.» Renforcée par d'autres émeutiers venus des provinces, la foule déchaînée a libéré les prisonniers de la Bastille.

Mais si l'on tient compte des délais alors nécessaires à la transmission des informations, il n'est pas surprenant qu'il faille attendre le 28 juillet²⁸ pour que le journaliste prenne quelque distance par rapport à l'événement. Schubart en pressent la grandeur tragique qui serait digne d'inspirer la plume d'un Shakespeare ou d'un Schiller. Cependant il ne doute pas un instant que les bourgeois de Paris continuent d'être fidèles à leur roi. Par leur geste, ils ont montré que les Français souvent présentés, y compris par Schubart, comme des petits maîtres efféminés méritaient le cas échéant une autre réputation.

²⁴ Schubart les tient pour anachroniques. Ils incarnent le prototype du Français superficiel et dominateur qu'il a naguère combattu. La *Chronik* voit d'autre part en eux une charge pour les Allemands, cf. *Chronik*, 6 septembre 1791, 589.

²⁵ *Chronik*, 17 juillet 1789, 471.

²⁶ *Ibid.* «Frankreich beginnt jetzt eine neue Periode, und man wird sehen, wie es sich heben, den Staub der Sklaverei abschütteln und im Sommerschimmer der Freiheit ausstrahlen wird.»

²⁷ *Chronik*, 21 juillet 1789, 475.

²⁸ *Chronik*, 28 juillet 1789, 489.

Autre enseignement à tirer de cette secousse qui, pour le moment, ne concerne que la France. Il s'adresse aux aristocrates allemands. Le tocsin de l'insurrection, pense Schubart, pourrait bien un jour sonner pour eux²⁹.

A Strasbourg, dans un premier temps, le baron Klinglin a pu éviter le pire. Mais il n'a pas tardé à être débordé par l'émeute à laquelle se sont mêlés vagabonds et voleurs. Incendies, pillages, pendaïsons, saccages de toute sorte marquent ces événements. La «flamme infernale» de l'insurrection gagne toute l'Alsace et même la Franche-Comté. Schubart ne minimise pas la gravité de ces événements. Il ne les idéalise pas davantage³⁰. Il y a du reste un motif d'inquiétude plus précis: comment un sujet wurtembergeois pourrait-il se contenter d'observer calmement ce qui se passe dans ces deux provinces quand on sait que Montbéliard et Riquewihr sont possessions du duc de Wurtemberg? Le danger ne menace pas seulement des villes étrangères.

Il est du reste général. Schubart redoute de voir les émeutes se généraliser, de voir l'esprit de sédition gagner tous les esprits. La «colère des peuples» dont la *Chronik* du 31 juillet parle longuement revêt un double aspect³¹.

Sans doute a-t-elle des motifs bien réels: le mécontentement matériel et politique. Mais d'autre part elle relève de ce démon qu'est précisément l'esprit de sédition («Geist des Aufruhrs»): Schubart l'a toujours dénoncé. Et, de plus, ce phénomène risque de ne pas connaître de frontières. Non que Schubart se rallie à l'idée d'une conjuration internationale qui, par le truchement, ici des sociétés de pensée, ailleurs des loges maçonniques, aurait tissé sa trame à travers l'Europe entière. Il tient seulement qu'il s'agit d'une contagion qui, telle une traînée de poudre, ira enflammer les poudrières situées loin de son premier foyer d'explosion; cela d'autant plus que les motifs de mécontentement sont bien réels et perceptibles jusque dans les villes d'Europe où l'aristocratie abuse de son pouvoir.

Le mouvement dont les Français donnent l'exemple va-t-il être le signal d'un réveil des nations? Annonce-t-il le jugement dernier de l'histoire? Schubart ne sait s'il faut le souhaiter ou le craindre. Il emploie le terme, hégélien déjà, de «Weltgericht». On a cependant l'impression que chez lui l'angoisse prédomine devant ce raz-de-marée qui menace d'emporter toutes les formes de discipline et d'autorité. Ainsi, mu par la crainte, Schubart émet-il une appréciation franchement négative devant ce qu'il appelle la «flamme infernale», «die höllische Flamme»³².

L'insurrection, écrit-il, – car ce n'est pas encore de révolution qu'il s'agit – est un sous-produit des Lumières mal comprises, le résultat d'une hybris qui fait que l'homme prétend pouvoir se passer de Dieu et de l'autorité. La vraie cause des événements qui dévastent la France est peut-être là: c'est l'irreligion, le goût du blasphème, l'immoralité, une admiration béate, systématique et sommaire de la Constitution britannique, naguère tant prisée dans les colonnes de la *Chronik*, et de l'exemple américain. Si Schubart ici établit une continuité entre les deux «révolutions», celle d'Améri-

²⁹ Ibid., 493. «Die Sturmglocke wird seiner Zeit auch ihnen zum Schrecken hallen.»

³⁰ Ibid., 495

³¹ *Chronik*, 31 juillet 1789, 497–500.

³² *Chronik*, 28 juillet 1789, 495. «Im ganzen Elsass prasselt die höllische Flamme. Auch in der Franche Comté stürmt's durcheinander.»

que et celle de France, cette continuité est de nature toute négative et funeste. Ces tendances, déjà pernicieuses en soi, sont encore amplifiées par l'ignorance de la foule et le demi-savoir des sophistes, l'orgueil des orateurs et la crédulité du public. Tels sont, diagnostiqués par Schubart, les symptômes du mal qui n'épargnait en France aucune classe de la société et que la *Chronik*, au dernier jour du mois de juillet 1789, désigne comme responsable de la secousse qui fait trembler le pays tout entier³³.

Il arrive que, pour faire le point, Schubart insère dans la *Chronik* de courtes pièces en vers. Il l'a déjà fait en d'autres circonstances et c'est pour lui l'occasion de prendre un peu de ce recul qui lui fait défaut dans la relation immédiate des événements.

Ainsi, au début du mois d'août 1789, la *Chronik* publie successivement deux poèmes consacrés au même sujet : la liberté. Le premier ne compte que huit vers. C'est un avertissement. Le peuple s'est fait illusion. Il ne sait pas faire usage de la liberté. Sous la forme qu'elle est en train de revêtir, la liberté est maudite par Dieu³⁴.

A quelques jours de là, un plus long poème, onze strophes de cinq vers chacune, sous le titre *Signe de ce temps*³⁵, exprime les mêmes préoccupations. C'est également une mise en garde face aux déchaînements sanglants dont s'accompagne parfois la liberté. Celle-ci est chose ambiguë : venue du ciel, elle est la sublime compagne des âmes sages et pieuses. Mais, entre les mains des peuples en furie, elle devient synonyme de vengeance et de dévastation. La sédition, dont la trompette résonne présentement à travers le monde, est qualifiée ici de « plus noir des démons qui peuplent l'enfer ».

Et pourtant ! Lors même qu'il écrit ces lignes qui sonnent comme le désaveu de tout mouvement insurrectionnel, Schubart ne peut s'empêcher de saluer les acteurs de ces grandes journées. Comment ne pas être impressionné par cette foule où se mêlent fraternellement soldats, moines et bourgeois ? La cassure ne porte-t-elle pas déjà en elle la promesse de la réconciliation³⁶ ? Souvent, Schubart caresse ce rêve. Souvent aussi le spectacle de la réalité l'en détourne. Il est à craindre que les Français, par leurs excès, voient leur échapper cette liberté à peine conquise. D'ores et déjà des actes sanglants compromettent et déshonorent leur cause. On assiste à des scènes odieuses, comme l'exécution de Foulon et de son gendre Bertier. Dieu ne peut que détourner ses yeux de semblables crimes. Indigné, Schubart conclut son article par quelques vers où il met le peuple en garde contre le mauvais usage qu'il fait de la liberté. « Un peuple écla-

³³ Ibid., 498. Plus de trois pages constituent un article intitulé « Der Völker Zorn » où Schubart écrit : « Irreligion in allen Ständen, und bei den meisten herausvernünftelte Gottesleugnung; Unsittlichkeit; Anstaunen der englischen Konstitution ... der Aufenthalt vieler Offiziers in den amerikanischen Freistaaten ... etc. ... etc. ... »

³⁴ *Chronik*, août 1789, 508. « Freiheit ... Wie wenig weiß ein Volk die Freiheit zu gebrauchen. »

³⁵ *Chronik*, août 1789, 508. Pour l'analyse de ces deux poèmes, cf. *Gonthier-Louis Fink*, La littérature allemande face à la Révolution française, in : *Deutschland und die Französische Revolution*, hrsg. von Jürgen Voss (München 1983) 249-301, notamment 265-267. Les contraintes de la tradition poétique, dont Schubart ne pouvait se défaire, font que c'est dans la prose de la *Chronik* qu'il s'exprimait avec le plus de netteté.

³⁶ *Chronik*, 4 août 1789, 507.

boussé de sang est-il encore digne d'être libre? «Non, répond Schubart: un tel peuple se précipite dans un esclavage pire encore que celui dont il a cru s'affranchir.»³⁷

Les rapports de ses correspondants strasbourgeois confirment les réflexions de Schubart sur les excès commis par la foule. L'hôtel de ville de Strasbourg a été pillé. Les bourgeois n'ont eu aucune part à ces exactions qui sont le fait de la «canaille» («das Gesindel») que Schubart oppose aux gens de bien («die Gutgesinnten»)³⁸. Bien que tout ce passage soit donné comme le récit d'un correspondant strasbourgeois, on peut admettre que Schubart fait siens les commentaires qui l'accompagnent. On peut même se demander si le correspondant en question n'est pas une fiction...

Mais Schubart ne s'intéresse pas seulement aux événements qui ont pour théâtre la rue. L'aspect constitutionnel retient tout autant son attention. Il publie la liste des résolutions du 4 août. Il faut, dit-il en commentant ces dispositions, distinguer l'essentiel de l'accessoire. Or l'essentiel, c'est ce qu'il appelle «l'esprit élevé de la liberté gauloise». Certes, de déplorables «bavures» accompagnent ces bouleversements³⁹. Mais des douleurs de l'accouchement, pense Schubart, naîtra un «enfant gigantesque». Schubart raisonne et s'exprime ici un peu comme le fera plus tard Georg Forster qui, dans un passage dont les métaphores frapperont Hegel, évoquera la vertu fécondante des orages dévastateurs et le ciel serein qui succède à leur déchaînement⁴⁰.

Pour l'heure, cet «esprit de la liberté» lui paraît s'incarner dans la Constitution: la traduction qu'en donne la *Chronik* est d'ailleurs celle qu'il a pu trouver dans les journaux strasbourgeois qui le tiennent informé, la *Geschichte der gegenwärtigen Zeit* notamment. Mais, dans le numéro suivant, c'est-à-dire le 1er septembre, il dénonce les honteuses exactions dont Paris est le théâtre. Le fruit jeune et tendre de la liberté pourra-t-il s'épanouir dans un tel climat, se demande-t-il? Elargissant le débat, il écrit cette phrase que n'eût pas désavouée Wieland: «Il semble que le peuple ne puisse pas supporter le bonheur de la liberté.»⁴¹

Prenant un peu de recul, Schubart consacre la quasi-totalité du numéro LXXIII à un dialogue qui met en présence deux personnages, pour la circonstance nommés Gottholdt et Warnfried⁴². Cet échange d'opinions, plus complémentaires qu'antagonistes, se situe le 11 septembre 1789. Le dialogue en question s'intitule «Sédition et Révolte». C'est pour Schubart l'occasion de faire l'apologie du prince avisé qui, par des réformes faites à temps, évite à son peuple d'être atteint par la contagion d'un exemple

³⁷ *Chronik*, *ibid.*, 508. «Ein Volk, bespritzt von Blut, verdient nicht frei zu sein. In härtere Sklaverei stürzt es sich allein».

³⁸ *Ibid.*, 505 sq., Schubart emploie ici le mot «Gesindel» qu'il oppose aux «Gutgesinnte». Il juge donc en fonction de catégories morales plus que selon des critères sociaux.

³⁹ *Chronik*, 11 août 1789, 521 et 526.

⁴⁰ *Ibid.* «Wenn ein Meer austritt, so geusst es verpestenden Schlamm ans Ufer.» Des métaphores analogues, mais employées dans une acception positive, se trouvent chez Forster. Hegel avait lu attentivement les *Ansichten vom Niederrhein* (cf. *Jacques D'Hondt, De Hegel à Marx* (Paris 1972) 74 sq.) et cite la phrase suivante de Forster: «Wir wünschen unseren Pflanzungen Gewitterregen, wenn gleich zuweilen durch den Blitz ein Dorf zum Raub der Flammen wird.» Le 17 septembre 1790, la *Chronik* écrira: «Getrost und unverzagt, Franke, erst nach dieser Sichtung beginnt die Periode der Glückseligkeit.»

⁴¹ *Chronik*, 22 septembre 1789, 641 et 643.

⁴² *Chronik*, 11 septembre 1789, 613 sq.

qui se discrédite de lui-même. L'Allemagne, terre de concorde où règnent ces vertus quotidiennes que les moralische Wochenschriften avaient préconisées tout au long du XVIII^e siècle, devrait rester à l'abri du danger. Mais là encore, le débat s'élargit. Ce qu'il faut, c'est d'abord acquérir la liberté intérieure. Vouloir aller trop vite est une dangereuse chimère. Au demeurant, la vraie liberté n'est pas de ce monde; elle ne prospère vraiment qu'au royaume des cieux. Mais l'essentiel est que l'avertissement soit entendu, que les princes allemands tirent la leçon du mal qui frappe leur voisin pour ainsi en prévenir l'extension.

Warnfried se dit entièrement d'accord avec Schirach que Schubart évoque fréquemment en ces débuts de la Révolution Française. Cette question: comment prévenir le phénomène révolutionnaire? est bien celle qui préoccupe les intellectuels d'outre-Rhin⁴³, qu'ils soient, comme Schirach de tendance modérée, ou qu'ils passent, comme Rebmann ou Knigge pour professer des opinions plus hardies. On ne sera donc pas surpris de voir Schubart se rallier ici à un point de vue qui fait presque l'unanimité dans la pensée allemande à cette époque. Notons cependant que, à l'instar de Schirach, il aborde ce problème dès les premières semaines de la Révolution, alors que, pour beaucoup, il ne s'imposera que deux ou trois années plus tard.

D'ailleurs Schubart ne nie pas que de ce chaos et de cette fermentation naissent les initiatives les plus généreuses. On peut ainsi observer une véritable métamorphose du caractère national français⁴⁴. Les femmes françaises, pourtant frivoles et volages de nature, accèdent à la dignité et à l'esprit de sacrifice dignes de l'Antiquité. Comme nombre d'Allemands, Schubart est impressionné par cette résurgence du patriotisme à l'antique. Dès qu'il croit percevoir les chances d'une «monarchie modérée», Schubart espère de nouveau. Quelque chose de positif émerge malgré les facteurs de déception. Cet espoir s'incarne dans la Constitution, l'esprit de liberté qui inspire toute chose, la liberté de la presse, cause chère entre toutes au journaliste Schubart (mais qu'on prenne garde à l'usage qui en sera fait!) et la tolérance en matière religieuse que réclame si éloquemment Rabaut-Saint-Etienne.

Quant aux pays allemands, on peut espérer qu'ils demeureront à l'abri. Encore une fois, Schubart est ici bien proche de Wieland et de tous ceux qui constituent ce qu'on appelle habituellement la «réaction idéaliste»⁴⁵. La *Chronik* dément avec plaisir l'information venue de Suisse et faisant état de soulèvements survenus dans ce pays. Ainsi peut-on lire, toujours à cette date du 1^{er} septembre 1789: «Voilà qui reconforte mon âme et réjouit mon cœur: de voir qu'il existe encore des Etats où l'Autorité et ceux qui y sont soumis, chacun en connaissance du caractère sacré de ses devoirs, demeurent attachés l'un à l'autre par des liens de confiance et d'amour, comme le sont des parents

⁴³ Cf. par exemple le baron Knigge, Josephs von Wurmbrand politisches Glaubensbekenntnis, mit Hinsicht auf die französische Revolution und deren Folgen (Bremen 1792, éd. G. Steiner, Frankfurt 1968) le 8^{ème} chapitre, intitulé: «Wie allen gewaltsamen Revolutionen vorgebeugt werden könne», 98 sq.

⁴⁴ Chronik, 18 septembre 1789, 632. «Unter dieser anscheinenden Anarchie geschehen Kopf- und Herztaten, die ewiger Aufbewahrung wert sind.»

⁴⁵ Cf. Droz, 297 sq. La réaction humaniste.

et des enfants chrétiens.⁴⁶ La vision de la Suisse, jusqu'alors pays des âmes où souffle l'air pur de la liberté, s'enrichit ici d'une vision patriarcale: la liberté devient facteur d'harmonie et non pas ferment de discorde. L'image que Schubart donne de ce pays en fait un modèle de régime équilibré qui le met à l'abri des secousses que l'on observe à Paris où s'installe la misère, où prolifère une armée de fainéants, de parasites et de pillards, cependant que l'esprit de revendication tend à gagner toutes les corporations.

Maladies infantiles de la Révolution? Sans doute, et qui ne doivent pas faire condamner absolument celle-ci ni les principes qui la guident même si elles risquent de rendre périlleux chaque pas accompli sur le chemin de la liberté et du bonheur du peuple. Que la preuve de cette incapacité à assumer la liberté tant revendiquée soit fournie par le peuple français n'est pas fait pour étonner Schubart. Son inconstance et ses autres défauts ne pouvaient pas disparaître en un jour. C'est déjà l'idée, qui sera amplement développée à l'époque napoléonienne, selon laquelle le caractère français galvaude inévitablement les causes les plus sacrées, autrement dit que les Français ne sont pas vraiment dignes des principes qu'ils prétendent incarner. Son corollaire qui veut que les Allemands, qui possèdent précisément les vertus qui font défaut aux Français, soient particulièrement aptes à incarner ces valeurs suprêmes et même soient désignés pour le faire, ne figure pas encore chez Schubart. Il n'apparaîtra que plus tard, à l'époque des guerres napoléoniennes.

Schubart, pour l'heure, se contente de dire que les Allemands auraient bien tort de vouloir imiter ce que les Français ont l'audace d'appeler «liberté» et qui n'est souvent que «folie furieuse». Le cheval emballé a déjà jeté bas son cavalier. Bientôt, il se rompra les membres et le cou⁴⁷.

La France révolutionnaire offre ainsi à vrai dire une double image: celle du désordre, de l'anarchie sur fond d'illusions qui mènent tout droit à la banqueroute. Et celle de la réconciliation nationale. Paris corrobore la première impression, Strasbourg confirme la seconde puisque, dans cette ville, la réconciliation met même fin aux querelles où s'opposaient catholiques et protestants. Laquelle de ces deux images est la bonne? C'est selon les informations que Schubart reçoit.

Mais précisément la Fête de la Fédération va être pour Schubart l'occasion de concrétiser ce vœu. Cette fête a fortement frappé les Allemands, qu'ils en aient été les témoins – comme Schubart lui-même qui fit le voyage de Strasbourg quelques semaines avant sa mort – ou qu'ils en aient seulement été informés par leurs journaux ou par des récits de voyageurs. Citons par exemple G. A. von Harlem⁴⁸, ami et admirateur de Klopstock et de Wieland. Comme beaucoup de ses compatriotes, il souligne le symbole de fraternité nationale et d'unanimité que constitue cet événement. Il y perçoit ce qu'y éprouve Michelet qui écrit: «La France de 89 a senti la liberté celle de 90

⁴⁶ Chronik, 1er septembre 1789, 586: «... in Vertrauen und Liebe aneinander hangen, wie christliche Eltern und Kinder.»

⁴⁷ Chronik, 4 septembre 1789, 595 et 11 août, 525 sq. et 11 septembre 1789, 615.

⁴⁸ G. A. von Harlem. On peut se rapporter à la traduction d'Arthur Chuquet, Paris en 1790. Voyage de Harlem (Paris 1896). Sur G. A. von Harlem, cf. Karsten Witte, Reise in die Revolution. G. A. von Harlem und Frankreich im Jahre 1790 (Stuttgart 1971) notamment 75, 77, 90 et 91.

sent l'unité de la patrie»; Michelet parle encore de «cet immense élan de concorde au bout d'un siècle de discorde». A propos de la manière dont les Allemands ont ressenti cet événement, il ajoute: «L'Allemagne, devant ce miracle, fut profondément absorbée, entre le rêve et l'extase, devant ce spectacle de l'union qui gravite à l'unité.»⁴⁹

C'est bien ainsi que Schubart nous décrit cette journée: unité de tous les Français, réconciliation du roi et de la nation, donc fête nationale en tant qu'elle symbolise ce double phénomène. Son émotion est encore plus grande du fait que, dans un club parisien, on a bu ce jour-là à la santé de Wieland qui, dans le *Merkur*, a pris position en faveur de la Révolution, cependant qu'on y brûlait les numéros des *Staatsanzeiger* où Schlözer prenait la défense des aristocrates⁵⁰.

Le premier écho de ces journées que nous livre la *Chronik* ne concerne pas Paris mais Strasbourg. Schubart compare cette fête à une parfaite symphonie, majestueusement exécutée et que ne dépare aucune fausse note («ohne Mißlaut» écrit Schubart). Harmonie, concorde, patriotisme vrai, c'est aussi ce que Pfeffel, le poète aveugle de Colmar, a ressenti en ce jour qui est celui de la résurrection de la patrie: clivages sociaux et divisions provinciales disparaissent spontanément⁵¹.

Schubart souscrit à la double partition de cette symphonie: d'une part, l'idylle que constitue la réconciliation du roi et de la nation, le rêve, devenu réalité, d'un despotisme éclairé et populaire; d'autre part, le sentiment tout puissant d'appartenir à la nation française, donc à une patrie qui l'emporte sur tous les particularismes provinciaux. Pour un Allemand qui a rêvé de l'impossible unité des Allemagnes, quel exemple! Sur ce chemin les Français montrent la voie où Schubart aimerait voir ses compatriotes s'engager. Seuls existent à présent le peuple de France et les Français, qu'ils soient Bretons, Normands ou Provençaux. Comme Schubart aurait aimé qu'il en fût de même des Wurtembergeois, des Saxons, des Bavares et de tous les Allemands dispersés dans l'Allemagne émietlée. Jamais poète, ajoute Schubart, n'aurait osé rêver une telle fraternité étendue à tout un peuple⁵².

Tous ont contribué à la préparer, quelles que fussent leurs origines, sociales ou régionales. N'a-t-on pas vu le roi pousser lui-même la brouette? Fraternelle chaleur qui embrasait aussi bien les prêtres et les moines, les enfants et les femmes, les soldats, les savants, les artistes. Le roi, rallié à la Constitution à laquelle il prête serment, promet d'exécuter les lois. N'est-ce pas la meilleure garantie que l'hydre de l'anarchie n'est plus à craindre? Cet enthousiasme s'étend même aux étrangers. A. Cloots en est l'exemple le plus éloquent. Lui, un Prussien, au cœur vaste et à l'esprit élevé, a jeté aux orties son titre de baron – et le voilà qui pousse la brouette! Cloots s'était proclamé

⁴⁹ Jules Michelet, *Histoire de la Révolution Française* (chapitre XII: 14 juillet 1790). Nous citons d'après l'édition de C. Meltra, I (Paris 1979), 332 sq.

⁵⁰ *Chronik*, 22 juin 1790, 431.

⁵¹ *Chronik*, 22 juin 1790, 431: «Das ganze große Fest glich einer vollständigen Symphonie, ohne Mißlaut, herrlich gesetzt, und majestätisch ausgeführt.» Cf. Gonthier-Louis Fink, Pfeffel et la Révolution Française, in: *Recherches germaniques* 17 (1987) 121 sq.

⁵² *Chronik*, 25 juin 1790. «Alle Rivalität ist erloschen; es ist jetzt nur ein Volk ...»

cosmopolite parisien et clévois de naissance tout à la fois. Il s'était exclamé: «Voilà la Gaule, vive l'humanité.»

Du *Ça ira*, Schubart retient deux vers:

A ça ira, ça ira

Nos chers frères des Provinces

qu'il préfère à ceux de contenu plus égalitaire⁵³.

Ici Schubart risque un rapprochement, qu'il ne développera pas par la suite, entre la Révolution Française et la guerre d'Indépendance des Etats-Unis. La Fayette est le symbole de cette double liberté. Schubart va même jusqu'à écrire que la Révolution Française, œuvre de raison, se distingue de la liberté conquise par les Américains en ceci qu'elle ne fait pas couler des flots de sang...⁵⁴.

Pour nous replacer dans la perspective qui était celle de Schubart et de ses lecteurs, il nous faut ignorer ce qui arrivera après l'événement qu'il rapporte et commente, nous arrêter au jour où il écrit. Il faut donc renoncer à la position de l'historien qui dispose du recul nécessaire et confirme un tri que le cours des choses a déjà opéré avant lui. Cela est naturellement encore plus vrai lorsqu'il s'agit d'une actualité aussi brûlante que celle-ci et dont le déroulement précipité est totalement imprévisible.

La vision que transmet la *Chronik* est donc à la fois insuffisante mais précieuse. Elle manque, et pour cause, de la profondeur de champ dont dispose l'historien, mais en revanche, elle nous renseigne sur ce que l'histoire a parfois oublié. La portée d'un événement ne coïncide pas toujours avec ce que ceux qui l'ont vécu avaient primitivement pensé, avaient espéré ou avaient redouté.

La fête de la Fédération en fournit un bon exemple. L'historien sait ce que sera le 14 juillet 1791. Il pourra être tenté de dire que l'année 1790 qui culmine avec la Fête du Champ de Mars a été l'année heureuse de la Révolution⁵⁵. Cela implique que celles qui l'ont suivie ne méritent pas ce qualificatif. D'autre part, la connaissance de l'évolution ultérieure permet de souligner ce que cette unanimité masquait de conflits. Mais le journaliste fournit un témoignage infiniment précieux pour celui qui veut ignorer ce qui viendra plus tard.

«Pour comprendre ce qu'a signifié cette journée, écrit F. Furet, ignorons volontairement ce qui va venir. Imitons ces bourgeois de l'Ancien Régime qui enregistraient dans leur journal les impressions du temps.»⁵⁶ C'est de même un récit pour ainsi dire au jour le jour que nous livre Schubart. Tout au plus se permet-il quelques retours en arrière, assez rares et limités. Il tente alors de dresser un bilan, conscient qu'il est de devoir accompagner le rythme précipité des événements et d'ajouter des objections à un contexte déjà fort contradictoire en lui-même.

⁵³ Chronik, 23 juillet 1790, 503. La moitié de ce numéro s'intitule: «Das Fest der Freien.» Cf. déjà le 20 juillet 1790, 495-498.

⁵⁴ *Ibid.* 504.

⁵⁵ Cf. François Furet, *La Révolution*, t. 1 (Paris 1965) 164. Jacques Solé dans *La Révolution en questions* (Paris 1988) 112 sq. font référence à Samuel Scott qui ironise sur «l'année heureuse» que fut 1790. Jean Tulard, *Histoire et dictionnaire de la Révolution française* (Paris 1987) 65 sq. Schubart a bien vu que s'opérait là une nouvelle naissance de la France. Mais il n'analyse pas la fragilité de cette unanimité et préfère quelque temps poursuivre son rêve idyllique.

⁵⁶ Furet, 164.

L'année 1791, qui verra la disparition de Schubart, sera marquée par deux événements qui eurent en Allemagne une immense répercussion : l'entrevue de Pillnitz et la tentative de fuite de Louis XVI qui prit fin à Varennes. De l'un et de l'autre de ces événements, la *Chronik* a rendu compte et a essayé de tirer des conclusions allant au-delà de la seule relation des événements.

Dans l'entrevue de Pillnitz, Schubart voit avant tout un fait de nature à renforcer les liens du corps germanique. Aussi bien les deux événements ont-ils entre eux le lien que l'on sait. La chronologie nous commande de même de commencer par la fuite du roi. Depuis quelque temps, la *Chronik* s'inquiétait des agissements des adversaires de la Révolution. Sans doute était-ce pure calomnie, disait Schubart, si l'on prétend que le roi est impliqué dans ce complot. « Il faut faire litière, ajoute-t-il, des affirmations selon lesquelles le roi conspirerait ainsi à la défaite de son propre peuple. »⁵⁷ Schubart, encore une fois, est partagé. Il se refuse à croire ceux qui prêtent au roi l'intention de fuir : les émigrés de Coblenz se bercent assurément d'illusions. Mais la confusion, ce que Schubart appelle ici la « Schwärmerei », étendant au politique l'acceptation habituellement psychologique et littéraire de ce mot toujours négatif sous sa plume, règne dans les deux camps. La cruauté qui sévit dans les prisons ne vaut pas mieux que celle qui sévissait à la Bastille. L'Assemblée Nationale ne devrait être fréquentée que par des patriotes purs et enthousiastes. Hélas, les fanatiques y sont au moins aussi nombreux et la concorde espérée est loin de régner en France. Par ailleurs, Schubart partage sur le destin de la France le pessimisme d'Archenholtz dont il cite les articles parus dans *Minerva*⁵⁸.

La fuite du roi elle-même est largement commentée le 1^{er} juillet. Après avoir fait le récit des événements, Schubart conclut : « Si la tentative du roi avait réussi, la pire des guerres civiles se serait déchaînée sur le pays ; les armées étrangères auraient déferlé, ralliant les mécontents. »⁵⁹ Aussi sait-il gré à Drouet d'avoir arrêté cette dangereuse expédition. Schubart tient pour acquise la collusion entre la famille royale et les émigrés, prêts à intervenir aux frontières. Sans accabler Louis XVI, Schubart se félicite que sa tentative ait échoué. L'avenir dira ce qu'il adviendra du roi. Beaucoup de choses dépendent de l'empereur Léopold.

Quelques jours plus tard, la *Chronik* relate l'entrée de Louis XVI dans Paris. Il est surtout frappé par l'accueil qui lui est fait. Schubart conclut en ces termes : « Qui n'accorderait pas sa pitié au roi, qui assurément n'est pas mauvais, mais seulement faible. » Et il se laisse aller à cette prophétie : cet événement préfigure le jour où tous les rois, princes et seigneurs de la terre devront rendre des comptes⁶⁰.

⁵⁷ *Chronik*, 24 juin 1791.

⁵⁸ Cf. Jacques D'Ignon, Hegel secret (Paris 1968) chapitre premier. « Minerva » 7-43. Archenholtz, fondateur et directeur de cette revue, apparaît comme un modéré, proche des Feuillants et qui, plus tard, se montre très hostile aux Jacobins. On lui doit par ailleurs une *Histoire de la Guerre de Sept Ans* à laquelle il avait lui-même pris part comme officier dans l'armée prussienne.

⁵⁹ *Chronik*, notamment 1^{er} juillet 1791, 495. « Wäre dem König seine Entweichung gelungen, so würde sogleich der fürchterlichste Bürgerkrieg ausgebrochen sein. »

⁶⁰ *Chronik*, 5 juillet 1791, 437. Par ailleurs la *Chronik* publie la traduction intégrale de la lettre adressée par le Marquis de Bouillé à l'Assemblée Nationale.

Mais qu'allaient être les conséquences de cet événement en Europe? Le 2 septembre, la *Chronik* annonce en ces termes l'entrevue de Pillnitz: «Au mois d'août, Léopold et Frédéric-Guillaume s'entretiennent de choses de la plus haute importance.» Une semaine plus tard, Schubart précise: «Bien que cet accord ressemble fort à l'atelier de Vulcain où se forgent les massues destinées à terrasser la Constitution Française, il est plus vraisemblable pour qui connaît les caractères des deux souverains que ceux-ci éviteront l'intervention violente.»⁶¹

De Pillnitz, Schubart retient essentiellement une image: celle d'une embrassade qui met fin à des siècles de discorde opposant la Prusse à l'Autriche et qui, ainsi, inaugure un nouveau système⁶². Le fait le plus significatif est que Schubart accentue cet aspect, certes indéniable, de l'entrevue de Pillnitz mais qu'il tend de ce fait à en minimiser la portée contre-révolutionnaire⁶³. Louis XVI ayant accepté la Constitution, l'accord en question perd de son actualité, en tout cas de sa virulence.

Schubart ferme donc au moins en partie les yeux sur l'affrontement qui apparaît de plus en plus inévitable entre les princes et la Révolution. On observera que d'autres périodiques font alors preuve d'une plus grande lucidité. C'est le cas du *Deutsches Museum* qui écrit vers le même moment: «C'est une remarque incontestable et que chacun peut faire: ou bien, il faudra que les princes d'Europe vengent la honte subie par Louis XVI, ou bien il faudra qu'ils s'attendent à subir eux-mêmes un sort identique. Ou bien il faut extirper l'anarchie, ou bien celle-ci contaminera l'Europe entière et elle rendra tous les pays aussi malheureux que l'est la France.»⁶⁴ Approfondissant son analyse du rapport des forces en Europe, la même revue insiste sur le changement de perspective à ses yeux décisif que signifie la conclusion avec la Turquie de la paix de Sistowa, le 4 août 1791: l'Autriche, qui a désormais les mains libres à l'Est, va pouvoir s'intéresser de beaucoup plus près à ce qui se passe à l'Ouest. La *Chronik* signale l'événement mais n'en tire pas de conclusions. Tout au plus évoque-t-elle l'hypothèse d'un changement de priorité désormais possible dans la politique extérieure de l'Autriche.

Schubart en reste donc, s'agissant de Pillnitz, à l'image d'une réconciliation austro-prussienne. Certes, cet accord sonne le glas du Fürstenbund que la *Chronik* avait pourtant très vivement célébré et qui, rappelle Schubart, a été le grand espoir des patriotes,

⁶¹ *Chronik*, 2 septembre 1791, 578.

⁶² *Chronik*, 13 septembre 1791, 599. «Hat nach langer blutiger Zwietracht des Preussischen Genius den Oesterreichischen umarmt, und ein neues Staatssystem geschaffen.»

⁶³ *Chronik*, 27 septembre 1791, 634. De même, c'est sous l'angle de l'unanimité nationale allemande que Schubart envisage ce qu'il appelle la «grande affaire alsacienne». La riposte du Reichstag aux décisions françaises concernant les «princes possessionnés d'Alsace» lui est prétexte à célébrer le rassemblement de tous les Allemands (*Chronik*, 5 août 1791, 512) dès lors que l'Empire est menacé dans son intégrité territoriale, et à souligner l'appartenance de l'Alsace au corps germanique (*Chronik*, 23 septembre 1791). La position de la *Chronik*, même sur ce dernier point, n'est d'ailleurs pas inébranlable. Schubart, en tout cas, tient à se démarquer des «sanguinaires» qui prêchent à cette occasion la croisade antifranaise (*Chronik*, 30 novembre 1790, 818).

⁶⁴ *Neues Deutsches Museum* 1791, 849, cité par *Waldemar Wenzel*, *Deutschland vor hundert Jahren* (Leipzig 1890) Bd. II, 197.

Pillnitz, Schubart doit bien l'admettre, c'est un peu le désaveu de l'œuvre de Frédéric⁶⁵. Mais ses regrets semblent comme effacés. Il tient pour éminemment positif tout ce qui renforce les liens entre les différents éléments du corps germanique. L'unité du monde allemand passe à ses yeux avant la vénération qu'il peut avoir pour ses illustres représentants, lors même que ceux-ci ont, en leur temps, contribué à édifier cette unité. Certes, les petits Etats allemands dont la *Chronik* a souvent dit de quelle riche diversité ils étaient porteurs, risquent d'y être sacrifiés. Les princes de ces Etats, dit Schubart, ne voient pas l'abîme dans lequel ils se précipitent. Ils portent du bois au bûcher qui va les anéantir. Un correspondant, réel ou fictif de Schubart, se pose au moins la question.

Dans les derniers mois de la vie de Schubart, la *Chronik* se contente d'être un journal d'information qui évite de prendre parti, sans doute à fois par prudence personnelle de son éditeur et aussi parce que celui-ci se sent débordé par la précipitation souvent contradictoire du cours des choses. Comment, dans ces conditions, s'aventurer à prédire? Ce serait courir le risque de devoir se démentir quelques jours plus tard.

Dans la *Chronik* de l'été 1791, on peut trouver des informations, beaucoup d'interrogations et d'hésitations. Mais, si l'on excepte une approbation de principe envers tout ce qui semble de nature à fortifier l'Allemagne, de plus en plus perçue à travers la personnalité de Léopold, on ne trouvera guère de prises de position politiques. Il ne faut pas y chercher l'écho du grand débat qui s'amorce ailleurs: par exemple, dans le *Neues Deutsches Museum* ou dans le *Wiener Zeitschrift* qui accentuent leur pression en faveur du soutien accordé à Louis XVI et d'une intervention armée destinée à contenir, voire à réduire la Révolution; mais aussi, dans le camp opposé, chez un homme comme Forster qui escompte des préoccupations que la Prusse et l'Autriche auront à l'Est un effet modérateur quant à leur volonté d'intervenir en France et n'hésite pas à dresser au même moment un bilan positif de la Révolution.

Cette prudence dans le jugement, cette hésitation à s'engager chez Schubart que nous avons connu si impétueux, rejoignent une attitude très comparable que l'on peut observer chez Wieland qu'un critique récent qualifie de «bourgeois sceptique»⁶⁶. C'est d'ailleurs à cet écrivain que se réfère volontiers Schubart dans l'un des tout derniers numéros de la *Chronik* qu'il rédigea avant sa mort⁶⁷. Ce qu'espère Wieland, qui ne souhaite en rien l'extension à l'Allemagne d'une Révolution qui remettrait en cause trop de choses auxquelles il est attaché, c'est que précisément les princes allemands veillent à préserver cet équilibre fragile plutôt que d'aller guerroyer contre un grand peuple qui a brisé ses chaînes avec l'énorme énergie que donne le désespoir. Le spectateur sceptique et l'observateur passionné se rejoignent ici. C'est une leçon de sagesse assez conservatrice que Schubart croit pouvoir dégager des *Nouveaux Dialogues des Dieux* que Wieland vient justement de publier à Leipzig. «Ils contiennent, écrit la

⁶⁵ *Chronik*, 13 septembre 1791, 601 et 27 septembre 1791, 632. Schubart fait parler un Franco-nien qui regrette l'affaiblissement de la Prusse.

⁶⁶ *Chronik*, 4 octobre 1791, 650 sq.

⁶⁷ B. Weyergraf, *Der skeptische Bürger. Wielands Schriften zur Französischen Revolution* (Stuttgart 1972); cf. également Gonthier-Louis Fink, *Wieland et la Révolution Française*, in: *Revue d'Allemagne* (juillet 1973) 497-522.

Chronik, les vérités les plus splendides concernant les gouvernements et les Constitutions. » A l'appui, Schubart cite un passage de ces *Dialogues* où l'on peut lire que toute entreprise menée contre la liberté constitue une prétention induite à l'égard du plus inaliénable des droits naturels que possède un être raisonnable. Le passage s'achève sur cette phrase : « Plus les hommes discernent clairement le pour et le contre de toute chose, moins ils seront enclins à échanger contre des inconnues et des incertitudes leur situation présente, pour peu que celle-ci ne soit pas totalement insupportable. »⁶⁸

Cela est surtout vrai des Allemands dont la *Chronik* remarquait le 26 juillet 1791, s'adressant à ceux de ses lecteurs qui croyaient remarquer les étincelles annonciatrices d'un proche incendie : « L'Allemand est solidement calé dans la chaise de son grand-père ; il est enclin, plus que les autres nations, à se satisfaire de son sort, à la soumission, au travail. Il réfléchit et pense : en ce monde on ne peut pas encore trouver la vraie liberté. C'est seulement dans l'au-delà qu'il nous sera donné de contempler la loi parfaite de la liberté. »⁶⁹

Sans doute, ceux que la *Chronik* depuis un peu plus de deux ans, nomme les Nouveaux Francs, à la veille de se donner une nouvelle Constitution, peuvent-ils céder à une certaine euphorie. Schubart croit percevoir chez eux l'annonce d'une véritable réconciliation nationale. L'avant-dernier numéro de la *Chronik* composé avant la mort de Schubart est presque entièrement consacré à la France. Il y célèbre successivement Louis XVI et Rousseau. Il met en garde contre les Emigrés coupables, selon lui, de menées contre-révolutionnaires. L'ancien droit – das alte Recht⁷⁰ – et le nouveau ne sont, dit Schubart, nullement incompatibles. Dans les pays allemands, et d'abord en Wurtemberg, l'ancien droit protégeait du despotisme. Le nouveau droit est né de l'insurrection contre le même adversaire⁷¹.

Dans les dernières semaines de sa vie, Schubart semble se laisser porter par un élan révolutionnaire plus vil qu'auparavant. Certes des ombres subsistent au tableau, perspectives de guerre civile notamment, que redoute tant Wieland. Chez Schubart, alternent moments d'optimisme et accès de pessimisme, visions de discorde et visions de réconciliation.

Mais même s'il lui arrive de déplorer que ses compatriotes mettent si peu d'enthousiasme à entendre le message venu de France, même s'il ne rejoint pas le camp des admirateurs devenus détracteurs – pour la bonne raison que, mort en octobre 1791, il n'a pas connu la suite des événements – Schubart a toujours pensé que le mieux était de faire l'économie de la Révolution, surtout lorsque l'on est Allemand et sujet du duc de Wurtemberg. Si la flamme de la Révolution doit se propager, mieux vaut qu'elle le fasse dans une autre direction !

⁶⁸ Ibid., 651.

⁶⁹ *Chronik*, 26 juillet 1791, 489 sq. Schubart consacre trois pages entières à décrire la paix enviable qui règne en Allemagne ; il conclut ainsi : « Ich mußte diese kurze, aber wahre Darstellung denjenigen entgegenstellen, die jetzt in Deutschland glimmende Funken eines wahren Brandes bemerken wollen. Der Deutsche sitzt fest und breit in seinem Großvaterstuhle und ist zur Genügsamkeit, zur Unterwerfung, zur Arbeit geneigter, als andere Nationen. Er ist verständig und denkt : drüben erst wird es uns glücken, hineinzuschauen in das vollkommene Gesetz der Freiheit. »

⁷⁰ Cf. Erwin Hölzle, *Das alte Recht und die Revolution* (Oldenburg 1931) 60 sq.

⁷¹ *Chronik*, 7 et 11 octobre 1791, 656 sq. et 663 sq.

Zusammenfassung des Referates von Jean Clédière

Schubart war bereits seit zwei Jahren aus dem Gefängnis von Hohenasperg entlassen, als am 21. Juli 1789 die *Vaterländische Chronik*, die er künftig in der Druckerei der Karlsschule herausgab, diese Überlegung an ihren Anfang stellte:

In Frankreich geschehen jetzt Dinge von solcher Wichtigkeit, daß man fast darüber die Donner des Türkischen und Nordischen Krieges überhört.

(*Vaterländische Chronik*, LVIII, S. 473, Dienstag, 21. 7. 1789)

Seit dieser Zeit erhielten die Leser der Zeitschrift regelmäßig Informationen über die Ereignisse in Frankreich, insbesondere aus Paris und Straßburg, wo Schubart über Korrespondenten verfügte, deren Identität er jedoch niemals offenbarte.

Die geographische Nähe wie auch eine gewisse freiheitliche Tradition auf dem Gebiet des politischen Denkens ließen Württemberg damals besonders sensibel auf diese Ereignisse reagieren. Schubart erhielt seine Informationen hauptsächlich aus Straßburg und ging so weit, sich fast wörtlich von gewissen Straßburger Zeitschriften – wie der *Geschichte der gegenwärtigen Zeit* – inspirieren zu lassen. Er reagierte mit Sensibilität und Impulsivität, was zeigt, daß ihn die zehn Jahre der Gefangenschaft nicht gebrochen hatten, selbst wenn er wegen Karl Eugen verständlicherweise gewisse Rücksichten nahm.

Die *Vaterländische Chronik* erschien zweimal wöchentlich und bemühte sich, den aktuellen Stand der Ereignisse darzustellen. Es darf nicht verwundern, daß in ihr oft stark unterschiedliche Einschätzungen zu finden sind, mitunter sogar Widersprüche. Die Ereignisse entwickelten sich sehr schnell. Ihre Beurteilung und mehr noch der Versuch einer Prognose waren sehr schwierig. Schubart bedauerte, daß ihm die Zurückgezogenheit und Zufriedenheit eines Historikers versagt geblieben seien. Außerdem erklärt auch die durch die Überwachung Karl Eugens bedingte ambivalente und kluge Haltung, von der die *Tagebücher seiner Rayssen* zeugen, daß Schubart zögerte, sich zu deutlich zu engagieren. Er praktizierte von nun an eine Art Selbstzensur, die die Voraussetzung für die Neuausgabe seiner Zeitschrift gewesen ist.

Zweifellos war Schubart von vornherein entschlossen, die begeisterte Stimmung zu unterstützen, die sich vieler junger Intellektueller Württembergs bemächtigte. Diese waren in Karlsschule und Tübinger Stift erzogen worden. Treu blieb von ihnen G. Stäudlin, der versuchte, die *Chronik* nach dem Tod ihres Gründers fortzuführen.

Um die universelle Bedeutung des Ereignisses anzudeuten, zögerte Schubart nicht, seine Zeitschrift ganz kurz *Chronik* zu nennen. Er, der die Franzosen so sehr verächtlich gemacht hatte, bewunderte sie jetzt und war sogar bereit, bei ihnen etwas wie einen deutschen Geist zu erkennen. Dennoch befürchtete er die endgültige Französisierung von Straßburg, das in seinen Augen ein Brennpunkt deutscher Kultur blieb. Auch traute er den Franzosen nicht zu, mit der Freiheit, die sie für sich in Anspruch nahmen, wirklich leben zu können. Schubart nahm also die Akzente der antifranzösischen Polemik wieder auf, mit der er an die *Chronik* von vor 1777 anknüpfte.

In mehrfacher Hinsicht ist Schubart seinem Landsmann Wieland – von dem er sich auf andere Weise sehr früh distanziert hat – und der Verkörperung dessen, was man in

Deutschland die „idealistische Reaktion“ nennt, sehr nahe. Die Exzesse, die in den ersten Monaten begangen wurden, zeigten für Schubart, daß jede Bewegung dieser Art – wenn nicht eine entscheidende Veränderung in den Herzen vor sich gehe – der Gefahr ausgesetzt sei, mißbraucht zu werden und in blutige Anarchie zu degenerieren. Ebenso beharrt die *Chronik* häufig auf der entscheidenden Unterscheidung zwischen „falscher Aufklärung“ und „wahrer Aufklärung“ – diese ist in der in Deutschland üblichen Weise zu verstehen. Die Deutschen hätten nach Schubart das Glück, durch weise und um das Wohlergehen ihrer Untertanen besorgte Fürsten regiert zu werden; deshalb bräuchten sie keinen Umsturz. Schubart nennt diese mustergültigen Souveräne, unter denen Karl Eugen demonstrativ hervorgehoben wird.

Wie viele seiner Landsleute wünschte Schubart, daß es zu einem harmonischen Einvernehmen zwischen Souverän und Volk kommen möge. Sein Traum war die konstitutionelle Monarchie: eine Mischung aus britischem Herrschaftssystem, Schweizer Republik und aufgeklärten Regierungen, wie sie in Deutschland existierten. Die Freiheit sei dort nicht ein Ferment der Zwietracht, sondern ein Faktor der Harmonie. Einen Moment erschien ihm diese idyllische Hoffnung zum Greifen nahe: Das Föderationsfest in Straßburg wie das in Paris bestätigten diese optimistische Vision. Schubart begrüßte darin das, was Michelet „un immense élan de concorde au bout d'un siècle de disputes“ nannte. Der Entwurf der Konstitution, den die *Chronik* breit analysierte, glich einer „monarchie tempérée“, in der der Hydra der Anarchie die Zügel angelegt sind.

Aber die übrigen Vorzeichen waren beunruhigender: der „Dämon der Agitation“ könnte leicht den Sieg davontragen. Schubart brandmarkte die Zügellosigkeit und begann sogar, Argumente beizubringen, die E. Burke anerkennen sollte. Ebenso brandmarkte er T. Müntzer und gab Luther recht, ersteren hart verurteilt zu haben. Angesichts der Ereignisse, die Schritt für Schritt gleichzeitig beide Interpretationen bestätigten, zögerte Schubart: der Pariser Pöbel gab das Beispiel der Anarchie, während Straßburg ein ermutigenderes Beispiel bot.

Sechszwanzig Monate schwankte die *Chronik* also zwischen Enthusiasmus und Skeptizismus, zwischen Hoffnung und Pessimismus – je nach den Gefühlen Schubarts. Aber seine Vorbehalte, selbst wenn sie sich in extremer Form darstellen, implizieren nicht eine Verurteilung der Prinzipien, die die revolutionäre Bewegung für sich reklamierte. Schubarts plötzlicher Tod im September 1791 erlaubte ihm nicht mehr, die Ereignisse mitzuerleben, die viele Deutsche dazu brachten, eine radikalere, oft ablehnende Position einzunehmen.

Diskussion zum Referat von Jean Clédière

Leiter: Eberhard Weis

Eberhard Weis leitete die Aussprache mit einem Vergleich zwischen Schubart und Pestalozzi ein. Er hielt Schubarts Haltung gegenüber der Französischen Revolution für sehr viel typischer für die deutschen Intellektuellen als diejenige Pestalozzis, wobei die Zweifel der Intellektuellen an der Französischen Revolution erst 1792/93 einge-

gesetzt hätten, Schubart aber, der bereits 1791 gestorben sei, diese schon viel früher geäußert habe. In diesem Zusammenhang wies *M. Botzenbart* auf ein methodisches Problem hin. Er fragte, inwieweit die Texte der Autoren auf die Zensur abgestellt, also „taktisch“ verfaßt gewesen seien. Nach *J. Clédière* habe es sich allerdings bei Schubart mehr um persönliche Vorsicht als um Taktik gehandelt, da Herzog Karl Eugen von Württemberg selbst eine sehr zweideutige Haltung zur Revolution gehabt hatte, die den Autor zu doppelter Vorsicht gezwungen hätte. Für den Historiker bedeute dies, daß sich aus Schubarts Schriften kein System herauskristallisieren lasse.

Die Bedeutung der Presse im allgemeinen (seit 1770) unterstrich *J. Voss*. Ohne Presse hätte es im Reich keine Informationsmöglichkeiten über die Revolution in Frankreich gegeben, die sie treffende Zensurpraxis wäre jedoch in den verschiedenen deutschen Staaten sehr unterschiedlich gewesen. Hierzu präzisierte *W. Siemann*, daß sich 1792, dem eigentlichen „Schwellenjahr“ des Pressewesens, die Zensur auf die Presse eingestellt habe und Pressezensurbehörden geschaffen worden seien. So zeigten die Beispiele Baden, Österreich und Württemberg, daß die Zeitungen als Problem begriffen worden seien. In Württemberg habe man die Institutionalisierung der Zensur damit erklärt, daß man die „wahre“ Aufklärung gegenüber der „falschen“ fördern wolle. Auch der *Referent* unterstrich die großen Unterschiede in der Zensurpraxis, die den Autoren die Möglichkeit gegeben hätten, allein durch einen Ortswechsel moderatere Regelungen zur Publikation zu nutzen.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand schließlich das Bild, das Schubart vom Dritten Stand im Frankreich der Revolution hatte. *J. Laspongeas* erklärte hierzu, Schubart habe zwar von einer Versöhnung unter den Franzosen im Anschluß an die Ereignisse von 1789 gesprochen, nicht aber die Krise von 1791 erkannt, in deren Verlauf der Dritte Stand zerbrochen sei. Daran schloß sich die Frage an, wie Schubart über die Trennung von Aktiv- und Passivbürgern gedacht und wie er die Zivilkonstitution des Klerus eingeschätzt habe. Der *Referent* zeigte nun, daß Schubart tatsächlich diese Krise nicht erkannt habe, über die Einschränkung des Wahlrechts nichts sage und zur Zivilkonstitution nur ein oder zwei Anspielungen mache. Clédière führte dies auf ein Informationsdefizit zurück, das dem Autor lediglich ein unmittelbares Reagieren auf die Ereignisse erlaubt habe. Er habe einen politischen Kopf besessen, der detailliert lediglich die Konstitutionstexte habe kommentieren können. Außerdem habe er eine tiefe Feindschaft gegen die Jesuiten gehegt, die er für seine Einkerkierung vor der Revolution verantwortlich gemacht habe.

Auf die Haltung der Protestanten gegenüber der Zivilkonstitution gingen schließlich noch *P.-A. Bois* und *J. Tulard* ein. *P.-A. Bois* zeigte, daß die deutschen Protestanten zwar die Dechristianisierungspolitik in Frankreich verurteilt, die Zivilkonstitution aber mit Interesse studiert haben. Diese Beobachtung bestätigte *J. Tulard* auch für die französischen Protestanten. Er fügte noch hinzu, die antireligiöse Politik habe auch die Juden getroffen, deren Synagogen geschlossen worden seien.

Erwin Riedenauer

Die „fränkische Republik“ 1796 Daten und Fragen

Ein Plan, „der nichts weniger bezielte, als aus dem Fränkischen Reichskreis eine förmliche, unter französischem Schutz stehende, ständische Republik zu bilden“, sei in Paris ans Tageslicht gekommen – so berichtet am 12. Oktober 1796 der nach Ansbach zurückgekehrte preußische Sondergesandte Joseph du Terail-Bayard über die Tätigkeit einer im August dort eingetroffenen Kreisdeputation. „Nach diesem Plänchen ... hätte der fortwährende Kreiskonvent die eigentliche Souveränität erhalten und sich in eine konstituierende Versammlung formiert, um sowohl eine schöne systematische Konstitution als auch die Bestimmung zu entwerfen, nach welcher die bisherigen Landesherrn und Stände ihr Dominium utile zu genießen und zu Formierung des repräsentativen souveränen Staats zu konkurrieren hätten. ... Wider Erwarten der deutschen und affilierten *Républicaniseurs* soll dieser Vorschlag jedoch keinen Eingang gefunden haben.“¹

Die Angehörigen dieser Deputation des Fränkischen Kreistags – Friedrich Adolph v. Zwanziger und Philipp Franz Joseph Ritter v. Rhode gen. Rhodius² – hätten sich dadurch die Mentalität einer Gruppe zu eigen gemacht, welche „unter der Decke von Kosmopolitismus, Philanthropie und Maurerei ihre metaphysischen Ideen von Volkssouveränität, republikanischer alleinseligmachender Verfassung, ewigem Frieden usw. in allen benachbarten Staaten in Umlauf zu bringen“ suchten und aus Leuten bestünden, „die Genie und äußerliche populäre Probität mit rastloser Intrigue verbinden“³.

Dazu paßt die Aussage eines Mannes namens Stephani, der bereits am 31. Juli dem Direktorium berichtet hatte, Zwanziger, Rhodius und ein gewisser Helmreich seien aufrechte Gesinnungsgenossen, die selbst in den kritischsten Augenblicken zu Frankreich hielten; sie hätten sich bereit erklärt, den französischen Armeen militärische

¹ *Paul Bailleu*, Preußen und Frankreich von 1795 bis 1807. Diplomatische Korrespondenzen I (1795–1800) (Leipzig 1881) 100.

² *Hermann Zwanziger*, Friedrich Adolph von Zwanziger, gräflich Castell'scher Geheimrat und Kreisgesandter 1745–1800 (Neujahrsblätter, hrsg. von der Gesellschaft für Fränkische Geschichte 11, München–Leipzig 1916); *Erwin Riedenauer*, Gesandter des Kaisers am Fränkischen Kreis. Aus der Korrespondenz des Grafen Schlick zwischen Fürstenbund und Reichskrieg, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 28 (1965) 259–367, hier 324 ff.

³ Zit. bei *Zwanziger*, a.a.O. 29.

Nachrichten zu übermitteln und ihren ganzen Einfluß im Dienste der französischen Republik zu nutzen⁴.

Karl August Freiherr v. Hardenberg, seit 1791 dirigierender Minister in den fränkischen Provinzen Preußens, berichtete 1797 nach Berlin, das „System“ einiger fränkischer Kreisgesandter bestehe darin, „eine Art von fränkischem National-Konvent zu bilden, solchem die allgemeinen Souveränitäts-Rechte über den ganzen Kreis zuzueignen ... die deutsche Verfassung auf metaphysische Sätze der Menschen- und Staatsrechte mittelst der *unité et indivisibilité à la française* neu zu erbauen ... Die Seele dieses Systems und Diktator der ganzen Kreisversammlung ist ein gewisser Geheimer Rat von Zwanziger ...“ Rhodius sei ganz von ihm abhängig, wie auch die eigenmächtige gemeinsame Reise nach Paris im Sommer 1796 zeige⁵.

Im April 1798 wußte Hardenberg in einem zusammenfassenden Memorandum an den preußischen König zu berichten, Zwanziger habe mehrfach laut erklärt, es gebe in Franken nur eine Alternative: entweder würde Nürnberg eine preußische Stadt, oder die brandenburgischen Fürstentümer in Franken „würden einen Teil der nürnbergischen oder fränkischen Republik bilden“. Eine solche Republik sei das klare Ziel von Klubs und Gesellschaften in Nürnberg; Zwanziger selbst sei „im Grunde seines Herzens dem revolutionären System ergeben und antipreußisch“⁶.

Da Hardenberg fortfährt, Zwanziger schließe sich wie mehrere seiner Anhänger „für den Moment“ dem System des österreichischen Hauses an, sei noch der kaiserliche Gesandte Joseph Heinrich Graf von Schlick zitiert: „Politische Kannegießerei und hiedurch das übertriebene Bestreben, bedeutend zu werden, ist meistens das Los der fränkischen Kreisgesandten, welche durch den Zwanziger irregeführt und zu manchen, ihrer eingeschränkten Anstellung und der Reichsverfassung heterogenen, Maßregeln verleitet werden.“ Es sei „mehr als wahrscheinlich, daß Zwanziger und Rhodius den Fränkischen Kreis französisch zu revolutionieren im Sinne hatten“⁷. Auch durch einige weitere Äußerungen bekräftigt Graf Schlick diesen Eindruck, wobei er wie Hardenberg Zwanziger politischen Opportunismus und Eigensucht zum Vorwurf macht. Die Anschuldigung, unmittelbar auf eine fränkische Republik hingearbeitet zu haben, drückt er nicht so deutlich wie Hardenberg aus, wirft ihm aber umgekehrt preußenfreundliche Neigungen vor: „Im Anfang ... war er als preußischer Parteigänger, sodann als demokratischer Bewunderer der französischen Grundsätze berühmt geworden. Bei seinem Benehmen war aber der Protestantismus, Abneigung gegen die geistlichen Stände und das durchlauchtigste Erzhaus als Grundlage seiner Handlungen keineswegs zu mißkennen; daher dann seine im Jahr 95 zum Separatfrieden für Fran-

⁴ Bei *Heinrich Scheel*, *Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts* (Berlin 1962) 163 f., nach *Raymond Guyot*, *Le Directoire et la Paix de l'Europe des traités de Bâle à la deuxième coalition (1795–1799)* (Paris 1911) 309. Dieser Stephani – falls es ihn gegeben hat – ist bestimmt nicht identisch mit dem Castell'schen Konsistorialrat Heinrich Stephani (s.u. mit Anm. 39).

⁵ Generalbericht vom 10. 6. 1797, § 33, bei *Christian Meyer*, *Hardenberg und seine Verwaltung der Fürstentümer Ansbach und Bayreuth* (Hohenzollerische Forschungen 1, 1892) 1–159, hier 45.

⁶ Zit. bei *Scheel*, a.a.O. 465 f. nach Berichten vom 9. April bzw. 10. März 1798.

⁷ Bericht an die Staatskanzlei vom 23. 10. 1796 (HHStAW StK Ber. a.d. Reich 268).

ken zielenden Negotiationen, auch in diesem Jahr [1796] nach Paris gemachte Reise und überhaupt sein Benehmen in allen Kreisangelegenheiten als ein Beweis seiner Grundsätze sich betrachten lassen. Er gehört zu der Klasse jener Leute, welche mit spekulativer und wortreicher Beredsamkeit Einfluß und Übergewicht sich zu verschaffen immer beflissen sind und nach Erlangung desselben die verborgenen Absichten zu erreichen suchen.“ Niemals habe er, fügt Graf Schlick nachdrücklich hinzu, ihn – Zwanziger – „einer wahren Devotion für das durchlauchtigste Erzhaus fähig gehalten“⁸.

Hat ihm auch Hardenberg dies nicht als Grundsatz zugetraut, so hat doch der von Preußen nach Paris entsandte Sandoz-Rollin noch im September 1796 den bestimmten Eindruck formuliert: „Le M. de Zwanziger est un démagogue enragé et un Autrichien identifié.“⁹

Als einen Demagogen stellt auch der Hohenlohe-Waldenburg'sche Kreisgesandte Johann Bernhard Bertrand v. Francken seinen Kollegen Zwanziger dar, und zwar in der besonders farbenprächtigen Schilderung eines Privatbriefes aus Schillingsfürst vom 26. Dezember 1796: „Ich gestehe Ihnen ..., daß, wenn ich selbst bei der Pastete gewesen wäre, ich auch so gut, wie Klügere als ich, durch die Arglist der großmauligsten Matadors vielleicht hätte mit hineingezogen werden können ... Anstatt der ewigen Konferenzen, Sessionen und Besprechungen, die wie Vomition aufeinander folgten, hätte wohl der erste, der einfachste, der natürlichste Gedanke entstehen können, ja sollen: Wir wollen unsere Herren fragen. Allein just dieses taugte nicht in den Kram der Matadors. Diese hatten sich in den Kopf gesetzt, eine Rolle zu spielen ... Ich wollte wohl raten, was er [Zwanziger] beiläufig gedacht haben wird: 1. Unsere Herren und ihre Räte sind – nichts für ungut – Ochsen. Unsere Weisheit muß das besser wissen. 2. glaubte man sicher, der seit vielen Jahren gewaissagte Zeitpunkt, wo wir nicht mehr Repräsentanten der Stände, sondern des Volks sein werden, sei schon vorhanden ...“¹⁰

Mit solchen wünschenswert deutlichen und doch in einigen Punkten auch auffallend widersprüchlichen Feststellungen – auf die ich bewußt im einzelnen noch nicht eingegangen bin – war ich konfrontiert, als ich vor einer Reihe von Jahren Persönlichkeit und Politik des Friedrich Adolph v. Zwanziger zu erfassen suchte¹¹. Einmütig

⁸ Nach einem weiteren Bericht vom 9. 11. 1796 (ebenda), ausführlicher wiedergegeben bei *Riedenauer*, (wie Anm. 11) 561 f.

⁹ *Scheel*, (wie Anm. 4) 240; *Zwanziger*, (wie Anm. 3).

¹⁰ BayHStA K.schw. 13259; ausführlicher und ergänzt durch Auszüge aus einem noch spöttischer formulierten Schreiben vom 15. 8. 1796 bei *Riedenauer*, (wie Anm. 11) 563 f.

¹¹ *Erwin Riedenauer*, Reichsverfassung und Revolution. Zur Persönlichkeit und Politik des fränkischen Kreisgesandten Friedrich Adolph von Zwanziger, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 31 (1968) 124–196 und 501–574. Dort wurde versucht, die politischen Hintergründe und Motive der preußischen (Hardenberg, Bayard, Sandoz-Rollin) und österreichischen Seite (Schlick) sowie die Interessenlage einiger Kollegen Zwanzigers in der Kreisversammlung zu analysieren und auch die Glaubwürdigkeit der – oben zitierten – extremsten Äußerung, nämlich Stephanis, zu prüfen. Die beiden im folgenden näher betrachteten Quellenstellen standen damals noch nicht zur Verfügung. Diese ausführliche Studie sowie die in Anm. 2 genannte Arbeit werden unvermeidlich im folgenden häufig zu zitieren sein; sie seien der Kürze zuliebe künftig nur mit „Schl.“ bzw. „Zw.“ näher bezeichnet.

werden ihm Geschick, Initiative, Geltungssucht und eben jener republikanisch-revolutionäre bzw. konspirative Geist zugeschrieben, welche ihn als Urheber eines Plans zur Umwandlung des Fränkischen Reichskreises in eine Republik nach französischem Zuschnitt glaubwürdig erscheinen lassen. Und dafür scheint es tatsächlich ein unmittelbares Quellenzeugnis zu geben. Seine Kenntnis verdanke ich der Liebenswürdigkeit von Prof. Jean-René Suratteau¹². Es besteht einerseits aus einem Schreiben Zwanzigers an Reubell vom 24.8.1796, andererseits aus einer unsignierten und undatierten Vormerkung für Reubell. Letztere trägt eine offenbar eigenhändige Anweisung Reubells, welche die Veranlassung zu diesem Bericht – also im Anschluß an den Brief Zwanzigers – gegeben haben dürfte. Der Text dieses bisher einzigen nicht durch persönliche oder politische Interessen von Berichterstattern gefährhten Zeugnisses ist im Wortlaut wichtig:

[1] A Paris, le 7 fructidor de l'an 4ème, maison de France, rue St-Thomas du Louvre no. 268.
Au citoyen Directeur Reubell, pour lui seul.

Citoyen Directeur!

Suivant les espérances¹³ de l'agent secret pour le nord de l'Europe connu au gouvernement sous le nom de Gleichen¹⁴ j'ose me flatter, citoyen directeur, de jouir de l'avantage de ne pas vous être entièrement inconnu ni pour mes qualités¹⁵ publiques et privées ni pour les principes, dont je fais profession sous tous les rapports imaginables. C'est cet avantage qui a fait un des plus puissants motifs pour me déterminer à accepter la mission dont je me trouve chargé de l'assemblée générale des représentants des états du Cercle de franconie vers le gouvernement français conjointement avec encore un de mes collègues. Etant arrivé ici hier au soir, je me puis avoir rien de plus pressé que d'aller vous présenter mes respects et de pouvoir vous entretenir avant tout dans ma qualité privée de l'objet de notre mission capable sans doute d'intéresser votre attention. Je vous supplie donc, citoyen Directeur, de m'accorder une audience particulière et de m'en fixer l'heure seulement de bouche par le porteur de la présente suivant vos loisirs. J'ai l'honneur d'être, avec respect, citoyen Directeur, votre très humble et très obéissant serviteur

Zwanziger

membre de l'assemblée générale des Etats du cercle de franconie, muni de pleins pouvoirs.

[2] Suivre cette affaire, m'envoyer les pièces, joindre, Rb.
Rapport pour le Directoire / Cit. dir. Reubell, pour le cit. dir., pour lui seul

Citoyen directeur,

Le cit. Zwanziger envoie de l'assemblée gén. du cercle de franconie désire être reçu par le Dir. ex. et vous avés exprimé le désir de suivre cette affaire.

L'envoi qui traite une question particulière avec le min. de la guerre semble vouloir profiter pour proposer un plan de république de la franconie dont il soumet les principes.

Est il à propos d'entrer dans ses vues ou¹⁶ ne serait il pas plus conforme aux vues du Dir. ex. et

¹² Aus Bibliothèque Nationale, Paris, Département des Manuscrits, Nouvelles acquisitions françaises no. 23641, fol. 275 f. Im folgenden erfolgt buchstabengenaue Wiedergabe ohne Rücksicht auf sprachliche Fehler. Ergänzungen [in Klammern] durch Suratteau.

¹³ Die Diskussion stellte fest, daß dieser Ausdruck im Sprachgebrauch der Zeit mehr als „Hoffnung“ meint, nämlich eine begründete Erwartung.

¹⁴ Lesung von Suratteau als unsicher bezeichnet, aber offensichtlich richtig, wie die von Haast (s. Anm. 55) publizierten Texte von J. B. Erhard zeigen (dort bes. 250 Anm. 9).

¹⁵ Hier als Amtsstellungen, Funktionen zu verstehen.

¹⁶ Anschließend getilgt: „est-il“.

aux vôtres particulièrement de confronter ces projet avec ceux que ne manqueront pas de présenter les députés des autres cercles du Haut Rhin dont ceux de la souabe sont déjà aussi à paris¹⁷.

Il y aurait alors à faire [un] rapport général sur cet objet. Le cit. Directeur désire t il être chargé particulièrement de cet objet ou celui ci a t il intérêt à être traité préalablement par le min des rel ext.

Die erste Frage, die sich an alle diese Quellenstellen anschließt, ist wohl die, ob es erlaubt oder vielmehr schlechterdings notwendig ist, den Plan zur Errichtung einer Fränkischen Republik und Zwanziger als dessen Urheber und Förderer als historische Fakten zu akzeptieren. Ich habe zunächst Zweifel angemeldet und versucht, die politischen Hintergründe und Motive der preußischen (Hardenberg, Bayard, Sandoz-Rollin) und österreichischen Seite (Schlick) sowie die Interessenlage einiger Kollegen in der Kreisversammlung (besonders Francken) zu analysieren, auch die Glaubwürdigkeit der extremsten Äußerung, nämlich Stephanis, zu prüfen. Es ergibt sich nun die (zweite) Frage: Was könnte zu den zitierten Anklagen gegen Zwanziger geführt haben, falls sie sich als nicht hinreichend belegbar herausstellen sollten? Im andern Fall, nämlich ausgehend von dem Ergebnis, daß ein solcher Plan bestanden haben und dem Direktorium in aller Form vorgetragen worden sein muß, stellt sich die dritte Frage: Was kann einen Mann wie Zwanziger bewogen haben, einen solchen Plan zu fassen, diesen mit einem Aufwand von 16 000 fl aus eigenem Vermögen¹⁸ zu verfolgen und einen Rhodius als Teilhaber, mehrere andere Kreisgesandte als Sympathisanten zu gewinnen?

Seit etwa 1785 fällt diplomatischen Beobachtern eine Tendenz zu unabhängigem Denken und selbständigem Handeln in der fränkischen Kreisversammlung zu Nürnberg auf¹⁹. Man kann dies wohl auf folgende Faktoren zurückführen:

1. die Struktur der Fränkischen Kreisversammlung mit 27 gleichberechtigten Stimmen, davon jeweils mehreren in einer Hand;
2. die Struktur dieses Reichskreises an sich, unter dessen Ständen sich Würzburg durch wirtschaftliche Leistungskraft, Bamberg durch eine gewisse politische Vorrangstellung, die brandenburgischen Markgräflümer durch rigorose Territorialpolitik auszeichneten und Städte und viele kleine Herrschaften sich nur durch Anlehnung an das Reich und – in zunehmendem Maße – durch ein Zusammenrücken im Verband des Reichskreises politisch am Leben halten konnten²⁰;
3. den Umstand, daß einer der Kreisgesandten – eben Zwanziger – sich durch ungewöhnliche Tüchtigkeit und Initiative auszeichnete, dadurch das Vertrauen seiner Prinzipalen und mehrerer Kollegen erwarb, die sich ihrerseits aufgeklärte Prinzipien zu

¹⁷ Von Suratteau hier wie auch beim folgenden Satz als unsichere Lesung bezeichnet.

¹⁸ Vgl. *Riedenauer*, Zw., 544f.

¹⁹ Ausführlicher bei *Riedenauer*, Schl., 274 ff. nach Berichten des Grafen Ferdinand Trauttmansdorff und des Legationssekretärs Ignaz v. Büttner.

²⁰ Näher bei *Hanns Hubert Hofmann*, Unterfranken und Aschaffenburg mit den Hennebergischen und Hohenloischen Landen am Ende des Alten Reiches (1792) (*Historischer Atlas von Bayern*, Teil Franken, Reihe II, Heft 1a, München 1956); *ders.*, Franken seit dem Ende des Alten Reiches (ebenda Heft 2, München 1955), Faksimile-Beilage; *Bernhard Sicken*, Der Fränkische Reichskreis. Seine Ämter und Einrichtungen im 18. Jahrhundert (Veröff. d. Ges. f. Fränkische Geschichte, Fotodruckreihe Band 1, Würzburg 1970); *Riedenauer*, Schl., 319 ff.

eigen gemacht hatten. Seinem Einfluß wird es auch zugeschrieben, daß die Kreisversammlung seit November 1791 in Permanenz tagte;

4. den Vormarsch der französischen Armeen (1792 über den Rhein und 1796 bis in die Oberpfalz), die zwar die Parolen der Freiheit auf den Fahnen trugen, zugleich jedoch mit härtesten Kontributionen Land und Leute heimsuchten;

5. die innere Bedrohung durch die Reich und Recht verhöhnenden „Revindikationen“, welche Hardenberg seit 1792 gegenüber den fränkischen Mitständen, besonders auch Nürnberg und der Reichsritterschaft, durchführen ließ.

Als Graf Schlick Ende 1791 die Höfe des Fränkischen Kreises und die Kreisversammlung in Nürnberg bereiste, charakterisierte er Zwanziger als einen Mann von „außerordentlicher Tätigkeit nebst ausgezeichneten Kenntnissen sowohl im Reichs-Justizwesen als auch in der allgemeinen, auch jedem Kreise und Stand eigenen deutlichen Verfassung“. Er erfreue sich seit einiger Zeit „bis auf den gegenwärtigen Zeitpunkt im Besitz eines allgemeinen Zutrauens, im Ruf einer vollkommenen Rechtsschaffenheit und biedermännischen Denkart“. Der Vorwurf, „als wäre er Dictator im Kreise, als könnte man ihn auf ein oder die andere Seite leiten“, scheint ihm „die Folge des Neides verschiedener seinen Platz suchenden Leute, keineswegs aber der Wahrheit gemäß zu sein“²¹.

Daß Zwanziger vor allem durch seine Geschicklichkeit in Finanzfragen dem Kreis unentbehrlich geworden war, geht aus vielen Quellen hervor²². Was nicht im Bericht des Grafen Schlick steht, ist die Tatsache, daß er ihm auch persönlich auf diesem Gebiet entscheidende Hilfe geboten hatte²³. Im Hinblick darauf erscheinen die 1791 abgegebenen, nachdrücklich positiven Urteile Schlicks über Zwanziger doch wohl schon immer durchschaut.

Auch der schwarzenbergische Kanzleidirektor Rhodius, der die Stimmen der Häu-

²¹ Bericht 25. I. 1792 in HHStAW StK Berichte aus dem Reich 248, mitgeteilt bei Riedenauer, Schl., 324. Weitere Hinweise zur Person Zwanzigers ebenda 333 und Zw., 127 ff.

²² Näher Riedenauer, Zw., 133 f.

²³ Die von Zwanziger 1774 begründete und zum Teil mit eigenen Geldmitteln ausgestattete „Gräfl. Castell-Remlingen'sche Landes-Credit-Casse“ hatte durch seine persönliche Verwendung in den Jahren 1793 und 1797 (!) dem Grafen Schlick insgesamt 650 000 fl. zum Erwerb seiner böhmischen Güter vorgestreckt, von denen 1811 noch 473 000 fl. ausstanden. Besonders im Januar 1792 und Ende 1795 war Schlick in der größten Verlegenheit gewesen; nur die Gelder aus Castell bewahrten ihn davor, diese Besitzungen mit großer Einbuße wieder zu verlieren. Bezüglich der politischen Implikationen dieses persönlichen Verhältnisses zwischen dem kaiserlichen Kussion gestellt: Schlick, der als besonders leutselig und liebenswürdig geschildert wird, hat die Schwächen der Reichsverfassung und die Ungerechtigkeiten seiner sozialen Schichtung gut genug erkannt, um den von Frankreich her tönenden Parolen eine gewisse innere Berechtigung nicht abzuspochen. Er hatte aber (1791) gleichzeitig den Auftrag, dem Kurfürsten von Mainz das Rasseln mit dem Reichssäbel zu verleiden und dem preußischen Erbfolger in Ansbach-Bayreuth land er in Zwanziger einen Gesinnungs- und Bundesgenossen (Riedenauer, Zw., 129 bzw. 142 ff.; ausführlich auch Stifflbein, s. Anm. 29).

ser Schwarzenberg, Hohenlohe-Waldenburg und Schönborn führte, galt nach dem Bericht Schlicks als geschickter und in Ansehen stehender Mann²⁴.

Zunächst erscheint es jedoch notwendig, einen Blick auf die politische Situation des Jahres 1792 zu werfen, als es darum ging, ob das Reich sich aus der drohenden kriegesischen Auseinandersetzung mit Frankreich heraushalten könne und solle. Daß gerade Franken als einer der sogenannten „vorderen Reichskreise“ besonders bedroht war und daher schon ein Jahrhundert früher sich für eine wirkungsvolle Kreisarmatur eingesetzt hatte, gehört in diesen Zusammenhang²⁵. Schon im Vorjahr waren die Kreisterritorien durch Märsche und Quartiere der kaiserlichen Armee stark belastet²⁶. Bis zur französischen Kriegserklärung an Böhmen-Ungarn am 20. April 1792 befand sich Zwanziger mit dem Prinzip der Nichteinmischung und dem Versuch, das gefährliche Emigrantenwesen in Hohenlohe-Waldenburg²⁷ einzudämmen, in voller Übereinstimmung mit der Politik Kaiser Leopolds. Dann allerdings muß erkennbar geworden sein, daß der Fränkische Kreis – unter der Führung Zwanzigers und einem synchron laufenden passiven Widerstand des Fürstbischofs von Bamberg als Kreisdirektor – eine eigene, auf Neutralität gerichtete Politik verfolgte. Der kaiserliche Konkominissar am Reichstag berichtet im Februar 1792, die fränkische Kreisversammlung mache über den Truppenmarsch des kaiserlichen Hofes und über den Aufenthalt der französischen Prinzen „seltsame und eines stillen fremden Zusammenhangs nicht unverdächtige Bemerkungen, wovon der bekannte gräfliche Kreisgesandte Zwanziger der Verfasser ist“. Ähnlich berichtet unterm 29. Mai Konrad Ludwig Graf v. Lehrbach aus München an die Staatskanzlei; den größten Einfluß habe Zwanziger, „ein wahrer Demokrat und aftergelehrter Politiker“. Im Dezember befürchtet der kaiserliche Oberkriegskommissar v. Ettenau Behinderungen beim Durchmarsch der kaiserlichen Truppen „vor allem durch den Einfluß des bekannten ... v. Zwanziger, welcher einen fast öffentlichen Hang zur demokratischen Faktion bezeigen soll“²⁸.

Man scheint sich über die „widrige Gesinnung“ Zwanzigers einig zu sein – einschließlich des Freiherrn v. Hardenberg, der am 24. August 1790 in Ansbach eingetroffen war, um zunächst (seit 9.6.1791) im Namen des Markgrafen Karl Alexander,

²⁴ Aus Bericht vom 25.1.1792 zit. bei *Riedenauer*, Schl., 324f. Die Grafschaften Castell und Schwarzenberg waren Nachbarterritorien, so daß auf eine mindestens bis 1789 (Anstellung Rhodius) zurückreichende Bekanntschaft der beiden Kanzleidirektoren geschlossen werden darf. Ein Brief von 1789 kennzeichnet Rhodius als einen aufgeklärten, einsichtsvollen, eifrigen und menschenfreundlichen Mann mit toleranten Ansichten (Fränkisches Archiv, hrsg. von *Büttner-Kerl-Fischer*, Heft 2, Ansbach 1791, 78f.).

²⁵ Vgl. *Hanns Hubert Hofmann*, Reichskreis und Kreisassoziation ..., in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 25 (1962) 377–413; *ders.*, Reichsidee und Staatspolitik. Die vorderen Reichskreise im 18. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 33 (1970) 969–985.

²⁶ Näher *Riedenauer*, Schl., 337ff.

²⁷ Vgl. *Riedenauer*, Zw., 145 und 153ff., *Wühr* (s. Anm. 35) sowie *Fritz Ulschöfer*, Die Hohenloischen Hausverträge und Ertheilungen ..., (Neuenstein 1961) und *Wolfram Fischer*, Das Fürstentum Hohenlohe im Zeitalter der Aufklärung (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 10, Tübingen 1958).

²⁸ Nach *Riedenauer*, Zw., 147 (dort ausführlicher).

wenige Wochen später auch förmlich im Auftrag des preußischen Königs die fränkischen Markgraftümer zu regieren. Es gelang ihm, durch liebenswürdiges Auftreten das Mißtrauen, mit dem sein Eintreffen allenthalben in Franken beobachtet worden war, zu dämpfen; keiner der Männer, die damals mit ihm zusammentrafen, hätte sich in ihm leicht einen der profiliertesten Vertreter des politischen Faustrechts vorstellen können²⁹.

Eine Ausnahme scheint nur Zwanziger gewesen zu sein, der konkreter als andere vorhersah, wie die rücksichtslose Revindikationspolitik, die Hardenberg seit März 1792 ungescheut gegenüber allen benachbarten Territorien des Fränkischen Kreises betrieb, dessen Verfassung zerrütten, seine Politik lähmen und de facto aus ganz Franken eine preußische Provinz machen würde. Auch Hardenberg wußte, wie er daran war; seine bereits zitierte Charakterisierung Zwanzigers als „Diktator der ganzen Kreisversammlung“ und als „ein Mann von Kopf, Vermögen und Intrigue“ kommt nicht von ungefähr. Seine Vorstellungen von der künftigen Rolle der Markgraftümer im Rahmen des Kreises hat er deutlich genug in seinem „Generalbericht“ von 1797 (§ 38) formuliert: Wenn sich Preußen – vor allem gegenüber dem Fürstbischof von Bamberg als kreisausschreibendem Fürsten – nicht würde durchsetzen können, „so würde auf eine Trennung vom Kreisverband oder vielmehr von der Kreisverwirrung zu arbeiten und dabei nur die Direktorial-Befugnis [als „mitausschreibender Fürst“] soviel wie möglich zu erhalten sein“³⁰.

Als es konkret im Frühjahr 1792 darum ging, die Kriegsanstrengungen der seit dem 7. Februar verbündeten Mächte Österreich und Preußen seitens des Kreises zu unterstützen, ergab sich über Zwanziger, der für die Grafschaft Limpurg-Gaildorf Kreisgesandter auch des Herzogs von Württemberg war, ein engeres Einvernehmen mit dem Schwäbischen Reichskreis, der seinerseits den Grundsatz formuliert hatte, daß angesichts der Gefahr eines feindlichen Überfalles Mäßigung gegenüber Frankreich zur Tradition des Kreises gehöre. Auch das „System des Fränkischen Kreises“ werde „auf möglichste Beobachtung der Neutralität gerichtet sein“, ließ Zwanziger wissen, wobei „eine nähere Vereinigung der Stände in den vorliegenden Kreisen“ nicht unnötig, sondern „in Absicht auf ihre Selbsterhaltung“ um so dringender geboten sei. Man sah also die Möglichkeit, die von Österreich und Preußen geforderte Kreisassoziation zwar zu schließen, aber nicht mit der Absicht, sich am Krieg gegen Frankreich zu beteiligen, sondern sich durch gemeinsame Bemühung herauszuhalten³¹!

²⁹ Meyer, (wie Anm. 5); K. Süßheim, Preußens Politik in Ansbach-Bayreuth 1791–1806 (Hist. Studien Ebering 33, Berlin 1902); Fritz Hartung, Hardenberg und die preußische Verwaltung in Ansbach-Bayreuth von 1792–1806 (Tübingen 1906); Fritz Zierke, Die deutsche Politik Hardenbergs in der ersten Periode seines staatsmännischen Wirkens 1770–1807 (Frankfurt 1932); Hanns Hubert Hofmann, Die preußische Ära in Franken, in: Jahrbuch des Hist. Vereins für Mittelfranken 79 (1960/61); Riedenauer, Schl., 301–306.

³⁰ Zit. bei Riedenauer, Zw., 152 f. nach Meyer, (wie Anm. 5), Generalbericht §§ 31–33, 38. Auf diese Auseinandersetzungen um die Führung des Kreisdirektoriums bin ich früher eingegangen (Schl., 335 ff. und 342); der Verdacht Lehrbachs (zit. ebenda 280), auch in dieser Sache stecke Zwanziger hinter dem mißtrauischen Widerstand des Fürstbischofs von Bamberg, dürfte von Hardenberg veranlaßt sein.

³¹ HStA Stuttgart A 8/13: Regierungsbeschluß 10. Mai, Bericht Zwanzigers 15. Mai. Zum Prin-

Am 29. Mai 1792 leitete nun der kaiserliche Gesandte Graf v. Lehrbach ein „geheimes Gutachten“ nach Wien weiter, das er am 22. Mai in paraphrasierender Formulierung von Hardenberg erhalten hatte, der Zwanziger als Verfasser bezeichnete. Die mit ausführlicher Begründung geforderte Neutralität wird darin gerade deshalb für notwendig gehalten, weil sie die kriegführenden Mächte „sehr genieren würde, aus der Fehde gegen Frankreich eine gemeinsame Sache zu machen und die Folgen dieser Fehde dem ganzen deutschen Reich, dessen Kreisen und Ständen zuzuwälzen“ – so in der Formulierung Hardenbergs. Die Zeche eines verlorenen oder auch nur unentschiedenen Krieges hätte in jedem Fall das Reich zu bezahlen; aus der Notwendigkeit heraus, die dafür erforderlichen Mittel aufzubringen, würden einige Stände „ihre Untertanen drücken, sie bezähmen und vielleicht nebenher ihren fürstlichen Privatbedürfnissen einige Nahrung verschaffen ... Mißvergnügen, Empörungen würden die Folgen hiervon sein und eben jenes Mittel, wodurch die Ruhe in Deutschland erhalten werden solle, könne sehr leicht zum Umsturz der Verfassung ausarten“³².

Ich habe keinen Zweifel, daß die in diesem Gutachten zum Ausdruck kommenden Grundsätze der eigenen Verfassung, der berechtigten Wahrung der eigenen Interessen der fränkischen bzw. schwäbischen Reichsstände, des Eintretens für die Wohlfahrt der Untertanen und der Sorge vor Empörung und Umsturz der Verfassung die Handschrift Zwanzigers tragen könnten. Quellenkritisch ist die Sache allerdings heikel: So planmäßig nämlich Hardenberg dieses angebliche geheime Gutachten als Machwerk Zwanzigers verbreitete – schon am 31. Mai wurde der Legationssekretär der fränkischen Grafenvertretung am Reichstag durch den österreichischen Komitialgesandten v. Borié informiert, man habe sichere Nachricht, „daß der geheime Rat v. Zwanziger sich begeben lasse, einen Zensor des österreichischen und preußischen Assoziationsantrages abzugeben und ... ein förmliches Komplott zur Neutralitäts-Erklärung mache ...“³³ –, so auffällig ist, daß sich bisher nirgends das Original oder auch nur in Abschrift der authentische Text finden ließ und die Regierung in Stuttgart, für welche dieses Gutachten angeblich entworfen wurde, keine Kenntnis davon hatte, ehe Zwanziger selbst über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe berichtete³⁴.

Möglicherweise liegt die Erklärung und zugleich die Chance einer Verifizierung in einer simplen Verwechslung – daß nämlich nicht Württemberg, sondern Hohenlohe-

Fortsetzung Fußnote von Seite 40

zip der Neutralität vgl. auch den Vortrag im Geheimen Rat zu Stuttgart vom 14. 6. 1792 (ebenda A 10/2660).

³² HHStAW StK Berichte aus dem Reich 245. Umfassendere Wiedergabe bei Riedenauer, Zw., 159.

³³ Ebenda.

³⁴ Fehlanzeige betr. HHStASt A 8/13. Vgl. Referat des württembergischen Reichstagsgesandten v. Seckendorff vom 22. Juni zu dem von Zwanziger am 12. Juni dem Herzog vorgelegten Bericht in dieser Sache (StA Ludwigsburg A 219/1360). – Prdl Mitt. des Deutschen Zentralarchivs, Hist. Abt. II Mersburg, vom 29. 2. 1968 (Dr. Weiser): Das „Geheime Gutachten“ von Zwanziger konnte weder in Rep. 92 (Nachlaß Hardenberg) noch in der Rep. 44 C (Frk. Ministerium, Auswärtige Sachen) [sowie ebenda?] B b (Generalia und Corps diplomatique am Fränkischen Kreis) ermittelt werden. Auch in der Rep. 96 (Geheimes Zivilkabinett) verliefen die Nachforschungen ergebnislos.

Ingelfingen, der Stimmführer der fränkischen Grafenbank, Auftraggeber und Adressat dieses Gutachtens war. Die verwandten Häuser Hohenlohe-Waldenburg waren ja durch ihre Unterstützung der französischen Emigranten ein Risikofaktor in den Beziehungen zu Frankreich³⁵, und am 7. Juni 1792 ließ der Fürst v. Hohenlohe-Ingelfingen selbst den inkriminierten Text Zwanziger übermitteln mit dem bemerkenswerten Zusatz, er hoffe, daß Borié nicht die Meinung habe, als ob es Zwanziger verwehrt sein solle, seinen fürstlichen und gräflichen Prinzipalschaften sein Gutachten, „zumal wenn es ausdrücklich verlangt wird“, nach seinen besten Einsichten gewissenhaft zu erstatten³⁶.

Daraus scheint sich deutlich genug zu ergeben, daß Zwanziger wirklich ein solches Gutachten ausgearbeitet hat und daß es sich vielleicht im Hohenloheschen Zentralarchiv doch noch findet³⁷. Was bleibt, ist das Problem der Datierung: In seiner Antwort vom 8. Juni schreibt Zwanziger von einem Bericht, den er am 28. Mai über die Assoziationsfrage erstellt habe; Hardenberg leitete seinen Text jedoch schon am 22. Mai an Lehrbach weiter. Am 12. Mai war Zwanziger zusammen mit dem brandenburgischen Kreisgesandten Julius Heinrich Graf v. Soden bei Hardenberg gewesen. War es Hardenberg dabei gelungen, seinen Gast auszuhorchen und dessen Meinung in indirekter Rede niederschreiben zu lassen? Hatte sich Soden, den Hardenberg damals noch überaus entgegenkommend behandelte, ehe er ihn wegen dessen reichsrechtlicher

³⁵ Näher *Wilhelm Wühr*, Die Emigranten der Französischen Revolution im bayerischen und fränkischen Kreis (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 27, München 1938, Nachdruck Aalen 1974) bes. 117 ff. mit (u. a.) den Abschnitten I. Die „Legion Mirabeau“ im Hohenloheschen und II. Die Fürstentümer Ansbach-Bayreuth als Emigrantenasyl, sowie *Riedenauer*, Schl., 344 f.

³⁶ Zitiert aus den dem Herzog von Württemberg übermittelten Abschriften.

³⁷ Aus dem Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein (Beutter) ging mir unterm 27. 7. 1988 eine sehr hilfreiche, klare Stellungnahme zu, die in ihren wesentlichen Abschnitten im Wortlaut mitgeteilt sei: „Das sog. Geheime Gutachten Zwanzigers konnte auch im Hohenlohe-Zentralarchiv nicht ermittelt werden. Nach sorgfältiger Durchsicht der einschlägigen Unterlagen (Korrespondenz des Fürsten Heinrich August zu Hohenlohe-Ingelfingen mit Zwanziger im Bestand Archiv Kirchberg: Direktorium des Fränkischen Reichsgrafenkollegiums Nr. 82 sowie Berichte des Hofrats Braun an den Fürsten zu Hohenlohe-Kirchberg im Archiv Kirchberg: Nachlässe Bß 236) glaube ich mit aller Vorsicht feststellen zu können, daß es sich bei dem angeblichen Gutachten um eine Fälschung gehandelt haben muß. Zwar ersuchte Hohenlohe-Ingelfingen am 21. 5. 1792 Zwanziger um ein Gutachten in der Assoziationsfrage, doch dieser bezog sich in seinem Bericht vom 28. 5. 1792 auf seine ‚neuerlichen ordinären Kreisrelationen‘ [d. h. seine kürzlichen regelmäßigen Berichte. E. R.], in denen er seine ‚Privatmeinung und Überzeugung ... eben so freimütig als unvorgreiflich angegeben‘ habe. Nachdem die Affäre mit dem Minister von Borié in Ingelfingen bekannt geworden war, äußerte Hohenlohe-Ingelfingen die Meinung: ‚zu offenerzig mag Herr von Zwanziger gesprochen haben und nicht mit nötiger Vorsicht‘ (eigenhändige Marginalie des Fürsten auf einem Gutachten des Ingelfinger Regierungsrats Knapp vom 7. 6. 1792). Auch Braun, der Vertreter Zwanzigers, betonte in mehreren Schreiben an den Fürsten zu Hohenlohe-Kirchberg, daß Zwanziger von interessierter Seite verleumdet worden sei und daß er, ohnehin amtsmüde, verdrängt werden sollte. Nach hiesiger Aktenlage glaube ich, daß die in Ihrer Arbeit von 1968 ... vertretene Auffassung zutreffend ist.“ – Auch aus dem Staatsarchiv Wertheim (Heine 15. 7. 1988) ging noch die Auskunft ein, daß kein Hinweis auf das „Geheime Gutachten“ gefunden werden konnte.

Skrupel entließ, unvorsichtig über Zwanzigers Ansichten geäußert³⁸? Oder ist sonst durch Indiskretion ein erster Entwurf in die Hand Hardenbergs gelangt? Konnte er deshalb keinen Originaltext übermitteln? Hatte Francken, der so suffisant über Zwanziger schrieb und Kreisgesandter der Linien Hohenlohe-Waldenburg war, die Hand im Spiel? Ich muß dies zunächst offenlassen, möchte jedoch auf eine authentische Briefstelle hinweisen, welche die Erregung deutlich widerspiegelt, welche damals in Schwaben und Franken wegen des außen- wie innenpolitisch so gefährlichen Zusammenspiels Österreichs und Preußens herrschte. In einem Privatbrief vom 8. April 1792 nimmt der sonst sehr vorsichtige Zwanziger kein Blatt vor den Mund: „Wie lange es überhaupt mit unserem allgemeinen und besonderen alten Staatsrecht noch halten kann, wird täglich zweifelhafter. Offenbar lenkt die göttliche Vorsehung alles nach und nach in den Weg einer deutschen Revolution, wobei nur diejenigen einbüßen können, die vom gemeinen Besten nur annehmen und nichts dafür geben wollen. Auch in hiesigen Gegenden regt sich der Verfolgungsgeist gegen die der letzterwähnten, Gefahr laufenden Klasse so verhaßte Demokratie.“³⁹

Ist dies die Erklärung und der Hintergrund für die von Bayard aus Paris berichtete Konzeption, die bisherigen Landesherren und Stände sollten ihr „dominium utile“ – also ihre Domänen und sonstigen Privatbesitz – genießen und zur Formierung eines „repräsentativen Staats“ – also einer demokratischen Republik – „konkurrieren“, was am ehesten so zu deuten wäre, daß sie ihren Anteil an Mitsprache und Steuerlast tragen sollten? Entspricht dies nicht genau den Mediatisierungsplänen, welche von Hardenberg und Montgelas gleichzeitig bzw. wenig später verfolgt wurden? Auch in seiner skeptischen Einschätzung der Dauerhaftigkeit der deutschen Reichsverfassung trifft sich Zwanziger mit Hardenberg – mit dem einen Unterschied freilich, daß Zwanziger besorgt der Auflösung dieser Verfassung entgegensieht und sich Gedanken macht, was an ihre Stelle treten könnte, während Hardenberg gezielt darauf hinarbeitet: Die Sprüche der Reichsgerichte (gegen die preußischen Übergriffe) „sind von dem reichs-ritterschaftlichen und geistlichen System diktiert. ... Man legt sie zu den Akten und geht seinen Weg“; es fehlt an Energie im deutschen Reich, „für dessen Constitution ich keine 3 Kreuzer mehr gebe“⁴⁰.

Ich zögere trotzdem, von dem 1974 geäußerten Verdacht, das „geheime Gutachten“ sei eine gezielte Fälschung Hardenbergs, nun ganz abzurücken. Daß Zwanziger eine Neutralität für notwendig, eine demokratische Umgestaltung der Verfassung Frankens

³⁸ Riedener, Zw., 163 nach Carl Graf v. Soden, 97 ungedruckte Briefe des Ministers Frh. Carl August v. Hardenberg an den Reichsgrafen Jul. Heinrich v. Soden 1791–94, in: Jahresbericht des Historischen Vereins für Mittelfranken 51 (1904) 1–44. Vielleicht hatte Hardenberg auch Gelegenheit gefunden, sich die Tatsache zunutze zu machen, daß er Logenbruder Zwanzigers war. Vgl. nun auch die neueste Biographie Sodens: Peter Hanke, Ein Bürger von Adel. Leben und Werk des Julius von Soden 1754–1831 (Würzburg 1988).

³⁹ Bei Zwanziger, (wie Anm. 2), 22f. Adressat ist der Castell'sche Konsistorialrat Heinrich Stephani. Vgl. Riedener, Zw., 509 mit Anm. 268, sowie Rudolf Fiebelsbacher, Heinrich Stephani als Schulreformer in der Grafschaft Castell (Würzburg 1967). Äußerungen des Frhr. v. Montgelas mit durchaus ähnlichem Tenor hat übrigens Eberhard Weis in der Korrespondenz mit Gf. Seinsheim gefunden (demnächst im Druck).

⁴⁰ Soden, Briefe, 26.

für sinnvoll und/oder unausweichlich hielt, scheint festzustehen – ebenso aber auch, daß gerade in diesen Wochen und besonders im Gefolge des königlichen Reskripts vom 19. April Hardenberg alles daransetzte, die Arrondierung der preußischen Rechte und Besitzungen in Franken zu erzwingen; weder Eichstätt noch der Deutsche Orden, weder Württemberg noch Nürnberg und schon gar nicht die gräflichen und reichsadligen Herrschaften in Franken waren vor den preußischen Kommissaren und Exekutionskommandos sicher⁴¹. Daß im August 1792 anläßlich der Krönung Franz' II. in Frankfurt ein angeblich aus Nürnberg stammender „Bericht“ fast gleichen Inhalts mit dem „geheimen Gutachten“ verteilt wurde, daß Zwanziger als Verfasser kolportiert wurde und der Bamberger Direktorialgesandte v. Oberkamp bestätigte, „von gewisser Seite“ gebe man sich sehr viel Mühe, Zwanziger zu diskreditieren, paßt jedenfalls in das Bild⁴². Wenn es der preußischen Politik gelang, den Hauptsprecher der kleinen Stände, der zugleich die umsichtigste, erfahrenste und entschlossenste Persönlichkeit im Kreiskonvent war und das Vertrauen nicht nur seiner Prinzipalen, sondern auch des kreisausschreibenden Fürsten genoß, auf diese Weise politisch auszuschalten, so hatte man im Zeichen eines engen Einvernehmens mit Wien freie Bahn. Und eine Diskreditierung Zwanzigers gegenüber dem Fürstbischof von Bamberg versprach zusätzlich einen Vorteil in den laufenden Auseinandersetzungen um das Kreisdirektorium⁴³.

Waren die von Fürstbischof Franz Ludwig v. Erthal, von Herzog Karl Eugen, von Zwanziger und den „vertrauteren Gesandtschaften“ in Nürnberg (so in einem Bericht v. Oberkamps) gehegten Neutralitätswünsche zu dieser Zeit noch nicht wirklich aktuell, vielmehr überlagert von der konkreten Bedrohung durch Preußen, so änderte sich im Herbst 1792 die Lage plötzlich:

Am 1. September gelangte in Regensburg ein kaiserliches Hofdekret in der Frage eines Reichskrieges zur Diktatur, am 21. Oktober nahmen die französischen Truppen unter Custine Mainz ein, kurz darauf Frankfurt. Die Sorge vor einem Einfall in fränkische Kreislände – in erster Linie in die Grafschaft Erbach, deren Stimme Zwanziger ebenfalls vertrat – und das Fehlen einsatzbereiter Kreistruppen (die bambergischen und würzburgischen standen in den Niederlanden, die brandenburgischen wollten aus dem Kreiskontingent herausgezogen werden, Nürnberg war insolvent) verstärkten nun das Bedürfnis, sich neutral zu verhalten. Für den Fürsten zu Hohenlohe-Ingelfingen entwarf Zwanziger einen Bericht, der auch Zwanzigers übrigen Prinzipalen zuging und im Kern feststellte, daß „treue Anhänglichkeit an die Verfassung [und] wil-

⁴¹ Dazu grundsätzlich und mit besonderer Berücksichtigung des fränkischen Adels *Hanns Hubert Hofmann*, *Adelige Herrschaft und souveräner Staat* (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte 2, München 1962) 168 ff., im übrigen die in Anm. 29 genannten Arbeiten von *Meyer*, *Süssbein*, *Hartung*, *Zierke* und *Hofmann*. Schilderungen einzelner Aktionen finden sich u.a. bei *Eugen Franz*, *Nürnberg, Kaiser und Reich* (München 1930) und in mehreren Bänden der Reihe „Historischer Atlas von Bayern, Teil Franken“ (München 1930 ff.). Es sei hierzu eingeräumt, daß im Vergleich zu 1796 die Aktionen des Jahres 1792 ihren Schwerpunkt noch auf der diplomatischen Ebene hatten.

⁴² StAB B 42 III, 20/54.

⁴³ Vgl. Hinweis bei *Riedenauer*, Schl., 337 Anm. 259, und besonders die historisch zurückgreifende ausführliche Darstellung bei *Sicken* (wie Anm. 20), 179–236 bzw. speziell 217 ff.

lige Erfüllung jeder Pflicht“ verbunden sein müsse „mit einer richtigen Berechnung von Lagen, Rechten und allen Umständen“ und daß „zur Herstellung der Erfordernisse [für einen Krieg] ein nochmaliger Versuch der Güte und des Wegs der Unterhandlungen“ angebracht sei⁴⁴. Für den Fall eines weiteren Vorrückens der französischen Armee sollte der Kreis-Generalmajor v. Eckart Custine entgegengesandt werden, um die konsequent friedliche Haltung des fränkischen Kreises vor allem in der Emigrantenfrage darzulegen. Die Selbstdarstellung der Kreisgesandten in der für Eckart ausgestellten Vollmacht ist interessant: „L'assemblée des états du cercle de Franconie, guidée par le premier et le plus sacré de ses devoirs, de veiller à la sûreté du cercle en general et à celles de chacun de ses membres en particulier, suivant les principes qu'elle a manifestée suffisamment dans plusieurs occurrences, a chargée le baron d'Eckart ... d'une mission analogue aux devoirs, aux principes et aux occurrences ...“⁴⁵

So nimmt bereits die Präambel vorweg, was als Punkt 5 der anschließend formulierten Grundsätze der Politik des Fränkischen Reichskreises deutlich erklärt wird: Die fränkischen Stände sehen sich dem Kreis enger verbunden als dem Reich⁴⁶! Im Rahmen der Reichsverfassung hatten die Kreise eigentlich immer nur subsidiäre Bedeutung, gleich ob es sich um Belange der Landfriedenswahrung und rechtlichen Exekution, des Polizei- und Münzwesens oder der Steuerkollektation handelte. Diese Präambel beruft sich nun zwar auf unmittelbare Landesnot und wäre ohne diesen Fall sicher nicht formuliert worden; doch müssen die hier ausgedrückten Gedanken schon seit geraumer Zeit am Kreiskonvent umgegangen und ausgetauscht worden sein. Man darf und muß hier meines Erachtens den Kern aller Auseinandersetzungen und speziell den Kern von Zwanzigers politischen Anschauungen sehen.

Zurück zum August 1796! Nach Rückschlägen im Sommer 1793 hatte die französische Armee im Dezember 1794 neuerlich den Rhein erreicht, am 5. März 1795 hatte Preußen den Sonderfrieden zu Basel geschlossen, welcher ihm in Franken verstärkte Arrondierungsmaßnahmen erleichterte und Hardenberg Gelegenheit gab, einzelne Kreisstände durch Schutzverträge enger an Preußen zu binden, sie gefügig zu machen und aus dem Kreisverband praktisch herauszulösen⁴⁷. Im Juni 1796 war dann der bekannte Zangenangriff Jourdans und Moreaus nach Franken bzw. Schwaben erfolgt, dem die geschwächte Armee des Erzherzogs Karl nicht standhalten konnte. Die Fürstbischöfe von Würzburg und Bamberg flohen am 17. bzw. 22. Juli nach Böhmen, Jourdan nahm am 22. Juli Würzburg und Schweinfurt, am 2. August Bamberg und die würzburgische Landesfestung Königshofen ein. In der knappen, faktischen Darstellung Friedrich Steins lesen sich die Ereignisse in Franken wie folgt: „Der Kreistag zu Nürnberg ließ zwar durch Abgeordnete mit dem französischen Generalstabschef Ernouff zu Würzburg für die im Krieg befangenen fränkischen Kreisstände am 7. August einen Waffenstillstand schließen, wonach dieselben gegen Zahlung von 6 Millionen

⁴⁴ 16. 10. 1792 (StAB B 42 III, 21/12). Ausführlicher wiedergegeben bei *Riedemann*, Zw., 165 f.

⁴⁵ Ebenda 167 f. nach StAB B 42 III, 21/32.

⁴⁶ „5. Les États du Cercle tiennent de plus près au Cercle qu'à la Confédération générale du Corps germanique.“ (ebenda ad 32). Auch 1795 macht sich diese Tendenz bemerkbar, worauf etwa bei *Riedemann*, Zw., 173 ff. hingewiesen wird.

⁴⁷ Neben der in Anm. 41 zit. Literatur vgl. auch *Riedemann*, Zw., 175 ff.

Francs in Baarem, Lieferung von Lebensmitteln im Werthe von 2 Millionen und von 2000 Cavalleriepferden von allen weiteren Anforderungen frei gelassen werden sollten. Allein Jourdan ertheilte hiezu nicht die Genehmigung und so blieben diese Kreisländer den fortwährenden maßlosen Anforderungen der Franzosen ... unterworfen. Denn überall im Lande wurden Besatzungen ... zurückgelassen, als Jourdans Heer dem zurückweichenden [österreichischen General] Wartensleben nachzog.“⁴⁸

Die Ausgangssituation war also dem Sommer 1792 vergleichbar – mit den Unterschieden, daß 1. diesmal die feindliche Armee wirklich im Land stand, 2. die Kommunikation mit den geflüchteten geistlichen Fürsten unterbrochen war und 3. mehrere Kreisstände sich durch Neutralität aller Gefahr und Heimsuchung, damit auch aller Verantwortung, entzogen hatten⁴⁹.

Auf die Nachricht hin, daß der Schwäbische Kreis am 27. Juli einen Waffenstillstand geschlossen habe und erste Kontaktaufnahmen Rhodius' mit der französischen Generalität gute Aussichten für Verhandlungen erkennen ließen⁵⁰, faßten die Kreisgesandten am 29. Juli den Beschluß, „alles anzuwenden, was unbeschadet der Reichs- und Kreisverfassung zur Rettung sowohl als Sicherheit der fränkischen Kreislände und ihrer Bewohner diensam ist“⁵¹. Seinem Kreisgesandten v. Oberkamp hatte der Fürstbischof von Bamberg am 30. 7. die Erlaubnis zugehen lassen, an den von Zwanziger vorgeschlagenen Verhandlungen teilzunehmen mit dem beigefügten Wunsch, daß „den gesamten Kreisländen wo nicht dermal schon der Separatfriede, wenigstens ... die Neutralität zugestanden werden sollte. Diese Maßnahmen unterliegen ganz dem Gesetz der Nothwendigkeit.“⁵² Oberkamp, Zwanziger, Rhodius und Harsdorf reisten daraufhin nach Würzburg, wo sie am 31. Juli mit Jourdan, dessen Divisionsgeneral Ernouf und dem Nationalkommissär Joubert sprechen konnten. Unter der Bedingung, daß die Festung Königshofen übergeben würde, war Ernouf zu weitergehenden Verhandlungen ermächtigt.

Unterm 2. August legte die Kreisdeputation ein Mémoire vor, das für den Kreis als Gesamtheit einen Waffenstillstand erbat auf der Grundlage der „conservation de la

⁴⁸ Friedrich Stein, *Geschichte Frankens II* (Schweinfurt 1886) 177f.

⁴⁹ In seinem Brief vom 15. 8. 1795 (vgl. *Riedenauer, Zw.*, 563) kritisiert v. Francken die (im folgenden zu besprechende) Würzburger Übereinkunft mit der französischen Armeeführung nachträglich u. a. mit folgendem Argument: „Welche Stände das farnose Arrangement mit ihrem Zujachzen beehrt haben, ist hier nicht bekannt. Es mögen wohl geistliche Herren gewesen sein ... Wenigstens ist ganz gewiß, daß 1. Brandenburg-Onolzbach, 2. Brandenburg-Culmbach, 3. Henneberg-Schleusingen, 4. Römheld, 5. Schmalkalden, 6. Hohenlohe-Waldenburg, 7. Hohenlohe-Neuenstein und sogar 8. nicht einmal alle civitatenses, quamvis in regula pedissequae Zwanzigeri, nicht den Applaudierenden beigezählt werden können.“

⁵⁰ Vgl. Anton Ernstberger, *Österreich und Preußen von Basel bis Campoformio* (Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte 12, Prag 1932); Karl Klüpfel, *Die Friedensunterhandlungen Württembergs mit der französischen Republik 1796–1802*, in: *Historische Zeitschrift* 46 (1881) 385–429; *Riedenauer, Zw.*, 503 f. aus StAB B 42 III, 27/173.

⁵¹ *Riedenauer, Zw.*, 545 aus StAB B 42 III, 28/98; ebenda 506 ist in Anm. 250a der wesentliche Inhalt des Kreisprotokolls aus StAB B 42 III, 27/183 mitgeteilt.

⁵² StAB B 42 III, 27/165 mit dem Anhang: „... hiebei aber auf Einhaltung der Reichsverfassung mit [!] hinzusehen, welcher aber unter dem dermaligen Drang der Umstände dieses Benehmen nicht entgegenzustehen scheint ...“

constitution tant politique que ecclésiastique du cercle en général et de chacun de ses états en particulier“⁵³. Letztere Wendung konnte und sollte zweifellos auch als Sicherstellung gegen preußische Übergriffe und als Garantie auch der geistlichen Fürstentümer verstanden werden⁵⁴.

Die Verbindung hatte jener Philipp Reibeld hergestellt, der unter dem Namen Gleichen (oder „von Reibeld“, auch „Baron Gleichen“) in französischem Geheimauftrag von Genf über München und Regensburg nach Nürnberg gereist war, wo er sich vom 3. März bis 3. Juli aufhielt. Daß er dort auch Zwanziger kennengelernt habe, berichtet Johann Benjamin Erhard (Charitophile Nomocrates) am 5. Juli nach Paris⁵⁵. Möglicherweise war der offensichtlich gebildete Erhard der eigentliche geistige Vater einer – auf eine Republik zielenden, aber im Ablauf gemäßigten – Neuordnung der Verfassungsverhältnisse. Er schreibt selbst, daß er an einer von ihm vorgeschlagenen Reform der Nürnberger Rats- und Finanzverfassung nur an der Seite Zwanzigers mitarbeiten wolle⁵⁶.

Daß Reibeld Zwanziger für seine revolutionären Ziele „eingenommen“ habe, ist eine nicht belegte Vermutung⁵⁷, auch wenn der eben genannte Erhard, den Reibeld zu wöchentlicher Berichterstattung verpflichtet hatte, Nürnberg als den „Mittelpunkt der Aufklärung“ pries, „weil man daselbst in jeder Gesellschaft freimütig sprechen kann ... und das gemeine Volk demokratisch, aber leider meistens nur demokratisch [statt republikanisch] gesinnt ist“⁵⁸. An Reibeld schrieb Ernouf am 3. August, an der Höhe der vom Kreis angebotenen Leistung sei Jourdan am meisten gelegen; am gleichen Tag berichtete Reibeld auch dem Direktorium über die Verhandlungen mit der Kreisdeputation⁵⁹.

⁵³ StA Nürnberg Nürnberger Kreistagsakten 326, als Punkt 3, dem als Punkt 4 die Bitte um einen Waffenstillstand „pour le Cercle de Franconie jusqu'à la pacification générale ...“ angefügt war

⁵⁴ Ebenda Punkt 7: Bitte um „droit et justice pour tout la situation compliqué, dans laquelle le cercle de Franconie se trouve, ainsi que pour les liens, qui l'attachent au corps Germanique en général“. Die Bitte um Berücksichtigung der inneren Verhältnisse dürfte auch im Hinblick darauf ausgesprochen worden sein, daß zuvor und neuerlich in den preußisch-französischen Sonderfriedensvereinbarungen die geistlichen Staaten als Entschädigungsobjekte benannt worden waren. Vielleicht ist es im übrigen auch kein Zufall, daß nicht das Reich (Empire) angesprochen wurde, sondern das „corps Germanique“.

⁵⁵ *Johann Benjamin Erhard*, Über das Recht des Volks zu einer Revolution und andere Schriften, hrsg. und mit einem Nachwort von *Hellmut G. Haasis* (Reihe Hauser 36, München 1970), mit einem auf Forschungsergebnissen von *Richard W. Dill* beruhenden Abdruck der Agentenberichte Erhards. Hier im Bericht vom 5. 7. 1796 die Mitteilung: „Am 3. dieses Monats reiste Herr von Reibelt ab. Er hat die Bekanntschaft des diplomatischen Korps und des Doktor Erhard gemacht ...“ (S. 166). Zur Person und Aufgabe Philipp Reibelds ebenda 250. (Eine einschlägige Veröffentlichung R. Dills konnte bibliographisch nicht ermittelt werden.)

⁵⁶ In Bericht an das Direktorium vom 13. 9. 1796, ebenda 186 f.

⁵⁷ Von Scheel und Haasis als sicher angenommen.

⁵⁸ Zitiert nach *Haasis/Dill*, 169 f.

⁵⁹ *Sydney Seymour Birs*, *The German Policy of Revolutionary France ... 1792–1797* (Cambridge/Mass. 1957) hier II, 634, Anm. 11. (Diese Arbeit ist wegen ihrer Dokumentation, weniger bezüglich der Interpretation der Ereignisse nützlich. Bei *Riedemann*, Zw., 511, ist die erste Fußnoten-

Am 7. August gelangte schließlich ein sogenanntes „Arrangement provisoire“ zum Abschluß, das sofort zweisprachig gedruckt und von den „unterzeichneten Bevollmächtigten des Fränkischen Kreises“ verbreitet wurde⁶⁰. Die ausführlichste Kritik dieser Übereinkunft kommt aus der Kanzlei von Hohenlohe, das sich, jahrelang ein Hort der Emigranten, in letzter Stunde unter den Schutz der preußischen Neutralität geflüchtet hatte und sich nun beschwerte, nicht von der Kontribution ausgenommen worden zu sein⁶¹.

Wichtiger erscheint die Frage: War dadurch der Weg zu einer republikanischen Umgestaltung des fränkischen Kreises vorbereitet?

1. Die verbindliche französische Fassung verwendet die Datierung des Revolutionskalenders. Das scheint mir nicht wesentlich.

2. Die Präambel bezeichnet die Vertragspartner des französischen Generals als „bevollmächtigte Mitglieder der allgemeinen fränkischen Kreisversammlung, in Auftrag- und Vollmachts-Namen der gesamten Lande des Fränkischen Kreises mit Einbegriff der unmittelbaren fränkischen Reichsritterschaft“. Es fällt auf:

a) Die Fürsten der fränkischen Stände, welche nach wie vor verfassungsmäßig allein den Kreis konstituierten, werden nicht erwähnt. Sie hatten zwar (zum Teil) den Versuch eines Arrangements gebilligt, aber tatsächlich keine Gelegenheit, Inhalt und Text zu genehmigen. Sie zu nennen, wäre daher eine klare Vollmachtsüberschreitung gewesen – sie zu verschweigen konnte freilich dem französischen Partner nur recht sein.

b) An ihrer Stelle stehen „die gesamten Lande des Fränkischen Kreises“. Das ist nicht nur die Alternative, sondern ein zweifelsfrei republikanisches Konzept von Auftrag und Vollmacht.

c) Dazu paßt wiederum die Selbstdarstellung der Deputierten als „Mitglieder der ... Kreisversammlung“. Diese war jedoch ein Gesandtenkongreß, kein beschlußfähiges Parlament, keine „assemblée générale“! Die Frage ist, ob dieser Umstand dem französischen General unbekannt und er durch eine solche Formulierung zu beeindrucken war. Mag er sie gefordert oder auf Vorschlag der Deputierten gern akzeptiert haben – die Konstituierung einer fränkischen Republik konnte durch einleitende Worte in einem Kontributionstraktat sicher nicht realisiert werden! Daß eine „Annäherung an die Grundsätze der französischen Republik“ nötig war, betonten die Deputierten nach ihrer Rückkehr, und daß diese Annäherung sich bezahlt machte, zeigt die Höhe der vereinbarten Kontribution: Sie betrug weniger als ein Drittel der dem Schwäbischen Kreis abverlangten und weniger als die Hälfte der nach Kassation durch Jourdan in Franken eingehobenen Kontribution.

Fortsetzung Fußnote von Seite 47

zeile verdorben; sie müßte lauten: „²⁷² Von dort berichtet Reibeld-Gleichen am 3. 8. an das Direktorium über die“).

⁶⁰ Vollständiger deutscher Text u.a. bei Julius Reichsgraf Soden, *Die Franzosen in Franken im Jahr 1796* (Nürnberg 1797) 42 ff. Die gedruckte zweisprachige Fassung liegt bei Oberkamps Bericht vom 22. 8. 1796 in StAB B 42 III, 27/183.

⁶¹ Francken brieflich an Heß unterm 15. 8. 1796. Aus BayHStA K.schw. 13259 ausführlicher wiedergegeben bei Riedenauer, *Zw.*, 516f.

3. Die erste Vereinbarung sichert Person, Eigentum, Religionsgebräuche, Gesetz und Gewohnheiten des Landes. Das klingt nicht revolutionär. Punkt 3 sichert freie Rückkehr mit ihrer Habe „allen Einwohnern des Fränkischen Kreises, selbst auch den höchsten und hohen Ständen“, in bestimmter Frist zu. Die Fürsten werden gewissermaßen zu den Einwohnern gezählt, ihnen wird (Privat-)Eigentum zugesichert, keine Regierungsgewalt. Aber man könnte auch sagen, daß diese ohnehin nicht Gegenstand der vorliegenden Vereinbarung sein sollte oder konnte, ein Schweigen in dieser Hinsicht also noch keine Depossedierung bedeutet. Vor dem Hintergrund der vergangenen Ereignisse in Frankreich waren Garantie von Leben und Eigentum andererseits kein geringes Zugeständnis.

4. Die Punkte 4–8 regeln Art, Höhe und Termine der Kontribution. Sie soll gemäß Punkt 9 „sous l'autorité de l'assemblée générale du cercle“ und gemäß den von französischer Seite aufgestellten Grundsätzen geleistet werden, welche u. a. eine progressiv stärkere Belastung der Reichen, der Adeligen und der Kirche vorsahen. Die Kreisversammlung kann Ausführungsbestimmungen erlassen (Punkt 14) und Exekution durch französische Truppen anfordern (Punkt 10). Sie wird dadurch zur maßgebenden staatlichen Gewalt in den fränkischen Kreislanden. Das kann als Bruch der Reichs- und Kreisverfassung bezeichnet werden – aber wiederum nur theoretisch, da eine andere handlungs- und verhandlungsfähige Behörde effektiv nicht vorhanden war! Vor allem aber: Diese der Kreisversammlung zugeschriebenen Rechte sind unmittelbar an die Ausführung des Kontributionsvertrags gekoppelt und gehen nicht darüber hinaus.

Vielleicht kann man – soweit zusammenfassend – sagen, daß diese Bestimmungen nicht formell, aber immerhin ideell die alte, feudale Verfassung außer Kraft setzten. Daß sie bewußt ein erster Schritt zur Republikanisierung Frankens sein sollten (wie Scheel meint), hat Zwanziger nie eingeräumt und ist auch m. E. durchaus unwahrscheinlich. Bei der Abfassung des Würzburger Akkords bestand für ihn weder Zweckfreiheit noch Handlungsfreiheit. Die Interessen – und Aufträge – der französischen Generalität kamen einer revolutionären Umgestaltung auch keineswegs entgegen. Immerhin konnte der Fränkische Kreis hier ein einprägsames Beispiel abgeben, wie inmitten des Reichs eine zwar nicht gewählte, aber in gewissem Sinn doch repräsentative Versammlung Verantwortung und damit Autorität übernehmen, Schutz ausüben und Selbständigkeit beanspruchen, Vertrauen genießen und für Ruhe und Ordnung sorgen konnte⁶². Auflösung aller Ordnung in einer wüsten Aufstandsbewegung – dies mochte der französischen Führung noch 1791/92, aber nicht mehr jetzt wünschenswert erscheinen. Beide Seiten rechneten mit einem längeren Aufenthalt der französischen Truppen im Lande, beide hatten ein Interesse an wirksam amtierenden Zivilbehörden, beide wußten, daß die Vollmachten der zurückgebliebenen Regierungen vage, die Beamten ängstlich und Instruktionen aus Böhmen kaum, jedenfalls nicht prompt, zu erhalten waren. Wenn daher Rhodius erklärt haben soll, für den Fall einer längeren

⁶² Es ist vielleicht nicht ohne Bedeutung, daß Zwanziger bereits 1782 sich energisch dafür eingesetzt hatte, daß im Fränkischen Kreistag alle Stimmen gleiches Gewicht erhielten und das Ausschreibamt auf die Ausführung der Mehrheitsbeschlüsse verpflichtet wurde (*Sicken*, 213 f.). Dazu näher ebenda 174 f., wo Sicken die Entstehung und Auswirkungen eines Korpsgeistes unter den Gesandten beschreibt und belegt.

Abwesenheit der Fürsten sei eine mit dem französischen General gemeinschaftliche Administration vorgesehen gewesen, so wäre dies doch auf jeden Fall die vernünftige Alternative zu einer reinen Militärregierung gewesen⁶³!

Es bleibt noch ein weiterer Punkt des Würzburger Abkommens zu besprechen, der Hardenberg so wichtig schien, daß sich seine Kritik in erster Linie hierauf, erst in zweiter Linie auf das angebliche Republikanisierungsprojekt richtete: 12. Die Markgräflümer Ansbach und Bayreuth sind „nach dem status quo, in welchem sie vor dem Krieg waren ...“, von ihrem Beitrag zur Kontribution ausgenommen. Das klingt unauffällig angesichts des neutralen Status der nun preußischen Lande. Aber zwischen August 1796 und April 1792 liegen zwei Wellen preußischer Revindikationen, und die Anwendung dieser Konvention hätte nichts anderes bedeutet, als daß größere fränkische Gebietsteile, auf welche Hardenberg inzwischen seine Hand gelegt hatte, mit Hilfe französischer Truppen in die Pflicht gegenüber der Gesamtheit des Kreises zurückgezwungen worden wären. Die Formulierung dieses Punktes war eine eindeutige Desavouierung der preußischen Arrondierungspolitik, welche Argumente auch immer angewendet worden waren⁶⁴. Dies war ein bedeutender Erfolg Zwanzigers, und es ist vielleicht nicht nebensächlich, daß er, um dies zu erreichen, keine verfassungsmäßigen Prinzipien aufgeben mußte, sondern sich auch hier mit dem französischen Standpunkt traf, der in einer Weisung des Direktoriums klar formuliert wurde: „... il est ... de notre intérêt d'écarter les vaines prétentions de la Prusse ... sur différentes parties du territoire qui leur sont étrangères et dont ces puissances [Preußen und Hessen] pourrains s'attribuer la possession dans les circonstances actuelles“; noch konkreter wurde in diesem Schreiben Jourdan vor den Machenschaften Hardenbergs gewarnt, „afin d'écarter tous les moyens qu'il emploiera pour tâcher de couvrir de la protection de sa cour des propriétés particulières“⁶⁵.

Wie stellten sich – wenn auch im nachhinein – die Fürsten der traditionell reichs- und kaisertreuen geistlichen Kreisstände Bamberg und Würzburg zu diesem Arrangement? Unterm 12. August bestätigte Fürstbischof Buseck seine Weisung vom 30. Juli, die auf eine Neutralität zielte, wollte sie jedoch nicht öffentlich bekanntwerden lassen, „um bei dem kaiserlichen Hofe gegen Uns keine üble Sensation zu erwecken“, und fand es ganz opportun, daß „die Abordnung zweier Kreisdeputierter ohne Unsere ausdrückliche Beiwirkung schon bestimmt war, folglich nicht Uns unmittelbar, sondern

⁶³ Riedenauer, *Zw.*, 516–521. Das Direktorium hatte bezüglich einer Revolutionierung des übrigen Europa durchaus andere Grundsätze als die zuvor maßgebenden Männer. Diesbezüglich kann u. a. auf die Arbeit von *Homan* (s. Anm. 70 und 75) und unter den in Anm. 80 genannten Studien von *Eberhard Weis* auf die klare Feststellung in dem die Beziehungen zwischen Bayern und Frankreich betreffenden Aufsatz (S. 566) hingewiesen werden: „1796 hatte die französische Armee in Deutschland auf Anweisung des Direktoriums den deutschen Jakobinern jede Unterstützung verweigert und den Wunsch, die Revolutionierung der deutschen Gebiete zu erzwingen, schroff zurückgewiesen.“

⁶⁴ Zwanziger selbst weist in seinem Bericht vom 14. August darauf hin, daß der Artikel 12 gemäß Punkt 3 der Instruktion vom 29. Juli formuliert worden sei, bestärkt durch das Prinzip der „konstitutionellen Grundsätze“ (StAB H 2/91, p. 1504 ff.). Jener Punkt hatte festgestellt, daß „in Absicht auf Lieferungen und jede Gattung von Forderungen ... kein Mitstand zum Opfer für die übrigen ... gemacht werden [dürfe]“.

⁶⁵ A. *Debidour* (Hrsg.), *Recueil des actes du Directoire exécutif ... III* (Paris 1913) 339.

... den mehreren Stimmen die etwaige Ausgleichung mit der französischen Generalität zugeschrieben werden mag“.

Am 17. August genehmigte er ausdrücklich den geschlossenen Vertrag. Der Würzburger Fürstbischof Fechenbach äußerte sich Buseck gegenüber sehr zufrieden, zumal der Vertrag sich mit der Reichsverfassung gut vereinbaren lasse. Auch er war bemüht, hinter dem Rücken einer Mehrheit der Kreisgesandten Deckung zu finden, wobei ihm – wie Buseck – bewußt gewesen sein muß, daß eine solche ohne Zwanziger und Rhodius nicht zu erreichen war. Die Kreisdeputation solle Vollmacht erhalten, alles das zu akzeptieren, was unter Wahrung der Verfassung des Reichs „nötig und ausgiebig genug sei, um den Fränkischen Kreis und seine Untertanen vor dem Verderben zu retten ...“ Für die Reichsritterschaft schließlich bedankte sich der Ritterhauptmann von Rhön-Werra überschwenglich und begrüßte es, daß auch deren Lande und Einwohner eingeschlossen wurden⁶⁶.

Die hier herangezogenen Schreiben sind auf den 12. August oder etwas später datiert – offenbar noch ohne Kenntnis, daß Jourdan am 11. August die mit seinem Wissen abgeschlossene Übereinkunft widerrufen hatte. Jourdan stand damals in Lauf, wo Hardenberg ihn aufsuchen wollte, um die „höchst insidiösen“ Bestimmungen vor allem des Artikels 12 außer Kraft setzen zu lassen. Die oben zitierte Weisung hatte Jourdan damals noch nicht erhalten; er annullierte den Vertrag auch ohne Hardenbergs Intervention – „vermutlich weil er freie Hände behalten wollte, für seine vielen Bedürfnisse nach Belieben zu fordern“⁶⁷. Damit ist auch wohl jede Spekulation vom Tisch, daß die Würzburger Übereinkunft eine Republikanisierung Frankens hätte einleiten sollen.

Aber Zwanziger und Rhodius verhandelten doch wenig später in Paris eben darüber? Tatsächlich reisten beide, mit Vollmacht des Kreises (vermutlich genauer: der engeren Konferenz der Bank-Vorsitzenden) versehen, in Begleitung Reibelds am 15. August von Nürnberg über Frankfurt nach Paris, um zu versuchen, den Vertrag doch in seinem wesentlichen Inhalt aufrechtzuerhalten und für den Artikel 12 eine geeignete neue Formulierung zu finden. Erst am 26. August konnte Fürstbischof Fechenbach sich von Prag aus dazu äußern: „Was die Sendung der geheimen Räte v. Zwanziger und Rhodius nach Paris, oder vielmehr ihren selbstgefaßten und ausgeführten Entschluß, dahin zu gehen, betrifft, so billigen wir diesen Entschluß ...“ Selbst ein förmlicher Waffenstillstand und Rückruf der Kreiskontingente aus der Reichsarmee solle nötigenfalls genehmigt werden, „wenn auf diesen Preis die Rettung des Kreises gesetzt ist“. Angesichts der durch die Flucht der kaiserlichen Reichsarmee entstandenen Situation sei auch dieses „nicht mehr verfassungswidrig“. In gleichem Sinn instruierte der Fürstbischof von Bamberg seinen Gesandten⁶⁸.

Da Hardenberg durch die Abberufung des Nachfolgers Sodens am Kreistag (Friedrich Pfeiffer) an eben diesem 15. August die Chance verschenkt hatte, diesen Kreis-

⁶⁶ Ausführlicher bei *Riedemann*, Zw., 523 ff. nach StAB B 42 III, 27/179 f., und StAN Nürnberger Kreistagsakten 326.

⁶⁷ So die sicherlich zutreffende Interpretation Hardenbergs.

⁶⁸ Vgl. *Riedemann*, Zw., 525 mit Anm. 327 (hier Druckfehler „Kreisprotokolle“ statt „Kreiskontingente“).

schluß zu verhindern, sandte er seinerseits am 19. August Bayard nach Paris, um den preußischen Gesandten Sandoz-Rollin dabei zu unterstützen, die Absichten der Kreisgesandten zu durchkreuzen, insbesondere die Revindikationen zu rechtfertigen und für weitere Erwerbungen (wobei vor allem an Nürnberg gedacht war) günstige Voraussetzungen zu schaffen, auch zu diesem Zweck nach Kräften gegen Österreich zu agitieren – das ja im Fall einer Wendung des Kriegsglücks als einziges in der Lage gewesen wäre, Preußen in Franken in die Schranken zu weisen⁶⁹.

Zwanziger ging davon aus, daß durch die Annullierung der Konvention von Würzburg der ursprüngliche Auftrag der Kreisdeputation wieder aufgelebt sei, den er in seinem Bericht aus Paris vom 17. September folgendermaßen umschrieb: „a) Herstellung eines ordentlichen Kontributions- und Verpflegungssystems für den gesamten Kreis“, dazu „b) Aufrechterhaltung der mit dem General Ernouf abgeschlossenen Konvention, c) Erzielung einer allseits annehmblichen und für alle sonstigen Verhältnisse unverfänglichen Auskunft der über den Inhalt des 12. Artikels ... entstandenen Mißhellichkeiten.“ Der Fränkische Kreis dürfe nicht „ohne allen Nutzen das Opfer seiner Anhänglichkeit an die konstitutionellen Formen sein“; die Hauptschwierigkeit bestehe darin, einen Weg zwischen Verfassungstreue, Schutz der eigenen Person vor „Mißdeutungen“ und dem „Drang der Not“ zu finden. Am Tag zuvor hatte Delacroix, der Leiter der Außenabteilung des Direktoriums, nach langen Verhandlungen einen neuen Vertrag unterzeichnet – der bereits gegenstandslos war, da es dem Erzherzog Karl gelungen war, am 24. August bei Amberg mehrere französische Korps zum Rückzug zu zwingen und am 3. September bei Würzburg einen entscheidenden Sieg zu erringen.

Was wissen wir nun über die Aktivitäten Zwanzigers in Paris? Er war am Abend des 23. August angekommen, hatte sich unter Berufung auf eine Empfehlung eines Geheimagenten mit dem sprechenden Namen „Gleichen“ bei dem „Bürger Direktor“ Reubell angemeldet und um eine Audienz gebeten. Er verwies dabei auf seinen öffentlichen Rang und seine bekannten unveränderlichen Grundsätze sowie auf die Bevollmächtigung durch die „assemblée générale des représentants des états du cercle de franconie“. An dieser Legitimation scheint mir nichts auszusetzen: Der Begriff „Stände“ trifft im Verständnis der Zeit in erster Linie die Fürsten, nicht Land oder Volk; allenfalls die Unterschrift als „Mitglied“ der allgemeinen Kreisversammlung könnte ambivalent aufgefaßt werden.

An dem Bericht, den Reubell sich daraufhin erstatten ließ, scheint mir zunächst die darüberstehende Anweisung Reubells interessant, ihm die „Schriftstücke“ vorzulegen; offensichtlich hat ein Vorzimmergespräch, in dessen Verlauf Schriftsätze übergeben wurden, stattgefunden⁷⁰. Haben wir hier endlich einen greifbaren Hinweis auf einen

⁶⁹ Ebenda 527 f., u. a. nach *Scheel*, 239 f.

⁷⁰ Der Verfasser dieses Berichts ist, wie oben S. 36 bemerkt, nicht bekannt. Charles Delacroix selbst kann es nicht gewesen sein, da dem von ihm geleiteten Amt die Sachbehandlung übergeben werden sollte. Vielleicht kann an den Leiter des Diplomatischen Büros, Ange Bonnier, gedacht werden. Zu Reubell und dessen Verhältnis zu seinen Kollegen und Mitarbeitern siehe *Gerlof Homan*, Jean-François Reubell. French Revolutionary, Patriot and Director (The Hague 1971) z. B. 106 und 131 f.

von Zwanziger ausgearbeiteten Plan einer fränkischen Republik? War die Gelegenheit gekommen, das mit Reibhelt geschmiedete Komplott, durch Hintergehung der nichts-ahnenden übrigen Kreisgesandten und abwesenden Fürsten ermöglicht, an der Quelle der Revolution zu verwirklichen? Suratteau ist bereit, diesen Schluß zu ziehen⁷¹.

Der fränkische Gesandte, so berichtet der Mitarbeiter Reubells, möchte Verhandlungen mit dem Kriegsministerium führen. Es kann sich hier nur um die Kontributionsfrage handeln: Jourdan hatte zugestimmt, Ernouf hatte abgeschlossen, Jourdan hatte widerrufen, der alte oder ein erträglicher neuer Akkord sollte geschlossen werden, dazu waren Zwanziger und Rhodius bevollmächtigt. „Es scheint“, heißt es in der Vormerkung, daß er auch einen Plan einer fränkischen Republik vorschlagen möchte, dessen Grundsätze er (schriftlich?) überreicht. Der Berichterstatter schlägt vor, dieses Projekt gemeinsam mit den Entwürfen der Gesandten des Oberrheinischen und Schwäbischen Kreises vorzunehmen und einen Gesamtbericht zu erstellen, wobei noch zu erwägen sei, ob die ganze Materie nicht dem Außenamt übergeben werden solle.

Württemberg hatte am 7. August, Baden am 22. August einen Separatfrieden geschlossen; ersterer wurde erst zu Anfang September ratifiziert. Der württembergische Sondergesandte Mandelslohe sollte auch für den Schwäbischen Kreis einen Definitivfrieden – neben einem Nachlaß der Kontribution – aushandeln. Zwanziger und Rhodius wurden nach Bayards Bericht gut aufgenommen; der Finanzminister Faypoult unterhalte enge Beziehungen zu Zwanziger, auch Carnot und dessen wichtigster Mitarbeiter im Kriegsministerium, General Clarke, verkehrten mit ihm⁷². Im wesentlichen aber scheinen die Anliegen Zwanzigers – wie der Mitarbeiter Reubells vorgeschlagen hatte – von Delacroix behandelt worden zu sein, der zum Erstaunen von Sandoz-Rollin über die demokratische Verfassung der deutschen Reichsstädte mehr wußte, als Hardenberg bei seinen Absichten auf Nürnberg lieb sein konnte⁷³.

Am 6. September bestätigte das Directoire exécutif – mit Ausnahme des 12. Artikels – zunächst das Arrangement von Würzburg, das von Zwanziger zuerst ausdrück-

⁷¹ In einer ausführlichen Besprechung in den *Annales historiques de la Révolution française* 47 (1973) 493–496 und in einer liebenswürdigen brieflichen Stellungnahme vom 4. 9. 1974. In ersterer schreibt *Suratteau*: „Zwanziger fut ... l'un de ceux qui fournirent au directeur alsacien des rapports pour la constitution d'Etats allemands alliés de la France" und teilt mit, daß die o.g. Aktenstücke rubriziert sind „Révolution de la Franconie". Brieflich stellt er Idealisten wie in Heidelberg einen auch von Zwanziger repräsentierten Typ von Männern gegenüber, die „étaient plus allemands", c'est à dire qu'ils insistaient auprès du Directoire de façon moins idéaliste pour essayer de montrer aux dirigeants de Paris l'intérêt qu'il avait à voir créer en Allemagne moyenne au-delà du Rhin des états alliés (en Souabe, en Franconie ...)" und legt dar, „comment je vois les raisons essentielles de la non réussite de tentatives comme celle de Zwanziger ...".

⁷² Im Anschluß an seinen Besuch in Paris reiste Zwanziger nach Wien, um auf inoffiziell-unauffällige Weise im Auftrag von Carnot und Clarke Möglichkeiten von Friedensverhandlungen zu sondieren. Näher *Riedener*, *Zw.*, 548 ff., u.a. nach *Guyot* (wie Anm. 4), der auf S. 306 ff. „l'affaire Zwanziger" beschreibt.

⁷³ Ausführlicher *Riedener*, *Zw.*, 528 f. und 531 mit Anm. 352. Seine Kenntnis über die deutschen Reichsstädte kann Delacroix auch oder teilweise bereits aus den Anträgen der rheinischen Städte oder – speziell betr. Nürnberg – aus dem Bericht Erhards vom 12. 7. 1796 (bei *Hausis*, 173 ff.) gewonnen haben.

lich als provisorisch anerkannt werden mußte. Zwischen dem 7. und 14. September handelte Zwanziger die Geld-Kontribution von zunächst 200% der ursprünglichen Summe auf 133% herunter und erreichte, daß darauf auch alle bisherigen Naturalleistungen angerechnet würden. Beide Seiten gingen stillschweigend davon aus, daß die französischen Armeen in Franken wieder vorrücken würden und alles dann auf ein reines Abrechnungsgeschäft hinauslaufen würde⁷⁴.

Die neue Fassung des Artikels 12 bestätigte, daß von der Umlegung der Kontribution die Besitzungen des Königs von Preußen, des Landgrafen von Hessen-Kassel und der mit Frankreich in Frieden befindlichen Fürsten (Sachsen?) ausgenommen sein sollten. Zwanziger legte auf diesen Punkt in seinem Bericht großen Wert; er meinte, die Formulierung „possessions appartenants au Roi de Prusse“ lasse dem Kreis und den geschädigten Ständen die Möglichkeit offen, zu behaupten, die preußischen Besitznehmungen „seien keine wahren preußischen Appertinenzien und daher noch unter der von gesamten Kreises wegen zu entrichtenden Kontribution mit begriffen“. Den daraus entstehenden Streit könne man auf sich zukommen lassen, bis die französische Regierung dann eine angemessene Entscheidung treffe. Noch lieber wäre es Zwanziger gewesen, wenn Preußen und der Kreis in dieser Frage gleich auf gütliche Einigung verwiesen worden wären, da es ihm und Rhodius auch darum gehe, „bei der königlich preußischen Seite wegen aller unserer Handlungen ... in dem wahren Lichte zu erscheinen“. Diesem Wunsch trug das Direktorium in der am 14. September vereinbarten Zusatz-Konvention Rechnung, welche Delacroix dann zwei Tage später unterzeichnete⁷⁵.

Sagt also diese neue Konvention über die Kontribution viel, über das Verhältnis zu Preußen wenig aus, so schweigt sie völlig über die künftige Verfassung Frankens. Die Präambel bezieht sich auf „die Stände, welche den Kreis bilden“, ist also, wie Zwanziger immer wieder betont, der Verfassung konform. Man muß ihm wohl auch zugeben, daß „für die Würde, Ehre und das Interesse des Kreises, besonders aber für die Aufrechterhaltung seiner Gesamtheit in dieser jammervollen Lage“ nicht „richtiger und zweckmäßiger hätte gesorgt werden können“⁷⁶.

Wie aber ist dann doch das Republik-Projekt in die Vormerkung für Reubell gekommen? „Il semble vouloir profiter pour proposer ...“, heißt es dort. Wollte er oder wollte er nicht?

⁷⁴ Näher ausgeführt bei Riedenauer, Zw., 532 ff. mit Auswertung des Berichts von Zwanziger und Rhodius vom 17. 9. 1796. Die Protokoll-Auszüge der Pariser Verhandlungen sind von *Debidour*, (wie Anm. 65) 548 f. und 626 f. publiziert worden.

⁷⁵ Reubell setzte, wie Homan, 131 f. herausarbeitet, auf ein Zusammengehen mit Preußen, um ein politisches Gleichgewicht in Europa zu sichern und Österreich und das Reich daran zu hindern, Frankreich die Rheingrenze streitig zu machen, wobei ihm Delacroix zur Hand ging, während Carnot die Annexionspolitik im Rheinland, die dem gleichen Zweck dienen sollte, als Hindernis zum Frieden betrachtete. Dies dürfte auch erklären, warum Zwanziger bei seinen Verhandlungen als erstes auf den Artikel 12 verzichten mußte. Gegenüber Sandoz-Rollin hatte Delacroix schon am 4. September versichert, in die Abmachungen mit dem Fränkischen Kreis werde nichts aufgenommen werden, was den Interessen des Königs in Preußen widerstreite (Zwanziger, 30).

⁷⁶ In § 16 des Hauptberichts aus Paris.

Eine erste Möglichkeit: Zwanziger war ja nicht selbst im Büro des Directoire exécutif. Er hatte seine Anmeldung überbringen lassen und um mündlichen Bescheid gebeten. Seinen Boten nannte er „Gleichen“ – es war also Reibeld selbst⁷⁷, der ja in erster Linie Pläne für „eine neue Ordnung“ verfolgte. Hat er möglicherweise diese – seine und Erhards – Pläne in Zwanzigers Auftrag hineingemischt und diesem in den Mund gelegt?

Eine zweite Möglichkeit: Zwanziger hatte – in Vorsicht und zur Legitimation – Gesichtspunkte ausgearbeitet, wie eine solche Verfassung in Rücksicht auf die gegebenen territorialen Verhältnisse gestaltet werden müßte, falls das Direktorium solche Pläne hegte. Das war dann durchaus nicht der Fall und auch inzwischen für die unmittelbare Zukunft durch die militärische Situation gegenstandslos geworden. So wurde allem Anschein nach darüber überhaupt nicht gesprochen. Reibeld freilich dürfte begeistert davon erzählt haben.

Zum Schluß drei Fragen:

1. War der Plan einer „fränkischen Republik“ ein in Nürnberg entworfenes, in Würzburg vorbereitete und in Paris vorgetragene konkretes Projekt Zwanzigers und seiner Gesinnungsfreunde? – Nein.

2. Hat Hardenberg aus solchen unverbürgten, ihm aber gelegenen Mitteilungen einen dem friderizianischen „s'aggrandir“ verpflichteten und auf Diskreditierung Zwanzigers zielenden Popanz gemacht? – Das halte ich nach wie vor für möglich, sogar wahrscheinlich.

3. Wie kommt es, daß man einen solchen Plan mit Aussicht auf Erfolg gerade Zwanziger in die Schuhe schieben konnte? – Hätte man ihm auch ohne politische Absicht Neigungen in dieser Richtung nachsagen können?

⁷⁷ Die Frage, ob eine Identität von Reibeld und Gleichen, womöglich sogar mit einem der österreichischen Diplomatie bekannten Franzosenfreund Baron Gleichen, als sicher gelten kann, muß hier ausgeklammert werden. Immerhin ist „Gleichen“ nach dem Wortlaut des Vorstellungsschreibens ein Deckname. Reibeld wirkte zwar in Süddeutschland (vgl. auch Anm. 82), „Gleichen“ war für Norddeutschland aufgestellt; doch ist dies noch kein schlüssiger Gegenbeweis. In seinem Agentenbericht vom 13. September lobt Erhard den Eifer des „Bürgers Gleichen“ und bestätigt, daß dieser das mit Ernouf in Würzburg geschlossene Abkommen vermittelt habe (*Haasis*, 185). Über einen „Baron von Gleichen“ – der freilich als „ein Weltmann“ bezeichnet wird – kann Folgendes mitgeteilt werden: Aus Regensburg meldete der österreichische Komitialgesandte Boré am 13. 9. 1790, er sei im Vertrauen aufmerksam gemacht worden, Baron v. Gleichen sei für das System der französischen Revolution ganz eingenommen, bei deren Ausbruch in Paris dabei gewesen, ein Freund Neckers, und führe jetzt noch Korrespondenz mit Paris auf dem Umweg über Regensburg, wo seine Briefe in andere Umschläge gesteckt würden. Ein geplanter Aufenthalt dieses Mannes in Wien könne staatsgefährlich sein (HHStAW StK Berichte aus Regensburg/Österr. Gesandtschaft 213). Unterm 3. 12. 1793 werden der böhmische und österreichische Gesandte in Regensburg informiert, man wisse von der Absicht des Barons v. Gleichen, in die Eblande zu reisen; das sei unerwünscht, da die besondere Denkungsart dieses Mannes, seine ausgebreiteten geheimen Verbindungen und seine Freimütigkeit, die Weltangelegenheiten laut zu beurteilen, bekannt seien (HHStAW StK Weisungen nach Regensburg/Böhm. Ges. 6). Wenige Tage später ergab sich, wie Hügel berichtet, Gelegenheit zu einem Gespräch über die herrschenden strengen Polizeikontrollen in Österreich, die v. Gleichen bestärkten, bis auf weiteres in Regensburg zu bleiben (HHStAW StK Berichte aus Regensburg/Österr. Ges. 221).

Zwanziger hatte in Jena die Rechte und Nationalökonomie studiert. Er war besonders in Finanzfragen, aber auch im Reichs- und Territorialstaatsrecht erfahren. Er besaß Umsicht, Phantasie und Überzeugungskraft und war bereit, sich zu engagieren. Er war (1773/74) Kanzleidirektor einer in zwei Linien geteilten evangelischen Reichsgrafschaft geworden und übernahm etwa zur gleichen Zeit in Nürnberg, wo er seit 1782 wohnte, die Stimmvertretung von insgesamt sieben Grafschaften und Teilgrafschaften.

Ihm war bewußt, daß die Existenz solcher Territorien vom Schutz des Reiches und dem Interessenverband des Reichskreises abhing. Es dürfte ihm aber kaum verborgen geblieben sein, daß das Haus Österreich diesen Schutz des Reiches nur unter dem Aspekt der eigenen erbländischen Interessen zu gewähren bereit war⁷⁸ und im übrigen der Mitwirkung sogenannter „gutgesinnter“ Reichsmitstände bedurfte. Zwanziger stammte aus einer kleinen Beamtenfamilie im buntgewürfelten fränkischen Territorienengemenge. Er kannte, wie man heute sagt, die Not des kleinen Mannes und hatte schon als Student mit dem jungen Grafen zu Castell über Reformen in der Landesverwaltung korrespondiert. Auf seine Initiative und zum Teil aus eigenen Geldmitteln wurde 1774 die castellige Credit-Casse begründet, die den Untertanen eine seriöse Alternative zu den ruinösen „wucherischen Kontrakten“ bot, auf die sie sonst angewiesen gewesen wären. Etwa zur gleichen Zeit wurde er zum Vormund der beiden minorennen Grafen v. Castell-Rüdenhausen bestellt. Graf Friedrich Ludwig rühmte ihn nach seinem Tod (am 22.12.1800) als einen Mann, der „mit unverbrüchlicher Treue und Sorgfalt, mit Einsicht, Sach- und Menschenkenntnis“ gewirkt habe⁷⁹.

Das ist nicht das Bild eines „revolutionären Demokraten“. Aber es ist das Bild eines in politischer Hinsicht illusionslosen – die Stelle aus seinem Privatbrief habe ich zitiert – und in sozialer Hinsicht verantwortungsbewußten, aufgeklärten Mannes, dem in einer bestimmten, vielleicht entscheidenden Situation Wirkungsmöglichkeiten an die Hand gegeben waren. Aus vielen Arbeiten⁸⁰ ist die Physiognomie jener aufgeklär-

⁷⁸ Besonders anschaulich bei *Karl Otmar Frhr. v. Aretin*, Heiliges Römisches Reich 1776–1806, 2 Bde. (Wiesbaden 1967).

⁷⁹ *Riedenauer*, Zw., 128 f., z.T. nach *Zwanziger* (wie Anm. 2), zum Teil nach dem Adelsdiplom vom 5. 4. 1784 (Österr. Staatsarchiv, Allg. Verwaltungsarchiv, Reichsadelsakten).

⁸⁰ *Reinhold Aris*, History of Political Thought in Germany from 1789 to 1815 (London 1936, 21965), stellt vor allem die Verbindung zur Kant'schen Philosophie her und untersucht die wirtschaftlich-sozialen wie feudalistisch-bürokratischen Voraussetzungen von Reformbedürfnis und Revolutionsbereitschaft mit dem Ergebnis: Keine gesellschaftliche Schicht stand bereit, eine Revolution zu tragen (S. 39 ff.) und „Diese Anhänger der Revolution waren keine Männer der Tat, sondern tintenspritzende Theoretiker“ (S. 43). Neben Autoren wie *Jacques Droz*, *André Fugier*, *Fritz Valjavec*, *Hans-Ulrich Wehler* (zuletzt: Deutsche Gesellschaftsgeschichte I, (München 1987) bes. 354 ff.) und anderen sei auf den zusammenfassenden Vortrag von *Rudolf Vierhaus* in diesem Band, auf Beiträge in der Diskussion (bes. auch *Karl Otmar Frhr. v. Aretin*) und auf die Arbeiten von *Eberhard Weis* zum Aufgeklärten Absolutismus verwiesen (u.a. in *Karl Bosl* – *Eberhard Weis*, Die Gesellschaft in Deutschland, 1. Von der fränkischen Zeit bis 1848 (München 1976) bes. 235 f. mit Lit. 279 ff., und: Der aufgeklärte Absolutismus in den mittleren und kleinen deutschen Staaten, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 42 (1979) 31–46). Speziell Bayern betreffend stellt *Weis* ganz analog fest, frankophil seien vor allem die jüngeren, reformfreudigen Beamten adliger und bürgerlicher Herkunft gewesen; 1796 wie schon vor dem Einmarsch der

ten Gebildeten – Professoren, Schriftsteller, auch höhere Beamte – bekannt, welche, aus bürgerlichem Elternhaus aus eigener Kraft aufgestiegen, angesehen, mit philosophischer und philanthropischer Literatur ebenso vertraut wie mit den Verfassungen Englands und der Vereinigten Staaten, den Widerspruch zwischen ihren Überzeugungen und den feudalen Absolutheitsansprüchen großer und vor allem auch kleiner Fürsten immer deutlicher empfanden und eine konstitutionelle Mitwirkung des Volkes bei politischen Entscheidungen für grundsätzlich richtig und in den Fragen von Krieg und Frieden für unentbehrlich hielten. Qualifiziert, ehrgeizig, intelligent, kritisch gegenüber überkommenen, aber nicht mehr überzeugenden Denk- und Handlungsweisen, in ihrem Gewissen aufgerufen, sich für Volkswohl und Menschenwürde einzusetzen, waren sie egalitär-liberalen Grundsätzen gegenüber offen und geneigt, in republikanischen Verfassungsformen das richtige Hilfsmittel zu sehen – teils auf das vertraute Gespräch unter Gesinnungsfreunden beschränkt, teils in Flug- und Denkschriften Öffentlichkeit und Wirkungsmöglichkeiten suchend, teils in Memoiren, Briefen und Gedichten ihrer Frustration Luft verschaffend.

Ich meine, daß dieses Bild in wesentlichen Punkten auf Zwanziger und Rhodius, aber auch auf Soden und Oberkamp zutrifft, daß in diesem Sinn die Charakteristik Erhards „Er ist ein aufgeklärter Mann, aktiv und ein guter Republikaner“⁸¹ gar nicht so falsch ist. Zu seiner und seiner politischen Freunde persönlicher Charakteristik gehört aber zweifellos auch, daß sie Möglichkeiten und Risiken genauer und gelassener beurteilten als andere und die beharrliche, verantwortungsbewußte Arbeit in dem ihnen zur Verfügung stehenden Rahmen impulsiven Aktionen vorzogen. Ob durch ihr Wirken der Fränkische Kreis auf diesem Weg zu einem Kristallisationskern eines „dritten Deutschland“ hätte werden können, ist eine akademische Frage. Der im ersten Punkt der Würzburger Konvention aufgestellte Grundsatz, der Kreis habe in erster Linie „um das besorgt zu sein, was die Sicherheit und die öffentliche Ruhe betrifft“, verbindet sich in dem hier skizzierten Persönlichkeitsbild des Kreisgesandten Zwanziger mit der Bereitschaft, zur Erfüllung dieser Aufgabe das Schwergewicht der Entscheidungsbefugnis in kritischer Lage den Fürsten aus der Hand zu nehmen und an die Stelle absolutistischer Weisungen das Wohl von Land und Volk zu setzen.

So gesehen, war die „Fränkische Republik“ von 1796 sicher kein Plan, aber vielleicht doch eine Vision – mehr als ein Traum, weniger als ein Projekt, unterworfen nicht nur der Erkenntnis, daß an solchen Republiken weder der französischen Generalität noch dem Direktorium gelegen war, sondern auch – davon möchte ich nicht abrücken – einer ehrlichen Verfassungstreue.

Wenn wir außerdem die Forschungsergebnisse von Eberhard Weis und seiner Schülerin Sieglinde Graf über die sogenannten bayerischen Jakobiner berücksichti-

Fortsetzung Fußnote von Seite 56

Franzosen habe es zwar hier und da eine begrenzte revolutionäre Propaganda, einige Flugschriften und geheime Zusammenkünfte gegeben, „aber sie waren isoliert geblieben“ (Eberhard Weis, *Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats*, in: *Historische Zeitschrift* 237 (1983) 563 Anm. 5 und S. 366).

⁸¹ Haasis/Dill, 182.

gen⁸², so müssen wir wohl folgern: Affinität zu den Ideen, die in Frankreich verwirklicht schienen, ist etwas anderes als Jakobinertum, politische und soziale Prinzipien der Aufklärung sind etwas anderes als Revolution, Verfassung ist nicht das gleiche wie Republik, die Forderung nach Menschenwürde und Gerechtigkeit nicht identisch mit Demokratie. Kein Zweifel, daß dies alles ideelle Voraussetzungen und Impulse dafür waren, daß die geschichtliche Entwicklung in einen demokratischen und sozialen Grundsätzen verpflichteten föderativen Freistaat mündete – aber nicht in Franken im August 1796.

Résumé de la communication d'Erwin Riedenauer

Depuis les environs de 1785, on pouvait observer une tendance politique particulariste au sein de l'assemblée du cercle de Franconie siégeant à Nuremberg. La menace que firent peser sur le pays les armées françaises et la politique de neutralité que voulut, alors, suivre l'assemblée du cercle et notamment l'un de ses représentants Friedrich Zwanziger ont fait accuser celui-ci de vouloir ériger une « République franconienne ». Or si les représentants de cette assemblée négocièrent avec les autorités françaises ce fut uniquement sur la question des lourdes contributions de guerre exigées par les généraux et non sur l'adoption des principes révolutionnaires.

Le 29 mai 1792, le représentant de l'empereur près de l'assemblée de cercle avait envoyé à Vienne un « rapport secret » qu'il attribuait à Zwanziger et dans lequel celui-ci se prononçait pour la neutralité du cercle de Franconie dans la guerre contre la France ce qui, sur ce point, traduisait l'intention de l'assemblée de cercle, se posant en interprète de la volonté de celui-ci, de ne pas être associé à une guerre qu'elle n'aurait pas votée. Dans le même temps, le mémoire accusait certains princes de profiter de la guerre pour « opprimer leurs sujets ». Or s'il est certain que Zwanziger était partisan de la neutralité et vraisemblable qu'il ait estimé qu'il était souhaitable d'affaiblir le système féodal, rien ne prouve que ce rapport était authentique.

Le 7 août 1796, alors que le pays était occupé par les armées françaises, les représentants du cercle rédigèrent, à propos de la contribution de guerre imposée au cercle, un « Arrangement provisoire » en quatorze points, à propos duquel on a pu se demander s'il ne préparait pas l'introduction d'une constitution républicaine. Cet « Arrangement provisoire » réclamait la sécurité pour les personnes et les propriétés, le respect des usages religieux, des lois et coutumes du pays, la participation équitable de tous les classes au paiement de la contribution de guerre, la souveraineté de l'assemblée de cercle pour la répartition et le recouvrement de celle-ci. Il n'y avait donc rien qui pût laisser croire que l'on voulait « républicaniser » la Franconie.

⁸² Zum Vergleich sei hingewiesen auf Sieglinde Graf, Bayerische Jakobiner? Kritische Untersuchung sog. „jakobinischer Flugschriften“ aus Bayern Ende des 18. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 41 (1978) 117–171, bes. 122 und 126f., wo ebenfalls der Republik-Gedanke eng mit den aufgeklärten Reformbestrebungen verknüpft und insofern als mit dem modernen Verständnis von „Revolution“ nicht gleichbedeutend erscheint. Hier wird auch (S. 127) R[eibeld] als Adressat von Briefen des Agenten „Frey“ erwähnt.

Cette accusation trouva de nouveaux arguments dans une note, rédigée par un conseiller du Directeur Reubell, à la suite d'une demande d'audience formulée par Zwanziger qui avait fait le voyage de Paris dans l'espoir d'obtenir des accommodements dans l'affaire de la contribution de guerre. On pouvait lire: «L'envoie qui traite une question particulière avec le min. de la guerre semble vouloir profiter pour proposer un plan de république de franconie dont il soumet les pr[inci]pes.» Le Directoire se contenta d'accepter l'arrangement du 7 août 1796 sur la contribution.

Rien ne permet d'étayer la thèse selon laquelle Zwanziger aurait été un «démocrate révolutionnaire»; ce fut un homme des Lumières connaissant bien les constitutions anglaise et américaine et convaincu que les souverains ne pouvaient agir en matière d'impôts et de déclaration de guerre sans le consentement de leurs peuples et soucieux de faire disparaître les abus de l'absolutisme et de la féodalité. Cela dit, il n'y eut jamais de plan en faveur de la création d'une république en Franconie, d'abord parce que ni les généraux français ni le Directoire n'en voulaient, ensuite parce que les affinités d'un Zwanziger avec certaines idées qui avaient été réalisées en France étaient tout autre chose que du jacobinisme, parce que les conceptions politiques et sociales de l'«Aufklärung» étaient autre chose que la révolution, parce que «constitution» ne signifie pas obligatoirement «république», parce que l'exigence de justice et de dignité pour l'homme ne s'identifie pas nécessairement avec la démocratie.

Diskussion zum Referat von Erwin Riedenauer

Leiter: Eberhard Weis

Die Thesen von *E. Riedenauer* zu den im fränkischen Reichskreis vermuteten Republikanisierungstendenzen wurden sowohl aus der Sicht der deutschen Beteiligten als auch aus dem Blickwinkel der französischen Funktionsträger diskutiert. Im Vordergrund stand dabei, inwieweit ein tatsächlicher Republikanisierungsplan hinter diesen Vorstellungen stand.

W. Zorn vermutete hinter dem Plan einer süddeutschen Republik lediglich eine *captatio benevolentiae* gegenüber den französischen Generalen. Wie in Aachen und Köln habe man vermutlich nur zeigen wollen, die Reformen seien soweit gediehen, daß ein Eingreifen der Franzosen nicht mehr nötig sei. Bei dem Begriff „Republik“ habe man es mit einem sehr „schillernden“ zu tun, unter dem man auch die polnische „Adelsrepublik“ verstanden hätte, die ja in Wirklichkeit eine Monarchie gewesen sei mit einem vom Adel gewählten Monarchen. *W. Zorn* schloß seine Überlegungen mit der Frage, ob nicht vielleicht die Formulierung des Plans einer süddeutschen Republik sich dieser Vieldeutigkeit des Begriffs bewußt gewesen seien. Den Überlegungen seines Vorredners folgte auch *V. Press*. Er vermutete, man habe den Franzosen eine ihnen bekannte Begriffswelt vorführen wollen. Das Interesse Hardenbergs sei vermutlich gewesen, diese bewußt ambivalente Position (die Press am Beispiel der Reichsritterschaft verdeutlichte) vor den Reichsgerichten diskreditieren, d.h. die Pläne als „franzosenfreundlich“ verurteilen zu lassen. Der diplomatische Konstellationswechsel durch das Zusammengehen von Österreich und Frankreich 1756 habe das Kräftefeld

in Süddeutschland kollabieren lassen; dies habe sich nun geändert und Preußen einen größeren Spielraum gegeben. Für Press ergab sich aus diesen Überlegungen die Frage, ob es sich hier nicht a) um einen Versuch der fränkischen Städte gehandelt habe, sich ohne umstürzlerische Gedanken den Franzosen verständlich zu machen, und b) um einen Versuch Hardenbergs, die Autoren des Plans in Wien zu diskreditieren.

E. Riedenauer bestätigte ebenfalls in seiner Antwort die Anpassung der Begrifflichkeit an die französischen Verhältnisse (z.B. Assemblée für die fränkische Kreisverfassung). Zu den fränkischen Reichsstädten führte der Referent aus, daß sie seiner Kenntnis nach keinen direkten Kontakt zur französischen Generalität oder Regierung gehabt hätten, daß aber der auch im Vortrag genannte Johann Benjamin Erhard einen Bericht an die französische Generalität verfaßt und darin u.a. berichtet habe, die fränkischen Reichsstädte seien kleine Republiken, was den Preußen sehr hinderlich sei.

Daß seit der Kriegserklärung des Reiches an Frankreich (1793) Neutralitätsverhandlungen keineswegs ungewöhnlich waren, darauf wies im weiteren *F. Weis* hin. Er nannte als Beispiele die Kurpfalz Karl Theodors zu Beginn des Krieges und Bayern, als sich die französischen Truppen näherten (Konvention von Pfaffenhofen, 7. September 1796). Im Hinblick auf den fränkischen Kreis wies Weis darauf hin, daß ja bereits durch den Frieden von Basel (1795) ein erheblicher Teil davon – nämlich Ansbach-Bayreuth – neutral gewesen sei.

Auf die Frage von *M. Botzenhart*, durch wen sich die Mitglieder des fränkischen Kreises mehr bedroht gesehen hätten, durch Frankreich oder durch die Mediatisierungs- und Säkularisierungspläne Preußens, ging der Referent näher ein. So habe auf der einen Seite eine erhebliche Bedrohung durch die Kontributionsforderungen der Franzosen bestanden, die das Land innerhalb kurzer Zeit ruiniert hätten. Es sei ein Erfolg Zwanzigers gewesen, in der Konvention von Würzburg die Belastungen für den Kreis erheblich reduziert zu haben. Andererseits sei aber die Gefährdung der Verfassung und des politisch-territorialen Besitzstandes durch die Revindikationen Preußens weit stärker empfunden worden als die nicht unmittelbare durch Frankreich.

G. de Bertier de Sauvigny betonte das große Interesse der französischen Historiker an dem Vortrag Riedenauers. Die französische Geschichtsschreibung habe sich nämlich stark mit den „Schwesterrepubliken“, die während des Direktoriums geschaffen worden seien, beschäftigt (cisalpine, helvetische, batavische und parthenopeische Republik), jedoch gänzlich diejenigen Republiken ignoriert, die sich selbst haben bilden wollen (Schwaben, Franken, in den Gebieten des Oberrheins). Diese Bestrebungen erklärten auch die Sorge der europäischen Monarchien Rußland, Österreich und vielleicht auch Preußen vor dem, was wie eine Ausbreitung des französischen Einflusses in Europa erschienen sei. Auf diese These eingehend, betonte *F. Weis* zwei Ursachen für die Weigerung des Direktoriums, die Jakobiner in Süddeutschland zu unterstützen. So habe Frankreich Österreich nicht noch mehr herausfordern wollen, und ebenso wäre es nicht in seinem Interesse gelegen, weder 1796 noch 1799 (wie gleichfalls 1801 unter dem Konsulat), daß sich eine deutsche Republik gebildet hätte, die die Schweiz möglicherweise vereinnahmt haben würde und als Konkurrenz zur französischen Republik betrachtet worden wäre. Das Direktorium – so Weis – habe für eine solche Republik auch keine Stütze im Volk gesehen. Außerdem hätte sie die Sta-

bilität zerbrochen, deren Frankreich für Interventionen zur Sicherung seiner Stellung bedurfte.

Hierzu wies *R. Dufraisse* auf die Edition von Dokumenten durch E. Weis hin, die die Verhandlungen bayerischer Jakobiner mit Moreau 1801 belegen. Der General habe ihnen jedoch erklärt, sein Befehl gehe dahin, den Krieg gegen Österreich zu führen und nicht Deutschland zu revolutionieren. Dem habe er hinzugefügt: „Mon Dieu, vous ne savez ce que vous voulez! Une république coûte beaucoup de sang, nous en avons une.“

An die ganz ähnliche Politik des Direktoriums in Italien erinnerte *J. Tulard*. Dieses habe auch nicht die Verfassungsbestrebungen der italienischen Jakobiner für eine vereinigte Republik unterstützt. Mehr und mehr französische Jakobiner hätten nach außen eine Politik der natürlichen Grenzen vertreten, wie sie 1792 durch J. P. Brissot (1754–1793) formuliert worden sei (Einwurf von *J. Voss*: Und auch durch Anacharsis Cloots (1755–1794)!). Die Bourgeoisie in Frankreich habe sich von Napoleon abgewandt, als dieser das Dogma der natürlichen Grenzen aufzugeben und diese zu überschreiten begonnen habe (z. B. in Spanien 1808).

Zwei weitere Gesichtspunkte, die die französische Reserviertheit gegenüber Republikanisierungstendenzen erklären, ergänzte abschließend *E. Riedenauer*. So hätte man mit einer Schwesterrepublik wesentlich „freundlicher“ als mit einem besetzten Lande umgehen müssen, und außerdem habe man langfristig der Großmächte für Verhandlungen bedurft, wobei eine völlig neue staatliche Konstruktion ein Hindernis dargestellt hätte.



Jean Laspougeas

La Nation ou la Liberté? L'université de Caen contre la Révolution, 1791

L'assouplissement, voire la décadence des universités¹, fait partie des idées reçues sur la France à la fin du XVIII^e siècle. Ces institutions se signalent par une «sclérose de plus en plus manifeste»². Des tableaux de la France à la veille de la Révolution de 1789 ignorent complètement l'existence de vingt-trois centres universitaires. Ces centres, il est vrai, sont à la fois d'Eglise et d'Etat. Or, ce qui différencie le plus l'ancienne France de la France nouvelle issue de la Révolution est précisément son régime ecclésiastique. Comme l'Eglise catholique en France pendant la deuxième moitié du XVIII^e siècle passe encore parfois comme en décadence, le désintérêt – sinon l'ignorance – peuvent trouver là une justification. Au demeurant les universités n'ont-elles pas disparu, sans trop de bruit au cours de la Révolution, à la charnière de l'an I et de l'an II de la République, avec les derniers vestiges de l'Ancien Régime? En tout cas une histoire des universités en France peut ignorer la crise révolutionnaire³. A défaut d'ouvrir un dossier général, la Déclaration publiée par l'Université de Caen, le 25 mai 1791, introduit au débat des idées politiques et religieuses, non seulement à l'époque de la Révolution mais au-delà. Comment se présente cette université en 1789-1791? Quels sont la nature et le contenu de la déclaration du 25 mai? Quelles conséquences a-t-elle engendrées sur le champ et ultérieurement? Voilà les questions essentielles qu'il faut successivement examiner.

¹ Tableau très sombre dans *Félix Ponteil*, Histoire de l'enseignement en France (Paris 1966) et, plus récemment dans *François Lebrun*, *Marc Venard* et *Jean Quéniart*, Histoire générale de l'enseignement et de l'éducation en France, tome 2 : De Gutenberg aux Lumières (1480-1789) (Paris 1981).

² *Lebrun*, comme n. 1, 561.

³ Dans un ouvrage qui – il est vrai – ne se veut ni synthèse, ni manuel mais s'intitule cependant Histoire des universités en France (Toulouse 1986), *Jacques Verger* s'interroge sur la Révolution comme indice de structure profonde ou de mutations importantes (Histoire des universités, 8). La crise révolutionnaire y est purement et simplement passée sous silence, ne faisant pas partie «des périodes décisives dans l'histoire de l'institution elle-même» (*Verger*, Histoire, 8).

I. L'Université de Caen, de la réforme à la crise, 1789-1791

En 1789 il est bien difficile de tenir l'Université normande pour moribonde, ou simplement sclérosée⁴. Bien complète avec ses quatre Facultés – théologie, droits, médecine, arts – elle se trouve dans une situation matérielle enviable⁵. Ses effectifs d'étudiants ne sont pas négligeables: trois cent quatre vingt huit inscrits en novembre 1788⁶. Son état général est assez éloigné de l'image qu'en donnent des cahiers de doléances confectionnés en Normandie⁷. Sans doute Caen n'est pas ville épiscopale, mais l'évêque de Bayeux, chancelier de l'Université, n'est pas loin et dispose d'une résidence à Caen même. Un séminaire caennais, tenu par les Eudistes, fait partie de la zone d'influence de l'Université. Sans doute Caen n'est pas ville de Parlement et l'aire d'attraction de l'Université peut sembler limitée: en 1780-89 69% des étudiants en droit et les trois quarts des étudiants en médecine viennent de Normandie⁸. Mais si la *peregrinatio academica* n'est plus d'usage ordinaire en France à cette époque, le rétrécissement géographique de l'Université ne saurait être exagéré. De même, de la rareté des œuvres imprimées, il ne faudrait pas conclure à un rétrécissement scientifique, voire à une immobilité. Au contraire la royauté élève les exigences et l'Université de Caen se trouve, en 1789, en pleine réforme. Il est plus juste de la considérer, non comme un centre de recherche à proprement parler, mais comme un centre supérieur de diffusion des idées⁹, un foyer de culture religieuse et intellectuelle¹⁰, marqué par la modération, tant en droit qu'en théologie, l'institution étant membre de la structure monarchique de l'Eglise comme de la structure monarchique de l'Etat.

⁴ L'histoire de l'Université de Caen a fait l'objet d'une esquisse de *Henri Prentout*, 1432-1932. L'Université de Caen, son passé, son présent, sous la direction d'*Alexandre Bigot* (Caen 1932). Cette esquisse n'a pas été remplacée. Solide monographie sur la Faculté des droits par *Emile Bridrey*, Les dernières années de l'ancienne Faculté des droits de Caen (Paris 1931). Pour replacer l'université normande dans l'ensemble français, *Roger Chartier*, *Dominique Julia* et *Marie-Madeleine Compère*, L'Education en France du XVIe au XVIIIe siècle (Paris 1976).

⁵ Avec 42 000 livres de revenus, c'est une des universités les mieux dotées du royaume. En théologie et en médecine, le traitement des professeurs atteint 1200 livres par an; aux arts, il varie entre 1200 et 1500 livres, attestant les ressources du centre universitaire normand, parmi les plus élevées des universités françaises. *Roger Chartier*, comme n. 4, 260.

⁶ En théologie, 86 inscrits; avec 239 inscrits, la Faculté des droits de Caen n'est dépassée que par Paris (728) et Toulouse (420); avec 33 inscrits, la Faculté de médecine n'est dépassée que par Montpellier (219), Paris (100) et Toulouse (57); elle vient au troisième rang pour les gradés, en fournissant 8,1% des médecins de France, derrière Montpellier (45%) et Toulouse (9,4%). *Roger Chartier*, comme n. 4, 273-276.

⁷ Bien des cahiers dénoncent la rapidité des études de droit, le laxisme, voire la vénalité des examens. *Louis Liard*, L'Enseignement supérieur en France 1789-1889, t. 1 (Paris 1888) 106-115 et *Henri Prentout*, comme n. 4, 181-182. Seuls sont suspectés pour leurs faibles études les notaires, les avocats, les officiers.

⁸ La proportion dépassait 90% au XVIe siècle *Jacques Verger*, comme n. 3, 164.

⁹ Nous suivons *Laurence W. B. Bruckliis* dans *Jacques Verger*, comme n. 3, 199-253, qui corrige l'image noire des universités françaises au XVIIIe siècle.

¹⁰ L'universitaire est «un chrétien fervent» *Laurence Bruckliis* dans *Jacques Verger*, comme n. 3, 251.

Rapidement la Révolution compromet la réforme en cours provoquant deux crises : une crise des effectifs et une crise de conscience. La baisse importante des inscrits en novembre 1789¹¹ n'est pas une crise interne, mais externe. Officine de clercs et d'officiers, l'université perd de son utilité avec les nouveaux systèmes ecclésiastique et judiciaire, eux-mêmes éloignés des doléances de 1789. Loin en effet de lutter contre le laxisme des examens, l'Assemblée constituante supprime toute espèce de diplôme pour l'exercice des professions judiciaires : plus de grades pour les fonctions judiciaires, mais un certificat de civisme, cinq ans de métier et un acte de foi dans l'élection de la Nation souveraine. Faut-il s'étonner si le bibliothécaire de l'Université met en vente sa bibliothèque personnelle et se dispose à partir pour l'Angleterre ? En ce printemps 1791, l'Université, il est vrai, est frappée par une nouvelle crise : la crise du serment¹².

Par décret du 27 novembre 1790 l'Assemblée nationale avait astreint au serment les « ecclésiastiques fonctionnaires publics »¹³. Dans le département du Calvados, le directoire du district de Caen avait avisé les professeurs et régents des ordres sacrés le 12 janvier 1791 : près de vingt-cinq personnes dont quatre à la Faculté de théologie, les autres étant à la Faculté des arts, principaux ou régents des collèges pour la plupart. Avant même l'ouverture des registres de prestation des serments par la municipalité de Caen, une lettre collective annonçait un refus : *de facto*, six ecclésiastiques prêtèrent serment dont trois de la Faculté des arts.

La crise rebondit avec le serment universitaire. Le 22 mars 1791 l'Assemblée nationale, en effet, prend un nouveau décret astreignant au serment les professeurs et agrégés des Facultés¹⁴. Le 27 avril au département du Calvados, le 7 mai au district de Caen, ce décret est enregistré comme « loi relative ... de l'Université de Paris ». Entre temps, l'Assemblée constituante avait adopté un nouveau décret étendant l'obligation du serment aux universités de province. Ce décret des 15-17 avril est enregistré au département le 9 mai et au district le 16 mai. Dans le même temps le pape venait de condamner, par deux brefs (10 mars et 13 avril), le système suivi en France¹⁵. A Caen,

¹¹ 73 inscrits en théologie au lieu de 86 en novembre 1788; 157 aux droits au lieu de 239; 18 en médecine au lieu de 33. En novembre 1790 il n'y a plus que 28 inscrits aux droits.

¹² Mise en vente des livres composant la bibliothèque de Moisan, bibliothécaire de l'université : environ 3000 volumes, dont 200 in folio et 500 in quarto : Affiches, Annonces et Avis divers ou Journal de la Basse-Normandie et du Calvados, 6ème année, n° 5, 27 mars 1791, 1.

¹³ Sur les serments et les crises qu'ils provoquent pendant la Révolution nous renvoyons une fois pour toutes à *Bernard Plongeron*, *Conscience religieuse en Révolution* (Paris 1969).

¹⁴ Article 1er : « Toutes personnes chargées d'une fonction publique dans le département de l'instruction, qui n'ont pas prêté le serment prescrit par les décrets des 27 décembre et 22 mars derniers, sont déchues de leurs fonctions; et il doit être provisoirement pourvu, s'il est nécessaire, à leur remplacement par le directoire du département. » *Jean-Baptiste Duvergier*, *Collection complète des lois*, II (Paris 1824) 370.

¹⁵ Le bref du 10 mars *Quod aliquantum* est adressé aux prélats membres de l'Assemblée nationale, en réponse à l'Exposition des principes sur la Constitution civile du clergé que trente évêques députés avaient publiée le 30 octobre 1790. Quant au bref du 13 avril, adressé à la France comme au Sacre-Collège, il condamne le système français et frappe de suspense tout ecclésiastique asscrémenté qui ne se rétracterait pas dans les quarante jours. A Paris, le nonce en fait mystère mais l'abbé Royou en donne une traduction française. Le bref est publié le 4 mai au diocèse de Lisieux, le 1er juin au diocèse d'Évreux, le 6 juin aux diocèses de Rouen et de Séez, le 1er décem-

la lutte faisait rage depuis le début de l'année¹⁶. L'évêque de Bayeux, Mgr de Cheylus, naguère prélat mondain et absent, après avoir tenté un ralliement à la Révolution en devenant maire de Bayeux (printemps 1790), redevenait évêque dans toute la force du terme, mobilisant pour les droits de l'Eglise, non seulement ses forces épiscopales, mais aussi les forces capitulaires, paroissiales et monastiques. Son action, de conciliante, avait dû devenir intransigente, obtenant des résultats à Bayeux d'abord, où la majorité des curés, naguère proches de la Révolution (8 à 9 sur 14), se sont rangés derrière lui: 12 sur 14 au début de 1791. Grosse majorité de curés insermentés à Caen, dont le maire, Leforestier de Vendœuvre, est un des rares notables laïcs, élus dans les nouvelles institutions locales, à oser s'élever publiquement contre le serment constitutionnel. Un curé assermenté de Caen, élu évêque constitutionnel du Calvados, renonce. Pour la nouvelle élection le nombre des abstentions grandit et l'évêque de Bayeux n'a pas de peine à démasquer la personnalité du nouvel élu, Claude Fauchet. Pour échapper à une arrestation, depuis longtemps souhaitée par les milieux patriotes – autorités et clubs – Mgr de Cheylus doit s'enfuir vers les îles anglo-normandes par Cherbourg (début mai).

Dans la crise dédoublée du serment ecclésiastique et du serment universitaire¹⁷, le Tribunal du recteur de l'Université se donne une commission permanente (12 mai). Pour la Saint-Yves, patron des droits (19 mai), l'Assemblée générale de l'Université décide de se faire communiquer par les autorités locales les textes authentiques de la loi. En fin de compte, treize universitaires prêtent serment: trois aux droits, quatre en médecine et six aux arts. Entre temps, lors d'une nouvelle assemblée générale, le 25 mai, l'Université, loin d'obtempérer aux décrets de l'Assemblée nationale, avait adopté une déclaration, manifestation collective de résistance, élément nouveau d'une exceptionnelle gravité et révélateur, non seulement de la crise de conscience provoquée par l'Assemblée nationale, mais du débat intellectuel soulevé.

II. La Déclaration du 25 mai 1791

Longuement motivée, la délibération universitaire est immédiatement rendue publique au moyen de l'impression, sous le titre: «Déclaration de l'Université de Caen au sujet des lois des 22 mars et 17 avril dernier, concernant le serment prescrit aux fonctionnaires publics»¹⁸. Si l'occasion est bien le serment imposé aux universitaires selon

Fortsetzung Fußnote von Seite 63

bre au diocèse de Bayeux: *Emile Sevestre*, Les problèmes religieux de la Révolution et de l'Empire en Normandie, 2: La Constitution civile du clergé, 1791–1795 (Paris 1924) 200.

¹⁶ Sur la crise religieuse en Normandie, outre *Emile Sevestre*, comme n. 15, voir *Robert Putry*, Une ville de province: Caen pendant la Révolution de 1789 (Condé-sur-Noireau 1983), malheureusement dépourvu de toute référence archivistique et bibliographique.

¹⁷ *Bridrey*, comme n. 4, 29–30 ... insiste à juste titre sur la distinction à faire entre la crise du serment d'une part et la déclaration de l'Université d'autre part.

¹⁸ Archives départementales du Calvados, série D, 83: Registre des actes et conclusions du Général de l'Université de Caen, fol. 40 à 44. Texte imprimé repris par *Armand Bénét*, Inventaire

une formulation qui englobe l'œuvre ecclésiastique de l'Assemblée constituante¹⁹, la déclaration révèle que la Constitution civile du clergé n'est pas la seule pierre d'achoppement. Signée par quarante-sept universitaires (dont neuf en théologie, six aux droits, douze en médecine et vingt aux arts), elle passe pour avoir été préparée par un ecclésiastique, l'abbé de La Rue, professeur d'histoire et de géographie au collège du Mont, doyen de la Faculté des arts, et un laïc, Hippolyte Marc, agrégé des droits²⁰. Tout en assurant les pouvoirs publics de son attachement à ses fonctions savantes et éducatives, l'Université refuse de prêter le serment universitaire prescrit par la loi du 17 avril 1791. Pour la portion «temporelle» de l'œuvre de l'Assemblée constituante, les universitaires caennais envisagent tout au plus un serment restrictif. Quant à la partie ecclésiastique de l'œuvre de l'Assemblée, l'Université oppose un refus catégorique, après ceux du pape, des évêques et notamment de l'évêque de Bayeux, son chancelier, réfugié à Jersey.

A. Une critique dévastatrice en forme de serment restrictif:

Après avoir rappelé son attachement à son rôle intellectuel, l'Université accepte «également» de prêter serment à la Nation, à la Loi et au Roi, et, par suite, à la constitution nouvelle de la France. Mais en multipliant, avec alacrité, les mises au point et les définitions, la déclaration en arrive à dénoncer, et le serment prescrit aux universitaires, et la dégradation de la situation et le rôle prépondérant de l'Assemblée nationale elle-même, dont elle met en doute la légitimité.

Le serment? C'est un abus de pouvoir de la part de l'Assemblée. Le seul serment exigible des universitaires eût été le maintien de la vie intellectuelle et scolaire.

La dégradation de la situation? Elle conduit à une «anarchie sauvage et antisociale». De fait villes et campagnes se déchirent en Normandie comme ailleurs, non seulement depuis la crise ecclésiastique qui vient d'éclater, mais aussi depuis les découpages administratifs opérés en 1790, source – souvent négligée par l'historiographie de la Révolution – de rancœurs et de troubles. Aussi bien, depuis 1789, la sécurité des personnes reste en cause: pour échapper au parti patriote, qui voulait le faire arrêter, l'évêque de Bayeux a dû s'enfuir au début du mois de mai.

Au-delà du serment et des troubles, l'Université met en cause le pouvoir de l'Assemblée nationale, dans son œuvre comme dans sa nature.

Dans son œuvre. – La Révolution opérée par la Constituante ne peut se justifier par l'expérience. Surtout elle ne peut se justifier par l'assentiment des citoyens puisqu'elle comporte des aspects fort éloignés des doléances électorales de 1789: l'Assemblée ne

Fortsetzung Fußnote von Seite 66

summaire des archives départementales antérieures à 1790: Calvados, série D, tome 2: Université de Caen (Caen 1894) 252–256.

¹⁹ «Nous jurons d'être fidèles à la Nation, à la Loi et au Roi, de maintenir de tout notre pouvoir la Constitution nouvelle du royaume, et de remplir avec fidélité et exactitude, et avec zèle, les devoirs que nos fonctions nous imposent» dans *Emile Bridrey*, comme n. 4, 29–30.

²⁰ Cette assertion de *Camille Poutbas*, *L'Instruction publique à Caen pendant la Révolution*, in: *Mémoires de l'Académie ... de Caen* (1911) 124–125, s'est avérée invérifiable.

peut se prévaloir du libre assentiment des citoyens. Sur un point particulier du nouveau régime, dans l'organisation des pouvoirs publics, les universitaires caennais manifestent leur préférence pour une réforme élargissant la prérogative royale²¹, pratiquement vidée de son sens par les Constituants.

Dans sa nature, le pouvoir de l'Assemblée est dénoncé comme «irrésistible», opprimant «les conceptions de l'esprit et les vœux de cœur» et, en dernière instance, divinisant l'Etat. L'Université soulève la contradiction entre le serment imposé par les Constituants et la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen. En fait à une conception presque «rousseauiste» de la volonté générale, l'Université oppose la conception chrétienne selon laquelle ni la nation, ni le roi ne sont infallibles: Dieu seul est infallible, et son Eglise sur la terre. En mettant en cause, non seulement l'œuvre mais encore le pouvoir de l'Assemblée nationale, l'Université de Caen adopte-t-elle la condamnation «intransigeante», voire «injuste»²² du pape Pie VI dans son bref du 10 mars? En étendant ses critiques à l'ensemble du nouveau système, la déclaration entre-t-elle dans une pensée contre-révolutionnaire? D'un côté elle reconnaît que la Révolution met «la Nation à la place de Dieu»²³. D'un autre côté, son souci de la prérogative royale ne l'empêche pas de rappeler que le roi n'est pas infallible. Aussi peut-on considérer qu'en dépit d'une mise en cause fondamentale, l'Université en tire une attitude conciliante en acceptant l'éventualité d'un serment restrictif²⁴. Radicale en théorie, modérée en pratique, la Déclaration caennaise peut être susceptible d'interprétations diverses quant à son sens et à sa portée. En revanche le doute s'évanouit devant la condamnation formelle de la Constitution civile du clergé.

B. Condamnation de la Constitution civile du Clergé:

Dans sa condamnation de la Constitution civile du Clergé, l'Université revient sur son idée d'abus de pouvoir. L'Assemblée nationale s'est placée «au-dessus de ses pouvoirs»²⁵ par une série d'ignorances volontaires ou non.

1°) Ignorance de l'antériorité des serments. Au premier évêque constitutionnel du Calvados, Claude Fauchet, qui, arrivant de Paris, devait déclarer que les scrupules

²¹ L'Université de Caen, après l'édit de réforme de Louis XVI en 1786, détient depuis 1787 un portrait du roi dans sa bibliothèque. Ce tableau devait être brûlé en août 1792 devant les bâtiments universitaires: *Camille Pouthas*, comme n. 20, 30.

²² Pour reprendre les adjectifs d'*Albert Mathiez*, Rome et le clergé français sous la Constituante (Paris 1911) 493.

²³ *Albert Mathiez*, comme n. 22, 446.

²⁴ Il faudrait ranger la Déclaration de l'Université de Caen dans l'«Anti-Révolution», à la différence, par exemple, de l'arrêt du Parlement de Toulouse, qui, après la loi des 6-7 septembre 1790 supprimant les Cours souveraines, avait condamné l'ensemble de l'œuvre de l'Assemblée nationale: *Philippe Wolff*, Histoire du Languedoc (Toulouse 1967) 443. Sur la distinction entre Contre-Révolution et Anti-Révolution: *François Lebrun et Roger Dupuy*, Les résistances à la Révolution (Paris 1987) 469.

²⁵ On retrouve l'antagonisme entre conception rousseauiste et conception chrétienne. Pour Rousseau, l'Eglise ne peut s'opposer à la volonté générale, tandis que les Constituants unissent «au point de les confondre l'Eglise et l'Etat», *Albert Mathiez*, comme n. 22, 444.

étaient «hors de saison»²⁶, l'Université a, par avance, répondu qu'un parjure religieux est une apostasie.

2°) Ignorance de l'antériorité de la liberté de l'Eglise sur l'autorité de l'Etat. Les lois ecclésiastiques ne peuvent se placer en aval des lois civiles, et l'Etat ne peut intervenir que comme instrument et non comme décideur (carte des évêchés et des paroisses, par exemple).

3°) Ignorance de la nature de l'Eglise, dans laquelle les modifications disciplinaires ne sont pas indépendantes du dogme, «toujours immuable comme la vérité incréée».

4°) Ignorance de la structure de l'Eglise, dans laquelle le pouvoir est exercé en premier par le pape, prince des apôtres, puis par les évêques. Y donner le pouvoir à des collèges électoraux civils, c'est s'abandonner à l'Etat.

Les universitaires caennais appuient leur condamnation par un système triplement référencé quant à l'objet des «réformes», la liberté de l'Eglise et le pouvoir dans l'Eglise. Quant à l'objet des réformes, l'Eglise en est seule juge. Sur ce point l'Université se réfère au bref que le pape Pie VI a envoyé le 10 mars précédent au cardinal de La Rochefoucauld, archevêque de Rouen, et aux autres prélats membres de l'Assemblée nationale, bien que ce bref n'ait pu être publié par l'évêque de Bayeux avant sa fuite pour l'étranger et bien que ce texte n'ait pas été publié par le gouvernement²⁷.

Quant à la liberté de l'Eglise et à l'antériorité de ses lois sur les règlements de l'Etat, la déclaration caennaise s'appuie sur des auteurs gallicans, parmi les moins suspects au gallicanisme politique: Pierre de Marca et Le Vayer de Boutigny. En matière de droit le traité de Pierre de Marca, qui avait simplifié la polémique gallicane, était devenu une référence²⁸ où «se trouvaient codifiées et clairement exposées les maximes gallicanes»²⁹. De son côté, le Traité de l'autorité des rois touchant l'administration de l'Eglise rédigé, à la demande de Louis XIV, par Roland Le Vayer de Boutigny, maître des requêtes, et resté sous forme de mémoire manuscrit jusqu'au XVIII^e siècle, apparut comme «l'œuvre la plus remarquable (...) véritable somme du système gallican»³⁰.

Enfin, quant à la distribution du pouvoir dans l'Eglise, quant à la prééminence du

²⁶ Le 26 juin 1791 en l'église Saint-Etienne. Voir *Eugène de Robillard de Beaurepère*, *Études sur l'histoire de la Révolution dans le Calvados* (Caen 1922) 59.

²⁷ Rappelons que ce très long texte est une réponse de la Cour de Rome à l'Exposition des principes faite par les prélats membres de l'Assemblée nationale en octobre 1790.

²⁸ *De concordia sacerdotii et imperii* (Paris 1641). Sur Pierre de Marca et le *De concordia*, nous renvoyons à *François Gaquère*, Pierre de Marca (Paris 1932) 100-188.

²⁹ *Henri-Jean Martin*, *Livre, pouvoirs et société à Paris au XVII^e siècle*, tome 1 (Genève 1969) 185. Le traité *De concordia* est mis à l'Index en 1642. L'auteur se rétracte en 1647 reconnaissant qu'il a composé son livre «en magistrat plutôt qu'en évêque», *François Gaquère*, comme n. 28, 190.

³⁰ *René Tavenaux*, *Le catholicisme dans la France classique* (Paris 1980) 509. Dans sa quatrième instruction à son fils, le chancelier d'Aguesseau recommande le traité de *Le Vayer de Boutigny* «pour se former une juste idée de la distinction des deux puissances». *Edmond Préclin* et *Eugène Jarry*, *Les luttes politiques et doctrinales aux XVII^e et XVIII^e siècles* (Paris 1955) 222.

pape et aux attributs des évêques, l'Université se réfère deux fois à Bossuet³¹, une fois à la Déclaration des quatre articles de 1682³² et une fois à Fleury³³.

Ainsi, à l'exception du *Traité de Le Vayer de Boutigny*, toutes les références sont tirées d'un gallicanisme ecclésiastique – essentiellement épiscopal et passablement modéré très éloigné, et des tendances presbytériennes et du gallicanisme parlementaire. Bossuet, en particulier, n'a-t-il pas insisté sur la distinction entre l'Eglise et l'Etat avec une netteté que l'on ne retrouvera pas avant l'enseignement de Léon XIII³⁴, revendiquant hautement le droit de l'Eglise en face des magistrats du roi?

Au total, par sa déclaration, l'Université révèle deux alternatives: la patrie ou la liberté de conscience d'une part, la souveraineté nationale ou la liberté de l'Eglise d'autre part. Dans les deux cas, elle choisit le deuxième terme: liberté de conscience et liberté de l'Eglise. Telle est, dans ses grandes lignes, la Déclaration du 25 mai 1791. Quelle peut être la part des conditions locales? Pourquoi la crise des serments conduit-elle à Caen à cette manifestation de résistance? Telles sont les questions qu'il faut examiner avant de s'interroger sur les conséquences immédiates et lointaines de la déclaration. Rien, en effet, ne répond, dans ce texte, ni au stéréotype normand, ni aux traditions de l'Université de Caen. Le stéréotype normand se manifeste par la préférence pour le côté pratique des choses, au détriment du débat théorique, par le respect pour les autorités constituées plutôt que par leur contestation. Sous ce rapport la Déclaration de 1791 apparaît atypique. Rien n'y répond également aux traditions universitaires caennaises, fort peu originales. Protestante quand le protestantisme fut à la mode, janséniste à l'heure du jansénisme, l'Université aurait pu être «patriote» au temps des jacobins. La Faculté de théologie, elle-même, se montrait fort tolérante depuis l'enseignement cartésien du Père André au début du XVIII^e siècle; quant à la Faculté des droits et à la Faculté de médecine, elles étaient aux mains des laïcs qui donnent vingt signatures sur un total de quarante huit. Or, en 1791, la résistance de l'Université se manifeste d'une manière solennelle et étendue. Le refus du serment universitaire est presque unanime après rétractations: un agrégé aux droits, Lebreton-Lamy, revient sur son serment et rejoint les cinq agrégés déjà insermentés avant le 7 juin³⁵. Cette attitude révèle un corps professoral particulièrement scrupuleux et d'abord chez les professeurs titulaires, ceux qui risquent le plus. Au corps professoral s'ajoutent les signatures de quatre docteurs en théologie, puis de quatre autres ecclésiastiques, le tout dessinant un mouvement de résistance à la Révolution, encore plus net à Caen et dans le diocèse de Bayeux que dans le reste de la Normandie. Par sa déclaration, l'Université se hisse aux premiers rangs des résistances à la Révolution

³¹ Exposition de la doctrine de l'Eglise catholique sur les matières de controverse (1668). Voir Aimé-Georges Martimort, *Le gallicanisme de Bossuet* (Paris 1953).

³² *Declaratio cleri gallicani* (1682). Voir Edmond Préclin et Eugène Jarry, *La lotte politique et doctrinale nei secoli XVII e XVIII*, 2 vol. (Turin 1974-1975) 593-604 (le gallicanisme par Robert Daricani).

³³ Institution au droit canonique, recommandée par d'Aguesseau à son fils au même titre que le traité de Le Vayer: Edmond Préclin et Eugène Jarry, comme n. 30, 222.

³⁴ Aimé-Georges Martimort, comme n. 31, 702.

³⁵ Emile Bridrey, comme n. 4, 64-65.

comme l'évêque de Bayeux venait de se montrer un des adversaires les plus intrépides de la Constitution civile du clergé.

Comment expliquer, localement, cet état de fait?

D'abord Mgr de Cheylus a imprimé un très fort mouvement local de résistance, ralliant un clergé qui ne l'estimait guère, y compris des curés jansénistes et universitaires! De leur côté, les Eudistes qui avaient tant contribué à contenir le jansénisme dans le clergé normand, ne se sont guère portés vers le système ultra-gallican et philosophique élaboré par l'Assemblée constituante. Sans doute le doyen de la Faculté des Arts, l'abbé de La Rue, est-il hostile aux Eudistes. Mais c'est l'un d'entre eux, François Lefranc, supérieur du séminaire de Coutances, homme de confiance de son évêque, qui place l'interprétation de la Révolution en marche sur un terrain encore peu exploré, rapprochant les nouvelles institutions de certains usages et symboles maçonniques³⁶. En cultivant l'attachement au Saint-Siège les Eudistes se multiplient contre le serment³⁷. Aussi le clergé réfractaire, légèrement minoritaire aux diocèses de Rouen (46%) et de Coutances (46%), très minoritaire au diocèse d'Evreux (36%), compte pour plus de 60% dans les diocèses de la moyenne Normandie: Bayeux (61%), Lisieux (63%), Séez (62%). Or cette résistance cléricale importe pour l'Université de Caen. Sauf aux droits et en médecine, toutes les chaires de l'Université sont occupées par des ecclésiastiques; les principales dignités et fonctions sont assurées par des prêtres. Pierre Rouelle, curé d'Hermanville depuis 1786, petite paroisse de la plaine de Caen, est recteur. Professeur de grec au collège du Bois, ce prêtre, natif du Cotentin, avait été le rénovateur de la Société d'agriculture de Caen³⁸. Natif de Caen, neveu du général Dugommier, régent du collège du Bois, Henry-François Coquille-Deslongchamps avait été recteur en 1779; depuis 1786 il est syndic-général. Egalement natif de Caen, le doyen de la Faculté des arts aux cours recherchés³⁹.

La présence de ces prêtres caennais invite à s'interroger sur les conditions les plus locales. On trouve un clergé universitaire, de modeste extraction. Son gallicanisme est sur la défensive. En 1781 un bachelier en théologie a pu soutenir sa thèse sur l'Eglise sans l'hommage habituel à la Déclaration des quatre articles. L'omission fut certes remarquée par Jacques Lentaïne, curé de Saint-Sauveur à Caen, qui alerta le doyen de

³⁶ François Lefranc explique la Révolution française par un double complot, jésuitique contre la monarchie et maçonnique contre l'Eglise. En rassemblant tout un ensemble d'informations – dont certaines sont fantaisistes – il opère la confusion entre révolution et conspiration: Pierre Chevallier, *Histoire de la franc-maçonnerie française*, t. I (Paris 1974) 382–383; Marcelin Defourneaux, *Complot maçonnique et complot jésuitique*, in *Annales historiques de la Révolution française* (1965) 170–186. Sur François Lefranc: Charles Berthelot du Chesnay, François Le Franc, in *Catholicisme ... IV* (1956) 1537–1538; Jules Blouet, *Les séminaires de Coutances et d'Avranches* (Paris 1936) 186–205; Jean Bindet, François Becherel (Coutances 1971) 109–110.

³⁷ Guillaume de Bertier de Sauvigny, Eudistes, in: *Catholicisme ... IV* (1956) 666–668; Charles Berthelot du Chesnay, Eudistes, in: *Dictionnaire d'histoire et de géographie ecclésiastiques XV* (1963) 1331–1335. On n'oubliera pas cependant que l'abbé de La Rue, hypothétique auteur de la déclaration de 1791, était hostile aux Eudistes: Paul Milcent, *Un artisan du renouveau chrétien au XVIIIe siècle: Saint Jean Eudes* (Paris 1985) 557.

³⁸ Un de ses élèves, Jacques Thierry, devait se cacher pendant la Révolution, avant de tenir un des principaux salons de la vie intellectuelle caennaise à l'époque de Napoléon.

³⁹ Frédéric Vaultier, *Notice sur la vie ... de feu M. l'abbé de La Rue* (Caen 1838).

la Faculté de théologie. Si le candidat dut représenter sa thèse avec les références à la *Declaratio cleri gallicani*, l'incident n'en révéla pas moins un déclin du gallicanisme.

De son côté le jansénisme est bien présent à Caen où les controverses demeurent à l'époque de Louis XVI. Une partie de la ville semble janséniste comme plusieurs curés, tel Lentaïne déjà cité. Mais, sans abdiquer l'esprit critique, ces jansénistes caennais sont strictement royalistes⁴⁰ dans une ville où Louis XVI a séjourné deux fois en 1786. Aussi un Lentaïne, très apprécié à Rouen comme à Caen, plusieurs fois recteur de l'Université, peut-il signer une déclaration à laquelle il a contribué⁴¹.

Enfin on ne saurait oublier la présence à Caen d'une bourgeoisie protestante, à la tête de l'industrie textile du tissage : les «Messieurs de Caen»⁴². Ces notables protestants constituent «un exemple typique» d'une bourgeoisie d'affaires, ayant le goût de la sélection sociale, du secret et de l'autorité, avide de réformes lui donnant place dans l'Etat. En soutenant les idées nouvelles, elle peut se saisir des postes de direction que lui offrent les circonstances, avant de marquer sa faveur pour la Constitution civile du clergé. Le 17 juin 1790 plusieurs de ces notabilités protestantes ont fondé le Club des Jacobins pour défendre à Caen la Constitution et les décrets de l'Assemblée nationale. Après la condamnation par la papauté des aspects schismatiques, voire hérétiques, de la politique de la Constituante, il est fort plausible que l'Université de Caen ait voulu faire pièce au protestantisme local⁴³. Ce qui est assuré, c'est, qu'au district de Caen, le recteur Rouelle dut laisser sa place à l'un de ces grands notables protestants, Mesnil qui devait marier sa fille à Lindet à l'époque de la Convention.

Quelles que soient ces conditions locales, sur le plan général la conjoncture était propice à une explication de fond⁴⁴. Les ratures mêmes du texte original de la Déclaration⁴⁵ révèlent le soin mis à la rédaction de la protestation. Parlant de la «Nation», le mot «anarchie» est biffé au profit de «philosophie désastreuse»; parlant du roi, le mot «hommage» est rayé au profit du mot «souvenirs». Le débat général porte bien sur les bornes du spirituel et du temporel, sur l'origine, la nature et l'exercice de la liberté de l'Eglise. La Constitution civile du clergé subordonne l'Eglise à l'Etat dans un système ultra-gallican et pseudo-richériste. Elle n'est pas un acte d'hostilité vis-à-vis de la religion chrétienne, mais elle est bien plus forte qu'une séparation de l'Eglise et de l'Etat. Alors que dans une séparation, seul l'Etat est laïcisé, la Constitution civile du clergé remet l'Eglise au pouvoir des laïcs, en fait aux mains des citoyens actifs et des électeurs⁴⁶. La Déclaration de l'Université de Caen représente donc pour des esprits habi-

⁴⁰ Georges Vanel, Notes anecdotes sur le jansénisme à Caen, in: Mémoires de l'Académie ... de Caen (1918-1920) 1-56.

⁴¹ Emile Sevestre, La vie religieuse dans les principales villes normandes pendant la Révolution, 1787-1801, tome 1: Calvados (Caen 1945) 167.

⁴² Emile G. Léonard, La bourgeoisie protestante et sa position politique et religieuse du XVIII^e siècle à la Révolution, in: Assemblée générale de la Commission centrale et des comités départementaux 1939, I (Besançon 1942) 174.

⁴³ Emile Léonard, L'abbé de La Rue (Caen 1937) 6. Sur 37 500 habitants, Caen compte au moins 2000 protestants.

⁴⁴ Bernard Plongeron, comme n. 13, 197.

⁴⁵ Treize ratures approuvées sur le registre, Archives départementales du Calvados, D 83.

⁴⁶ Ce qui n'empêche pas l'abbé Plongeron d'interpréter la Civilis Cleri Gallicani constitutio par

tués au gallicanisme et/ou au jansénisme un effort tout-à-fait considérable pour rappeler la nature et la structure du pouvoir de l'Eglise et dans l'Eglise. Bien que «respectueuse»⁴⁷ elle jette une lumière vive sur les abus de pouvoir commis au nom de la Nation, de la Loi et du Roi. Ses auteurs ont une exacte conscience des dangers auxquels ils s'exposent, le refus du serment universitaire étant puni par la destitution. Après la fuite de leur chancelier, l'évêque de Bayeux, ils redoutent les malheurs qui peuvent frapper l'institution universitaire comme leur personne⁴⁸. Mais ils n'hésitent pas à critiquer, voire condamner ce que la Révolution en marche a de «contraire au droit de la conscience»⁴⁹.

III. Les conséquences de la Déclaration

La Déclaration de l'Université de Caen déclenche des réactions rigoureusement contradictoires qui révèlent, à leur tour, la logique du conflit sur l'origine, la nature et l'étendue des pouvoirs respectifs de l'Eglise et de l'Etat⁵⁰.

A. Les conséquences immédiates:

Bref laudatif du pape et fermeture de l'Université sont les conséquences immédiates de la Déclaration du 25 mai 1791.

En date du 9 juillet, le pape Pie VI répond au recteur et au syndic-général qui avaient expédié la déclaration en Cour de Rome, par un bref d'éloge et d'encouragement⁵¹. Le pape insiste particulièrement sur l'opportunité et la solidité de la déclaration de Caen. Opportunité, après les brefs des 10 mars et 13 avril, comme après les

Fortsetzung Fußnote von Seite 72

le sacerdoce commun des baptisés et ... le deuxième concile oecuménique du Vatican: *Bernard Plongeron*, comme n. 13, 203. De son côté *Timothy Tackett* envisage l'élection des curés par les citoyens actifs et celle des évêques par les électeurs comme un procédé «démocratique»: *La Révolution, l'Eglise, la France: le serment de 1791* (Paris 1986) 32.

⁴⁷ *Jacques Laffetay*, *Histoire du diocèse de Bayeux XVIIIe et XIXe siècles*, Tome II (Bayeux 1876) 228.

⁴⁸ Expulsé de l'évêché de Bayeux le 3 avril 1791, il doit se réfugier d'abord à la campagne, puis s'enfuir pour l'étranger déguisé en marchand.

⁴⁹ *C. Pouthas*, *La constitution intérieure de l'Université de Caen au XVIIIe siècle*, in: *Mémoires de l'Académie ... de Caen* (1909) 34.

⁵⁰ Le conflit entre la Révolution française et l'Eglise catholique est en effet logique malgré son déclenchement circonstanciel: *R. Laprat*, *Les libertés gallicanes sous la Révolution française et à l'époque moderne*, in: *Dictionnaire de droit canonique*, VI (Paris 1957) 309-325: toute conciliation était impossible, 511. Ce qui différencie en effet la Révolution française des révolutions anglo-saxonnes antérieures, c'est précisément l'idée de régénérer l'homme par une société nouvelle; dès lors la révolution doit absorber le religieux dans le social et le politique: voir, entre autres études de *François Furet*, *La Révolution dans l'imaginaire politique français*, in: *Le Débat* 26 (1986) 173.

⁵¹ Le bref de Pie VI est connu à Caen vers le milieu de juillet 1791: *Georges Lesage*, *Episodes de la Révolution à Caen* (Caen, s.d.) 64. Voir son texte aux Archives départementales du Calvados, D 517 bis ou in *Baïcocana*, II (1910) 48 et 83-85. Rappelons que les relations diplomatiques entre la France et le Saint-Siège étaient largement interrompues depuis mars 1791.

censures portées par l'évêque de Bayeux sur la politique de l'Assemblée constituante. Quant à la solidité de la protestation universitaire, le pape l'analyse sur le plan moral et sur le plan intellectuel. Sur le plan moral, Pie VI approuve la position de l'Université dans la crise des serments: aucune révolution ne peut justifier un parjure. Sur le plan intellectuel, le souverain pontife approuve, avec non moins de vigueur, la distinction faite à Caen entre le droit de l'Eglise et le droit de l'Etat, sans relever les références à des ouvrages gallicans qui ont pu être à l'Index sauf rétractation comme chez un Pierre de Marca. Lorsque ce bref de Pie VI est connu à Caen vers la mi-juillet, l'Université, entre temps, avait été fermée.

A Caen, en effet, loin d'avoir un faible retentissement et d'être sans effet sur la marche des événements⁵², la Déclaration a provoqué des conséquences considérables. «La signature d'un grand nombre de professeurs laïcs ... et des agrégés des deux Facultés (droits, médecine) sembla donner un nouveau poids et plus de force aux sentiments exprimés dans les déclarations des ecclésiastiques. Tous les bons citoyens s'empressaient de se procurer la Déclaration.»⁵³ A la Faculté des droits, quatre professeurs sur cinq avaient signé la Déclaration; le cinquième, Alexandre, s'y rallia ensuite. Les signatures de prêtres affluent⁵⁴. Remise au greffe du département du Calvados le 26 mai, la Déclaration y est lue le vendredi 3 juin. Tandis qu'à Paris elle est sévèrement jugée⁵⁵, à Caen, le directoire du département, le 10 juin, arrête la condamnation du texte, la destitution et l'interdiction des signataires, la fermeture des registres et des locaux⁵⁶. Le 18 juin l'Université de Caen est fermée par les soins de la Municipalité. Le lendemain la manifestation prévue par le club des Jacobins est interdite⁵⁷. La rudesse de la réaction révèle combien les administrations locales sont ulcérées par la résistance de l'Eglise: multiples protestations de l'évêque de Bayeux, protestations du clergé de Caen et du diocèse de Bayeux, démission du maire de Caen, démission du premier évêque constitutionnel, abstentions grandissantes⁵⁸ aux élections épiscopales et curiales et, brochant sur le tout, la déclaration de l'Université! Car c'est bien à la déclaration, plus qu'au refus de serment que s'attache l'arrêt du département, y dénonçant

⁵² Camille Pouthas, comme n. 20, 121-233.

⁵³ Observation de Laurent Esnault, avocat au ci-devant bailliage de Caen dans: *Georges Lesage*, comme n. 51, 59.

⁵⁴ Archives départementales du Calvados, D 83, fol. 46 par exemple. Adhèrent à la Déclaration les clergés des paroisses Saint-Sauveur et Saint-Jean de Caen, etc.

⁵⁵ Au Comité d'instruction publique de l'Assemblée nationale, la Déclaration de Caen est considérée comme une «diatribe» factieuse: *Louis Liard*, *L'Enseignement supérieur en France 1789-1889*, tome 1 (Paris 1888) 122.

⁵⁶ Les 36 administrateurs du département ont été élus en juin 1790 par 499 électeurs sur 594: *Robert Patry*, comme n. 16, 197.

⁵⁷ Il avait été prévu de promener un âne coiffé du bonnet du recteur. A la queue de l'animal aurait été attachée la déclaration. Sur ses flancs auraient été placées les listes des signataires.

⁵⁸ Pour élire l'évêque du Calvados, le nombre des votants diminue de 400 à 250 entre le début mars et la mi-avril 1791: Fauchet est élu par 152 voix. L'élection des curés de Caen dure du 10 avril au 20 mai avec 75 électeurs au début, 50 à la fin: *Emile Serestre*, comme n. 15, 172-178 et *Robert Patry*, comme n. 16, 245.

une «coalition séditieuse»⁵⁹. Ainsi se trouve anéantie l'Université de Caen alors que les autres centres fonctionnent jusqu'en 1793. Quand, le 4 août 1791, le Ministre de l'Intérieur signale aux autorités départementales qu'elles avaient à destituer et à remplacer les universitaires insermentés et non à fermer l'Université, il est trop tard: le Calvados anticipe – de plus de deux ans et demi –, la marche des événements.

B. Les conséquences ultérieures:

En 1800 le bref de Pie VI à l'Université de Caen – et sa traduction française – sont imprimés en Angleterre par les soins de l'abbé Vasse, ci-devant professeur de théologie de la Faculté de Caen⁶⁰. Toutefois les publications locales de l'époque napoléonienne semblent ignorer 1791 malgré la restauration de Facultés à Caen⁶¹.

Il faut attendre la Restauration pour voir la Déclaration universitaire et le Bref faire l'objet d'une publication officielle de l'Académie de Caen, à la tête de laquelle les milieux ultra-royalistes ont fait porter, en 1822, l'abbé Jamet⁶². Dans sa séance du 24 novembre 1824, le Conseil de l'Académie de Caen décide de réimprimer ensemble la Déclaration de l'Université et le Bref du pape⁶³. En présentant ces documents au nouveau roi, Charles X, le recteur Jamet obtient du monarque un souvenir. Le comte d'Artois avait lu la déclaration de 1791 et avait écrit au recteur de l'Université de Caen pour le féliciter «d'un acte de loyauté si noble et si courageux»⁶⁴. Mais le recteur Jamet ne put obtenir ni la restauration de la Faculté de théologie, ni la restauration de la Faculté de médecine. Désormais la déclaration et le bref vont passer des archives actives aux archives historiques.

Sous le Second Empire un historien de l'ancienne Faculté des droits évoque la crise de 1791⁶⁵. Son auteur voit «dans cette protestation courageuse, demeurée, selon nous, pour nos anciennes écoles caennaises, un titre à l'estime de la postérité»⁶⁶. L'abbé Laffetay, historiographe du diocèse de Bayeux aux XVIII^e et XIX^e siècles, y voit une déclaration «respectueuse»⁶⁷.

Au début du XX^e siècle C. Pouthas n'est pas loin de considérer la déclaration de 1791 comme une simple diatribe contre-révolutionnaire. Sans doute reconnaît-il qu'elle est prise pour défendre le droit de la conscience, mais il n'en donne aucune

⁵⁹ Point de vue partagé au XX^e siècle par Emile Bridrey qui y voit une «insurrection contre la loi»: *Emile Bridrey*, comme n. 4, 66.

⁶⁰ Essai ... sur la conduite à tenir par le clergé fidèle lors de sa rentrée en France (Londres 1800).

⁶¹ La Notice sur M. Chibourg, publiée par P. B. Thierry (Caen 1807) ne dit rien sur la Déclaration de 1791 alors que Chibourg, ancien recteur et professeur à la Faculté de médecine est un des signataires et que la famille Thierry est liée au dernier recteur, l'abbé Rouelle.

⁶² Solide biographie de Georges-Abel Simon, La vie de l'abbé Pierre-François Jamet (Caen 1959).

⁶³ *Académie royale de Caen*: Déclaration de l'Université de Caen au sujet des lois des 22 mars et 17 avril 1791, concernant le serment prescrit aux fonctionnaires publics; et bref du pape Pie VI, adressé au recteur et syndic-général (Caen 1824).

⁶⁴ Georges-Abel Simon, comme n. 62, 178.

⁶⁵ Jules Cunvet, Le collège des droits de l'ancienne université de Caen (Caen 1858), extrait des *Mémoires de la Société des Antiquaires de Normandie*, XIII, 447-575.

⁶⁶ Jules Cunvet, comme n. 65, 159-160.

⁶⁷ Voir note 45 supra.

analyse, en minimise la portée considérant qu'elle n'eut qu'un faible retentissement et qu'elle n'eut aucun effet sur la marche des événements⁶⁸.

Étudiant l'ancienne Faculté des droits, Emile Bridrey admet que la fermeture de l'Université fut «une mesure d'ordre collectif extrêmement grave»⁶⁹. Mais la Déclaration, «véritable insurrection contre la loi»⁷⁰ lui apparaît «un peu trop comme un sermon, ... pas assez comme un plaidoyer»⁷¹. En sens inverse l'analyse redevient favorable chez Henri Prentout qui conclut: «Quoique l'on puisse penser des événements, cet acte, le dernier acte collectif de l'Université, par l'élévation des pensées, la noblesse des sentiments, lui fait honneur.»⁷² Après quoi la Déclaration de 1791 disparaît de l'historiographie⁷³ à deux exceptions près⁷⁴.

Au terme de cette communication, au risque de tomber dans le travers habituel du genre monographique qui attribue volontiers à son objet une cohérence et une importance plus étendues qu'en réalité, marquons la valeur documentaire de la Déclaration de l'Université de Caen dans le mouvement des idées et dans l'histoire de l'institution universitaire à la fin du XVIIIe et au début du XIXe siècle. Son étude apporte deux confirmations, deux infirmations et une invitation.

Deux confirmations? D'abord, malgré sa modération pratique, la Déclaration de 1791 confirme le caractère logique du conflit entre la Révolution constituante et l'Eglise catholique. Au début du XXe siècle Albert Mathiez rappelait que la Révolution française est une religion, d'où son incompatibilité première avec l'Eglise. De nos jours François Furet insiste sur la différence entre Révolution française et révolutions anglo-saxonnes antérieures. La Révolution française recherche une totale régénération de l'homme dans une société nouvelle, régénération qui absorbe le religieux dans le

⁶⁸ Voir note 49 supra.

⁶⁹ *Emile Bridrey*, comme n. 4, 73.

⁷⁰ *Emile Bridrey*, comme n. 4, 66.

⁷¹ Nous citons plus largement *Emile Bridrey*, comme n. 4, 59. «Cette Déclaration est, incontestablement, au point de vue moral, un acte courageux et digne; c'est aussi, dans la forme, un morceau d'une belle tenue littéraire, encore qu'elle apparaisse un peu longue peut-être et par endroits quelque peu verbeuse. Seulement, quand on la considère au point de vue du fond, l'argumentation n'en est rien moins qu'habile. Les rédacteurs ont appuyé beaucoup trop sur les considérations d'ordre théologique et cependant assez fortes, qu'ils auraient pu tirer, avec un peu plus d'adresse, de l'imprécision du texte des décrets et de l'embarras avoué du législateur lui-même, pour justifier leur refus. Si l'on veut d'un mot notre opinion, la Déclaration est un peu trop un sermon, elle n'est pas assez un plaidoyer. Et pour cela même, autant nous sommes portés à y reconnaître la main des professeurs de la Faculté de théologie, autant il nous paraît peu vraisemblable que leurs collègues de la Faculté des droits aient collaboré, même en second plan, à une argumentation en définitive maladroite pour la thèse soutenue».

⁷² *Henri Prentout*, comme n. 4, 185.

⁷³ Si le manque de place pourrait expliquer son absence de l'Histoire de la Normandie d'*Emile Léonard* (Paris 1944), cette raison est sans valeur pour les pages, pourtant remarquables, de *Henry Contamine*, La Normandie du XVIIe au XXe siècle, in: *Les Etudes normandes: exposés et méthodes* (Bayeux et Caen 1944) 247-252. *Jean Vidalenc* n'en souffle mot dans sa synthèse sur la période révolutionnaire où, il est vrai, la dimension religieuse de la crise est systématiquement sous-estimée: *Michel de Boüard*, Histoire de la Normandie (Toulouse 1970) 392-404.

⁷⁴ Dans une remarquable évocation de la crise des serments, allusion à la déclaration par *Paul Longuet*, Caen dans la tourmente révolutionnaire, in: *Gabriel Désert*, Histoire de Caen (Toulouse 1981) 181. Voir également *Robert Patry*, comme n. 16, 259-260.

social et le politique. Dans la réorganisation que la Nation souveraine opère dans l'Eglise, cette dernière peut-elle se laisser absorber sans se dénaturer, avec ses pasteurs devenant des administrateurs élus par les citoyens actifs et les électeurs? En face de ce système hybride – encore plus philosophique que presbytérien – les gallicans doivent réévaluer et les frontières entre l'Eglise et l'Etat et le pouvoir du Saint Siège, car, répétons-le, la pierre d'achoppement est bien l'origine, la nature et l'étendue du pouvoir. Le débat, en 1791, n'a rien de théorique, les universitaires y jouent leur place et l'Université son existence. Cette résistance de l'institution au pouvoir irrésistible de l'Assemblée constituante peut être interprétée comme un élément révélateur de sa vitalité⁷⁵. Par ailleurs la déclaration de Caen confirme le rôle du gallicanisme et du jansénisme dans la résistance à la Révolution, et non pas seulement comme origines de la Constitution civile du clergé⁷⁶.

Deux infirmations. La Déclaration de 1791 infirme l'idée selon laquelle la Révolution aurait été relativement tranquille dans une province comme la Normandie avant la chouannerie. En fait la protestation universitaire s'inscrit dans un vaste mouvement de résistance des milieux ecclésiastiques normands contre la Constitution civile du clergé: la déclaration des curés de Caen annonce la déclaration de l'Université. En face la réaction du département du Calvados ou celle des jacobins locaux révèlent l'ardeur du parti patriote. Révolution, Contre-Révolution, Anti-Révolution? La Déclaration de Caen n'entre pas dans une Contre-Révolution aristocratique, ni dans une Anti-Révolution populaire. La multiplication des concepts et, en particulier, la distinction de nature sociale, proposée par C. Lucas en 1984, reprise par Claude Mazauric en 1985, ne semble pas ici opératoire⁷⁷. Guère utile non plus l'idée de dérapage. Quant au pouvoir, le dérapage c'est précisément la Révolution de 1789. La Déclaration de Caen marque la fin d'un processus de rupture politico-religieux. Elle apporte une deuxième infirmation: non, l'Ancien Régime ecclésiastique et universitaire ne s'efface pas de lui-même, miné par les abus et les privilèges. La Déclaration de l'Université de Caen révèle au contraire la capacité de résistance d'une institution mixte, à la charnière de l'Etat et de l'Eglise. L'idée de sclérose ne peut être retenue pour une institution capable d'une pareille résistance⁷⁸.

Une double invitation enfin. A s'interroger d'abord sur l'attitude comparée des universités en face de la Révolution car le livre de Liard est, sur ce point, insuffisant et la synthèse la plus récente sur l'histoire des universités en France est muette sur la crise

⁷⁵ «L'Université de Caen, à la fin du XVIIIe siècle, était florissante», *Henri Prentout*, comme n. 4, 189.

⁷⁶ *Edmond Prédin*, Les jansénistes du XVIIIe siècle et la Constitution civile du clergé (Paris 1928); *Edmond Prédin* et *Engène Jarry*, comme n. 32.

⁷⁷ Il faudrait distinguer une Contre-Révolution nobiliaire et cléricale et une Anti-Révolution populaire: *François Labrun* et *Roger Dupuy*, comme n. 24, 469. Mais la Déclaration de l'Université de Caen n'est pas œuvre populaire, sans être pour autant favorable à une restauration intégrale de l'Ancien Régime.

⁷⁸ L'Université de Caen, outre l'expédition à Rome, avait expédié sa Déclaration à d'autres universités, notamment Strasbourg: *Louis Liard*, comme n. 7, 122. En comparaison, voir la brève déclaration de la Faculté de théologie d'Aix-en-Provence le 28 mai 1791: *Louis Liard*, comme n. 7, 384-390.

révolutionnaire. A s'interroger ensuite sur les conséquences d'un anéantissement, précoce à Caen, ultérieur ailleurs, des universités. En privant la France de ces centres de culture religieuse et intellectuelle, la Révolution ne l'a-t-elle pas mise en état d'infériorité au XIXe siècle au regard du reste de l'Europe, notamment de l'Europe centrale?⁷⁹

Zusammenfassung des Referates von Jean Laspougeas

Die Geschichte der Universitäten spiegelt sich in der Geschichte der Revolution und der Gegenrevolution wider. Wir werden dies an Kritik und Verurteilungen, die die Universität von Caen gegen das Werk der Constituante vorgebracht hat, zu zeigen versuchen.

Die Universität von Caen wurde als erste geschlossen. Dies geschah nicht wie bei den anderen im Sommer 1793, sondern bereits im Frühjahr 1791. Ursache der hastigen Schließung und vorzeitigen Auflösung war ein Protest der Universität gegen das Werk der „Assemblée nationale“, der in Form einer Denkschrift ausführlich begründet wurde und sofort in Druck erschien (25. Mai 1791).

Die Universität Caen brachte unter dem Eindruck eines einschränkenden Eids auf die Zivilkonstitution eine vernichtende Kritik des politischen und sozialen Werks der Constituante vor. Diese Kritik stützte sich einerseits auf den unvollendeten und unerprobten Charakter der neuen Einrichtungen, als sich eine „anarchie sauvage et antisociale“ zu entwickeln begann, und auf der anderen Seite auf den unterdrückenden Charakter der „Assemblée nationale“, deren „pouvoir irrésistible“ die eigene Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte ins Gegenteil verkehrte. Schließlich schloß diese Kritik auch die vermeintliche Unfehlbarkeit der Macht des Staates ein: Weder die Nation noch der König seien unfehlbar, so die Ansicht der Universität. Die einzige Unfehlbarkeit sei diejenige Gottes und seiner Kirche, die ihm in seinem Geist diene.

Die Universität fügte diesen grundsätzlichen Kritikpunkten eine strikte Verurteilung der neuen Kirchenordnung hinzu. Dabei vertrat sie eine gänzliche Ablehnung jeglichen Eids auf die Zivilverfassung des Klerus, was sie sowohl mit dem Vorrang und der Vorherrschaft der Religion über jegliche Revolution und des Geistlichen über das Weltliche begründete, als auch mit den Machtverhältnissen in der Kirche. Aus dem Vorrang der Religion über die Revolution ergebe sich, daß die Forderung des Staates einen Mißbrauch der Macht und eine Gefahr des Abfalls vom Glauben darstelle. Ebenso könnten die Veränderungen in der Lehre der Kirche nicht getrennt werden vom „dogme toujours immuable comme la vérité incréée“. Der Vorrang des Geistlichen über das Weltliche beweiße, daß – wenn der Katholizismus in Frankreich die Religion des Staates sein solle – der Staat keine Autorität habe, die Kirche zu reformieren, es sei denn, er stelle sich „au-dessus de ses pouvoirs“. Das bürgerliche Gesetz könne dem kanonischen Recht folgen, ihm jedoch nie vorausgehen. Schließlich zeige die Verteilung der Kräfte der Kirche, daß der Papst die Macht ohne Ausnahme in Händen habe und diese Macht sich nur beim Bischof wiederfinde, für den die Priester nur Kooperatoren sein könnten.

⁷⁹ *Henri Prentout*, comme n. 4, 190.

Die Universität von Caen erklärte in bezug auf die unannehmbare Zivilkonstitution des Klerus – nachdem sie das Gesetz verurteilt hatte –, daß sie sich an die Entscheidung und das Verhalten des Papstes und der französischen Bischöfe halten wolle. Da das Gesetz vorsah, Professoren, die den Eid verweigerten, zu ersetzen, rief die Deklaration der Universität eine brutale Reaktion der Behörden hervor. Zweifellos konnten diese in der Protestnote nur eine beißende Kritik an der Zivilkonstitution des Klerus sehen. Da die Behörden ohnehin schon erbittert waren über den massiven Widerstand des Klerus – und besonders des städtischen Klerus – und wegen des Kampfes des Bischofs von Bayeux gegen die Zivilkonstitution, erbittert auch wegen der Schwierigkeiten bei den Bischofs- und Pfarrerwahlen, so sahen sie hierin mehr als nur eine einfache Eidverweigerung, nämlich eine Verschwörung, einen echten Aufstand gegen die nationale Souveränität. Sie befahlen die Schließung der Universität. Während die anderen Universitäten bis zum Sommer 1793 bestehen blieben – oder überlebten –, vernichtete die Revolution die Universität von Caen im Juni 1791.

Zur selben Zeit, am 9. Juli, richtete Papst Pius VI. an die Universitäten ein Breve, in dem er insbesondere für die notwendige Unterscheidung zwischen der Macht des Staates und den Rechten der Kirche dankte.

Auf ihre Weise beansprucht diese Deklaration sowohl durch die Schwere der Kritik, die gegenüber der Constituante vorgetragen wurde, als auch durch die Reaktion der Revolutionsbehörden und des Heiligen Stuhls ihren Platz in der Geschichte der Revolution und der Gegenrevolution.

Diskussion zum Referat von Jean Laspougeas

Leiter: Guillaume de Bertier de Sauvigny

Einleitend hob *G. de Bertier de Sauvigny* anerkennend die Bereitschaft von J. Laspougeas hervor, bei der Beschäftigung mit der Französischen Revolution den Pariser Rahmen zu verlassen. Auf die Frage von *P. Stadler* nach dem Verhalten der übrigen Universitäten führte der *Referent* aus, daß damals in Frankreich 23 Hochschulen existiert hätten, von denen aber nicht alle die fünf traditionellen Fakultäten besessen hätten. Die Universität von Caen habe versucht, ihren Protest auch auf andere Universitäten auszuweiten, worin die Constituante Aufruhr gesehen habe. Auch die Theologische Fakultät von Paris habe im September 1791 eine Protestnote herausgegeben, was ihre Schließung zur Folge gehabt habe. Diese Initiative wäre aber nur von dieser Fakultät getragen gewesen, während in Caen die gesamte Universität protestiert habe. Über die Haltung der übrigen Hochschulen ist nach Auskunft von J. Laspougeas noch nichts bekannt.

M. Botzenhart interessierten besonders die materiellen Auswirkungen der Entscheidungen der Nationalversammlung auf die Universitäten. Der *Referent* stellte in seiner Antwort die These auf, das Gesetz, das den Kirchenbesitz zur Disposition der Nation gestellt habe, habe die „Schutzklauseln“ zugunsten der dem Unterricht gewidmeten Einrichtungen bereits vorweggenommen. So seien weder die Universität von Caen

noch andere Universitäten, die die Zivilkonstitution des Klerus abgelehnt hätten, ihrer Einnahmen beraubt worden.

Auf den im Vortrag erwähnten François Lefranc ging *G. de Bertier de Sauvigny* ein und bezeichnete ihn als einen Vorläufer von Abbé A. de Barruel (1741–1820). Dieser habe die Revolution auf ein freimaurerisches Komplott zurückgeführt (*Mémoires pour servir à l'histoire du jacobinisme*, erschienen in Hamburg zwischen 1797 und 1799). Ferner wären zwei andere Protagonisten von 1791, Gervais de la Rue (1751–1835) und Mars, 1816 vom ultra-royalistischen Präfekten der Restauration als gefährliche Personen betrachtet worden. Hierzu ergänzte *J. Laspongeas*, der Rektor Mars sei 1823, während eines Konflikts zwischen drei Unterzeichnern des Protestes von 1791, seiner Funktion enthoben worden. Benutzt worden sei dies als Argument auch noch 20 Jahre später.

Für *J. Tulard* entstand der Konflikt, der durch die Zivilkonstitution des Klerus hervorgerufen wurde, dadurch, daß die Constituante das Gesetz schuf, ohne den Papst vorher konsultiert zu haben. Daran schloß sich die Frage an, wie die Universität von Caen auf die Verstaatlichung der Kirchengüter reagiert habe. Der *Refrent* zeigte, daß die Universität von Caen vor allem die Ausdehnung der Staatsmacht auf die Kirchenorganisation verurteilen wollte, auf die Konfiskationen selbst aber nicht eingegangen sei. Die Universität habe die Constituante beschuldigt, sich Rechte angeeignet zu haben, die die Wähler ihr übertragen hätten. So wäre es weder im Machtbereich der Generalstände gelegen, eine Konstitution für den Staat zu schaffen, noch die Beziehungen zwischen Kirche und Staat zu reglementieren. In diesem Streit habe die Souveränität der Nation der Freiheit der Kirche gegenübergestanden.

Pierre-André Bois

Knigge et Zimmermann (1792–1795) ou le discours politique entre le débat et la dénonciation

Contribution à l'étude du discours politique allemand à l'époque de la Révolution Française

En 1791 et 1792, Knigge publiait successivement un roman, *Histoire des Lumières en Abyssinie*¹, un pamphlet, *Les Papiers de M. de la Crélinière*², et un essai politique, *Profession de foi politique de Joseph Wurmbbrand, accompagnée de considérations sur la Révolution française*³. Trois approches différentes, la fiction romanesque, la satire, l'essai politique, pour formuler une conviction qu'il n'abandonnera plus: «Cette révolution est un grand événement, un événement sans exemple, et quelle que soit son issue, qu'elle ait été entreprise légalement ou illégalement, elle concerne l'humanité en-

¹ [Adolph von Knigge], Benjamin Noldmann's Geschichte der Aufklärung in Abyssinien, oder Nachricht von seinem und seines Herrn Veters Aufenthalte an dem Hof des grossen Negus, oder Priester Joliannes, 2 Theile (Göttingen 1791). Reprint: Adolph Freiherr Knigge, Sämtliche Werke. In Zusammenarbeit mit Ernst-Otto Fehn, Manfred Grätz, Gisela von Hanstein und Claus Ritterhoff herausgegeben von Paul Raabe, Bd. 14 (Nendeln/Liechtenstein 1978). Réédition par Hedwig Foyt, in: Traum des Herrn Brick. Essays. Satiren. Utopien (Berlin/DDR 1968). Voir sur ce roman Jean-Paul Barbe, Fingierte Reiseberichte und revolutionäre Propädeutik. Zu Knigges Geschichte der Aufklärung in Abyssinien, in: Beiträge zur romanischen Philologie 8/1 (1969) 5–9; Jürgen Walter, Adolph Freiherrn Knigges Roman „Benjamin Noldmanns Geschichte der Aufklärung in Abyssinien“. Kritischer Rationalismus als Satire und Utopie im Zeitalter der deutschen Klassik, in: Germanisch-romanische Monatsschrift 21 (1971) 153–180; Jörg-Dieter Kugel, Knigges ungewöhnliche Empfehlungen zu Aufklärung und Revolution (Berlin s. d. [1979]); Pierre-André Bois, Le roman de Knigge «L'Histoire des Lumières en Abyssinie» ou l'Allemagne éclairée par la Révolution française, in: Jean Moes/Jean-Marie Valentin (éd.), De Lessing à Heine. Un siècle de relations littéraires et intellectuelles entre la France et l'Allemagne. Mélanges offerts à Pierre Grappin pour son soixante-dixième anniversaire, (Metz/Paris 1985) 190–204.

² [Adolph von Knigge], Des seligen Herrn Etatsraths Samuel Conrad von Schaafskopfs hinterlassene Papiere (Breslau [= Hannover] 1792). Reprint: Sämtliche Werke, Bd. 15. Réédition par Iring Fetscher (Frankfurt a. M. 1965).

³ Adolph Freiherr Knigge, Joseph von Wurmbbrand, kaiserlich-abyssinischen Ex-Ministers, jezzi-gen Notarii caesarii publici in der Reichsstadt Boplingen, politisches Glaubensbekenntniss, mit Hinsicht auf die französische Revolution und deren Folgen (Frankfurt und Leipzig [= Hannover] 1792). Reprint: Sämtliche Werke, Bd. 15. Réédition par Gerbard Steiner (Frankfurt a. M. 1968).

tière.⁴ Il voyait en elle un fait irréversible et affirmait que jamais l'œuvre de la Constituante ne pourrait être effacée⁵.

Knigge avait de nombreux ennemis. Parmi ceux-ci se trouvait le médecin suisse établi à Hanovre depuis 1768 Johann Georg Zimmermann⁶, dont il avait durement raillé la vanité et la naïveté. Auteur en 1784 d'un ouvrage à succès sur la solitude, ancien partisan des Lumières, Zimmermann avait rallié leurs adversaires et il était de ceux, toujours plus nombreux, qui identifiaient engagement maçonnique et subversion politique. Or Knigge, on le sait, avait été de 1781 à 1784 un des chefs de l'Ordre des Illuminés de Bavière, démantelé en 1785 par le gouvernement bavarois pour atteinte à la religion, à la morale et aux principes monarchiques⁷. Il l'avait quitté en 1784, mais l'opinion publique allemande était informée depuis 1787 du rôle qu'il y avait joué et son nom était vite prononcé dès qu'on apprenait la création d'une nouvelle société secrète. L'une d'elles, l'Union allemande, née en 1787, développait des principes religieux qui frisaient l'athéisme, réclamait la séparation des Eglises et de l'Etat et s'en prenait violemment aux rose-croix, c'est-à-dire indirectement au ministre prussien Wöllner qui en était l'un des chefs⁸. Son fondateur, le théologien de Halle Karl-Friedrich Bahrdr, avait été jeté en prison en avril 1789 à la suite d'une pièce satirique contre l'Edit de religion de 1788. Knigge avait d'abord accepté de soutenir le projet de Bahrdr, dans lequel il voyait une «bonne cause», celle du triomphe des «Lumières» sur l'«obscurantisme»⁹. Il avait même recruté deux adeptes. Mais il avait instamment demandé à Bahrdr de préserver son anonymat¹⁰. L'arrestation de Bahrdr mit fin à cette collaboration. Or celle-ci n'était pas restée aussi secrète que Knigge l'eût désiré: en 1790 paraissait, signée de lui, une pièce de théâtre, *Docteur Bahrdr au front de fer ou l'Union allemande contre Zimmermann*¹¹. C'était en fait une pasquinade ordurière,

⁴ Knigge, Wurmbrand, 69.

⁵ Ibid., 82.

⁶ Sur Zimmermann, voir, faute d'études récentes, *Eduard Bodemann*, Johann Georg Zimmermann. Sein Leben und bisher ungedruckte Briefe an denselben (Hannover 1878) et *Auguste Bourcier*, Johann Georg Zimmermann, un représentant suisse du cosmopolitisme littéraire au XVIII^e siècle (Genève 1925).

⁷ Aux ouvrages de *René Le Forestier* (1915) et *Richard van Dülmen* (1976), ajouter *Ludwig Hammermayer*, Illuminaten in Bayern. Zu Geschichte, Fortwirkung und Legende des Geheimbundes, in: *Hubert Glaser* (Hrsg.), Krone und Verfassung. König Max I. Joseph und der neue Staat (Wittelsbach und Bayern, III/1, München 1980) 146-163.

⁸ Sur l'Union allemande, voir en particulier *Agatha Kobuch*, Die Deutsche Union. Radikale Spätaufklärung und Illuminatismus am Vorabend der Französischen Revolution, in: *Beiträge zur Archivwissenschaft und Geschichtsforschung*, hrsg. von R. Grass und Agatha Kobuch (Weimar 1977) 227-289, et *Günter Mühlhfordt*, Radikale Aufklärung und nationale Leserorganisation. Die Deutsche Union von Karl-Friedrich Bahrdr, in: *Otto Dann* (Hrsg.), Lesegesellschaften und bürgerliche Emanzipation. Ein Vergleich (München 1981) 103-122.

⁹ [Degenhard Pott], Briefe angesehener Gelehrten, Staatsmänner und anderer an den berühmten Märtyrer D. Karl Friedrich Bahrdr seit seinem Hinweggange von Leipzig bis zu seiner Gefangenschaft 1789. Nebst einigen Urkunden. Th. V, enthält die Geschichte der Deutschen Union oder der Zweihundzwanziger, nebst dem vorzüglichsten Briefwechsel derselben (Leipzig 1798) 162.

¹⁰ Ibid., 239.

¹¹ [August von Kotzebue], Dr. Bahrdr mit der eisernen Stirn, oder die Deutsche Union gegen Zimmermann, ein Schauspiel in fünf Aufzügen. Von Freiherrn Knigge (Leipzig 1790).

composée par August von Kotzebue et qui, sous prétexte de défendre Zimmermann, le montrait sous un jour ridicule, sinon odieux. L'affaire fit du bruit, les tribunaux durent s'en mêler. La presse monarchiste rappela aussitôt que Knigge connaissait le théologien de Halle. Dans un de ses premiers numéros, la *Wiener Zeitschrift* d'Aloys Hoffmann¹² accusa Knigge d'être «l'allié fidèle du Dr. Bahrdt de Halle»¹³. Knigge fit paraître plusieurs démentis¹⁴. A son ami, le libraire berlinois Friedrich Nicolai, il affirma candidement qu'il n'avait jamais entretenu quelque relation que ce soit avec Bahrdt¹⁵.

Les *Papiers de M. de la Crétinière* fournirent à Zimmermann l'occasion de lancer contre Knigge une attaque extrêmement violente. Il publia dans la *Wiener Zeitschrift* un article dans lequel il le qualifiait de «prédicateur allemand de la révolution», de «démocrate» et d'«agitateur du peuple»¹⁶. Il soulignait aussi l'identité des vues politiques de Knigge et de Thomas Paine, dont les *Rights of Man* venaient de paraître.

Knigge comprit que la campagne lancée par Zimmermann recelait un double danger. Pour lui d'abord: depuis 1790 haut fonctionnaire de l'État hanovrien, dont il représentait les intérêts à Brême, il risquait une révocation qui l'eût laissé sans ressources¹⁷. Mais aussi pour l'ensemble des écrivains et «publicistes» libéraux, que menaçaient, outre une censure renforcée, des poursuites judiciaires¹⁸. D'autre part, les sociétés secrètes étaient l'objet d'une surveillance soupçonneuse qui s'étendait tout naturellement à ceux qui en avaient fait partie dans un passé plus ou moins récent.

Les *Papiers* avaient paru anonymement, mais les adversaires de Knigge avaient vite deviné qu'il en était l'auteur¹⁹. Ce n'était pas en le niant qu'il pouvait répliquer à Zim-

¹² Sur cette revue, voir *Friedrich Sommer*, *Die Wiener Zeitschrift (1792-1795). Die Geschichte eines antirevolutionären Journals* (Diss., Zeulenroda/Leipzig 1932). La haine d'Aloys Hoffmann contre les sociétés secrètes était encore plus forte que son hostilité aux principes révolutionnaires.

¹³ Cité in *ibid.*, 83.

¹⁴ Dans la *Oberdeutsche Allgemeine Litteraturzeitung* et dans la *Jenaer Allgemeine Litteraturzeitung*, *Intelligenzblatt* Nr. 23, 18 février 1792.

¹⁵ Knigge à Nicolai, 1er mars 1792, ms. (Berlin, Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung, Nachlaß Nicolai, Briefwechsel Knigge-Nicolai).

¹⁶ „deutscher Revolutionsprediger und Demokrat“, „Volksaufwiegl“, *Johann Georg Zimmermann*, Adolph Freiherr Knigge dargestellt als deutscher Revolutionsprediger, in: *Wiener Zeitschrift* 2 (1792) 317-329.

¹⁷ Knigge ne put jamais rentrer en possession des biens (considérables) que lui avait légués son père, mais grevés d'une dette de 100 000 thalers. Sa santé de plus en plus mauvaise faisait peser sur lui l'obsession d'une mort prochaine qui aurait laissé sans ressources sa femme et sa fille. Ce n'est qu'en 1790 qu'il avait pu trouver un emploi stable et rémunéré au service de la Régence. Il mourut en 1796.

¹⁸ Lors de son accession au trône de l'Empire, Léopold II avait dû promettre de surveiller plus étroitement la presse. Dès 1791 il avait signé un décret concernant les écrits séditieux. Beaucoup d'États territoriaux, dont le Hanovre, prenaient des dispositions analogues. Voir *Fritz Valjavec*, *Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815* (unveränd. Nachdruck der Erstausgabe 1951, Kronberg/Ts. und Düsseldorf 1978) 315 sqq. et *Helmuth Kiesel/Paul Münch*, *Gesellschaft und Literatur im 18. Jahrhundert. Voraussetzungen und Entstehung des literarischen Markts in Deutschland* (München 1977) 104-123.

¹⁹ Wittenberg à Knigge, 17 décembre 1791, in *Hermann Klenke* (Hrsg.), *Aus einer alten Kiste*.

mermann. Très habilement, il décida de faire précéder son nouvel ouvrage, la *Profession de foi politique de Wurmbrand*, d'une *Préface* qu'il signa de son nom²⁰, rejetant ainsi l'accusation de rébellion. La précaution était d'autant plus adroite qu'il se dispensait de présenter le *Wurmbrand* à la censure.

Le *Wurmbrand* provoqua un second article de Zimmermann²¹, reproduisant les passages dans lesquels Knigge, après avoir montré que la Révolution était inévitable, faisait l'éloge de la Constitution de 1791 et exprimait le vœu que les princes allemands en tirent les leçons. Zimmermann faisait aussi une nouvelle fois de Knigge le porte-parole de Paine en Allemagne.

Knigge décida alors d'entreprendre une démarche judiciaire. Il s'y sentait poussé par le blâme sévère que le *Wurmbrand* lui avait valu de la part de son ministre de tutelle: le 2 juillet, le Conseiller Arnswaldt l'avait accusé d'avoir publié un «écrit inconvenant», qui attaquait «l'ordre public et les institutions, ainsi que la religion» et «prêchait la rébellion»²². Arnswaldt lui rappelait le serment qui le liait à son souverain et l'invitait à ne rien faire paraître désormais, anonymement ou non, tant en Hanovre qu'«à l'étranger», qui n'ait auparavant reçu le visa de la censure.

Le 8 août, Knigge déposait auprès de la Chancellerie de Hanovre une plainte en diffamation («in p[un]cto injuriarum») contre Zimmermann²³. Il est évident qu'il espérait qu'en obtenant d'une instance judiciaire absolutiste un jugement condamnant comme «injurieux» et «diffamatoires» les termes «prédicateur de la révolution», «démocrate» et «agitateur du peuple», il aurait servi non seulement ses intérêts, mais la cause, à laquelle il était plus qu'à toute autre attaché, de la liberté de l'écrit.

Ce n'est qu'au bout de deux ans et demi que furent épuisés les voies et les détours de la chicane. En février 1795, les juges concluaient au caractère «offensant» des termes utilisés par Zimmermann, auquel il était reproché d'avoir attaqué la «personne» et non seulement les «idées» de Knigge. Mais ils évitaient soigneusement de se prononcer sur le fond.

Le *Wurmbrand* avait été rapidement connu de l'Allemagne entière. Pourtant, rares furent les journaux ou les revues qui se risquèrent à en faire l'éloge. La *Hamburger Neue Zeitung* refusa l'insertion d'une annonce, malgré une intervention du riche négoc-

Fortsetzung Fußnote von Seite 83

Originalbriefe, Handschriften und Documente aus dem Nachlasse eines bekannten Mannes (Leipzig 1853) 162.

²⁰ „Adolph Freiherr Knigge“: l'absence du „von“ ne saurait être interprétée comme un ralliement à la Révolution. Elle constituait au contraire (et constitue encore aujourd'hui...) un privilège exclusif réservé à moins d'une dizaine de familles nobles d'Allemagne, indiquant la très grande ancienneté de leur noblesse. Mais lorsque Knigge signe „der freie Herr Knigge“, le sens est alors tout autre.

²¹ Johann Georg Zimmermann, Politisches Glaubensbekenntnis des Kaiserlich Abissinischen Exministers, jetzigen Churbraunschweigischen Oberhauptmanns und notarii caesarii publici der Reichstadt Bremen Adolphs Freiherrn Knigge in Auszug mitgetheilt von dem Hofrath und Ritter Zimmermann in Hannover, in: Wiener Zeitschrift 3 (1792) 55-67.

²² Le texte complet in Klencke, Kiste, 195-198 et Kiesel/Münch, Gesellschaft, 105.

²³ Klencke, Kiste 236, sqq.

ciant hambourgeois Sieveking²⁴. Campe lui-même, qui partageait pourtant les vues de Knigge, refusa un compte rendu pour le *Schleswigsches Journal*, dont il était l'un des principaux rédacteurs. Quant à Nicolai, bien que Knigge collaborât étroitement, depuis 1779, à l'*Allgemeine deutsche Bibliothek*, il n'osa publier un compte rendu du *Wurmbrand* qu'en 1797 (Knigge était mort l'année précédente ...) dans la *Neue deutsche allgemeine Bibliothek*. C'est dire combien le livre parut dangereux même à des hommes dont l'engagement libéral ne saurait être soupçonné de tiédeur. Seule la *Oberdeutsche Allgemeine Litteraturzeitung* eut le courage de lui consacrer quelques lignes favorables. Encore étaient-elles soigneusement pesées: elles concluaient au caractère «sans doute exagéré» de l'éloge du système politique américain par Knigge²⁵.

En revanche, la presse conservatrice dénonça immédiatement les intentions «subversives» du *Wurmbrand*. Le fonctionnaire hanovrien August Wilhelm Rehberg y vit «une recommandation mal camouflée de la révolution» et un manifeste adressé en réalité au peuple²⁶.

Les amis de Knigge désapprouvèrent sa décision d'intenter un procès à Zimmermann, en particulier parce que le rapprochement entre les idées de Knigge et de Paine leur paraissait difficile à réfuter²⁷. Il se trouva pourtant quelques hommes courageux qui, indignés par les articles de Zimmermann, osèrent prendre publiquement la défense de Knigge. Heinrich Christoph Albrecht fit paraître (anonymement il est vrai) une *Réhabilitation de l'honneur d'Adolph, baron de Knigge*²⁸. Il comparait Zimmermann à un «lion de l'Inquisition d'Etat à la vénitienne» qui ouvrait sa «gueule avide» pour recevoir l'«immonde pâte» que son complice Hoffmann, «râlant d'impatience et frémissant de plaisir», y déversait. En 1793, un certain Meyer publia une réfutation du compte rendu de Rehberg²⁹.

On n'était donc pas en présence d'une simple polémique entre deux hommes. Les *Papiers* et le *Wurmbrand*, ainsi que les deux articles de Zimmermann d'une part, de l'autre le procès, dont les actes ont été en partie publiés en 1853³⁰, fixent les traits

²⁴ Joachim-Heinrich Campe à Knigge, 24 mai 1792, ms. Herzog August Bibliothek, Wolfenbüttel, Campe-Nachlaß, Nr. 134.

²⁵ *Oberdeutsche Allgemeine Litteraturzeitung*, Salzburg, 2 (1792) 690. La *Erfurtische Gelehrte Zeitung* fit paraître une courte annonce critiquant le «langage de poissarde» prétendument adopté par Knigge, mais lui reconnaissant aussi une certaine sûreté de jugement (*Erfurt* 1792) 264. Les *Tübingische Gelehrten Anzeigen* conclurent en deux pages à l'«inutilité» du livre (*Tübingen* 1792) 100 sqq.

²⁶ *Allgemeine Litteratur Zeitung* 261 (Jena, 3 octobre 1792, col. 21).

²⁷ Johann Albrecht Heinrich Reimarus à Knigge, 21 août 1792, in: *Klencke*, Kiste, 98; *Campe*, in: *Schleswigsches Journal* 2 (1792) 510.

²⁸ *[Heinrich Christoph Albrecht]*, *Rettung der Ehre Adolphs, Freiherrn Knigge, welchen der Hofrath und Ritter Zimmermann in Hannover als deutschen Revolutionsprediger und Demokraten darzustellen versucht hat* (Hamburg 1792). Sur lui, voir *Walter Grab*, *Leben und Werke norddeutscher Jakobiner* (Deutsche revolutionäre Demokraten V Stuttgart 1973) 31-41.

²⁹ *[Johann] [Heinrich] Meyer*, *Gerechtigkeit über die Ungerechtigkeit gegen Knigge*, in der allgemeinen Litteraturzeitung vom dritten October 1792. Ein Buch über eine Rezension (Kiel 1793).

³⁰ *Klencke*, Kiste, 234-292. Les originaux ont malheureusement, semble-t-il, disparu pendant la dernière guerre.

essentiels d'un discours politique nouveau, dont les figures et les techniques devaient rapidement accéder à un statut définitif.

A l'arrière-plan du procès se profilaient des questions de fond: existait-il un «droit à la révolution»? L'Allemagne était-elle menacée par un bouleversement analogue à celui qui affectait la France? Une révolution, à supposer qu'elle fût légitime, était-elle «exportable»? Ainsi une réflexion liée à l'actualité aurait pu prolonger un débat théorique abordé en partie déjà avant 1789 et poursuivi à travers les grandes revues d'Allemagne ou à travers un nombre toujours croissant d'essais, d'études, de traductions, de relations de voyage etc.: pouvait-on ou non supprimer la noblesse? Les privilèges étaient-ils ou non justifiés? Les droits des souverains procédaient-ils ou non de la souveraineté populaire³¹?

Les *Papiers*, publiés à la fin de 1791, n'avaient nullement instauré un débat sur ces questions. Knigge s'était conformé aux lois du genre satirique. Il imaginait un «Ordre des Jocrisses» (*Pinsel-Orden*), aussi ancien que l'humanité et dont les membres, zélés partisans d'une stricte orthodoxie religieuse et de l'absolutisme de droit divin, vouaient leurs forces «à s'opposer à la propagation de l'impétueux désir de liberté et à empêcher que la fallacieuse raison ne s'avise de raisonner sur les droits des souverains, des grands et des riches, dont le fondement repose sur la croyance, l'autorité et l'antique possession, et en conséquence n'a nul besoin d'être davantage examiné».³² La «famille La Crétiinière» (*Schaafskopf*), «comme on sait l'une des plus anciennes, des mieux considérées et des plus répandues de notre patrie»³³, s'est illustrée dans la chasse aux «infâmes Illuminés», admire les oubliettes de Louis XI et les lettres de cachet de Louis XIV, pleure de joie à l'évocation de l'Inquisition ou de la Saint-Barthélémy, considère la tolérance comme une «abomination», la censure comme un bienfait. Les «Jocrisses» enseignent le caractère sacré du droit divin, engagent les princes à écraser les paysans de corvées et d'impôts, pleurent sur leurs «frères français, complètement privés de pain» depuis 1789. Knigge (et c'est cela surtout qui provoqua la fureur de ses adversaires) liait l'histoire de l'«Ordre des Jocrisses» à celle de la Création et faisait d'Adam le «premier Jocrisse», suivi des Patriarches, des Juges, des Rois, puis de Nabuchodonosor et de Sardanapale. L'Ordre avait essaimé en Grèce, en Turquie, en Russie (perdue pour lui depuis Pierre le Grand), au Portugal, en Espagne, en Italie, au Danemark, en Allemagne (sauf en Prusse), en France – et cette expansion avait été marquée par la fondation d'Eglises toutes puissantes qui soutenaient leur action. Knigge, par une sorte de «contre-lecture» ironique de l'histoire, dénonçait la collusion entre le pouvoir religieux et le pouvoir politique, qui constituait pour lui l'essence de ce qu'il appelait, comme tout le monde à l'époque, le «despotisme».

³¹ Aux recueils de textes publiés par Fink, Garber, Grab, Hermand, Scheel et Träger s'ajoute maintenant l'important corpus présenté par *Joël Lefebvre*, *La Révolution française vue par les Allemands* (Lyon 1987). Sur les débats qui animèrent l'Allemagne, voir outre le «classique» de *Jacques Droz*, *L'Allemagne et la Révolution française* (Paris 1949), *Marita Gilli*, *Pensée et pratique révolutionnaires à la fin du XVIII^e siècle en Allemagne* (Paris 1983). Sur le problème de l'égalité, voir *Gauthier-Louis Fink*, *Des privilèges nobiliaires aux privilèges bourgeois. Le débat sur l'égalité et son écho en Allemagne (1788–1792)*, in: *Recherches Germaniques* 3 (1973) 30–101.

³² *Knigge*, *Schaafskopf*, 123.

³³ *Ibid.*, 3.

La *Profession de foi politique de Joseph Wurmbbrand*, qui parut au printemps de 1792, procédait d'une démarche toute différente. Knigge y développait une analyse rationnelle du phénomène révolutionnaire. Dans la *Préface*, il admettait qu'il était partisan d'une constitution «démocratique», mais il ajoutait aussitôt qu'il ne se rangeait pas parmi les «enragés»³⁴. L'utilisation du mot «démocratique» renvoyait comme une sorte de provocation à l'accusation formulée par Zimmermann. Mais elle situait aussi très précisément l'engagement de Knigge: dès 1789, le *Dictionnaire* de Schwan avait défini la «démocratie» comme «une forme de gouvernement dans laquelle le pouvoir suprême est aux mains du peuple»³⁵. Nourri de la pensée de Montesquieu et de Rousseau³⁶, Knigge donnait à ce mot son sens précis. Il exposait que la souveraineté procédait du peuple, ce qui d'ailleurs n'excluait pas le maintien d'institutions monarchiques: Kant formulera la même idée quelques années plus tard.

En refusant d'autre part de se compter parmi les «enragés» (il emploie le terme français), Knigge se référait à l'actualité. Le mot commençait à désigner, non seulement en France, mais aussi en Allemagne, ceux qui souhaitaient qu'au changement politique fût associée une révolution sociale. Mais il servait aussi à qualifier les émeutiers qui, à Paris, pesaient de plus en plus sur l'attitude de l'Assemblée. Il constituait donc pour un admirateur allemand de la Révolution une accusation redoutable.

Or Knigge, qui faisait (au moins dans *Wurmbbrand*) de la raison la mesure du jugement, ne pouvait accepter le caractère irrationnel de confusions lexicales qui substituaient au débat d'idées le refus aveugle et haineux. A ceux qui lui lançaient le mot «démocrate» comme une injure ou prétendaient faire de lui un «enragé», il oppose une réflexion rigoureuse sur les mécanismes de la violence populaire. Il montre que la Révolution est le résultat d'un «enchaînement d'événements»³⁷. Elle obéit au principe de causalité. La violence est un signe qui accompagne le phénomène, elle n'est pas le phénomène en soi. Dans l'*Histoire des Lumières en Abyssinie*, il avait déjà expliqué que le processus révolutionnaire est inscrit en théorie dans l'histoire. Il précise sa pensée dans *Wurmbbrand* par une analyse des circonstances matérielles (gâterie financière, arbitraire des lettres de cachet, misère paysanne etc.) qui ont déclenché la convulsion finale. C'était une réponse à ceux qui, comme Zimmermann, voyaient dans la Révolution le résultat d'un complot préparé de longue date par quelques intellectuels, de préférence francs-maçons. Knigge définit la violence révolutionnaire comme une réponse à une autre violence qui, en refusant de satisfaire les besoins élémentaires du peuple, finit par menacer son existence même et le pousse à l'insurrection.

L'analyse des responsabilités dans le déclenchement de la Révolution visait donc à opposer un discours rationnel aux accusations de ceux qui se référaient à la tradition d'une obéissance absolue à un pouvoir de droit divin.

³⁴ Knigge, *Wurmbbrand*, VII.

³⁵ Cité in Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe* (Stuttgart, à partir de 1972) Bd. 1, 845.

³⁶ Voir Pierre-André Bois, *Franc-maçonnerie et jacobinisme en Allemagne: le baron de Knigge (1752-1796)*, in: *Dix-huitième siècle* 12 (1980) 427-442.

³⁷ Knigge, *Wurmbbrand*, 68.

Mais Knigge n'entendait pas seulement *expliquer* la Révolution. Il voulait aussi qu'elle fût *écrit* à l'Allemagne. Le *Wurmbrand* n'est pas un appel à la révolution allemande, d'abord parce que Knigge ne s'adresse pas au peuple. C'est au contraire une mise en garde argumentée qui s'adresse aux princes. Les mots *warnen*, *Warnung* («mise en garde») reviennent comme un *Leitmotiv* dans l'ouvrage. La Révolution française n'est pas un modèle, mais un témoignage. Aux princes allemands de savoir en tirer les leçons. Knigge pense que c'est à l'écrivain qu'incombe la fonction de faire entendre au prince la voix du peuple. L'écrivain n'est pas un «agitateur du peuple», c'est un médiateur entre le peuple et le prince lequel est, dit-il, le «premier serviteur de l'État»³⁸; c'est la référence à l'absolutisme éclairé et non l'appel au peuple qui constitue la réponse de Knigge aux partisans du droit divin. Il y a là incontestablement une contradiction, mais elle est inhérente à la pensée politique de l'*Aufklärung*, dont les admirateurs allemands de la Révolution sont les héritiers.

Le discours politique illustré par *Wurmbrand* est donc un discours rationnel, argumenté, structuré par une théorie de l'histoire et, au fond très raisonnable, puisque Knigge, loin de «prêcher la révolution», se rallie à l'absolutisme éclairé. Son modèle, ce n'est pas la Révolution française, c'est Frédéric II.

Tout différent est le discours politique de Zimmermann. Les articles visés par la plainte de Knigge ne débattent pas, ils dénoncent.

Outre les termes, répétés plusieurs fois, que Knigge considérait comme «injurieux» (et qui étaient, à tout le moins, dangereux pour lui), le premier article contenait une série de citations isolées de leur contexte et censées démontrer que Knigge était le «chef» des partisans allemands de la Révolution française. Mais la preuve faisait défaut. Il s'agissait pour Zimmermann de suggérer l'existence en Allemagne d'un réseau structuré de comploteurs, prêts à renverser les monarchies, qui se recrutaient «parmi les précepteurs et les répétiteurs, dans les philanthropins et les universités» et utilisaient «un grand nombre de périodiques allemands et de journaux savants et politiques»³⁹. Le second article voulait démontrer, toujours par la juxtaposition de citations, que Knigge appelait le peuple à l'insurrection.

Zimmermann ne discutait donc pas les thèses de Knigge. Il recopiait des citations, au demeurant exactes, mais hors contexte: elles ne pouvaient refléter aucun raisonnement cohérent et il lui était loisible d'en inférer les intentions subversives qu'il entendait dénoncer.

Le discours de Zimmermann allait encore plus loin: à la dénonciation était associée l'appel à la répression. Dans le premier article, il exprimait la crainte que les «jacobins allemands» ne réussissent à détourner de leur devoir les armées elles-mêmes. Il ajoutait: «et si cette partie la plus noble de la nation allemande devenait infidèle [...], oh! alors, certes, plus rien ne saurait résister à l'*Aufklärung*!». Dans le second article, une longue note constituait le seul commentaire personnel qu'il opposait à Knigge et que lui suggérait l'expression «le noble Paine» que celui-ci avait employée. On pouvait y lire: «Si Paine était Anglais, il y a longtemps que son livre sur *Les Droits de l'Homme*

³⁸ Ibid., 158 sqq.

³⁹ Zimmermann, Knigge, 328 sq., ainsi que pour la citation suivante.

lui aurait valu d'être pendu.» Et Zimmermann rappelait que le gouvernement anglais, faute de pouvoir se saisir de Paine, s'en était pris à son éditeur qu'il avait traduit devant les tribunaux⁴⁰. Le discours politique dérivait ainsi du débat où Knigge avait essayé de l'engager vers l'appel à la répression militaire, à la censure et à la peine de mort en matière politique.

La tentation est grande de formuler une première conclusion d'ordre purement moral sur la nature du discours politique tel qu'il apparaît alors: ce sont les partisans du progrès qui, avec objectivité et pondération, développent des arguments tirés de la raison, de l'histoire et de l'actualité, tandis que leurs adversaires construisent en dépit de toute raison des complots imaginaires afin de mieux les réprimer.

Pourtant, il n'est pas possible d'en rester à cette affirmation manichéenne. Une analyse plus précise amène à constater qu'en Allemagne se constitue entre 1792 et 1795 un discours politique dans lequel, d'une part, le mode d'argumentation tend de plus en plus à se dissocier de son contenu, et qui d'autre part substitue à la fonction de réflexion celle de propagande idéologique. Cela se vérifie aussi bien pour les partisans que pour les adversaires de la Révolution, même s'il est évident que la qualité du discours est différente chez les uns et chez les autres, ne serait-ce que parce que les seconds sont absolument fermés à la vision utopique qui reste au centre du discours des premiers.

Le procès Knigge-Zimmermann offre un exemple instructif de la manière dont fonctionne ce discours nouveau. Il donna lieu à la rédaction par chacune des parties de trois textes censés étayer ou réfuter la plainte de Knigge⁴¹. A les lire, on a l'impression que c'est Zimmermann, le dénonciateur, qui veut contraindre Knigge à accepter un débat, tandis que celui-ci, par un procédé qui relève de l'esquive, cherche à s'y soustraire.

Zimmermann avait compris que le véritable enjeu du procès n'était pas le caractère «injurieux» des termes qu'il avait utilisés. Dans sa *Déclaration contradictoire*, il abordait la question de l'identité des idées de Knigge et de Paine, qu'il voyait très justement dans le rejet du principe d'obéissance déduit du droit divin, au profit d'une conception du pouvoir fondée sur la volonté populaire librement exprimée. Il relevait la condamnation portée par Knigge contre les institutions absolutistes et sa conviction, exprimée sans ambages, qu'elles étaient condamnées à disparaître dans une révolution si elles n'évoluaient pas. En somme, c'était lui qui, maintenant, en situant l'affaire sur le plan des principes, invitait au débat. Et lorsqu'il ajoutait que la notoriété de Knigge faisait de ces principes une arme dangereuse, il soulevait un problème que Knigge avait lui-

⁴⁰ Zimmermann, Glaubensbekenntnis, 57.

⁴¹ Gemässigte Klage und Bitte abseiten des Oberhauptmanns, Freiherrn Knigge zu Bremen, Klägers, wider den Hofrath und Ritter Zimmermann, hierselbst in p¹⁰ injuriarum, in: *Klencke, Kiste*, 236 sqq.; Rechtliche Begegnung mit Bitte des Hofrathes, Leiharztes und Ritters Zimmermann, Beklagten, wider den Oberhauptmann, Freiherrn Knigge zu Bremen, *ibid.*, 239-250; Replizierende Gegenschrist abseiten des [...] Freiherrn Knigge [...] wider [...] Zimmermann, *ibid.*, 251-267; Duplik des Hofrathes [...] Zimmermann, *ibid.*, 268-276; Triplik abseiten des Oberhauptmanns von Knigge [...], *ibid.*, 277-282; Quadruplik von Seiten des Hofrathes Zimmermann [...], *ibid.*, 282-287.

même abordé dans *Wurmbrand*, celui de la fonction de l'écrivain dans la formation d'une opinion publique.

Mais maintenant, c'est Knigge qui refuse le débat. Il parle dans sa *Réplique* d'un «déplacement intentionnel et habile du véritable point de vue dans une querelle judiciaire»⁴². Il insiste longuement sur la nécessité, selon lui, de dissocier la forme du fond: les expressions employées par Zimmermann resteraient injurieuses même si elles reflétaient la vérité. Tout au plus consent-il, mais pour des raisons évidemment tactiques, à souligner que ses positions sont conformes, parfois au mot-à-mot près, aux propos que l'on peut lire sous la plume de Frédéric II. Et fuyant le débat sur la légitimation du pouvoir, il lui en substitue un autre, celui sur la liberté de la presse et de la littérature, rappelant d'ailleurs que Zimmermann avait jadis lui-même plaidé en sa faveur.

Zimmermann essaya de contraindre Knigge à répondre à des questions précises: Knigge avait-il ou non soustrait le *Wurmbrand* à la censure? Avait-il ou non reçu un blâme sévère de ses supérieurs? Frédéric II avait-il jamais écrit que les droits des souverains résultaient d'une usurpation? Knigge n'aurait pu répondre à ces questions, en apparence formelles, qu'en exposant en quoi sa pensée politique était ou non «subversive».

Ainsi acculé, Knigge adopta la tactique du repli. Il admit que le procès soulevait trois points: 1) Les principes développés dans les *Papiers* et dans *Wurmbrand* étaient-ils «dangereux»? 2) Avait-il eu en les développant «l'intention mauvaise de prêcher la rébellion»? 3) Zimmermann, qui n'était pas son supérieur, était-il habilité à lui demander des comptes? Mais aussitôt, il soulignait que seul le troisième point était l'objet de la «querelle juridique». Il esquiva donc le débat politique. Lassé, Zimmermann supplia les juges de prononcer leur sentence, ce qu'ils firent⁴³.

L'attitude de Knigge montre qu'il n'est pas possible de faire coïncider le mode d'argumentation et le contenu du discours politique tel qu'il commence à se structurer. L'opposition entre des arguments rationnels utilisés par les partisans du progrès et le refus irrationnel du débat par leurs adversaires ne fonctionne pas. D'ailleurs, les textes d'un Rehberg⁴⁴ ou d'un Brandes⁴⁵ à la même époque prouvent que les adversaires de la Révolution française laissaient, eux aussi, un effort pour la «penser», selon une expression devenue célèbre.

En réalité, le discours politique est affaire de tactique autant que de contenu. Il vise non seulement à transmettre une pensée, mais, et peut-être davantage encore, à amener l'adversaire à se découvrir. C'est ce que voulait obtenir Zimmermann, et Knigge l'avait bien compris. Aussi refusait-il le débat dès lors que celui-ci lui était imposé

⁴² Klencke, Kiste, 250 sqq.

⁴³ Sentencia, in: *ibid.*, 287-290.

⁴⁴ August Wilhelm Rehberg, *Untersuchungen über die französische Revolution nebst kritischen Nachrichten von den merkwürdigen Schriften, welche darüber in Frankreich erschienen sind* (Hannover und Osnabrück 1793).

⁴⁵ Ernst Brandes, *Politische Betrachtungen über die französische Revolution* (Jena 1790); *Ueber einige bisherige Folgen der Französischen Revolution in Rücksicht auf Deutschland* (Hannover 1792).

comme un moyen destiné non pas à faire connaître ses idées, mais à le livrer à la vindicte de ses adversaires.

Débat et dénonciation apparaissent ainsi en fait comme des tactiques, dont la mise en œuvre dépend du but qu'on se propose d'atteindre. Dans les *Papiers*, Knigge «dénonçait», comme Zimmermann «dénonçait» dans ses articles; l'un et l'autre utilisaient un procédé identique: attirer l'attention sur un adversaire qu'ils voulaient rendre odieux. Dans *Wurmbrand*, Knigge ouvrait un débat, mais lors du procès, il le fuyait: le *Wurmbrand* entendait susciter une réflexion, alors qu'un procès se termine parfois par une condamnation.

Le discours politique s'inscrit d'autre part dans un contexte dominé par des situations précises sur lesquelles il entend peser. La seule question est donc celle des enjeux qu'il recouvre, et qui sont toujours des enjeux idéologiques.

Dans cette perspective, une fonction essentielle est dévolue aux mots, et, à travers eux, aux formules, aux images, aux métaphores.

Les travaux de H.-W. Jäger⁴⁶ et, tout récemment, ceux de M. Gilli⁴⁷, ont mis en lumière l'émergence d'une «métaphorique jacobine» du discours politique allemand. L'étude du conflit entre Knigge et Zimmermann montre que se constitue au même moment une «métaphorique antijacobine» tout aussi opératoire.

Ainsi, l'idéal révolutionnaire est qualifié par Zimmermann de «poison» (*Gift*)⁴⁸ qui se déverse sous la forme d'une «bave» (*Geifer*)⁴⁹ crachée par des créatures volontiers décrites comme «rampantes» (*schleichend*)⁵⁰ – en un mot, le venin du serpent. Les principes nouveaux sont assimilés à des «maladies mortelles» et il convient de se protéger de la «contagion» (*Ansteckung*)⁵¹. Dans un autre registre, Zimmermann les compare à un «incendie»⁵² que ne peuvent circonscrire que des mesures radicales. Une autre image enfin, très forte en allemand, surtout à cette époque, est celle du «séducteur» (*Verführer*)⁵³: on sait que derrière lui se cache toujours Méphisto. Poison ou séduction, le résultat est le même: un «danger mortel» (*tödliche Gefahr*)⁵⁴, à la fois physique et moral, menace les sociétés.

Ainsi, les images utilisées par Zimmermann, et qu'on retrouve de plus en plus souvent dans les journaux antirévolutionnaires⁵⁵, doivent-elles susciter à la fois une répulsion physique et une crainte religieuse. La dénonciation vise à prévenir le contact di-

⁴⁶ Hans-Wolf Jäger, *Politische Kategorien in Poetik und Rhetorik der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts* (Texte Metzler 10, Stuttgart 1970) et *Politische Metaphorik im Jakobinismus und im Vormärz* (Texte Metzler 20, Stuttgart 1971).

⁴⁷ Marita Gilli, *Images, métaphores et comparaisons dans les discours des jacobins de Mayence*, in: *Annales Historiques de la Révolution Française* 269-270 (1987) 291-313.

⁴⁸ *Klüncke*, Kiste, 263, 269, 275, 286.

⁴⁹ *Ibid.*, 268.

⁵⁰ *Ibid.*, 268.

⁵¹ *Ibid.*, 286.

⁵² *Ibid.*, 270, 286.

⁵³ *Ibid.*, 243.

⁵⁴ *Ibid.*, 246 sqq.

⁵⁵ Voir Alfred Opitz, *Das Gallische Pandämonium. Frankreich und die französische Literatur in der konterrevolutionären Presse des ausgehenden 18. Jahrhunderts*, in: Pierre Grappin (éd.), *L'Allemagne des Lumières. Périodiques, Correspondances, Témoignages* (Metz/Paris 1982) 371-410.

rect avec le germe infectieux ou la tentation. Face aux idées nouvelles, les adversaires de la Révolution adoptent l'attitude médiévale face aux épidémies ou aux hérésies: on isole le corps infecté. Avant de le brûler.

A ces images sont associés des procédés techniques précis:

- l'emploi de citations juxtaposées, que nous avons déjà signalé: un mot-à-mot exact, mais isolé de son contexte, est censé suffire à fonder la véracité d'une affirmation;

- le rapprochement suggestif, exact dans les faits mais calomnieux dans l'intention: Zimmermann se complait à rappeler que Knigge est baron et fonctionnaire de l'Électeur, qu'il possède d'immenses biens et il suggère que son attitude personnelle face à la Révolution n'est qu'une assurance prise sur un avenir rien moins que certain⁵⁶;

- utilisation de la rumeur: Zimmermann rappelle «qu'on dit» que Knigge avait été l'un des promoteurs de l'Union allemande. Il exploite d'ailleurs largement le thème des sociétés secrètes, et il peut s'aider d'une abondante littérature de dénonciation sur la question qui paraît chaque jour, en particulier à partir de 1793⁵⁷. Dans ce contexte, l'utilisation rapprochée d'expressions comme «système de rébellion», «complot», «société secrète»⁵⁸ permettait de nourrir la thèse d'un complot organisé, méthodique et d'autant plus dangereux qu'il se tramait dans l'ombre – circonstance qui permettait à Zimmermann de se dispenser de la preuve. L'utilisation de la rumeur pouvait avoir des conséquences redoutables. Une rumeur contient souvent une part, parfois même importante, de vérité. Knigge avait bien été membre de l'Union allemande de Bahrdt. L'autorité électorale était ainsi fondée, si la fantaisie lui en prenait, à ouvrir une enquête. Les coups de Zimmermann portaient.

Ainsi, la fonction de propagande idéologique l'emportait-elle sur celle de réflexion. Quittant la sphère de la réalité, qui aurait dû le conduire à se demander de quel poids pouvait peser sur la politique des princes l'existence en Allemagne d'intellectuels favorables à la Révolution française, Zimmermann bâtissait la fiction d'un complot organisé qu'il s'agissait d'éventer rapidement, puis de réprimer avec énergie.

Avec Zimmermann, le discours de dénonciation était mis au service d'une idéologie restauratrice. Or le fait qu'il s'agisse d'idéologie est, à notre sens, plus important que le contenu même de cette idéologie. En effet, l'utilisation des images et des procédés que nous venons d'évoquer n'est pas réservée au seul discours antirévolutionnaire. Cela est capital, et pourtant, à notre connaissance, cela n'a guère été souligné jusqu'à présent.

La conjoncture issue du déroulement de la Révolution, en particulier le passage du changement institutionnel limité à un pays à une guerre idéologique qui, très vite, se double d'une guerre de conquête⁵⁹, avait radicalement modifié le fondement même du

⁵⁶ Ibid., 270 sq. Sur les biens de Knigge, voir note 17.

⁵⁷ Il signale (ibid., 284) l'ouvrage publié anonymement par *[Ludwig Adolf Christian Graumann]* *Die neuesten Arbeiten des Spartacus und Philo in dem Illuminaten-Orden, jetzt zum erstenmal gedruckt, und zur Beherrschung bey gegenwärtigen Zeitläuften herausgegeben* (s. l. 1794), qui dénonçait les Illuminés, mais aussi reproduisait les cahiers dans lesquels étaient exposées les théories politiques de l'Ordre.

⁵⁸ Klencke, Kiste, 285.

⁵⁹ Voir Pierre-André Bois, *La guerre française en Allemagne: libération ou conquête? Actes du*

discours politique. Le caractère total de la lutte avait introduit dans le maniement du vocabulaire une composante irrationnelle qui privilégiait le poids de l'image par rapport à l'analyse objective. On connaît le succès en France de l'expression «complot de Pitt et de Cobourg». On sait quel sort attendait l'«aristocrate», qu'il fût ou non pourvu d'une particule. Knigge, qui considérait le terme «démocrate» comme une injure, n'hésitait pas à écrire que le nom même du rédacteur de la *Wiener Zeitschrift* était un «gros mot»⁶⁰. Il traitait Zimmermann de «fiscal»⁶¹, suggérant ainsi une comparaison avec les tribunaux de l'Inquisition. Les *Papiers* eux-mêmes n'avaient-ils pas été construits sur l'idée d'un «complot obscurantiste» contre les Lumières?

Qu'il soit au service des monarchies ou de l'idéal révolutionnaire, le discours politique fonctionne de la même manière, parce qu'il reflète dans les deux cas la même volonté: celle d'imposer une idéologie, c'est-à-dire, selon la définition de Robert, un «système d'idées», une «philosophie du monde et de la vie».

Si on le prend «au premier degré», le discours politique est un discours du «non sens». La fortune du terme «Jakobiner» est à cet égard exemplaire: qualifier un admirateur allemand de la Révolution de «jacobin», c'est occulter la référence, pourtant fondamentale, de la pensée révolutionnaire allemande à l'absolutisme éclairé⁶².

Au «second degré», c'est un discours de l'action, un discours non seulement «pédagogique», mais «militant» qui privilégie la fonction stratégique et vise, non à la transmission de la «vérité», mais à la conquête (ou au maintien) d'un pouvoir. Il s'agit là d'une démarche radicalement opposée à celle de l'*Aufklärung*. Les mots n'ont plus pour fonction de charrier une vérité déduite de l'analyse rationnelle d'un ensemble de données, comme c'était le cas, par exemple, lorsque Kant ou Mendelssohn tentaient de définir le sens du mot *Aufklärung*. Pourvus d'une charge d'agressivité qu'ils n'ont pas par eux-mêmes, ils deviennent des armes par lesquelles s'opère la conquête d'un territoire idéologique, elle-même préalablement nécessaire à celle d'un pouvoir. Le pouvoir, seul enjeu réel de l'affrontement entre le discours «de progrès» et le discours «réactionnaire» ou «conservateur». Autant que sur les champs de bataille, c'est dans la presse (et, en France à la tribune) que se joue le succès ou l'échec de cette lutte.

La Révolution française permettait ainsi au «mot» d'accéder à un statut dont l'évolution du discours politique jusqu'à nos jours confirmera la toute-puissance – avant que le relais ne soit pris par l'image. Ce phénomène, que nous venons de constater pour l'Allemagne, est évidemment lié à l'émergence d'une «opinion publique», certes encore limitée aux lecteurs de la presse, mais qui, à partir du XIX^e siècle, va s'élargir considérablement. Il traduit sa politisation. C'est ainsi que s'explique, par exemple, la vigueur des affrontements du *Vormärz*.

Fortsetzung Fußnote von Seite 92

XIX^e Congrès de l'AGES (1986), in: Annales littéraires de l'Université de Besançon (Paris 1987) 120-124.

⁶⁰ Klencke, Kiste, 267. Knigge écrivait «Hofmann» (et non «Hoffmann»), ce qui signifiait «homme de cour».

⁶¹ Ibid., 253, 255.

⁶² Voir la mise au point, qu'il faut considérer comme définitive, de Jacques Droz, Peut-on parler d'un jacobinisme allemand à l'époque de la Révolution française? in: Actes du XIX^e Congrès de l'AGES (note 59), 113-119.

L'absolu du discours politique n'est pas, contrairement à celui du discours intellectuel des Lumières, la vérité, mais l'action. C'est, entre bien d'autres choses, ce que la Révolution française a fait découvrir à l'Allemagne.

Zusammenfassung des Referates von Pierre-André Bois

Am 8. August 1792 reichte Knigge bei der Staatskanzlei von Hannover eine Verleumdungsklage gegen den Arzt und Schriftsteller Johann Georg Zimmermann ein, der ihn in der *Wiener Zeitschrift* als *Demokraten* und *deutschen Revolutionsprediger* und als *Volksaufwiegler* bezeichnet hatte.

Der Prozeß endete im Februar 1795 mit einem Urteil, das den „beleidigenden“ Charakter der von Zimmermann benutzten Worte feststellte. Er wurde dafür getadelt, nicht die Ideen von Knigge, sondern „die Person“ angegriffen zu haben. Vor allem markierte dieser Prozeß eine neue Etappe in der Entwicklung der politischen Diskussion in Deutschland.

Vor 1792 bezog diese Diskussion sich hauptsächlich auf theoretische Fragen: Darf man den Adelsstand aufheben oder nicht? Haben die Rechte des Souveräns Vorrang vor der Volkssouveränität oder nicht? Die zwei von Zimmermann angegriffenen Werke Knigges beinhalteten im Gegensatz dazu Fragen, die aktuellen Bezug hatten: Hat ein Volk das Recht, seine weltlichen Herren zu vertreiben? Ist eine Revolution legitim? War Deutschland von einem ähnlichen Umsturz bedroht wie demjenigen, der Frankreich traf? Der Krieg gab dieser letzten Frage eine besondere Bedeutung. In diesem Sinn bildete die Polemik zwischen Knigge und Zimmermann eine wichtige Etappe in der Polarisierung der deutschen Diskussion über die Französische Revolution und ihre Folgen.

Aber auch die Art der politischen Diskussion änderte sich. An verschiedenen Stellen behauptete Zimmermann, die deutschen Jakobiner wären die Erben der Illuminaten. 1792 begann, was bald darauf zur Legende von der „Verschwörung der Freimaurer“ wurde. So entwickelte sich der politische Diskurs von einer Diskussion zu einer Denunziation.

In *Joseph von Wurmbrand ... politisches Glaubensbekenntnis ...* hatte Knigge die Theorien einer Analyse unterzogen, die Vernunft und Tatsachen vereinte. Zimmermann stützte dagegen seine Anklagen nicht durch Argumente, sondern durch bildhafte Behauptungen. Es bildete sich ein neues politisches Vokabular, das seit 1795 das Gerüst des Diskurses darstellte, der durch die deutsche gegenrevolutionäre Presse verbreitet wurde. Das Vorbild der Revolution wurde mit einem „Gift“ verglichen, das die Gefahr in sich trage, das deutsche Volk zu „infizieren“. Die Anhänger dieses Vorbilds setzte man mit „Verführern“ gleich und ihre Reden mit einer „Todesgefahr“. Worte wurden in ihrem Sinn verändert: So bezeichnete „Demokrat“ nicht einen Anhänger der Volkssouveränität, sondern einen „gefährlichen Aufwiegler“.

Die Bildsprache hatte eine sehr genaue Funktion: Die Denunziation war ein Aufruf zur Repression. Damit stand ihre Notwendigkeit fest: Die Überlegungen der Anhänger der Französischen Revolution mußten als „System“ dargestellt werden, das auf die

Zerstörung der Gesellschaft zielte. Wirklichkeit wurde so zur Fiktion, die die Konstruktion einer entgegengesetzten Realität erlaubte: Indem die gegenrevolutionäre Presse die revolutionären Ideen mit der Vernichtung des sozialen Lebens gleichsetzte, bereitete sie den Boden für eine Propaganda der Restauration, die ihren Triumph im Deutschland Metternichs feierte.

Die Untersuchung der Polemik, die den Streit zwischen Knigge und Zimmermann begleitete, zeigt die Entstehung einer „operationalisierbaren“ antijakobinischen Metaphorik, die, der Propaganda der Restauration dienend, der Revolution entgegentrat. Es handelte sich in beiden Fällen jedoch um den gleichen Mechanismus, der den politischen Diskurs der Beschränkung einer intellektuellen Argumentation entzog, wie sie die Aufklärer gepflegt hatten. Die Entwicklung entsprach dem Ablauf der Revolution und ihrer Folge: Der ideologische Krieg ging einher mit einem Eroberungskrieg, der in den Umgang mit der Sprache eine irrationale Komponente einführte. Das Bild erhielt größere Bedeutung als die Analyse. Der politische Diskurs wurde ein Diskurs des „non sens“, in dem die Worte nicht mehr die Funktion hatten, eine objektive Wahrheit umzusetzen, vielmehr wurden sie als Waffen zur Eroberung auf ideologischem Feld benutzt – Eroberungen, die den tatsächlichen notwendigerweise vorausgehen mußten. Ebenso sehr wie auf der Straße oder auf den Schlachtfeldern entschied sich der Erfolg oder die Niederlage der Ideologie, die in dem Kampf das Streitobjekt bildete, auf der Rednerbühne (in Frankreich) und in der Presse (in Frankreich und Deutschland). In diesem Sinne bildet der neue politische Diskurs nicht eine Verlängerung der Aufklärung, sondern einen radikalen Bruch mit ihr. Und vor allem erlaubte die Französische Revolution dem „Wort“, einen Status zu erreichen, dessen Allmacht die Entwicklung der politischen Diskussion bis auf unsere Tage bestätigt. Da diese Schlußfolgerung auch mit einer Analyse der deutschen Wirklichkeit hätte belegt werden können, so ist dies nur ein Argument mehr zugunsten des universellen Charakters der Veränderungen, die die Französische Revolution eingeleitet hat.

Diskussion zum Referat von Pierre-André Bois

Leiter: Guillaume de Bertier de Sauvigny

Am Anfang der Aussprache stand der Hinweis von J. Clédière, daß in Deutschland die Ideen Knigges in bezug auf die Reformen auch von Andreas Georg Friedrich Rebmann (1768–1824) geteilt worden seien. Er habe häufig das Verb „vorbeugen“ gebraucht, um der Gefahr einer Revolution entgegenzuwirken. Deshalb hätte er unaufhörlich den Fürsten Ratschläge erteilt und wäre als einer der am weitesten „links“ stehenden deutschen Jakobiner betrachtet worden. In diesem Zusammenhang stellte P.-A. Bois fest, das politische Denken der Zeit lasse sich heute nicht mehr in zwei Blöcke einteilen, wobei auf der einen Seite die Jakobiner und auf der anderen ihre Gegner – wie Zimmermann – stünden. Vielmehr gebe es eine Vielzahl von Nuancen in beiden Strömungen.

Auf eine Frage zur Rezeption Thomas Paines in Deutschland führte der Referent aus, dieser sei 1791 übersetzt worden. Johann Georg Adam Forster (1754–1794) hätte an einer Übersetzung gearbeitet, und auch Knigge habe zu seiner Verbreitung beigetragen. Darüber hinaus wären aber auch viele Deutsche in der Lage gewesen, Paine im Original zu lesen.

Eine grundsätzliche Gegenposition zu dem Ansatz von P.-A. Bois nahm E. Fehrenbach ein, die in einer reinen Ideengeschichte die Gefahr sah, „restaurativ“ (im Sprachgebrauch der Zeit) zu werden. Sie vermißte an den Ausführungen besonders den sozialgeschichtlichen Aspekt. Die sich anschließende Kontroverse hatte die Bedeutung der Bildersprache in der politischen Diskussion zwischen den beiden dargestellten Gruppierungen, aber auch die gesellschaftlichen Schichten, die sich an ihr beteiligten, zum Gegenstand. In zwei Punkten faßte E. Fehrenbach ihre Kritik am Referat von Bois zusammen:

1. Die These, die Bildersprache löse die Aufklärung ab, sei das Gegenteil der Aufklärung, wäre gerade für die Mainzer Jakobiner und für Knigge nicht zutreffend. Wie auch bei Marita Gilli – die Bois zitierte – fehle der sozialgeschichtliche Ansatz. Für E. Fehrenbach waren die von Bois genannten Aufklärer sogar ganz typische Vertreter dieser Denkrichtung, die sehr wenig Verständnis für die Bauern- und Handwerkerwelt gezeigt hätten. Die von ihnen verwendete „Predigersprache“ habe das einfache Volk kaum erreicht, wie dies bereits bei den patriotisch-ökonomischen Gesellschaften der Aufklärung der Fall gewesen sei. Gerade in Deutschland hätte eine tiefe Kluft zwischen Bildungsbürgertum und Bauernwelt existiert.

2. Angeregt durch die Französische Revolution seien in Deutschland Begriffe wie der der „Nation“ ausführlich diskutiert worden. Dies sei auch im häuerlichen Bereich – besonders im linksrheinischen – geschehen, ohne daß man in eine Bildersprache abgeglitten wäre. Die abschließende Meinung von E. Fehrenbach war: es gab keinen Gegensatz zwischen Diskurs und Bildersprache.

Ergänzend bemerkte E. Fehrenbach, man sei bei Knigge zu einer Bildersprache übergegangen, weil man ihm nicht habe nachweisen können, daß er Jakobiner gewesen sei. Dasselbe sei später bei der Mainzer Untersuchungskommission geschehen, die „Gesinnung für Taten“ genommen habe.

P.-A. Bois verteidigte seine Thesen, indem er erklärte, die Diskussion sei auf zwei verschiedenen Ebenen abgelaufen: auf derjenigen der Pädagogik, wie sie E. Fehrenbach dargestellt habe, und auf derjenigen des politischen Kampfes, die der Vortrag beleuchtet habe. Auf diesen beiden Ebenen seien die Gesprächspartner nicht dieselben gewesen, und konsequenterweise könne auch nicht der jeweilige Diskurs derselbe sein. J. Voss unterstützte hierbei Bois, indem er auch Christoph Girtanner (1760–1800) und den Kreis um die Eudämonia erwähnte, die die Bildersprache gebraucht hätten, um die Französische Revolution zu bekämpfen. In diesen Bereich gehörten auch die Buchillustrationen, die in dieser Zeit sehr stark instrumentalisiert worden seien. Er begrüßte dabei insbesondere, daß dieser Gesamtkomplex auch von germanistischer Seite behandelt werde.

P. Stadler erkundigte sich nach dem Aufsehen, das der Prozeß Knigge–Zimmermann in Deutschland ausgelöst, und dem Grund, weshalb Knigge sein Buch nicht

veröffentlicht habe. *P.-A. Bois* führte aus, daß die gesamte deutsche Presse von dem Prozeß gesprochen habe. Was die Art betreffe, sich verständlich zu machen, so sei es Knigge und Zimmermann primär darum gegangen, ihre ideologische Position zu sichern und nicht Menschen zu unterrichten, die einer anderen als ihrer eigenen Gedankenwelt angehörten. Keiner von beiden wäre an der Verbreitung der Aufklärung im Volk beteiligt gewesen, sie hätten sich an die Bourgeoisie – an das Wirtschaftsbürgertum wie an die Gebildeten – gerichtet. Sie hätten also nicht für die große Öffentlichkeit polemisiert.

Zu den rezeptionsgeschichtlichen Ausführungen ergänzte *W. Siemann* noch die Bedeutung der Zensur. So sei bereits in den Zensurregelungen der 90er Jahre zwischen Literatur für Gebildete, die noch erlaubt, und solcher, die unter dem „gemeinen Volk“ zirkuliert und deshalb verboten gewesen sei, unterschieden worden. Aus der Tatsache, daß so die Sprache zum Kampfinstrument geworden sei, schloß Siemann auch, daß diese unter solchen Umständen notwendigerweise habe bildhaft werden müssen. In dieser Zeit wäre auch die Karikatur als Austauschmittel entstanden.

M. Botzenhart erklärte zu dem besprochenen Gesamtkomplex, daß ideologische Feindbilder nicht erst in der Zeit der Französischen Revolution aufgebaut worden wären. Sie fänden sich u.a. bereits in der Zeit der Reformation.

Abschließend faßte *P.-A. Bois* nochmals die Ziele seines Referats zusammen. So sei es nicht seine Absicht gewesen, das, was auf der Ebene der politischen Sprache ablief, als eine Konsequenz der Aufklärung zu zeigen. Vielmehr glaube er, mit der Kontroverse um die Französische Revolution habe man eine Perversion der Sprache der Aufklärer unterstützt. Knigge habe nicht den Diskurs der Aufklärung verderben wollen, aber objektiv gesehen sei das, was ein Instrument des Wandels der Ideen war, ein politischer Diskurs geworden, und die Menschen hätten ‚unvernünftig‘ geredet. Dies sei auch bei Rousseau der Fall gewesen, der überall Komplotte zu erkennen glaubte. Dies sei es auch, was man bei Knigge wie bei Zimmermann als einen diffamierenden Ton empfinde.



Jean Tulard

Un classique de la Contre-Révolution: les «*Considérations sur la France*» de Joseph de Maistre

En 1797, comment ne se serait-on pas interrogé sur le sens des événements que l'on venait de vivre en France. Dix ans auparavant le pays était soumis à un monarque absolu de droit divin; le 21 janvier 1793, la tête de ce souverain était tranchée par le couperet de la guillotine, nouvel instrument de mort qui se substituait à la hache hésitante du bourreau.

Les révolutionnaires s'entretenaient à leur tour: Mirabeau avait dénoncé l'Ancien Régime avant d'être dénoncé par Barnave, lequel était dénoncé par Brissot que dénonçait Desmoulin à son tour dénoncé par Robespierre, lequel d'incorruptible devenait par la grâce de thermidor despote liberticide. Ainsi s'offrait le spectacle d'une Révolution dévorant ses propres enfants comme le sinistre héros de l'enfer de Dante.

Pire: des armées qualifiées de «*va-nus-pieds*» mettaient en échec les Prussiens à Valmy, les Autrichiens à Jemmapes puis à Fleurus, et l'Europe entière coalisée contre une France à feu et à sang, où l'Ouest se soulevait, où Lyon était en partie rasée et Marseille prise d'assaut, cette Europe des rois ne parvenait pas à réduire une poignée de révolutionnaires vociférant et s'envoyant à la guillotine dans une salle inconfortable dite du Manège.

A Paris on mourrait plus ou moins de faim au terme de longues queues aux portes des boulangeries; il n'y avait plus de travail pour l'industrie du luxe, l'assignat s'écroulait, et pourtant la France était encore debout.

Dans un pays où tout événement était jadis salué par un *Te Deum*, où la pratique religieuse était si forte, deux clergés s'affrontaient, les jureurs d'un côté, les réfractaires de l'autre, devant des églises fermées ou mutilées.

«*Je n'y comprends rien*», dit un contemporain. Et il n'est pas le seul. Et comment ne s'interrogerait-on pas sur la façon dont tout cela allait se terminer: on avait cru la Révolution finie au petit matin qui suivit la nuit du 4 août, puis lors de la fête de la Fédération, le 14 juillet 1790, après le 9 thermidor enfin, et chaque fois un nouveau vent de folie a emporté la France.

Rien à espérer des Thermidoriens voués à l'impuissance: ils aspirent à une monarchie constitutionnelle mais n'ont pas de roi sous la main. Rien à attendre du nouveau monarque en exil, Louis XVIII (au fait Louis XVII est-il alors bien mort? se demandent déjà des contemporains) qui dans sa proclamation de Vérone fait preuve d'intransigeance et dont les partisans ratent le débarquement de Quiberon. Un coup de force

militaire? La Fayette et Dumouriez ont échoué et les têtes de plusieurs généraux (Custine, Houchard) sont tombées pour insubordination ou impéritie.

Quel est donc le sens de cette Révolution? Comment tout cela se terminera-t-il?

Alors, au printemps de 1797, parut un homme qui dans un ouvrage intitulé *Considérations sur la France* expliqua tout, donnant et le mot de la fin et la fin elle-même. Il avait nom Joseph de Maistre.

Joseph de Maistre n'était pas, ou peu, connu. C'est un Savoyard, non Français mais sujet du roi de Sardaigne. Toutefois le royaume sarde, à cheval sur les Alpes, connaît les mêmes problèmes que son puissant voisin.

Maistre est un bourgeois dont la famille a été récemment anoblie. On pourrait le penser ouvert aux aspirations d'autres bourgeois, ceux qui s'agitent de l'autre côté des Alpes. D'autant qu'il est admis dans une loge maçonnique de Chambéry. Il répond d'ailleurs au duc de Brunswick qui envoie aux Francs-Maçons un questionnaire sur l'origine de la Maçonnerie: «Attachons-nous à l'Évangile et laissons là les folies de Memphis.»

Les débuts de la Révolution l'enchantent, mais l'abolition des droits féodaux le refroidit, la suppression des parlements l'inquiète et l'invasion de la Savoie par les troupes françaises l'oblige à l'exil. La lecture de Burke achève d'en faire un contre-révolutionnaire. En Suisse, il rencontre Gibbon, Mme de Staël et bien d'autres qui l'incitent à se tourner vers la réflexion et l'écriture. Ce seront les *lettres d'un royaliste savoisien* où se profile la critique des principes révolutionnaires. Une critique incisive mais encore superficielle.

Les Considérations sur la France sont d'un autre poids.

L'œuvre se situe dans la tradition contre-révolutionnaire ouverte par *Les réflexions sur la Révolution* de Burke. Il y eut ensuite Mallet du Pan avec *Les considérations sur la nature de la Révolution de France* en 1793 et Bonald qui édite une *Théorie du pouvoir politique et religieux dans la société civile* en 1796.

Après les *Considérations* de Maistre viendront les *Mémoires pour servir à l'histoire du Jacobinisme* de Barruel.

La littérature contre-révolutionnaire du temps est riche, mais elle est difficile à lire. Burke est terriblement abstrait, même s'il est le plus lisible grâce à des touches personnelles. Barruel serait passionnant s'il n'était terriblement systématique et surtout prolix.

La supériorité de Maistre? Il est court; il écrit bien; sa démonstration est rigoureuse, même s'il faut accepter l'idée de Dieu pour y entrer.

Maistre répond aux questions que l'on se pose: pourquoi la Révolution? Comment finira-t-elle?

Pourquoi la Révolution? Incompréhensible, elle l'est certes, mais à l'esprit humain. Elle est donc le fruit de la Providence. Maistre réfute à l'avance la philosophie de l'absurde de Camus et celle du hasard de Monod. Il n'y a point de désordre parce que le désordre est lui-même ordonné par une main souveraine qui «le plie à la règle et le force de concourir au but».

La Révolution a été décrétée: tout ce qui pourrait la prévenir ou s'y opposer est voué à l'échec. Ceux-là qui croient conduire la Révolution ne sont que les faux demiurges d'une action qu'ils ne contrôlent pas.

C'est l'intervention divine qui peut seule expliquer l'extraordinaire, la chute de la monarchie ou celle de Robespierre, les victoires françaises ou les massacres de septembre.

Mais que veut donc la Providence en dirigeant un ordre qui lui était pourtant favorable? Punir. Punir la France de s'être laissée gagner par les idées pernicieuses des Philosophes. On a bafoué la Divinité en permettant à Voltaire ses blasphèmes. En 1789 l'heure du châtement a sonné.

Punition effroyable: l'écroulement d'un trône, d'une société, d'une église. Les auteurs de la Révolution en viennent à se châtier eux-mêmes. Le nombre des victimes est proportionnel à l'étendue de la faute. Des innocents ont péri parce que le sacrifice du juste sauve le coupable.

Peut-on espérer une rédemption? Oui, elle s'approche. Comment? Par le rétablissement de la monarchie. Rien n'est plus faux que de croire que ce rétablissement sera l'œuvre d'un consentement préalable des Français. Il se fera par l'entremise d'une poignée d'hommes à la faveur d'un cataclysme provoqué par la Providence. On y trouve déjà Bellart, les Chevaliers de la Foi, les intrigues de Talleyrand et de Fouché.

«Ouvrage étonnant, écrira Sainte-Beuve, où la Révolution est jugée non seulement dans ses principes et dans ses sources, dans toute sa portée et dans son développement, dans ses phases même les plus éloignées où la Restauration future est prédite et presque décrite dans ses voies et moyens.»

Il n'est jamais bon d'avoir raison trop tôt. Les *Considérations*, dans leur édition de Lausanne comme dans celle de Londres (en réalité Bâle) n'eurent aucun succès en France. Le coup d'Etat du 18 fructidor, déjouant les espoirs d'une restauration monarchique, empêcha leur diffusion. Il fallut attendre l'édition de 1814. On s'émerveilla alors des prédictions de Joseph de Maistre mais comme il passait pour hostile à la Charte il ne reçut aucune récompense.

Par la suite d'autres livres du même auteur, *Du Pape* ou *Les soirées de Saint-Petersbourg*, ont éclipsé les *Considérations*. L'historiographie de la Révolution l'a dédaigné au profit de Burke, de Barruel ou plus récemment de Cochin. On cite rapidement et dédaigneusement Maistre desservi par le caractère surnaturel, métaphysique de ses explications qui fondaient l'école théocratique.

Joseph de Maistre mourut en 1821, l'année même de la disparition de Napoléon. Paut-il y voir un clin d'œil de la Providence? A vous d'en juger.

Zusammenfassung des Referates von Jean Tulard

Auch wenn der erste und größte Theoretiker der Gegenrevolution Burke war, so nimmt doch Joseph de Maistre mit seinen 1796 erschienenen *Considérations sur la France* einen eigenständigen Platz in dieser politischen Strömung ein.

Maistre war bürgerlicher Herkunft und beinahe dreißig, als sein Vater im Alter von 74 Jahren geädelt wurde. Während seiner Studien in Turin wurde er in die Freimaurerei eingeführt.

Zu Beginn der Revolution begeisterte sich Maistre für die neuen Ideen. Träumte er nicht davon, in den Generalständen aufzutreten?

Die Unterdrückung der Parlamente, die für ihn ein notwendiges Gegengewicht zu den Ausschreitungen des Volkes darstellten, die Invasion Savoyens durch die französischen Truppen, die ihn zwangen, ins Exil zu gehen, und die Lektüre von Burke ließen ihn jedoch zur Gegenrevolution übergehen.

Als Maistre seine *Considérations sur la France* 1796 veröffentlichte, war er nicht der erste Theoretiker der Gegenrevolution. (Burke war mit seinen *Reflections on the Revolution in France* der erste.) Er erkannte im Geist von 1789 eine übergroße Neigung zur Abstraktion und zum Individualismus. Der Erfolg seiner Darstellung war derartig, daß Mirabeau versuchte, sie zu widerlegen.

Maistre nahm das Erscheinen einer kleinen Schrift von Benjamin Constant, der für eine gemäßigte Revolution plädierte, zum Vorwand, seine *Considérations* nicht nur im Geist einer Streitschrift zu verfassen. Sie bestehen aus zwei Teilen: einer allgemeinen Erklärung des Phänomens Revolution und einer Widerlegung Constants.

Wenn ein Ereignis, so erklärt er, der menschlichen Intelligenz unverständlich erscheine, so müsse hierin die Einwirkung der Vorsehung gesehen werden. Maistre weist a priori die Philosophie des Absurden zurück. Der Mensch ist nur in seiner eigenen Sphäre frei, ohne die Möglichkeit, den allgemeinen Plan der Vorsehung zu stören. Gott kann in diese Sphäre durch ein Wunder eingreifen, indem er die materielle und moralische Ordnung, an die der Mensch gewöhnt ist, stört.

Die Revolution ist durch Gott befohlen worden. Sie ist eine Manifestation der Vorsehung. Wie sollte man sonst den Untergang der Monarchie, den Terreur, Valmy oder den 9. Thermidor erklären? Aber weshalb hat der göttliche Wille eine Ordnung, die ihm eigentlich entsprechen mußte, zerstört? Es handelt sich um eine gewollte Strafe Gottes zur Sühne der Gunstbezeugungen, die Könige und Adel (ohne den Klerus zu vergessen) der „secte exécration“ (der abscheulichen Sekte) der Philosophen gewährt haben. Die Zeit der Vergebung näherte sich jedoch, verkündete Maistre 1796. „Si la Providence efface c'est pour écrire“ (Die Vorsehung hat ausgelöscht, um Neues schaffen zu können).

Die *Considérations* begründeten die „theokratische“ Schule, deren anderer Repräsentant Bonald war. Die Schrift hatte dennoch keinen großen Erfolg; der Staatsstreich des 18. Fructidor verhinderte die Verbreitung des Werks. Es wurde bis 1814 nicht beachtet; solange, bis man erkannte, daß die Restauration hier durch Maistre in ihrer eigentümlichen Erscheinung vorhergesehen worden war. Aber da man auch eine Kritik der Charte herauslesen konnte, unterdrückte man das Buch. Maistre blieb deshalb um so mehr – nach einem hübschen Wort – „un prophète du passé“ (ein Prophet der Vergangenheit).

Diskussion zum Referat von Jean Tulard

Leiter: Karl Otmar Frbr. von Aretin

Den ersten Gesprächspunkt bildete die Einstellung Joseph de Maistres gegenüber dem Ancien Régime. *E. Weis* glaubte dabei nicht, daß der Autor eine völlige Restauration gewollt habe, besonders nicht eine Restauration der sozialen Einrichtungen von vor 1789. Auf den Kontext des Gesamtwerks de Maistres, in dem die *Considérations sur la France* nur einen sehr kleinen Teil ausmachten, wies *J. Tulard* hin. Er erklärte, de Maistre sehe in allen Ereignissen die Hand Gottes wirken. 1814 sei de Maistre einer der Theoretiker der Ultraroyalisten geworden. Er habe sich mit jenen, die gegen eine geschriebene Konstitution (folglich also gegen die Charte) und für eine nicht geschriebene, auf der Tradition beruhende „Verfassung“ des Ancien Régime (salisches Recht, Verpflichtung des Königs, die Generalstände zu konsultieren, um neue Steuern zu erheben etc.) gewesen seien, solidarisiert. Tulard führte weiter aus, für de Maistre könne man die Tradition nicht verändern, wie man – nach der Willkür der politischen Veränderungen – eine geschriebene Verfassung ändern oder interpretieren könne. Seit der Revolution hätten sich die Anhänger der Linken auf das Gesetz, die der Rechten auf die Tradition gestützt. Hierzu ergänzte *G. de Bertier de Sauvigny* den Ausspruch de Maistres: „Il serait aussi facile de restaurer l'Ancien Régime que de vider le lac de Genève avec une petite cuillère.“

Eine ganz ähnliche Position wie Burke und de Maistre nahm in Deutschland Novalis ein, der – wie *J. Clédière* ausführte – beide gelesen hatte. Novalis habe die Revolution als Ergebnis eines langen Niedergangsprozesses gesehen, für den die Philosophen des 18. Jahrhunderts verantwortlich gewesen seien und auch Souveräne wie Friedrich II. Sie alle gehörten für Novalis zur Partei Luthers und der Reformation, die die christliche Harmonie, die im Mittelalter geschaffen worden sei, gesprengt hätten.

Daß de Maistre niemals eine Racheposition vertreten habe, darauf wies besonders *S. Skalweit* hin. So habe dieser zur Besonnenheit geraten, besonders in der Frage der Nationalgüter und bei den Entschädigungen, die den enteigneten Emigranten zukommen sollten. Um Racheaktionen zu vermeiden, habe er eine Lösung in dieser Frage vertreten, die sich vielleicht unter den Emigranten selbst gefunden habe. Wenn auch de Maistre die Revolution als eine Strafe betrachtet habe, so habe er in ihr doch auch – in einer Art Dialektik – die Möglichkeit der Regeneration gesehen. Er habe die An-

sicht vertreten, Ludwig XVIII. dürfe keine Rachemaßnahmen ergreifen, außer im Hinblick auf die Königsmörder. Um diejenigen, mit denen er polemisierte (z. B. Benjamin Constant), wieder zu beruhigen, habe er unaufhörlich seine Opposition gegen jegliche Vergeltung betont. S. Skalweit wies in diesem Zusammenhang auf den Satz am Ende der *Considérations* hin: „Nous ne voulons pas de contrerévolution mais le contraire de la révolution.“ R. Dufraisse ergänzte hierzu, daß diese Formel als Schlagzeile der ersten Nummer des *Berliner politischen Wochenblatts* gedient habe, das am 8. Oktober 1831 erschienen sei.

Als einen besonderen Schwachpunkt im Denken von de Maistre erkannte J. Tulard dessen Glauben, eine Gegenrevolution könne ohne Blutvergießen vollzogen werden. Der Augenblick habe ihm zwar 1814 Recht gegeben, da der Wechsel des Regimes sich damals ohne Opfer, lediglich mit einer symbolischen Säuberungsaktion, vollzogen habe. Aus dieser Sicht sei die Rückkehr von Elba eine Katastrophe gewesen, die ein Erwachen des Republikanismus bedeutet habe, das Napoleon übrigens nicht genutzt habe. Das Ergebnis dieser zweiten Restauration sei ein in zwei unverrückbare Lager gespaltenes Frankreich und ein blutiger Beginn gewesen.

Auf die Frage von P. Stadler nach den Gemeinsamkeiten bzw. Unterschieden zwischen de Bonald und de Maistre gab J. Tulard folgende Erklärung: Beide seien aus der „theokratischen“ Schule gekommen, die die Vorsehung ins Zentrum der historischen Entwicklung gestellt habe. Ein Unterschied habe zwischen beiden besonders im Verhalten bestanden. De Bonald sei religiöser und weitschweifiger gewesen, habe aber mit dem Regime Napoleons kollaboriert, während de Maistre nie einen Kompromiß mit dem Lager der Revolution geschlossen habe. Zu Chateaubriand ergänzte Tulard, dessen Konservatismus sei literarischer und brillanter als der von de Maistre gewesen. Chateaubriand wäre außerdem opportunistischer und mehr von Eitelkeit geprägt gewesen; viele Szenen aus *Mémoires d'Outre Tombe* – wie diejenige des Wiederschens von Ludwig XVIII., Fouché und Talleyrand – seien Gebilde seiner Phantasie. Tulard wies schließlich auf unterschiedliche Tendenzen im Lager der Ultras hin, die er mit denen zwischen Leninisten und Troztkisten bei den Marxisten für vergleichbar hielt.

Der letzte Teil der Diskussion richtete sich auf die Problematik einer rationalen Richtung des Konservatismus dieser Zeit in Europa. E. Febrenbuch erwähnte in diesem Zusammenhang Friedrich von Gentz, der über die theokratische Schule gespottet habe und schloß daran die Frage an, ob es in Frankreich ein ähnliches Phänomen wie den in Deutschland viel diskutierte „pragmatischen Staatskonservatismus“ gegeben habe, der nicht mit dem Opportunismus eines Fouché oder eines Talleyrand zu verwechseln sei. Als Vertreter einer solchen Richtung nannte J. Tulard Abbé Dominique Dufour de Pradt (1759–1837), François-Dominique de Reynaud, Comte de Montlosier (1755–1838) und Antoine-François-Claude Comte Ferrand (1751–1825), den Schöpfer der Charte, die die theoretischen Schemata eines de Maistre und Bonald verlassen hätten. Außerdem sei offensichtlich, daß Atheisten der Gedankenwelt eines de Maistre nicht hätten anhängen können. Zu den Pragmatikern zählte R. Dufraisse auch Chateaubriand, der die Charte anerkannt habe. Es dürfe nicht vergessen werden – so Dufraisse –, daß vor 1789 die Aristokraten Anhänger einer beschränkten Monarchie gewesen seien. Chateaubriand selbst habe dies mit den Worten ausgedrückt: „Les

patriciens commencèrent la Révolution, les plébéiens l'achevèrent.“ Nach 1815 wären die Ultraroyalisten die ersten gewesen, die die Bindung von Volk und Monarchie mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts hätten verstärken wollen. Die Revolution habe das heilige Salböl zu Reims durch die Wahlurne ersetzt. Chateaubriand habe das Öl gewollt, um den König zu salben, *und* die Urne, um das Volk zu befragen.

Helmut Berding

Der Gesellschaftsgedanke Napoleons und seine Auswirkungen im rheinbündischen Deutschland: ein Verrat der Revolution?¹

„Bürger, die Revolution hält an den Grundsätzen fest, die an ihrem Beginn standen. Sie ist beendet.“² Mit diesen oft zitierten Sätzen aus der Proklamation der Konsuln über die Beendigung der Revolution trat Napoleon Bonaparte wenige Wochen nach dem Staatsstreich vom 18. Brumaire endgültig die Herrschaft über Frankreich an. Sein Programm, das auf den Prinzipien von Eigentum, Freiheit und Gleichheit beruhte, entsprach den Erwartungen der französischen Notabelngesellschaft, wie sie sich gegen Ende des Direktoriums herausgebildet hatte³. Nach den Wirren der Revolutionsjahre sehnten die gut situierten Franzosen nichts mehr herbei als ein stabiles Herrschaftssystem, das endgültig mit den jakobinischen wie royalistischen Umtrieben Schluß machte und die von der Revolution geschaffene Gesellschaftsordnung vor allen Umsturzgefahren bewahrte. Die Frage, ob Napoleon sein Versprechen eingelöst und an den Grundsätzen der Revolution festgehalten hat oder nicht, wird sehr kontrovers beantwortet. Der Grund hierfür ist in der Widersprüchlichkeit zu suchen, die besonders von der neueren Forschung als wesentliches Merkmal des napoleonischen Herrschaftssystems herausgestellt wird⁴. Einerseits übernahm der neue Herrscher bedeutende Errungenschaften der Französischen Revolution. Er war es, der mit dem Code civil die Umwandlung der geburtsständischen Privilegiengesellschaft in eine egalitäre Eigentümergeellschaft endgültig festschrieb. Andererseits errichtete Napoleon eine Militärdiktatur, setzte wesentliche politische Rechte außer Kraft, verletzte fundamentale individuelle Freiheitsrechte und wich auch im gesellschaftlichen Bereich von den Gleichheitsgrundsätzen der Revolution wieder ab. So schuf er zur sozialen Absicherung der monarchischen Herrschaftsordnung einen erblichen Adel, der eine eigen-

¹ Leicht überarbeiteter und mit Anmerkungen versehener Vortragstext.

² „Citoyens, la Révolution est fixée aux principes qui l'ont commencée. Elle est finie.“ Proklamation der Konsuln bei der Veröffentlichung der Verfassung des Jahres VIII am 14. 12. 1799.

³ Louis Bergeron, *Guy Chausinand-Nogaret, Les masses de granit* (Paris 1979).

⁴ Vgl. Louis Bergeron, *L'épisode napoléonien. Aspects intérieurs 1799–1815* (Nouvelle Histoire de la France contemporaine 4, Paris 1972); J. Loric, A. Pulluel-Guillard, *L'épisode napoléonien. Aspects extérieurs* (Nouvelle Histoire de la France contemporaine 5, Paris 1972); Jean Tulard, *Napoléon ou le mythe du sauveur* (Paris 1977); deutsch: *Napoleon oder der Mythos des Retters* (Tübingen 1978); Roger Dufraisse, *Napoléon* (Presses Universitaires de France Que sais-je? 2358, Paris 1987).

tumsrechtliche Sonderstellung einnahm. Das bürgerliche Recht des Code Napoléon und das Majoratsrecht zum Schutz des adeligen Eigentums standen in einem diametralen Gegensatz zueinander.

Ähnlich krasse und kaum auflösbare Widersprüche wie die Rechts- und Adelspolitik im Kaiserreich kennzeichneten die Einwirkungen der napoleonischen Politik auf die deutsche Staatenwelt. Zum einen gingen von der französischen Machtexpansion und ihren Folgen – Säkularisation, Mediatisierung und Rheinbundreformen – wichtige Anstöße für die Auflösung der ständischen Gesellschaftsordnung aus. Zum anderen verankerte Napoleon in der Rheinbundakte die Privilegien der Standesherrn und zog damit dem Abbau von Standesvorrechten eine deutliche Grenze. Diese Ambivalenz der napoleonischen Gesellschaftspolitik wirkte sich in den einzelnen Rheinbundstaaten unterschiedlich stark aus. Am wenigsten machte sie sich in Staaten wie dem Königreich Sachsen bemerkbar, in denen Gesellschaftsreformen nur eine geringe Rolle spielten. Auch in den süddeutschen Rheinbundstaaten, wo der französische Kaiser die gesellschaftlichen Veränderungen nicht unmittelbar zu beeinflussen vermochte, trat sie noch sehr abgemildert hervor⁵. Anders lagen die Verhältnisse in den direkt von Napoleon abhängigen Modellstaaten. Besonders das Königreich Westfalen, die bedeutendste Staatsschöpfung des Kaisers auf deutschem Boden, spiegelte die Widersprüchlichkeit der napoleonischen Politik unverfälscht wider. Der westfälische Staat verdankte dem Eroberer unmittelbar seine gesamte Existenz, den territorialen Rahmen wie den inneren Staatsaufbau. Napoleon hatte das Königreich ganz nach den Erfordernissen seiner Herrschafts- und Gesellschaftspolitik geschaffen, und er nahm auch auf die weitere Entwicklung Einfluß⁶. Von daher liegt es nahe, an diesem Beispiel die Auswirkungen seiner Gesellschaftspolitik auf die deutschen Mittelstaaten zu betrachten.

Die Untersuchung gliedert sich in drei Abschnitte. Zunächst steht die napoleonische Gesellschaftspolitik im Kaiserreich selber zur Debatte. Herauszustellen sind die Gründe, die Napoleon zur Schaffung eines neuen Adels bewegten, und die Bedenken, über die er sich dabei hinwegsetzte. Dann rückt das Königreich Westfalen in den Blick. Hier geht es um die modellstaatlichen Ziele, die tiefgreifende Veränderungen geboten, und die gesellschaftlichen Bedingungen, die der Reformpolitik Grenzen setzten. Abschließend soll die Frage erörtert werden, wie sich die napoleonische Adels- und Reformpolitik auf den gesellschaftlichen Wandel auswirkte und ob vor diesem Hintergrund von einem Verrat der Revolution gesprochen werden kann.

⁵ Vgl. dazu die Sammelbände von *Armgard von Reden-Dohna*, Deutschland und Italien im Zeitalter Napoleons (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte, Beiheft 5, Wiesbaden 1979); *Helmut Berding* und *Hans-Peter Ullmann*, Deutschland zwischen Revolution und Restauration (Athenäum-Droste-Taschenbücher Geschichte 7240, Königstein/Ts. 1981); im folgenden zitiert: *Berding/Ullmann*; *Eberhard Weis*, Reformen im rheinbündischen Deutschland (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 4, München 1984). Vgl. ferner *Elisabeth Fehrenbach*, Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 12, München 1986).

⁶ Vgl. *Helmut Berding*, Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 7, Göttingen 1973); im folgenden zitiert: *Berding*, Politik; *ders.*, Le royaume de Westphalie, Etat-modèle, in: *Francia* 10 (1982) 345–358.

1. Die Wiederbegründung des Erbadels in Frankreich

Napoleon räumte der Machtidée stets höchste Priorität ein. Sie bestimmte sein Denken und Handeln stärker als der Gesellschaftsgedanke. Nach dem Staatsstreich vom 18. Brumaire des Jahres VIII beschäftigte ihn in erster Linie die Frage, wie er die errungene Herrschaft am besten sichern und dauerhaft auf eine solide soziale Grundlage stellen könne. Schon sehr früh setzte sich bei ihm die Überzeugung durch, daß von allen Herrschaftsformen auf Dauer nur die erbliche Monarchie politische Stabilität garantiere⁷. Parallel zu dieser Auffassung gewann in den Überlegungen des Konsuls der Gedanke Montesquieus an Boden, wonach es keinen Monarchen ohne Adel und keinen Adel ohne Monarchen gäbe. Napoleon erklärte als Konsul offen heraus: „Il me fallait une aristocratie ... c'est le vrai, le seul soutien d'une monarchie, son modérateur, son levier, son point résistant.“⁸

Das herrschaftspolitisch motivierte Ziel, im nachrevolutionären Frankreich wieder einen Adel zu begründen, stand somit unverrückbar fest. Offen blieb nur, wie der künftige Adel beschaffen sein sollte. Auch über die Frage, auf welchen Wegen das Ziel erreicht werden könnte, herrschte keine Klarheit. Napoleon tastete sich vorsichtig an die Lösung des Problems heran. Die ersten Anläufe führten nicht zum Erfolg. Gegen den Versuch, zunächst über die Vergabe von Nationalgütern an Senatoren (Sénatoreries) und dann über die Ehrenlegion einen erblichen Adel zu begründen, regte sich Widerstand. Napoleon wich zurück, gab aber seine Pläne nicht auf⁹. Mit der Umwandlung der konsularischen Republik in die kaiserliche Erbmonarchie gewann die Adelsfrage erneut an Dringlichkeit. Jedermann war sich darüber im klaren, daß es auf Dauer wohl nicht einen Kaiser ohne Hof und einen Hof ohne Adel geben könne. Folglich kreisten in den Tuileries die Gespräche nicht mehr darum, ob es grundsätzlich einen neuen Adel geben werde, sondern nur um die Frage, für welches der unterschiedlichen Modelle Napoleon sich entscheiden würde. Aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung zögerte der Kaiser seinen Entschluß hinaus.

Als Napoleon im Frühjahr 1806 nach dem Sieg in Austerlitz und dem Frieden von Preßburg seine Zurückhaltung aufgab, trug ihn eine Welle der Popularität. Mit den eindrucksvollen Erfolgen büßte die Opposition mächtig an Gewicht ein. Selbst in dieser Situation tat Napoleon nur einen ersten vorsichtigen Schritt und beschränkte den erblichen Adel, der nun geschaffen wurde, auf einen ganz kleinen Kreis von höchsten Würdenträgern, im wesentlichen auf die Angehörigen seiner Familie und einige Marschälle. Zudem erfolgte die titulare und materielle Ausstattung des neuen Erbadels nicht in Frankreich, sondern in den eroberten Gebieten. Der Kaiser bildete in Italien aus Ländern, die er den Habsburgern und Bourbonen entrissen hatte, eine Reihe von Fürstentümern und insgesamt 30 Lehnsherzogtümer, die er am 30. März 1806 den hohen Würdenträgern des Kaiserreichs verlieh. Die Lehnsinhaber konnten ihre Besit-

⁷ Jean Tulard, *Napoléon et la noblesse d'Empire* (Paris 1979); im folgenden zitiert: Tulard, *Noblesse*.

⁸ Vgl. Berding, *Politik*, 55.

⁹ Tulard, *Noblesse*, 27 ff.

zungen nach dem Recht der Primogenitur in männlicher Reihenfolge vererben. Bei Erlöschen der Erbfolge fielen die Lehen an den Kaiser zurück.

Schon in dieser „Geburtsstunde“ des napoleonischen Erbadels wird die enge Beziehung deutlich, die zwischen der napoleonischen Adels- und der Expansionspolitik, zwischen der neuen Aristokratie und dem Grand Empire bestand. Napoleon selber bezeichnete die eroberten Fürstentümer und Lehnsherzogtümer in Italien als „Etats Fédératifs ou véritable Empire Français“¹⁰. Um das französische Kaiserreich, den zentralen Block dieses weitläufigen Herrschaftsgebildes, gruppierte sich in hierarchischer Folge eine Reihe von Dependancen. An der Spitze standen die formal souveränen Vasallenstaaten: Königreiche und Herzogtümer. Der Kaiser übertrug sie den Mitgliedern seiner Familie, die den ersten Rang des imperialen Adels einnahmen. Es folgten kleinere abhängige Fürstentümer und tributpflichtige Provinzen. Später kamen noch die Dotations-Domänen hinzu. Alle diese nach Rang, Selbständigkeit, Größe und Revenüen vielfach abgestuften Herrschaftsgebiete und Besitztümer, für die sich Napoleon das alleinige Verfügungsrecht vorbehielt, waren politisch Bestandteil des Grand Empire und bildeten zugleich das Fundament, auf dem der napoleonische Adel seine materielle Existenz gründete.

Die Dekrete vom 30. März 1806 setzten den Anfang und wiesen zugleich den Weg zur Erreichung des Zieles. Bisher war erst die Spitze der Adelspyramide geschaffen worden. Der gesamte Unterbau fehlte noch. Es stellten sich insbesondere drei Probleme, die schrittweise gelöst werden konnten.

Erstens stieß die napoleonische Adelspolitik in weiten Teilen der städtischen und ländlichen Bevölkerung weiterhin auf Ablehnung. Immer noch barg der Verdacht, insgeheim die Grundsätze der Revolution zu verraten, die Rückkehr zum Ancien Régime vorzubereiten und die geburtsständische Gesellschaftsordnung wieder herstellen zu wollen, politischen Zündstoff in sich. Napoleon war sich hierüber im klaren und wartete einen günstigen Zeitpunkt ab. Im Sommer 1807 stand er nach dem Frieden von Tilsit auf dem Höhepunkt seiner Macht. Neben Österreich war auch Preußen aus dem Kreis der europäischen Mächte ausgeschieden, und Rußland hatte sich mit Frankreich verständigt. Das französische Kaiserreich nahm auf dem europäischen Kontinent eine von niemandem mehr bestrittene Führungsstellung ein. Keine Anzeichen deuteten auf die bald bevorstehenden Probleme hin. Keiner konnte die Erhebung in Spanien voraussehen, die eine Wende in der französischen Herrschaft über Europa einleitete. Ebenso wenig warf die Wirtschaftskrise von 1810/11 ihren Schatten voraus. Als Frankreich nach Tilsit zur militärischen und politischen Führungsmacht aufgestiegen war, boten sich der französischen Industrie, der Landwirtschaft und dem Handel glänzende Aussichten. Zu keinem Zeitpunkt also genoß der Kaiser in der öffentlichen Meinung Frankreichs höheres Ansehen als in diesen Monaten vom Sommer 1807 bis zum Frühjahr 1808. Diese Gelegenheit ließ er nicht ungenutzt verstreichen.

Zweitens standen in Frankreich zur Ausstattung des neuen Adels keine Güter zur Verfügung. Das durch die Revolution enteignete Eigentum der Kirche und des alten

¹⁰ Georges Lefèbvre, Napoléon (Peuples et Civilisations XIV, Paris 61969) 228.

Adels war in die Hände der Bauern und Notabeln übergegangen. An dieser Besitzumverteilung wollte kaum jemand in Frankreich rütteln. Davon ging auch Napoleon aus. So blieb für die materielle Versorgung des Adels vorerst nur der Ausweg, auf Güter in den eroberten Gebieten zurückzugreifen. Im siegreichen vierten Koalitionskrieg verschaffte sich Napoleon die für seine Adelspolitik erforderlichen Reichtümer. Ein großer Teil der Domänen in den eroberten Ländern ging in kaiserlichen Besitz über. Hieraus schuf Napoleon die Dotations-Domänen, die er samt den darauf ruhenden guts- oder grundherrlichen Rechten seinen Marschällen, Ministern sowie anderen Angehörigen des Militär- und Amtsadels übertrug.

Drittens legte der Code civil der napoleonischen Adelspolitik Hindernisse in den Weg. Das bürgerliche Recht ließ fideikommissarische Substitutionen nicht zu. Demgegenüber gehörte aber die Überzeugung, daß adeliges Eigentum eines besonderen rechtlichen Schutzes bedürfe, zu den Kernpunkten des napoleonischen Gesellschaftskonzepts. Ohne einen solchen Schutz, so argumentierte Napoleon, drohe dem Adel Verarmung, und ein verarmter Adel stelle eher ein Element der Unruhe als der Stabilität dar. Aus diesen historisch untermauerten Überlegungen leitete Napoleon die herrschaftspolitische Notwendigkeit ab, das Majoratsrecht einzuführen. Zunächst blieb seine Anwendung auf die außerhalb Frankreichs im Grand Empire begüterten großen Würdenträger beschränkt. 1807 ging Napoleon einen Schritt weiter und setzte an einem entscheidenden Punkt das von ihm selber geschaffene bürgerliche Eigentumsrecht wieder außer Kraft. Der Artikel 896, der fideikommissarische Substitutionen ausdrücklich verbot, wurde so ergänzt, daß die Novellierung den ursprünglichen Sinn ins Gegenteil verkehrte.

Nachdem Napoleon auf dem Höhepunkt seiner Macht die politische Opposition im Kaiserreich ausgeschaltet, im Grand Empire genügend Dotations-Domänen erworben und das Majoratsrecht durchgesetzt hatte, konnte er seine Adelspolitik zum Ziele führen. Den Schlußpunkt bildeten die beiden Statuten vom 1. März 1808. Seither gab es innerhalb der auf Reichtum gegründeten Notabelngesellschaft eine besonders herausgehobene Amts- und Verdienstaristokratie, die vier Merkmale auszeichneten: 1. Der neue Adelsstand setzte sich aus Herzögen, Grafen, Baronen und Rittern zusammen. Den einzelnen Stufen in dieser Adelshierarchie entsprachen bestimmte Positionen in der Ämterhierarchie. Die erstgeborenen Söhne der hohen Würdenträger, Minister, Senatoren, Staatsräte, Präsidenten des Corps législatif und der departementalen Wahlkollegien sowie Erzbischöfe und Bischöfe gehörten dem Adel kraft Amtes an. Generäle und Präfekten konnten vom Kaiser in den Adelsstand erhoben werden. 2. Alle Titel blieben zunächst auf die Person des Titulars beschränkt. Für die Umwandlung des persönlichen in einen erblichen Adel mußten besondere Bedingungen erfüllt werden. 3. Zur Führung des Titels war ein Vermögensnachweis erforderlich. Die neue Adelselite nahm also ihren Platz innerhalb der auf Reichtum gegründeten nachrevolutionären Notabelngesellschaft ein. 4. Zur Umwandlung des persönlichen in einen erblichen Adel bedurfte es der Konstituierung eines Majoratseigentums. Sie bedurfte der ausdrücklichen Zustimmung des Kaisers¹¹.

¹¹ Vgl. Jean Tulard, *Noblesse d'Empire*, in: *Dictionnaire Napoléon* (Paris 1987) 1243–1250.

2. Die Gesellschaftsreformen im Königreich Westfalen

In eine völlig andere Richtung als die Adelspolitik im französischen Kaiserreich wies die napoleonische Reformpolitik im westfälischen Königreich. Während der Adel die nachrevolutionäre egalitäre Bürgergesellschaft Frankreichs wieder mit aristokratischen Elementen durchsetzte, trug die Reform im rheinbündischen Deutschland dazu bei, die vorrevolutionäre Ständegesellschaft in eine bürgerliche Gesellschaftsordnung umzuwandeln. Trotz dieser gegenläufigen Ausrichtung folgte die Erneuerungspolitik in Westfalen derselben herrschaftspolitischen Zielsetzung wie die Adelspolitik in Frankreich. Auch die Reformen sollten die europäische Machtstellung Napoleons und, weit in die Zukunft gerichtet, die von ihm in Frankreich begründete „vierte Dynastie“ langfristig absichern helfen. Es lag im Interesse der napoleonischen Herrschaftspolitik, die sehr heterogenen administrativen, rechtlichen und sozialen Strukturen in den einzelnen Ländern des Grand Empire einander anzugleichen. Tiefgreifende Reformen in den rückständigen Gebieten sollten diesen Integrationsprozeß zum Ziele führen. Doch selbst die reformfreudigsten Rheinbundstaaten wie Bayern, Württemberg und Baden fanden sich nicht ohne weiteres bereit, die französischen Einrichtungen en bloc zu übernehmen. Widerstand regte sich besonders gegen die Einführung des Code civil mit seinen weitreichenden Konsequenzen für die gesamte Eigentumsordnung¹². Allein durch politischen Druck konnte und wollte Paris seine integrationspolitischen Interessen jedoch nicht durchsetzen. Mehr Erfolg versprach der Versuch, die rheinbündischen Regierungen von der Überlegenheit des französischen Systems und seiner Übertragbarkeit auf Deutschland zu überzeugen. Eine wichtige Aufgabe hatten dabei die napoleonischen Modellstaaten Berg und Westfalen zu erfüllen. Am stärksten kam die vom französischen Kaiser propagierte Politik der „moralischen Eroberungen“ in Kassel zum Tragen. Hier unternahm Napoleon erhebliche Anstrengungen zur Errichtung eines Musterstaates, der im rheinbündischen Deutschland eine reformpolitische Vorreiterrolle übernehmen sollte¹³.

Erstens gab Napoleon dem neuen Staat eine Verfassung. An den einzelnen Verfassungsartikeln läßt sich ablesen, welche politischen und gesellschaftlichen Ideen Napoleon leiteten. Zu den wichtigsten Bestimmungen der westfälischen Konstitutionsakte und damit des napoleonischen Reformprogramms gehörten Gleichheit aller vor dem Gesetz, Gleichberechtigung der Religionen, Aufhebung aller Korporationen und ihrer Privilegien, Beseitigung der Vorrechte einzelner Personen und Familien, Abschaffung der Leibeigenschaft, Aufhebung des adeligen Ämtermonopols, steuerliche und sonstige Gleichstellung des Adels mit allen anderen Ständen, unveränderte Übernahme des Code Napoléon, Öffentlichkeit des Prozeßverfahrens und Einführung von Geschworenengerichten.

¹² Elisabeth Febrenbach, Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 13, Göttingen 1983).

¹³ Rainer Woblfel, Napoleonische Modellstaaten, in: Wolfgang v. Groote, Napoleon I. und die Staatenwelt seiner Zeit (Freiburg 1969) 33–57.

Zweitens verlieh Napoleon der Modellstaatspolitik dadurch Nachdruck, daß er seinen Bruder Jérôme eindringlich und wiederholt ermahnte, die Konstitutionsakte strikt zu achten. So erläuterte er am 15. November 1807 in einem Brief, der ein klassisches Dokument für die Regierungsmethoden des Kaisers genannt worden ist, seine gesellschaftspolitischen Reformvorstellungen folgendermaßen. „Ce que désirent avec impatience les peuples d'Allemagne, c'est que les individus qui ne sont point nobles et qui ont des talents aient un égal droit à votre considération et aux emplois; c'est que toute espèce de servage et de liens intermédiaires entre le souverain et la dernière classe du peuple soit entièrement abolie.“¹⁴

Drittens beauftragte Napoleon einige der fähigsten Köpfe Frankreichs mit dem Aufbau des Modellstaates. Nach Kassel kam unter anderem Joseph-Jérôme Siméon¹⁵, der in Frankreich maßgeblich an der Entstehung des Code civil mitgewirkt hatte und in Westfalen das bürgerliche Recht fest etablieren sollte. Den reformfreundigen Verwaltungsfachleuten und Juristen aus Frankreich stellte der Kaiser, der aktiv in die Regierungsbildung eingriff, namhafte Vertreter der deutschen Gelehrtenwelt wie Johannes von Müller und Christian Wilhelm Dohm zur Seite¹⁶.

Sofort nach der Gründung des Königreichs begann die von Napoleon eingesetzte Regentschaft in Kassel mit dem Staatsaufbau. In einem atemberaubenden Tempo verabschiedete das neue Regime weitreichende Reformgesetze. In kürzester Frist wurde auf der gesetzgeberischen Ebene die geburtsständische Privilegienordnung aus den Angeln gehoben. Die Hauptverluste hatte der Adel zu tragen. Eine ganze Anzahl von Einzelerlassen beraubte ihn seiner Privilegien. So büßte er Steuerfreiheit, Befreiung von Abgaben und Militärdienst, privilegierten Gerichtsstand, Patrimonialgerichtsbarkeit und weitere Standesvorrechte ein. Hinzu traten die egalisierenden Folgen des Code Napoléon, die erst nach und nach voll zur Geltung gelangten. Man denke nur an die Bestimmungen des Erb- und Familienrechts. Selbstverständlich ließen alle diese gesetzgeberischen Maßnahmen und rechtlichen Auswirkungen des Code Napoléon die materielle Situation des Adels nicht unberührt¹⁷. Während die privilegierten Stände wesentliche Vorrechte verloren, wurden umgekehrt den unterprivilegierten Gruppen bisher vorenthaltene Rechte zuerkannt. So gewannen die Leibeigenen, deren Zahl allerdings nicht sehr ins Gewicht fiel, persönliche Freiheit und Freizügigkeit. Für Grundholden, die im Ancien Regime der Patrimonialgerichtsbarkeit unterstanden, waren im Königreich Westfalen staatliche Gerichte zuständig. In Städten und Ge-

¹⁴ Vgl. Berding, Politik, 19f.

¹⁵ Jean Tulard, Siméon et l'organisation du royaume de Westphalie (1807–1813), in: Francia 1 (1973) 557–568.

¹⁶ Helmut Berding, Das Königreich Westfalen und Johannes von Müller, in: Christoph Jamme und Otto Pöggeler, Johannes von Müller – Geschichtsschreiber der Goethezeit (Schaffhausen 1986) 189–211; Rudolf Vierhaus, Christian Wilhelm Dohm – Ein politischer Schriftsteller der deutschen Aufklärung, in: ders., Deutschland im 18. Jahrhundert. Politische Verfassung. Soziales Gefüge. Geistige Bewegung (Göttingen 1987) 143–156; im folgenden zitiert: Vierhaus, Deutschland.

¹⁷ Heinz Reif, Westfälischer Adel 1770–1860 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 35, Göttingen 1979); ders., Umbruchserfahrung und Konflikt. Adel und Bauern im Münsterland, in: Berding/Ullmann, 228–257.

meinden erhielten alle Bewohner unterschiedslos gleiches Bürgerrecht. Auch gegenüber den Juden, die bisher am Rande der christlichen Ständegesellschaft gelebt hatten, hielt der Reformstaat am Grundsatz der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichheit fest und erließ am 28. Januar 1808 ein vorbildliches Emanzipationsgesetz¹⁸. Alles in allem duldete der neue Staat keine rechtlichen Unterschiede mehr, die auf Geburt, Tradition und Religion beruhten. Vermögen, Leistung und Ansehen sollten künftig den Rang eines Bürgers in Staat und Gesellschaft bestimmen. Nach diesen Kriterien einer bürgerlichen Eigentümer- und Honoratiorengesellschaft erfolgte auch der Aufbau der Vertretungskörperschaften¹⁹.

Das neue Regime führte also die staatsbürgerliche Gleichheit ohne Zögern und ohne Kompromisse ein. Zurückhaltung übte sie hingegen bei der Umwandlung der Agrarverfassung. Im Königreich Westfalen herrschten grundherrschaftliche Eigentums- und Rechtsformen vor, die sich mit dem Code Napoléon und seinem bürgerlichen Eigentumsbegriff nicht vereinbaren ließen. Man hätte bei konsequenter Anwendung der Eigentumsbestimmungen des Code Napoléon die Grundherrschaft aufheben müssen. Hierfür traten entschiedene Reformer wie Siméon auch ein, sie vermochten sich aber nicht durchzusetzen. Die Kasseler Regierung schloß einen Kompromiß. Zum einen schuf der Modellstaat die rechtlichen Voraussetzungen für eine Umwandlung der grundherrschaftlichen in eine bürgerliche Eigentums- und Gesellschaftsordnung. Weiter konnte und wollte die westfälische Reformbürokratie nicht gehen. Zum anderen erklärte sie die grundherrschaftlichen Rechte für ablösbar, verabschiedete Ablösungsgesetze zu praktisch unerfüllbaren Bedingungen und beließ somit alles beim alten. An den bestehenden Eigentums- und Abhängigkeitsverhältnissen veränderte sich unmittelbar kaum etwas. Die bäuerliche Bevölkerung mußte die meisten Dienste und Abgaben weiter leisten. Ein revolutionärer Umsturz der grundherrschaftlichen Agrarverfassung nach dem Vorbild der Französischen Revolution stand aus drei Gründen ernsthaft nicht zur Debatte.

Erstens lag ein radikaler Eingriff in die bestehende Eigentums- und Gesellschaftsordnung, insbesondere die entschädigungslose Aufhebung aller grundherrschaftlichen Rechte, nicht im Bereich der Reformideen, wie sie damals in Deutschland vorherrschten. Nachdem die Revolution in Frankreich aus dem Ruder gelaufen und in Terrorherrschaft eingemündet war, redeten die meisten Angehörigen der Aufklärungsgesellschaft behutsamen Reformen das Wort. Sie wollten durch administrativ-rechtliche Maßnahmen den allmählichen Übergang zu einer freien Eigentümergesellschaft einleiten. Von dieser Idee ließ sich auch das bürokratisch-absolutistische Regime in Kassel leiten.

Zweitens engte die bestehende Sozialstruktur den Handlungsspielraum für gesellschaftspolitische Entscheidungen außerordentlich ein. Anders als im gewerblich und kommerziell unvergleichlich höher entwickelten französischen Kaiserreich fehlte im fast rein agrarisch geprägten westfälischen Königreich ein starkes Besitzbürgertum. Der grundbesitzende Adel nahm nicht nur rechtlich, sondern auch sozial und wirt-

¹⁸ Helmut Berding, Die Emanzipation der Juden im Königreich Westfalen (1807–1813), in: Archiv für Sozialgeschichte 23 (1983) 23–50.

¹⁹ Herbert Obenaus, Die Reichsstände des Königreichs Westfalen, in: Francia 9 (1981) 299–329.

schaftlich noch den ersten Platz in der Gesellschaft ein. Er führte die Liste der Höchstbesteuerten an. Auf seine Unterstützung konnte das Regime schlecht verzichten. Allein von daher war es schwer möglich, den Adel über die getroffenen Entprivilegierungsmaßnahmen hinaus zu schädigen. Er hatte durch den Fortfall seiner Standesvorrechte bereits empfindliche materielle Verluste hinnehmen müssen. Mit der Sicherung der grundherrschaftlichen Rechte und Einkünfte verband sich die Aussicht, in einer nach französischem Muster strukturierten Notabelngesellschaft auch künftig eine durchaus führende Rolle zu spielen. Umgekehrt konnte der napoleonische Modellstaat mit der Unterstützung durch den Adel rechnen.

Drittens trug der französische Kaiser selber dazu bei, daß die grundherrschaftlichen Strukturen bestehen blieben. Ein erheblicher Teil der Dotations-Domänen, auf die er zur Ausstattung seines Amts- und Militäradels angewiesen war, befand sich auf dem Boden des westfälischen Musterstaates. Im Konflikt zwischen dem Ziel, einerseits seinen Adel mit Gütern auszustatten, andererseits durch Reformen „moralische Eroberungen“ zu machen, gab er der Adels- gegenüber der Reformpolitik den Vorzug. Ganz allgemein ist festzuhalten, daß der hegemoniale Charakter des napoleonischen Herrschaftssystems die von ihm ausgehenden modernisierenden Impulse in ihrer Wirksamkeit erheblich einschränkte. Die rücksichtslose Unterordnung der Rheinbundstaaten unter die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen Frankreichs zerstörte zum guten Teil die Voraussetzungen, ohne die das Programm gesellschaftlicher Veränderungen und „moralischer Eroberungen“ nicht erfolgreich sein konnte.

3. Verrat der Revolution?

Kann man aufgrund der bisherigen Überlegungen von einem Verrat Napoleons an der Revolution sprechen? Zur Beantwortung dieser Frage ist es gut, sich erneut daran zu erinnern, daß Napoleon alles andere war als ein Ideologe, der sein Handeln an einer vorgefaßten Idee von einer künftigen Herrschafts- und Gesellschaftsordnung ausgerichtet hätte. Der Revolutionsgeneral hing zwar, als er 1799 durch den Staatsstreich vom 18. Brumaire an die Macht kam, republikanischen und egalitären Überzeugungen an, ordnete sie aber stets seinem Streben nach Machterhalt und Herrschaftssicherung unter.

Legt man dieses vorrangige Motiv als Maßstab an, dann steht außer Zweifel, daß die napoleonische Adelspolitik in jeder Hinsicht als Fehlschlag bezeichnet werden muß. Erstens ging das Kalkül nicht auf, die Machtstellung innerhalb Frankreichs mit Hilfe einer eng an den Thron gebundenen privilegierten Führungselite abzusichern. Eher trifft das Gegenteil zu: Vielleicht wären nach den militärischen Niederlagen von 1812/13 breitere Gesellschaftsschichten für den Kaiser eingetreten, wenn er sehr konsequent am Prinzip der Rechtsgleichheit festgehalten hätte. Fest steht jedenfalls, daß sich Napoleon in der Stunde der Not gerade auf den mit Vorrechten ausgestatteten und mit Reichtümern überhäuften Adel am wenigsten verlassen konnte. Zweitens erfüllte sich eine andere Hoffnung nicht, die Napoleon mit seiner Adelspolitik verbunden hatte. Die Umwandlung der Republik in ein Kaiserreich und die Rearistokratisie-

rung der französischen Gesellschaft sollten es dem monarchischen Europa erleichtern, die persönliche Herrschaft Napoleons in Frankreich und die französische Hegemonie auf dem Kontinent anzuerkennen. Solange Napoleon von Sieg zu Sieg eilte, konnte er sich Respekt verschaffen. Sobald militärische Niederlagen seine Machtstellung schwächten, stieß der europäische Hochadel ihn, den Emporkömmling und Usurpator, als Sohn der Revolution wieder zurück. Auch die vielfältigen dynastischen Verbindungen mit den ältesten Herrscherhäusern Europas bewahrten ihn nicht vor Sturz und Verbannung. Im Endeffekt brachte die Adelspolitik nichts ein. Sie erwies sich als ungeeignetes Instrument zur innen- und außenpolitischen Absicherung der napoleonischen Herrschaft.

Wenn die Adelspolitik Napoleons keine herrschaftsstabilisierende Funktion erfüllte, fällt es schwer, ihr überhaupt etwas Positives abzugewinnen. Sie war nicht bloß herrschaftspolitisch ein Fehlkalkül, sondern obendrein eine rückwärtsgewandte, gegen bürgerliche Gleichheitsgrundsätze verstoßende Politik und insofern ein Verrat der Revolution. Doch sollte eine abschließende Bewertung zum einen den qualitativen Unterschied zwischen dem napoleonischen und dem vorrevolutionären Adel nicht außer acht lassen. Der Amts- und Militäradel des Kaiserreichs war kein Herrenstand mehr, sondern eine Funktionselite, die bis auf das Majoratsrecht keine Standesprivilegien mehr besaß. Zum anderen gilt es, den Bedeutungsverlust in Rechnung zu stellen, den der Adel durch die gesellschaftlichen Umwälzungen der Revolution und dadurch erlitten hatte, daß der Code civil die auf Reichtum begründete Notabelngesellschaft ungehindert zur Entfaltung kommen ließ. Dies alles relativiert das Gewicht der napoleonischen Adelspolitik nicht unerheblich. Gleichwohl: Im nachrevolutionären Frankreich bedeuteten Erbadel und Majoratsrecht einen Rückfall hinter den schon erreichten Entwicklungsstand beim Übergang von der geburtsständischen Privilegiengesellschaft zur bürgerlichen Eigentümergeinschaft²⁰.

Anders als im französischen Kaiserreich wirkten sich im rheinbündischen Deutschland weniger die rearistokratisierenden als vielmehr die egalisierenden Elemente der napoleonischen Herrschaft aus. Dies lag in der völlig anderen historischen Ausgangslage begründet. Das herrschaftspolitisch motivierte Ziel Napoleons, die vorrevolutionäre Gesellschaftsordnung in der deutschen Staatenwelt an die nachrevolutionäre Gesellschaftsverfassung in Frankreich anzunähern, gab den Reformen starken Auftrieb und rückte sie in den Mittelpunkt der napoleonischen Politik. Demgegenüber kam der Adelspolitik, die vor allem in der Privilegierung der Standesherren und den Dota-

²⁰ *Rudolf Vierhaus*, Vom aufgeklärten Absolutismus zum monarchischen Konstitutionalismus. Der deutsche Adel im Spannungsfeld von Revolution, Reform und Restauration (1789–1848), in: *Vierhaus*, Deutschland, 235–248; *Volker Press*, Adel im 19. Jahrhundert. Die Führungsschichten Alteuropas im bürgerlich-bürokratischen Zeitalter, in: *Armgar von Kelen-Dohna und Ralph Melville*, Der Adel an der Schwelle des bürgerlichen Zeitalters 1780–1860 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz. Abteilung Universalgeschichte. Beiheft 10, Stuttgart 1988) 1–19; *Elisabeth Fehrenbach*, Der Adel in Frankreich und Deutschland im Zeitalter der Französischen Revolution, in: *Helmut Berding, Etienne François, Hans-Peter Ullmann*, Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution (Frankfurt 1989) 177–215.

tions-Domänen ihren Niederschlag fand, eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu. Zieht man eine Bilanz der napoleonischen Herrschaft und ihrer Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, dann ergibt sich ein stattlicher positiver Saldo. Erst mit der Herrschaft Napoleons endete das ancien régime in Deutschland. Mit ihr begann das Zeitalter der rheinbündisch-preussischen Reformen, in dem wichtige Errungenschaften der Französischen Revolution Eingang in die deutsche Staatenwelt fanden.

Résumé de la communication de Helmut Berding

L'attitude de Napoléon envers la Révolution a donné lieu à des interprétations contradictoires. Une des raisons à cela réside dans les contradictions existant entre sa politique sociale à l'intérieur et les conséquences de sa domination à l'extérieur. Ce caractère de Janus apparaît en toute clarté si l'on examine, face à face, les objectifs qu'il a poursuivis, d'une part en France, avec la création de la noblesse impériale et, d'autre part, sa politique de réformes dans les états de la Confédération du Rhin, surtout dans ceux soumis directement à sa domination.

En France, Napoléon s'est attelé avec persévérance et résolution à la création d'une aristocratie de mérite et de fonction, constituée de gens compétents. Pour cela il s'est laissé guider par l'intérêt qu'il portait aux idées de Montesquieu selon qui il ne saurait y avoir de monarchie sans noblesse. Les grandes victoires militaires et les succès de sa politique étrangère créèrent des conditions extrêmement favorables. En France, Napoléon put passer outre aux oppositions intérieures et, malgré le Code civil, introduire le système des majorats et doter la nouvelle noblesse avec des biens fonciers, assis dans le Grand Empire, c'est à dire hors de l'Empire proprement dit. Ce calcul politique destiné à assurer de façon durable le pouvoir d'un fils et d'un produit de la Révolution échoua.

Tandis que dans la France post-révolutionnaire, Napoléon avec sa politique en faveur de la nouvelle noblesse semblait remettre en cause des acquis importants de la Révolution, les informes impulsées par lui, dans les états allemands de la Confédération du Rhin agissaient dans le sens de la Révolution. Cela vaut particulièrement pour la politique suivie dans le royaume de Westphalie considéré comme état modèle. Le but poursuivi était de substituer à la société à ordres dominée par l'aristocratie foncière, une société bourgeoise de propriétaires libres et égaux en droit. Que l'ère des réformes napoléoniennes ait eu sur l'évolution ultérieure de l'Allemagne une influence considérable ne saurait être mis en doute, même si la politique de dotations en faveur de la noblesse impériale imposa des limites strictes au champ des réformes. C'est pourquoi au total l'on peut, parler pour l'Allemagne, de «révolution inachevée, mais révolution quand même grâce à Napoléon».

Diskussion zum Referat von Helmut Berding

Leiter: Guillaume de Bertier de Sauvigny

H. Berding zeigte in seinem Referat, daß die Adelspolitik Napoleons im Sinne einer Herrschaftsstabilisierung mißlungen war. An diese These knüpfte *H. Schmidt* durch einige Fragen an: Scheiterte die Herrschaft Napoleons an außenpolitischen Faktoren oder an innenpolitischen? Hat der Adel Napoleon fallen gelassen, um seine eigenen Privilegien zu retten? Was wäre gewesen, wenn die Adelspolitik nicht gescheitert wäre?

Für *H. Berding* ist das Ende von Napoleons Herrschaft grundsätzlich auf die militärische Niederlage zurückzuführen. Das Scheitern der Adelspolitik habe sich jedoch am Verhalten des Adels gegenüber dem Kaiser in schwieriger militärischer Lage gezeigt, als Napoleon „wie eine heiße Kartoffel“ fallen gelassen worden sei. Daß eine glücklichere Adelspolitik zu einer treueren Anhängerschaft geführt hätte, läßt sich nach Meinung des Referenten vermuten. Im Hinblick auf die Gesellschaftspolitik Napoleons relativierte *H. Berding* den Begriff „Verrat“, den der Kaiser an den Gedanken von 1789 begangen haben soll. Verrat setze eine bestimmte Doktrin voraus oder zumindest eine gesellschaftliche Übereinstimmung. Napoleons Gesellschaftsgedanke, der gut zu verfolgen sei, habe seine Hauptorientierung an der Macht. Es wäre deshalb besser gewesen, nicht nach dem Verrat, sondern nach dem Erfolg der Gesellschaftspolitik zu fragen, den man daran messen könne, ob die Gesellschaft den Vorstellungen von 1789 bzw. 1799 entsprochen habe, ob die Entwicklung weitergetrieben oder partiell zurückgenommen worden sei. Allgemeine Überzeugung sei, daß durch Napoleon die Entwicklung teilweise u. a. durch den Code civil zementiert worden sei, teilweise seien auch Grundsätze verletzt worden. Gemessen an diesem Maßstab sei die Adelspolitik gegenüber der freien Eigentümergesellschaft von 1799 ein Rückschlag. Dies gelte jedoch nur für einen Teil der napoleonischen Gesellschaftspolitik, keineswegs für ihre Gesamtheit.

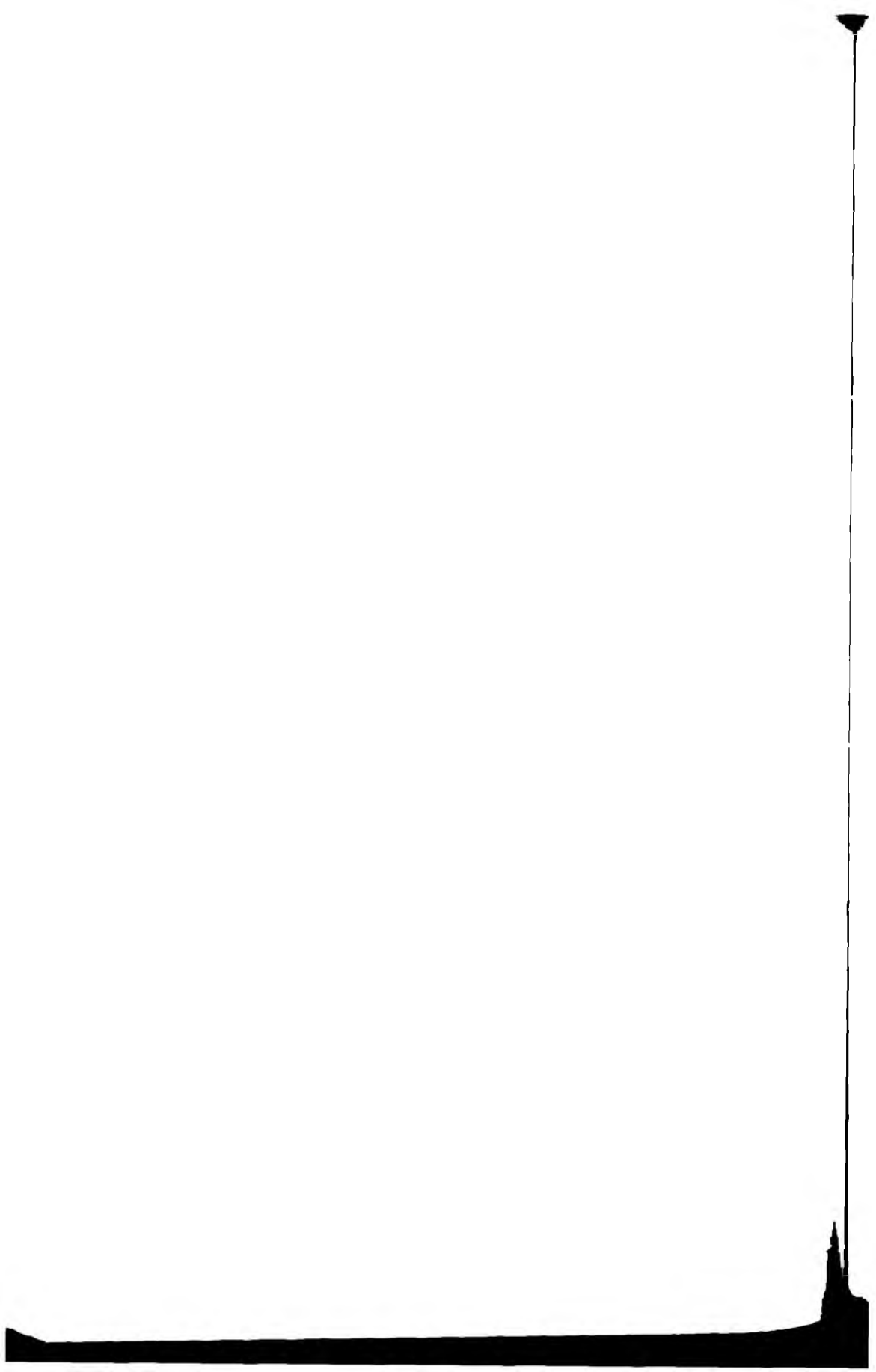
Eine kritische Position zu einigen Thesen des Referenten zur Adelspolitik nahm *K. O. Frhr. v. Aretin* ein. Am Beispiel der Herrschaft der Hundert Tage erläuterte er zunächst, daß der Adel Napoleon keineswegs sofort habe fallen lassen, und dies, obwohl die „ganze Welt“ von dessen Scheitern überzeugt gewesen sei. Ein weiteres Festhalten am Kaiser hätte geheißen, zu viel zu verlangen. Grundsätzlich sei die Adelspolitik Napoleons erstaunlich gewesen, angesichts einer weit verbreiteten Adelsfeindlichkeit, die sich u. a. in der deutschen und italienischen Literatur niedergeschlagen habe. Westfalen sei dann ja auch an dieser Politik bankrott gegangen, während Napoleon in Berg bereits sehr viel vorsichtiger gehandelt habe. Das bedeute, diese Art der Adelspolitik habe sich auch in Napoleons eigenen Vorstellungen überholt. Ganz allgemein bezweifelte *K. O. Frhr. v. Aretin*, ob man Westfalen überhaupt als Modellstaat ansehen könne, da doch die meisten Reformen nie durchgeführt worden seien. Den auf Westfalen bezogenen Ausführungen hielt *H. Berding* zwei Punkte entgegen. Zum einen wäre der Modellstaat nicht nur an der Adelspolitik gescheitert, sondern auch an der französischen Militärpolitik und der finanziellen Ausbeutung (Kontributionen und

Dotationsdomänen). Zum anderen wollte der Referent grundsätzlich an der Modellstaathese festhalten. Er belegte seine Ansicht mit dem Hinweis auf die Leistungen der westfälischen Verwaltung, der es in erstaunlich kurzer Zeit gelungen sei, den verschiedensten Gesetzen (u. a. Emanzipationsgesetz) bis auf die untere Verwaltungsebene Geltung zu verschaffen.

Auch *M. Botzenhart* sah Erfolg oder Mißerfolg der Gesellschaftspolitik Napoleons keineswegs als entscheidend für den Zusammenbruch seines Reiches an und übertrug diese Einschätzung auch auf die außenpolitischen Verbindungen Frankreichs. So hätten die Verbündeten den Kaiser nicht einfach fallen lassen, der sich ja zu den wichtigsten Höfen Europas Zutritt verschafft gehabt habe, nicht zuletzt durch die Heirat mit Marie-Luise. Auch durch Metternich seien ihm „goldene Brücken“ gebaut worden. Die Monarchen wären auch viel zu pragmatisch gewesen, den Emporkömmling allein aus ideologischen Gründen zu stürzen.

Angesichts der unterschiedlichen Entwicklung der Gesellschaftspolitik in den einzelnen Staaten hielt es *E. Weis* für notwendig zu differenzieren. In Frankreich – so Weis – sei Napoleon überhaupt nicht zum System des Ancien Régime zurückgekehrt, der neue Adel habe keineswegs die Privilegien des alten Adels besessen (z. B. privilegierter Gerichtsstand). Lediglich das Majoratsrecht sei ihm zugestanden worden, wodurch er völlig abhängig vom Herrscher geblieben sei. Durch die Schaffung des höfischen Adels hätte sich das Bild der napoleonischen Gesellschaftspolitik kaum geändert. Weis zeigte dann, daß die Entwicklung in den Staaten des Rheinbundes gänzlich anders verlaufen sei. Im Königreich Westfalen habe Napoleon seine eigene Politik durch die Domänen blockiert, ähnlich wie auch in Italien. Die Badener Standesherrn seien dagegen durch ihre gesicherte Stellung innerhalb der Rheinbundakte reformwillig gewesen. In Württemberg und Bayern hätte Napoleon kaum Einfluß gehabt. Hier seien die Reformen im eigenen Interesse dieser Staaten durchgeführt worden, und man habe sich lediglich am französischen Vorbild orientiert.

Auf die These vom „Verrat“ kam *M. Botzenhart* nochmals zurück. Er wies auf den langen Prozeß der Revolution hin und betonte die Problematik, ein bestimmtes Stadium herauszugreifen (z. B. 1789, 1791) und daran einen „Verrat“ festzumachen. Jeder könne sich so ein Entwicklungsstadium herausgreifen, mit dem er sich identifiziere. *H. Berding* verteidigte jedoch die Legitimität eines solchen Ansatzes, der natürlich nur theoretisches Konstrukt sein könne. Er habe mit 1789 die freie Eigentümergeellschaft und mit 1799 die Notabelngesellschaft identifiziert und als „Meßlatte“ benutzt.



Wolfram Siemann

Die Französische Revolution in der Publizistik der süddeutschen Rheinbundstaaten

Der Rheinbund (1806–1813) hat seit Mitte der 1970er Jahre namentlich dank der Forschungen von Helmut Berding, Roger Dufraisse, Elisabeth Fehrenbach und Eberhard Weis eine Umwertung erfahren; er erscheint längst nicht mehr als nationaler Irrweg auf einer angeblich geradlinigen Bahn deutscher Geschichte, sondern als Fundament wesentlicher Modernisierungsprozesse, auf denen vor allem die süddeutschen Flächenstaaten aufbauten¹. Sie erlebten eine „Revolution von oben“, die auf vielen Gebieten ihre Impulse der Französischen Revolution von 1789 verdankte; Hans-Ulrich Wehler bewertete die rheinbündischen Reformen jüngst gar als „Politik der integrativen Staatsbildung und defensiven Modernisierung“, welche „die relative Rückständigkeit im Vergleich mit Westeuropa vermindern sollte“ und zu der es schlechthin keine gleichwertige, geschweige denn eine überlegene Alternative gegeben habe².

Um welche Reformbereiche handelte es sich konkret? Stichwortartig seien genannt: die Zurückdrängung des Adels, allgemeine Wehrpflicht, bürgerliche Rechtsgleichheit, Verfassungskodifikation, Agrarreformen, konfessionelle Toleranz und Judenemanzipation. Vieles wurde zunächst erst in Gang gebracht, aber in ihrer Bündelung provozierten die Maßnahmen in den neugebildeten Flächenstaaten beträchtliche Widerstände beim Adel, bei wehrpflichtigen Bürgerlichen, bei Geistlichen und bei der Landbevölkerung hinzugewonnener Territorien. Die rheinbündischen Reformen hat-

¹ Vgl. Helmut Berding, *Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik im Königreich Westfalen 1807–1813* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 7, Göttingen 1973); ders., *Napoleonische Herrschaft und Modernisierung*, in: *Geschichte und Gesellschaft* (im folgenden: GG) 6 (1980) 462–573; ders., Hans-Peter Ullmann (Hrsg.), *Deutschland zwischen Revolution und Restauration* (Königstein/Ts. 1981); Roger Dufraisse, *Das napoleonische Deutschland. Stand und Probleme der Forschung unter besonderer Berücksichtigung der linksrheinischen Gebiete*, in: GG 6 (1980) 467–483; ders., *Napoleon und Bayern*, in: Wittelsbach und Bayern, Bd. III, 1, hrsg. v. Hubert Glaser (München, Zürich 1980) 221–229; ders., *Napoléon* (Paris 1987); Elisabeth Fehrenbach, *Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 13, Göttingen ²1978); dies., *Verfassungs- und sozialpolitische Reformen und Reformprojekte in Deutschland unter dem Einfluß des napoleonischen Frankreich*, in: *Historische Zeitschrift* 228 (1979) 288–316; Eberhard Weis (Hrsg.), *Reformen im rheinbündischen Deutschland* (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 4, München 1984); ders., *Napoleon und der Rheinbund*, in: *Deutschland und Italien im Zeitalter Napoleons*, hrsg. v. Armgard von Reden-Dobna (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 5, Wiesbaden 1979) 57–80.

² Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 1 (München 1987) 375.

ten mit ähnlichen mentalen und handgreiflichen Beharrungskräften zu kämpfen wie die Große Revolution in ihrem Mutterland. Eben deshalb trifft das auch anderwärts vielbemühte Bild der „Revolution von oben“ auf diese historische Situation besonders gut.

Zu ihr gehörte in der Frühphase des Rheinbundes folgerichtig die weitverbreitete Erwartung, am Beginn eines neuen Zeitalters der Geistes-, Meinungs- und Preßfreiheit zu stehen. Bayern unter Montgelas etwa schien in den Jahren zwischen 1803 und 1808 auf dem Wege zur Preßfreiheit, die in der Konstitution von 1808 sogar garantiert wurde³. Es entwickelte sich eine lebhafte „öffentliche Meinung“; sie diskutierte polemisch und kontrovers die großen Fragen der Zeit: Revolution, Napoleon, Rheinbund, Krieg, europäische Friedensordnung und die Zukunft Deutschlands. Diese Publizistik bediente sich dabei vielfältiger Medien: der Tageszeitungen, literarischen Zeitschriften, Flugblätter, Broschüren, Karikaturen und Maueranschläge. Ja, der Autor eines anonymen Beitrags „Ueber Deutschlands Wiedergeburt“ stellte im Jahre 1808 eine bemerkenswerte Beziehung zur Großen Revolution her: Die Schriftsteller seien durch die Ereignisse in Deutschland zwischen 1805 und 1807 (dem Zusammenbruch Preußens, des Heiligen Römischen Reiches und der Gründung des Rheinbundes) ungeheuer in Bewegung gesetzt; ihre kritische Potenz, nämlich „die Art, wie man den vorigen politischen Zustand der deutschen Staaten aufdekt [...], kann für eine literarische Revolution gelten, die uns eine bürgerliche, blutige erspart und durch die wohlthätig ein Theil des gährenden Stoffes sich verdünstet“. Die freigesetzte öffentliche Meinung, die Macht des Wortes erspare somit den Deutschen die eigentliche Revolution. Und die neuesten, durch Napoleon herbeigeführten Zeitumstände hätten dabei „eine Menge politischer und philosophischer Reputationen um ihr Daseyn ohne Guillotine gebracht“. Deutschland habe seine „Lehrjahre im letzten langen Revolutionskriege gemacht“⁴. Pressefreiheit als Revolutionsersatz, das ist eine Rechtfertigung, aus der ein großer Glaube an die Macht des freien, aufklärenden Wortes sprach, aber auch die Annahme, es sei so viel in den deutschen Staatsverhältnissen umgewälzt, daß es kein Zurück, keine Restauration mehr geben könne.

Der Kampf auf dem Feld der „öffentlichen Meinung“ vollzog sich nun in Formen, die gleichfalls an das französische Vorbild gemahnten: Die „öffentliche Meinung“ spaltete sich; die Zeitgenossen sprachen von „Parteygeist“. Das Geburtsjahr des Rheinbundes brachte nur folgerichtig in der süddeutschen Publizistik einen höchst bemerkenswerten Beitrag „Ueber den gegenwärtigen Charakter der politischen Partheyen in Europa“ hervor. Er leitete aus der Französischen Revolution die „demokratische“ und „aristokratische Parthey“ ab. Der 18. Brumaire habe ihrem Kampf ein vorläufiges Ende gesetzt, denn Napoleon habe dem Anspruch der Demokraten auf Gleichheit „die nöthige Garantie“ verliehen, damit diese Forderung nicht „den Staat

³ Vgl. hierzu nun die einzelnen Schritte der Wiederbelebung der Zensur bei *Walter Demel*, *Der bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära in der ersten Phase des Königreichs Bayern* (Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte 76, München 1983) 373–383.

⁴ *N.N.*, *Ueber Deutschlands Wiedergeburt*, in: *Europäische Annalen* (1808,2) 276–281, Zit. 276 f. u. 279.

von einer Revolution in die andere stürzen möchte“; der anonyme Autor rechnete dem Protektor des Rheinbundes als Verdienst an: „Die Gleichheit wurde als Fundamentalgesetz der Verfassung festgehalten.“ Zugleich diagnostizierte er für die aktuelle Gegenwart den Kampf in Permanenz, aber unter neuen Auspizien: „Die Rollen der Demokraten und alten Aristokraten wurden, von nun an, auf das förmlichste ausgetauscht. Ehemals waren die ersteren Revolutionäre gewesen; jetzt wurden es die letzteren.“⁵ Daraus sprach auch die Erinnerung an die erfolglosen Versuche der königstreuen Emigrantenheere, die Revolution in Frankreich wieder rückgängig zu machen, darüber hinaus aber die zutreffende Erkenntnis, daß jedes politische Ringen in freier Öffentlichkeit fortan notwendig „Partei“ annehmen mußte. Auch die Rede von der „politischen Propaganda“ im modernen Sinne, die Gesinnung Andersdenkender zu beeinflussen⁶, gehörte bereits zum Wortschatz dieses Autors. Die europäische Dimension der großen Auseinandersetzung schloß verständlicherweise die Rheinbundstaaten ein, und mit Blick auf deutsche Verhältnisse galt des Verfassers Beobachtung, daß „die große Volksmacht noch weit davon entfernt ist, eine Ahnung von Menschenrechten zu haben“⁷. Das war zugleich eine Aufforderung zu noch mehr publizistischer Überzeugungsarbeit, zu noch mehr Meinungskampf und „Partheygeist“; und über jeder Debatte standen stillschweigend oder ausgesprochen die Person Napoleons sowie Spekulationen über Absichten und Tragweite seiner Politik.

Auch im deutschen Flugschriftenkampf fanden derartige „demokratische Parthey-Überlegungen“ das vorauszusehende Echo von seiten der „Aristokraten“. In Bayern beschlagnahmten die Behörden im Jahre 1814 eine antinapoleonische aristokratische Flugschrift, die sich ausführlich mit der „französischen Parthey“ der Revolution auseinandersetzte. Diese „Nivellierungs-“ oder „Umsturzparthei“ habe versucht, sich beim deutschen Volke einzuschmeicheln. Als dies mißlungen sei, habe ihr taktisches Rezept geheißen: „abwarten, bis sich gelegt hatten die Stürme der Revolution, bis das Andenken an ihre Gräuel gebleicht war, bis alles wieder in seine Fugen zurück getreten zu seyn schien. Napoleon erschien; Napoleon endete die französische Revolution; und mit tiefer haushälterischer Klugheit und Tücke schmielte sich nun die Parthey an sein System. Sein System war Weltherrschaft.“⁸ Das war die Sicht der Dinge aus dem „Lager der Aristokraten“. Diese in Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution entwickelte antagonistische Begrifflichkeit von „Demokraten“ und „Aristokraten“ beherrschte bis weit in den Vormärz hinein das Vokabular der auf Frankreich hin orientierten deutschen Liberalen; man prüfe daraufhin nur einmal die entsprechenden Artikel in Rottecks und Welckers *Staatslexikon*⁹. Sie prägte bereits die Auseinandersetzungen in der Publizistik der süddeutschen Rheinbundstaaten.

⁵ N.N., Ueber den gegenwärtigen Charakter der politischen Partheyen in Europa, in: Europäische Annalen (1806, 1) 278–284, Zit. 280, 282 f.

⁶ Vgl. Christof Dipper, Wolfgang Schieder, Propaganda, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hrsg. v. Otto Brunner, Werner Conze u. Reinhart Koselleck, Bd. 5 (Stuttgart 1984) 69–112, bes. 82.

⁷ Ueber den gegenwärtigen Charakter (wie Anm. 5), 284.

⁸ N.N., Teutschlands Adel an die verbündeten Mächte, 1814, 6 f., ein Exemplar ist überliefert im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München (= BayHStA) MA 9536.

⁹ Vgl. Werner Conze, Adel, Aristokratie, in: Geschichtliche Grundbegriffe (wie Anm. 6), Bd. 1 (Stuttgart 1972) 1–48, bes. 34–40 sowie ders., Demokratie, ebd., 821–899, bes. 858–866.

Deren Regierungen antworteten auf derartige „Parthey“-Bildungen und die einhergehenden Veröffentlichungen sehr bald äußerst restriktiv. Es bleibt unter dem Horizont der „Modernisierung“ in der Regel ausgeblendet, daß die Reformen mit einem hohen Maß innerer Repression durchgesetzt wurden. Die gerühmte Leistungsfähigkeit der „integrativen Staatsbildung und defensiven Modernisierung“ wurde erkauft durch die Einrichtung einer „geheimen Polizei“ (sie ist in Westfalen, Baden, Württemberg und Bayern nachweisbar), durch eine effektive Zensurbürokratie, durch eine weitreichende Korrespondenzkontrolle. Oppositionelle Publizistik wurde in die Illegalität und somit in den Untergrund abgedrängt, soweit sie sich nicht außerhalb der rheinbündischen Staaten – in Preußen und Österreich – äußern und ins Innere geschmuggelt werden konnte¹⁰. Konsequente Überwachung des gesamten öffentlichen Lebens bis in die Privatsphäre hinein, wie es bereits die Zeitgenossen beklagten, war offensichtlich ein Tribut an die forciert betriebene Modernisierung, um ihre Erfolge nicht zu gefährden.

Merkwürdigerweise blieben für die Rheinbundstaaten Publizisten und Publizistik (Personen, Traditionen, Visionen, Medien und Wirkungen) im Spektrum der neueren Forschung eher ausgeblendet, während die staatsgeleiteten Reformmaßnahmen im Brennpunkt standen¹¹. Der Befund wird vertieft durch die Tatsache, daß bis in jüngste

¹⁰ Vgl. zum Überwachungssystem in den Rheinbundstaaten (Polizei, Zensur, Korrespondenzkontrolle) Wolfram Siemann, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“. Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866 (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur 14, Tübingen 1985) bes. 15, 48–61; ders., Propaganda um Napoleon in Württemberg. Die Rheinbundära unter König Friedrich I. (1806–1813), in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 47 (1988) 359–380; ders., „Glänzend sind dein Nam' und Thronen – Großer Kaiser Napoleon“. Der französische Kaiser und die „öffentliche Meinung“ unter König Friedrich I. von Württemberg, in: Beiträge zur Landeskunde (Regelm. Beilage zum Staatsanzeiger f. Baden-Württemberg) (Nr. 3, Juni 1983) 1–9; Rüdiger Busch, Die Aufsicht über das Bücher- und Pressewesen in den Rheinbundstaaten Berg, Westfalen und Frankfurt. Ein Beitrag zur Geschichte der Bücher- und Pressezensur (Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts Reihe A, 7, Karlsruhe 1970); Karlheinz Fuchs, Bürgerliches Raisonement und Staatsräson. Zensur als Instrument des Despotismus. Dargestellt am Beispiel des rheinbündischen Württemberg (1806–1813) (Göppinger Arbeiten zur Germanistik 150, Göppingen 1975); Theodor Bitterauf, Die Zensur der politischen Zeitungen in Bayern 1799–1825, in: Riezler-Festschrift. Beiträge zur bayerischen Geschichte, hrsg. v. Karl Alexander von Müller (Gotha 1913) 305–351; Wilhelm Fichtl, Aufklärung und Zensur, in: Wittelsbach und Bayern, Bd. III, 1 (wie Anm. 1), 174–185 (gültig nur bis 1799) sowie nun besonders Demel, Staatsabsolutismus (wie Anm. 3).

¹¹ Vgl. etwa die Hinweise bei Eberhard Weis, Die Begründung des modernen bayerischen Staates unter König Max I. (1799–1825), in: Handbuch der bayerischen Geschichte, hrsg. v. Max Spindler, Bd. IV/1 (München 1974) 3–86, bes. 49; außerdem die differenzierte Bibliographie bei Berding/Ullmann, Deutschland (wie Anm. 1), 401–406; Hinweise auch bei Fuchs, Raisonement (wie Anm. 10) sowie in dem grundgelehrten Werk von Marcel Dunan, Napoléon et l'Allemagne. Le Système Continental et les débuts du Royaume de Bavière 1806–1810 (Paris 1942) bes. 106–109, 499–505; Heinz Starkulla, Zur Geschichte der Presse in Bayern, in: 50 Jahre Verband bayerischer Zeitungsverleger e. V. 1913–1963 (München 1963) 7–47; ferner: Margot Lindemann, Deutsche Presse bis 1815 (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik 5, Berlin 1969) bes. 263–270; Ludwig Salomon, Geschichte des Deutschen Zeitungswesens, Bd. 2 (Oldenburg, Leipzig 1906) bes. 111–176; Kurt von Raumer, Der Rheinbund. Politisches Bewußtsein und historische Wirkungen, in: ders., Manfred Botzenhart, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert.

Zeit hinein Quellenpublikationen zur Rezeption der Französischen Revolution an der Epochengrenze des Jahres 1806 enden¹². Wenn für die Zeit zwischen 1806 und 1814 Publizistik erforscht wurde, geschah das hauptsächlich am Beispiel antinapoleonischer Druckerzeugnisse im Umfeld der Befreiungskriege von 1809 und 1813/14, also an Schriften vorwiegend österreichischen oder preußischen Ursprungs¹³. Die eigenständige, von der Zensur teils tolerierte, teils unterbundene Publizistik der süddeutschen Rheinbundstaaten harrt noch einer zusammenfassenden Analyse. Es genügt nicht, immer wieder die von Jakob Philipp Palm in Nürnberg verlegte antinapoleonische Schrift *Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung* zu dokumentieren und darüber die Breite systemnaher oder -treuer Schriften zu übergehen.

Im folgenden sollen Grundtendenzen ausgewählter, aus Württemberg, Bayern und Frankfurt stammender Publizistik näher betrachtet werden. Prinzipiell ist hervorzuheben: Positive wie negative Bezüge auf die Französische Revolution von 1789 waren in den süddeutschen Rheinbundstaaten zulässig, sofern nicht die Person Napoleons kritisch berührt wurde.

Es folgte aus der Logik aufgeklärt-absolutistischer und zugleich revolutionär-rheinbündischer Regierungsweise, die faßbare ‚öffentliche Meinung‘ im Lande kontinuierlich zu beobachten. Das war Teil des erwähnten Überwachungssystems. Sowohl in Württemberg als auch in Bayern wurde ein spezifisches Verfahren entwickelt, das dem jeweiligen Monarchen einen vorzüglichen Überblick zur aktuellen Literaturproduk-

Fortsetzung Fußnote von Seite 124

Deutschland um 1800: Krise und Neugestaltung. Von 1789 bis 1815, in: Handbuch der Deutschen Geschichte, neu hrsg. v. *Leo Jost*, 3/1,1 (Wiesbaden 1980) 338–350 sowie die Bibliographie 632–635. Vgl. zu Württemberg *Paul Sauer*, Napoleons Adler über Württemberg, Baden und Hohenzollern. Südwestdeutschland in der Rheinbundzeit (Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1987), geht nicht auf politische Publizistik und Zensur ein; *Otto Heinrich Elias*, Das Bild des Kaisers. Literarischer und politischer Bonapartismus in Württemberg, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons, hrsg. v. Württ. Landesmuseum Stuttgart, Bd. 2 (Stuttgart 1987) 717–741 behandelt das Nachleben Napoleons im deutschen politischen Bewußtsein nach 1815!

¹² Vgl. *Claus Träger* (Hrsg.), Die Französische Revolution im Spiegel der deutschen Literatur (Leipzig 1975); *Theo Stammen*, *Friedrich Eberle* (Hrsg.), Deutschland und die Französische Revolution. Quellen zur geistigen Auseinandersetzung 1789–1806 (Darmstadt 1988); *Helmut Richter* (Hrsg.), Literarische Kultur und gesellschaftliches Leben in Deutschland. Texte und Bilder (Berlin [o.J. 1989]) für die Zeit von 1789 bis 1806; Deutschland und die Französische Revolution. 17. Deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris, hrsg. v. *Jürgen Voss* (Beihefte der Francia 12, München 1983); *Inge Stephan*, Literarischer Jakobinismus in Deutschland (1789–1806) (Sammlung Metzler 150, Stuttgart 1976); der von *Paul Hocks*, *Peter Schmidt*, Literarische und politische Zeitschriften 1789–1805 (Sammlung Metzler 121, Stuttgart 1975) angekündigte Fortsetzungsband steht noch aus.

¹³ Vgl. etwa die auf Preußen bezogene ältere, mit einer Fülle von Aktenbeigaben ausgestattete Untersuchung von *Paul Czygan*, Zur Geschichte der Tagesliteratur während der Freiheitskriege, Bd. 1, 1–2 u. 2 (Leipzig 1909–1911); *Hans-Bernd Spies* (Hrsg.), Die Erhebung gegen Napoleon 1806–1814/15 (Darmstadt 1981); die einseitige Akzentuierung der Beschäftigung mit der gegen Napoleon gerichteten Publizistik dokumentiert auch die Bibliographie bei *v. Raumer/Botzenhart*, Deutsche Geschichte (wie Anm. 11), 654 f. Speziell zu Bayern – bei gleicher Perspektive – sei hervorgehoben *Theodor Bitternuf*, Zur Geschichte der öffentlichen Meinung im Königreich Bayern im Jahre 1813 bis zum Abschluß des Vertrages von Ried, in: Archiv für Kulturgeschichte 11 (1914) 31–69.

tion im Lande gewälirte, und dieser Überblick ist noch für heutige Forschungen aufschlußreich, weil Ergebnisse dieser Überwachungstätigkeit in Gestalt zweier besonders glücklicher Quellenfunde greifbar sind.

In Württemberg operierten zur Rheinbundzeit ein Oberzensurkollegium samt vorgesetztem Polizeiministerium. Dieses befahl am 27. Juli 1811 den Zensoren, vierteljährlich die wichtigsten Daten aller zur Prüfung eingereichten Manuskripte und Bücher in tabellarische Verzeichnisse einzutragen. Für die Zeit vom 1. Oktober 1811 bis zum 30. September 1815 sind sechzehn solcher Vierteljahresverzeichnisse überliefert. Die akribisch geführten, überlieferten Listen verzeichnen den größten Teil der literarischen Produktion des Landes¹⁴; es fehlen darin lediglich Publikationen, für die es Spezialzensoren gab, nämlich Zeitungen und Zeitschriften sowie wissenschaftliche Werke der Universität Tübingen.

Unter den 527 vorgelegten Titeln dominierte bei weitem die theologisch-pädagogische Literatur; entsprechend stammte mehr als die Hälfte der Autoren aus den Bereichen Kirche und Erziehung. Stadtpfarrer, Prälaten, Superintendenden, Vikare, Diakone, Garnionsprediger, Schulinspektoren, Direktoren, Präzeptoren, Gymnasialprofessoren, dazu noch höhere Staatsbeamte aus Verwaltung und Universität hatten einen Anteil von siebzig Prozent. Der neue Typ des freischaffenden Tagesschriftstellers, Literaten oder Publizisten war so gut wie nicht vertreten. Nur rund 20 Titel berührten unmittelbar das Verhältnis zu Frankreich, zur Revolution oder speziell zu Napoleon¹⁵.

Ein ähnlich geringer Anteil selbständig publizierter Schriften mit Ansätzen der Revolutionsrezeption ist für Bayern zu verzeichnen. Hier hatte Max Joseph noch als Kurfürst unter Federführung von Montgelas ein Überwachungsverfahren eingerichtet, das nicht wie in Württemberg unmittelbar mit der parallel arbeitenden Zensur gekoppelt war. Ein Dekret vom 12. November 1804 befahl dem Oberhofbibliothekar Christian Freiherrn von Aretin, regelmäßige Monatsberichte über Rezensionen vorzulegen,

¹⁴ Eine genauere Aufschlüsselung des Verzeichnisses nach Textarten findet sich bei Wolfram Siemann, Soziale Zensurkriterien und Normenhorizonte der Zensoren in Deutschland (1789–1848), in: Zs. f. Literaturwissenschaft u. Geistesgeschichte Sonderbd. angekündigt; die ungedruckten Verzeichnisse liegen im Staatsarchiv Ludwigsburg, D 52, Büschel 507.

¹⁵ Darunter befinden sich die ersten Bände von Samuel Baur, Gemälde der merkwürdigsten Revolutionen, Empörungen, Verschwörungen, 10 Bde. (Ulm, Stettin 1810–18); ein „Danklied auf den Völker-Frieden von 1814“ (Manuskript 1814); Seiz, Rede am Dankfest den 11. April 1814 nach dem Einzug Kaiser Alexanders in Paris (Manuskript Tübingen 1814); Benedict von Wagemann, Bonapartes Rückkehr von der Insel Elba (Tübingen 1815); ders., Epische Skizze des französischen Revolutions-Krieges (Manuskript 1815); Werner, Ein Kriegslied für die zum heiligen Krieg verbundenen deutschen Heere (Manuskript Tübingen 1813); M. Zeller, Predigt zur Feier des an der Moskwa erfochtenen Sieges (Manuskript Stuttgart 1812); das Kriegslied „Der Weiterer“ (Manuskript Reutlingen 1814); das Gedicht „Einmarsch der Alliierten zu Paris“ (Manuskript Stuttgart 1814); N.N., Kurzweilige und wahre Beschreibung der Schlachten bey Leipzig 1814 (Manuskript 1814); N.N., Leipzigs Schreckens-Sonnen im Sept. und October 1813 (Leipzig 1813); N.N., Mureau, Ein Blick auf seine Feldzüge, seinen Character und seine Schicksale (Berlin 1814, in Reutlingen Nachdruck geplant); N.N., Siegeslied der Preußen nach der Schlacht von Belle-Alliance (Manuskript Ludwigsburg 1815); N.N., Teutschland und Frankreich oder Kurze Geschichte des Verhältnisses (Manuskript Stuttgart 1814). – Nicht eingeschlossen sind die konfiszierten, von außen eingeschleusten Titel, die vereinzelt bei Fuchs, Raisonement (wie Anm. 10) genannt werden; es fehlt an einer Gesamtverbotsliste.

welche sich auf die in oder über Bayern erscheinende Literatur bezogen, „da Wir nun in Kenntniß desjenigen gesetzt zu werden wünschen, was gegen unsere Verwaltungen und ausgesprochenen Grundsätze, wenn auch von unberufenen Kritikern, der teutschen Lesewelt vorgelegt wird“¹⁶.

Die bayerischen Berichte notierten beispielsweise ein sprachpuristisches Werk mit der gegen Frankreich gerichteten Lehre, „wie Sprachherrschaft eines Volkes zur Staatsherrschaft führen müsse“¹⁷, eine Schrift zum Befreiungskrieg, deren Verfasser, „wo Deutschlands Freyheit gerettet werden sollte, an die Spitze politischer Wortführer in Bayern“ getreten sei¹⁸, Zukunftsperspektiven in der Zeit des Umbruchs¹⁹, aber auch literarische Werke mit germanischen und altdeutschen Themen, gerichtet gegen französische Literatur – der Rezensent verzieh die offenkundigen Schwächen dieser Versuche angesichts der Eile während der Befreiungskriege, nicht „den schönsten Zeitpunkt der Herausgabe zu versäumen“, mit anderen Worten: ihren propagandistischen Wert zu nutzen²⁰.

Wenn auch die bisher betrachtete Literatur noch nicht vollständig erschlossen ist, zeichnet sich doch ab: Auf diesen Feldern vollzogen sich die Berührungen eher defensiv bis ablehnend. Es steht zu erwarten, daß sich die fortdauernde Rezeption der Französischen Revolution, wenn sie denn trotz Zensur stattfand, auf anderen Gebieten ereignete, also eher im tagespublizistischen Bereich und bei eingeschleuster Literatur von außen.

Bis auf einzelne Ausnahmen ist die Ausbeute bei den Tageszeitungen jedoch gleichermaßen ziemlich gering, weil sie sich stark auf das Mitteilen von Fakten zu beschränken hatten. In Württemberg wurden sie schließlich einem Dekret des Polizeiministers unterworfen; danach mußten sie sich bei politischen Nachrichten, wenn sie überhaupt gebracht wurden, jeglichen Räsonnements enthalten und eng an die Berichterstattung des *Moniteurs* anlehnen. Eine vergleichbare Bestimmung erging eben-

¹⁶ BayHStA MA 9522. Der Literaturbericht enthält zwischen Dezember 1809 und Januar 1814 eine Lücke, was seinen Quellenwert mindert, jedoch verzeichnet er die Publikationen der Jahre 1813 bis März 1816, also gerade für die politisch bewegteste Epoche; ab Januar 1814 führt von Aretin ihn tabellarisch formalisiert mit akuratem Hinweis auf die jeweilige Rezensionsquelle. Er wertete mehr als 20 Rezensionsorgane aus sämtlichen Wissensbereichen aus, also nicht lediglich literarische, sondern auch chemische, musikalische, künstlerische, physikalische, kameralistische und medizinische Zeitschriften.

¹⁷ *Johann Gottlieb Radlof*, Frankreichs Sprach- und Geistes-Tyranny über Europa seit dem Rastadter Frieden 1714 (München 1814); zit. Urteil aus der „Wiener Literatur-Zeitung“ Nr. 76 (1814) nach BayHStA MA 9522.

¹⁸ *Paul Johann Anselm von Feuerbach*, Ueber die Unterdrückung und Wiederbefreyung Europens (Deutschland, d. i. München 1813); zit. Urteil aus der „Wiener Literatur-Zeitung“ Nr. 37 (1814) nach BayHStA MA 9522.

¹⁹ *Wilhelm Joseph Behr*, Darstellung der Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen deutscher Nation (Aschaffenburg 1814); ferner die Schrift des Landshuter Professors *Joseph August Schultes*, Briefe über Frankreich auf einer Fußreise im Jahre 1811 durch das südwestliche Bayern (Leipzig 1815).

²⁰ *Joseph von Hinsberg*, Arnim der Cheruskerfürst. Ein Gedicht in 14 Gesängen (München 1814); ders., Das Lied der Nibelungen (München 1812); zit. Urteil aus der „Wiener Literatur-Zeitung“ Nr. 53 (1814) nach BayHStA MA 9522.

falls in Bayern²¹. Da die Tageszeitungen so sehr in ihrem Spielraum eingeengt waren, verblieben hauptsächlich die rasonnierenden periodischen Zeitschriften und die eingeschleuste oder illegal umlaufende Untergrundliteratur als ein Forum intensiverer Revolutionsrezeption.

Zu den wichtigsten Zeitschriften rasonnierenden Charakters, die während der ganzen Rheinbundperiode im süddeutschen Raum erschienen waren, zählten die bei Johann Friedrich Cotta zunächst in Tübingen, ab 1810 in Stuttgart verlegten *Europäischen Annalen* und die in Frankfurt von Peter Adolph Winkopp herausgegebene Zeitschrift *Der Rheinische Bund*²². Sie sollen gemeinsam mit einschlägigen verbotenen Druckschriften süddeutscher Herkunft der folgenden Untersuchung zugrunde gelegt werden.

In dieser Publizistik zeigten sich programmatische Inhalte der Revolution aber nicht mehr unvermittelt, etwa als Menschenrechtsproklamationen oder Verfassungsentwürfe, wie sie noch die deutschen Jakobiner propagiert hatten. Es lassen sich jedoch sechs verschiedene Aspekte der Rezeption unterscheiden; sie bilden die Überschriften der kommenden Abschnitte: 1. Napoleon als Bürge für die „praktischen“ Errungenschaften der Revolution, 2. Rezeption in der Diskussion über den Code Napoléon, 3. das Erbe der Französischen Revolution in den rheinbündischen Reformen, 4. der Rheinbund und Napoleon als Hüter nationaler Einheit, 5. Revolutionsrezeption als propagandistisches Schreckbild und schließlich 6. Brücken der Revolutionstradition über die Befreiungskriege hinweg.

1. Napoleon als Bürge für die „praktischen“ Errungenschaften der Revolution

Die Revolution erschien als universalhistorischer Durchbruch neuer gesellschaftlicher Prinzipien; aber erst Napoleon habe ihnen Beständigkeit verliehen. Die Rezeptionsproblematik stand unter der Frage: „Was hat die französische Revolution für Napoleon den Ersten, und was hat Napoleon der Erste für die französische Revolution gethan?“²³ Diese Aufsatzüberschrift eines mit „F. B.“ zeichnenden Autors in den *Europäischen Annalen* bot die Gelegenheit, zwischen der Revolution und Napoleon zu unterscheiden, mit anderen Worten: sich von bestimmten revolutionären Erscheinungsformen zu distanzieren, aber gleichwohl eine Anzahl ihrer Inhalte zu akzeptieren. Staatsbürgerliche Gleichheit, Vernichtung von Privilegien (des „Feudalwesens“), Kampf um Menschenrechte: das rief Zustimmung hervor. Abgelehnt wurden der Beschluß der Nationalversammlung vom 10. August 1792 (die Suspendierung des Kö-

²¹ Dekret des württembergischen Polizeiministeriums vom 6. 2. 1809 an die Lokalzensoren, vgl. Fuchs, *Räsonnement* (wie Anm. 10), 228; zum bayerischen Reskript vom 1. 11. 1808, wonach „nur offizielle Nachrichten aus offiziellen Quellen, die immer am Ende anzugeben sind“ (sprich: der westfälische und französische „Moniteur“) übernommen werden durften, vgl. Bitterauf, *Zensur* (wie Anm. 10), 317f.

²² *Der Rheinische Bund*. Eine Zeitschrift politisch-statistisch-geographischen Inhalts, hrsg. v. Peter Adolph Winkopp. 23 Bde. in 69 Heften (Frankfurt 1807–11); *Europäische Annalen*, hrsg. v. Ernst Ludwig Posselt (Tübingen, Stuttgart Jg. 1795–1820).

²³ F. B. Was hat die französische Revolution für Napoleon den Ersten, und was hat Napoleon der Erste für die Französische Revolution gethan?, in: *Europäische Annalen* (1805,3) 3–13.

nigtums), die „scheußlichen Septemberscenen“, die „eben so scheußliche Hinrichtung Ludwigs des Sechzehnten“; die „demokratische Verfassung“ unter der Konventsregierung sei „ein großer Unsinn“ gewesen. Aber: „Die Schreckensperiode ist Frankreich auf eine doppelte Weise sehr nützlich geworden“: Sie habe die Integrität des Reiches gerettet und die Menschen fügsam gemacht, daß sie die revolutionären Änderungen hinzunehmen bereit waren. Die Revolution erschien nach diesen Maßstäben als notwendige „Krankheit, durch welche der politische Körper zu einem neuen Leben wiedererwachen sollte“²⁴; Napoleon war ihr Arzt.

Am schärfsten formulierte ein Autor namens „Alethinos“ im Jahre 1811 den Gegensatz zwischen Entartung und praktischer Rezeption der Französischen Revolution. Hinter seinen pseudonymen Reflexionen *Ueber die Tendenz der jetzigen Zeitereignisse* verbarg sich der schwäbische Pfarrer Johann Gottfried Pahl, der durch keinerlei amtliche Abhängigkeit zur Verehrung Napoleons genötigt war. Er rühmte:

„Die französische Revolution erschien als das Werk des erwachten, auf die Erfüllung seiner lange vernachlässigten Ansprüche strebenden Verstandes, und als ein entschlossenes Bemühen, Freiheit und Recht gegen veraltete Mißbräuche, vernunftwidrige Statuten und grundlose Autoritäten herzustellen. [...] Freiheit und Gleichheit wurden die Lösungswörter jener Zeit.“²⁵

Der „ursprüngliche Zweck“ der Revolution sei verlorengegangen; ungezügelter Leidenschaft, „ein scheußlicher Kampf um Geld und Herrschaft“ habe ihrem Charakter als „Produkt der Humanität“ ein Ende bereitet. Napoleon sei es jedoch gelungen, „das gährende Chaos aufs Neue zu ordnen, [...] Denn das Wahre in den Grundsätzen, von denen die Revolution ausging, blieb bei allen ihren Ausartungen immer noch anerkannt.“ Er habe ihr „das Thunliche, Zeitgemäße, Zweckmäßige und Praktische, im Gegensatze gegen die bloße Theorie“ entnommen; er habe „die Revolution auf den gefahrloseren und sicherern Weg der Reform eingeleitet“²⁶. Die Revolution habe die Gemüter der Franzosen auf Napoleon vorbereitet, und dieser habe sie zum Stillstand gebracht und ihr „einen Sinn, einen bleibenden Charakter, eine Wesenheit gegeben“²⁷.

Beseitigung des Feudalsystems, staatsbürgerliche Gleichheit, Repräsentation der Völker durch Verfassungen, allgemeine Wehrpflicht, gleiche Besteuerung, gerechtere (Land)Eigentumsverteilung, Trennung von Staat und Kirche zählten zu den fundamentalen Errungenschaften, mithin zu demjenigen, „was durch Napoleon als charakteristisch in sein Zeitalter eingeführt“ worden sei; so formulierten es Pahl und in ähnlichen Katalogen zahlreiche gleichgesinnte Publizisten²⁸. Das ließ sich gleichermaßen

²⁴ Zitate ebd., 8–10.

²⁵ *Alethinos* (d. i. Johann Gottfried Pahl), *Ueber die Tendenz der jetzigen Zeitereignisse*, in: *Der Rheinische Bund* 20 (1811) 345–367; die Identität Pahls ist zu erschließen aus: *Johann Gottfried v. Pahl, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben und aus meiner Zeit*, hrsg. v. Wilhelm Pahl (Tübingen 1840) 809.

²⁶ Ebd., 358.

²⁷ Was hat die französische Revolution (wie Anm. 23), 12.

²⁸ *Alethinos* (Pahl), *Tendenz* (wie Anm. 25), 360, Pahls Katalog der Errungenschaften 360–363; vgl. eine ähnliche Auflistung bei N.N., *Ueber die Gesichtspunkte, aus welchen eine Geschichte Napoleons geschrieben werden mußte*, in: *Europäische Annalen* (1808,3) 227–254.

vom Programm her für die Rheinbundstaaten als vorbildlich hinstellen. Auch mit der Monarchie auf konstitutioneller Basis schien das vereinbar, denn die „Wiederherstellung des Thrones war dem ursprünglichen Geiste der Revolution gar nicht entgegen“²⁹. Je nach Sicht betonten die Autoren einzelne Züge der Revolution als besonders wichtig. Einer erkannte „das eigentliche Wohltätige der Revolution“ in ihrer „Lex agraria“, die den ursprünglich kleinen Stand der Landeigentümer zum größten und zahlreichsten gemacht habe³⁰. Ein anderer rühmte als große Tat die von der Revolution eingeleitete und von Napoleon vollzogene Trennung von Staat und Kirche, als er die Annexion des Kirchenstaats durch den französischen Staat (Dekret vom 17. 5. 1809) kommentierte³¹.

2. Rezeption in der Diskussion über den Code Napoléon

Bleibende Errungenschaften der Revolution wurden in Gestalt des Code Napoléon rezipiert. Eine breite Diskussion um die Einführung des Code weckte Sympathien für „französische Einrichtungen“ ebenso wie nationale Leidenschaften, sich auf das eigene deutsche Recht zurückzubessern. Der Herausgeber der Zeitschrift *Der Rheinische Bund* öffnete gar einem anonymen Kritiker die Spalten seines Blattes, und dieser riet dringend davon ab, den Code zu übernehmen. Dieser sei „nur für französische Rechtsinstitute und Sitten, Gebräuche und Gewohnheit berechnet“, und dort gebe es nicht Adel, Lehnrecht, Zehnten, eheliche Gütergemeinschaft, Primogenitur, Fideikommiss, Servituten usw.; in Deutschland seien das aber wohlverworbene unverletzliche Rechte³². Auf dem engeren juristischen Feld entfachte der Code in den Jahren 1814/15 eine lebhafteste Fachkontroverse, ob es tunlich und an der Zeit sei, ihn für Deutschland zu übernehmen oder überhaupt ein nationales Gesetzbuch zu entwerfen. Führend waren daran beteiligt der von Landshut nach Berlin berufene Friedrich Carl von Savigny, der in Heidelberg lehrende Friedrich Anton Justus Thibaut und der Landshuter Jurist Nikolaus Thaddäus von Gönner³³.

Die dahinterstehende Interessenlage von Adel, Geistlichkeit, Grund- und Standesherrn wurde von den Zeitgenossen erkannt und ausgesprochen. In der erwähnten Zeitschrift *Der Rheinische Bund* hielt ein gleichfalls anonymen Schreiber dem für deutsche Verhältnisse abträglichen Urteil über den Code entgegen, die alten Steuerfreiheiten des Adels und der Geistlichkeit, die Rechte des Erbadeles, das Erstgeburtsrecht und die Verfügungen über Lehen seien „staatsschädlich“; man müsse „in Betreff

²⁹ Was hat die französische Revolution (wie Anm. 23), 11; vgl. auch *Alethinos (Pabl)*, Tendenz (wie Anm. 25), 360f.

³⁰ Geschichte Napoleons (wie Anm. 28), 237.

³¹ B., Ueber die Zurückführung des Papstes auf die geistliche Macht, in: *Europäische Annalen* (1809, 4) 179–200.

³² C. v. K.-z., Gedanken über die Einführung des Code Napoléon in den Staaten des Rheinbundes, in: *Der Rheinische Bund* (1807, 3) 474–479, Zit. 476.

³³ Vgl. hierzu die umfassende, sämtliche zeitgenössischen Quellen der Kontroverse verwertende Untersuchung von *Juchim Rückert*, Idealismus, Jurisprudenz und Politik bei Friedrich Carl von Savigny (Münchener Universitätschriften, Juristische Fakultät, Abhandlungen zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung 58, Ebelsbach 1984).

des Guten“ von Frankreich lernen und „Thatsachen aus der Geschichte Frankreichs, welches wir ja ohnehin so gern zum Muster wählen, ausheben“³⁴.

Das Bild der Revolution, vermittelt durch den Code als ihr gezähmtes Werkzeug, blieb ambivalent. Das bekam die Regierung Montgelas zu spüren an der Publizistik des betroffenen Adels, welcher die verlorenen Rechte der mediatisierten Fürsten, Grafen und Ritterschaft wiederhergestellt sehen wollte. Ein Regierungskammerprotokoll entnahm der beschlagnahmten Flugschrift des Franz Wilhelm Fürst und Altgraf zu Salm-Krauthelm heftige Angriffe auf den Rheinbund und auf die räuberischen Fürsten; der vom bayerischen König angekündigte Code Napoléon sei ein „gottloses Machwerk“, das für den bayerischen Boden nicht taue³⁵. Wichtig an solcher Publizistik ist, daß in ihr die Rezeption der Revolution und deren durch Napoleon vermittelte Maßnahmen greifbar wurden, wenn auch in kontrovers-polemischer Form.

3. Das Erbe der Französischen Revolution in den rheinbündischen Reformen

Über den Code hinaus, der ja in Bayern und Württemberg schließlich nicht eingeführt wurde, identifizierte man die Reformen in den Rheinbundstaaten als „französische Einrichtungen“ mit der Revolution; sie wurden – aus jeweils interessenbezogener Sicht – diskreditiert oder als Errungenschaft gefeiert. Auch hier erweist sich das Bild als zwiespältig. Im Jahre 1808 – das Königreich Westphalen war soeben aus der Taufe gehoben worden – dachte der Präfekt zu Marburg, Friedrich Ludwig von Berlepsch, nach „ueber das Königreich Westphalen rücksichtlich eines gewagten Blicks in die Zukunft“³⁶. Es erschien angesichts seiner verheißungsvollen Begleitpropaganda als der kommende reformierte Modellstaat schlechthin. Vor allem die grundrechtlichen Bürgschaften ließen ihn in Berlepschs Augen zur „freudigen Hoffnung einer glücklichen Zukunft für Alle“ werden³⁷: konstitutionelle Freiheit, Gewissensfreiheit und allgemeine Toleranz, Aufhebung des Feudalverbandes (Maßnahmen gegen Patrimonialgerichtsbarkeit, Lehngelder, Hand- und Spanndienste, Zehnten), öffentliche, unentgeltliche Rechtspflege, Preßfreiheit, gleichberechtigte Zugänglichkeit zu öffentlichen Ämtern, allgemeine Wehrpflicht; das empfahl den neuen Staat auch bei anderen deutschen Territorien. „Wohlerworbene Rechte“ hatten sich an dem Maßstab der „Würde des Menschen“ prüfen zu lassen³⁸.

In der Ferne zeichnet sich für den Autor bereits jene staatsbürgerliche Gesellschaft ab, die aus den Trümmern des Feudalismus erwachsen sollte: „Nichts ist der zuneh-

³⁴ Vgl. N.N., Quasi-Prüfung der im neunten Hefte dieser Zeitschrift S. 474 u. f. abgedruckten: Gedanken über die Einführung des Code Napoléon in den Staaten des Rheinbundes, in: Der Rheinische Bund (1808, 6) 3–23, Zit. 10, 13, 16.

³⁵ Franz Wilhelm Fürst und Altgraf zu Salm-Krauthelm, Freymüthige Gedanken über die Wiedergeburt seines Vaterlandes. 1814, in: BayHStA MA 9540.

³⁶ Friedrich Ludwig von Berlepsch, Ueber das Königreich Westphalen rücksichtlich eines gewagten Blicks in die Zukunft, in: Der Rheinische Bund 6 (1808, Heft 16) 126–148.

³⁷ Ebd., 131.

³⁸ Ebd., 133.

menden Kultur des Bodens und der Zirkulation des Geldes im Staate hinderlicher als der Lehnsexus.³⁹

Die Befürworter des Rheinbundes kannten die Einwände ihrer Kritiker: Napoleon habe die deutsche Staatenwelt zertrümmert und verfolge „keinen höhern Zweck als den eines Militairbundes“. Sie hielten dem eine zu erwartende innere Angleichung in Verwaltung und Gesellschaft entgegen: „die Freiheit und Einheit der Rechte, der Handlung, der Justiz, der Polizei, der Gewichte und Maaße, der National-Industrie“⁴⁰, mit anderen Worten: modernisierende Reformen.

Namentlich Bayerns Fortschritte wurden gerühmt: „Bayern hat ein Muster aufgestellt, daß man durchgreifende Reformen mit großer Schonung des Bestehenden verwirklichen kann.“⁴¹ Und unter staatspolitischem Gesichtspunkt befand gar ein Autor: „Das Königreich Baiern, wie es izt [1808] ist, ist mächtiger als das heilige römische Reich deutscher Nation, wie es noch vor 4 Jahren war.“⁴²

Die Betroffenen hingegen verteidigten mit allen publizistischen Mitteln die Vorrechte, die ihnen genommen werden sollten. In Flugschriften beklagte der Adel die Aufhebung seiner Steuerbefreiung, die Konskriptionspflicht und die drohende Beseitigung seiner gutsherrlichen Einkünfte mit der polemischen Frage: „Soll Alles dem gallischen Nivellirungs-System unterliegen?“⁴³ Er empfand das als Maßnahmen im Geiste der Revolution; unter dem Rheinbund habe gegen ihn das „Gefühl des rücksichtslosesten Egoismus während einer Periode von 7 Jahren gewüthet“: „Dieser Bund hat niemals einen Rechtstitel seiner Unterdrückungen angeführt, sondern er begnügte sich, auf praktisches Unrecht gestützt, im Friedensstande befindliche [...] Mitstände zu unterjochen.“⁴⁴

Eine in Bayern beschlagnahmte württembergische Flugschrift bezeugt, daß auch die Bürgerlichen Grund zur Klage hatten. Zunächst erging sich der Autor in allgemeinen Angriffen: König Friedrich I. erschien als absoluter Herrscher, der sich einer allwissenden „geheimen Polizei“ bediene und Württemberg mit „1000 Polizeispiionen“ umstelle und der Briefe erbreche; er habe den Königstitel durch Eidbruch gegenüber den Ständen und durch das Blut von 30 000–40 000 Landeskindern von Napoleon erkaufte. Erst allmählich begreift der Leser das eigentliche Motiv des Zorns: Die krasseste Ungerechtigkeit nämlich dünkte den Verfasser die Maßnahme, auch die Studenten unterschiedslos gemeinsam mit den niederen sozialen Schichten zum Wehrdienst heranzuziehen; es müßten „die zum Studiendienst für das Vaterland gewidmet[n]. zu Strapazen unfähig[e]n Studierenden] unter die Gemeinen eintreten“⁴⁵.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ K., Aphorismen über die deutsche National-Einheit als Zweck des rheinischen Bundes, in: Der Rheinische Bund 5 (1808, Heft 39) 371–382, Zit. 377 f.

⁴¹ N.N., Einige Bemerkungen über den Modeton teutscher politischer Schriftsteller, nebst einer Friedenspredigt an ihre Partheyen, in: Der Rheinische Bund 14 (1810) 273–297, Zit. 273.

⁴² Geschichte Napoleons (wie Anm. 28) 231.

⁴³ Deutschlands Adel (wie Anm. 8), 20.

⁴⁴ [Maria Joseph Graf Fugger-Babenhausen], Materialien zu Germaniens Wiedergeburt als Beytrag zu den Beherzigungen des Wiener Kongresses, von einem Deutschen Fürsten entworfen. 1814, 8, in: BayHStA MA 9551.

⁴⁵ N.N., Württembergs Rechte. Erstes Wort einer Appellation an die hohen Befreyer Deutsch-

Mit Anspielung auf die Schreckensherrschaft Robespierres fragte der Kritiker: „Ein Fürst, der seine heiligsten, besonderen Pflichten vergessend, seine Regenten Macht mißbraucht, um seiner Nation Verfassung durch ihr eigen Blut und Gut umzustürzen, ist dieser ein weniger schlimmer Revolutionär, als jener Abenteurer?“⁴⁶

Diese Argumentation enthielt eine folgenschwere Logik: Die extreme Phase der Französischen Revolution, deren Gewalt- und Willkürherrschaft wurden in eine Reihe gestellt mit den rheinbündischen Reformen als antiständischer Revolution von oben. Anders ausgedrückt: Die Erfahrungen mit den rheinbündischen Reformen, vor allem deren Vermischung absolutistischer und revolutionärer Elemente, bremsen oder diskreditierten in Deutschland zugleich die Rezeption der Revolution von 1789, wobei deren Fieberphase als ihr eigentliches Wesen genommen wurde.

Diese ideologische Deutung der Reformen untergrub auch die Legitimität der regierenden Rheinbundfürsten. Um so gründlicher versuchten sie, diese Publizistik zu unterbinden, wie exemplarisch eine Fahndung bei einem Rothenburger Goldarbeiter bezeugt, der unter anderem im Jahre 1814 die Streitschrift *Baiern unter der Regierung des Ministers Montgelas* hatte verbreiten wollen. Sobald dem Minister die Schrift aus einem Buchhändlerkatalog bekanntgeworden war, ließ er intensiv im Lande danach forschen, nach langwierigen Recherchen schließlich mit Erfolg⁴⁷.

Bei dieser Fahndung griffen die bayerischen Behörden zugleich eine Broschüre mit dem Titel auf: *Leben, Thaten und Ende des Rheinbundes*. In dieser Art Publizistik tat sich für die rheinbündische Reformpolitik neben den revolutionären Assoziationen eine weitere gefährliche Herausforderung auf: der Vorwurf mangelnder „Deutschheit“. Er schien die öffentliche Meinung in Deutschland zu spalten, wie der Regensburger Generalkommissär wahrnahm. Denn sich auf die „Tendenz der Deutschheit“ zu berufen, äußere sich „bey den nordischen Gelehrten als der Ausbruch eines wilden Hasses gegen ihre übrigen deutschen Brüder und die Souveraine des südlichen Deutschlands. Die deutsche Freyheit ist der Aushäng Schild, unter welchen die zügelloseste Frechheit dieser Schriftsteller erscheint, die nichts mindres als einen allgemeinen Aufruf der Völker gegen ihre Regenten bezweckt“⁴⁸. Revolution, Reformen, rheinbündische Innenpolitik wurden als undeutsch abgetan und angegriffen. Eine in Bayern aufgegriffene, aber eigentlich für die sächsische Bevölkerung bestimmte Streitschrift urteilte:

Fortsetzung Fußnote von Seite 132

lands. Im zweyten Jahr der Wiederherstellung des Staats- und Völkerrechts in Europa [März 1814], Zit. 20f., 34, in: BayHStA MA 9538.

⁴⁶ Ebd., 22.

⁴⁷ Bericht des kgl. Maut- und Hallamts Rothenburg vom 29.3.1814, es habe bei dem dortigen Goldarbeiter und Bürger Kraft Flugschriften aufgegriffen, welche jenem aus Leipzig (vom Buchhändler Reiche) zugegangen seien, und zwar im einzelnen:

– 12 Exemplare „Baiern unter der Regierung des Ministers Montgelas“,

– 12 Exemplare „Württembergs Rechte“ (wie Anm. 45),

– 3 Exemplare „Leben, Thaten und Ende des Rheinbundes“ (vgl. folg. Anm. 48), BayHStA MA 9546 und 9549.

⁴⁸ Bericht des Generalkommissärs des Regenkreises in Regensburg, *Max Graf von Lodron*, vom 21.3.1814 über die Flugschrift „Leben, Thaten und Ende des Rheinbundes“, BayHStA MA 9545.

„Als Ihr Buonaparte's Knechte waret, da hießet Ihr freylich Sachsen, aber im eigentlichen Sinn waret Ihr – Franzosen! Jetzt werdet Ihr vielleicht Preußen heißen, aber – Ihr werdet Teutsche seyn.“⁴⁹

Dieses Verdikt traf auch die rheinbündische Publizistik, zunächst bei den Zeitgenossen, später bei der nachfolgenden nationalen historischen Forschung. Selten wurde erkannt – und dann nur als „Paradox“ bewertet, daß sie unter ihren spezifischen Voraussetzungen nationalen Leitbildern folgte⁵⁰. Diese nationalen Dimensionen der Rheinbundpublizistik verdienen genauer betrachtet zu werden.

4. Der Rheinbund und Napoleon als Hüter nationaler Einheit.

Die Rezeption der französischen Prinzipien bewahrte nach dem Zusammenbruch des Alten Reiches in den Augen ihrer Anhänger noch einen Rest nationaler Einheit Deutschlands. Ihr gemeinsames Fundament hieß „Rheinbund“. Die „Revolution der Begriffe, Meinungen und Grundsätze“ bewirke eine nationale „Wiedergeburt“, der eine verheißungsvolle Zukunft – die National-Einheit – bevorstehe, auch wenn die Gegenwart düster aussehe⁵¹.

In den Visionen der Rheinbundpublizisten tauchte erstmals, soweit ersichtlich, die Vorstellung einer „Revolution von oben“ auf. Einer der Ihren propagierte etwa, man könne von „unseren transrhenanischen Nachbarn“ die „verständigsten Ideen“ aus der Revolution lernen, ohne deren Übertreibungen mitzumachen. Mit anderen Worten: „Wir, gleich Anfangs unter günstigern Auspizien, das heißt, *von oben herab*, zu ihrer [der Ideen] Anwendung berufen, wir, durch das nahe Beispiel belehrt und gewarnt, wir könnten ein vollendetes Ganzes bilden“; dieses nannte er „Deutschland“⁵².

Selbst eine Stimme aus dem Kreis der betroffenen adeligen Reichsstände kam nicht umhin, in den erfahrenen territorialen Umwälzungen die „Wiedergeburt und Umformung der alten deutschen Staatsverfassung“ zu respektieren; der Beobachter kommentierte dazu: „Als Hauptprinzip der Revolution ward schon die Vereinigung der zahlreichen kleinen Staatsterritorien unter der Oberherrschaft der wenigen mächtigeren Reichsstände ausgesprochen.“⁵³ Am leidenschaftlichsten äußerten sich die nationalen Hoffnungen, getragen von Frankreichs und Napoleons Politik, in einem Aufsatz *Ueber Deutschlands politisches Interesse*. Napoleon erschien als der „Retter aller Nationen Europas“, der Italiener und Holländer zumal, und auch „der Jude athmet frei als Bürger und als Glaubender“. Die nationale Zukunft liege in „Deutschlands Völkerbund“, der „durch Dankbarkeit auf immer an Frankreichs Interesse gefesselt, Europas Vormauer gegen Asiens Tartaren bildet“. Der Verfasser hielt Napoleon für wür-

⁴⁹ A ... Z, Sendschreiben eines Sachsen an seine Landsleute im September 1814. Teutschland, 7, in: BayHStA MA 9553.

⁵⁰ Vgl. von Raumer, Rheinbund (wie Anm. 11), 341 f.

⁵¹ *Altbüchs (Pahl)*, Tendenz (wie Anm. 25), 354.

⁵² N.V., Das Gebirge öffnet sich, in: Der Rheinische Bund 5 (1808) 299–303, Zit. 301.

⁵³ v. A., Anfrage und Aufforderung [!] an die Redaktion der Zeitschrift: Der rheinische Bund, in: Der Rheinische Bund 6 (1808) 294–297, Zit. 295.

dig, ein deutsches „Nationaldenkmal“ zu bekommen – „auf der steilsten und höchsten Felsenwand Deutschlands“⁵⁴.

Selbst dem neugeschaffenen Königreich Westphalen waren nationale Komponenten abzugewinnen. Es bestehe „aus verschiedensten deutschen Völkerstämmen“: aus Alt- und Neupreußen, Hannoveranern, Hessen und Braunschweigern. Bald werde „der Nationalhaß, der in Deutschland unter Deutschen anzutreffen war“, angesichts gleicher Verfassung und Verwaltung verschwunden sein⁵⁵.

Die Verteidiger des Rheinbundes stellten das „neue Föderativsystem“ – die „Schöpfung des französischen Kaisers“ – dem „alten System des Gleichgewichts“ gegenüber, dieses repräsentiert durch Großbritannien. Die Prinzipien der Französischen Revolution entwickelten sich in ihren Augen unter der Hand Napoleons zu einem neuartigen europäischen Friedenssystem: „Dem Continente steht ein langer Friede bevor, der, ohne irgend eine National-Eigenthümlichkeit zu vernichten, die Grundlage einer höheren und allgemeineren Entwikelung der Geister werden wird.“⁵⁶

Diese Zukunftsvision verlor freilich immer mehr an Überzeugungskraft, je länger die Kriege Napoleons dauerten und je heftiger die betroffenen Nationalitäten darunter litten. Im Laufe der acht Rheinbundjahre mußten seine Propagandisten immer mehr die durch Frankreich vermittelten, langfristig erhofften Errungenschaften gegenüber den unmittelbaren Kosten der Gegenwart herausstreichen, um den Argumenten der Kritiker entgegentreten zu können; aus dem System des Rheinbundes erwuchs für die Gegner „ein Friede, der die Welt in einen ungeheuren Kirchhof verwandelt; ein Friede, der mit der Vernichtung jeder National-Eigenthümlichkeit verbunden seyn wird; ein Friede endlich, der alles in den Schlund einer einzigen Alleinherrschaft stürzt“⁵⁷.

Es ist zu beobachten, wie die süddeutsche Rheinbundpublizistik mit dem einhergehenden menschlichen Leid und materiellen Opfer der Kriege zunehmend unter Legitimationsdruck geriet, wie auch die Erklärungen Napoleons an Glaubwürdigkeit verloren, wie die Praxis die Idee beständig diskreditierte. Ein Augsburger Professor Kayser schrieb im Dezember 1813 in den Probebogen seiner dann doch nicht genehmigten Zeitschrift: „Als der Revolutions-Krieg die ersten Schaaren von Franzosen auf Teutschen Boden geführt hatte, ward das Panier der Freiheit aufgestellt. [...] An die Stelle des Freyheitsbaums hat der jetzige Gewalthaber Frankreichs das Panier seines offiziellen Blattes aufgestellt.“⁵⁸ Napoleons *Moniteur* mußte sich messen lassen am Prinzip der Preß- und Meinungsfreiheit.

⁵⁴ W., Ueber Deutschlands politisches Interesse, in: Europäische Annalen (1807,1) 90–100, Zit. 95 ff., 99.

⁵⁵ Berlepsch, Westphalen (wie Anm. 36), 127.

⁵⁶ F.B., Ueber das alte System des Gleichgewichts und über das neue Föderativ-System, in: Europäische Annalen (1806,3) 101–113, Zit. 113.

⁵⁷ Ebd., 103.

⁵⁸ Probebogen der geplanten Zeitschrift „Erläuterung der Zeit-Vorfälle. Für teutsche Gemüther“, aus dem 1. Aufsatz: „Der Feind säet umsonst Unkraut unter den Weizen“, BayHStA MA 9532; darin auch in der 2. Lieferung der ironisch-polemische Aufsatz: „Ueber teutsche Barbaren und civilisirte Franzosen“ sowie „Europa am Tage der Krönung Napoleons zum Kaiser von Frankreich“ (Rückblick auf 9 Jahre).

Die Rheinbundpublizisten stellten sich mit Blick auf Napoleons Zwecke und Taten selbst die Frage, „ob sie mit den Entbehrungen und Opfern der Gegenwart zu theuer erkaufte sind“⁵⁹. Immer mehr werde die Freiheit der Völker niedergehalten; immer tiefer sinke der allgemeine Wohlstand; die „maschinenmäßigen Anordnungen“ des absoluten Regiments unterdrückten den freien Geistesschwung der Bürger; die Abgaben würden unerschwinglich; die Zeit strebe „einem traurigen Zustande von Herabwürdigung und Elend entgegen“⁶⁰. Fast scheint es verwunderlich, daß solche Zeiturteile überhaupt die Zensur passieren konnten. Sie dienten als Folie universalhistorischer Dimensionen, die solche Bedenken entkräften sollten: „Es muß das Erz durchs Feuer gehen, ehe es zur herrlichen Bildsäule sich gestaltet.“⁶¹ Die Publizisten erkannten zweifellos die Problematik, das Nationale mit dem Menschheitlichen, das Deutsche mit dem Europäischen, das Historische mit dem Gesellschaftlichen zu vereinigen. Sie wollten jeweils beides, und das mit Bezug auf die Französische Revolution und auf Napoleon als ihres Katalysators. Überlegungen, wie eine künftige Geschichte Napoleons geschrieben werden müßte, mündeten im Jahre 1808 in der Erkenntnis, der Kaiser habe beabsichtigt, „die Revolution, diese notwendige Kraftäußerung der ihren alten Formen entwachsenen Menschheit, zu einem Schlusse zu führen, wodurch ihr Zweck, Verbesserung des gesellschaftlichen Zustandes, auf eine sichere und dauerhafte Art erreicht würde.“⁶²

In einer Zeit, die vom Erwachen des nationalen Sinns geprägt war, auf dessen Gefahren hinzuweisen: das durfte in der deutschen Öffentlichkeit nicht viel Resonanz versprechen. Die Zeiten alteuropäischer Aufklärung gingen zu Ende mit ihrem Glauben, „daß statt des einseitigen Nationalgeistes ein edlerer Geist des Kosmopolitismus und des allgemeinen Brudersinns erwache“⁶³.

5. *Revolutionsrezeption als propagandistisches Schreckbild*

Schließlich schlug die Argumentation der Rheinbundpublizisten, ihre enge Verbindung von Revolution, Napoleon und aktuellen gesellschaftlichen Zuständen, auf ihre Urheber zurück oder anders gesagt: Die Prinzipien der Französischen Revolution, die Reformen der Rheinbundstaaten, der Rheinbund selbst sowie sein Schöpfer Napoleon und namentlich die hart erfahrenen Opfer für seine Feldzüge zwischen 1806 und 1813 wurden zu einem Schreckbild zusammengefügt. Geradezu beispielhaft kam das in einer Pressefehde zwischen der renommierten Augsburger *Allgemeinen Zeitung* und dem von Joseph Görres redigierten *Rheinischen Merkur* zum Ausdruck. Die *Allgemeine Zeitung*, die sich in der Regel eigener Rasonnements weitgehend enthielt, brachte im Juli 1814 einen höchst streitbaren Artikel aus dem von Trient nach Innsbruck verlegten *Boten von Tirol*⁶⁴. Indem die AZ dessen Urteile in ungewöhnlich aus-

⁵⁹ Geschichte Napoleons (wie Anm. 28), 228.

⁶⁰ *Alethinos (Pahl)*, Tendenz (wie Anm. 25), 364 f.

⁶¹ Ebd., 365 f.

⁶² Geschichte Napoleons (wie Anm. 28), 229.

⁶³ *Alethinos (Pahl)*, Tendenz (wie Anm. 25), 366.

⁶⁴ *Allgemeine Zeitung*, Augsburg, Nr. 194 vom 13.7.1814, S. 776; der Artikel im „Boten von Ti-

fürhlicher Weise wörtlich übernahm, gab sie zugleich ihre eigene Position zu erkennen; sie polemisierte auf diese mittelbare Weise gegen einen heraufziehenden „deutschen Jakobinismus“, selbstverständlich mit Seitenblick auf Görres' politische Vergangenheit im Rheinland. Die Aufsätze seines Blattes seien „demagogisch“; er sammle seine politischen Räsonnements auf der Landstraße und in den Wirtshäusern, appelliere an das „mißvergnügte Volk“. Der Angelpunkt lag in der Feststellung: „Der Verfasser dieser Aufsätze ist offenbar einer von denjenigen, die in der Französischen Revolution nichts Verwerfliches sehen als den Despotismus des Kaisers Napoleon.“

Für die *AZ* und den *Boten von Tirol* ließ sich beides nicht trennen. In der Weise, wie sie den Sieg über Napoleon erklärten, offenbarten sie, was ihnen die Revolutionsrezeption bedeutete. Sie unterschieden zwei „Klassen“ von Zeitbeobachtern; die eine schreibe den Erfolg „dem sogenannten Volke“ zu, die andere, größere spreche hingegen von „überirdischen Einwirkungen und der unmittelbaren Fügung Gottes“. Dann stellte der Korrespondent die Zusammenhänge eindeutig her:

„Wer die erstere Klasse recht deutlich ins Auge zu fassen sich die Mühe nehmen will, wird finden, daß sie der Erbe des Kaisers Napoleon ist, so wie dieser der Erbe der Revolution war; wie er gegen die Revolution, so müssen sie gegen ihn streiten, um so erbitterter, jemeher es darauf ankommt, die eigne Abkunft zu verbergen, und doch um so nachgiebiger, als die ausschweifende und störende Absicht dem sogenannten Volke, den Demagogen und dem Imperator gemein ist.“

Hier sollte ein Schlußstrich unter die Rezeption der Französischen Revolution gezogen werden. Es mußte wiedergewonnen werden die „Weltordnung, die durch unsern reformirenden und revolutionirenden Vorwiz, aber nicht durch den Despotismus des Kaisers Napoleon verloren ging“. Der Ruf nach der alten Ordnung und nach dem Glauben an Gott wies voraus auf die Zeitwende: Zwei Jahre später – 1816 – veröffentlichte Karl Ludwig von Haller den ersten Band seines Werks über *Die Restauration der Staatswissenschaften*, das der folgenden Epoche und einer wichtigen Richtung ihrer Publizistik den Namen gab. Das beschriebene Schreckbild mit seiner Diskriminierung des vorausgegangenen gesellschaftlichen und politischen Wandels belastete die Rezeption der Prinzipien von 1789 in der folgenden deutschen Geschichte mit einer schweren Hypothek.

6. Brücken der Revolutionstradition über die Befreiungskriege hinweg

Einzelnen kritischen Zeitbeobachtern gelang es jedoch, die imperialen Züge der Politik Napoleons von den weiterreichenden historischen Tendenzen zu trennen. Der heute vergessene außerordentliche Professor der Philosophie in Erlangen, Alexander Lips, erinnerte 1814 in einer Schrift daran: „Wie aus Amerika die Freiheit in den Fahnen ihrer Verfechter nach Frankreich getragen wurde, und von Frankreich nach Spa-

Fortsetzung Fußnote von Seite 136

rol“ stammte vom 7.7.1814; vgl. Görres Kommentar in: Rheinischer Merkur Nr.89 vom 19.7.1814, in: Joseph Görres, *Gesammelte Schriften*, hrsg. v. Wilhelm Schellberg und Adolf Dyroff, fortgef. v. Leo Just, Bd. 6–8 (Köln 1928).

nien kam, so wird sie auch nach Deutschland ihren Fuß setzen. Allenthalben freie Konstitutionen, überall Liberalität, Trennung der Gewalten, eine andere Zeit, eine andere Denkart in allen Dingen!“⁶⁵ Auch das gehörte noch zur süddeutschen Publizistik der ausgehenden Rheinbundära. Der Pariser Friede war soeben abgeschlossen worden, und von dem bevorstehenden Wiener Kongreß erhoffte sich der Philosoph, es möchten „die Früchte reifen, welche die Zeitgenossen mit Recht von einer Revolution erwarten, die, politischer Art, in der Weltgeschichte Epoche machend“ gewesen sei. Die alten Formen seien zerbrochen: „Diesen großen Dienst erweist uns nicht bald wieder eine Revolution.“ Lips hatte sehr konkrete Vorstellungen: Abschaffung der stehenden Heere, einen deutschen Föderativstaat, Nationalbewaffnung, Steuerreform, Gewaltenteilung, Repräsentativverfassung und freie Wahlen, Handels- und Gewerbefreiheit, kirchliche Einheit, allgemeine Denk- und Preßfreiheit – alle diese Forderungen waren ohne das Vorbild der Französischen Revolution undenkbar. Er schrieb es selbst nieder:

„Dieß sind die Früchte, die diese Revolution gereift. Von diesem Moment hängt es ab, sie zu ergreifen, oder ungenossen, wie bei allen früheren Revolutionen, vorübergehen zu lassen. Ergreift sie Deutschland, so hat es die Revolution benutzt, ohne sie mitgemacht, und ohne durch Bürgerblut sie errungen zu haben, das Lösegeld aller Revolutionen.“⁶⁶ Montgelas ließ diese ihm vorgelegte Schrift nicht verbieten, denn sie war bereits an die meisten Buchhandlungen Deutschlands verschickt, so daß es unmöglich war, sie noch zu unterdrücken⁶⁷. Die Brücke der Revolutionsrezeption brach nicht ab.

Trotz allen Rufens nach Glaube, alter Ordnung oder alter deutscher Freiheit innerhalb der neuen Publizistik verschmähte selbst ein Teil des Reichsadels es nicht, nun nach Frankreich und auf die dort restituierten Errungenschaften revolutionärer Abkunft zu blicken, wie sie in der „Charte constitutionnelle“ Gestalt angenommen hatten. Im Vergleich dazu mußte er die deutschen Zustände vom Rückschritt bedroht ansehen:

„Freuet sich doch Frankreich seiner jetzigen Constitution, seiner Volks-Repräsentanten, seiner Gesetze, seiner Freyheit; und das siegreiche Teutschland sollte allein verächtliche Sklaven-Ketten tragen? Das teutsche Volk und der teutsche Reichs-Adel setzt seine ganze Freiheit in eine gerechte, bleibende und bewahrte Constitution.“⁶⁸ Der schließlich neugeschaffene Deutsche Bund, der in manchen seiner Verfassungsformen dem Rheinbund verpflichtet war, vermochte zweifellos selbst diese bescheidenen Hoffnungen des liberal gesonnenen Reichsadels kaum einzulösen.

⁶⁵ Alexander Lips, Der Wiener Congreß oder was muß geschehen um Deutschland von seinem Untergang zu retten und das Interesse aller Fürsten und Nationen daselbst zu vereinen (Erlangen 1814) 4 als Anlage des Akts im BayHStA MA 9552.

⁶⁶ Ebd., 47.

⁶⁷ Montgelas ließ aber Lips durch das Generalkommissariat anweisen, seine Schriften politischen Inhalts künftig zunächst vorzulegen, in: BayHStA MA 9552.

⁶⁸ A.N., Ansicht über die künftigen staatsrechtlichen Verhältnisse des unmittelbaren Reichs-Adels in Teutschland (1814) 29, in: BayHStA MA 9554.

Résumé de la communication de Wolfram Siemann

La Révolution française a, en beaucoup de domaines: abaissement de la noblesse, obligation du service militaire, égalité civile, émancipation des juifs, codification de la constitution, réforme agraire, tolérance confessionnelle, inspiré la révolution «par en haut» telle que la connurent les états du sud de l'Allemagne membres de la Confédération du Rhin. Si la recherche historique a privilégié l'étude des réformes intervenues dans l'Etat et dans la société, elle a quelque peu délaissé celle de l'opinion publique telle qu'elle a pu se manifester en particulier dans la presse.

Celle-ci, par exemple les *Europäische Annalen* (Tübingen puis Stuttgart), le *Rheinische Bund* (Francfort), avait tout loisir de se livrer à l'étude critique de la Révolution française à condition de ne pas attaquer Napoléon. Dans l'étude du contenu de la Révolution l'on s'abstenait de parler de la proclamation des droits de l'homme ou des projets constitutionnels des Jacobins allemands.

L'analyse de la Révolution, dans la presse de l'époque, a tourné autour de la question: «Qu'est-ce que la Révolution française a fait pour Napoléon Ier et qu'est-ce que Napoléon Ier a fait pour la Révolution?» (*Europäische Annalen* 1805). On accordait à la Révolution une importance européenne et même universelle mais seul Napoléon en aurait permis l'accomplissement. On comptait parmi les conquêtes fondamentales: l'abolition du régime féodal, l'égalité entre les citoyens, le service militaire obligatoire, l'égalité devant l'impôt, une répartition plus équitable de la propriété, la séparation de l'Eglise et de l'Etat.

Un vaste débat s'instaura aussi à propos du Code Napoléon qui a suscité des sympathies pour les «institutions françaises» issues de la Révolution, mais aussi des débats passionnés touchant le propre droit allemand. Certains contemporains ont défendu les intérêts de la noblesse, du clergé, des propriétaires fonciers et des autres «ordres» («Stände»). L'œuvre de la Révolution a donc donné lieu à controverses.

De même les réformes introduites dans les états de la Confédération du Rhin ont été en tant qu'«institutions françaises», identifiées à Révolution, célébrées comme une conquête ou soumises à la critique. Il y eut donc également débat sur ce point.

Après l'effondrement du Saint-Empire, l'introduction des principes français est apparue, aux yeux de leurs partisans, comme un facteur d'unité nationale en Allemagne dont la Confédération du Rhin serait l'instrument. On a cru que «la révolution des idées, opinions et principes» pouvait ouvrir la voie à l'unité nationale en dépit d'un présent défavorable.

On a, dans d'autres milieux, notamment dans ceux éprouvés par les conséquences des campagnes militaires entre 1806 et 1813, dressé une image effrayante des principes de la Révolution, des réformes intervenues dans les états de la Confédération du Rhin et de celle-ci en soi, de même que de son fondateur Napoléon. Dans une atmosphère de nationalisme passionné, l'on a opposé cette image à celle de la «vieille liberté allemande». Pareilles démarches hypothéquèrent lourdement l'appréciation portée sur la Révolution dans les périodes qui suivirent.

Il y eut toujours, malgré tout, quelques publicistes impartiaux pour rappeler que la politique impérialiste de Napoléon et la nécessité historique de continuer la diffusion des principes de la Révolution étaient deux choses tout à fait différentes.

Diskussion zum Referat von Wolfram Siemann

Leiter: Karl Otmar Frhr. von Aretin

Ausgehend von der Feststellung, die Darstellung Siemanns zeige ein sehr viel differenzierteres Bild der Französischen Revolution und ihrer Folgen in der Publizistik des Rheinbundes, als dies bisher gesehen worden sei, erklärte *H. Berding*, der Rheinbund werde ganz allgemein sowohl als Instrument Frankreichs als auch als Vorläufer der deutschen Einheit in der Geschichtsschreibung betrachtet. Außerdem wies er auf ähnliche Entwicklungen hin, wie sie der Referent für die Publizistik dargestellt hatte, und zwar 1. im politisch-administrativen Bereich. So sei es 1813/14 in Hannover geradezu zu Säuberungsaktionen gegen den Adel gekommen, der sich mit der Revolution eingelassen hatte. In Kassel sei die Reformpolitik z. T. bis in die Restaurationszeit fortgesetzt worden, Reformpolitiker seien aber mitunter Säuberungsaktionen zum Opfer gefallen. 2. im Bereich der Insurrektionen. Hier habe es nationale Interessen, aber auch Elemente gegeben, die gegen die Restauration gewesen seien. Für *W. Siemann* gibt es keinen Widerspruch zwischen Nationalstaatsgedanken und positiven Äußerungen zu Reformen. Nach 1806 habe der Rheinbund die einzige Hoffnung auf eine nationale Einheit dargestellt und sei gleichzeitig als Träger von Reformen begrüßt worden. Man könne also nicht sagen, das Nationale sei nur aus der Opposition gegen Napoleon entstanden, zumal die Befreiungskriege erst später stattgefunden hätten. Kritik an den Reformen sei dagegen von denjenigen ausgegangen, die durch sie Einbußen und Privilegienverluste erlitten hätten. Bezüglich eines entstehenden „Rheinbundpatriotismus“ erwähnte *K. O. Frhr. v. Aretin* einen Brief Adolf Winkopps (Herausgeber der Zeitschrift *Der Rheinische Bund. Eine Zeitschrift historisch-politisch-statistisch-geographischen Inhalts*) an Christoph v. Aretin aus dem Jahre 1806, in dem der Publizist erklärt habe, „wir sind das eigentliche Deutschland“, und damit eben nicht Preußen und Österreich gemeint habe.

Inwiefern die Träger einer „süddeutschen öffentlichen Meinung“ Bürokraten gewesen seien und wieweit es sich hierbei nur um einen Spiegel der innerbürokratischen Diskussion gehandelt habe, interessierte *E. Februnhub*. Sie nannte dabei als Parallele die Diskussion um den „Code“, wo Personen der gesetzgebenden Gremien auch an die Öffentlichkeit gegangen seien (z. B. Feuerbach). Der Referent wies darauf hin, daß hierzu noch genauere Recherchen nötig wären, ob es sich tatsächlich nur um staatsgelenkte Propaganda gehandelt hätte. So seien viele Schriften anonym erschienen. Als Gegenbeispiel könne der schwäbische Pfarrer Pahl dienen, der sich aus eigenem Antrieb als Publizist gemeldet habe.

Auf die Frage von *M. Batzenhart*, wie die Befürworter der Errungenschaften der Französischen Revolution zum Problem der Gewalt gestanden seien, zeigte *W. Sie-*

mann, daß diese Publizisten einen gewaltsamen Weg für nicht mehr notwendig gehalten hätten. Das sei in ihren Augen bereits in Frankreich geleistet worden, man habe geglaubt, nur noch die Reformen weiterentwickeln zu müssen. Bei der Gewalt habe man zwischen „schlechter“ und „guter“ Gewalt unterschieden, d.h. zwischen Entartung (z. B. Abschaffung des Königtums, Guillotine) und dem, was durch Napoleon als das Wesentliche konserviert worden sei. Man habe, nach Siemann, auch mit dem „gesellschaftlichen Wandel“ argumentiert. Grundprinzip für die Reformen sei für die Publizistik die Gleichheit gewesen (z. B. Eigentumsverteilung dürfe nicht mehr rückgängig gemacht werden, Trennung von Staat und Kirche).

Ein wesentlicher Teil der Diskussion behandelte im folgenden das Weiterleben früherer Reformgedanken in den Zeitschriften des Rheinbundes. Auf eine Frage *H. Brandts*, ob der Napoleonismus den liberalen Verfassungsgedanken der vorhergehenden Phase gänzlich zurückgedrängt habe, zeigte *W. Siemann*, daß in der Rheinbundpublizistik zu diesem Thema keinerlei Reflexionen mehr angestellt worden seien (zumindest hätte er dazu nichts gefunden), die Prinzipien seien aber übernommen worden.

Eine Verbindung zu den vorrevolutionären Reformideen stellte *P. A. Bois* her. Man sei in allen Staaten, Preußen inbegriffen (siehe Nassauer und Rigaer Denkschrift), von der Notwendigkeit von Reformen zur Verhinderung einer Revolution überzeugt gewesen. Instrument all dieser Reformen sei die Verwaltung gewesen, also eine „zentralgeleitete Macht“, d.h. eine Revolution von „oben“. Das Problem, das daraus entstehe, sei: Was ist aus dem Prinzip der Volkssouveränität geworden? Diese Frage sei in Deutschland bis 1918 wichtig gewesen. Nach *W. Siemann* behandelte die Publizistik der Zeit das Problem der Reformen durch Verwaltungsakte, also der Revolution von „oben“. Die Hoffnung habe sich auf die Rheinbundverfassung gerichtet, auf die Einberufung des Bundestages in Frankfurt. Man wollte also, daß die Repräsentation Wirklichkeit werde. Der Verfassung habe aber nie Leben gegeben werden können.

Auf die ältere Reformtradition des aufgeklärten Absolutismus ging schließlich *V. Press* ein. Ihn interessierte besonders, inwieweit diese in die Rheinbundpublizistik Eingang gefunden habe. Weiterhin wollte er wissen, ob hier thematisiert werde, daß Napoleon zur Monarchie zurückgekehrt sei, und ob es für die Autoren ein Problem bedeutet habe, ihren jeweiligen eigenen Monarchen mit der gebührenden Hochachtung gegenüber dem „Übermonarchen“ Napoleon darzustellen. *W. Siemann* hielt jedoch eine saubere Trennung der Bezüge zum aufgeklärten Absolutismus und solchen zur Französischen Revolution nicht für möglich. Auch habe er in der von ihm untersuchten Publizistik keinen direkten Hinweis auf Friedrich II. oder Joseph II. gefunden. Man sei auf das französische Vorbild fixiert gewesen, das man als Muster angesehen habe. Die Rückkehr Napoleons zur Monarchie habe jedoch kein Problem dargestellt, da die Revolution ja ursprünglich die Monarchie nicht habe vernichten wollen. Dies habe auch die Argumentation gegenüber den Fürsten erleichtert.

Die Frage *W. K. Blessings* nach dem Leserkreis konnte *W. Siemann* für die politische Rheinbundliteratur nicht beantworten. Er habe aber in einer württembergischen Zensurliste, die für die Zeit von 1811–15 527 Titel enthalte, Hinweise hierzu über die Autoren gefunden. Diese kämen in dieser Aufstellung hauptsächlich aus dem Bereich

Kirche und Erziehung, nicht also aus dem typischen freiberuflichen Bildungsbürgertum. Der größte Teil der aufgeführten Titel betreffe Literatur zur allgemeinen Volksbildung, sei also sehr viel bescheidener als die Vorstellungen über die kritische Literatur der Zeit. Zensur sei immer dann angewendet worden, wenn es sich im Sinne der Aufklärung um „abergläubische“ Literatur gehandelt habe, weit weniger im politischen Bereich. Das „Volk“ müsse davor bewahrt werden, habe dabei als Maxime gegolten. Als Beispiel nannte Siemann Jung-Stillings *Theorie der Geister-Kunde* (1808), die unter den Bauern und dem einfachen Volk zirkuliert habe und verboten worden sei. Anhand des Falles dieser württembergischen Zensurliste wollte der Referent ein Indiz für die Leserwirkung in dem genannten Bereich erkennen, erklärte aber ergänzend, für die politische Rheinbundliteratur kein entsprechendes Material zu besitzen.

Den von Habermas diskutierten Komplex Öffentlichkeit, öffentliche Meinung usw., der häufig mit dem Vereinswesen in Verbindung gebracht wurde, führte E. Fehrenbach ein. Sie sah durch den vielfach hergestellten Zusammenhang Vereinswesen – Reformzeit einen norddeutschen Schwerpunkt entstehen (z. B. die Lesegesellschaften), wies aber auf die konträre Entwicklung nach 1830 hin. So habe in dieser Zeit erst die eigentliche „Vereinswelle“ im Süden begonnen. Für E. Fehrenbach stellte sich deshalb die Frage, ob es nicht auf dieser Ebene eine Kontinuität von der Aufklärungszeit an bis nach 1830 gegeben habe, was andererseits auch heißen würde, die süddeutschen Verfassungen seien eben doch nicht nur „bürokratisches Kalkül“ gewesen. Bei dem von W. Siemann zitierten Alexander Lips bemerke sie einen ganz ähnlichen Forderungskatalog, wie er in der rheinischen Adressenbewegung von 1817/18 zu finden gewesen sei, d. h. bei den Adressen von Köln, Trier usw., die dann an Hardenberg weitergegeben worden seien. Auch diese Bewegung habe nicht eigentlich die Volkssouveränität gefordert, sondern sich im Rahmen des „rheinischen Gesetzeskatalogs“ bewegt.

Der Referent konnte diese Überlegungen nicht in der vorgebrachten allgemeinen Weise bestätigen. Bei der schwerpunktmäßigen Untersuchung der Flugschriftenliteratur aus den Jahren 1812/13 sei das Nationale gänzlich dominant gewesen, die Vertreter des Rheinbundes seien dagegen in die Defensive gedrängt worden. Alexander Lips stelle dabei eine Ausnahme dar, da er sich die Distanz bewahrt habe, positive Urteile über die französischen Errungenschaften zu fällen. Unklar bleibe jedoch, wie stark die Verfassungstradition innerhalb der gesamten Nationalbewegung gewesen sei. Zu dem Stichwort „öffentliche Meinung“ ergänzte Siemann, der Begriff existiere eigentlich seit 1798, als Görres von dem „Tribunal der öffentlichen Meinung“ gesprochen habe.

Den überraschenden Gesinnungswandel von Zeitgenossen erklärte S. Skalweit in einem Exkurs mit der Schnelligkeit der Entwicklung zwischen 1797 und 1815.

Guillaume de Bertier de Sauvigny

L'image de la Révolution Française dans «Le Conservateur»

Avant de tenter une lecture du *Conservateur* dans la perspective indiquée par le titre de cette communication, il importe de rappeler d'abord comment est né ce périodique, ce qu'il a représenté dans la vie politique de l'époque, quels étaient les objectifs de ses rédacteurs, qui étaient eux-mêmes ces écrivains journalistes.

...

Depuis la dissolution de la Chambre introuvable, en septembre 1816, l'influence du parti ultra-royaliste n'avait cessé de décliner. Contre lui, Decazes, favori du roi et ministre de la Police avait mené une guerre sans merci, utilisant tous les moyens pour discréditer ses adversaires de la droite, tandis qu'il s'efforçait, en revanche, de rallier des éléments de l'opposition libérale et bonapartiste. Celle-ci semblait avoir le vent en poupe. Nostalgiques de l'empire et crypto-républicains, regroupés sous l'étiquette avantageuse d'*Indépendants* se manifestaient avec une audace croissante à travers des périodiques comme *La Minerve* (établie en février 1818) et la *Bibliothèque historique* (décembre 1817). Ces publications éludaient la censure en se présentant comme des recueils d'articles sortant à des intervalles irréguliers.

Le succès de cette formule inspira à quelques sommités du parti ultra la pensée de lancer, en septembre 1818, une publication du même genre pour défendre leurs idées¹. Le financement de départ fut assuré par une contribution de 24 000 francs du comte d'Artois, frère du roi, espoir et protecteur du parti. A quoi devait s'ajouter au besoin le montant de huit actions à souscrire par des personnalités intéressées, Chateaubriand entre autres, à qui devait revenir, en raison de sa réputation littéraire, la principale responsabilité de la rédaction. Le succès de l'entreprise devait rapidement dépasser les espérances: le tirage initial de 3 000 exemplaires fut rapidement porté à 8 000. Le *Conservateur*, par la qualité de ses articles, étendait même son influence au delà des frontières de la France; il alimentait les craintes nouvelles des monarchies de la Sainte-Alliance devant la dérive du gouvernement français vers la gauche libérale.

¹ Voir surtout *Pierre Reboul*, Chateaubriand et le Conservateur (Lille-Paris 1973). Chapitre III. Plusieurs personnes ont revendiqué l'honneur de l'initiative: Vitrolles, Frénilly, Chateaubriand. Le premier cité aurait eu, semble-t-il, le rôle décisif.

Ces craintes et les attaques du *Conservateur* prirent un tour plus acerbe après la retraite du duc de Richelieu, en décembre 1818, et la formation d'un nouveau ministère sous la présidence nominale du général Dessolles mais sous la direction de fait d'Elie Decazes, devenu ministre de L'Intérieur. Ce dernier allait accentuer ses efforts de séduction du côté de l'ancien personnel républicain ou impérial, tout en épurant l'armée et l'administration des derniers éléments ultra-royalistes. Les élections du cinquième renouvelable de la Chambre, en septembre 1819, montrèrent que cette politique, au lieu de profiter au parti ministériel, ne faisait que renforcer la force de l'opposition de gauche. Louis XVIII, jusque là partisan de l'ouverture à gauche, fut profondément choqué de l'élection, dans l'Isère, de l'évêque constitutionnel Grégoire (voir ci-dessous). L'émotion soulevée, la menace que ces événements faisaient entrevoir pour l'avenir du régime et celui du ministre responsable incitèrent Decazes à changer de tactique. Maintenant, il allait tenter de modifier le système électoral de façon à donner un coup d'arrêt aux progrès du parti indépendant; autrement dit de reprendre à son compte un projet qu'il avait fait repousser au mois de mars précédent lorsqu'il avait été demandé par une majorité de droite à la chambre des pairs. De là un remaniement ministériel qui portait Decazes lui-même à la présidence du conseil et une tentative, en janvier 1820, de trouver un appui dans une partie du centre droit. Cette délicate manœuvre allait se trouver brutalement interrompue par la tragédie de l'assassinat du duc de Berry, le neveu du roi (13 février 1820). Decazes fut injustement accusé d'avoir indirectement inspiré le geste du meurtrier. Louis XVIII, cédant aux instances de sa famille, dû se séparer de son ministre favori et il rappela le duc de Richelieu à la tête du gouvernement. Les mesures que devait proposer Richelieu, en accord avec la droite, concernaient au premier chef la liberté de la presse. Or, de cette liberté, Chateaubriand s'était toujours fait le champion dans sa polémique du *Conservateur*. Il ne pouvait maintenant combattre ni approuver ouvertement le rétablissement d'un régime de censure. Il prit donc la décision de suspendre la publication (fin mars 1820). Mais comme l'a bien montré Pierre Reboul² d'autres considérations avaient sans doute joué: depuis longtemps Chateaubriand se trouvait en désaccord avec les plus influents des commanditaires et rédacteurs du *Conservateur*: l'attitude à prendre en face du nouveau gouvernement de Richelieu n'avait fait que rendre insoutenables ces divergences. Ainsi prit fin, après dix-huit mois d'existence, un des plus brillants luminaires de la presse politique de la Restauration.

Que faut-il retenir de ce trop bref exposé, et dans la perspective de la lecture qu'on s'est proposé de faire?

D'abord le fait que l'on a, dans le *Conservateur*, un organe de combat, et donc qu'il faut s'attendre à y rencontrer toutes les exagérations et les injustices de la polémique politique. En second lieu, il faut toujours se souvenir des objectifs que l'on se proposait: à savoir de déconsidérer la politique de Decazes. A cet effet, on rabâchera sur tous les tons à toute occasion l'argumentation suivante: il y a contradiction radicale entre la révolution et la monarchie; or les libéraux d'après 1815 sont en fait les héritiers de la révolution; en les courtisant Decazes les renforce et prépare la ruine de la royauté en

² Ouvrage cité.

France. L'effort de la polémique du *Conservateur* consistera donc à mettre en évidence les aspects les plus odieux de la Révolution et d'autre part à exagérer la portée et le sens des gestes de conciliation esquissés par le gouvernement Decazes. En troisième lieu, enfin, on doit tenir compte de la composition assez peu ordinaire de l'équipe des rédacteurs: sur une soixantaine de signatures on compte plus de la moitié de nobles gentilshommes. Ces personnes, tenant à des familles qui ont payé un cruel tribut à la guillotine révolutionnaire ou aux spoliations infligées aux émigrés, devaient forcément être imprégnés d'une haine implacable contre la Révolution. D'autre part, ils n'étaient pas des journalistes ordinaires, esclaves du produit de la plume et soumis par nécessité à l'autorité d'un rédacteur-en-chef. Chateaubriand se vantera plus tard: «Je mis la plume à la main aux plus grandes familles de France. J'affublai en journalistes les Montmorency et les Lévis ... Je fis monter la féodalité au secours de la liberté de la presse.»³ Or, de tels personnages devaient pouvoir librement exprimer des opinions divergentes; lorsqu'ils s'appelaient Bonald, Castelbajac, Lamennais, Salaberry, Kergorlay, Sesmaisons, Vitrolles, Frénilly, etc. ils n'allaient pas soumettre leurs vues particulières à celles d'un chef d'orchestre, même s'il s'appelait Chateaubriand.

...

Ces préliminaires acquis nous pouvons maintenant entrer dans le vif du sujet. Et tout d'abord pourquoi a-t-on voulu, au *Conservateur*, évoquer à tout propos le souvenir de la Révolution? N'allait-on pas ainsi désobéir au désir du roi qui avait donné, au début de la Restauration, le mot d'ordre *Union et oubli*. Castelbajac s'en explique en ces termes

Que la France oublie les crimes dont elle fut victime, nous y consentons volontiers sous le rapport des vengeances que pourrait en exécuter le souvenir. Mais que pour éviter de nouveaux malheurs elle ne perde pas le fruit d'une aussi cruelle expérience; qu'elle garde au contraire la mémoire des maux passés pour reconnaître le danger de ces maximes⁴.

À l'adresse du personnel mis en place depuis 1816 Fiévée donne cet avertissement:

Tout ce que nos jeunes administrateurs, venus au monde après les jours de désolation, savent de la révolution, ou tout ce qu'ils en ont retenu, c'est l'abaissement de ceux-ci et l'élévation de ceux-là; et cette connaissance suffit à leur jalousie et à leur cupidité. Ils n'ont pas vu la demeure des rois ensanglantée, la magistrature égorgée ... (etc., etc.) en un mot ils n'ont pas vu la révolution et qui n'a pas vu la révolution n'a rien vu et ne sait rien de ce qu'il faut savoir pour conduire les hommes⁵.

... Les royalistes, eux, écrit Chateaubriand, savent ce qu'ils auraient à attendre d'une révolution: les tombeaux de leurs familles le leur disent chaque jour. Si l'expérience est perdue pour certains hommes, elle ne l'est pas pour les royalistes. Pour eux la leçon a été sévère mais le souvenir qu'ils

³ Chateaubriand, *Mémoires d'Outre-Tombe* (Paris 1951) tome II, 17.

⁴ *Le Conservateur*, tome III, 187. Par principe, les livraisons ne portent pas de date. Les références sont données aux volumes constitués dès l'origine et que l'on trouve sous cette forme dans toutes les bibliothèques. Toutes les références qui suivent se rapportent donc aux différents volumes du *Conservateur*, dont il était bien inutile de répéter le titre, même sous la forme représentative d'un *Ibid.*

⁵ V, 207-208.

en conservent est du moins un avantage puisqu'il leur a appris à se connaître et à compter sur leur force pour le repos de l'avenir⁶.

Enfin, Bonald, le philosophe, rappelle que pour Socrate «Apprendre n'est pas autre chose que se souvenir». Et d'ajouter *ad hominem*:

On a voulu flétrir la fidélité en insultant ces hommes qui, disait-on, n'avaient rien oublié ni rien appris. Ceux qui se sont mêlés de nous gouverner n'ont rien eux-mêmes appris parce qu'ils ont tout oublié (i.e. des méfaits de la révolution)⁷.

On rappellera donc inlassablement dans toutes les livraisons du *Conservateur* les crimes de «la hideuse révolution», «filles de l'orgueil et de la démence»⁸. Les anniversaires comme ceux du 21 Janvier, du 11 octobre (mort de la reine), du 10 août, etc. donnent naturellement occasion à des articles larmoyants ou vengeurs. Un correspondant anonyme a dressé en douze pages un inventaire méthodique de la législation terroriste de la Convention, produite, dit un autre avec une «fécondité délirante»⁹. Un autre encore croit pouvoir établir un bilan des victimes qu'il porte, pour la seule Convention, au chiffre de 2266 719. Et quelles étaient ces victimes?

Il ne s'agissait pas de la vieille aristocratie; la démocratie avait la même sépulture. Riches, pauvres, vertueux ou coupables, nobles ou plébéiens la vieillesse et l'enfance, tout tombait également sous la hache commune. L'homme obscur précédait au tréteau fatal le duc et pair de France; le démagogue expirait après le royaliste; le conventionnel voyait avant de mourir, sa tête baignée par le sang du prêtre qu'il avait proscrit. Telle était alors la révolution, tels étaient ses fruits. C'était en son nom qu'on voyait écrit sur tous les murs: *Liberté, égalité, haine aux tyrans*. C'était au nom des principes qu'elle avait consacrés, et à la voix des hommes qu'elle avait enfantés qu'on mitraillait à Toulon, que la Loire se voyait transformée en fleuve de sang, qu'on incendiait les champs de la Vendée, que la charrue passait sur les ruines de Lyon, et que toutes nos villes étaient changées en bastilles et nos salles de justice en tribunaux de mort: voilà la révolution, la voilà telle que nos révolutionnaires nous l'ont faite¹⁰.

Le même auteur n'oublie pas de flétrir d'autres aspects moins sanglants de l'œuvre révolutionnaire, en réponse à ceux qui vantaient une «France nouvelle».

La France renouvelée en 1793 et 1794 était si différente de l'ancienne qu'elle pouvait à juste titre prétendre au mérite de la nouveauté. Les palais étaient devenus des prisons, les églises des écuries, les places publiques des champs de carnage. Sur nos théâtres... on ne parlait qu'un langage barbare, digne des sujets soumis à la représentation. Dans les relations habituelles, au lieu de ce ton de politesse et de convenance, fruit précieux de la civilisation, un grossier tutoiement, insupportable dans notre langue, injurait également la puissance, la vieillesse et la beauté. De simples artisans, transformés en Brutus, en Aristide, en Démosthène, siégeaient, affublés d'un bonnet rouge, dans les conseils de département, de district et de commune. Chaque ville, chaque bourg, chaque village avait un club où les destinées de la vertu, de l'opulence et des souvenirs étaient pesées au gré de l'intérêt et de l'envie. Un costume dégoûtant et hideux remplaçait les tissus brillants qui faisaient jadis la gloire et la prospérité de nos manufactures. Enfin, la terreur, la délation, le vol, le meurtre, se disputaient les déponilles de la patrie, et la tranquillité n'était que dans la tombe...
... C'est cette même nation qui, stupidement barbare en sa férocité, inventa un calendrier scandaleux.

⁶ I, 517.

⁷ IV, 515.

⁸ IV, 501, 510.

⁹ IV, 145-157. III, 241.

¹⁰ I, 64.

leux et ridicule, où chacun des jours de l'année était mis sous l'invocation d'un chou, d'un porc ou d'une laitue, et dont le complément avait reçu par décret le nom dégoûtant de *sans-culottides*¹¹.

Même si l'on hésite à allonger ce florilège, il faut encore citer du moins, en raison de leur autorité et de leur style, ces réflexions de Bonald et de Chateaubriand

La révolution n'a été, dans sa cause, dans ses moyens, dans ses effets, que la négation de tout pouvoir social, l'athéisme politique et religieux, la destruction, autant qu'elle est permise à l'homme, de toute idée de pouvoir, de devoir, de juste et d'injuste, de divinité, d'humanité, de société, et, pour tout renfermer en un mot, *le mal moral élevé à sa plus haute puissance*. (Bonald)¹²

La révolution vint nous réveiller; en poussant le Français hors de son lit elle le jeta dans la tombe ... Toutefois le règne de la terreur est peut-être de toutes les époques de la révolution celle qui fut la moins dangereuse pour la morale, Pourquoi? Parce qu'aucune conscience n'était forcée: le crime paraissait dans sa franchise. Des orgies au milieu du sang, des scandales qui n'en étaient plus à force d'être horribles. Les femmes du peuple venaient travailler à leurs ouvrages domestiques autour de la machine à meurtre, comme à leurs foyers ... Rien de plus net que la position de chacun; on ne parlait ni de spécialité, ni de positif, ni de système d'intérêts; ce galimatias des petits esprits et des mauvaises consciences était inconnu. On disait à un homme: «Tu es chrétien, noble, riche: meurs.» Et il mourait ... (L'ordre moral subsiste) car ce n'est pas de tuer l'innocent qui perd la société, c'est de le tuer comme coupable. (Chateaubriand)¹³

Même si ce n'est pas à première vue évident, nos deux auteurs sont ici dans le sens voulu par l'objectif visé par la polémique du *Conservateur*, la déstabilisation du ministère Decazes. Comme on ne peut évidemment pas lui imputer des actes comparables aux atrocités révolutionnaires, on s'attache à montrer que la révolution est moins à dénoncer dans ses crimes visibles que dans le caractère subversif, anti-social, de ses principes. Or, les libéraux d'après 1815, même s'ils répudient les excès de la Terreur, acceptent les pernicioeux principes de 1789. C'est pourquoi les rédacteurs du *Conservateur* en viendront à désigner généralement les libéraux sous le nom de *jacobins*. «C'est, dit Salaberry, le nom générique qu'il est temps enfin de restituer aux libéraux. Dans la mesure, donc, où la politique du ministère Decazes favorise le progrès du parti libéral ou indépendant, on pourra l'accuser de préparer le terrain pour un retour en force de la révolution jacobine.

En vain nous espérons que les maximes qui ont déjà perdu la monarchie la sauveront; notre espérance sera déçue. Préconiser ces maximes après le mal qu'elles nous ont fait c'est imiter les Romains qui mettaient au rang des dieux les monstres qui les avaient dévorés. (Chateaubriand)¹⁴

La faction révolutionnaire n'est rien en France par elle-même et n'y sera jamais rien sans l'appui d'un ministère son allié. Impiété, ambition, orgueil, cupidité, dépravation, n'importe par quel point de contact, tous les soi-disant constitutionnels, les soi-disant libéraux, les soi-disant doctrinaires, sont fédérés de la révolution. Ils lui appartiennent, et, comme elle, ils sont les ennemis de la monarchie légitime. (Salaberry)¹⁵

Cette ligne d'argumentation demande naturellement que l'on mette l'accent sur les origines intellectuelles de la révolution, l'action dissolvante des écrivains du prétendu

¹¹ I, 357-359.

¹² V, 593.

¹³ I, 467.

¹⁴ III, 9.

¹⁵ III, 400.

siècle des Lumières (Rousseau et Diderot surtout, car, curieusement, Voltaire n'est pas nommé) qui entraînait en fait la société française vers la barbarie.

La révolution était achevée lorsqu'elle éclata: c'est une erreur de croire qu'elle a renversé la monarchie, elle n'a fait qu'en disperser les ruines, vérité prouvée par le peu de résistance qu'a rencontrée la révolution. On a tué qui on a voulu ... parce qu'on opérait sur une société morte ... La société entière se décomposait: les hommes d'Etat devenaient des hommes de lettres, les gens de lettres des hommes d'Etat, les grands seigneurs des banquiers et les fermiers généraux de grands seigneurs. Les modes étaient aussi ridicules que les arts étaient de mauvais goût; et l'on peignait des bergères en paniers dans les salons où les colonels brodaient au tambour. (Chateaubriand)¹⁶

La même tactique amène les écrivains du *Conservateur* à rejeter comme une illusion l'idée qu'il faudrait exonérer l'Assemblée Constituante de toute responsabilité dans les crimes de la révolution.

On peut insulter à l'humanité en imprimant, avec une sanglante dérision que «l'aurore de la révolution avait été éclatante et pure», quoique les malheureux Bertier, Foulon, Flesselles eussent été massacrés et lanternés à cette aurore qui n'avait d'autre éclat que celui des réverbères de l'Hôtel-de-Ville, et rien de pur que le sang qu'elle avait vu répandre¹⁷.

Bonaldi fait ici allusion à l'ouvrage posthume de Mme de Staël *Considérations sur la Révolution française* (1818) ouvrage qui lui avait paru si pernicieux qu'il avait lancé aussitôt une importante brochure de réfutation *Observations sur l'ouvrage de madame de Staël ayant pour titre ...* etc. Si le philosophe n'a pas jugé utile de se répéter dans les pages du *Conservateur*, si Chateaubriand a eu l'élégance de ménager la mémoire d'une ancienne amie¹⁸, d'autres plumes se sont chargées de pousser l'attaque: Suleau¹⁹, Genoude²⁰, et surtout Fitz-James dont la critique, souvent sarcastique, est la plus développée²¹.

... ouvrage écrit avec passion, dans lequel on reconnaît bien moins l'intention de peindre le passé que d'égarer le jugement du public. C'est un catéchisme pour les jeunes adeptes en révolution, à qui l'on apprend comment ils doivent penser et parler sur les vingt-cinq dernières années... Elle (madame de Staël) juge les hommes, les événements, les époques de la révolution par le degré d'admiration que l'on eut pour son père, par les succès qu'elle obtint dans les salons de Paris... Tantôt, nouvelle Pythonisse montée sur le trépied, elle lit l'avenir et proclame à l'univers le triomphe des doctrines révolutionnaires; tantôt muse de l'histoire, elle célèbre les hauts faits de ses amis, et surtout elle a soin d'arracher du livre les nombreux feuillets qui pourraient obscurcir leur renommée.

Fiévée dénonce un autre procédé utilisé par les libéraux et les ministériels pour exonérer les grands ancêtres de 1789 de toute responsabilité dans les dérapages qui ont suivi.

Il est à la mode aujourd'hui, dans tous les ouvrages factieux, de mettre les crimes de la révolution sur le compte des royalistes; c'est leur résistance qu'on accuse de tout ... à entendre les factieux, la révolution est un *accident* déplorable, mais qui n'a eu lieu que parce que les royalistes ont tou-

¹⁶ IV, 197. II, 587.

¹⁷ IV, 115.

¹⁸ VI, 27-28.

¹⁹ II, 77.

²⁰ I, 329.

²¹ 204-209.

jours eu l'impudence de porter secours à la royauté ... On dira bientôt que le 10 août 1792 on n'a égorgé au château des Tuileries que parce qu'on n'a pas ouvert de suite à ceux qui venaient détrôner Louis XVI²².

Et Chateaubriand d'exercer sur ce thème son amère ironie.

Ne sait-on pas que depuis 1793 les royalistes ont tout fait? Ils ont brûlé leurs châteaux, ils se sont guillotiné eux-mêmes pour calomnier ce peuple. Ce sont eux (et M. Carnot l'affirme) qui ont conduit Louis XVI à l'échafaud. *Courage*, accusez les victimes! C'est la vieille tactique des tyrans. Toutefois, il faut être bien stérile d'invention pour se faire les plagiaires de Danton et de Marat; bien pauvre d'idées et de raisonnements pour emprunter la logique de Robespierre²³.

O'Mahony ironise sur un mode mi-sérieux mi plaisant:

Les mots, politiquement appliqués, ont, en réalité, la puissance que la superstition attribuait aux paroles magiques; ils sont au pouvoir quand ils sont l'organe du pouvoir.

- En 1814, le monde chrétien et monarchique se crut libre du joug de la révolution, la nomma *Peuve de l'enfer*.

- En 1815, elle ne fut plus qu'un mélange de crimes et de gloire.

- En 1816, une erreur politique,

- En 1817, une inévitable nécessité.

- En 1818, un accident.

- En 1819, c'est la fille et la mère des Lumières.

- En 1820, ce sera la seule légitimité.

- En 1821, l'œuvre de l'enfer sera proclamée un *présent du ciel*, si toutefois la révolution admet encore un ciel, même libéral²⁴.

...

Et maintenant, plutôt que de suivre mois par mois la guerre de harcèlement menée par le *Conservateur* contre le ministère, on se propose de détacher quatre épisodes où la référence à la révolution apparaît avec plus d'évidence.

Premier épisode. La politique d'ouverture sur la gauche tentée par Decazes avait, depuis 1816, pris la forme d'un double mouvement en sens inverse dans le personnel de l'armée et de l'administration: d'une part en étaient éliminés tous ceux qui tenaient au parti ultra-royaliste; en contrepartie étaient réintégrés des personnalités du régime impérial épurés lors de la réaction royaliste de 1815. Au printemps de 1819, le ministère faisait un pas de plus: par mesures individuelles de grâce, le roi permettait le retour en France de militaires qui avaient été exilés en 1815 pour leur responsabilité dans l'aventure des Cent-Jours: ainsi le maréchal Grouchy, les généraux Exelmans et Lamarque. Ce genre de faveur ne soulevait que peu d'émotion dans l'opposition de droite. L'un des plus virulents ultra-royaliste le baron de Frénilly, actionnaire-fondateur du *Conservateur*, s'exprime en ces termes:

Il peut se concevoir que des royalistes, sans porter atteinte à leurs principes inébranlables, se sentent exempts de haine pour des hommes qui, sans tremper dans les boues de la révolution, ont

²² III, 20-21.

²³ I, 476.

²⁴ IV, 120.

agrandi leur pays par des guerres éclatantes, et gardé, jusqu'au bout la foi jurée à l'auteur de leur gloire²⁵.

En revanche, les royalistes devaient faire éclater leur indignation lorsqu'on apprit que le roi avait aussi permis le retour de cinquante-deux anciens conventionnels régicides qu'avait exilés la Chambre introuvable, par la loi du 12 février 1816, assez improprement dite «loi d'amnistie».

Tant que l'on n'aura pas essayé les pleurs du dernier des royalistes, la pitié pour les hommes qui ont assassiné Louis XVI et proscrit Louis XVIII sera un outrage à l'infortune, une insulte à la vertu. Que ferait-on aujourd'hui en rappelant les anciens régicides dont le cœur a été réchauffé par la trahison des cent-jours? On déclarerait implicitement à l'Europe que juger un monarque est une action comme une autre, une action indifférente en soi, susceptible d'interprétations différentes; on reconnaîtrait par cela même le principe de la souveraineté du peuple; l'on préparerait la chute des Rois.

Convenons que ce serait payer un peu cher la réconciliation de nos ministres et de la révolution ... (Chateaubriand)²⁶

Le parti libéral ... finira par s'appeler tout simplement le parti des régicides. (Fiévée)²⁷

Les porte-paroles de ce parti, à la chambre et dans leur presse, avaient eu l'impudence d'assimiler ce retour des exilés de 1815 au retour des émigrés après 1799; dans les deux cas, arguaient-ils, c'était une mesure d'humanité et de réconciliation nationale. Castelbajac répond:

Tel journal du parti vous disait ces jours derniers: «Hélas! c'est avec joie que la France a rouvert son sein à tous ceux que la terreur de 1793 avaient exilés, et les hommes monarchiques font éclater leurs fureurs, lorsque les malheureux, frappés par la terreur de 1815, viennent chercher un tombeau dans leur pays.» Il ne s'agit ici ni de fureur ni de haine; les royalistes ne haïssent ni ne poursuivent personne, et poursuivis eux-mêmes pendant de longues années, dépouillés, massacrés, jamais un cri de vengeance n'est sorti de leur bouche ...

Aujourd'hui qu'une loi a été rendue, que le vœu de la France a été réprimé, peu importerait encore aux royalistes que les coupables, atteints par elle, revinssent sur la terre natale, mais ce qui leur importe, c'est qu'une loi qui existe ne soit point violée, qu'un ministre ne se mette pas au dessus de la loi, parce que dès ce moment, il n'y a plus de gouvernement et qu'il n'y a qu'arbitraire ministériel ...

Voilà ce qui nous a forcés à rappeler ce qu'a fait M. Decazes relativement aux régicides; après cela, nous l'avouons, le dernier outrage que la vertu pût éprouver est, à ce qui nous semble, d'être mise en parallèle avec tout ce que le crime offre de plus épouvantable. Les victimes de la terreur de 1793, comparés avec les régicides de 1815! ... Quels sont les hommes exilés en 1793? La famille régnante, le Roi actuel, et les Français fidèles qui, réunis autour d'eux ... avaient abandonné famille et fortune, pour les aider à délivrer un Roi dans les fers, et à sauver la France du joug le plus atroce et le plus humiliant. Quels sont ces malheureux frappés en 1815? Des hommes couverts de toute espèce de crimes, qui, après avoir tué leur Roi, ont encore tué de toutes parts; pour qui rien n'a été sacré ... qui, après vingt ans de calamités sans nombre accumulées par eux sur leur malheureux pays, inaccessibles au remords, comme ils l'avaient été jadis à la pitié, ont de nouveau proscrit leur Roi, sa famille, et appelé sur la France toutes les furies de leurs vieux forlains. Voilà ces infortunés, ces victimes, à qui, toutefois, on avait laissé tous leurs biens, leur vie, et

²⁵ III, 161.

²⁶ III, 479.

²⁷ IV, 68.

qui jamais ne laissèrent ni fortune ni existence aux malheureux qu'ils entassaient sur le fatal tombeau ou qu'ils faisaient mitrailler ou noyer par milliers²⁸.

Le second incident sortit d'une parole malencontreuse du garde des sceaux, le comte Hercule de Serre, lui-même, pourtant, ancien émigré de l'armée de Condé. Le 20 avril 1819 s'achevait à la Chambre des députés la discussion d'une nouvelle loi libéralisant le régime de la presse. On se demandait s'il fallait inclure dans les dispositions répressives les opinions que les députés pouvaient faire imprimer, qu'ils les eussent ou non prononcées effectivement à la tribune sous le couvert de l'immunité protégeant les débats parlementaires. De Serre, au cours de son intervention arguait: «Il faut dire pour l'honneur de la France, quelque désastreux qu'ait été le résultat des travaux de nos premières assemblées délibérantes ... on ne saurait nier que, dans ces assemblées, la majorité fut presque toujours saine.» – Quoi! s'écria-t-on à droite, même la Convention? – Oui, messieurs, même la Convention, et si la Convention n'eût pas voté sous les poignards, la France n'eût pas à gémir sur le plus épouvantable des crimes.

(Applaudissements à gauche. Tumulte d'indignation à droite.)

Le *Conservateur* ne devait dès lors pas perdre une occasion de rappeler le propos malheureux du garde des sceaux et de l'utiliser contre le ministère. Fiévée, par exemple.

Sauf l'assassinat de son Roi, la Convention était donc saine lorsqu'elle mettait son Roi en jugement; la Convention était saine lorsqu'elle faisait la loi des suspects, qu'elle instituait le tribunal révolutionnaire, en dirigeait toutes les opérations et confisquait les biens des condamnés; elle était saine lorsqu'elle proclamait l'athéisme, faisait démolir les églises et noyer les prêtres ... etc., etc.²⁹.

Le thème du régicide revient au premier plan à l'automne de 1819, avec l'élection, dans le département de l'Isère, de l'évêque constitutionnel Henri Grégoire. Sans doute, n'était-il pas, à proprement parler, régicide, puisque lors du vote de condamnation de Louis XVI, il était en mission en province; mais, avant de partir, il avait été de ceux qui, avec Saint-Just, avaient le plus contribué à faire décider la mise en jugement du roi, et, ensuite, lors du procès, il avait adhéré, par lettre, à la décision fatale.

Cette élection, écrit Fiévée, est

le dernier excès des profanations de la majesté royale ... le maximum, le *nec plus ultra* de la nouvelle révolution, et il ne serait pas mieux atteint quand on verrait arriver à la chambre vingt ou trente régicides³⁰.

L'indignation de Chateaubriand, comme toujours, est la plus éloquente:

Le mal est dans la loi qui couronne, non le candidat régicide, mais l'opinion de ce candidat, dans la loi qui peut créer ou trouver cinq cent douze électeurs décidés à envoyer à Louis XVIII le juge de Louis XVI. M. Grégoire prêta serment à Louis XVI: a-t-il tenu ce serment, tiendra-t-il celui qu'il fera à Louis XVIII? ... Le premier, il a provoqué la mise en accusation du juste couronné; il a sollicité le premier l'abolition de la monarchie. Peut-il, sans manquer à ses principes, reconnaître pour Roi le frère de celui dont il demanda obtint la tête? Mais n'accusons pas M. Grégoire; accusons le ministère et son épouvantable loi. Si l'on n'eût pas reproduit les opinions de M. l'abbé

²⁸ III, passim.

²⁹ III, 238.

³⁰ V, 205.

Grégoire, il fût resté isolé dans le monde, jouissant des qualités privées et des talens que le Ciel a pu lui départir. Ses principes font horreur, mais vous n'étiez plus son juge depuis que la Charte lui a pardonné. En le laissant à l'écart, en ne le tirant pas de son obscurité par la force et le résultat de vos systèmes, il eût passé en paix le reste de ses jours, si la paix peut être dans sa conscience ... On prétend que M. l'abbé Grégoire offre chaque matin l'hostie sans tache, de la même main dont il immola son Roi; puisse-t-il être racheté par le double sacrifice, par le mérite du sang répandu sur la croix et sur l'échafaud! Ce qui s'est passé ... a pleinement justifié les royalistes et condamné sans retour la loi des élections ... Elle nous a donné des conventionnels et des serviteurs de Bonaparte. Voilà la loi telle que les ministres nous l'ont faite³¹.

Castelbajac, de son côté, a recherché et publié des extraits des opinions fort peu évangéliques émises jadis par l'ex-évêque de Blois; celle, entre autres, où il avait déclaré que «toutes les dynasties, sans exception, étaient des races dévorantes vivant de chair humaine»; ou encore cette pittoresque définition: «les rois forment une classe d'êtres purulents qui fut toujours la lèpre des gouvernements et de l'espèce humaine»³².

Rappelons qu'au début de la session, en décembre 1819, l'élection de Grégoire devait être annulée à l'unanimité des voix, moins une seule; la gauche elle-même ayant accepté le motif d'irrégularité, tandis que la droite avait insisté sur l'indignité. «Sachez, messieurs, avait vaticiné le grand orateur du centre droit, Joachim Lainé, qu'il faut que cet homme se retire devant la dynastie régnante ou que la race de nos Rois recule devant elle.»³³

Les remous soulevés par l'affaire Grégoire devaient cependant dépasser de beaucoup en importance le sort fait à l'individu symbolique. Ainsi qu'il a été expliqué au début du présent essai, l'émotion soulevée dans l'opinion et partagée par le roi lui-même, obligèrent. Decazes à changer de politique, de renoncer à courtiser la gauche libérale et à tenter de faire modifier la loi électorale dans le sens réclamé par l'opposition de droite. On peut douter que cette manœuvre eût pu réussir, tant étaient amères les passions soulevées de part et d'autre. Quoiqu'il soit, la mort tragique du duc de Berry allait faire chavirer la barque ministérielle.

Dans ce quatrième et dernier des épisodes annoncés s'imposait plus que jamais l'évocation du régicide du 21 janvier 1793, et la malfaisance des doctrines révolutionnaires.

La révolution n'attend pas que les anciennes plaies soient fermées pour les ouvrir de nouveau. (Suleau)³⁴

Nous payons aujourd'hui le fruit de trente ans de révolution ... Louvel ... n'est-il pas l'enfant de nos doctrines? n'est-il pas l'enfant de nos lois? (Fiévée)³⁵

Chateaubriand, bien entendu, allait sonner l'hallali.

La révolution semblait rassasiée du sang des Bourbons; elle n'en était qu'enivrée; cette ivresse, loin d'apaiser sa soif, en augmentait l'ardeur ... La main qui a porté le coup n'est pas la plus coupable. Ceux qui ont assassiné Mgr le duc de Berry sont ceux qui, depuis quatre ans, établissent

³¹ VI, 631.

³² V, 546.

³³ Cité par *Nettement*, Histoire de la Restauration (Paris 1866) V, 206.

³⁴ *Le Conservateur*, V, 400.

³⁵ VI, 322.

dans la monarchie des lois démocratiques; ceux qui ont banni la religion de ces lois; ceux qui ont cru devoir rappeler les meurtriers de Louis XVI, ceux qui ont entendu agiter avec indifférence à la tribune la question du régicide; ceux qui ont laissé prêcher dans les journaux la souveraineté du peuple, l'insurrection et le meurtre, sans faire usage des lois dont ils étaient armés pour réprimer les délits de la presse, ceux qui ont récompensé la trahison et puni la fidélité, ceux qui ont favorisé toutes les fausses doctrines, ceux qui ont livré les emplois aux ennemis des Bourbons et aux créatures de Bonaparte ...

Il n'est plus temps de se le dissimuler: cette révolution que nous avons tant de fois et si inutilement prédite est commencée; elle a même produit des maux qui sont irréparables ... Le poignard qui a frappé le cœur d'un Bourbon est levé sur le cœur de tous les Rois; nul ne saurait prévoir quel sera en Europe l'effet de la mort de Mgr. le duc de Berry, ni dire l'influence de cette mort sur les départements de France infectés de l'esprit révolutionnaire³⁶.

Il n'est pas nécessaire de décrire ici comment la vague d'indignation soulevée contre Decazes – et dont la diatribe de Chateaubriand n'est qu'un exemple entre d'autres – aboutit finalement à la retraite forcée du favori de Louis XVIII. La politique de conciliation qu'il avait poursuivie, avec autant de maladresse que de courage, était-elle fatalement vouée à l'échec? La question, nous l'avons déjà dit, reste ouverte. En tous cas cet échec répondait au but que s'étaient proposé les fondateurs et rédacteurs du *Conservateur*. Même si d'autres facteurs avaient opéré, le souvenir fatal de la révolution, sans cesse rappelé, l'image hideuse que l'on avait présentée comme un épouvantail, avaient bien conditionné une partie de l'opinion. Plusieurs mois déjà avant la catastrophe, le problème fondamental que n'avait pu résoudre Decazes avait, été lucidement résumé et défini par Chateaubriand dans ce passage que je vous livrerai en guise de conclusion:

Cette alliance que vous rêvez entre la monarchie et la révolution est impossible; les principes de 1793 partout ranimés, les droits du Roi opposés aux dogmes de la souveraineté du peuple, le meurtre du frère du Roi, l'amour-propre et les espérances de l'armée brisées par la première restauration, la grande révolte des cent-jours, la seconde restauration faite sur le corps même de cette armée, le joug de l'Europe trop fortement ressenti, enfin les passions de l'amour-propre irritées par les anciennes habitudes de la monarchie ... sont autant d'oppositions au prétendu traité que vous voudriez conclure entre Louis XVIII et la révolution devenue toute puissante.

Zusammenfassung des Referates von Guillaume de Bertier de Sauvigny

Der *Conservateur* war im September 1818 durch eine Gruppe ultraroyalistischer Parteigänger gegründet worden, um die Innenpolitik des Kabinetts zu bekämpfen, dem damals der Duc de Richelieu vorstand. Diese Politik wurde in Wirklichkeit von Elie Decazes, dem Polizeiminister und Favoriten König Ludwigs XVIII., bestimmt.

Decazes versuchte die Opposition von links, von liberaler und von bonapartistischer Seite mit dem Regime wieder zu versöhnen. Man gab den *Conservateur* als eine unregelmäßig erscheinende Sammlung von Aufsätzen heraus. Ein Rezept, mit dem

³⁶ V, 16.

man die Zensur umgehen konnte, die die Zeitschriften traf, und das mit großem Erfolg schon von der liberalen Partei – „Independant“ genannt – mit ihrem Organ *La Minerve* angewandt worden war.

Der wichtigste Redakteur des *Conservateur* war der berühmte Schriftsteller François-René de Chateaubriand. Seine Autorität entsprach jedoch nicht tatsächlich der eines Chefredakteurs, da der größte Teil der Mitarbeiter aus Persönlichkeiten bestand, denen ihre soziale Stellung oder ihr literarischer Ruf erlaubten, ihre Meinung unabhängig zu äußern; unter ihnen waren Bonald, Lamennais und Fiévée. Ihre Begabung sicherte den Erfolg der Publikation, die schnell eine Auflage von 8000 Exemplaren erreichte. Ihr Ton wurde 1819 schärfer, als mit dem Rücktritt Richelieus Decazes die ganze Verantwortung für seine Politik der Öffnung zur Opposition von links zugeschoben wurde. Diese Politik mußte schließlich in den Wirren scheitern, die auf die Ermordung des Duc de Berry – des Neffen des Königs – folgten. Decazes trat zurück und der Duc de Richelieu, nachdem er als Minister wieder berufen worden war, begann eine restriktive Pressegesetzgebung. Chateaubriand nahm dies zum Anlaß, die Veröffentlichung des *Conservateur* einzustellen (März 1820). Die sechs Bände, die in den 18 Monaten des Bestehens erschienen sind, beinhalten zweifellos die glänzendsten Zeugnisse des Geistes einer Gruppe der Gesellschaft dieser Epoche. Für diesen Geist und für die Zwecke des Kampfes gegen die Person und die Politik von Decazes spielt das Bild der Revolution eine wichtige Rolle.

Die Erinnerung an die tragischen Revolutionsjahre wird als eine notwendige Lehre sowohl für die verantwortlichen Politiker wie auch für alle Franzosen betrachtet, die diese Schrecken nicht wieder erleben wollten. Keine Gelegenheit bleibt ungenutzt, um an die Verbrechen zu erinnern, die im Namen der Revolution begangen worden waren: die Ermordung des Königspaares, das tägliche Blutbad der Guillotine, die Massenhinmetzelungen, die Konfiskationen, die Tyrannei der Konventsausschüsse und der Jakobinerclubs in der Provinz, die religiöse Verfolgung; aber auch der Niedergang der Sprache, der Literatur, der sozialen Beziehungen und der Vandalismus gegen Denkmäler.

Wenn man auch den Liberalen nach 1815 nicht unterstellen konnte, die Terreur von 1793 wiederaufnehmen zu wollen, so versuchte man doch zu zeigen, daß die durch die Revolution begangenen Grausamkeiten nur die fatale Konsequenz der Prinzipien waren, die die Constituante von 1789 vertrat. Es täuschten sich also diejenigen – wie z.B. Mme. de Staël –, die die Revolution in ihren Anfängen bewunderten und glaubten, die Exzesse, die als eine zufällige Fehlentwicklung anzusehen wären, seien von anderer Seite provoziert worden – so z.T. durch den unbedachten Widerstand der Privilegierten. Die Liberalen von 1818 seien in Wirklichkeit die direkten Erben der Jakobiner, und ihre Ideen führten unfehlbar zum Ruin der wiederhergestellten Monarchie.

Vier Episoden aus dem politischen Leben von 1819–1820 riefen besonders heftig die Ereignisse von 1793 ins Gedächtnis zurück.

Die erste – provoziert durch Decazes –, im Frühjahr 1819, war der Rückruf von etwa 50 ehemaligen Konventsmitgliedern, die durch ein im Februar 1816 verabschiedetes Gesetz ins Exil geschickt worden waren. Man protestierte mit Bestürzung gegen

diese Art der Begnadigung, die einem der größten Verbrechen zugestanden wurde: dem Königs-mord.

Die zweite Episode entstand aus einer Äußerung des Justizministers, der in einem Gespräch gewagt hatte zu sagen, der Konvent habe – wie alle beratenden Versammlungen – eine „majorité saine“ gehabt. Es war folglich sehr leicht, an alle diejenigen Terrormaßnahmen zu erinnern, denen diese angeblich vernünftige Mehrheit zugestimmt hatte.

Die dritte Episode stand im Zusammenhang mit der Wahl des Bischofs Grégoire, der einst den Eid auf die Zivilkonstitution des Klerus' geleistet hatte; als Mitglied des Konvents von 1793 war er mitverantwortlich an dem Todesurteil für Ludwig XVI. Dies erlaubte den Royalisten, die Erinnerung an den Königs-mord gründlich auszunützen. Diese Wahl, sagte einer der Autoren des *Conservateur*, bedeute den letzten Exzeß der Profanierung der königlichen Majestät.

Schließlich erlaubte der Tod des Duc de Berry im Februar 1820 den Ultra-Royalisten, die Abdankung des gehaßten Ministers zu fordern, indem er beschuldigt wurde, er habe die Propaganda nicht verhindert, die die Hand des Mörders führte. „La main qui a porté le coup n'est pas la plus coupable“, schrieb Chateaubriand.

Zusammengefaßt kann man sagen: Das Bild der Revolution, an das an passender wie unpassender Stelle erinnert wurde, war einer der Faktoren, die den Mißerfolg der von Decazes versuchten Politik erklären, d.h. den Mißerfolg der Aussöhnung zwischen der monarchischen Tradition und dem Liberalismus, der der Revolution von 1789 entsproß.

Diskussion zum Referat von Guillaume de Bertier de Sauvigny

Leiter: Karl Otmar Frhr. von Aretin

Gleich zu Beginn stellte sich die Frage nach dem Verhältnis der Autoren des *Conservateur* zu den Aufklärern des 18. Jahrhunderts. P. A. Bois vermutete aufgrund der Tatsache, daß Voltaire von der Zeitschrift nie zu den Verantwortlichen an der Revolution gezählt wurde, daß die adeligen Beobachter Voltaireaner gewesen seien. Dies wies G. de Bertier de Sauvigny zwar klar zurück, räumte jedoch ein, Voltaire sei im *Conservateur* nie erwähnt, während Rousseau und Diderot häufig attackiert würden. Ergänzt wurden diese Ausführungen durch R. Dufrasse, der darauf hinwies, die Angriffe auf bestimmte Schriftsteller des 18. Jahrhunderts seien eine Konstante derjenigen französischen Denkrichtung gewesen, die sich gegenüber der Französischen Revolution ablehnend verhalten habe. Hätte nicht Ernest Renan (geb. 1823) das Zeitalter der Aufklärung als eine Epoche dargestellt, „où l'on avait la liberté de penser, mais où, en vérité, on pensait si peu qu'il n'y avait pas grand profit“.

Für ungewöhnlich hielt es J. B. Yvert, daß ein Journal wie der *Drapeau blanc*, der ähnlich ultraroyalistische Thesen wie der *Conservateur* verteidigt habe, für eine gewisse Zeit neben diesem erschienen sei. Yvert vermutete als Ursache der Gründung des *Drapeau* die Meinungsunterschiede der Autoren des *Conservateur* untereinander und auch gegenüber Chateaubriand.

P. Stadler interessierte die Behandlung der wirtschaftlichen Ursachen der Revolution im *Conservateur*. Nach G. de Bertier de Sauvigny seien diese überhaupt nicht angesprochen worden, was auf mangelnde Reflexion über die Gründe für die Französische Revolution hinweise. Die Diskussion habe sich lediglich auf den politischen und ideologischen Bereich erstreckt.

Auf Parallelen zu der im *Conservateur* vertretenen Denkrichtung im deutschsprachigen Raum wies H. Berding hin. Er nannte hierzu die Ähnlichkeit des Revolutionsbildes bei Metternich und schloß daran die Frage an, inwieweit zwischen beiden wesentliche Unterschiede bestünden. G. de Bertier de Sauvigny erklärte darauf, daß der *Conservateur* Metternich nie erwähnt habe, wie auch dieser nie über die Zeitschrift gesprochen habe. Der Minister hätte aber Chateaubriand persönlich nicht sehr geschätzt. Beide hätten jedoch die Französische Revolution sehr ähnlich bewertet, wobei die Urteile im *Conservateur* aufgrund der Nähe zu den Ereignissen klarer und schärfer gewesen seien.

Ergänzend zu seinem Vortrag bedauerte G. de Bertier de Sauvigny, nicht mehr auf die enge Verbindung zwischen Revolution und Religion im *Conservateur* eingegangen zu sein. Er unterstrich jedoch nochmals die Bedeutung der Zeitschrift, in der bedeutende Schriftsteller, wie Chateaubriand, Bonald, Lamennais, zu Wort gekommen seien, und die einen ersten Rang in der Presselandschaft der damaligen Zeit beansprucht habe. Alle Artikel Chateaubriands verdienten es, neu aufgelegt zu werden.

Jürgen Voss

Karl von Rotteck und die Französische Revolution

Der Freiburger Historiker, Jurist und Politiker Karl von Rotteck (1775–1840) wird 1819 von dem konservativen Publizisten Friedrich von Gentz zu Recht als „einer der wichtigsten Männer in Deutschland“ bezeichnet¹. Rotteck stand in vorderster Linie des Liberalismus in Süddeutschland. Aber nach 1832 sahen radikalere Geister wie Börne ihn und seine Freunde als „schwache Männer, weil sie den Schneckengang des Rechts gehen und nicht zur Revolution greifen wollten, [...]“². Von anderer Seite dagegen wurde er als „verkappter Republikaner, Jacobiner und Revolutionär“ angesehen³. Diese doch sehr voneinander abweichenden Einschätzungen legen es nahe, einmal näher zu prüfen, welche Einstellung dieser Mann, der, wie nur wenige, Geschichte, Rechtswissenschaft und Politik verband, zur großen Französischen Revolution eingenommen hatte. Eine Klärung dieser Frage ist auch deshalb von Belang, weil Rottecks Bild von der Französischen Revolution bislang recht punktuell bzw. pauschal präsentiert wurde und wir immer noch keine große Biographie von ihm zur Hand haben⁴.

Mein Vortrag gliedert sich in drei Abschnitte. Im ersten Teil skizziere ich den Mann, sein Wirken und Werk. Die Vorkenntnis seiner wichtigsten biographischen Daten, seines publizistischen und politischen Wirkens als auch seiner Auffassung von der Geschichte sind für das Verständnis seiner Revolutionsdeutung äußerst wichtig.

Der zweite Teil des Vortrages präsentiert das allgemeine Bild der Französischen Revolution bei Rotteck, seine Ursachenanalysen sowie seine Stellungnahme zu den Vorgängen von 1789. Der dritte Teil meiner Ausführungen referiert Rottecks Auseinandersetzung mit den verschiedenen Perioden der Revolutionsgeschichte (konstitutionelle Monarchie, Republik des Konvents, Direktorium, Konsulat).

¹ Emil Genter, Karl von Rotteck als Geschichtsschreiber (Freiburg 1908) 5, Anm. 1.

² Richard Roepell, Karl Wenceslaus von Rotteck (Breslau 1883) 29.

³ Roepell (wie Anm. 2) 17; vgl. auch Ernst Münch, Karl von Rotteck (Den Haag 1831) 229.

⁴ Vgl. Horst Ehnke, Karl von Rotteck, der politische Professor (Karlsruhe 1964) vor allem 2 f.; Hermann Kopf, Karl von Rotteck – Zwischen Revolution und Restauration (Freiburg 1980); ferner Münch (wie Anm. 3) und Friedrich von Weech, Rotteck, in: ADB 29 (1889), 385–389.

I. Der Mann, sein Wirken und Werk

1) Zu Rottecks Bildungsgang sowie seinen geistigen und weltanschaulichen Positionen

Karl von Rotteck stammt aus dem Vorderösterreich der josefinischen Zeit. Sein Vater war der Freiburger Arzt und Medizinprofessor Karl Anton Rodecker, der von Josef II. unter dem Namen von Rotteck 1789 geadelt wurde. Seine Mutter kam aus Frankreich: Charlotte Poirot d'Ogeron aus Remiremont in Lothringen. Der junge Rotteck nahm bereits 1790 in seiner Heimatstadt das Studium der Rechtswissenschaft auf und schloß es 1797 mit der Promotion zum Dr. jur. ab. Er folgte aber auch Vorlesungen in anderen Disziplinen und wurde während seines Studiums nachdrücklich auch vom ersten protestantischen Professor der Freiburger Universität, Johann Jakob Jacobi (1740–1814) – er lehrte Ästhetik und Philologie – sowie den josefinisch ausgerichteten Philosophen Schnetter und Theologen Wanker geprägt. An Freiburgs Universität, wo damals nach dem Zeugnis Schlözers die Wahrheitssonne heller als in Wien leuchtete, rezipierte er auch die Anschauungen Rousseaus und die Philosophie Kants⁵. Unter dem Einfluß der Universität entwickelten sich bei ihm also Auffassungen, die sich von jenen seines streng katholischen und royalistischen Elternhauses unterschieden⁶.

Nach kurzer Assessorenzeit wurde Rotteck 1798 23jährig zum ordentlichen Professor für Weltgeschichte berufen, ohne bis dahin allerdings im historischen Fach durch Publikationen hervorgetreten zu sein⁷.

Ab 1799 unternahm er eine Reihe von Bildungsreisen, die ihn nach Wien, Italien, in die Schweiz, nach Lothringen und 1801 nach Paris führten⁸. Ganz so kleinbürgerlich wie ihn Fucter und Srbik hinstellten, dürfte Rotteck nicht ausgerichtet gewesen sein⁹, denn gerade die Parisreise hat bei ihm bleibende Eindrücke hinterlassen. Er wechselte 1818 nach 20jähriger Lehrtätigkeit in Weltgeschichte auf den Freiburger Lehrstuhl für Staatswissenschaften und Naturrecht¹⁰. Von 1819 bis 1824 vertrat er die Freiburger Universität in der 1. Kammer des badischen Landtages. Nach der Julirevolution nahm er von 1831 bis zu seinem Tode einen Sitz in der 2. Kammer des badischen Landtags ein¹¹. Rotteck wirkte zwar nicht am Hambacher Fest mit, wurde aber auf Grund seiner publizistischen Tätigkeit 1832 seines Amtes als Freiburger Professor enthoben. Von 1834 an brachte er zusammen mit seinem Kollegen und politischen

⁵ Münch (wie Anm. 3), 15 f.; Roepell (wie Anm. 2), 2–5; Weech (wie Anm. 4), 385 f.; Ganter (wie Anm. 1), 20–24; Ehmke (wie Anm. 4), 7, 10; Kopf (wie Anm. 4), 16 f.

⁶ Heinz-Otto Sieburg, Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, Bd. 1 (Wiesbaden 1954) 113.

⁷ Roepell (wie Anm. 2), 7.

⁸ Karl von Rotteck, Gesammelte und nachgelassene Schriften, 5 Bde. (Pforzheim 1841–1843) Bd. IV, 68–70; Münch (wie Anm. 2), 17.

⁹ Eduard Fucter, Geschichte der neueren Historiographie (München/Berlin 1936) 524; Heinrich von Srbik, Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart, Bd. 1 (München 1950) 343.

¹⁰ Münch (wie Anm. 3), 92; Weech (wie Anm. 5), 386; Kopf (wie Anm. 4), 17.

¹¹ Roepell (wie Anm. 2), 21; Weech (wie Anm. 4), 387; Ehmke (wie Anm. 4), 9; Kopf (wie Anm. 4), 17 f.

Freund Welcker das *Staatslexikon* heraus, das für den frühen deutschen Liberalismus einen ähnlichen Stellenwert hat wie Diderots *Encyclopédie* für die französische Aufklärung.

Rottecks Bezüge zu Frankreich sind noch nicht näher untersucht, obwohl sie für seine Interpretation der Revolution als elementar angesehen werden können. Während seiner Studienzeit ergreift er Partei für die Grundsätze der Revolution, distanziert sich dann aber von der Napoleonischen Herrschaft, sieht nach 1815 nur noch in den französischen Ultras Gegner, während die französischen Liberalen für ihn „Sendboten der Freiheit“ bedeuteten¹². Mit einer Reihe dieser Liberalen scheint er auch näheren Kontakt gepflegt zu haben. In der von Rotteck mitgetragenen Freiburger „Gesellschaft für Beförderung der Geschichtskunde“ (gegründet 1826) waren bis 1830 eine Reihe von Franzosen auswärtige Mitglieder wie Champollion-Figeac, Comte Firmas-Perrier, Golbery, Teissier, Guizot, Cousin und Villemain, von den benachbarten Straßburgern Jung, Schweighäuser, Strobel oder den Schweizer Sismondi ganz zu schweigen. Kein anderer deutscher historischer Verein des 19. Jahrhunderts hatte so viele französische Mitglieder¹³. Rotteck unterhielt kontinuierliche Kontakte zu General Lafayette, der ihm 1832 nach der Amtsenthebung in Freiburg in Paris das Exil anbot¹⁴, ein Angebot, auf das der badische Liberale aber dann doch nicht einging.

Aber ebensowichtig wie seine Bezüge zu Frankreich sind sein Verhältnis zur katholischen Kirche sowie zur Habsburger Monarchie einzustufen. Der Freiburger Professor blieb zeitlebens dem Gedankengut des josefinischen Reformkatholizismus verbunden, pflegte mit Vertretern dieser Richtung wie Wessenberg engste Kontakte und vertrat gegenüber ultramontanen Ansprüchen das Konzept einer selbständigen katholischen Nationalkirche¹⁵. Zum Österreich der Restaurationszeit und des Vormärz verhielt er sich als Liberaler reserviert; aber er hat bei seinem Wienaufenthalt 1838 eine von Metternich anberaumte Unterredung nicht ausgeschlagen¹⁶.

Gegenüber Preußen hegte Rotteck tiefes Mißtrauen. Dies lag weniger an der protestantischen Orientierung dieser Macht, sondern mehr an ihrem inneren Gefüge, das einen Liberalen von seinem Zuschnitt abstoßen mußte. In seiner Schrift *Ueber stehende Heere und Nationalmiliz* (1816) wird in keiner Zeile von Preußen gesprochen! Und bei der Auseinandersetzung zwischen Berlin und dem Kölner Erzbischof ergreift Rotteck Partei für den bedrängten Vertreter der Kirche¹⁷. Die Sympathien des Frei-

¹² Sieburg (wie Anm. 6), Bd. I, 113.

¹³ Peter P. Albrecht, 100 Jahre Freiburger Gesellschaft für Geschichtskunde (Freiburg 1926), 19, 27.

¹⁴ Theodor Heuss, Karl von Rotteck, in: Deutsche Gestalten (Stuttgart/Tübingen 1947) 19–30, hier 27; Kappf (wie Anm. 4), 60f.

¹⁵ Rotteck, Bd. IV (wie Anm. 8), 128; Münch (wie Anm. 3), 18f., 30–33; Wenz (wie Anm. 4), 387–389; Gantner (wie Anm. 1), 90; Eduard Winter, Romantismus, Restauration und Frühliberalismus im österreichischen Vormärz (Wien 1968) 116. Vor diesem Hintergrund muß auch seine Würdigung Josefs II. gesehen werden.

¹⁶ Heinrich von Srbik, Metternich, Der Staatsmann und der Mensch, Bd. I (Darmstadt 1954), 263. Die Stationen und Kontaktkreise dieser Reise wären noch näher zu untersuchen.

¹⁷ Karl von Rotteck, die Cölnische Sache betrachtet vom Standpunkt des allgemeinen Rechts

burger Professors gehören eher politischen Körperschaften wie der Schweiz, was sich selbst in seiner Darstellung des Revolutionszeitalters niederschlug¹⁸.

Als Jurist und Staatswissenschaftler ist er in Anlehnung an die französische Aufklärung und die Göttinger Schule ein konsequenter Vertreter des Naturrechts, ein Kämpfer gegen das historische Recht¹⁹. Der Kampf des Naturrechts, „des philosophischen Rechts gegen historische Einsetzungen“²⁰, kann als ein Leitmotiv seines Wirkens betrachtet werden.

2) Rotteck als Publizist und Politiker

Zu diesem Wirkungsfeld Rottecks gibt es einige Vorstudien, weshalb ich hier nur die wichtigsten Aspekte zur Sprache bringe²¹. Neben seinen historischen Publikationen und juristisch-staatswissenschaftlichen Handbüchern hat Rotteck als Publizist und Journalist agiert und war in den Jahren seiner Zugehörigkeit zum badischen Landtag auf der Rednertribüne stets ein aktiver Verfechter liberaler Positionen. Wie Theodor Heuss schon treffend schrieb, „gab er vielfach dem Zeitgeist Ausdruck“²². Rotteck trat 1814 als Herausgeber der kurzlebigen *Teutschen Blätter* erstmals journalistisch in Aktion. Später hatte er die Redaktion der von Posselt begründeten *Politischen Annalen* sowie jene des *Freisinnigen* inne und wirkte auch an anderen historisch-politischen Journalen mit²³. Als Politiker setzte er sich stets für die Pressefreiheit ein, am ausdrucksvollsten 1831 zusammen mit Welcker und Itzstein im badischen Landtag²⁴.

In Freiburg war er führendes Mitglied des philhellenischen Comités²⁵. Die bereits erwähnte Schrift Rottecks *Ueber stehende Heere und Nationalmiliz* (1816) ist aus den Erfahrungen der napoleonischen Zeit hervorgegangen. Darin wird einleitend die historische Entwicklung des stehenden Heeres skizziert und dann vor allem der Miß-

Fortsetzung Fußnote von Seite 159

(Speier 1838). Vgl. *Münch* (wie Anm. 3), 117; *Weech* (wie Anm. 4), 389; *Ganter* (wie Anm. 1), 59; *Heuss* (wie Anm. 14), 28; *Ehmké* (wie Anm. 4), 3.

¹⁸ *Münch* (wie Anm. 3), 56. Vgl. z. B. seine Schilderung des französischen Vorgehens 1798 gegen die alte Eidgenossenschaft und die Bildung der Helvetik: *Karl von Rotteck*, Allgemeine Geschichte vom Anfang der historischen Kenntniß bis auf unsere Zeiten, zitiert nach 8. Auflage (Stuttgart 1831), 9 Bde., hier Bd. VIII, 234 ff.

¹⁹ *Ganter* (wie Anm. 1), 38 f., 94; *Srbik*, Geist (wie Anm. 9), Bd. I, 343 f.; *Georg G. Iggers*, Deutsche Geschichtswissenschaft (München 1971) 128 f.

²⁰ *Rotteck*, Allg. Geschichte (wie Anm. 18) Bd. VIII, 92. Entsprechend finden sich bei ihm auch Passagen zu den natürlichen Grenzen (Bd. VIII, S. 136, 177), aber auch Passagen kritischer Natur, als das Direktorium und Napoleon weit über die sogenannten natürlichen Grenzen expandierten. Vgl. *Münch* (wie Anm. 3), 127–129; *Hans Hufeland*, Mensch und Gesellschaft im Staatslexikon von Rotteck-Welcker (Berlin 1957) 25; *Lothar Gall*, Der Liberalismus als regierende Partei (Wiesbaden 1968) 45.

²¹ Vgl. vor allem *Ehmké* (wie Anm. 4) sowie *Gall* (wie Anm. 20), 26–28, 44–46; *Roepell* (wie Anm. 2), 17–30; *Münch* (wie Anm. 3), 103–109, 127–129, 230 ff.; *Ganter* (wie Anm. 1), 48–50, 60 ff.

²² *Heuss* (wie Anm. 14), 25; *Srbik*, Geist (wie Anm. 9) Bd. I, 343.

²³ *Münch* (wie Anm. 3), 93, 230 f. Diese journalistische Tätigkeit Rottecks ist noch nicht näher untersucht.

²⁴ *Kurt Koszyk*, Deutsche Presse im 19. Jahrhundert (Berlin 1966) 69 f.

²⁵ *Münch* (wie Anm. 3), 237.

brauch des stehenden Heeres unter Napoleon sehr kritisch abgehandelt. Rotteck setzte sich hier wie andere Zeitgenossen – etwa Arndt, Schuckmann und Schön in Preußen – gegen das stehende Heer und für die allgemeine Volksbewaffnung ein. Dies hat dem Freiburger Liberalen seitens einer borussophilen Historiographie viel Kritik eingebracht²⁶.

Ebenso intensiv befaßte er sich 1819 in seiner Schrift *Idee über Landstände* mit dem Problem der parlamentarischen Repräsentativformen. Er zieht ein Einkammersystem vor, spricht sich für die direkte Wahl, aber gegen ein allgemeines Stimmrecht aus; er tritt für ein Zensuswahlrecht ein wie es im Frankreich der konstitutionellen Monarchie 1791 in der Verfassung verankert wurde und auch unter dem Bürgerkönigtum ab 1830 Praxis blieb²⁷.

Rotteck war, wie schon erwähnt, 1832 nicht beim Hambacher Fest zugegen – ebenso fehlten dort auch andere führende süddeutsche Liberale wie Welcker, Itzstein, Römer, Uhland und Pfizer, was oft vergessen wird²⁸. Dagegen nahm er Pfingsten 1832 am Badenweiler Fest teil, wo er in seiner Rede postulierte „Lieber Freiheit ohne Einheit, als Einheit ohne Freiheit“, was auch einen Seitenhieb auf Preußen und seine Machtansprüche darstellte²⁹. Rottecks Ideal ist der freiheitliche Rechtsstaat, der auch in einer Monarchie realisiert sein kann³⁰, nicht unbedingt die demokratische Republik wie Ganter schreibt³¹. Der Freiburger Professor stellt publizistisch-politisch in vielfacher Hinsicht eine Brücke dar zwischen dem Gedankengut der Spätaufklärung und dem frühen Konstitutionalismus³².

3) Rotteck als Historiker

Als Rotteck 1798 zum Professor für Weltgeschichte berufen wurde, hatte er noch keine historische Arbeit vorgelegt und war nach heutigen Kriterien für die Aufgabe nicht qualifiziert³³. Sein erstes großes Werk, das für das Bild der Französischen Revolution sehr wichtig ist, entstand erst ab 1810. Ausgehend von einer Anregung des Freiburger Herder Verlages übernahm er die Aufgabe, eine *Allgemeine Geschichte für alle Stände* zu bearbeiten, die dann in 9 Bänden von 1812 bis 1826 erschienen ist³⁴. Diese Darstellung ist nicht das Ergebnis umfassender Forschung; Rotteck hat sich nie als Forscher verstanden³⁵, hat aber die Entwicklung der Geschichtswissenschaft zu seiner Zeit – etwa Niebuhr, Ranke, aber auch die Monumenta – mit regem Interesse aufgenommen und gewürdigt³⁶. Der Freiburger Historiker stand als Geschichtsschreiber noch ganz in der Tradition der deutschen Spätaufklärung und sah in Schlözer sein

²⁶ Roepell (wie Anm. 2), 18 f.; Münch (wie Anm. 3), 103–109.

²⁷ Gull (wie Anm. 20), 26; Roepell (wie Anm. 2), 19 f.

²⁸ Roepell (wie Anm. 2), 29.

²⁹ Ganter (wie Anm. 1), 60; Ehmke (wie Anm. 4) 3; Iggers (wie Anm. 19), 130.

³⁰ Ganter (wie Anm. 1), 32, 64.

³¹ Ganter (wie Anm. 1), 48–50.

³² Ehmke (wie Anm. 4), 3.

³³ Roepell (wie Anm. 2), 7; Weech (wie Anm. 4), 386.

³⁴ Rotteck, Schriften (wie Anm. 8), Bd. IV, 112.

³⁵ Srbik, Geist (wie Anm. 9), Bd. I, 344; Sieburg (wie Anm. 6), 114.

³⁶ Darauf hat Ehmke (wie Anm. 4), 14 mit Recht verwiesen.

Vorbild³⁷. Rotteck versteht die Historie als eine „pragmatisch-philosophische Geschichte“. „Sie ist“, wie er schreibt, „eine bewährte, nach den Regeln der ächten historischen Kunst geschriebene, mit wahren philosophischen Blick begabte Geschichte.“³⁸ Die Geschichte bedeutet für Rotteck die „treueste Bildnerin einer aufgeklärten öffentlichen Meinung“³⁹. Er bezweckte mittels der Historie Belehrung und Besserung und urteilte dabei, wie er sagt, nach den „ewigen Ideen der Freiheit und des Rechts“⁴⁰. Zugleich bestreitet er, „daß die Geschichte [...] Dienstmagd seyn könne eines politischen so wenig als eines kirchlichen Systems“⁴¹. Aber seinerseits betrachtete er die Geschichte als Werkzeug der politischen Erziehung und Willensbildung⁴². Robert von Mohl wertete Rottecks *Allgemeine Geschichte* als Weltgeschichte im Lichte seiner Zeit⁴³.

In den während Napoleons Herrschaft entstandenen Bänden läßt Rotteck in die Darstellung der griechischen und römischen Geschichte seine Kritik an der Fremdherrschaft des Korsen indirekt einfließen⁴⁴, ein mutiges Unternehmen vor dem Hintergrund der Zeitumstände. Und im Gegensatz zu den Schwärmereien der Romantiker für das Mittelalter unterstrich er ähnlich den Aufklärern vor allem die problematischen Seiten dieser Periode⁴⁵. Hervorgehoben werden muß hier aber auch, daß der Freiburger Professor unter den katholischen Historikern wohl einer der ersten war, der Luther und der Reformation positive Seiten abgewann⁴⁶.

Rotteck erzielte durch seine *Allgemeine Geschichte* und den Auszug davon, die *Allgemeine Weltgeschichte* (4 Bände 1830–34), einen gewaltigen Erfolg. Das Werk kam in insgesamt 25 Auflagen heraus und ist in über 100 000 Exemplaren verlegt und auch gelesen worden. Dazu müssen noch Übersetzungen ins Französische, Englische, Dänische, Italienische und Polnische gezählt werden⁴⁷. Für den deutschen Büchermarkt der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts sind dies ganz außergewöhnliche Zahlen. Der Erfolg Rottecks ist noch höher zu bewerten, wenn man in Rechnung stellt, daß seine Werke zeitweise in den beiden großen deutschen Staaten Preußen und Österreich verboten waren und zudem auch auf dem römischen Index standen⁴⁸. Daß sie trotzdem selbst in Österreich die größte Verbreitung und Geltung hatten⁴⁹, soll hier nur unter-

³⁷ Ganter (wie Anm. 1), 95; Fueter (wie Anm. 9), 523; Srbik, Geist (wie Anm. 9), Bd. I, 344.

³⁸ Karl von Rotteck, *Allgemeine Weltgeschichte* für alle Stände zitiert nach 5. Auflage, 4 Bde. (Stuttgart 1841) hier Bd. I, 3.

³⁹ Rotteck, Schriften (wie Anm. 8), Bd. IV, 121.

⁴⁰ Ebda., 121, 124.

⁴¹ Rotteck, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 11.

⁴² Heuss (wie Anm. 14), 20; Friedrich von Weech, *Aus alter und neuer Zeit* (Leipzig 1878) 244.

⁴³ Roepell (wie Anm. 2), 111; Weech, *Zeit* (wie Anm. 42), 244; G. P. Gooch, *Geschichte und Geschichtsschreiber im 19. Jahrhundert* (Frankfurt 1964) 115–117.

⁴⁴ Ehmke (wie Anm. 4), 15.

⁴⁵ Roepell (wie Anm. 2), 15 f.

⁴⁶ Münch (wie Anm. 3), 561; Roepell (wie Anm. 2), 17.

⁴⁷ Rotteck, Schriften (wie Anm. 8), Bd. IV, 1371; Münch (wie Anm. 3), 28–36; Weech, *Zeit* (wie Anm. 42), 243; Ganter (wie Anm. 1), 4; Ehmke (wie Anm. 4), 13; Kopf (wie Anm. 4), 19.

⁴⁸ Roepell (wie Anm. 2), 17; Ganter (wie Anm. 2), 60; Gooch (wie Anm. 43), 116; Ehmke (wie Anm. 4), 13.

⁴⁹ Srbik, Geist (wie Anm. 9), Bd. II, 92; Winter (wie Anm. 15), 257.

strichen werden. Rottecks Werke waren das historische Lehrbuch des liberalen Bürgertums, ja er hat wohl am stärksten von allen zeitgenössischen Historikern das Geschichtsbild einer Generation geprägt⁵⁰.

Vor dem Hintergrund dieses Sachverhalts hat das Bild der Französischen Revolution im historischen Werke Rottecks einen noch höheren Stellenwert. Das *Staatslexikon* ist hier bei der Analyse ausgeklammert: Nicht nur weil der chronologische Rahmen dieser Veranstaltung 1830 schließt, sondern auch aus dem Umstand, daß die mit der Französischen Revolution zentral zusammenhängenden Artikel „Frankreich“ und „Revolution“ nicht von Rotteck, sondern von Golbery bzw. W. Schulz stammten⁵¹ und Rotteck in seinen Artikeln, soweit sie zur Französischen Revolution Stellung nehmen, wiederholt, was in der *Allgemeinen Geschichte* bereits ausgeführt ist.

II. Das allgemeine Bild der Französischen Revolution

1) Einführende Positionsbestimmungen

Rottecks erster Biograph Münch hat den Band der *Allgemeinen Geschichte* über das Revolutionszeitalter als „Krone des Werkes“ bezeichnet⁵². Der Freiburger Historiker beginnt die Darstellung der Revolutionsgeschichte plakativ mit dem Satz: „Keine größere, ja kaum eine gleich große Begebenheit gibt es in der Weltgeschichte als die französische Revolution.“⁵³ Ja, er geht noch einen Schritt weiter und erklärt: „Die Geschichte der französischen Revolution ist die Welthistorie der neuesten Zeit.“⁵⁴ Als Grundcharakter der Revolution bewertet er den „Kampf des philosophischen Rechtes gegen historische Einsetzungen“⁵⁵, d.h. des Vernunftsrechts gegen das historische Recht. Diese Positionsbestimmung kann, wie schon angedeutet, als ein Leitmotiv Rottecks angesehen werden, das er in seinen Schriften immer wieder vorträgt. Sie findet sich auch im Vorwort des *Staatslexikons*, wo er schreibt: „Der Charakter dieser Revolution, ja ihr eigentlicher Begriff und ihr Wesen, besteht bloß in dem, zum offenen Ausbruch gekommenen, Kampf des vernünftigen Rechts gegen die ihm widerstehenden Parteien oder Bestimmungen des historischen und positiven.“⁵⁶ Rotteck führt im einleitenden summarischen Überblick seiner *Allgemeinen Geschichte* auch gleich aus, was er zu diesem Grundcharakter rechnet und wo er den von der Revolution bewirkten Wandel sieht: „Eine neue Kriegskunst, neue Verwaltungssysteme kommen auf, alle Verhältnisse bürgerlichen Lebens werden wesentlich verändert. [...] Die Strahlen der Aufklärung dringen in die bisher dunkelsten Räume, das Selbsturteil

⁵⁰ Münch (wie Anm. 3), 35 f.; Heuss (wie Anm. 14), 19; Ehmke (wie Anm. 4), 13.

⁵¹ Hans Zebutner, Das Staatslexikon von Rotteck und Welcker (Jena 1929) 31–36.

⁵² Münch (wie Anm. 3), 75; Strukturell erfaßt sind Positionen Rottecks zur Französischen Revolution bei Michael Neumüller, Liberalismus und Revolution (Düsseldorf 1973), der aber kein geschlossenes Bild von Rottecks Einstellung vermittelt. Dies war auch nicht sein Ziel. Vgl. auch Gantner (wie Anm. 1), 127 f.; Iggers (wie Anm. 19), 128–130.

⁵³ Rotteck, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 3. Hinweis bereits bei Sieburg (wie Anm. 6), Bd. I, 113 sowie Neumüller (wie Anm. 52), 14.

⁵⁴ Rotteck, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 9.

⁵⁵ Ebda., Bd. VIII, 20.

⁵⁶ Karl von Rotteck/Carl Welcker (Hrsg.), Staats-Lexikon. Bd I (Altona 1834), Vorwort XI.

stellt kühn sich der Autorität entgegen.“⁵⁷ Er übersieht aber dabei nicht die Verwerfungen, die aus der Revolution hervorgehen und ihr zu Gefahr werden: „Aus dem Schoße der Revolution selbst steigt die Tyrannei empor und zerstört deren edelste Früchte; die Gegenrevolution übernimmt die Rolle der Befreiung. Aber der Streit der Prinzipien kehrt schnell zurück; natürliches und historisches Recht, verbündet im Kampfe gegen den Welttyrannen, erneuern ihren unseligen Kampf.“⁵⁸

Unser Autor geht für die Periode seit dem Zeitalter der Entdeckungen von einem eurozentrischen Weltbild aus: „Die Geschichte Europas ist seitdem die Geschichte der Welt, die europäischen Revolutionen sind Weltrevolutionen“ lesen wir bei ihm⁵⁹. Dieser modern anmutende Begriff stammt nicht von Rotteck selbst, sondern taucht schon einige Zeit vor ihm auf und läßt sich z. B. bei Rebmann und Schlözer belegen⁶⁰.

Rotteck verkennt nicht die Probleme, die sich bei der Darstellung der Revolutionsgeschichte ergeben. Sie böte Schwierigkeiten, „wie keine andere im ganzen Laufe der Zeiten“⁶¹. Denn „ueber die französische Revolution sind bis jetzt meistens nur Stimmen der Partheiung, der Befangenheit durch Interesse oder Leidenschaft erklingen, noch übertönen sie der Wahrheit leisen Ruf. Unermeßlich ist die Aufgabe der Kritik. Viele Zeugen müssen noch abgehört [...] werden. Hier ist die Arbeit noch mehr als eines Geschlechtsalters nötig. [...]“⁶², wobei er mit dieser Einschätzung durchaus richtig liegt. An anderer Stelle vermerkt Rotteck zu dieser Frage: „Die Zeit ist noch nicht gekommen [...], in welcher eine getreue Geschichte der ganzen Revolution könnte und dürfte geschrieben werden“⁶³. Und wer sich dennoch daran wage, möge beachten: „Es ist unmöglich, die Geschichte der französischen Revolution zu schreiben und Allen zu gefallen.“⁶⁴

Die philosophisch-pragmatische Darstellungsform kommt wohl da recht deutlich zum Ausdruck, wo der Autor die französische Revolution mit der Reformation vergleicht: „Nur eine Umwälzung mag dieser neuesten verglichen werden – die Reformation.“⁶⁵ In ihr sieht er den „Kampf der Freiheitslust und des Lichts gegen Geistesbeschränkung, [...]“⁶⁶ Er arbeitet hier aber auch die Unterschiede zwischen beiden Umwälzungen heraus: Die französische Revolution zeige „sich noch gewaltiger im Kampfe, schneller im Fortschritte und anfänglichen Triumphe“⁶⁷. In der Natur der Triebfedern und des Zeitalters sei der Schlüssel der Verschiedenheit: „Beide Revolutionen gingen vom Volke aus, von der Masse der Nation, nicht von den Interessen

⁵⁷ Rotteck, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 23.

⁵⁸ Ebda.

⁵⁹ Rotteck, Weltgeschichte (wie Anm. 38), Bd. III, 7; vgl. Neumüller (wie Anm. 52), 72.

⁶⁰ Vgl. demnächst Jürgen Voss, Zur Entwicklung des Revolutionsbegriffes und der politisch-sozialen Sprüche am Ende des 18. Jahrhunderts. Zum Hintergrund siehe Heinz Gollwitzer, Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. I (Göttingen 1972)

⁶¹ Rotteck, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 9.

⁶² Ebda., Bd. VIII, 10.

⁶³ Rotteck, Schriften (wie Anm. 8), Bd. IV, 174.

⁶⁴ Ebda., 174.

⁶⁵ Rotteck, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 3. Vgl. auch Sieburg (wie Anm. 6), 114; Neumüller (wie Anm. 52), 47.

⁶⁶ Rotteck, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 3.

⁶⁷ Ebda., Bd. VIII, 4.

Einzelner oder vom bloßen Sieg einer Faction.“⁶⁸ Aber, „eine politische Revolution wie die französische, wäre im 16ten Jahrhundert unmöglich gewesen. Der dritte Stand, oder die Nation ermangelte damals noch der Erkenntnis, ja der Ahnung seiner Rechte.“⁶⁹ An anderer Stelle greift er diese vergleichende Betrachtung von Revolution und Reformation wieder auf: Noch eingreifender und ausgebreiteter als die Reformation habe die Revolution gewirkt: „Sie, die welterschütternde Geburt eines neuen Zeitgeistes, die Kriegsankündigung des vernünftigen und daher ewigen Rechtes gegen das ihm Hohn sprechenden historische, [...]“⁷⁰ Dieser Vergleich von Reformation und Revolution ist allerdings nicht neu; er begegnet im deutschen Schrifttum bereits zur Revolutionszeit 1794 in einer Braunschweiger Abhandlung⁷¹.

Während Rotteck gegenüber der englischen Revolution seine Distanz artikuliert⁷², steht er der amerikanischen Revolution aufgeschlossen gegenüber. Sie sei eine Komponente, die zum Ausbruch der Ereignisse von 1789 geführt habe⁷³. Schließlich wäre hier noch zu fragen, wer nach Rottecks Ansicht die Revolution getragen hat. Dazu gibt es an einer Stelle eine etwas pathetisch klingende Antwort: „Für die Revolution, trotz ihrer beklagenswerten, doch mehr den Feinden als Freunden der Freiheit zurechnenden Ausschweifungen, waren die Meisten der hell Denkenden und menschlich Fühlenden.“⁷⁴

2) Die Ursachen der Revolution

Die Frage nach den Ursachen der Revolution ist schon von Zeitgenossen wiederholt gestellt worden und wird bis heute in der Forschung diskutiert⁷⁵. Rotteck hat diesem Fragenkomplex relativ viel Raum gewährt und kommt bei seinen Ausführungen zu recht aufschlußreichen Beobachtungen. Schon in seiner Einleitung spricht er das Problem an und wendet sich gegen Geister wie Abbé Barruel, die in Freimaurern und losen Schriften, in Komplott und Verschwörung den Ursprung sehen. Für Rotteck war schwerwiegender die „allgemeine Heillosigkeit des bürgerlichen Zustands“, oder wie er es auch formuliert „das fortdauernde Verderbnis des gesellschaftlichen Zustandes“ einschließlich der Situation der Kirche⁷⁶. Auf 25 Seiten untersucht er die Problematik näher und greift zunächst die Frage der gesellschaftlichen Verhältnisse auf. Parallel zur „Heillosigkeit des gesellschaftlichen Zustandes“ habe sich die Intelligenz des Volkes fortentwickelt; das Volk sei somit seiner Lage noch stärker bewußt geworden.

⁶⁸ Ebda.

⁶⁹ Ebda., Bd. VIII, 4, ähnlich 5.

⁷⁰ Rotteck, Schriften (wie Anm. 8), Bd. I, 374.

⁷¹ J. N. Biskhoff, Neu-Frankreich und Alt-Teutschland (Helmstedt 1794). Vgl. dazu auch Jürgen Pöw (Hrsg.), Deutschland und die Französische Revolution (München 1983), Vorwort IX–XII.

⁷² Rotteck, Schriften (wie Anm. 8), Bd. IV, 172.

⁷³ Rotteck, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 65 sowie 23.

⁷⁴ Rotteck, Schriften (wie Anm. 8), Bd. I, 374.

⁷⁵ Angefangen von A. P. J. M. Barnave, Introduction à la révolution française (1792, ed. Paris 1960) oder Adrien Lezay, Des causes de la Révolution et de ses résultats (Paris 1797) gibt es hierzu ein umfassendes Schrifttum. Zur neueren Diskussion siehe Eberhard Schmitt (Hrsg.), Die Französische Revolution. Anlässe und langfristige Ursachen (Darmstadt 1973).

⁷⁶ Rotteck, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 8.

Allerdings habe es „noch trostlosere Lagen der bürgerlichen Gesellschaft gegeben, als jene, welche in Frankreich der Umwälzung von 1789 vorausging“⁷⁷.

Von Gegnern der Revolution war wiederholt vorgebracht worden, sie sei durch die Aufklärung verursacht worden. Diesem Vorwurf stemmt sich Rotteck vehement entgegen: „Dagegen kann die Aufklärung allein niemals Ursache einer Umwälzung seyn. Vielmehr wird sie diesselbe verhindern, so lange solches heilsam ist.“⁷⁸ Wie die deutschen Volksaufklärer des späten 18. Jahrhunderts argumentiert er, bei einem höheren Grad angewandter Aufklärung wäre viel Schaden verhindert worden: „Wahrlich! hätte nur die Erkenntniß allgemeiner geherrscht in Frankreich, und hätte sie den Stab geführt bei der Revolution, dann wäre diese ein leicht vollbrachtes Werk und ein wohlthätiges gewesen. Was sie so schwierig, gefähr- und leidenvoll, endlich zerstörend und welterschütternd machte, das war die Mangelhaftigkeit der Einsicht selbst bei ihren Häuptern, die Unlauterkeit der Gesinnung bei Anderen, die Rohheit der Menge, die Frivolität der Nation, gepaart mit willkürlichen Leidenschaften, die weit verbreitete Immoralität, Irreligiosität und schnöde Sinnlichkeit, zumal in den höheren Klassen, [...]“⁷⁹

Die wesentliche Grundursache der Revolution läge vielmehr in dem „Verderbnis der Gesellschaft“⁸⁰, vor allem der Führungsschichten sowie in der despotischen Unterdrückung des Volkes seit Ludwig XIV. Auch noch unter Ludwig XV. drohten den Äußerungen jedes Freiheitsgedankens der Schrecken der Bastille; darüber hinaus hätte der Klerus eine äußerst bedenkliche Position eingenommen⁸¹. „Das unerträglichste Uebel jedoch“, welches, wie Rotteck ausführt, „am wirksamsten den Ausbruch der Revolution beförderte, war die ungleiche Vertheilung der Staatslast“⁸², die vor allem vom Landvolk getragen worden sei⁸³. Auf Grund der Unterdrückung des 3. Standes, ja der Nation war diese „empfindlicher geworden für die Idee der Selbstbefreiung“, d.h. der Aufklärung, deren führende Vertreter im einzelnen durchaus auch kritisch präsentiert werden⁸⁴.

Einen hohen Stellenwert mißt Rotteck der amerikanischen Revolution als Wegbereiterin der französischen bei: „Uebrigens ist vollkommen wahr, daß dieser amerikanische Krieg mächtig beigetragen hat zum Ausbruche – obwohl nicht zum unseligen Verlaufe – der französischen Revolution.“ Er sei für die französischen Truppen „eine Schule der patriotischen Begeisterung und der brennenden Freiheitsliebe“ gewesen⁸⁵. Und Rotteck bedauert, daß die Französische Revolution nicht die Lehren Amerikas aufgenommen habe: „Eine Revolution, wie sie im Sinne eines edeln Lafayette lag,

⁷⁷ Rotteck, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 47.

⁷⁸ Ebda., 48.

⁷⁹ Ebda.

⁸⁰ Ebda., 52, 54.

⁸¹ Ebda., 54.

⁸² Ebda., 55.

⁸³ Ebda., 58.

⁸⁴ Ebda., 60–62.

⁸⁵ Ebda., 65; vgl. auch 63 f.

würde der Menschheit nur Heil gebracht haben.⁸⁶ Die amerikanische Revolution stellte für Rotteck sozusagen einen Idealtypus dar.

Diesem Ursachenkatalog steht insgesamt ein recht düsteres Bild vom Frankreich des Ancien régime gegenüber⁸⁷.

3) 1789

Für Rotteck beginnt die Französische Revolution nicht mit der Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789, sondern mit der Einberufung der 1200 Delegierten zu den Generalständen⁸⁸. Mit Wohlwollen kommentiert er Abbé Sièyès und seine Schrift *Qu'est-ce que le Tiers Etat* als auch die zahlreichen *cahiers de doléances*⁸⁹. Aber nach der Konstituierung der Nationalversammlung hätten große Gefahren bestanden, ja man habe eine zweite Bartholomäusnacht befürchten müssen: „Den Dämon des Aufruhrs und Bürgerkrieges hatte die Despotie des Hofes herbeigerufen.“⁹⁰ Die Reaktion darauf sei der Aufruhr in Paris, der Sturm auf die Bastille gewesen: „Am 14. Julius brach er aus und stürzte schnell und entscheidend das Reich der Volksfeinde um“⁹¹, ein Vorgang, der den Beifallsruf der Wohlthätigen in ganz Europa gefunden habe. Rotteck wertet die Zerstörung der Bastille als „die erste, schönste, glänzendste, rühmlichste That der Revolution. Ihre Wohlthätigkeit ist nicht zu verkennen, aber sie wurde theuer erkaufte“⁹². Und er sagt auch direkt warum: „Aber zwei entgegengesetzte Partheien empfanden Groll und Unmuth über das alle guten erquickende Schauspiel; einerseits die Privilegierten, andererseits die unlauteren und auch fanatischen Demokraten. Die Ersten erkannten darin den entschiedenen Sturz der Aristokratie, die Verkündung einer gemeinen Freiheit und eines gemeinen Bürgerglücks.“⁹³ Und die anderen waren in seinen Augen die „falschen Freunde der Volkssache! Diese Bösewichter suchten unter dem Umsturze der bürgerlichen Ordnung, durch die Gunst eines leicht verführten wilden Pöbelhaufens sich selbst emporzuschwingen, und Reichthum und Macht zu erobern, indem sie das Vaterland im Namen der Freiheit mit Füßen träten.“⁹⁴ Diese Leute, z. T. vom Herzog von Orléans angeworben, „waren – nächst den Aristokraten – die Ursache, daß die Revolution ihre heillose Wendung nahm“⁹⁵. Rotteck identifiziert sich uneingeschränkt mit den Prinzipien von 1789, beschönigt aber nicht den weiteren Verlauf der Revolution: „Also schwoll der Strom der Revolution und wandelte bald sich um in einen furchtbaren Strudel, welcher in allmählig sich verengenden Kreisen König und Volk unwiderstehlich gegen den Schlund des Verderbens riß.“⁹⁶

⁸⁶ Ebda., 65.

⁸⁷ Dies kommt in der Weltgeschichte (wie Anm. 38) Bd IV, 20–25 noch deutlicher zum Ausdruck.

⁸⁸ Rotteck, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 72.

⁸⁹ Ebda., 74.

⁹⁰ Ebda., 77; vgl. auch 78 f.

⁹¹ Ebda., 79.

⁹² Rotteck, Schritten (wie Anm. 8), Bd. IV, 83 f.

⁹³ Rotteck, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 80.

⁹⁴ Ebda., 81.

⁹⁵ Ebda., 81.

⁹⁶ Ebda., 83.

Den „politischen Fanatikern, die aus Irrwahn und Schwärmerci das Traumbild einer unbeschränkten Volksfreiheit umarmten“ stellt er die „reinen Volksfreunde, die redlichen und aufgeklärten Patrioten wie Lafayette oder Lally-Tolendal“ gegenüber⁹⁷. Wir finden bei ihm dann Ausführungen über die Revolution in den Provinzen und die dortigen Ausschreitungen, an denen selbst einige Mitglieder der Nationalversammlung nicht schuldlos gewesen seien⁹⁸.

Rotteck hebt die Bedeutung des 4. August hervor, distanziert sich aber deutlich von den Vorgängen, die dem 5./6. Oktober vorausgingen: „Schon sind die schönsten Auftritte der französischen Revolution vorüber; zusehends trübt sich die Scene; [...] Am betrübsten war der zunehmende Einfluß der Hauptstadt, d.h. ihrer wilden Pöbelhaufen, auf die Beratungen des Reichstages. Der reine Ausdruck der Intelligenz und des Willens der Nation, bisher aus dem Munde des größeren und besseren Theils ihrer gewählten Repräsentanten ertönend, wich also dem trotzigen Begehren der durch geheime Bearbeitung aufgeregten, unwissenden, bösartigen, das Recht nach der brüllenden Stimme und nach der Stärke der Faust ermessenden, um Geld jedem Bösewichte feilen Volkshefe von Paris.“⁹⁹

Der Freiburger Historiker spricht von den „gräuelfollen Tagen“ des 5./6. Oktober und vermerkt mit großem Bedenken, daß der König und die Nationalversammlung genötigt worden seien, von Versailles nach Paris zu gehen¹⁰⁰. „Auf Mirabeau's arglistigen Vorschlag hatte sie sich unzertrennlich erklärt von dem Könige. Er hoffte sie dadurch in die Gewalt des Pöbels, der zügellosen Factionen des Palais royal und derselben Treiber zu geben.“¹⁰¹ Im Gegensatz zu Rottecks günstigem Urteil über Lafayette findet sich hier und auch an anderen Stellen ein eher negatives Bild von Mirabeau.

Das Jahr 1789 habe über Frankreich hinaus große Hoffnungen geweckt: „Die große Mehrheit der Wohlgesinnten in allen Ländern, [...], erklärte sich laut, ja mit Begeisterung für die Grundsätze, für die ersten Erfolge der Revolution, die da den Krieg ankündete allem Vorurtheile, allen Mißbräuchen und allem Unrechte, [...]“¹⁰² Aber das Fazit, das unser Autor zum Ende des Jahres 1789 zieht, ist schon nüchterner: „Auf die ersten Erhebungen der reinen Freiheits- und Vaterlandsliebe, welche einen 14ten Juli und 4ten August erzeugten, folgten allmählig Factionsgeist, Leidenschaft und fanatische Wuth. Unbefriedigt mit dem Triumphe des Rechtes, verlangten die Freiheitsstifter Herrschaft und Glanz für sich selbst; sie zerfallen in feindliche Partheien, deren kühnste und selbstsüchtigste den Pöbelhaufen sich verbündet zum Schutz und Trutz. [...] Das Königthum, theils durch eigene Rathlosigkeit, theils durch die Verschwörung verwegener Feinde, wird erniedrigt, und es tritt jetzt Gesetzlosigkeit an die Stelle der Freiheit.“¹⁰³

⁹⁷ Ebda., 82 und 83, wo er die „Pöbelrotten des Palais royal“ von den „edlen Freiheitsfreunden“ abhebt.

⁹⁸ Ebda., 84.

⁹⁹ Ebda., 87.

¹⁰⁰ Ebda., 88–90.

¹⁰¹ Ebda., 91.

¹⁰² Ebda., 24.

¹⁰³ Ebda., 24 sowie 48 f.

III. Die Perioden der Revolutionsgeschichte

Rotteck gliedert das Revolutionszeitalter in folgende Abschnitte:

– die konstitutionelle Monarchie	1789–1792
– die Republik des Nationalkonvents	1792–1795
– die Republik des Direktoriums	1795–1799
– das Konsulat	1799–1804

1) Die konstitutionelle Monarchie

Dieser Zeitabschnitt behandelt den Ausbruch der Revolution sowie „ihren anfangs erfreulich und hoffnungsreich, bald aber sich verdüsternden Lauf bis zur Abschaffung des Königtums in Frankreich“¹⁰⁴.

Rotteck referiert die Arbeit der verfassungsgebenden Nationalversammlung und zeigt viel Verständnis für die Einrichtung des königlichen Vetos als „unerläßliche Bedingung des Gleichgewichts zwischen den beiden Gewalten“¹⁰⁵. Aus Gründen der Staatsräson – zur Deckung der Nationalschulden – kann er die Nationalisierung des Kirchenguts akzeptieren¹⁰⁶. Durch die Erteilung des Bürgerrechtes an die Juden Anfang 1790 „dem Geiste der Duldung und dem Gleichheitsprinzip entfloßen, gewann die Revolution abermals eine bedeutende Anzahl eifriger Anhänger“¹⁰⁷. Die Gliederung Frankreichs in 83 Departements sei nach den Kriterien der natürlichen Grenzen vollzogen worden¹⁰⁸. Unser Autor spricht mehrfach über die Arbeit am Verfassungswerk und weckt beim Leser hohe Erwartungen „Frei und ledig von allen Hemmungen durch Vorurtheil, Besitz oder Herkommen, sollte Frankreich die Gestalt erhalten, die bei der Schöpfung eines ganz neuen Staates von der Vernunft würde gezeichnet werden.“¹⁰⁹ Der Präambel dieser Verfassung, der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte steht er allerdings skeptisch gegenüber, da sie in der Theorie unbefriedigend sei, „für die Praxis aber, weil meistens zu metaphorisch klingend, größtentheils bedeutungslos, zum Theile auch wegen Unvermeidlichkeit der Mißdeutung gefährlich“¹¹⁰. Dagegen steht er voll hinter dem Grundkonzept der Verfassung: „Die Verfassung selbst dagegen, ein durch Demokratie beschränktes Königthum, die Macht des Gesetzes über jene des Menschen, die Autorität des Gesamtwillens über jene des persönlichen setzend, kann dem unbefangenen Urtheile nicht anders als weise geregelt erscheinen.“¹¹¹ Kritisch äußert er sich allerdings zur Wahl der legislativen Nationalversammlung. Einmal hätten nicht alle Anhänger der Monarchie wählen können, sei es aus Furcht, sei es, weil sie geflohen seien, und zum anderen habe das Wahlrecht einen zu niedrigen Zensus zur Grundlage gehabt, so daß zu viele Jakobiner zum Zuge ge-

¹⁰⁴ Ebd., 24.

¹⁰⁵ Ebd., 88.

¹⁰⁶ Ebd., 93–95.

¹⁰⁷ Ebd., 95.

¹⁰⁸ Ebd., 95.

¹⁰⁹ Ebd., 93.

¹¹⁰ Ebd., 105.

¹¹¹ Ebd., 105; vgl. auch 106.

kommen seien¹¹². Dagegen steht Rotteck hinter der Kirchenpolitik der konstituierenden Nationalversammlung, also auch hinter der Aufhebung der geistlichen Orden und Klöster sowie dem obligatorischen Eid der Priester¹¹³. Für die eidverweigernden Priester hat er nichts übrig. Sie sind ihm „eine Rotte meistens stupid bigotter, doch zugleich ränkevoller, zum Theile auch toll dreister Pfaffen“¹¹⁴. Ebenso wenig Begeisterung zeigt er für die Haltung derjenigen Aristokraten, die dem System des Ancien Régime verbunden bleiben und zum Teil emigrierten¹¹⁵. Die gescheiterte Flucht des Königs 1791 wertet er für verhängnisvoll für Frankreich. Sie hätte der Gegenrevolution der Emigranten eine mächtige Grundlage gegeben, die Stellung des Herrschers ruiniert und eigentlich nur den Jakobinern und ihrem Wunsch nach einer Republik gedient¹¹⁶.

Aus der Sicht unseres Autors waren vor allem die Emigranten die Verursacher des Koalitionskrieges gegen das revolutionäre Frankreich: „Die Grundsätze der Revolution, die Erklärung der Menschenrechte, die Nacht vom 4. August, die proklamierte Freiheit und Gleichheit und die Beschränkung der königlichen Macht, [...], die Realisierung der Idee eines lebens- und rechtskräftigen Volkswillens, dieses waren die Sünden, wofür die Emigranten und die von ihnen gewonnenen oder ihnen gleichgesinnten Cabinete keine Vergebung hatten. Hierüber entbrannte der Krieg.“¹¹⁷ Freilich wurde die Entwicklung Frankreichs mit ihrer politischen Polarisierung durch die gewaltsame Einmischung von außen stark beeinflusst¹¹⁸. Rotteck lastet den 1792 begonnenen Krieg wiederholt der Aristokratie an, weniger den Herrschern oder der Regierung des revolutionären Frankreich, und er folgert: „Denn so wie die Patrioten von dem Kriege den Triumph der Freiheit, also hoffte die Hofsparthei von ihm die Wiederherstellung der alten Ordnung.“¹¹⁹ Das von Emigranten inspirierte Manifest des Herzogs von Braunschweig bezeichnet er als „Machwerk des Uebermuths und der Verblendung“, in dem die „große, freiheitstrunkene Nation“ behandelt werde wie eine „Rebellenrotte“¹²⁰. Es habe genau das Gegenteil bewirkt, von dem, was es bezweckte; auch die bislang Unentschlossenen stünden jetzt hinter der Nation. Und eine deutliche Antwort der Nation sei der Marseiller Marsch, der die Kampfbegier angestachelt habe. Ja, Rotteck geht so weit zu sagen: „Das Manifest und der Marseiller Marsch haben die Coalition besiegt.“¹²¹ In der gleichen Zeit aber sei auch der „vernichtende Schlag geschehen auf das französische Königtum, [...], veranlaßt und entscheidend gemacht durch die nahende Kriegsgefahr“¹²². Ludwig XVI. war nicht mehr zu retten und hat sich diese Situation, folgt man Rotteck, zum gewissen Teil selbst zuzuschrei-

¹¹² Ebda., 107.

¹¹³ Ebda., 93–95.

¹¹⁴ Ebda., 99.

¹¹⁵ Ebda., 92, 97 f.

¹¹⁶ Ebda., 102 f.

¹¹⁷ Ebda., 116, vgl. auch 50 und 115.

¹¹⁸ Ebda., 112 f.

¹¹⁹ Ebda., 117 sowie 115.

¹²⁰ Ebda., 119.

¹²¹ Ebda., 120, 124.

¹²² Ebda., 121.

ben: „Er befestigte die erste, von edlen Principien ausgegangene Revolution, sobald er aufrichtig sich ihr befreundete. Aber er war weder Freund noch entschlossener Feind der Revolution, [...]“¹²³

Unser Autor führt dann im Hinblick auf den Sommer 1792 weiter aus: „In den Tagen dieser Verwirrung wäre vielleicht möglich gewesen, durch Kühnheit und Schnelle die Revolution – die zweite wenigstens – zu bemeistern.“¹²⁴ Doch dazu ist es nicht gekommen. Wichtig erscheint mir die hier eher beiläufig vorgenommene Unterscheidung zwischen einer ersten Revolution von 1789, deren Prinzipien Rotteck verteidigt, und einer zweiten Revolution von 1792, die sich ihre eigenen Symbole schafft: „Um diese Zeit erscheinen die rothen Mützen, von den siegenden Jacobinern als Partheizeichen kühn zur Schau getragen, eine Verhöhnung der wahren Patrioten, eine Kriegserklärung wider alle Gemäßigten und Rechtliebenden. Die Einführung der Guillotine geschah um dieselbe Zeit.“¹²⁵ Es ist die Phase der Revolution, von der er sich doch ziemlich distanziert: „Die Schrecken der Pöbelherrschaft brachen herein. Keine Gewalt bestand mehr, welche für Ordnung und Recht sorgte. Die gesetzgebende Versammlung gehorchte zitternd der neu eingesetzten Municipalität von Paris, und in dieser führten mordlustige Fanatiker, wie Robespierre und Marat, das große Wort.“¹²⁶

Rotteck gelangt hier zum Fazit: „Die Jacobinerrotte von Paris war das Haupt von Frankreich.“¹²⁷ Die den Augustereignissen und den Septembemorden folgenden Wahlen zum Konvent hätten das schon seit 1791 einsetzende Bestreben verstärkt, die Monarchie durch eine Republik zu ersetzen¹²⁸.

2) Die Republik des Konvents 1792–1795

Diesem Abschnitt der Revolution steht Rotteck mit Reserve gegenüber verglichen mit der Periode der konstitutionellen Monarchie. Er wertet sie als Zeit „der wildest schäumenden Gärung“, in der „das französische Volk dem höchsten Punkte der Exaltation, Wunder des Heroismus und der Barbarei“ erfahren habe: „Niemals sonst und nirgends ist eine so furchtbare Nationalkraft erschienen, wie jene der neugeborenen französischen Republik, und unerreichbar für alle Folgezeit wird der National-Convent bleiben an Großthaten wie an Gräueln.“¹²⁹ Der Freiburger Historiker unterstreicht die besondere Rolle, die die Pariser Volksschichten ab 1792 bei diesen Vorgängen gespielt hätten¹³⁰. Und mit einiger Distanz referiert er die Bestrebungen des Konvents: „Um die neugeborene Republik zu befestigen, schien die schnelle Niederreißung aller Einsetzungen und Gebräuche, die an das Königthum und an die alte Ordnung erinnerten, nothwendig. Mit großem, mitunter selbst lächerlichem oder fanatischem Eifer

¹²³ Ebda., 122.

¹²⁴ Ebda., 124.

¹²⁵ Ebda., 112.

¹²⁶ Ebda., 126. Eine entsprechende Gliederung schon bei *Bischoff* (wie Anm. 71) Vgl. *Voss* (wie Anm. 71), X.

¹²⁷ *Rotteck*, Allg. Geschichte (wie Anm. 18), Bd. VIII, 127.

¹²⁸ Ebda., 102, 121.

¹²⁹ Ebda., 25.

¹³⁰ Ebda., 130.

widmete der Convent sich dieser Arbeit.“¹³¹ Diese Bestrebungen führten schließlich zur Hinrichtung Ludwigs XVI., über die wir bei Rotteck lesen: „Am 21. Januar geschah [...] die Hinrichtung, zur Cannbalenfreude der Sanculotten, zum Entsetzen aller guten Bürger, zum Abscheu der civilisierten Welt. Doch hatten die europäischen Höfe nichts gethan, um Ludwig zu retten. [...] Die Hinrichtung verkündete der Nation, daß sie selbst anheimgefallen sey der Tyrannei eines ruchlosen Pöbels der Hauptstadt und seiner Häupter. Die Jacobiner der Hauptstadt und die Bergparthei im Convent hatten den heillosen Triumph gefeiert.“¹³²

In dieser Zeit erzielten die französischen Revolutionsheere ihre ersten Erfolge, auch außerhalb der Landesgrenze, wie Custine bei seinem Vormarsch auf Mainz¹³³ oder Dumouriez mit seinem Sieg bei Jemappes: „Und es entfaltete sich von nun an die furchtbar überlegene Kriegsmanier der begeisterten Franken. Schnelligkeit der Bewegungen, Ueberzahl am Punkte des Angriffs, Verachtung der Mühen, Gefahren und des Menschenverlustes, welchen die nachrückenden Conscriptmassen leicht ersetzen, [...] listige Bearbeitung der Völker [...] dieses sind die Hauptzüge des Kriegssystems, welches der Revolution ihre glänzendsten Triumphe verlieh, und die Heere der Monarchen in Staub warf.“¹³⁴ Als dann Carnot die „levée en masse“ organisierte, Frankreich sozusagen in ein Heerlager verwandelte, drohte, wie Rotteck ausführt, „dem System der stehenden Heere“ der Tod durch die „vernunftmäßige Regel der Volksbewaffnung“¹³⁵. Rotteck befürwortet ja im Prinzip die allgemeine Volksbewaffnung, sah aber in ihrer Gestaltung nach 1795 eine widernatürliche Fortbildung¹³⁶. Bei allem Respekt vor den Leistungen der Revolutionsarmee erwähnt er aber auch die Auswüchse des Revolutionskrieges: „Während also der Convent durch täglich wiederholte Unthaten Frankreich mit Trauer und Entsetzen, Europa mit Abscheu erfüllte, zerschmetterten seine Heere allenthalben siegreich die Feinde der Republik, schändeten aber ihre Triumphe durch Grausamkeit und Räuberei.“¹³⁷

In den hier vorgetragenen Textstellen unseres Autors wurden bereits einige Male die Jakobiner erwähnt, die entscheidend den Fortgang der Revolution bestimmten. Rotteck weist seine Leser auch auf die Anfänge dieser Gruppierung hin: „Von jenem Kloster empfangen die Vereinigten [...] die Benennung Jacobiner, welche sofort verhängnisreich durch die Geschichte Frankreichs tönte [...]. Doch waren auch die Jacobiner Anfangs nicht Widersacher der Vernunft und Rechtlichkeit. Nur wärmer, begeisterter für die Freiheit als die Mehrzahl. Aber die Begeisterung ging allmählich in Uebertreibung, der reine Eifer in Leidenschaft über [...]“¹³⁸ Ihr Einfluß habe sich 1791 verstärkt: „In diesen Tagen ward die Macht des Jacobinerklubbs in traurigen Er-

¹³¹ Ebda., 129.

¹³² Ebda., 130.

¹³³ Ebda., 137. Doch geht er dabei nicht auf die Mainzer Republik ein.

¹³⁴ Ebda., 137.

¹³⁵ Ebda., 147.

¹³⁶ *Karl von Rotteck, Ueber stehende Heere und Nationalmiliz* (Freiburg 1816) 48: „Die Nationalheere der Franken entschieden den Sieg der Revolution, und legten ein furchtbares Uebergewicht in die Schale Frankreichs gegen jene aller Mächte Europas.“

¹³⁷ *Rotteck, Allg. Geschichte* (wie Anm. 18), Bd. VIII, 154.

¹³⁸ Ebda., 101.

scheinungen kund. Die Pöbelherrschaft mit ihren Schrecken brach herein. Der Name der „Ohnehosen“ kam auf. Rohheit galt für Patriotismus, Mäßigung für Unlauterkeit.“¹³⁹ 1792 wurden sie auch nach außen hin beherrschend und blieben es bis 1794, ja z. T. darüber hinaus.¹⁴⁰

Verglichen mit den Jacobinern und der sich im Konvent herausbildenden Bergpartei zeigt Rotteck für die Girondisten relativ viel Aufgeschlossenheit: „Die Parthei, [...], die Girondisten genannt, haßte zwar das Königtum, und war den republikanischen Ideen mit glühendem Eifer ergeben. Doch war ihr Streben nach seinen Motiven rein.“¹⁴¹ Ihre Ausschlachtung im Juni 1793 schreibt er dem Pariser Pöbel zu. Denn: „Das Verbrechen, dessen man sie beschuldigte, der Föderalismus, ist erst nach ihrer Verhaftung hervorgetreten, als Rettungsversuch der Departemente gegen die Tyrannei der Hauptstadt und des schrecklichen Berges. Auch wäre Frankreich wohl glücklich gewesen, wenn der Föderalismus gesiegt hätte [...]. Also erlag die durch Geist und Streben ausgezeichnete, trotz ihrer Verirrungen vielfach ehrwürdige Gironde. Ihr Haß des Königthumes, ihr republikanischer Eifer hat zwar den Weg gebahnt zur Pöbelherrschaft, und hierdurch zur Diktatur. Aber nicht ihr, sondern ihrer Nation fehlen die nöthigen Tugenden zur republikanischen Freiheit.“¹⁴²

Die nach der Niederschlagung der Girondisten erlassene Konventsverfassung von 1793, orientiert am Konzept der absoluten Demokratie, findet Rottecks Ablehnung: „mit vermessener Uebertreibung geschaffen, ein Denkmal der Verkehrtheit und Tolltreistigkeit ihrer Urheber, war todtgeboren, und trat nimmer in Wirksamkeit“¹⁴³. Es war die Phase, in der der Konvent die Schreckensherrschaft zum Prinzip der Machtausübung werden ließ. Rotteck sieht in der Schreckensherrschaft eine „Frucht der Umstände. Die Erbitterung des Volkes gegen seine verbundenen äußeren und inneren Feinde stieg, [...] bis zur Raserei, und einmal entfesselt, schritt der Dämon der Mordgier unaufhaltsam weiter.“¹⁴⁴

Er hat nichts übrig für die Ziele der Vendée, wendet sich aber gegen die Formen, wie die Aufständigen im Westen Frankreichs bekämpft worden sind¹⁴⁵. Dabei kommt unser Autor zum nüchternen Ergebnis: „Auch hat – freilich ein entsetzlicher Preis – solcher Schrecken entschieden beigetragen zur Rettung Frankreichs.“¹⁴⁶ Dabei unterstreicht Rotteck aber auch, daß „anerkannte Freunde der Revolution“ Opfer des Schreckens gewesen sind¹⁴⁷. Ja, selbst erfolgreiche Revolutionsgeneräle wie Custine, Luckner und andere fielen unter der Guillotine¹⁴⁸. Doch gingen die „Schreckensmänner“, wie sie Rotteck nennt, noch weiter und beseitigten Einrichtungen, die an das

¹³⁹ Ebda., 104.

¹⁴⁰ Ebda., 107, 112, 123, 127, 173.

¹⁴¹ Ebda., 128.

¹⁴² Ebda., 133 f.

¹⁴³ Ebda., 148.

¹⁴⁴ Ebda., 135: ähnlich 26, 49.

¹⁴⁵ Ebda., 26, 143, 146.

¹⁴⁶ Ebda., 135.

¹⁴⁷ Ebda., 151.

¹⁴⁸ Ebda., 153.

Frankreich der Monarchie erinnerten, wie die Akademien, aber auch Einrichtungen und Symbole der Religion: „Der Vandalismus bemächtigte des schönen Frankreich.“¹⁴⁹ Und verantwortlich macht unser Autor dafür im wesentlichen Robespierre, den er charakterisiert als „Fanatiker für die Republik, [...] von Stolz und Herrschsucht verführt, seine eigene Macht als den Anker der Republik betrachtend, den Henker aber als die erste Stütze seiner Macht, zwar nicht von glänzendem Talente, [...] gewandt genug zum Demagogen und Tyrannen, blutgierig, heuchlerisch dem Pöbel schmeichelnd, [...] ein Charakter wie nur solche Revolution ihn erzeugen und emportragen konnte“¹⁵⁰.

Den Sturz Robespierres kommentiert unser Autor „Paris und Frankreich hallten wider vom Triumphgeschrei der Guten“¹⁵¹. In der Schreckensherrschaft sieht Rotteck den „Culminationspunkt der Revolution“, denn die „Wuth der Terroristen hatte die Nation empört und die Revolution bei Unzähligen um ihren Credit gebracht“¹⁵².

3) Das Direktorium und das Konsulat

Das Ende der Schreckensherrschaft führte nicht, wie Rotteck darlegt, zurück zu den Prinzipien von 1789¹⁵³. Dagegen sei nunmehr wieder die royalistische Reaktion aktiv geworden: „Die Gegenrevolution, gleich kühn als listig, erhob ihr rachegeglühendes Haupt; aber durch solche Erscheinung erschreckt, sammelten sich die Patrioten auf dem mittleren Raume, das Panier der Freiheit empor tragend [...]“¹⁵⁴ Im Anschluß an seine Ausführungen über den Friedensvertrag des Großherzogs der Toscana mit der Republik Frankreich kommentiert unser Autor den Basler Frieden von 1795: „Aber der König von Preußen [...] glaubte die unmittelbaren Interessen seines Staates jenen Europas vorziehen zu müssen, und erkaufte die Befreiung von augenblicklich drückender Kriegslast mit Bundesbruch, [...]. Die unheilbare Zerreißung Deutschlands, die Vernichtung des Reichsverbandes ward also ausgesprochen.“¹⁵⁵

Sehr schön erfaßt unser Autor den Stimmungswandel, der sich in Frankreich während des Direktoriums abzeichnete: „Man begann müde zu seyn der Revolution und des gewaltsamen Partheienkampfes. Die große Mehrheit sehnte sich nach Ruhe, Ordnung und Frieden. Das politische Leben, welchem am Anfange der Revolution man mit Begeisterung, später mit Wuth sich hingegeben, hatte seine anziehende Macht verloren. Man kehrte zurück zum Verlangen nach Privatglück, ja nach frivoler Lust. Der Hang des Erwerbens und des Genießens verdrängte die patriotische Erhebung und den langgenährten Freiheitstraum.“¹⁵⁶

Beim Rastätter Kongreß sei auch offenkundig geworden, so lesen wir bei Rotteck: „Die fränkische Republik oder die Revolution schien unbefestigt, so lange nicht sie allein so mächtig wäre als das übrige monarchische Europa. Daher die Versuchung [...]

¹⁴⁹ Ebda., 153.

¹⁵⁰ Ebda., 149; vgl. auch 165.

¹⁵¹ Ebda., 165.

¹⁵² Ebda., 170.

¹⁵³ Ebda., 49.

¹⁵⁴ Ebda., 170, 173–175.

¹⁵⁵ Ebda., 177 f.

¹⁵⁶ Ebda., 206.

noch weiterer Vergrößerungen durch List oder Gewalt. Aber die schamlose Rechtsverachtung, welche bei Durchführung solcher Pläne die Häupter Frankreichs kund thaten, empörte die Gemüther aller Wohldenkenenden, und bereitete den Fall der Directorial-Regierung.“¹⁵⁷

Blicken wir abschließend noch sporadisch auf Rottecks Einstellung zu Napoleon, den er ja 1801 bei seinem Parisaufenthalt auch gesehen hat. Der Korse wird gewertet als „Welttyrann“¹⁵⁸, als einer, der „durch Uebermuth und Unersättlichkeit sich und seinem Reiche den Untergang“ bereitet habe¹⁵⁹, als einer, der statt die Freiheit zu garantieren, „eine Weltherrschaft und Soldatendespotie erzeugte“¹⁶⁰. Wie ich schon eingangs darlegte, stand der Freiburger Historiker in Opposition zum Kaiser der Franzosen.

Ich hoffe, die zahlreichen Selbsterzeugnisse Rottecks haben dazu beigetragen, sein doch recht differenziertes Bild von der Revolution und ihren Perioden zu vermitteln.¹⁶¹ Seine Sprache mag heute vielfach pathetisch wirken; seine philosophisch-pragmatische Darstellungsform, in der die „Wohldenkenenden“ immer wieder als Bezug erscheinen, ist längst überholt. Aber in der Auseinandersetzung Rottecks mit der Französischen Revolution stößt man mehrfach auch auf Passagen, die in komprimierter Form aufschlußreiche Analysen enthalten, etwa zu dem durch die Revolution bewirkten sozialen Wandel: „Die Revolution hatte den Geburtsunterschied aufgehoben, die Bahn der Ehre allen Bürgern aufgethan. Tausende aus den untersten Klassen, ehedem zur Niedrigkeit verdammt, schwangen jetzt mit Adlerflügeln empor zu großen Feldherren und Staatsmännern, durch ihr Genie – viele noch als Jünglinge [...]. Hierdurch allein schon war die Ueberlegenheit der Republik entschieden.“¹⁶² Unser Autor greift schließlich die im 19. Jahrhundert zentrale Frage auf, ob die Revolution wirklich zu Ende sei, und er kommt dabei zum Ergebnis: „Der Fall des entarteten Sohnes der Revolution mußte nicht auch der Mutter den Tod bringen. Die Ideen, von welchen sie ausging, die klare Erkenntniß von bürgerlichen, politischen und Menschenrechten, welche durch sie über alle Völker Europas und über alle Klassen der Gesellschaft verbreitet ward, die großen Lehren, die wichtigen Erfahrungen, um welche sie uns reicher gemacht, [...] können nicht weggewischt werden aus der Geschichte [...]. Der Zustand vor 1789 kann nie mehr zurückkehren.“¹⁶³

¹⁵⁷ Ebda., 28 f.

¹⁵⁸ Ebda., 23.

¹⁵⁹ Ebda., 51.

¹⁶⁰ Ebda., 52.

¹⁶¹ Zum Vergleich siehe Neumüller (wie Anm. 52) sowie Horst Möller, Lorenz von Steins Interpretation der Französischen Revolution von 1789, in: *Der Staat* 18 (1979) 521–548.

¹⁶² Rotteck, *Allg. Geschichte* (wie Anm. 18), Bd. VIII, 51.

¹⁶³ Ebda., 52.

Résumé de la communication de Jürgen Voss

Les réflexions de Karl von Rotteck, professeur d'histoire puis de droit public à l'Université de Fribourg en Brisgau, publiciste et homme politique libéral, sur la Révolution française tiennent une place importante dans son *Allgemeine Geschichte* (1812-1827) qui connut une diffusion extraordinaire (25 éditions, plus de 100 000 exemplaires) et contribua à modeler la vision historique de toute une génération. On retrouve ses conceptions dans la grande encyclopédie politique qu'est le *Staatslexikon* (1834-1843) qu'il édita avec son ami politique Welcker et qui fut pour le libéralisme allemand du Vormärz ce qu'avait été l'*Encyclopédie* de Diderot pour les adeptes français des Lumières. Pour bien comprendre cette attitude, il faut sans cesse avoir à l'esprit que, toute sa vie, Rotteck resta fidèle à une conception «josphite» des rapports de l'Etat et de l'Eglise, qu'il entretenait, après 1815, des rapports permanents avec des représentants du libéralisme français comme Lafayette, qu'il se montra toujours très réservé vis à vis de la Prusse, enfin qu'il ne fut pas un érudit et qu'il demeura toujours attaché aux conceptions d'une histoire pragmatique et philosophique dans la tradition de l'*Aufklärung* allemande tardive.

Pour lui, le temps n'est pas encore venu (vers 1820) d'écrire l'histoire de la Révolution dans toute son amplitude. Il estime qu'il n'y a, dans l'histoire universelle, aucun événement qui lui soit comparable, sauf peut-être la Réforme à certains égards. Pour lui la Révolution est le combat du droit naturel contre le droit historique, il revient maintes fois sur cet antagonisme dans son *Allgemeine Geschichte* et dans d'autres publications.

Rotteck n'accepte pas la Révolution en bloc car son jugement des événements de 1792 à 1794 n'est pas exempt de critiques. Etudiant les origines de la Révolution, il rejette la thèse du «complot» formulée par Barruel et incrimine plutôt la «corruption de la société», notamment des classes supérieures ainsi que le despotisme. Pour lui la Révolution ne commence pas avec la prise de la Bastille mais le jour où se constitue l'Assemblée nationale. Il approuve la nuit du 4 août mais prend ses distances vis à vis des journées des 5 et 6 octobre 1789.

Il apprécie le travail constituant de la monarchie constitutionnelle et montre beaucoup de compréhension pour le droit de veto accordé au roi. Il se montre sceptique quant à la mise en pratique de la Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen qu'il juge trop théorique. Il attribue une part essentielle à l'aristocratie et aux émigrés dans les origines de la guerre et condamne sévèrement le Manifeste de Brunswick, tout comme les excès de la terreur et le fanatisme de Robespierre et de Marat. L'intervention de la plèbe parisienne constitue pour lui l'explication de tous les excès de la révolution.

Il se montre critique envers la Convention et condamne sévèrement l'exécution de Louis XVI. Il comprend fort bien l'enthousiasme des armées révolutionnaires mais désapprouve leur comportement en pays conquis. Il ne condamne pas le Jacobinisme en soi mais ses perversions. Il montre plus d'indulgence pour la Gironde que pour la Montagne et la chute de Robespierre lui apparaît comme le triomphe du Bien. Il analyse les changements qui interviennent dans l'opinion sous le Directoire et le Consulat

et se pose en adversaire de la tyrannie universelle de Napoléon. Ce qu'il apprécie le plus dans l'œuvre de la Révolution, dont il pense qu'elle n'est pas encore terminée au moment où il écrit, est sans doute, finalement, l'abolition des privilèges.

Manfred Botzenhart

Das Bild der Französischen Revolution in der liberalen Geschichtsschreibung des deutschen Vormärz

In der Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution stellt sich die deutsche Geschichtswissenschaft des Vormärz in besonders starkem Maße als politische Wissenschaft dar. In der Haltung zur Revolution schieden sich die Geister der deutschen Historiker. War die Auflehnung des dritten Standes gegen die königliche Autorität von Anbeginn an Unrecht, Aufruhr und Empörung¹, oder sind Revolutionen notwendige Durchbruchskrisen auf dem Weg der Freiheit zu ihrer Selbstverwirklichung? War die Französische Revolution eine vermeidbare Katastrophe, die nach der Periode des Schreckens und der Rechtlosigkeit lediglich eine neue Form der Despotie hervorbrachte, ohne daß die Menschheit einen Schritt weitergekommen ist? Oder lehrt die Geschichte, daß die Freiheit „bei der Geburt eine Geburt voll Schmerzen, bei der Taufe eine Taufe voll Blut“ durchmachen müsse² – so Wilhelm Zimmermann 1841 in der Einleitung zu seiner Geschichte der bis dahin einzigen deutschen Revolution, des Bauernkrieges von 1525. Oder ist jede Revolution unabhängig von Ursache und Ausgang nicht doch ein von schwerer Schuld beladenes Unheil, „eine schwere Krise, die Gewissen verwirrend, die innere Sicherheit unterbrechend und nicht minder alle Staatsverträge gefährdend“³? Sind Revolutionen unausweichlich, oder hat das Staatslexikon des deutschen Liberalismus recht, in dem es noch 1848 heißt, es ließen sich „alle Revolutionen durch zeitgemäß ausreichende Reformen verhüten“⁴, und es sei eine Art Selbstabdankung des menschlichen Geistes, wenn er sich nicht jederzeit die Macht zutrauen wolle, „durch sein Eingreifen in die Gegenwart den Gefahren begegnen zu können, die in der Zukunft schlummern“⁵?

¹ Barthold Georg Niebuhr, Geschichte des Zeitalters der Revolution. Vorlesungen an der Universität zu Bonn im Sommer 1829 gehalten, Bd. 1 (Hamburg 1845) 213.

² Wilhelm Zimmermann, Geschichte des großen Bauernkrieges nach den Urkunden und Augenzeugen, Bd. 1 (Naunhof und Leipzig 1939) XL, Neudruck der Ausgabe letzter Hand aus dem Jahre 1856.

³ Friedrich Christoph Dahlmann, Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt. Mit einer Einführung von Dr. Otto Westphal (Berlin 1924) 178. Diese Ausgabe beruht auf der 2. Auflage der „Politik“ aus dem Jahre 1847 (1835) im folgenden zitiert: Dahlmann, Politik.

⁴ Das Staatslexikon. Enzyklopädie der sämtlichen Staatswissenschaften für alle Stände, hrsg. von Carl von Rotteck und Carl Welcker. Neue durchaus verbesserte und vermehrte Auflage, Bd. 11 (Altona 1848) 550.

⁵ Ebd., 560.

So wurde die Revolution zur großen Herausforderung für das politische Denken der deutschen Geschichtswissenschaft des Vormärz, und als politische Bücher sind daher auch die beiden Revolutionsdarstellungen zu interpretieren, die im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen werden: Friedrich Christoph Dahlmanns 1845 erschienene *Geschichte der französischen Revolution bis auf die Stiftung der Republik* und Johann Gustav Droysens *Vorlesungen über die Freiheitskriege* aus dem Jahre 1846. Beide Historiker waren bekanntlich politische Professoren par excellence, die sich nicht nur in der liberalen Bewegung des deutschen Vormärz engagierten, sondern auch zu den prominentesten Abgeordneten des rechten Zentrums der deutschen Nationalversammlung von 1848/49 gehörten. So soll zunächst das Programm vorgestellt werden, das sie ihren Lesern zu vermitteln suchen. Im Vergleich mit den Revolutionsdeutungen Rottecks und Schlossers wird dann versucht, das Spezifische dieser rechtsliberalen Darstellungen noch genauer hervortreten zu lassen, und abschließend ist zu fragen, was sich daraus für die politische Haltung des deutschen Bürgertums am Vorabend der 48er Revolution ergibt. Im Ganzen soll die These aufgestellt und begründet werden, daß in diesen Büchern, den sogenannten „Sturmvögeln der Revolution“, die französischen Vorgänge keineswegs als ein für Deutschland beispielhaftes und nachahmenswertes Vorbild hingestellt werden (so die Auffassung Treitschkes, Sieburgs, Schulins, Neumüllers u.a.⁷), sondern im Gegenteil: aus einem tiefverwurzelten Revolutionspessimismus⁸ heraus wird hier das Beispiel Frankreichs beschworen, um die Forderung nach rechtzeitigen Reformen zu begründen.

I

Dahlmanns Fazit aus dem Ablauf der Revolution läßt sich auf eine knappe Formel bringen: Freiheit kann es nur in der Ordnung geben, „weil die zusammenbrechende Ordnung die Freiheit unter ihren Trümmern zu begraben pflegt“⁹. Ohne den festen Rahmen einer stabilen Rechts- und Staatsordnung besteht nicht einmal die Möglichkeit der Freiheit. Garant der Ordnung aber konnte in Frankreich auf Grund der historischen Vorbedingungen nur die Monarchie sein, und so mußte es die Hauptaufgabe

⁶ Heinrich von Treitschke, *Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert*, Bd. 5 (Leipzig 1925) 409.

⁷ Vgl. dazu unten S. 186 ff.

⁸ Theodor Schieder, *Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert*, in: ders., *Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit* (München 1970) 15. Schieder gebraucht diesen Begriff für die bürgerlich-liberale Intelligenz des 19. Jahrhunderts im allgemeinen, ohne sich speziell auf die hier behandelten Historiker zu beziehen. Zur Antithese von Reform und Revolution im liberalen Denken des Vormärz s. auch Lothar Gall, *Benjamin Constant. Seine politische Ideenwelt und der deutsche Vormärz* (Wiesbaden 1963) 133 ff. Von einem „Unbehagen der Liberalen gegenüber dem Recht zur Rebellion“ spricht auch James J. Sheehan, *Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770–1914* (München 1983) 58. Vgl. auch Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat* (München 1983) 288.

⁹ Friedrich Christoph Dahlmann, *Geschichte der französischen Revolution bis auf die Stiftung der Republik* (Leipzig 1845) 199, im folgenden zitiert: *Dahlmann, Französische Revolution*; vgl. ebd., 240, 421 f. u. ö.

der Nationalversammlung werden, die monarchische Gewalt zu stabilisieren und einer konzeptionslosen königlichen Politik Richtung und Halt zu geben. Ob der Nationalversammlung das gelingt, ist für Dahlmann ab Ende Juni 1789 die entscheidende Schicksalsfrage für Frankreich.

Spätestens mit der Erklärung der Menschenrechte und dem Bekenntnis zur Volkssouveränität begibt sich die Nationalversammlung jedoch auf eine schiefe Bahn. Angesichts der natürlichen Ungleichheit unter den Menschen muß die Proklamation der allgemeinen Gleichheit nur ungerechtfertigte Ressentiments, uneinlösbare Ansprüche und ziellose Veränderungswünsche auslösen, während gleichzeitig mit dem Gedanken der Volkssouveränität die falsche Vorstellung genährt wird, daß der Staat und seine Organisationsformen ein willkürliches Konstrukt menschlicher Vernunft seien. Der Staat ist aber nicht „als eine künstliche Einrichtung zu begreifen, welcher ein staatloser Naturzustand vorangegangen wäre“¹⁰. Es gibt vielmehr naturgegebene Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen, die nicht beliebig durch Mehrheitsbeschluß verändert werden können. Hier liegen für Dahlmann Grenzen menschlicher Gestaltungsfreiheit, über die sich die Träger der Französischen Revolution hinweggesetzt haben.

Mirabeau ist für Dahlmann der vorbildhafte, aber tragisch scheiternde Held der Revolution. Er kämpft für echte Kronrechte, insbesondere das absolute Veto, die Trennung von Exekutive und Legislative, die Unabhängigkeit der Justiz, und er kämpft gegen die absoluten Machtansprüche der Volksvertretung und auch gegen die kirchen- und adelsfeindlichen Beschlüsse der Nationalversammlung. Auch Mirabeau kann jedoch den fortschreitenden Prozeß der Erosion der königlichen Macht nicht aufhalten. Mit jedem Stein, der aus ihr herausgebrochen wird, wächst die Bedrohung der Freiheit, und mit dem Ende des Königtums wird die Vernichtung der Freiheit möglich.

Die Französische Revolution wird so zum negativen Gegenbild der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts, die Dahlmann ein Jahr zuvor beschrieben hatte. Sie ist nach seiner Interpretation eine schwere Krise in der Entwicklungsgeschichte der englischen Freiheit und wurde durch übertriebene Machtansprüche der Krone ausgelöst, welche das Parlament zu berechtigter Anwendung seines Widerstandsrechtes zwangen. Durch Mäßigung und Ausgleich der beiderseits überspannten Positionen wurde diese Krise schließlich 1688 auf der Basis des historischen Rechtes beigelegt¹¹.

¹⁰ Dahlmann, *Französische Revolution*, 243, vgl. ebd., 392 und Dahlmann, *Politik*, 124. Dahlmann schreibt zwar an anderer Stelle: „Die treibende Kraft im Staate geht durch eine Natur der Dinge, die sich nicht spotten läßt, nun einmal vom Volke aus“ (*Französische Revolution*, 49), doch darf man daraus nicht mit Sieburg ein prinzipielles Bekenntnis zum „Dogma der Volkssouveränität“ ableiten. Heinz-Otto Sieburg, *Deutschland und Frankreich in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts*, Bd. 1 (Wiesbaden 1954) 264, im folgenden zitiert: Sieburg, *Deutschland und Frankreich*.

¹¹ Friedrich Christoph Dahlmann, *Geschichte der englischen Revolution* (Leipzig 1844) 380 ff. Nach Springer lag für Dahlmann „die Größe des englischen Volkes“ eben darin, „daß es das Maß und das Ziel seiner Tätigkeit nicht aus den Augen verlor, beharrlich danach strebte, die Ordnung mit der Freiheit zu versöhnen“. Anton Springer, *Friedrich Christoph Dahlmann*, Bd. 2 (Leipzig 1872) 163. Zur weiten Verbreitung der Revolutionsgeschichten Dahlmanns s. Springer, ebd., 148 ff. Wie „zahn“ Dahlmanns Darstellungen der Tendenz nach waren, unterstreicht auch Hermann Heimpel, *Friedrich Christoph Dahlmann*, in: ders., *Zwei Historiker* (Göttingen 1962) 14.

Daß es in Frankreich überhaupt zur Revolution kam, lag nach Dahlmann an der Unfähigkeit der Krone zu zeitgemäßer Reform. Er distanziert sich nachdrücklich von Edmund Burke, der die Zustände des französischen Ancien Régime idealisierte. Dahlmanns Ausführungen über die Vorgeschichte der Revolution sind eine lange Aufzählung von Fehlern, Mißgriffen und Versäumnissen der Regierung. Verhängnisvoll war vor allem das Scheitern Turgots. Die These, die Revolution sei von Philosophen und Schriftstellern herbeigeredet und herbeigeschrieben worden, wird zurückgewiesen. Falsch war dann fernerhin das ungeschickte Taktieren mit Parlamenten und Notabel-Versammlungen, das nur die konservativen Kräfte stärkte, und ein Fehler war auch die Wiederbelebung der längst obsolet gewordenen Generalstände. Der König hätte vielmehr sofort eine in zwei Kammern gegliederte Volksvertretung mit Grundbesitz- und Steuerzensus einberufen sollen, so wie es das Vorbild Nordamerika und England nahelegte und wie die zeitgenössische Theorie es forderte – der unmittelbare Bezug zu Dahlmanns Gegenwart im damaligen Preußen ist hier geradezu mit Händen zu greifen. Die unumschränkte Monarchie war für Dahlmann ein „fruchtbarer Durchgangspunkt“ im Verlauf der neueren Geschichte¹². In Preußen hat sie durch Reform das vollbracht, wozu in Frankreich die Revolution nötig war, doch ihre Zeit ist abgelaufen. Sie muß den Völkern jetzt den Mittelweg zwischen monarchischer Ordnung und republikanischer Freiheit öffnen. Von der konservativen Deutung seines älteren Zeitgenossen Niebuhr hebt sich Dahlmann deutlich insofern ab, als er die revolutionäre Selbsthilfe der Nation nicht von vornherein und eo ipso als verwerflichen Aufruhr verurteilt. Die Revolution bleibt jedoch ein Unheil, das hätte vermieden werden können.

Im Unterschied zu Dahlmann betrachtet Droysen die Französische Revolution unter universalgeschichtlichem Aspekt nur als Teil einer insgesamt fünfzigjährigen Epoche unterschiedlicher Völkerkämpfe um die Freiheit. Diese Epoche beginnt mit der Unabhängigkeitsbewegung der nordamerikanischen Kolonien Englands und hat mit dem Erwachen der Völker in den Freiheitskriegen gegen die universale Despotie Napoleons ihr vorläufiges Ende gefunden. Der einheitliche Charakter dieser welthistorischen Epoche liegt darin, daß der Staat und das internationale Staatensystem auf der Grundlage „sittlicher Mächte“¹³ neu zu konstituieren sind, speziell der bürgerlichen Freiheit, der nationalen Selbstbestimmung und der internationalen Friedensordnung.

¹² Dahlmann, Französische Revolution, 421.

¹³ Zur Bedeutung der „Sittlichen Mächte“ in Droysens Geschichtstheorie s. vor allem Johann Gustav Droysen, *Historik*. Historisch-kritische Ausgabe von Peter Leyh, Bd. 1 (Stuttgart 1977) 290ff., im folgenden zitiert: Droysen, *Historik*. Vgl. dazu Wolfgang Hock, *Liberales Denken im Zeitalter der Paulskirche*. Droysen und die Frankfurter Mitte (Münster 1957) 93ff., und Günter Birtsch, *Die Nation als sittliche Idee. Der Nationalstaatsbegriff in Geschichtsschreibung und politischer Gedankenwelt Johann Gustav Droysens* (Köln 1964), 25ff. Zur Auseinandersetzung Droysens mit der Französischen Revolution als Teil seiner Analyse der Gegenwart s. Jörn Rüsen, *Begriffene Geschichte. Genesis und Begründung der Geschichtstheorie J. G. Droysens* (Paderborn 1969) 74ff., sowie aus der älteren Literatur vor allem Hans Rother, *Geschichte und Politik in der Gedankenwelt Johann Gustav Droysens* (*Historische Studien* 268, Berlin 1935) 76ff. Zur Aufnahme der „Vorlesungen“ in der deutschen Öffentlichkeit des Vormärz s. *Gustav Droysen*, Johann Gustav Droysen (Leipzig 1910) 320ff.

„Es ist nicht möglich“, schreibt Droysen, „daß die höchste sittliche Ordnung, in der der Mensch zu leben hat, [...] andere Aufgaben, andere Normen, andere Grundlagen als die der Gerechtigkeit, der Freiheit, des Friedens, andere als sittliche könne haben wollen. Es ist nicht möglich, daß der Staat [...] andere Machtmittel benutzen könne, als die solchen Aufgaben entsprechenden, oder er gibt seinen Beruf und sein Recht und seine Heiligkeit, eine Gottesordnung zu sein, dahin.“¹⁴

Genau diesen sittlichen Charakter aber hat der Staat im Verlauf des 17. und 18. Jahrhunderts zunehmend verloren. Die auf wechselseitiger Treue beruhenden feudalen Gesellschaftsstrukturen sind zu reinen Herrschaftsverhältnissen entartet, noch bestehende korporative Autonomien zu leeren Hülzen denaturiert, der englische Parlamentarismus zu einem nach innen und außen gleichermaßen gerichteten Despotismus der „Geldsouveränität“¹⁵ geworden, die europäischen Staaten zu reinen Machtstaaten ohne jede sittliche Potenz degeneriert, was nicht zuletzt die jedem Rechtsempfinden Hohn sprechenden polnischen Teilungen und die schamlosen Gewaltakte bei der Säkularisierung und Mediatisierung im Deutschen Reich belegen. Die zivilisierte Welt befindet sich demnach in einer schweren Krise, die nur dadurch geheilt werden kann, daß ein neues sittliches Prinzip allgemeine Anerkennung findet. In der Epoche der Revolutionen und Freiheitskriege zeigt sich nun, daß dieses Prinzip auf der gegenwärtigen Stufe der Weltgeschichte nur die Freiheit sein kann. Daß dies mit zwingender Notwendigkeit im Plan der göttlichen Vorsehung beschlossen ist, ergibt sich für den gläubigen Christen Droysen aus der historisch forschenden Analyse des weltgeschichtlichen Geschehens seit 1770. In der Geschichte offenbart sich Gottes Wille, und der Forscher wird ganz im Sinne der Historik Droysens zu dem Propheten, der von Gottes Ratschluß Zeugnis abzulegen hat¹⁶.

So entwickelt also auch Droysen sehr eindeutige Kriterien für die Beurteilung des Revolutionsverlaufs im einzelnen. Ähnlich wie Dahlmann wirft er Ludwig XVI. vor, daß er Frankreich nicht im Stil des Aufgeklärten Absolutismus durch Reform umgestaltet hat, obwohl Staatsmänner mit angemessenen Programmen bereitstanden. Statt dessen wurde mit der Wiederbelebung der Parlamente die Tür zu reaktionärer Anarchie geöffnet. Frankreich stand bereits im Jahre 1788 mitten in der Revolution und drohte in seine feudalen Glieder auseinanderzufallen. Die Einberufung der Generalstände und ihre Transformation zur Nationalversammlung war der einzige Weg zur Rettung. Mit der Erklärung der Menschenrechte begab sich die Nationalversammlung allerdings auf einen gefährlichen Weg, weil in Frankreich anders als in Nordamerika die sozial homogene Gesellschaft rechtsgleicher und politisch verantwortungsbewußter Bürger noch nicht vorhanden war, welche die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte voraussetzt. Sie war insofern in Frankreich eine „anticipatio naturae“¹⁷, aus der sich bald Konflikte ergaben. Im Unterschied zu Dahlmann ist Droysen der Auf-

¹⁴ Johann Gustav Droysen, Vorlesungen über die Freiheitskriege, Bd. 2 (Kiel 1846) 361 f., im folgenden zitiert: *Droysen, Freiheitskriege*.

¹⁵ Ebd., 528. Zur Kritik *Droysens* an den englischen Verhältnissen vgl. ebd., Bd. 1 (Kiel 1846) 14 und 24 ff. sowie Bd. 2, 27.

¹⁶ *Droysen, Historik*, 444.

¹⁷ *Droysen, Freiheitskriege*, Bd. 1, 368.

fassung, daß die Erfolge der Nationalversammlung bei der Stabilisierung der inneren Ordnung und ihr Verfassungswerk eine hinreichend feste Grundlage für eine neue Gesellschaft bürgerlicher Freiheit boten, wenn sie nicht durch die ständigen reaktionären Wühlereien von Adel und Klerus gefährdet gewesen wären und wenn der König nicht durch Unaufrichtigkeit, Konspiration mit dem Ausland und schließlich sogar Bruch seines Verfassungseides die Grundlagen seines Thrones selbst untergraben hätte. Die Lawine der radikalen Revolution wäre noch im Zeitpunkt ihres Entstehens aufzuhalten gewesen, wenn sich der König auf dem Boden der Verfassung mit der Partei des wohlhabenden Bürgertums zusammengefunden hätte. Der Krieg gegen die europäischen Mächte war eindeutig ein Verteidigungskrieg zur Abwehr der Intervention, der Königmord in Frankreich nicht schlimmer als der kaltblütige Völkermord, den die europäischen Mächte gleichzeitig mit der Vernichtung Polens begingen. Das „grausig großartige System des Schreckens“¹⁸ war eine notwendige Antwort auf die äußere und innere Bedrohung; es ist von den gegenrevolutionären Kräften zu verantworten. Mit dem Sturz Robespierres setzt sich dann wieder das Streben nach Recht, Freiheit und Sicherheit von Person und Eigentum durch. Vom Schmutz des Sansculotismus und dem Blut der Guillotine gesäubert stehen die aus der Revolution geborenen neuen sittlichen Mächte in voller Reinheit da: Die Idee der Nation und die unveräußerlichen Menschenrechte.

Während der Hauptakzent von Dahlmanns Revolutionsdeutung auf der These liegt, daß die Nationalversammlung nicht in ausreichendem Maße für die Festigung der königlichen Autorität eingetreten sei und so die Chance für die Verwirklichung einer vom bürgerlichen Mittelstand getragenen konstitutionellen Monarchie verspielt habe, betont Droysen den Gesichtspunkt, daß der Nationalversammlung im Grunde kein Vorwurf zu machen sei, daß vielmehr den Gegnern der Freiheit das Ausufern der Revolution zu Unrecht, Gewalt und Terror anzulasten sei. Der Wohlfahrtsausschuß vollendet den „Wahn der Gleichheit“ und „der Despotismus der Staatsidee verschlang alle anderen sittlichen Mächte“¹⁹. Nach einem Prozeß der Selbstreinigung zeigt sich dann, daß auch die republikanische Direktorialverfassung stabile innere Verhältnisse nicht garantieren kann. Im diktatorischen Absolutismus Napoleons und seinem europäischen Herrschaftssystem ist der Staat weiter als je davon entfernt, sittliche Macht auf der Grundlage der Freiheit zu sein. Die Menschheit ist keinen Schritt vorangekommen – oder doch?

Nachdem die Herrscher Deutschlands als Komplizen Napoleons bei der Ausplünderung des Deutschen Reiches den revolutionären Rechtsbruch auch ihrerseits bis zum Exzeß gesteigert haben, um dann doch der Übermacht des Usurpators Tribut zahlen zu müssen, bricht sich langsam auch hier die Erkenntnis Bahn, daß der Staat künftig auf der sittlichen Macht der Freiheit beruhen müsse. Eine freie Nation und der Staat als Ordnungsmacht sind notwendig aufeinander bezogen. In Frankreich hätte diese Symbiose von Freiheit und Staatsgewalt verwirklicht werden können – am

¹⁸ Ebd., 458.

¹⁹ Ebd., 11.

nächsten ist ihr danach das Preußen der Reformzeit gekommen²⁰, wo vor allem der Freiherr vom Stein den Staat auf die „Königliche Vollfreiheit des sittlichen Menschen“²¹ neu zu gründen suchte. Das Reformwerk blieb allerdings unvollendet, doch auch die Erhebung von 1813 hatte als Kampf um die Freiheit einen eminent sittlichen Charakter, und die Völkerschlacht von Leipzig war in diesem Sinne ein Gottesgericht. Die Monarchien haben sein Urteil allerdings nicht verstanden, doch das Bewußtsein der Völker von dem, was sie wollen dürfen und wollen müssen, ist seitdem ständig gewachsen. Der Sieg der Freiheit ist unaufhaltsam, und nur von den Regierungen hängt es ab, ob der Sieg in blutigen Krisen erkämpft werden muß oder ob er sich in den Bahnen der Evolution durch friedliche Reform vollziehen kann.

Im unerschütterlichen Glauben an den unwiderstehlichen Siegeszug der Freiheit unterscheidet sich Droysens Revolutionsdeutung von derjenigen Dahlmanns, in der vor allem die Notwendigkeit von Ordnung als Voraussetzung der Freiheit betont wird. Gemeinsam ist ihnen, daß die Revolution als politischer Prozeß, nicht als sozialer Konflikt interpretiert wird. Die Masse des Volkes erscheint ausschließlich als „Pöbel“, zur staatstragenden Schicht ist der bürgerliche Mittelstand berufen. Der Idee der Volkssouveränität steht man ablehnend gegenüber, die Verkündigung der Menschenrechte hält man für problematisch, der republikanische Staat hat seine Feuerprobe nicht bestanden. Die Revolution hätte durch rechtzeitige Reform verhindert werden können, und für derartige Reformen hat Deutschland und insbesondere Preußen eine vorbildhafte Tradition im Aufgeklärten Absolutismus und dem daran nahtlos anknüpfenden Reformstaat, die es nur weiterzuführen gilt, um die sonst auch in Deutschland drohende Revolution zu vermeiden. Man findet kein Gefühl des Bedauerns darüber, daß Deutschland bisher keine Revolution erlebt hat, keine dadurch geprägte Stimmung der Inferiorität gegenüber Frankreich oder England. Der gemeinsame Tenor liegt ganz im Aufruf an die Regierungen zur Revolutionsprophylaxe, nicht etwa im Appell an das Volk, die bisher verweigerten Freiheitsrechte selbst zu erkämpfen.

II

Eine linksliberale Variante zu den Revolutionsdeutungen Dahlmanns und Droysens finden wir bei Karl v. Rotteck²²: die Interpretation der Revolution als Kampf des Natur- und Vernunftsrechtes gegen die historisch gewachsenen Zustände, die ihre Gestalt letztlich dem Zufall, der Willkür oder der Gewalt zu verdanken haben und die kein Lebensrecht mehr beanspruchen dürfen, seitdem die kritische Vernunft ihre Irrationalität decouvriert hat. In diesem Sinne gibt es für Rotteck „keine größere, ja kaum eine gleich große Begebenheit in der Weltgeschichte, als die Französische Revolu-

²⁰ Ebd., 14: „Das wiedergeborene Preußen war der erste Staat, der den großen Gegensatz, zu dem die Revolution Europa polarisiert hatte, auf *positive* Weise zu vermitteln begann.“

²¹ Droysen, Freiheitskriege, Bd. 2, 411; vgl. ebd., 728.

²² Vgl. dazu die Ausführungen von Jürgen Füss in diesem Band, S. 157 ff. (dort auch Nachweis von Quellen und Literatur zu Rotteck).

tion²³. So verfolgt Rotteck zunächst auch den Gang der Ereignisse mit höchster Sympathie, verteidigt sogar das Einkammersystem, hätte das absolute Veto allerdings dem suspensiven vorgezogen. Er identifiziert sich ganz mit der Politik der Girondisten, die dem König die Basis für eine Zusammenarbeit mit der Legislative geboten hätte. Der König sucht statt dessen jedoch Rückhalt bei den gegenrevolutionären Kräften, und die Kirche verursacht mit ihrem vom Papst geschürten Widerstand gegen die Zivilverfassung des Klerus eine unheilvolle, tiefe Spaltung im französischen Volk. Auf der anderen Seite mobilisiert die Bergpartei aus egoistischen Machtinteressen den Pariser Pöbel zum Kampf gegen die Gironde. Damit verliert die vernünftige Einsicht die Kontrolle über den Gang der Ereignisse, die Zeit des Schreckens bringt die unkontrollierte Tyrannei der Leidenschaften und niedrigen Instinkte. Die Sympathie, mit der Rotteck den Verlauf der Revolution zunächst begleitete, wandelt sich zu spürbarer Distanz²⁴. Auch Rotteck ist allerdings der Ansicht, daß der Umschlag in den Terror von den Trägern der gegenrevolutionären Politik zu verantworten ist.

Die Direktorialverfassung wird von Rotteck sehr positiv beurteilt, als weiser Mittelweg zwischen Aristokratie und Ochlokratie, in dem durch Zensusbestimmungen die politische Herrschaft des Mittelstandes gesichert ist. Die allgemeine Sehnsucht nach gesetzlicher Ordnung und politischer Sicherheit erleichtert den Direktoren zunächst ihre Aufgabe. Sie sind jedoch letztlich nicht bereit, ihre eigene Verfassung loyal zu befolgen und spielen deshalb nach dem republikanischen Wahlsieg von 1798/99 die Regierungsgewalt dem militärischen Machthaber in die Hände. Die plebiszitäre Bestätigung der Militärdiktatur setzt schließlich „die mit ihrer Freiheit prahlenden Franken der Verachtung oder dem Mitleid der Denkenden“ aus²⁵. Mit dem Beginn der Herrschaft Napoleons ist die Sache der Freiheit für Rotteck in Europa zunächst einmal verloren. Sein Englandbild ist womöglich noch dunkler als dasjenige Droysens, aber die für Droysen typische Verherrlichung der preußischen Reformzeit ist bei Rotteck nicht zu finden. Den rheinbündischen Reformen allerdings werden gewisse Fortschritte bei der Verwirklichung der staatsbürgerlichen Gleichheit zugebilligt.

Von den bisher besprochenen liberalen Revolutionsdeutungen unterscheidet sich prinzipiell die Position, die Friedrich Christoph Schlosser in seiner damals viel gelesenen *Geschichte des 18. und des 19. Jahrhunderts bis zum Sturz des französischen Kaiserreichs* einnimmt. Der hier interessierende 5. Band erschien in 2. Auflage 1844. Das eigentlich besondere, ja einzigartige bei Schlosser ist seine bewußte Zustimmung zur gewaltsamen revolutionären Aktion. Nach Schlosser läßt sich ein Extrem immer nur durch das entgegengesetzte Extrem zerstören, „rohe Gewalt und Vorurteil der Großen“ werde demgemäß nur „der rohen Gewalt und dem blinden Schwindel der fanatisierten Masse“ weichen²⁶. So zeigt sich schon im Juli 1789, „daß es nicht schöner Re-

²³ Karl von Rotteck, *Allgemeine Weltgeschichte für alle Stände von den frühesten Zeiten bis zum Jahre 1840*, Bd. 4 (Stuttgart 1846) 3, im folgenden zitiert: Rotteck, *Weltgeschichte*.

²⁴ Insofern ist also auch Rottecks Urteil über den Gesamtverlauf der Revolution differenzierter, als es die Darstellung Sieburgs, *Deutschland und Frankreich*, Bd. 1, 115 erkennen läßt.

²⁵ Rotteck, *Weltgeschichte*, Bd. 4, 124.

²⁶ Friedrich Christoph Schlosser, *Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts und des neunzehnten*

den, sondern furchtbarer Taten bedürfe, und daß man vor keiner Gewalttat zurückschauern müsse, wenn man eine tausendjährige Staatsverfassung vernichten wolle“²⁷. Als sich dann im Jahre 1792 die Konstitutionellen mit den Emigranten, dem König und den europäischen Mächten zur Wiederherstellung der alten Verhältnisse verschworen, mußten die Girondisten und gemäßigten Jakobiner die Leitung der Dinge notwendig denjenigen übergeben, welche die Fäuste und die Mordbanden des Pöbels aufbieten konnten. „Die Hefe des Volkes, die Masse der sich in Paris sammelnden Verbrecher mußte gebraucht werden, um das Alte mit der Wurzel zu vernichten und zu vertilgen, damit dem Neuen ein freier Raum geschaffen werde.“²⁸ Schlosser ist also weit davon entfernt, ein idealisiertes Bild der Schreckensherrschaft zu zeichnen. Im Gegenteil: er forciert geradezu den Gedanken, daß nur der Gebrauch der Gewalt in ihrer rohesten und gemeinsten Form den Sieg der Freiheit und der Gerechtigkeit bringen konnte. Das System des Wohlfahrtsausschusses war zwar von seinen Mitteln her betrachtet „das verruchteste und abscheulichste, dessen die Weltgeschichte gedenkt“, von seinen Wirkungen her jedoch das „vortrefflichste [...]“, um eine neue Generation von Menschen, neue Sitten, Einrichtungen, Gesetze unerschütterlich fest zu begründen“²⁹. Robespierre, Condorcet und ihre Freunde sind reine und edle Charaktere, sie mußten die rohe Gewalt als durch den Zweck geheiligtes Mittel einsetzen. Sie irrten sich freilich, wenn sie glaubten, die von ihnen entfesselten Elemente jederzeit auch wieder bändigen zu können. Sie wurden selbst von ihnen fortgerissen und verschlungen und sind so die eigentlich tragischen Helden der Revolution. Schlosser selbst bekennt sich übrigens in etwas unbestimmter Art zum Konstitutionalismus als der einzigen für große Staaten angemessenen Verfassungsform³⁰.

III

Nach Ansicht Schlossers kann man also nicht für die hehren Ziele und Ideale der Revolution schwärmen und hinterher diejenigen verurteilen, die sich im Kampf für deren Ziele die Hände mit Blut beschmutzen. Dies vor allem unterscheidet ihn und seine Schüler, wie z. B. den eingangs zitierten Wilhelm Zimmermann, von den liberalen Historikern Droysen und Dahlmann. Schlosser gilt als letzter deutscher Vertreter einer vorwissenschaftlichen Aufklärungs-Historie, der seine Urteile in bewußter Parteinahme von rigoristischen moralischen Sittenbegriffen her fällt. Das mag im allge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 186

bis zum Sturz des französischen Kaiserreichs, Bd. 5 (Heidelberg ²1844) 63. Der Wortlaut dieser Auflage wurde in späteren Auflagen nicht mehr geändert.

²⁷ Ebd., 77. Die Auffassung, „daß jede durchgreifende Verbesserung nur gewaltsam durchgesetzt werden kann“, vertritt *Schlosser* im übrigen auch schon bei der Darstellung der Politik Friedrichs d. Gr. am Vorabend des Siebenjährigen Krieges: Ebd., Bd. 2 (Heidelberg ³1843) 271.

²⁸ Ebd., Bd. 5, 372.

²⁹ Ebd., 567, vgl. auch ebd., 83: Jeder vernünftige Mensch müsse zugeben, „daß nur die an sich unverständige Übereilung am vierten August und die schändlichen und unmenschlichen Mordtaten und Beraubungen der Schreckenszeit die Wiederherstellung allen Unfugs des achtzehnten Jahrhunderts unnötig gemacht haben“.

³⁰ Ebd., 311.

meinen richtig sein, auch wenn zu betonen ist, daß Schlosser sich gerade für seine Revolutionsdarstellung intensiv um die Erschließung von Quellen und die Befragung von Zeitzeugen bemüht hat. Wird ihm aber Heinrich v. Srbik wirklich gerecht, wenn er von ihm schreibt: „Von dem starken politischen Atem des neuen Jahrhunderts ist in seiner Historiographie kaum etwas zu merken“³¹? Müßte man nicht eher fragen, ob hier eine ältere Tradition politisch engagierter Geschichtsschreibung vorliegt, die dann unter dem Einfluß des Historismus zurückgedrängt wurde? Noch Gervinus glaubte seinen Lehrer Schlosser höher achten zu müssen als Leopold von Ranke³², und es ist auch nicht erstaunlich, daß die „Schlosser-Schule“ von der Geschichtsschreibung der Deutschen Demokratischen Republik außerordentlich positiv gewertet wird³³. Schlosser hat angeblich mit seiner Geschichte des 18. und des 19. Jahrhunderts „auf die öffentliche Meinung, namentlich des deutschen Mittelstandes, einen tiefen Einfluß ausgeübt“³⁴, und man könnte vielleicht einmal der Frage nachgehen, ob Einwirkungen Schlossers auf die Entwicklung des demokratischen Radikalismus im deutschen Südwesten nachzuweisen sind³⁵. Ob er selbst im Ernstfall den Platz eines Professors auf dem Katheder mit dem des Henkers an der Guillotine vertauscht hätte, erscheint mir zweifelhaft. Von entsprechenden Aktivitäten während der Revolution von 1848/49 ist nichts bekannt. Und die Botschaft Schlossers, daß nur die Entfesselung niedrigster Instinkte des Pöbels den Sieg der Revolution ermöglicht habe, dürfte den revolutionären Elan seiner bürgerlichen Zeitgenossen auch nicht gerade gestärkt haben.

Die große Mehrheit des deutschen Bürgertums dürfte vielmehr den Positionen Dahlmanns und Droysens zugeneigt haben. Hier erkannte man in den Beschlüssen der französischen Nationalversammlung – wenn auch mit Abstrichen – das eigene Programm, interpretierte aber den weiteren Verlauf der Revolution als Irrweg zu immer mehr Chaos und Gewalt, und dementsprechend hat man dann ja auch die Märzbewegung von 1848 von Anfang an zu bremsen und zu kanalisieren versucht. Es ist daher meines Erachtens völlig verfehlt, mit Heinz Otto Sieburg von einer bis 1848 in Deutschland vorherrschenden „sehr frankophilen Gesinnung“ zu sprechen, „die in dem Frankreich der Großen Revolution das leuchtende Vorbild sah, dem man im Kampf gegen fürstlichen Absolutismus und um politische Freiheit nachzueifern hatte“³⁶. Zunächst in bezug auf den Vorbildcharakter der Revolution ist dieses Urteil

³¹ Heinrich Ritter von Srbik, *Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart*, Bd. 1 (München 1964) 160. Sehr viel überzeugender ist demgegenüber die ältere Würdigung Schlossers bei Wilhelm Dilthey, *Vom Anfang des geschichtlichen Bewußtseins* (Gesammelte Schriften Bd. 11, Stuttgart 1972) 104 ff. Vgl. auch Ottokar Lorenz, *Die Geschichtswissenschaft in Hauptrichtungen und Aufgaben* kritisch erörtert, Bd. 1 (Berlin 1886) 3 ff.

³² Srbik, ebd.

³³ S. dazu besonders Gerhard Schilfert, Friedrich Christoph Schlosser, in: *Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft*, hrsg. von Joachim Streisand, Bd. 1 (Berlin 1969) 136–147.

³⁴ So Wegele in seinem Lebensbild Schlossers in der Allgemeinen Deutschen Biographie Bd. 31, 539.

³⁵ Bei Peter Wende, *Radikalismus im Vormärz* (Wiesbaden 1975), der bisher fundiertesten Untersuchung zur politischen Theorie der frühen deutschen Demokraten, wird Schlosser nur einmal kurz erwähnt.

³⁶ Sieburg, *Deutschland und Frankreich*, Bd. 2, 341 f. Zustimmend zu den Thesen Sieburgs äußert

einzuschränken. Auch Michael Neumüller kann sich in seiner Studie über Liberalismus und Revolution m. E. noch nicht hinreichend von der griffigen Kennzeichnung der Dahlmann'schen Revolutionsgeschichten als „Sturmvoegel der Revolution“ durch Heinrich v. Treitschke freimachen³⁷. Er konstruiert vielmehr ein in sich widerspruchsvolles Modell einer liberalen „Reform-Revolution“ und bezeichnet die Revolutionsdarstellungen der gemäßigten Liberalen trotzdem ausdrücklich als „politische Lehrbücher“, in denen die Märzrevolution „vorausprogrammiert und konzipiert“ wurde³⁸. Dies ist, wie mir scheint, nicht richtig. Dort wird vielmehr die Revolution als abschreckendes Beispiel gebraucht, und dem Prinzip der Revolution wird die Forderung nach Reform mit allem Nachdruck entgegengestellt. Revolutionsprophylaxe ist der politische Sinn dieser Darstellungen, und Vergleichbares gilt ja bekanntlich auch für Lorenz v. Steins vormärzlicher Analyse der sozialen Bewegungen in Frankreich seit 1789. Zutreffend ist allerdings, daß sich in all diesen Revolutionsdarstellungen in starkem Maße das verbreitete, sorgenvolle Krisenbewußtsein des ausgehenden Vormärz spiegelt.

Résumé de la communication de Manfred Botzenhart

L'étude des jugements portés sur la Révolution française par les historiens Dahlmann et Droysen, confrontés à ceux émis par d'autres idéologues allemands des années 1830–1848, montre que, dans la bourgeoisie libérale allemande du Vormärz la Révolution de 1789 était bien loin d'être considérée comme un modèle digne d'être imité.

Pour Dahlmann la liberté ne peut exister que si elle est garantie par une constitution reposant sur un ordre social et politique stable que seule la monarchie pouvait garantir en France. A partir de juin 1789, la question fut donc de savoir si l'Assemblée Nationale réussirait à stabiliser la monarchie. Dahlmann voit donc en Mirabeau le héros à la fois exemplaire et tragique de la Révolution et reproche à Louis XVI de ne pas avoir réalisé les programmes tracés par ses ministres et de n'avoir pas fait de la France,

Fortsetzung Fußnote von Seite 188

sich Ernst Schulin, *Zeitgeschichtsschreibung im 19. Jahrhundert*, in: Festschrift Hermann Heimpel (Göttingen 1971) 116. Schulin bezieht sich dabei allerdings vorwiegend auf Rotteck und Schlosser.

³⁷ Vgl. oben S. 180, Anm. 6.

³⁸ Michael Neumüller, *Liberalismus und Revolution. Das Problem der Revolution in der deutschen liberalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts* (Düsseldorf 1973) 217. Zutreffend stellte hingegen Christern schon 1921 fest: In Dahlmanns Revolutionsgeschichten sollten Regeln entwickelt werden, „nach denen der Staatsmann und Politiker sich richten könnte, [...] um dem Ausbruch einer Revolution zu begegnen oder, wenn sie unvermeidlich war, den gefährlichen Lavastrom in ein sicheres Bett zu leiten.“ Hermann Christern, Friedrich Christoph Dahlmanns politische Entwicklung bis 1848, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte* 50 (1921) 333. Aus der älteren Literatur zur Auseinandersetzung mit der Revolution im vormärzlichen Deutschland seien hier noch erwähnt Hanna Kobylinski, *Die französische Revolution als Problem in Deutschland 1840–1848* (Historische Studien 237, Berlin 1933), und Alexander Gurwitsch, *Das Revolutionsproblem in der deutschen staatswissenschaftlichen Literatur, insbes. des 19. Jahrhunderts* (Historische Studien 269, Berlin 1935).

avant 1789, une monarchie constitutionnelle selon les théories contemporaines et l'exemple anglo-américain, Dahlmann s'adresse donc aux souverains allemands pour qu'ils accordent à temps les réformes nécessaires et ne lance aucun appel à la bourgeoisie pour qu'elle lutte en vue d'obtenir les droits qui ont été jusque ici refusés.

Droysen, à l'inverse de Dahlmann, pense que la révolution de 1789 ne constitue pas un phénomène isolé dans l'histoire mais qu'elle s'inscrit dans les luttes d'indépendance que le monde connaissait depuis plus de 50 ans. Pour lui, le monde qui, depuis le milieu du 18^{ème} siècle est plongé dans une crise profonde, ne peut se reconstituer que sur la base des «forces morales» qui, selon la volonté divine, ne peuvent être que celles de la liberté pour laquelle les peuples luttent depuis 1775. Il porte sur l'Assemblée Nationale un jugement plus favorable que celui de Dahlmann et pense qu'une radicalisation de la Révolution eût pu être évitée si le roi avait, sur la base de la constitution, coopéré avec la bourgeoisie au lieu de conspirer avec la noblesse, le clergé, les émigrés et les puissances étrangères. Pour lui, les ennemis de la Révolution ont provoqué son «dérapage» vers la Terreur; à la sortie de ce «purgatoire» le Directoire ne put apporter la stabilité à l'Etat, la dictature napoléonienne ne reposait sur aucune «force morale» et c'est en Allemagne que naquit, lors des guerres d'indépendance, l'idée que l'Etat doit être fondé sur la liberté et, en ce domaine, les réformes concédées en Prusse ont ouvert la voie. Il faut donc continuer dans ce sens si l'on veut éviter la révolution en Allemagne et celle-ci doit refuser le modèle proposé par la France et celui offert par l'Angleterre dont le système parlementaire camoufle la dictature des intérêts commerciaux d'une oligarchie ploutocratique.

Malgré leur divergences Dahlmann et Droysen considèrent, l'un et l'autre, la Révolution de 1789 comme un événement politique et non comme un conflit social. Ils assimilent les couches inférieures à la «canaille», contestent les principes républicains et celui de la souveraineté du peuple. Pour eux la Révolution de 1789 fut un malheur qu'on aurait pu éviter en réalisant des réformes opportunes dans la tradition qui s'était instaurée en Allemagne avec l'absolutisme éclairé qui dispense celle-ci d'imiter la France et l'Angleterre.

Rotteck, lui aussi, n'approuvait pas la violence révolutionnaire. Pour lui, la Révolution fut le conflit du droit naturel et de la raison contre l'irrationalité des phénomènes historiques. Il pensait que la Révolution perdit son caractère exemplaire quand la Montagne lança les sans-culottes contre la Gironde faisant ainsi triompher la passion sur la raison.

Dans le 5^{ème} tome de son Histoire du XVIII^{ème} siècle, très lue à l'époque, le professeur de Heidelberg, F. Ch. Schlosser, soutient avec ferveur l'idée que l'extrême ne peut être anéanti que par son extrême, ainsi le pouvoir illégitime des grands fut-il détruit par la violence effrénée des foules fanatisées. Dès juin 1789 et jusqu'à la Terreur, le mouvement ne put aller de l'avant que par l'appel lancé aux instincts les plus bas de la populace. La fin justifiait les moyens mais les seuls héros tragiques de la Révolution, Robespierre et ses amis, furent engloutis par les forces qu'ils avaient eux-mêmes déchaînées.

Schlosser fut le seul historien du Vormärz à soutenir fermement que nul n'a le droit de prendre fait et cause pour les idéaux sublimes de la Révolution tout en condamnant

ceux qui trempèrent leurs mains dans le sang en luttant pour eux. La bourgeoisie libérale allemande pencha plutôt pour Dahlmann et Droysen et tira de leurs discussions sur la Révolution de 1789 l'idée que les réformes devaient être utilisées comme antidote à la révolution, d'où son attitude au moment des événements de 1848. Il est au total faux d'affirmer, comme le fait Sieburg, qu'il régna en Allemagne, jusqu'en 1848, une «opinion très francophile» prenant la Révolution française «pour un exemple lumineux».

Diskussion zu den Referaten von Jürgen Voss und Manfred Botzenhart

Leiter: Fernand L'Huillier

Die Aussprache über das Bild der Französischen Revolution bei den deutschen Liberalen, das in den beiden Referaten von J. Voss und M. Botzenhart vorgestellt worden war, wurde von P. Stadler durch einen Vergleich mit Jacob Burckhardt eingeleitet. Dieser sehe wie Rotteck die Revolution als einen entscheidenden Einschnitt an. Anders als der Historismus moralisiere aber Burckhardt bei ihrer Betrachtung sehr stark; für ihn sei ein ethisches Engagement Voraussetzung für eine Revolution. Er habe über Friedrich Christoph Schlosser gesagt, dieser hätte behauptet, „Macht ist an sich böse“. Nach den Ausführungen von M. Botzenhart möchte P. Stadler aber nicht mehr glauben, daß dies Schlosser ganz so gesehen habe. Hierzu ergänzte H. Schmidt, daß seines Wissens das erwähnte Zitat tatsächlich auch von Ernst von Lasaulx stamme, was P. Stadler ebenfalls für sehr wahrscheinlich ansah, da Lasaulx auch eine Quelle für Burckhardt gewesen sei.

Auf die Frage nach den Quellen der deutschen liberalen Autoren zur Französischen Revolution wies M. Botzenhart, was Dahlmann betrifft, auf Thiers hin, Schlosser sei selbst nach Paris gegangen und habe mit Konventsmitgliedern gesprochen. Ebenso betonte der Referent, daß ein Vorbildcharakter von 1789 bei den deutschen Liberalen für Dahlmann und Droysen sicher nicht bestanden habe. Nach J. Voss zitierte v. Rotteck alle Quellen, die er benutzt habe: Gesetzestexte, Memoiren, die Werke von Mignet und Thiers. Keinerlei Verbindung habe es zwischen v. Rotteck und den preußischen Reformern gegeben, jener sei jedoch „Josephinist“ geblieben, und dies erkläre auch sein Verhalten gegenüber der Kirchenpolitik, die der Revolution von 1790/91 gefolgt sei. P. Stadler erwähnte als weitere Bezugsperson zu Schlosser Sismondi aus Genf und betonte den Einfluß Benjamin Constants auf Rotteck.

H. Siemann erwähnte aus dem Wirkungskreis Schlossers bei den deutschen Liberalen Karl Hagen (1810–1868), der allerdings noch mehr in Vergessenheit geraten sei als Georg Gottfried Gervinus (1805–1871). Beide hätten eine Revolutionsgeschichte geschrieben, die eine europäische Geschichte sei. Beide sähen 1789 als einen Prozeß an, der bis in die Gegenwart reiche. M. Botzenhart wies hierzu noch besonders darauf hin, daß die Schlosserschule in der DDR hoch geschätzt werde.

Die Diskussion bezog sich abschließend noch auf die Frage nach der Rezeption der amerikanischen Revolution durch die deutschen Intellektuellen. G. Bertier de San-

vigny fragte, ob die genannten deutschen Politologen und Historiker sich für diese Revolution interessiert und ob sie deren Beziehungen zu den französischen Ereignissen erkannt hätten. Hierzu führte *J. Voss* aus, daß Rotteck von Unabhängigkeit und nicht von Revolution gesprochen habe. Die Art und Weise jedoch, wie er dies getan habe, habe seine Erkenntnis gezeigt, daß sich durch die amerikanischen Ereignisse eine Schule gebildet habe. Außerdem hätte er enge Kontakte zu La Fayette unterhalten. 1832, als der Freiburger Professor seinen Lehrstuhl verloren hatte, habe ihm La Fayette angeboten, ihn in Paris aufzunehmen. Die daran anschließende Frage nach dem Einfluß Rottecks auf die französischen Intellektuellen ist nach Voss bisher noch nicht zu beantworten. Rotteck hätte jedoch Kontakte zu Pariser und elsässischen Kreisen (Colmar, Straßburg) gehabt, was ihm dadurch erleichtert worden sei, daß Französisch seine Muttersprache gewesen sei.

Jean Benoît Yvert

Decazes et la politique du juste-milieu: «Royaliser la Nation, nationaliser la Royauté» (1815-1820)

S'adressant aux députés le 1^{er} décembre 1817, Decazes leur expose la marche que doit, selon lui, suivre le ministère pour affermir Louis XVIII sur le trône de ses ancêtres. Il faut: «Royaliser la nation, nationaliser le royalisme, protéger tous les intérêts acquis, toutes les propriétés, maintenir une égalité complète des droits, ramener à l'oubli du passé, éteindre les haines, faire aimer le pouvoir en le faisant respecter et en l'exerçant pour protéger toutes les libertés garanties par la Charte, voilà le but que le gouvernement se propose, la règle que lui a tracée le roi qui, pour rappeler les paroles sorties de la bouche royale, ne peut être roi de deux peuples et ne peut avoir qu'une même balance et une même justice.»¹

Par le jeu éternel des petites phrases, raccourcis «saisissants» destinés à forger la mémoire collective, on n'a généralement retenu de la phrase précitée que la seule formule «Royaliser la nation, nationaliser la royauté»; formule pompeuse et ambiguë inévitablement accolée au nom de Decazes dans les manuels d'histoire.

Si les idées politiques de Decazes sont peu connues, l'homme ne l'est guère plus. Favori de Louis XVIII et, à ce titre, indispensable pivot de toutes les combinaisons ministérielles de l'époque², il est surprenant, comme le signale Guillaume de Bertier de Sauvigny dans son *Histoire de la Restauration*, qu'aucune biographie sérieuse ne lui ait encore été consacrée; carence dont l'explication réside en grande partie dans le fait que Decazes n'a laissé aucun écrit à caractère autobiographique³. Pour toutes ces rai-

¹ Discours du 15 décembre 1817. Les nombreuses citations de discours de Decazes que l'on trouvera dans cette communication sont toutes extraites des «Archives parlementaires». De manière à ne pas alourdir nos notes de trop nombreuses références bibliographiques nous nous contenterons de mentionner la date du discours de Decazes, cette indication renvoyant naturellement au tome des Archives parlementaires consulté.

² Il fut successivement ministre de la Police (octobre 1815 - décembre 1818), de l'Intérieur (29 décembre 1818-20 novembre 1819) puis président du Conseil jusqu'au 20 février 1820.

³ Les papiers de Decazes détenus par ses descendants au château de La Grave sont, comme le prouve l'inventaire qui en a été dressé (consultable aux Archives Nationales série A.P.) une mine de renseignements inépuisable. Roger Langeron, dans son ouvrage «Decazes, ministre du Roi» (Paris 1960) s'appuie exclusivement sur eux empruntant largement aux précédents travaux d'Ernest Daudet auteur de deux ouvrages assez bien écrits: «Louis XVIII et le duc Decazes» (Paris 1899) et «L'ambassade du duc Decazes en Angleterre» (Paris 1910) presque entièrement rédigés à partir de la correspondance échangée entre le roi podagre et son favori. Signalons enfin le très médiocre: «Elie duc Decazes, homme d'État et franc-maçon» (s. l. 1972) de Bonafé. Tous ces ouvrages, rapi-

sons, son action politique quotidienne est difficilement cernable, en particulier comme dernier titulaire du balzacien ministère de la Police. Seul domaine de son activité suffisamment étudié : ses relations quotidiennes avec Louis XVIII, son rôle de promoteur actif et infatigable auprès du vieux monarque d'une politique de « juste-milieu » entre ultras et indépendants. De là, pour employer une terminologie contemporaine, à qualifier sa démarche de centriste, il n'y a qu'un pas... qu'il faut bien se garder de franchir!

Ni ultra, ni citra Decazes n'a jamais voulu, à la différence des doctrinaires, repenser la vie de la cité en créant un système politique original dont l'application donnerait naissance à une « troisième force » qui gouvernerait avec l'appui de nombreux notables regroupés dans un parti. Pour Decazes, le vide politique existant entre les extrêmes doit être naturellement comblé par le seul pouvoir qui, ne tenant pas son pouvoir des hommes, ne risque pas de devenir l'esclave des intérêts du ou des groupes qui le lui ont conféré. On a compris qu'il s'agit du trône « auquel est à jamais attaché le salut d'un peuple, jouet de tant d'orages et dont les destinées ne peuvent se fixer qu'à l'abri de cette légitimité sacrée, palladium de nos libertés publiques comme de nos libertés privées, sans laquelle il n'y a ni stabilité pour nos institutions, ni avenir pour nos neveux, ni sécurité, disons plus, ni honneur pour nous; cette légitimité, à laquelle la France doit le meilleur et le plus cheri des rois, qui ne commande que pour protéger, qui sait régner sur les cœurs comme sur les partis ».⁴

Royaliser la Nation

« Que si l'on reproche aux ministres... de trop parler du roi, les ministres répondront qu'ils n'en parleront jamais assez, qu'ils en parleront si haut que son nom retentira jusque dans la dernière chaumière où il fera la consolation et l'espoir du pauvre. »⁵

Royaliste du roi et non royaliste de Monsieur, selon l'heureuse formule de la comtesse de Boigne, Decazes a, et c'est ce qui fait toute l'originalité de sa pensée politique, une conception quasi absolutiste du pouvoir royal. A l'opposé des ultras de la Chambre introuvable ou des libéraux qui veulent voir s'instaurer une dichotomie entre le roi

Fortsetzung Fußnote von Seite 193

dement écrits, souffrent d'un manque évident de documentation (bibliographie insignifiante, aucune archive consultée à l'exception des papiers Decazes).

⁴ Archives parlementaires, 7 décembre 1816. Decazes revient souvent sur cette idée. La légitimité, en pliant le pouvoir royal en dehors des intrigues partisans, représente à la fois un gage de tranquillité publique et de moralité politique. Les souvenirs inédits du duc d'Orléans (fils aîné de Louis-Philippe), indiquent qu'après les Trois Glorieuses, Decazes conseilla à Louis-Philippe de prendre la Régence jusqu'à la majorité du duc de Bordeaux ce qui semble prouver que son légitimisme n'était pas de façade. Ce témoignage est à contrebalancer par celui de Molé à qui Decazes aurait notamment déclaré : « Le roi mort, que chacun fasse ce qu'il voudra, je m'en fous. » Mémoires, tome IV (Paris 1925) 127.

⁵ Archives parlementaires, 21 mars 1817. Notons que Decazes croit à la force du « mythe royal » sur les pauvres.

« divinité que rien ne peut atteindre » selon Chateaubriand⁶ – et le gouvernement, seul pouvoir réellement exécutif dont les membres doivent être choisis au sein de la majorité parlementaire, Decazes restreint le rôle du ministre à celui de premier commis d'un roi qui décide seul d'une politique dont il n'assure que l'exécution : « La Charte, affirmera-t-il, ne permet aux ministres de présenter aucun projet qu'au nom du roi; non seulement ils en ont le pouvoir, mais encore c'est un devoir pour eux; ils ne peuvent rien proposer en leur nom, et s'ils sont responsables, c'est de l'exécution des lois qu'ils ont proposées au nom du roi. »⁷

Ces idées épousent celles de Louis XVIII dont on oublie un peu trop souvent qu'il fut le disciple de Jacob-Nicolas Moreau, pour ne voir en lui, à l'instar d'un Villèle, qu'un roi fainéant ne se mêlant absolument pas de politique⁸. Or, c'est bien pour avoir su comprendre le goût secret de son maître pour le pouvoir absolu, et non parce qu'il savait le divertir par la lecture de bulletins de police érotico-scabreux, que Decazes régna sur le cœur du roi podagre avec bien plus d'empire que Blacas ou d'Avary⁹.

« Decazes, écrit Rémusat dans ses *Mémoires*, avait ce qu'il fallait pour flatter et occuper sans relâche l'amour-propre et l'esprit prétentieux de son maître. En lui parlant de puissance royale, de sa haute sagesse, de l'ingratitude et des prétentions des royalistes, de la malheureuse activité de son frère, il était sûr de plaire à un vieillard malicieux et jaloux qui ne manquait ni de gravité, ni de tenue, et dont l'esprit toujours éveillé, toujours aiguë, était sans force et sans fécondité, mais capable de calcul, de ruse et de

* « La doctrine sur la prérogative royale constitutionnelle est: que rien ne procède directement du roi dans les actes du gouvernement; que tout est l'œuvre du ministère, même la chose qui se fait au nom du roi et avec sa signature, projets de lois, ordonnances, choix des hommes. » (*Chateaubriand*, De la monarchie selon la Charte, chapitre IV, p. 6).

⁷ Archives parlementaires, 3 janvier 1816.

⁸ « Plein de perspicacité, de facilité et d'esprit, ce prince était, par suite de sa complexion, de ses longs malheurs, et peut-être aussi de quelque imperfection de son caractère, porté à une certaine indifférence, je dirais presque, à une certaine répulsion pour les affaires. Quand ses ministres venaient lui en parler, il était difficile de leur dissimuler qu'ils l'ennuyaient. Le roi était donc tout disposé à laisser prendre à ses conseillers les décisions les plus importantes, même les plus contraires à son opinion personnelle, puisqu'après tout c'était à eux qu'en revenait la responsabilité. » *Joseph de Villèle*, Mémoires et correspondance, tome 1 (Paris 1887) 315 sq. Cette légende noire, qui ne peut s'appliquer valablement qu'aux dernières années du règne à été reprise par *Faui Bastid* dans son portrait de Louis XVIII dans « Les institutions politiques de la monarchie parlementaire française. 1815-1848 » (Paris 1954) 175-179 et par *E. Leter* dans la récente biographie qu'elle a consacrée au « souverain » chez Fayard. *Philip Mansel* dans son excellent « Louis XVIII » (Paris 1982) a, au contraire, bien mis en évidence le goût du roi pour les habitudes de gouvernement de l'Ancien Régime. L'érudit auteur rappelle que Louis XVIII était hostile à un ministère solide lui préférant l'anarchie paternelle de la Première Restauration « afin de préserver sa liberté d'initiative et de décision. » (*Mansel*, 216, v. aussi 357). Les lettres de Louis XVIII à Decazes confirment qu'il n'entendait partager le pouvoir avec personne. (*Dauzet* (cf. note 3), 445 sq., 452, 468).

⁹ Louis XVIII voyait Decazes tous les soirs de 9 à 10 heures. Chaque jour son « fils » lui envoyait un portefeuille contenant à la fois les secrets intimes de ses familiers découverts par le cabinet noir et des extraits de correspondances et de rapports sur les sujets politiques les plus brûlants. Invariablement il le lui retournait accompagné d'une longue missive (ce sont ces lettres qui ont été publiées par *Dauzet*). Le ton employé est celui de la plus grande intimité. Se référer essentiellement aux témoignages de Molé, Hyde de Neuville, Frénilly et Pasquier.

persévérance ... Decazes remuant, caressant, bavard et affairé, ressentait cependant devant le nom, le rang, l'âge de Louis XVIII, un véritable respect et en gagnant sa bienveillance à force d'adresse, il lui en restait sincèrement et même humblement reconnaissant.¹⁰

Unique détenteur d'un pouvoir d'essence divine, le roi est «infaillible» politiquement. Decazes en déduit logiquement qu'il en sera de même pour son ministre, bras séculier du monarque, tant qu'il possédera sa confiance. Le 3 janvier 1816, il apostrophe vertement un député ultra qui émettait des doutes sur l'honorabilité des ministres: «Les ministres du Roi parlent au nom de l'honneur, car ils parlent au nom du Roi; ils parlent au nom de la nation car ils parlent au nom du Roi, ils parlent au nom de la raison et de la sagesse, car ils parlent au nom du Roi ...»¹¹.

En créant volontairement une totale confusion entre pouvoir royal et ministériel, entre légitimité et infaillibilité, Decazes «restaure» la centralisation napoléonienne. Ce pouvoir absolu qu'il tient du Roi, le ministre le délègue aux préfets dans les départements à condition que ces dépositaires restent dans la droite ligne de la politique ministérielle. Pas question d'une quelconque décentralisation: «Le gouvernement, déclare-t-il le 15 janvier 1817 a besoin encore d'un grand pouvoir, d'un pouvoir extraordinaire, mais il n'a pas besoin de le déléguer sur divers points du royaume; il suffit que ce pouvoir repose dans ses mains.»¹² ... pour ne pas tomber dans celles des autres.

Quatrième pouvoir redoutable qui a fait ses preuves lors de la Révolution, la presse paraît à Decazes une des armes les plus dangereuses mise entre les mains des opposants pour soustraire l'opinion publique à l'influence du ministère¹³. Le 29 janvier

¹⁰ *Charles de Rémusat*, Mémoires, tome I (Paris 1958) 290. Comparer avec le jugement similaire de *Capefigue* dans son «Histoire de la Restauration», tome IV (Paris 1832) -16, écrite en grande partie à partir des papiers Decazes. Tous les contemporains croient à la sincérité de l'affection que Decazes portait à Louis XVIII. La duchesse de Maillé rapporte son désespoir, un peu affecté mais réel à la mort de son bienfaiteur (Mémoires, Paris 1984, 130). Guizot était stupéfait par l'indéfectibilité de cet attachement. «C'est une créature très originale, confiait-il au duc de Broglie en parlant de Decazes, il est entièrement dévoué au roi et le suivrait jusqu'au Kamschaka.» *Duc de Broglie*, Mémoires, tome II (Paris 1887) 98.

¹¹ Archives Parlementaires, 15 janvier 1817.

¹² Id., 15 janvier 1817. Decazes écrira le 17 septembre 1816 à Tocqueville (père): «l'obéissance des préfets aux ministres est inhérente à toute idée de gouvernement.» (Archives Nationales F7 4748, d. 22).

¹³ Decazes est sur ce point en total accord avec Richelieu qui voit dans la liberté de la presse «la boîte de Pandore d'où sortiront toutes les calamités qui désoleront la terre. Avec elle, toutes les institutions anciennes sont détruites, et les nouvelles ne prendront pas racine ... Il est pourtant triste que 28 millions d'hommes soient condamnés à des inquiétudes sans cesse renaissantes et peut-être à d'affreux malheurs pour que quelques folliculaires aient la liberté de verser à loisir leur venin autour d'eux et d'empoisonner l'esprit public.» (Richelieu à Decazes, Aix-La-Chapelle, 17 novembre 1818, Archives de Sassy, R 14). Decazes subit plus qu'il n'accepte les lois de Serre en 1819. Le refus du ministère Richelieu d'accorder le jugement des délits de presse au jury était à l'origine de sa brouille avec les doctrinaires. Parvenu au ministère de l'Intérieur grâce à leur appui, Decazes ne pouvait pas faire autrement que céder à leur principale revendication. L'émancipation de la presse le contrariait d'ailleurs moins comme ministre de l'Intérieur que comme celui de la police où la surveillance des journaux était sa tâche principale. «Vous savez que ce que vous me dites des journaux a été constamment mon avis, écrivait-il à Richelieu en octobre 1818, que

1817, il justifie devant les députés son intention de maintenir la censure pour les écrits périodiques :

« Depuis près de trente ans, les journaux ont acquis parmi nous une fort grande puissance. Cette puissance nouvelle s'est élevée tout à coup au milieu des orages, et avant que l'affermissement des institutions, le progrès des idées saines et l'habitude des discussions politiques eussent mis le peuple en état d'en subir l'action sans péril ... Les journaux ont plus puissamment concouru à tromper et à agiter qu'ils n'ont eu ni le temps ni la force d'éclairer. Et lorsque le triste cours de tant d'excès a fait tomber la France sous le joug du despotisme le plus funeste, les journaux y sont tombés comme elle; après avoir été des instruments de désordre et d'anarchie, ils sont devenus des instruments d'oppression et de servitude; et comme rien, dans les institutions d'alors, ne protégeait la liberté; comme aucun interprète n'était laissé à l'opinion publique, comme les ouvrages n'étaient pas plus libres que les feuilles quotidiennes, l'influence des journaux, diminuée sans doute par leur asservissement, concentrée dans une seule main à l'abri de toute contradiction, demeura assez grande et assez étendue pour servir très efficacement les vues coupables d'un gouvernement qui avait tout envahi ... Deux choses résultent évidemment de ces faits dont nous avons tous été témoins; l'une que les journaux sont aujourd'hui une arme puissante dont le libre usage ne saurait être permis qu'après une mûre délibération; l'autre, que la liberté des journaux, quand elle n'est pas soutenue par l'ensemble des institutions et des mœurs, quand elle n'est pas le complément d'autres libertés anciennes et profondément enracinées, loin de suffire à protéger la raison, et à se protéger elle-même contre les fureurs des partis, peut devenir au contraire leur plus dangereux instrument. »¹⁴ Pour garder la haute-main sur la presse, Decazes agira à la fois par la voie légale – ce sont les lois liberticides de décembre 1817 et 1818 qui établissent la censure sur les écrits périodiques¹⁵ – et extra-légales en soudoyant des journalistes ou en leur faisant fournir par ses principaux lieutenants des informations choisies pour orienter les articles des opposants¹⁶.

« Si l'opinion publique s'égareit, le dessein du gouvernement et des chambres serait

Fortsetzung Fußnote von Seite 196

deux fois Lainé nous a proposé cette année d'abandonner les journaux ... que j'ai pris la parole et que je vous ai dit précisément ce que vous me mandez et que je vous ai ajouté, que dans ma position politique personnelle, il m'était impossible de participer à une mesure qui rendrait mon ministère nul et paraîtrait de ma part un testament en faveur des libéraux dont je laisserais l'exécution à nos successeurs ... (Archives de Sassy, R12).

¹⁴ Archives Parlementaires, 7 décembre 1816.

¹⁵ Prosper Duvergier de Hauranne, Histoire du gouvernement parlementaire en France, tome IV (Paris 1857-1872) 75-91 et 247-277. (Nous avons presque exclusivement utilisé cette histoire de la Restauration car elle a été en grande partie écrite à partir des papiers Decazes.) Voir aussi *Hatlin*, Histoire politique et littéraire de la presse en France, tome VIII (Genève 1967) 161-64 et 217-222.

¹⁶ Cette politique de contrôle occulte fut violemment dénoncée lors du procès Comte et Duvernoy où éclata ce qu'il convient d'appeler « l'affaire Mirbel ». Ami intime de Decazes qui l'avait nommé secrétaire-général du ministère de la police, Mirbel avait secrètement fourni les notes qui avaient servi à écrire deux des articles incriminés (Cf. Duvergier de Hauranne (cf. note 15), tome IV, 198).

de l'éclairer, et de ne la suivre que quand elle se serait elle-même arrêtée à des principes sains, à des idées conservatrices et salutaires.¹⁷

Plus puissants que les journalistes car ils peuvent opposer la souveraineté nationale à la légitimité, les députés, s'ils se regroupent dans un parti, deviennent le frein principal à l'action du ministère. Selon Decazes « parmi de bons et loyaux députés, il peut y avoir une opposition, mais il n'y a pas de parti »¹⁸. Le rôle dévolu à l'opposition parlementaire est purement consultatif : « Sans doute, fait-il écrire par ses séides dans le *Guide des électeurs*, l'opposition doit être assez nombreuse pour donner du crédit à son opinion et avoir un poids suffisant pour obliger la Chambre à la discuter scrupuleusement, mais pas assez pour que ses votes l'emportent. En un mot, elle ne doit pas être la majorité; sans quoi le gouvernement est dévié, le pouvoir qui propose la loi entraîne hors de ses vues, et l'initiative déplacée. »¹⁹

Logique avec lui-même, Decazes refuse naturellement de créer un parti ministériel qui aurait le double inconvénient d'être difficilement manipulable et d'assimiler le roi à un chef de parti. Dans une lettre importante qu'il écrit au duc de Richelieu pendant le congrès d'Aix-La-Chapelle, Decazes lui expose longuement ses méthodes de gouvernement :

« L'adresse est la compagne de la force; signaler le péril n'est rien si l'on n'a pas avisé auparavant aux moyens de le détourner. Or les grands moyens ne sont rien sans les petits, on ne gouverne pas si l'on n'administre pas en même temps et on ne gouverne et on n'administre que les hommes ... Nous pouvions les gagner presque tous ... Nous ne l'avons pas osé ... Ce n'est qu'avec de l'adresse qu'on peut gouverner les hommes; il faut aller au devant de leurs passions ... les caresser même, s'il le faut, un moment, pour s'emparer d'elles et empêcher que des méchants ne les dirigent ... »²⁰.

Cette politique de « séduction corruptive » s'appuie essentiellement sur le recrutement d'une nombreuse clientèle qui assiégeait Decazes dans son bureau du matin au soir pour réclamer des subsides. Dispensateur des grâces royales – emplois, commandements, pairies ... – le favori puisait largement dans les fonds secrets du ministère de la Police, constitués du produit de la ferme des jeux²¹, pour satisfaire les nombreux besoins de ses séides. Le baron d'Haussez a laissé dans ses notes un tableau saisissant sur la façon dont Decazes séduisait ses interlocuteurs :

« Il n'avait l'air de n'accorder qu'à peu de personnes des témoignages d'amitié qu'il prodiguait à beaucoup. Une maison somptueusement tenue lui donnait la faculté d'étendre ses moyens de captation à tous ces nouveaux débarqués de la province, dont l'ambition modérée se bornait à obtenir le droit d'entrer dans les salons et de s'asseoir à la

¹⁷ Archives Parlementaires, 3 janvier 1816.

¹⁸ Id., 29 janvier 1817.

¹⁹ *Guide des électeurs* (Paris 1817) 50. Ce guide, bréviaire du parfait ministériel, fut composé dans les bureaux de Decazes pour expliquer les modalités de la loi Lainé.

²⁰ Archives de Sassy, R12.

²¹ « Pour en prolonger l'existence, Decazes s'imagina d'en rendre l'emploi honorable, et de la placer sous la protection du Roi. Il en fit une sorte de supplément à la liste civile, sur lequel le Roi faisait quantité de bonnes œuvres, donnait quantité de secours; Decazes trouvait ainsi dans cet argent un puissant moyen de gouvernement, ce qui, dans son vocabulaire, est synonyme de corruption. » (*Mathieu Molé Mémoires*, Paris 1922, tome II, 48).

table du ministre, et qui fondaient sur cette faveur, dont la perspective agrandit l'importance, leur crédit parmi leurs commettants. M. Decazes avait un mot pour chacun d'eux, une promesse pour ceux qui lui présentaient une requête, une offre encourageante pour les timides qui n'osaient point formuler une demande. Tout cela était accompagné d'un certain air de préoccupation intérieure qui permettait de supposer que, pour adresser à ses hôtes ses gracieuses prévenances, le ministre descendait d'une sphère où s'agitaient des pensées d'un ordre plus important. Il faisait bon le voir parcourant ses salons encombrés, prenant sans bien savoir à qui elles appartenaient les mains qui venaient se placer entre les siennes, distribuant à droite, à gauche, et sans beaucoup s'embarrasser à qui ils s'adressaient, des petits signes d'intelligence qui disent tout ce qu'on veut, précisément parce qu'ils ne disent rien, des mots sans suite, toujours favorablement interprétés, et cette monnaie courante de demi-sourires, de clignements d'yeux, de gestes familiers, qui enrichissent les rêves des solliciteurs, au moins pour une nuit, sans ruiner le ministre. Puis, quand neuf heures sonnaient, il disparaissait pour aller chez le roi. Chez le Roi! à cette époque, ces trois monosyllabes avaient bien de la valeur... Je sors de chez M. Decazes, qui sort de chez le Roi, c'était un mot qu'on aimait à dire en rentrant chez soi.²²

Royaliser la nation, ou comment faire coucher Louis XVIII dans le lit de Bonaparte avec Decazes pour changer les draps. Une presse censurée, des députés réduits à un rôle purement consultatif, car privés du droit d'amendement comme contraire à la prérogative royale, une administration hyper-centralisée, sont les piliers d'un système dénoncé par Fiévée sous le sobriquet de «despotisme ministériel» ou par Camille Jordan, l'oracle des doctrinaires, sous celui de constitutionalisme bâtard.

Pour mener à bien la «royalisation» Decazes veut la rendre populaire en faisant adopter au nom du roi des mesures souhaitées par la majorité du pays légal: nationaliser la royauté²³! Elie suivra à la lettre les conseils de son ami Beugnot: «Rien n'est fait, lui écrit ce dernier le 15 janvier 1819, si le roi ne reconnaît pas que le sort de sa dynastie est attaché à ce qu'on le voit constamment à la tête des intérêts de la nation, et sans jamais examiner comment ces intérêts sont nés et d'où ils viennent. Il suffit qu'ils existent. Les contrarier serait se perdre, se traîner après eux serait se dégrader, se placer à leur tête c'est régner.»²⁴

Or, ces intérêts sont, depuis 1789, ceux de la classe censitaire moyenne qui constitue la majorité du pays légal. Decazes est conscient du tournant irrévocable qu'a constitué la Révolution française. Elle a marqué, et sur ce point il est d'accord avec Guizot, la victoire irréversible de la bourgeoisie sur l'aristocratie à l'issue d'une lutte sanglante engagée depuis plusieurs siècles²⁵. Il faut en tirer les conclusions qui s'impo-

²² Cité par *Alfred Nettement, Souvenirs sur la Restauration* (Paris 1858) 273-75. Un portrait similaire in *Molé* (cf. note 21) II, 21-25.

²³ «Les gouvernements ne doivent pas mépriser l'opinion présente. Ils doivent l'étudier pour s'éclairer par elle, ou pour l'éclairer elle-même; ils doivent marcher avec elle, mais à sa tête et non pas à sa suite.» *Archives Parlementaires*, 15 décembre 1817.

²⁴ *Archives Nationales* à 40 AP 2; lettres de Beugnot à Decazes, 15 janvier 1819.

²⁵ «La faiblesse des conseillers du roi a seule amené l'épouvantable catastrophe qui a renversé ou ébranlé tous les trônes, inondé le monde de sang, et pendant 25 années, fait des désastres et des

sent: Louis XVI a fini sur l'échafaud parce que, mal conseillé, il n'a pas pris l'initiative d'accorder les réformes réclamées par le haut Tiers-Etat²⁶. Pour établir fermement son trône et garder la totalité de ses prérogatives, Louis XVIII doit donc légitimiser la prépondérance politique de la classe moyenne en reprenant à son compte la célèbre maxime de Rivarol: «Lorsqu'on veut empêcher une révolution, il faut la vouloir et la faire soi-même.»

Réussir la révolution royale sera l'unique finalité de la loi Lainé qui met la Couronne sous la protection des censitaires de 300 à 700 francs. Le témoignage de Guizot qui fut avec Decazes un des maîtres d'œuvre de la loi, est capital pour saisir toute son importance idéologique: «Par leurs dispositions comme par leurs intérêts, les classes moyennes étaient les plus propres à lutter à la fois contre l'un et l'autre péril (réactionnaire et révolutionnaire); opposées aux prétentions de l'ancien régime, elles avaient acquis, sous l'Empire, des idées et des habitudes de gouvernement ... la Charte était pour elles à la fois le Capitole et le port; elles y trouvaient la sécurité de leurs conquêtes et le triomphe des leurs espérances. Faire tourner au profit de l'ancienne monarchie, devenue constitutionnelle, cette situation antirévolutionnaire des classes moyennes, assurer à cette monarchie leur adhésion et leur concours en leur assurant à elles-mêmes, dans son gouvernement, une large influence, c'était une politique clairement indiquée par l'état des faits et des esprits; c'était la politique de la loi électorale de 1817.»²⁷

«Désultraciser» la Royauté, 1815–1819

«Le cœur du roi ne reconnaît pour ennemis que ceux-là qui ne sont pas fidèles et dévoués tous les jours, clame Decazes le 16 janvier 1817 dans une de ces improvisations dont il a le secret. Il ne reconnaît pour amis, parmi ceux qui furent dévoués et fidèles autrefois que ceux qui le sont encore aujourd'hui ... Le roi ne demande pas, il ne veut pas que les ministres demandent si on l'a été toujours, mais il ne veut pas qu'on sépare le zèle de la fidélité passée du zèle de la fidélité présente.»²⁸

La haine que se vouent réciproquement Decazes et les ultras et leur lutte acharnée pour le pouvoir est au cœur du débat politique des années 1815–1820. S'il n'est pas dans notre propos de nous livrer à une analyse des idées des ultras pour les comparer avec les siennes²⁹, il convient d'étudier la manière dont le favori a essayé de les réduire

Fortsetzung Fußnote von Seite 199

crimes ... En révolution, il est presque toujours impossible d'arrêter les progrès du mal qu'on n'a pas su prévenir.» Archives Parlementaires, 25 octobre 1815.

²⁶ Pierre Lafue, Louis XVIII (Paris 1944) 292 sq. Sur le débat en lui-même voir *Duvergier de Hauranne* (note 15), tome IV, 21–62.

²⁷ François Guizot, Mémoires, tome I (Paris 1858) 170.

²⁸ Archives Parlementaires, 16 janvier 1817. D'après Haussez (Cf. note 22). Decazes improvisait presque entièrement ses discours.

²⁹ Voir Jean Jacques Oeschlin, Le mouvement ultra-royaliste sous la Restauration. Une bonne synthèse in José Cabanis, Charles X, roi ultra (Paris 1972) ch. IX.

à néant ce qui implique le rappel des trois caractéristiques essentielles de leur affrontement:

1. Un affrontement idéologique. Les idées essentielles des ultras – liberté de la presse périodique, décentralisation, séparations des pouvoirs entre un roi-arbitre et un ministère responsable, loi électorale étudiée pour réduire l'influence politique de la bourgeoisie urbaine soit par la limitation du droit de vote aux grands propriétaires soit par son extension jusqu'aux censitaires de 25 francs – sont à l'opposé de celles de Decazes qui redoute les ultras comme capables de déclencher, par une politique réactionnaire au sens propre du terme, une nouvelle révolution qui emporterait le roi avec eux.

2. Un affrontement personnel: Decazes a réussi à devenir préfet de police avec l'appui des ultras, bénéficiant en particulier du soutien de Jules de Polignac³⁰. Son revirement, vers novembre 1815, le rend odieux à ses anciens protecteurs. L'intéressé, quant à lui, ne pardonne pas aux «jacobins blancs» (Barante) les injures verbales ou écrites dont ils l'abreuvent quotidiennement. Les relations conflictuelles avec Chateaubriand incarnent la violence de cette lutte.

3. Un conflit graduel: La «désultracisation» est proportionnelle à l'importance politique de Decazes. Jusqu'à la fin de 1817, elle reste en retrait de celle de Richelieu et, à un degré moindre de celle de Lainé, car il ne bénéficie pas d'un véritable soutien du centre-gauche. Son alliance tactique avec les doctrinaires, brouillés avec l'aile droite du ministère à l'occasion de la négociation du Concordat et de la discussion de la loi sur la presse, renforce sa position au sein du ministère³¹. Puissant ministre de l'Intérieur dans le cabinet nominalement dirigé par le pâle Dessoles, il a les mains libres pour pourchasser les amis de Monsieur, frère du Roi. Pour réduire l'importance politique des ultras, Decazes les attaque dans tous les domaines de la vie publique.

Premier objectif poursuivi dès janvier 1816: détruire la majorité ultra de la Chambre introuvable. Si l'on connaît le rôle essentiel joué par Decazes dans la préparation de l'ordonnance du 5 septembre 1816³², la façon dont il préparait les élections mérite une

³⁰ *Comte de Sémallé*, Souvenirs (Paris 1898) 272 sq. Notons que le liaison de Decazes avec les ultras est soigneusement occultée par ses biographes. Son opposition publique à Napoléon au début des Cent-Jours, les rapports qu'il a fait parvenir à Gand, la fermeté dont il a fait preuve lors de son court passage rue de Jérusalem lui avait gagné la faveur des amis de Monsieur Cf. *Etienne-Denis Pasquier*, Mémoires pour servir à l'Histoire de mon Temps, tome IV (Paris 1890) 51 sq. et *Prosper de Barante*, Souvenirs, tome II (Paris 1890-97) 208, et *Comtesse de Boigne*, Récits d'une tante, éd. Le temps retrouvé, tome II (Paris 1922-23) 208. Son premier discours à la Chambre (présentation des motifs de la loi de sûreté générale), qui consiste en un violent réquisitoire contre les hommes des Cent-Jours, porta au zénith sa popularité parmi les ultras. Leurs relations se dégradèrent en deux temps: la circulaire de Decazes aux préfets concernant l'application de la loi de sûreté générale irrita les ultras qui la trouvèrent trop modérée (elle est citée in-extenso in *Capéfigue* (cf. note 10), tome IV, 10-24) et commencèrent à se méfier de lui; méfiance qui dégénéra en haine lors de l'évasion de Lavalette dont il fut jugé responsable (*Boigne*, 362 et *Pasquier*, 47-52).

³¹ *Charles-Hippolyte Pouthas*, Guizot pendant la Restauration (Paris 1923) 167 sq. et 195-97.

³² *Pouthas* (cf. note 31), 134-139. Elle est à relativiser compte-tenu des deux points suivants assez peu connus: 1. l'idée de la dissolution est probablement de *Barante* (cf. Souvenirs, note 30,

étude plus approfondie. Tous les contemporains, à commencer par son pire ennemi Molé, sont unanimes à lui reconnaître une réelle efficacité en la matière: «Decazes s'était réservé tout le travail des élections et y mettait toute son activité et son savoir-faire; son *Journal des Maires* était envoyé à profusion jusque dans les plus petites communes»³³.

Le cas des élections de 1816, à la fois parce qu'elles sont les seules élections générales qu'il a eu à affronter et la seule fois où il s'est trouvé en face d'une majorité hostile, est le plus intéressant à évoquer. Empiétant ouvertement sur les attributions du ministre de l'Intérieur Lainé, il fait porter ses propres instructions aux préfets par l'intermédiaire de missi dominici, inspecteurs généraux de police ou amis personnels, car il se méfie à juste titre du directeur général des Postes, le marquis d'Herbouville, acquis aux ultras³⁴.

Le ton comminatoire de ses instructions recèle un message on ne peut plus clair: que les préfets utilisent toute leur influence pour faire élire les candidats du «bon choix» ou ils seront destitués:

«Des hommes dont les sentiments sont louables sans doute; mais dont la conduite est loin de l'être également ont voulu faire de ce qu'ils appelaient la majorité de la Chambre des députés un parti en France, une puissance qu'ils élevaient au-dessus même de la puissance royale. Un mot tombé du trône a fait évanouir ce fantôme d'autorité ... Votre rôle n'est point douteux Monsieur, le soin particulier, l'obligation la plus précise du premier magistrat auquel l'administration est confiée est de bien faire connaître la volonté du roi dont il est le mandataire, de la faire respecter, de veiller par tous les moyens dont il dispose à ce qu'elle soit accomplie. Il comprendra sans peine combien sa responsabilité personnelle y est intéressée ... il ne négligera aucune occasion de faire sentir à ses administrés ... qu'il est pour la tranquillité publique, pour la prospérité et pour la sûreté de l'Etat, pour eux-mêmes enfin, de la dernière importance de ne point s'écarter dans leur désignation de cette modération dont le monarque donne l'exemple en même temps qu'il en impose l'obligation ... Vous réserverez votre influence et votre appui pour ces hommes éclairés qui placent la fidélité dans l'observation des lois et dans une respectueuse déférence pour la volonté royale, dont la doctrine subversive ne fait point qu'un corps délibérant est une puissance rivale et une autorité destinée à innover.»³⁵

Decazes revient à la charge quelques jours plus tard, désignant avec encore plus de netteté les ultras à la vindicte préfectorale:

«Les vœux du roi comme ceux de la France nouvelle appellent à la nouvelle Chambre des hommes purs mais modérés, qui n'appartiennent à aucun parti, à aucune société

Fortsetzung Fußnote von Seite 201

tome II, 240 sq.). 2. Richelieu était partisan de l'idée dès juillet; voir Lettres du duc de Richelieu au marquis d'Osmond (Paris 1939) 48 et 54 sq.

³³ Molé (cf. note 21), tome III, 97.

³⁴ C'est la raison pour laquelle Decazes envoya Charles de Rémusat porter une lettre à son père, alors préfet de Toulouse. (Cf. note 10), tome I, 292-94.

³⁵ Archives Nationales F7 4748, d.1. Instructions du ministre de la police aux préfets du 7 septembre 1816.

secrète, qui n'apportent aucune arrière-pensée, qui aiment le roi avec amour et respectent la Charte avec franchise, qui dans leur cœur ne séparent pas la France et la patrie, du trône et de la légitimité sacrée, palladium de nos libertés et de notre existence politique, qui ne croient pas qu'aimer le roi et avoir bien servi, dispense d'obéir et de bien servir encore.»³⁶

La machine de guerre gouvernementale, rendue encore plus efficace par l'adoption de la loi Lainé entamera à chaque élection partielle le bastion ultra-royaliste avec une redoutable efficacité. Réduits à 90 après le renouvellement de 1816, les députés ultras seront moitié moins nombreux durant la session de 1820.

Pendant du «coup d'état légal du 5 septembre», l'ordonnance du 5 mars 1819 brise la coalition des droites qui s'est formée à la chambre des Pairs sous les auspices du cardinal de Bausset à la suite de la démission de Richelieu. En adoptant la proposition Barthélémy et en rejetant le budget, la majorité a déclaré une guerre ouverte au ministère³⁷. D'un commun accord, Louis XVIII et Decazes ripostent par la nomination de 60 nouveaux pairs, anciens pairs des Cent-Jours (15 sur 22) et amis personnels du favori³⁸, à l'effacement de nombreux modérés comme Barante et Pasquier qui jugent la mesure comme une quasi-violation de la Charte: «Depuis l'ordonnance du 5 septembre, écrit ce dernier, aucune mesure n'avait porté au parti ultra un coup aussi rude. Ce fut aux yeux de beaucoup de royalistes modérés un abus de la prérogative royale.»³⁹

Complément indispensable de l'action menée dans les chambres: la chasse aux ultras dans l'administration. Lainé, appuyé par Richelieu, se heurtait violemment à Decazes sur cette question. Pour obtenir gain de cause le «cher fils» agissait directement sur Louis XVIII: «Il changeait à son gré les préfets, les sous-préfets, les généraux commandant les divisions militaires ou les départements. Vainement Lainé, dont il envahissait toutes les attributions, voulait-il lui opposer quelque résistance, Decazes allait trouver le roi, changement de ton de réponse à cet argument, et le préfet soutenu par le ministre de l'Intérieur était destitué.»⁴⁰

Devenu ministre de l'Intérieur, Decazes put donner libre cours à sa vengeance et fit orchestrer, selon le mot de Barante, un véritable «abattis de préfets». Sur les 23 mutations ou destitutions effectuées entre janvier et février 1819, 14 éliminèrent les derniers ultras en place⁴¹.

Phase suprême de la «déroyalisation» concomittante avec la libération du territoire: la crise politique de 1818 qui trouve naturellement son point d'orgue en 1819 avec la

³⁶ Id., 21 septembre.

³⁷ *Duvergier de Hauranne* (cf. note 15), tome V, 32-49.

³⁸ Id., 49-52. *Léonce de Brotonne*, *Les sénateurs du Consulat et de l'Empire* ... (Rééd. Genève 1974) 157-169.

³⁹ *Pasquier* (cf. note 30), tome IV, 289.

⁴⁰ *Daudet* (cf. note 3), 483-86; *Duvergier de Hauranne* (cf. note 15), tome IV, 206 sq., 455 sq. et 498 sq. Richelieu s'en plaignait à Decazes: «Il me semble que nous avons destitué beaucoup de préfets et que cette capilotade successive finira par ôter beaucoup de considération à des places dont on ne sera pas plus assuré en France qu'on en serait à Constantinople.» (BN 20280, septembre 1817).

⁴¹ *Pouthas* (cf. note 31), 203 sq.

campagne de discrédit moral destinée à présenter les ultras comme des régicides potentiels. Ce sont les célèbres affaires de la «Note Secrète» et de la «conspiration du bord de l'eau»⁴² que Decazes s'acharna à monter en épingle osant les présenter au public comme liées entre elles – il fit publier à un grand nombre d'exemplaires la copie de Vitrolles sous le titre éloquent de «Note Secrète exposant le prétexte et le but de la dernière conspiration» – alors qu'elles n'étaient que de quelques individualités du parti (dont Vitrolles pour la «note secrète») qui ne s'étaient pas concertées.

Ce subtil amalgame qui aboutissait à hisser des bévues de «seconds couteaux» au rang d'affaires d'Etat visait au bout du compte à discréditer le futur Charles X, rendant par là-même son accession au trône impossible. Les ultras pouvaient lire clairement dans le jeu de Decazes quand ils consultaient la fameuse *Correspondance Privée* rédigée par les sèdes du favori, Mirbel, Lingay, Lagarde et Dachy pour ne citer que les principaux rédacteurs – et insérée dans les principaux journaux anglais grassement rémunérés pour la circonstance⁴³. On y trouve les habituelles litanies contre «ce parti, dans les rangs duquel figurent des noms illustres, qui furent chers à la France tant qu'ils en firent la gloire» et qui «est le seul cependant qui s'obstine à s'éloigner du roi à mesure que ce souverain se rapproche de son peuple»⁴⁴. On y trouve surtout, «chaque parti faisant dire par les feuilles anglaises ce qu'il n'aurait jamais osé dire dans les feuilles françaises»⁴⁵, des menaces contre Monsieur «démissionné» au profit de son cadet, le duc d'Angoulême qui goûtait la compagnie de Decazes et approuvait sa politique au grand plaisir de Louis XVIII.

«Monsieur, affirme péremptoirement la correspondance du *Morning-Chronicle* en date du 1er août 1818, sera requis de renoncer à ses droits au trône de France, en faveur de S.A.R. Monseigneur le duc d'Angoulême, son fils, qui a maintenant embrassé le système du roi actuel, son oncle, quelques personnes affirment que déjà les ministres ont abordé cette question dans leurs relations avec les Alliés, et qu'ils espèrent convaincre le roi qu'un acte de renonciation semblable est le seul moyen de consolider la tranquillité du pays sous le règne de la présente dynastie.»⁴⁶ Louis XVIII, parce que Bourbon, pouvait-il accepter cette négation manifeste de la légitimité de sa race? L'objectif Pasquier affirme que la correspondance «était très exactement lue par le Roi, qui n'y trouvait rien à redire». Nouvelle preuve de l'osmose entre les deux hommes.

⁴² Guillaume de Bertier de Sauvigny, *Le comte Ferdinand de Bertier (1782–1864) et l'énigme de la Congrégation* (Paris 1948) 287–296.

⁴³ Pasquier (cf. note 30), tome IV, 300 sq.; voir Alfred Nettement, *Histoire de la Restauration*, tome IV (Paris 1860–1872) 423 et suiv. Les principaux articles de la *Correspondance Privée* ont été publiés par le libraire Dentu en 1822 sous le titre évocateur: «Les Mille et une calomnies ou extraits des correspondances privées insérées dans les journaux pendant le ministère de M. le duc Decazes.» Ces journaux étaient le *Times*, le *Sun*, le *Courrier* et le *Morning Chronicle*.

⁴⁴ *Les Mille et une Calomnies* (cf. note 43), tome I, 115.

⁴⁵ Pasquier (cf. note 30), tome IV, 300.

⁴⁶ *Les Mille et une calomnies* (cf. note 43), tome I, 57; voir aussi 65.

La Chute (1819-1820)

A l'issue de la crise de décembre 1818, Adélaïde de Boigne s'inquiétait des risques que la politique anti-ultra faisait courir à la France : « Où cela nous mènera-t-il ? se plaignait-elle et M. de Cazes ... sera-t-il toujours le maître de diriger les éléments dont il se sert en ce moment ? »⁴⁷

Il est incontestable qu'en agitant de façon permanente le spectre de la contre-révolution Decazes a fortifié le parti libéral, principal bénéficiaire des dividendes électoraux résultant de l'affaïssement des ultras. Il a commis l'erreur historique de mépriser ces « benjamites » qu'il croyait totalement discrédités par leur soutien à l'Empire libéral des Cent-Jours et s'est longtemps obstiné à les croire achetables avec des titres ou de l'argent.

Les indépendants ont d'autant plus prospéré qu'ils n'ont jamais eu en face d'eux, hormis les ultras déclinants, d'adversaires unis. Le ministère Dessoles fut encore plus divisé que l'avait été le ministère Richelieu. Une moitié du ministère « dirigé » par Decazes s'oppose à l'autre sous l'influence d'Hercule de Serre et des doctrinaires, lutte sourde qui préfigure d'une certaine façon celle entre la « Résistance » et « le Mouvement » sous la Monarchie de Juillet. Si Decazes veut par sa politique de « concessions octroyées » ouvrir les portes du pouvoir à la classe moyenne c'est, rappelons-le, pour renforcer le pouvoir de Louis XVIII et éliminer 1789 de la mémoire collective. A l'opposé, de Serre et les doctrinaires veulent créer un grand parti constitutionnel ralliant tous les libéraux à l'exception des bonapartistes et des néo-jacobins pour achever l'œuvre de la Révolution⁴⁸. Relisons Rémusat : « Libéral, on pouvait l'être en étant pour le gouvernement, comme en étant pour l'opposition. Le problème de la politique était alors celui-ci : créer un libéralisme gouvernemental. Posé dès lors, il resta le problème fondamental jusqu'à la fin de la Restauration. »⁴⁹

Decazes avait cru pouvoir exploiter les doctrinaires : « Ce sont des hommes à bonnes intentions et fort utiles, si on sert d'eux et qu'ils ne se servent pas de nous, écrivait-il à Richelieu. Je crois bien qu'ils auraient volontiers la prétention, qu'ils ont peut-être l'espoir de nous conduire ; mais c'est à nous de profiter de nos avantages et de ces prétentions mêmes qui doivent les rendre plus dociles (On se demande pourquoi). Il faut qu'ils nous mènent, mais où nous voulons aller, comme les chevaux conduisent le cocher que, sans doute, ils croient mener, parce qu'il les suit ; tout doit être moyen pour les gouvernements. »⁵⁰ Le résultat de leur collaboration fut tout le contraire de ce qu'il espérait : de Serre, par ses exceptionnelles qualités d'orateur, fit figure pendant les premières semaines du ministère Dessoles, de chef du gouvernement⁵¹.

Ainsi divisé, le ministère était incapable de présenter une réponse cohérente à la

⁴⁷ Archives Nationales F7 12170, papiers Lingay, Rapport de Lingay à Decazes, 8 février 1819. Lingay espionna pour le compte de son patron le duc de Richelieu en 1819.

⁴⁸ *Pontbas* (cf. note 31), 192-194.

⁴⁹ *de Rémusat* (cf. note 10), tome 1, 323 sq.

⁵⁰ *Dauvet* (cf. note 3), 486.

⁵¹ *Dutreuil de Hauranne* (cf. note 15), tome V, 24-31 et 117.

grande question de l'année 1819 qui se posait à travers le rappel des bannis: l'interprétation de la Révolution française.

L'évacuation du territoire provoqua le réveil du débat. Significatif fut l'engouement que provoqua la parution des *Considérations sur la Révolution Française* de Madame de Staël, premier ouvrage à traiter la Révolution dans sa globalité et dont les 60 000 exemplaires s'arrachèrent en quelques jours⁵². Les libéraux divisèrent la Révolution en deux phases, rejetant la Terreur pour mieux porter au pinacle les hommes et les idées de 1789. Il en résulta un durcissement de leurs exigences à l'égard des Bourbons et une opposition croissante au ministère. La canalisation des forces libérales, grand espoir de Decazes depuis 1816, devenait un vain mot.

La politique du ministère à deux ou trois têtes ne réussit qu'à aliéner le centre droit choqué par l'article de Guizot sur les «hommes toujours battus»⁵³ et la nomination des 60 pairs. Malgré les lois sur la presse, la politique active de Decazes en faveur de l'industrie⁵⁴ et le rappel de nombreux bannis⁵⁵ la gauche, de son côté, resta intraitable. Cette politique tout à la fois incohérente et timorée fut sanctionnée lors des élections de septembre 1819 où les indépendants s'emparèrent des deux tiers des sièges à pourvoir. Decazes dut enfin reconnaître qu'il mettait en danger ce trône qu'il cherchait depuis trois ans à fortifier.

«Arrêter le mouvement sans tomber dans la réaction, voilà ce qu'il eût considéré comme son chef-d'œuvre» a fort justement écrit Rémusat. Dans les deux mois qui suivirent, Decazes essaya de constituer un grand ministère, fort d'une dizaine de membres ce qui était beaucoup pour l'époque, regroupant tous les modérés de Pasquier à Royer-Collard sous l'égide du duc de Richelieu. Le refus du «noble duc» et l'impossibilité de faire cohabiter doctrinaires et constitutionnels mit fin à «l'entreprise la plus honorable, la plus courageuse, la plus désintéressée qu'il ait encore tentée»⁵⁶. Il en fut réduit à mettre sur pied une combinaison centre-droit avec De Serre à la Justice – désormais convaincu de la nécessité de lutter contre les libéraux⁵⁷ – et Pasquier aux Affaires étrangères. Le programme adopté était simple: changer la loi électorale. La fragilité du nouveau ministère qui pouvait tout au plus compter sur une dizaine de voix de majorité avec l'apport des ultras n'échappa pas à Louis XVIII:

«Je suis comme Phocion; l'hilarité que j'ai trouvée dans ton oncle (le comte d'Artois) et

⁵² *Madame de Staël*, *Considérations sur la Révolution Française*, Nve éd. présentée par J. Godechot (Paris 1983) 26–41.

⁵³ *Pouthas* (cf. Note 31), 206. Cet article provoqua l'indignation de Richelieu qui s'en plaignit vivement à Decazes.

⁵⁴ *Guizot* (cf. note 27), tome I, 453 sq. (pièces justificatives).

⁵⁵ *Duvergier de Hauranne* (cf. note 15), tome V, 132–142 et 156–163. C'est sur cette question que de Serre se brouilla avec les libéraux en refusant péremptoirement de faire rentrer les régicides relaps.

⁵⁶ *Pasquier* (cf. note 30), tome IV, 320; *Daudet* (cf. note 3), 368–376; Archives Nationales 42 AP 35 (papiers Guizot, pièces communiquées à Guizot par Decazes pour la rédaction de ses mémoires); *Etienne-Denis Pasquier*, *Mémoire sur le résultat des élections, octobre 1819* (Archives de Sassy, Pièces justificatives de l'Histoire de Mon Temps, tome II, pièce n° 2). Ce mémoire, communiqué par Decazes à Louis XVIII insiste sur la nécessité de changer la loi Lainé et prône un rapprochement avec Villèle.

⁵⁷ Cf. note 55.

la duchesse d'Angoulême me fait craindre que nous n'ayons fait une bêtise» écrivit-il à son «cher fils» après avoir signé son ordonnance de nomination comme président du Conseil⁵⁸.

L'assassinat du duc de Berry, survenue la veille même du jour où la nouvelle loi électorale devait être déposée, acheva le ministère déjà moribond. La violence avec laquelle les commissions rejetèrent les lois d'exceptions prouvent bien que Decazes n'avait plus de majorité⁵⁹. La prophétie de Martainville qui, en guise d'étrennes pour le 1er janvier 1820, lui offrait «un joujou nommé bascule qui demande à être manipulé avec art sans quoi il est sujet à se briser entre les mains du joueur» s'était accomplie⁶⁰.

Le principal reproche adressé à Decazes tant par ses contemporains que par les historiens de la Restauration est d'avoir mené une politique de bascule entre ultras et libéraux. Nous espérons avoir démontré que le choix, certes variable, de ses alliés, ne doit pas être confondu avec la constance de la politique menée dont l'unique finalité est de renforcer le pouvoir royal. L'abbé de Montesquiou, avait déjà essayé d'appliquer les mêmes idées.

Le parallèle entre les deux hommes est saisissant. Tous deux ont tenté de faire du neuf avec du vieux, entendons assurer au roi la totalité du pouvoir exécutif en s'appuyant sur la France nouvelle. Tous deux détestaient les assemblées, les partis et la liberté de la presse. Ministres de l'Intérieur et conseillers de Louis XVIII, ils ont érigé le clientélisme en moyen de gouvernement. Leurs échecs respectifs cause des deux grands tournants historiques de la Restauration prouvent que la suprématie du pouvoir législatif sur l'exécutif était entrée dans les mœurs et qu'un gouvernement, pour se maintenir, devait s'appuyer sur un parti. La longévité du ministère Villèle est à cet égard un exemple frappant.

Zusammenfassung des Referates von Jean Benoît Yvert

„Royaliser la nation, nationaliser la royauté“; diese theatralische und zweideutige Formel ist im allgemeinen Gedächtnis als charakteristisch für die von Decazes zwischen 1816 und 1820 geführte Politik verankert. Als Favorit Ludwigs XVIII. und unentbehrlicher Ansprechpartner bei der Besetzung aller Ministerposten der Epoche verkörperte er unter der oben genannten Formel eine gemäßigte Politik, die er seit der Auflösung der Kammer (1815) bis zur Ermordung des Duc de Berry (1820) führte. Seine Haltung ist als Position der Mitte zu bezeichnen.

Da Decazes weder den Ultras noch den Liberalen angehörte, hatte er im Gegensatz zu Ideologen nie die Staatsordnung als Ganzes in Frage gestellt, um ein eigenes politisches System in der Art eines dritten Wegs zwischen Ultras und Liberalen zu schaffen,

⁵⁸ Daudet (cf. note 3), 376.

⁵⁹ Duvergier de Hauranne (cf. note 15), tome V, 371.

⁶⁰ Pouthas (cf. note 31), 243 sq; Duvergier de Hauranne (cf. note 15), 371–382 et Barante (cf. note 30), tome II, 402–414.

das sich auf eine Gruppe parteimäßig organisierter angesehener Persönlichkeiten gestützt hätte.

Die Eigenständigkeit seines Denkens bestand in seiner neo-absolutistischen Konzeption der königlichen Macht. Die Ultras von 1815 und die Liberalen wollten eine Machtteilung zwischen König und Regierung als alleiniger exekutiver Gewalt, deren Mitglieder aus der parlamentarischen Mehrheit gewählt werden sollten. Decazes dagegen sah sich als erster Diener eines Königs, der allein über die Politik entschied, deren Exekutierung er als Minister nur sicherte. Dies waren auch die Vorstellungen von Ludwig XVIII.

Aus der Unfehlbarkeit des Königs schloß Decazes, daß es sich bei dem Minister ebenso verhalte, solange dieser das Vertrauen (des Königs) besitze. Als Erbe der alten napoleonischen Schule wollte der Favorit soweit wie möglich die Intervention des „pays légal“ (die Besitzer des Wahlrechts, die Wahlberechtigten) in politischen Angelegenheiten mit Hilfe von Winkelzügen möglicher Gegenkräfte verhindern: Diese Gegenkräfte sah er in der Presse und vor allem in den Parteien. Mit einer gewissen Naivität behauptete er, die Opposition könne nur dann nützlich sein, wenn sie niemals von der Mehrheit abweiche. Dementsprechend weigerte er sich, eine schwer lenkbare „parti de gouvernement“ zu gründen, predigte aber den Einsatz der persönlichen Überredung der Abgeordneten, die man durch Titel und Geld gewinnen könne; die Idealvorstellung eines Regierungsanhängers war für ihn ein deputierter Staatsbeamter.

„Royaliser la Nation“, das bedeutete die Anwendung einer Politik der Verführung durch Korruption, die unter dem Spitznamen „despotisme ministériel“ und „constitutionnalisme bâtarde“ (unechter Konstitutionalismus) verhöhnt wurde.

Decazes ging von Folgendem aus: Damit die „royalisation“ gelingen kann, ist es notwendig, das Königtum zu nationalisieren. Um seinen Thron fest zu etablieren und die Handlungsfreiheit zu bewahren – erste Bedingung der Macht –, muß sich Ludwig XVIII. an die Spitze der Mittelklasse stellen. Er legitimiert dadurch die politische Vorherrschaft, die diese Klasse während der Revolution und dem Empire errungen hat. Die Lehre der Revolution muß geistig gänzlich verarbeitet werden.

Die Restauration kann folglich nur unter zwei Bedingungen gelingen:

1. Durch die Herstellung der Vorherrschaft der Mittelklasse in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Dadurch wird der Souverän populär, der mutig die Initiative ergriffen hat.
2. Durch den Bruch mit den Ultras, einer Gruppe, die einen gefährlichen Druck ausübt, da sie einen großen Teil des Hofes und der königlichen Familie beeinflußt und deren Interesse diametral dem der Wahlberechtigten entgegengesetzt ist. Wenn der Bruder des Königs ihnen weiterhin Unterstützung gewährt, wird er selbst Chef dieser Partei werden und die Dynastie vernichten.

Der „fat de province“ versuchte, den Einfluß der Ultras auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens auszuschalten: In den Kammern durch die beiden Staatsstiche mit Hilfe von Gesetzen, nämlich den beiden Erlassen vom 5. September 1816 und vom 5. März 1819, die die Mehrheit der Rechten in der Pairskammer brachen. In der Verwaltung und der Armee durch eine Politik der Säuberung, die ihren Höhepunkt

Anfang 1819, in von Guizot inszenierten «l'abbatis de préfets» erreichte. Und schließlich durch Pressekampagnen, die die Ultras in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren versuchten.

Indem Decazes die Rechte bekämpfte, bemerkte er nicht sofort, daß schließlich die Wählergewinne mehr den Liberalen als den Regierungsanhängern zugute kamen. Er beging den historischen Fehler, die „benjamites“ nicht zu beachten, die er durch ihre Anhängerschaft an das liberale Kaiserreich der Hundert Tage diskreditiert glaubte. Die vielen Versuche der Öffnung nach links entfremdeten ihn seiner angesehenen Mitte-Rechts-Partei. Das Debakel der Regierung bei den Wahlen von 1819 wirkte auf Decazes wie ein Schlag, und er betrachtete die Liberalen von nun an als Feinde der Bourbonen.

Davon überzeugt, den falschen Weg eingeschlagen zu haben, entschied er sich für einen radikalen Rechtsruck.

Um dies zu leisten, versuchte er ein „grand ministère“ in der Stärke von einem Dutzend Mitgliedern auf die Beine zu stellen, indem er alle Gemäßigten von Pasquier bis Royer-Collard unter der Ägide des Duc de Richelieu vereinte. Dieser wirklich uneigennützig Versuch scheiterte völlig an der zweifachen Weigerung sowohl der Doktrinärs wie auch des Duc de Berry, den ein Leben in der Öffentlichkeit anekelte. Die Ermordung des „noble duc“ war nur der Gnadenstoß für ein totgeborenes Kabinett. In den Kammern in der Minderheit, dauernd durch die Presse der Ultras attackiert, geschwächt gegenüber dem König, war er gezwungen zurückzutreten.

Diskussion zum Referat von Jean Benoît Yvert

Leiter: Fernand L'Huillier

R. Dufraisse hob gleich zu Beginn der Diskussion die besondere Bedeutung des Vortrages von *J. B. Yvert* für das Hauptinteresse des Kolloquiums, die Darstellung politischer Ideen, hervor. Er wies vor allem auf den offensichtlichen Widerspruch zwischen den Moralvorstellungen Decazes' und dessen politischen Mitteln hin, wobei er als Beispiele Korruption, Beschäftigung von Journalisten auf eigene Kosten und Angriffe auf jeweils nur einen Gegner nannte. Die Regierungsmethoden Casimir Périers (siehe den Beitrag von H. Brandt) zu Anfang des Regimes von Louis-Philippe, als dieser mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, könnten dazu als Parallele gesehen werden, wie Royer-Collards Urteil über Périer zeige: „M. Périer était ignorant et brutal: ces deux vertus ont sauvé la France.“ Der Zwang, den Decazes auf die Beamten ausgeübt habe, die Abgeordnete geworden waren, sei jedoch zu erklären, wenn man berücksichtige, daß die Abgeordneten in jener Zeit keinerlei finanzielle Entschädigung für ihr Amt erhalten hätten, der beamtete Abgeordnete jedoch seine Besoldung als Staatsdiener weiterhin bezogen habe und darüber hinaus von seiten des Staates bei entsprechendem Abstimmungsverhalten mit Beförderungen habe rechnen können.

„Royaliser la nation“ sei eine Seite der Politik Decazes' gewesen, führte *Dufraisse* weiter aus, was bedeutet habe, daß die Leitung des Staates enger an den König gebunden werden sollte, während die gleichzeitige „Nationalisierung“ des Königtums eine

Form der Regierung angestrebt habe, die die Belange der Nation hätte berücksichtigen sollen. Selbstverständlich habe sich dabei für ihn die Frage nach den Mitteln gestellt, wie dieses Ziel zu erreichen sei.

J. B. Yvert präziserte den Begriff des „beamteten Abgeordneten“, der eine Erfindung von Decazes sei. Das System der beamteten Abgeordneten habe seine Perfektion schließlich durch Guizot unter Louis-Philippe erreicht. Vor den Wahlen seien die als Kandidaten aufgestellten Abgeordneten befördert worden und hätten dann, sofern sie gewählt worden wären, ihre Regierungstreue durch entsprechendes Abstimmungsverhalten in der Kammer gezeigt.

J. Tulard beurteilte die Monarchie als eine unheilvolle Periode für die Verwaltung und aus deren Sicht Decazes als eine Katastrophe, da er die Beamten zur Korruption verleitet und mit Säuberungsaktionen bedroht habe. Tulard führte hierzu den Schriftsteller Imbert an, der in seinem Werk *Les mœurs bureaucratiques* meinte, um nicht entlassen zu werden, hätten die Beamten lieber gar nichts getan.

Für *G. de Bertier de Sauvigny* war Decazes eine verhängnisvolle Figur der Restauration. Ohne Decazes hätte Ludwig XVIII. Frankreich zweifellos mit sanfterem Nachdruck in Richtung quasiparlamentarische Monarchie führen können. Dafür hätte er die Ultraroyalisten zur Vernunft bringen und sie am besten an der Machtausübung beteiligen müssen. *G. de Bertier de Sauvigny* zitierte dazu Chateaubriand, der den Mißerfolg Decazes' mit der Unmöglichkeit erklärte, eine Allianz mit der Revolution herzustellen: „Diese Allianz, die Sie zwischen Monarchie und Revolution erträumen, ist unmöglich. Die Wiederbelebung der Grundsätze von 1793, der Widerspruch zwischen den Rechten des Königs und dem Dogma der Souveränität des Volkes, der Mord am Sohn des Bruders des Königs, der Ruin des Selbstbewußtseins und der Hoffnungen der Armee durch die erste Restauration, der große Aufstand der Hundert Tage, die zweite Restauration, ausgetragen auf dem Rücken derselben Armee, das schwere Joch Europa, schließlich die Verwirrung der Leidenschaften und des Selbstbewußtseins durch die alten Gepflogenheiten der Monarchie, dies alles sind zu viele Gegensätze zum beabsichtigten Vertrag, den Sie zwischen Ludwig XVIII. und der allzu mächtig gewordenen Revolution schließen wollen.“

S. Skalweit hat noch um einige Erläuterungen zum Gesetz von Lainé von 1817. *J. B. Yvert* und *G. de Bertier de Sauvigny* erklärten darauf hin, das Gesetz lege fest, daß die Deputierten in den Hauptstädten der Departements gewählt werden sollten und nicht mehr in den Hauptorten der Arrondissements, wobei die Wahl so stattfinden sollte, daß die Wähler dem Einfluß lokaler Magnaten, oft Adligen, entzogen seien. Dies habe zur Folge gehabt, daß die Wähler jedoch nun oft dem Einfluß des Präfekten ausgesetzt gewesen seien. Dieses Gesetz habe den Liberalen auf Kosten der Ultras einen Stimmenzuwachs gebracht. Dadurch, daß nur Bürger, die eine Steuer von mindestens 300 Francs zahlten, eine Wahlberechtigung erhalten hätten und nur diejenigen, die einem Zensus von 1000 Francs und mehr unterlagen, über das passive Wahlrecht verfügt hätten, sei eine Wählerschaft entstanden, die sich im wesentlichen aus der Mittelschicht rekrutiert und damit eine Art Puffer zwischen Volk und Ultras dargestellt habe. Die Frage von *P. Stadler*, ob die Wählermanipulation durch die Präfekten als Spezifikum dieser Zeit betrachtet werden könne, wurde verneint.

Michel Bruguière †

Légitimité et finances: les faits contre la doctrine*

Dans l'Europe des restaurations, ce n'est pas autour des grands équilibres du système financier qu'ont eu lieu les plus vifs débats. Une anecdote rapportée par Madame de Boigne le confirme: dès son retour à Turin, le roi de Sardaigne Victor-Emmanuel avait voulu tout rétablir «comme en Novant-ott», c'est-à-dire dans l'état où se trouvaient les choses en 1798, lors de la conquête française. Cette règle ne manqua pas de susciter diverses conséquences comiques, et une réelle confusion dans l'administration. Mais

«la seule exception à la loi du *Novant-ott*, et là, le bon Roi se montrait très facile, était en faveur de la perception des impôts: ils étaient triplés depuis l'occupation des Français, et Sa Majesté sarde s'accommodait fort bien de ce changement.»¹

Est-ce à dire que le système financier français, qui passait en 1789 pour le plus désordonné d'Europe, avait acquis en 1814 une légitimité supérieure à celle de la Légimité elle-même? En un quart de siècle de guerres coûteuses et d'économie artificiellement dirigée, avait-on donc mis sur pied les «bons et solides moyens» dont rêvait Louis XVI dans sa lettre de convocation des États Généraux:

«un ordre constant et invariable dans toutes les parties du gouvernement ... l'établissement d'une règle constante dans toutes les parties de l'administration et de l'ordre public.»²

On pourrait le penser, lorsqu'on observe en France même, en France aussi, la facilité de la transition entre les finances de Napoléon et celles de la légimité restaurée.

Une analyse plus précise conduit toutefois à constater qu'en 1789, légimité financière et légimité politique étaient contestées simultanément, ce qui allait provoquer leur effondrement conjoint, que les remèdes prescrits par la Constituante n'étaient guère différents de ceux imaginés, sous Louis XVI, par la technocratie du Contrôle général et proposés à l'Assemblée des Notables en 1787, qu'en revanche, dès le commencement de 1792, la nouvelle légimité financière et politique était en miettes, la guerre, vite devenue mondiale, imposant de tout autres solutions et, qu'en définitive, c'est seulement sous le règne des frères de Louis XVI que fut établie cette légimité

* Der Verfasser konnte wegen Krankheit am Colloquium nicht teilnehmen. Die Diskussion entfällt somit bei diesem Beitrag.

¹ Mémoires de la comtesse de Boigne, née d'Osmond, éd. par Jean-Claude Berchet (Paris 1982) 287.

² Lettre du roi pour la convocation des États généraux, 24 janvier 1789, dans: Réimpression de l'ancien Moniteur, I (Paris) 557.

«rationnelle», «fondée sur un système de règles délibérément établies», qu'a décrite Max Weber³. Si la monarchie légitime n'a paradoxalement tiré aucun bénéfice politique d'avoir enfin apporté une solution aux problèmes de 1789, c'est peut-être qu'elle a subi la solution sans très bien la comprendre: terrorisée par l'entrée en scène des Chambres, l'administration des finances était la première à susciter, après 1815, des systèmes où, pour citer encore Weber:

«l'obéissance est rendue non à la personne mais aux règles ... (où) les commandements sont donnés au nom d'une règle impersonnelle»⁴.

L'inconvénient de cette nouvelle légitimité financière, entièrement dissociée de la légitimité politique, aurait pourtant dû être évident: désormais, la machine financière serait susceptible d'être mise, comme on put le constater dans la suite du XIX^e siècle, au service de n'importe quel régime. Placée à l'abri des contestations politiques, elle est devenue politiquement indifférente. L'Etat, c'est elle ...

...

Le relatif optimisme de Louis XVI et des responsables successifs de ses finances, convaincus jusqu'en juin 1789 que des réformes suffiraient à guérir la «plaie de finances», s'explique si l'on considère les grandes masses du budget français dans les dernières années de l'Ancien Régime: les recettes ordinaires se montaient environ à 472 millions de livres, excédant largement les dépenses ordinaires (320 millions). Certes le service annuel de la dette (310 millions) était particulièrement lourd⁵, et exigeait, pour être assuré, de nouveaux et onéreux emprunts. Mais le capital total de cette dette (cinq milliards environ) se comparait avantageusement à celui de l'Angleterre, trois fois moins peuplée (six milliards environ). On était donc fondé à penser que des aménagements judicieux, la définition de règles nouvelles et rationnelles, la suppression d'usages encombrants, viendraient à bout des difficultés chroniques du Trésor.

Mais en bonne doctrine traditionnelle, la monarchie légitime devait, pour procéder en toute sûreté à ces réformes, obtenir l'assentiment de la Nation. Le recours à une Assemblée de Notables au moins, le cas échéant à des Etats généraux, s'imposait dans un temps de paix, où aucune nécessité militaire n'eût justifié les procédures exceptionnelles mises en œuvre sous les précédents règnes pour créer de nouveaux impôts. Jamais en effet, le principe fondamental commun à tous les Etats européens, selon lequel l'impôt doit être consenti par ceux qui le paient, n'a été perdu de vue ou contesté au XVIII^e siècle: il suffit pour s'en convaincre de relire par exemple les considérants

³ Paul Bastid et al., *L'idée de légitimité*, dans: *Annales de philosophie politique* 7 (1967), notamment l'article de Guglielmo Ferrero.

⁴ Id., 31.

⁵ Voir le détail des chiffres au *Compte-Rendu de Brieenne*, mars 1788, analysé par Marcel Marion, *Histoire financière de la France*, I (Paris 1914) 454-460, et Frédéric Braesch, *Finances et monnaie révolutionnaires*, 2^e fascicule (Paris 1936); les chiffres pour l'Angleterre (une livre anglaise vaut environ 25 livres françaises) dans: Arthur Aspinall et Antony Smith, *English historical documents, 1783-1832* (London 1959). J'ai pu aussi consulter, grâce à l'amabilité de François Crouzet, l'article dactylographié de Patrick K. O'Brien, *Public finance and the wars with France*.

embarrassés qui accompagnèrent, lors de la guerre de succession d'Espagne, la création provisoire du dixième (octobre 1710). Supprimé à la paix dès 1716, mais rétabli de 1733 à 1737, puis de 1741 à 1747, toujours pour cause de guerre, cet impôt avait été remplacé par le Vingtième, en 1749, «jusqu'à ce que, par la libération de partie des dettes de notre Etat, nos revenus ordinaires puissent suffire à nos autres charges et dépenses»⁶. La guerre de Sept Ans, puis celle d'Amérique, avaient encore retardé ce moment, mais la promesse était formelle, réitérée par Necker en 1777, même si son exécution se heurtait à cette constatation douloureuse: «Dans les rapports multipliés de l'administration d'un grand empire, la prudence oblige à ne développer que par degrés les plans généraux de réforme et de bienfaisance.»⁷

Entre temps, l'administration des finances et diverses commissions spéciales avaient progressivement étudié le système fiscal et les solutions de remplacement; dix ans plus tard, le ton avait changé: devant l'ampleur des difficultés, le contrôle général ne voyait plus d'issue que dans une mise à plat générale. En s'adressant aux Notables, le 22 février 1787, Calonne pouvait vigoureusement résumer, avec deux ans d'avance, les doléances dont les fameux cahiers allaient faire l'inventaire:

«Les abus qu'il s'agit aujourd'hui d'anéantir pour le salut public, ce sont les plus considérables, les plus protégés, ceux qui ont les racines les plus profondes et les branches les plus étendues.»

Et d'énumérer:

«Les abus dont l'existence pèse sur la classe productive et laborieuse, les abus des privilèges pécuniaires, les exceptions à la loi commune et tant d'exemptions injustes qui ne peuvent affranchir une partie des contribuables qu'en aggravant le sort des autres, l'inégalité générale dans la répartition des subsides et l'énorme disproportion qui se trouve entre les contributions des différentes provinces et entre les charges des sujets d'un même souverain, la rigueur et l'arbitraire dans la perception de la taille, la crainte, les gênes et presque le déshonneur imprimés au commerce des premières productions, les bureaux de traites intérieures et ces barrières qui rendent les diverses parties du royaume étrangères les unes aux autres, les droits qui découragent l'industrie, ceux dont le recouvrement exige des frais excessifs et des préposés innombrables; ceux qui semblent inviter à la contrebande ..., le dépérissement du domaine de la couronne et le peu d'utilité que produisent ses faibles restes, la dégradation des forêts du roi et les vices de leur administration, enfin tout ce qui altère les produits, tout ce qui affaiblit les ressources du crédit, tout ce qui rend les revenus insuffisants et toutes les dépenses superflues qui les absorbent.»⁸

On n'a peut-être pas assez pris garde à l'importance de ce texte, évidemment soumis préalablement à Louis XVI et approuvé par lui, ni à la charge révolutionnaire qu'il contenait: par la voix du Contrôleur général, toute la légitimité du système financier était ainsi mise en pièces, faisant apparaître comme presque timides les audaces futures des Constituants. D'autant que Calonne précisait:

«Si tant d'abus, sujets d'une éternelle censure, ont résisté jusqu'à présent à l'opinion publique et aux efforts des administrateurs, c'est ... qu'on a entrepris de perfectionner le régime de l'Etat sans en corriger les discordances, sans le ramener au *principe d'uniformité* qui peut seul écarter toutes les difficultés de détail, et revivifier le corps entier de la monarchie.»

⁶ Article 1 de l'édit de novembre 1771, cité dans l'Encyclopédie méthodique. Finances, III (Paris, Liège 1787) 785.

⁷ Édit du 2 novembre 1777, préambule. Id., 787.

⁸ Ancien Moniteur, I, 188.

Or l'«uniformité», selon Calonne, ou l'«ordre» qu'invoquera Necker, ne pouvaient évidemment s'épanouir qu'à partir d'un principe fondamental, celui de l'égalité civile des citoyens. On n'insistera pas sur la contradiction dans laquelle le roi et ses derniers ministres se trouvaient dès lors placés et qui les conduisit à se laisser imposer par les Etats généraux la révolution politique à laquelle ils n'osaient procéder tout à fait. Jusqu'au jour où le mythe du vote par ordres s'effondra, Louis XVI, en tout cas, n'a jamais varié dans la définition de la nouvelle légitimité financière à laquelle il aspirait: consentement des représentants de la nation pour établir de nouveaux impôts, proroger les anciens et conclure d'éventuels emprunts, publicité annuelle des recettes et des dépenses, suppression des privilèges fiscaux et des douanes intérieures. Ce sont là encore les objectifs expressément rappelés dans sa Déclaration du 23 juin 1789, objectifs sur lesquels administration et contribuables semblaient d'accord. Le pouvoir avait simplement sous-estimé la légitimité, égale à la sienne, des résistances à son projet unificateur. Peut-être avait-il aussi méconnu certains obstacles rencontrés par ces nouveautés, au sein même de l'administration de l'Etat.

La légitimité des privilèges, en effet, n'était pas moins solide que celle de la monarchie. Pour le Clergé par exemple, les remontrances présentées le 15 juin 1788 vinrent énergiquement rappeler: «nos immunités prennent leur source dans la consécration, la destination et l'affranchissement primitif (des biens d'Eglise); ces biens sont voués, consacrés à Dieu, avec exemption de toute charge étrangère à leur destination. Ils sont destinés à la décence du culte divin, à la subsistance des ministres de la religion, à la nourriture des pauvres» ... Ainsi ces «droits, franchises et immunités reposent sur des fondements inébranlables. Ils existaient avant la monarchie, ils se sont consolidés avec elle». Les évêques s'offraient en outre la satisfaction de remettre sous les yeux du monarque réformateur les engagements formels de ses prédécesseurs, Louis XV ayant même proclamé envisager:

«comme une obligation essentielle de donner une singulière attention à ce que les immunités attachées aux biens ecclésiastiques soient inviolablement conservées et qu'à l'avenir on ne puisse, sous quelque prétexte que ce soit, leur porter aucune atteinte»⁹.

Il n'était guère de privilèges qui ne pussent semblablement se fonder, à défaut d'origines divines, sur des paroles de Roi, sur des pactes ou traités: ainsi la Normandie, la Guyenne, le Dauphiné, la Provence, la Bretagne, mais aussi la Franche-Comté ou la Flandre n'avaient été réunies à la couronne qu'à certaines conditions, parmi lesquelles le maintien formel des privilèges, exemptions et coutumes. Bref, comme le faisaient remarquer malicieusement les évêques, «la justice absolue et des lois uniformes deviendraient pour eux une injustice distributive»¹⁰. Comme l'a finement décrit Michel Antoine, c'était toute l'histoire de la France, «régime d'empirisme organisateur, fruit d'une expérience historique multiséculaire»¹¹, que les défenseurs de tout privilège pouvaient opposer à une réforme globale des finances publiques. Puisque l'autorité du

⁹ Déclaration du 8 octobre 1726. Id., 385.

¹⁰ Id., 380.

¹¹ Michel Antoine, La monarchie absolue, dans: Kenneth Baker, *The political culture of the Old Regime* (Oxford 1987) 22.

souverain absolu atteignait là ses limites, il faudrait donc une *Constitution* nouvelle, et une *Fédération* qui recomposât volontairement la France à partir de ses éléments divers.

Quant à l'administration des finances, qui avait contribué à définir la cohérence nouvelle souhaitée par Calonne, elle était loin d'en apercevoir toutes les conséquences. Tout au long du XVIII^e siècle, en effet, elle s'était étoffée, fortifiée, sans autre contrôle véritable que celui des premiers commis et sans qu'aucun chef comparable à Sully ou à Colbert ait entrepris d'en maîtriser chaque rouage. Sa puissance, sinon sa légitimité, se fondait sur deux môles inébranlables: le mythe de la technicité, et l'invocation abusive de la puissance royale.

Quant à la technicité, promise à un bel avenir, on avait déjà tenté de l'utiliser à dissuader la curiosité de Sully: les spécialistes du Conseil, en 1595,

«rendaient les charges (des finances) si difficiles que pour en tirer utilité il était nécessaire de choisir des personnes d'une profonde science en icelles, grande intelligence et longue expérience, et par là concluaient-ils de n'y devoir jamais être employés que des gens bien stylés en ce métier et par un long usage, si l'on ne voulait voir toutes les affaires en ruine et confusion».¹²

Près de deux siècles plus tard rien n'avait changé, et Calonne employait à peu près les mêmes termes pour expliquer aux Notables que les états de situation qu'ils demandaient

«ne pourraient procurer (à l'Assemblée) autant de lumières qu'elle semble en désirer; il faut être fort versé dans cette partie d'Administration et connaître parfaitement jusqu'aux détails mécaniques de la comptabilité, pour pouvoir distinguer, dans les comptes et états, ce qui appartient à chaque année, et ce qui peut former la balance de la situation ordinaire».¹³

Il avouait même avec candeur que la technicité servait en fait de paravent au plus complet désordre, puisque

«les recettes, ainsi que les dépenses, se reportent d'un exercice sur l'autre; il y a des ordonnances fictives qui ne servent que pour la régularisation des comptes, ce qui fait qu'on en signe encore à présent (1787) qui sont datées de 1775; en tout, il est fort difficile de former des résultats certains sur la situation de chaque année».

Accoutumés à ce style de travail, comment les techniciens pourraient-ils satisfaire les exigences de régularité, de publicité et de transparence manifestées par le souverain et l'opinion? Pourraient-ils même soutenir plus longtemps leur prétendue spécialité, dès lors que des impôts nouveaux, des circonscriptions nouvelles, un réseau neuf de références, viendraient rendre obsolète le fatras de leur savoir?

Le second point épineux n'était autre que le contrôle même de l'activité technocratique. Si en effet, dans l'Ancien Régime, les titulaires de charges et d'offices (parmi lesquels, jusqu'en 1788, les Intendants des Finances et les Gardes du Trésor) relevaient de la Chambre des Comptes, aucune mécanique analogue ne permettait de vérifier les agents subalternes du Contrôle général et les ordonnateurs secondaires du Trésor.

¹² Les Oeconomies royales de Sully, II, éd. par David Buisseret et Bernard Barbiche (Paris 1988) 35.

¹³ Cf. Pierre Renouvin, L'Assemblée des Notables de 1787 (Paris 1921) 61.

Mieux, ils s'étaient progressivement posés, comme l'a démontré Michel Antoine, en juges du contentieux administratif, s'abritant derrière la fiction du Roi «présent en son Conseil», c'est-à-dire sous la légitimité de la Monarchie absolue¹⁴. Toutes les Cours souveraines en avaient tiré argument contre le «despotisme des bureaux», et même si elles devaient mordre la poussière les premières, l'opinion gardait le souvenir précis de leurs imprécations: il faudrait donc fonder autrement le pouvoir administratif des Finances, à défaut de le réformer intégralement.

Si l'on se transporte maintenant au mois de septembre 1791, date où les Etats généraux, devenus Constituante, se séparent, il est instructif d'observer selon quels principes a été reconstruite la légitimité financière, par rapport à la nouvelle légitimité politique. En fait, tous les abus dénoncés par Calonne aux Notables quatre ans plus tôt semblent avoir disparu: plus de privilèges, exemptions ou exceptions à la loi commune: plus de douanes intérieures ni de barrières au commerce. L'impôt indirect n'existe plus; l'impôt direct est réorganisé, soit assis sur la propriété foncière, soit sur les marques évidentes de la fortune et de l'activité économique. Quant aux grandes fonctions financières, elles font l'objet d'un partage nouveau entre le Roi, chef du pouvoir exécutif, et la Nation, représentée par l'Assemblée Législative. A la Nation le soin d'entériner la recette, puisque la fixation de l'impôt relève de la Loi. C'est également la loi qui donne *quittus* aux comptables publics. En revanche, l'exécutif conserve le choix et la responsabilité de la dépense, comme des moyens à utiliser pour assurer globalement son équilibre avec les recettes légales. Il dispose à cet effet de la Trésorerie, théoriquement contrôlée par l'Assemblée, mais que dirigent des «commissaires» royaux, ainsi que d'un Bureau de Comptabilité, également placé sous l'autorité d'agents nommés par le Roi. Plus aucune Cour ne s'interpose entre le contribuable et l'Etat, les éventuels contentieux relevant des seuls tribunaux ordinaires. Quant au règlement de l'énorme dette qui avait accéléré la Révolution, il est assuré d'avance par la vente des biens nationalisés: c'est le pouvoir législatif qui autorise l'émission progressive d'«assignats», destinés à anticiper ses produits et à hâter la liquidation. L'édifice a donc été rendu intégralement cohérent. Sa cohésion semble à ses auteurs si admirable que la Constituante n'hésite pas, à plusieurs reprises, à émettre l'idée que les citoyens tiendront à honneur de contribuer spontanément aux dépenses publiques, au – delà même de ce que leur imposerait la Loi. Cette confiance se marque d'ailleurs à d'autres traits, parmi lesquels le fait que la répartition des contributions directes, leur perception locale et leur transmission à la Trésorerie relèvent exclusivement d'autorités élues, sans l'intervention d'aucun agent de l'Etat.

Malheureusement, si le nouveau système avait en sa faveur les apparences, il se révéla aussitôt parfaitement inefficace: en 1788 les recettes couvraient, on l'a vu, près de 75% des dépenses totales. En 1790 et 1791 la proportion était tombée à 30%¹⁵. Dès

¹⁴ Cf. Michel Antoine, *Le Conseil du Roi sous Louis XV* (Genève 1970) et Jean-Louis Mestre, *Introduction historique au droit administratif français* (Paris 1985).

¹⁵ On peut utiliser, avec les réserves d'usage, les chiffres reconstitués par Frédéric Braesch, *Les exercices budgétaires 1790 et 1791 d'après les comptes du Trésor* (Paris 1934).

l'année suivante la Législative, en plongeant dans la guerre, allait volatiliser, avec l'œuvre de la Constituante, tout l'équilibre subtil qu'elle impliquait.

...

Il est superflu de reprendre ici les détails de l'évolution des finances publiques pendant les vingt-deux années d'un conflit mondial à peu près ininterrompu¹⁶. Il suffit d'observer que la guerre est le fait majeur, ressuscitant à une échelle jamais connue le fameux «extraordinaire des guerres» de Louis XIV et Louis XV. Le second fait essentiel n'est pas moins évident: c'est le mouvement perpétuel dont furent affectées aussi bien les institutions – la France se transformant en laboratoire constitutionnel – que les limites géographiques dans lesquelles ces institutions exerçaient leur légitimité provisoire. Lors du retour simultané de l'ancienne dynastie et de la paix, en 1814, il convient donc de dresser un bilan des changements acquis dans l'ordre financier et de souligner aussitôt un certain nombre de paradoxes¹⁷.

Premier paradoxe, concernant les grandes masses budgétaires: le montant total des recettes ordinaires est d'environ 600 millions, donc nettement supérieur à celui de l'Ancien Régime (+ 29%). Elles sont cependant supérieures aux dépenses ordinaires (447 millions), laissant apparaître un espoir d'excédent structurel: «Les impositions courantes suffiront aux dépenses courantes», a affirmé Louis XVIII en Conseil. A noter que la même année, les recettes ordinaires anglaises se montaient à près de 78 millions de livres et les dépenses à 54 millions, soit respectivement deux milliards et 1,35 milliard de francs. Quant au service de la dette, il n'exige plus en France que 100 millions, trois fois moins qu'en 1788, mais en Angleterre près d'un milliard et demi de francs, autant que les dépenses ordinaires¹⁸. Il serait hors du sujet d'entrer dans de plus grands détails à propos de ce contraste stupéfiant: la faiblesse de la dette française – provisoire, car Waterloo remettra tout en cause – s'explique par la banqueroute du Directoire et par le financement des guerres impériales grâce aux indemnités du Domaine extraordinaire, prélevées sur l'Europe vaincue; l'importance des recettes anglaises provient en partie des considérables rentrées douanières. Mais au total, c'est le budget anglais qui ressemble le mieux, dans les proportions générales de ses masses, à celui de la France de Louis XVI. Dans la France que la Révolution et Napoléon laissent à Louis XVIII, le pouvoir n'a jamais osé demander au contribuable l'effort qui aurait pu assurer la victoire définitive. L'impôt direct prévu par l'Empire pour 1814 (306 millions) sera ramené par Louis à 247 millions, à comparer aux 200 millions de 1788. En revanche les contributions indirectes prévues pour 1814 (190 millions) et

¹⁶ On voudra bien se reporter à nos publications récentes sur ce sujet: *Gestionnaires et profiteurs de la Révolution* (Paris 1986); *L'administration des finances de Louis XVI à Bonaparte: ruptures et continuités*, dans: *Servir l'Etat*, éd. de l'E.H.E.S.S. (Paris 1987) 161-185; *Les Finances et L'Etat*, dans: *The Political culture of the Revolution*, éd par Colin Lucas (Oxford 1988) 429-436.

¹⁷ Les chiffres sont ceux du budget pour 1815, présenté par le baron Louis en juillet 1814, adopté par les Chambres en septembre. *Michel Bruguère, La Première Restauration et son budget* (Paris 1969).

¹⁸ *English historical documents*, 577.

1815 (270 millions) sont à comparer aux 208 millions que rapportaient en 1788 les Fermes et la Régie des Aides. En valeur absolue, le contribuable français est donc sorti vainqueur de son conflit avec l'État.

Mais, et c'est le second paradoxe, il semble avoir perdu la partie au plan des principes. L'impôt indirect a été rétabli, aussi impopulaire, exigeant autant de préposés et de règlements que sous l'Ancien Régime. L'impôt direct n'est plus guère assis et réparti par les contribuables, dont le rôle se borne, dans le cadre communal, à une répartition soupçonneuse des terres en «catégories»; son montant est calculé et perçu par une administration d'Etat, analogue à celle qui, naguère, fonctionnait pour les vingtièmes. Les contentieux ne sont pas soumis à des magistrats indépendants du pouvoir, encore moins à des juges élus, mais aux conseils de préfecture et surtout, comme autrefois, au Conseil d'Etat. Le contrôle théorique de la Trésorerie par les élus a disparu, comme d'ailleurs la Trésorerie «Nationale» elle-même, revenue au Trésor de Loménie de Brienne. Surtout, et c'est le plus important, aucun budget exhaustif et sincère, voire comparable aux Comptes-rendus de Brienne et Necker, n'a jamais été, depuis 1791, véritablement discuté par les Assemblées successives, le rapporteur du budget de la Première Restauration, Delhorme, pouvant ainsi affirmer à bon droit:

«Voici la première fois que la puissance exécutive présente à votre examen libre, à votre vérification pleine, indépendante, absolue, un projet de loi sur les finances.»

Observons toutefois que le principe de l'approbation des recettes par un vote, même en bloc, n'avait jamais été tout à fait perdu de vue: l'un des motifs retenus par le Sénat pour déchoir Napoléon reposa précisément sur le fait qu'il avait par simple décret, en janvier 1814, doublé l'impôt sur les portes et fenêtres et accru la contribution foncière.

Troisième paradoxe, et non le moindre: alors que l'administration des finances jouit d'un pouvoir au moins égal à celui de l'ancien Contrôle général et qu'elle a réussi à bénéficier, dans l'opinion, d'un certain respect et d'une honorable réputation technique, elle n'a pratiquement résolu aucune des apories traditionnelles. Malgré le ton majestueux de ses administrateurs, malgré la publication depuis 1806, d'un *Compte de l'administration des Finances* riches en tableaux certifiés exacts, où les totaux s'équilibrent au centime près, l'incertitude est aussi générale que sous Calonne. L'unité du Trésor n'est qu'un leurre, puisqu'outre sa Caisse de service existaient aussi sous l'Empire une Caisse d'amortissement, une Caisse du Domaine extraordinaire, une Caisse de la Grande Armée, un Trésor de la Couronne et que de fréquents échanges entre ces cinq organismes, réalisés sur simple injonction impériale, empêchaient tout bilan certain¹⁹. Les exercices budgétaires, comme sous Louis XVI, ne sont réputés clos que lorsque l'ensemble des créances ouvertes ont été apurées: ainsi le *Compte des dépenses ordonnancées pour le service des ministères* en 1806 comportait-il des ordonnancements au titre de chacun des budgets écoulés depuis 1797; en 1809, les «restes à recouvrer» sur le

¹⁹ Ainsi, le 14 février 1813, le ministre du Trésor Mollien écrit-il à La Boullerie, trésorier du Domaine extraordinaire, pour contester son évaluation de la dette du Trésor impérial envers les Trésors de la Couronne et du Domaine extraordinaire: la différence porte sur 3,7 millions (intédu: archives La Boullerie, arch. départ. de Maine-et-Loire).

budget de 1806 se montaient à 6,88 millions, sur celui de 1807 à 3,1 millions, sur celui de 1808 à 50,58 millions²⁰. De toute manière, la validité même de tous ces chiffres demeurerait essentiellement contestable, comme le prouveront les longues polémiques autour de l'évaluation de l'arriéré impérial, comme le laissait aussi supposer le refus des payeurs, de 1804 à 1822, de fournir à la Cour des Comptes leurs justifications de dépenses²¹, et comme l'attestent enfin les rares témoignages de première main sur le travail qui permettait malgré tout de fournir au public des comptes équilibrés:

«Je vous renvoie l'aperçu des ressources du Trésor Public pour les derniers mois de 1806. Mon intention est que vous le fassiez cadrer avec le mémoire que vous m'avez remis hier.»

(Napoléon à Mollien)²²

«Une seconde organisation du ministère du Trésor avait été entée (par Mollien en 1806) sur la première et le jeu croisé des ressorts de ce double mécanisme enchevêtrait nécessairement les résultats fictifs et réels du service des Caisses, de manière à rendre leur élucidation très laborieuse ... Tel était cependant le problème que j'avais à résoudre tous les trois mois, en combinant entre eux les divers éléments d'un ensemble d'opérations La difficulté la plus sérieuse et la plus habituelle de ce travail approximatif et complexe était de maintenir un *accord apparent* entre les situations de chaque trimestre, de manière à ne jamais éveiller la défiance du coup d'œil pénétrant de l'Empereur par des contradictions évidentes ... Je parvenais néanmoins, avec le secours éclairé (du premier commis du Trésor), à faire disparaître des différences considérables d'un trimestre à l'autre, bien plus par la puissance du raisonnement que par l'autorité des chiffres.»

(Marquis d'Audiffret)²³

Tous ces paradoxes pourraient se résumer en un seul: la «machine» automatique rêvée par les derniers Contrôleurs généraux fonctionnait désormais de manière satisfaisante, grâce aux réformes fiscales accomplies par Gaudin, et dont la légitimité n'est guère plus contestée en 1814. En revanche, c'est son contrôle technique et démocratique qui était défaillant, qu'il s'agît de la discussion des dépenses ou de la vérification des comptes. A Louis XVIII et Charles X il incombait de régler cette contradiction, et donc d'achever la Révolution en fondant l'Etat moderne. Examinons les principales voies par où s'établit cette tardive légitimation.

C'est la loi du 15 mai 1818, préparée par Corvetto sous l'autorité de Richelieu, qui a disposé que le règlement définitif des budgets antérieurs serait désormais soumis au vote des Chambres, et non plus fixé par la simple publication de tableaux administratifs. Dès 1819 furent ainsi réglés en bloc les exercices de 1815, 1816 et 1817. La règle fut appliquée plus exactement encore dans la suite, puisque, chaque exercice budgétaire se terminant le 31 décembre de la seconde année, la loi de règlement intervenait au plus tôt en mars, au plus tard en août de l'année suivante, comme le résume le tableau²⁴:

²⁰ Comptes du Trésor pour l'année 1808 (Paris 1811) 6-11.

²¹ Notice historique, jointe au Règlement général de Comptabilité publique (Paris 1838) 273.

²² Jacques Arnaud et Bertrand Gille, Lettres de Napoléon au comte Mollien (Rochecorbon 1959) 47 (du 16 avril 1806).

²³ Souvenirs inédits du marquis d'Audiffret, dont je prépare l'édition.

²⁴ René Stourm, Le Budget, cours de Finances (Paris 1913) 591.

Règlement de l'exercice de	par la loi du
1818	28 mai 1820
1819	23 avril 1821
1820	31 mars 1822
1821	8 avril 1823
1822	13 juillet 1824
1823	21 mai 1825
1824	21 juin 1826
1825	6 juin 1827
1826	6 août 1828
1827	16 juillet 1829 ²⁵

Pourtant, les «ultras» avaient d'abord vu dans ce principe un empiètement sur les prérogatives de la Couronne, les comptes, selon eux, étant des faits «qui ne se constatent pas par des lois». Il fallut recourir à d'anciens serviteurs de l'Empire, comme Daru et Mollien, pour rappeler à la Chambre des Pairs que «le droit d'examiner et de contrôler les dépenses de l'Etat tient nécessairement à celui de voter les fonds destinés à y satisfaire», et que, dans ce second examen, «les réalités sont mises en présence des promesses: ce sont les faits qui jugent les prévisions»²⁶. Aucun des deux frères de Louis XVI, en tout cas, n'avait paru gêné de reconnaître aux Chambres cette prérogative.

En revanche la monarchie légitime, tout en substituant le vote des crédits par ministères au vote global qui avait prévalu de 1791 à 1816, n'osa pas aller jusqu'au vote par chapitres, qu'auraient souhaité des députés. Son innovation était cependant considérable, puisqu'elle interdisait à chacun des ministres de dépasser les crédits que le budget leur ouvrait²⁷ et posait donc pour la première fois le principe de la spécialité (loi du 25 mars 1817). Et Villèle semblait disposé à aller plus loin, puisqu'il organisa le vote du budget de 1829, non plus seulement sur sept ministères, mais sur 52 «branches principales de services»²⁸ ce qui, de toute évidence, accroissait le pouvoir de contrôle des législateurs.

Si l'administration des Finances et son chef ont cru pouvoir sans danger fortifier ainsi les capacités d'examen des Chambres, c'est qu'ils avaient enfin réussi à mettre sur pied un système de vérification comptable, beaucoup plus sûr que tout ce qui avait pu précéder la Restauration. Certes, depuis novembre 1807, était installée une Cour des Comptes, dont les membres étaient inamovibles et nommés à vie²⁹. Mais elle n'adressait d'abord ses arrêts qu'au ministre du Trésor, donc au seul pouvoir exécutif. Les nouveautés de la Restauration ont donné à la Cour une place beaucoup plus importante, en étendant sa compétence à l'ensemble des services du Trésor (1817)³⁰, puis

²⁵ La III^e République devait se montrer moins scrupuleuse: ainsi les exercices de 1889 à 1896 n'ont-ils été réglés qu'en 1902 (*Stourm*, 590).

²⁶ Intervention de Daru (22 juin 1819) et rapport de Mollien (27 décembre 1830) à la Chambre des Pairs, cités par *Stourm*, 584.

²⁷ *Stourm*, 288-289.

²⁸ Ordonnance du 1^{er} septembre 1827.

²⁹ La Cour des Comptes, éd. du C.N.R.S. (Paris 1984) 354 et 421.

³⁰ Id., 440-450. Cf. aussi *Isaia* et *Spindler*, les grands textes commentés du droit budgétaire et de la comptabilité publique (Paris 1986).

aux régies financières jusque là autonomes (1820), en rendant justiciable de la Cour tout maniement de deniers publics et en la chargeant, par conséquent, de certifier l'exactitude des comptes généraux des ministres (1822), en préparant enfin la publicité de son rapport annuel et sa présentation aux Chambres, qui ne devait aboutir qu'en 1832. Sur ce dernier point, les résistances des vieux fonctionnaires étaient vives: en 1817, Bricogne répondait à Audiffret, qui lui en soumettait le projet: «Vous rêvez une entreprise impossible, cette folle idée est digne des Petites Maisons!»³¹

On vient de citer le marquis d'Audiffret, bien connu des historiens des finances. C'est à lui, en effet, qu'il convient de faire remonter la plupart des mesures tendant à réconcilier et à harmoniser légitimité politique et légitimité financière³². Presque seul en effet, le premier en tout cas, il avait compris que l'exécutif royal et l'administration dont il était responsable étaient plus que jamais solidaires: ils ne pourraient éviter «les doutes injurieux dans les Chambres et la presse» que s'ils établissaient rigueur et transparence dans leurs comptes, incontestablement. Formé au sein de la «section de la comptabilité centrale» du ministère du Trésor, réorganisée par Mollien en 1807, il était bien placé pour y apercevoir, comme on l'a dit, toutes les approximations des calculs officiels sous l'Empire. Son unique obsession, lorsqu'il fut devenu «directeur de la comptabilité générale» (1815-1829), fut d'organiser des structures vertueuses, par lesquelles seraient rendues impossibles non seulement l'erreur, la dissimulation, l'appropriation de ressources publiques par un individu ou une caisse particulière, mais même l'éventualité d'un tel soupçon. Confection minutieuse de nomenclatures des pièces exigibles, de modèles de bordereaux uniformes, menace constante de l'inspection générale des finances, dont le rôle s'affirme alors, ont été couronnées par la publication, en 1826, de la monumentale *Instruction générale sur le service et la comptabilité des receveurs généraux et particuliers des finances*³³, véritable «Code financier». Il sera certes toujours possible de transgresser ces règles, comme l'ont montré quelques «déficits» retentissants, mais elles existaient désormais et leur transgression n'avait plus guère de chances de rester longtemps inaperçue.

Ainsi la centralisation impérative de tous les fonds et de toutes les procédures, l'évocation au Conseil d'Etat ou à la Cour des Comptes de tous les contentieux, l'établissement, en somme, d'un «contrôle général» efficace sur l'ensemble des finances, loin d'alimenter une polémique destructrice contre le «despotisme des bureaux» comme au XVIII^e siècle, pouvaient-ils être dès lors présentés comme autant d'hommages rendus par la Couronne à la Nation et à son Corps législatif. On comprend mieux la bienveillance ou l'indifférence de Louis XVIII et Charles X envers des innovations qui semblaient sacrilèges à certains de leurs partisans peu éclairés. Soucieux seulement de la bonne marche de l'Etat, ils prirent en fait leur bien où ils le trouvaient: dans l'administration hiérarchisée et les contributions impératives de l'Empire, comme dans le

³¹ Audiffret, Souvenirs. Bricogne, ancien premier commis du Trésor, était alors maître des requêtes au Conseil d'Etat. Die «Petites Maisons» waren Anstalten für Geisteskranken.

³² Michel Bruguière, Charles Louis Gaston, marquis d'Audiffret, fondateur de la comptabilité publique française, dans: Bull. de la Sté hist. et archéologique de l'Orne, CIII, n° 4 (déc. 1984) 121-129.

³³ Imprimerie royale (Paris 1826) 420 pages in 4°, plus 82 pages d'annexes.

contrôle pointilleux que la Charte autorisait à la Chambre et à la presse. C'était là, au fond, la plus pure tradition monarchique, celle qui permet au souverain d'être «bien servi», et de l'être d'autant mieux que chacun de ses agents est soumis à la censure d'autres agents ou du public.

Dès mai 1814, un prince aussi étranger jusque là aux réalités françaises que pouvait l'être le duc de Berry, né en 1778 et émigré depuis 1789, avait parfaitement aperçu l'avantage de la situation nouvelle pour la Couronne restaurée. Alors que son père ferailait vainement au Conseil pour obtenir que soit prise en considération sa promesse de suppression des droits réunis, où «son honneur était en quelque sorte engagé», il fit observer

«que le Sénat et le Corps législatif ayant seuls le droit de voter l'impôt, la proposition de Son Altesse Royale est de nature à être soumise à la délibération de ces corps par les ministres du Roi»³⁴

Et lorsque son frère Angoulême, moins habile, revint à la charge le 27 mai, Louis XVIII, qui connaissait l'intratabilité des Finances sur ce sujet, lui rétorqua:

«que s'il eût été autocrate de France, il aurait anéanti la conscription et les droits réunis, mais que sa volonté seule ne faisant pas la Loi, il a été obligé de s'environner des formes qu'elle prescrit, et que c'est là ce qui a retardé le vœu de son cœur»³⁵

On ne pouvait mieux marier la légitimité selon la Charte aux «intérêts du Trésor» ...

Zusammenfassung des Referates von Michel Bruguière

Kann das Recht, über die Finanzen zu handeln, vom Recht, über Politik zu handeln, getrennt werden? Gerade das zu überlegen, lädt uns die Geschichte Frankreichs von 1789 bis 1830 ein, und zwar so, wie sie sich schrittweise vollzog:

1. Gleichzeitige Ablehnung der legitimen Monarchie und ihres fiskalischen Systems;
2. Schaffung einer neuen Legitimität, die gleichwohl an den Anforderungen des Krieges zerbrach; Schaffung einer Autorität des Faktischen, die vorzufinden die Monarchie von 1814 glücklich gewesen wäre.

Es ist bemerkenswert, daß die heftigste Anprangerung der „Mißstände“ des Ancien Régime von Calonne, dem „contrôleur général des Finances“, schon zu Beginn des Jahres 1787 formuliert worden ist. Er schlug als Lösung vor: Abschaffung der Abstufungen, Unterschiede und Privilegien, die die Homogenität der französischen Gesellschaft aufgelöst hatten und völlige Zurückführung zum Prinzip der Uniformität, die eine neue Ordnung begründen sollte. Ein solches Projekt freilich führte notwendigerweise zur Negation der ganzen Geschichte Frankreichs und zum Erlöschen sowohl der alten wie der „legitimen“ Regeln wie auch der Monarchie selbst. Es setzte eine Stärkung der staatlichen Administration voraus, die aufgrund ihrer Technik und aufgrund fehlender Einzelkontrollen effizienter geworden war. Die Konstituierende Versammlung hielt man für ein doppeltes Heilmittel: Sie würde das alte französische

³⁴ *Registre des délibérations du Conseil d'Etat provisoire*, B.N., n.a. 24062 (8 mai 1814) 106.

³⁵ *Id.*, 167.

Recht und auch die Zentralverwaltung zerstören. Und wenn ersteres niemals mehr von den Toten auferstehen würde, könnte das zweite von den Revolutionsjahren profitieren, um wieder aufzuleben und unzerstörbar zu werden.

Am Ende des Kaiserreiches ähnelte das finanzielle und fiskalische System stark demjenigen des Ancien Régime, es war nur homogener und sehr viel potenter geworden. Dagegen bestand eine Vielzahl der Fehler, die unter Ludwig XVI. an die Öffentlichkeit gekommen waren, fort, vor allem beim Fiskus. Die Demokratie fehlte bei der Festsetzung der Ausgaben ebenso wie bei der Überprüfung der Rechnungen. Lediglich unter Ludwig XVIII. und Charles X. griffen die Regeln des modernen Staates: genaue Vorschriften für die Haushalte durch die Kammern, Abstimmung über die Kredite durch die Ministerien, genaueste Rechnungsprüfung durch den Rechnungshof, dessen jährlicher Bericht dem Parlament vorgelegt wurde. Alles dies, was den Souveränen ohne Zwang durch die Praktiker, die in der Zeit des Empire herangebildet worden waren, wie der Marquis d'Audiffret, auferlegt worden war, geschah nicht unter Anrufung der wiederhergestellten königlichen Legitimität, sondern, indem an der nationalen Legitimität der Kammern festgehalten wurde, die nun zur Kontrolle der Regierung da waren. Die Brüder Ludwigs XVI. konnten schließlich die Träume, die vor 1789 geträumt worden waren, in die Tat umsetzen: eine kraftvolle Verwaltung, aber auch eine ständige und unabhängige Überprüfung der Krone. Keiner glaubte, daß dieses perfekte System, das fähig war, alleine zu funktionieren, einer neuen politischen Legitimität dienen könnte, welcher Art diese auch sein mochte. Der Staat war geboren.

1

1

1

1

1

Hartwig Brandt

Die Julirevolution (1830) und die Rezeption der „principes de 1789“ in Deutschland

Mit der Rezeption geistiger Strebungen und sozialer Impulse über nationale Grenzen hinweg hat es eine eigene Bewandnis. Es gibt den direkten Austausch unter we sensmäßig und im Entwicklungsrhythmus vergleichbaren Staaten und Gesellschaften, es gibt indes auch den Fluß von Ideen und Denkweisen, welcher beim Aufnehmen den zwar der Tendenz nach verwandte, in der Substanz aber eher „historische“, sozusagen phasenverschobene Kräfte entbindet, ja diesen selbst zu unverhoffter Vitalität und Wirkungsmacht verhilft. Sehen wir es recht, so bietet die Bedrängung und hernach die Veränderung der deutschen Verhältnisse durch Frankreich um 1800 und danach ein anschauliches Beispiel des zweiten, des letztgenannten Typus.

Karl Mannheim hat schon vor sechzig Jahren auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht, als er in seinem großen Essay über *Das konservative Denken* schrieb, daß das revolutionäre Element der französischen Revolution in Preußen, statt einen Widerstand von „unten“ herauszufordern, die politischen Bestrebungen des Adels „verlebendigt“ habe¹. Und es ist zu fragen, ob das Prinzip nicht überhaupt zu den leitenden der Epoche zählt. Die große, die Revolution von 1789 fand in Deutschland zuvörderst eine antiabsolutistische, eine aufgeklärt-liberale, über Strecken eine ständisch-libertäre Resonanz; der napoleonische Imperialismus, wiewohl aus demokratischer Wurzel entstanden, vollendete den bürokratisch-monarchischen, in seinen Fundamenten absolutistischen Anstaltsstaat; die Juli-Ereignisse von 1830, die in Frankreich ein Regime der Bourgeoisie hervorbrachten, schufen in Deutschland Verfassungskonjunktoren und weckten einen Liberalismus kleinräumiger, fast sozialkonservativer Provenienz.

Das Jahr 1830 gilt unter denen, die über die Epoche gehandelt haben, in aller Regel als eine denkwürdige, den Stillstand der zwanziger Jahre beendende Episode, aber nicht als Einschnitt von jener Qualität, welcher den Jahren 1815 und 1848 an Kraft des Symbolischen vergleichbar wäre². Dabei bezeichnet dieses Jahr wie kein anderes

¹ 1927; hier zit. n. „Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk“, hrsg. v. Kurt H. Wolff (Neuwied/Berlin 1970) 450. – Die Anmerkungen des Beitrags beschränken sich, seinen eher essayhaften Charakter unterstreichend, durchweg auf den Beleg.

² Für andere: Ernst Rudolf Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 2 (Stuttgart 1960) 31 ff.; Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866* (München 1983) 366 ff.; Dieter Langewiesche, *Europa zwischen Restauration und Revolution 1815–1849* (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 13, München 1985) 65 ff. Eine tiefe, namentlich sozialökonomische Zäsur schneiden DDR-marxistische Autoren. Vgl. Helmut Bock, „Vormärz oder Restauration“? Bürgerliche Um-

jene Grenze, welche den monarchischen Primat – das Napoleonische an ihm auch, wenn man so will – von der bürgerlichen Selbstaneignung des Politischen trennt. Die Verfassungsstiftungen der Jahre 1815 bis 1820 zeigen sich noch ganz befangen in der Tradition aufgeklärt-bürokratischen Denkens und der von ihm geprägten Disziplin. Sie galten als Schlußstein administrativer Reform, und ihre Konstrukteure trug zuvörderst der Gedanke, heterogene Gebietsherrschaften zu einigen, ihnen politisch eine einheitliche Façon zu geben. Die aufgeklärte Vertragslehre, die ja schon absolutistische Autoren gedehnt und gebogen hatten, wirkte dabei ebenso fort wie die napoleonische Planierung alter Berechtigungen und das Institut befohlener Repräsentation, welches den Verwaltungen beratend zur Seite gestellt wurde. Die Gefahr, Ständeversammlungen könnten, wenn sie erst einmal begründet seien, zur Gegenmacht im Staat sich entwickeln, erschien den Administratoren gering, denen der Mittelstaaten zumal. Die Sorge galt vornehmlich der äußeren Souveränität. Sie wäre diesen 1815 beinahe abhanden gekommen. Daß der größte Autokrat unter den zeitgenössischen deutschen Fürsten, König Friedrich von Württemberg, einen avancierten Verfassungsentwurf in Auftrag gab und dann der Öffentlichkeit vorstellte, ist kein Paradox, es ist die Demonstration des Gesagten.

Die repressiven 1820er Jahre schienen das Kalkül der Verfassungsmacher im großen und ganzen zu bestätigen. Die Ständeversammlungen bewährten sich als Verlängerungen der Bürokratie in die „Staatsgesellschaft“; die Wahlen wurden fast durchweg von den Behörden gesteuert; die Abgeordneten, nehmen wir die badischen Verhältnisse nicht für die Regel, standen in der Abhängigkeit derer, welche die Mandate vergaben. Die Indolenz in der Wahlbevölkerung korrespondierte mit einem Mangel an Opposition in den Kammern.

„Während mit der Julirevolution die alte Geschichte endlich und völlig abschließt, beginnt mit dem Julikönigtum die Geschichte der Gegenwart“, hat Lorenz von Stein 1850 geschrieben. Die neue bürgerliche Gesellschaft, die Gesellschaft des freien Erwerbes und der Rechtsgleichheit, die „volkswirtschaftliche Gesellschaft“, wie er sie nannte, habe den Staat des Herkommens, das Gehäuse einer Ordnung, die obsolet geworden, institutionell gedehnt und am Ende zerbrochen, ja sie habe die genetische Priorität von Staat und Gesellschaft verändert, verkehrt, auf den Kopf gestellt. Und er fügte hinzu, daß die „Gleichartigkeit des Lebens der französischen Nation mit den übrigen germanischen Nationen“ fordere, daß das Gesetz der Revolution sie alle erfassen werde³. Über den Ausgang der Prognose, ob sie sich nun in Gänze oder nur in

Fortsetzung Fußnote von Seite 225

wälzung – Industrielle Revolution – Demokratische Literatur, in: Streitpunkt Vormärz. Beiträge zur Kritik bürgerlicher und revisionistischer Erbeauffassungen (Berlin 1977) 9 ff.; Helmut Holzapfel, Der Einfluß der Julirevolution von 1830/32 auf Deutschland, in: Helmut Reinalter (Hrsg.), Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa 1815–1848/49 (Frankfurt/M. 1986) 105–140 sowie die Beiträge des Sammelbandes „Die Französische Julirevolution von 1830 und Europa“, Hrsg. von Manfred Kossok und Werner Loch (Berlin 1985).

³ Geschichte der sozialen Bewegungen in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage, Bd. I (Leipzig 1850) 341, Bd. 2 (ebd.) 5 ff.

Teilen bewahrheiten oder am Ende gar als falsch erweisen würde, hat er sich in seiner Darstellung indessen nicht mehr geäußert.

Die Julirevolution ist weder durch Konspirateure noch durch Militär in andere Staaten getragen worden, sie bewegte vielmehr, was ohnedies nur des Anstoßes bedurfte, um verändert zu werden. Der soziale Stoff, den sie zum Brennen brachte, war dabei so verschieden wie die Verhältnisse, die nun in revoltenhafte Zustände gerieten. In Belgien kam es zur Staatsspaltung und – nachfolgend – zur Errichtung eines parlamentarischen Regimes; in Polen widersetzten sich Militärs und Intellektuelle der russischen Fremdherrschaft; in England und in Nordeuropa mischten sich Sozialprotest und Verfassungsreform. Was die Geschehnisse des Umbruchs und Aufbruchs in Europa verband, war der politisch-soziale Stau der zwanziger Jahre, war das Flammenzeichen der Pariser Ereignisse, welches allenthalben Unruhe und Veränderung hervorrief. Die Beziehungen von hier nach dort, vom Zentrum zur Peripherie waren nicht „organisch“, sie waren „symbolisch“ – so hat Clive Church in einer vergleichenden Studie, der ersten des Gegenstandes wohl überhaupt, vor einigen Jahren geschrieben⁴.

Dies gilt nun auch für die Verhältnisse in Deutschland, wo drei Formen der Rezeption aufeinander folgten und sich zum Teil überschnitten, verbanden: ein emotionaler Widerhall, der sich in Parolen („neuer Abschnitt der Weltgeschichte“) oder der Popularität der Marseillaise etwa kundtat; ein Revoltieren gegen soziale Unterdrückung und die Mechanisierung der Handarbeit, gegen Steuerlast und Beamtenwillkür; eine Verfassungsgebung, die mit einer neuen Qualität des öffentlich-politischen Lebens einherging. Dabei tritt nun jene Doppelgesichtigkeit der deutschen Verhältnisse zutage, von der eingangs die Rede war: Die Julirevolution hat die konstitutionellen Zustände von ihrer bürokratisch-monarchischen Bevormundung entbunden und dadurch eine neue, vorher unbekannte politische Beweglichkeit geschaffen. Sie wurde aber auch zum Geburtshelfer eines politischen Denkens und Handelns, welches seine Freiheit im Vorfeld des gesellschaftlich-industriellen Umbruchs suchte. Der Sieg des bourgeois Nationalstaats über den Legitimus war nicht übertragbar, wohl aber der Impuls gegen die Mächte der Tradition. Es ist ein anderes Ambiente, ein anderes Quartier der Geschichte fast, in dem der Konflikt von Herrschaft und Freiheit in Deutschland sich abspielt.

Da ist zunächst der Zustand des Konstitutionalismus, der nach 1830 gänzlich anders sich darbietet als zuvor. Denn erst jetzt eigentlich, ein Jahrzehnt und mehr nach den Stiftungen, beginnen die Liberalen sich die Verfassungen anzueignen, sie bürokratischer Verfügbarkeit zu entziehen. Grundrechte, Steuer- und Budgetbewilligung, Ministerkontrolle und Teilhabe an der Gesetzgebung werden eingefordert und politisch auf die Probe gestellt; es werden Ausführungsbestimmungen verlangt, die zuvor fast planvoll vernachlässigt und verschleppt worden waren. Erst jetzt tritt die Doppelnatur der Verfassungen mit ihrer „aus dem präkonstitutionellen Herrschaftsrecht“ abgeleiteten „Kompetenzvermutung“⁵ auf der einen und fast unbeschränkten Blockaderechten der Kammern auf der andern hervor. Zwar verfügten die Texte selbst eine Abtretung

⁴ Europe in 1830. Revolution and Political Change (London 1983) 38.

⁵ Dieter Grimm, Entstehungs- und Wirkungsbedingungen des modernen Konstitutionalismus, in: Akten des 26. Deutschen Rechtshistorikertages (Frankfurt/M. 1987) 71.

von Rechten, die nicht mehr revidiert werden konnte, aber erst als sie in Anspruch genommen, begann sich der bekannte Dualismus der Kräfte auszubilden: Liberale Oppositionen entwandten den Stiftern das Instrument, das sie geschaffen hatten. Die Konstitutionalisierungen des vergangenen Jahrzehnts waren Versuche der alten Gewalten gewesen, ihre Vorherrschaft zu verlängern. Rückwärts betrachtet, boten sie nur Garantien auf Zeit. Zu widersprechen ist jener Meinung, die Verformung des deutschen Verfassungsstaates sei durch den Akt der Geburt als Oktroi besiegelt gewesen, das Trauma der Entstehung habe ihn auf Dauer an die Vorherrschaft der Obrigkeit gefesselt.

Freilich ist die Nutzung der Sprengkraft der Verfassungen gegen ihre Urheber, ist die Verwandlung konstitutioneller Texte in konstitutionelles Leben nur ein Teil jenes Umbruchs von 1830 gewesen, die in Deutschland das Ancien régime beschloß. Der Aggregatzustand der öffentlichen Verhältnisse wurde flüssiger, ja diese selbst begannen nun erst eigentlich politische Qualität zu gewinnen. Der Bevormundung durch die herkömmlichen Institutionen entraten, gelangte das Politische auf den Markt: Politik und Öffentlichkeit wurden über Strecken zu Synonymen. Landtagswahlen waren nicht länger politischer Dienst für die Obrigkeit, was sie bis dahin vorwiegend gewesen; Vereine und Versammlungen waren fortan mehr als Kristallisationen des „bürgerlichen“, des vor-politischen Interesses. Presse und Parteien, die Zwillinge der neuen Kommunikation, gehen auf das Jahr 1830 zurück.

Ist es ein Zufall, daß der Architekt Jakob Ignaz Hittorff, ein Rheinländer, Erbauer übrigens der Place de la Concorde und der Gare du Nord, 1830 eine Denkschrift verfaßt, welche die Vielfarbigkeit der antiken Bauten nachweist und damit den Winckelmannschen Gipsgriechen in ein wissenschaftliches Fabeltier verwandelt⁶? Oder auch: Die Form der klassischen Sonate wird aufgebrochen in dieser Zeitenwende. In den frühen Stücken Robert Schumanns tritt sie uns in neuer Gestalt entgegen: als Dialog, als Psychogramm. „Sowie ein Dichter politisch wirken will, muß er sich einer Partei hingeben“, notiert Eckermann Anfang März 1832, „und sowie er dieses tut, ist er als Poet verloren ...“⁷ Goethes Prognose nimmt vorweg, was wenig später Absicht und Praxis der Jungdeutschen wird: Aufhebung der Grenzen zwischen Journalismus und Poesie, Kult der kleinen Form, das Gedicht als Werkzeug politischer Werbung, als Instrument der Agitation. So fügen sich die Mosaiksteine zusammen, den Wandel der Zeitläufte zu beschreiben. Der Begriff des Biedermeier, folgen wir landläufiger Meinung, ist zutreffend, so er ökonomischen Stillstand assoziiert, er führt ins Abseits, so er politischen Quietismus meint.

Wie in den Denkweisen, so zeigt sich aber auch in den institutionellen Verfestigungen des Politischen das Neue. Da waren einmal die Wahlvereine, Zentren des gemeinbürgerlichen Interesses zunächst, dann aber auch schon nach politischen Richtungen geschieden. Sie sollten – verbreitetem Verständnis folgend – das Allgemeine mit dem Liberalen zur Deckung bringen, aber die Praxis – die Spaltung von gouvernemental

⁶ Hans Georg Niemeyer, Der Bauforscher und Archäologe Hittorff, in: Jakob Ignaz Hittorff. Ein Architekt aus Köln im Paris des 19. Jahrhunderts (Köln 1987) 54.

⁷ Johann Peter Eckermann, Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens (Ausg. Berlin 1982) 439.

und oppositionell – zwang sie, „pars“ zu werden. Und diese Teilung setzte sich, mag man von Gruppen oder schon Fraktionen reden, in den Landtagen, in den Kammern fort. Die moderne Parteigeschichte, wiewohl nicht kontinuierlich und ohne Unterbrechungen, sie hat hier ihren Anfang genommen.

Da waren zum andern die öffentlichen Kundgebungen der Radikalen, eine zweite Formverwandlung der frühen 1830er Jahre. Mehr signalhaft ist diese Institution, welche den volkstümlichen Festcharakter mit Agitation verband, hervorgetreten. Denn als die konservativen Großmächte und mit ihnen der Deutsche Bund ihre Kontenance wiedergefunden, war es um sie geschehen. Aber subkutan hat diese Organisationsform des Politischen fortgewirkt. Die Folgen sind 1848 zu besichtigen.

Mit dem Wandel der Institutionen einher geht jener der Denkweisen und Orientierungen. Wie aufgeklärt-autokratische und napoleonische Traditionen in den Staatsverwaltungen zunächst noch fortwirkten und die ersten Anläufe des Liberalismus zu assimilieren verstanden, so war auch der Napoleonismus als Staatsideologie in den 20er Jahren noch nicht gänzlich geschwunden. In den süddeutschen Staaten, namentlich in Württemberg, war er sogar noch höchst gegenwärtig. Otto-Heinrich Elias hat dies noch jüngst überzeugend dargetan⁸.

Aber 1830 war es damit vorbei. Mochte der Mythos Napoleon, der von der Literatur, der Trivilliteratur zumal, gerade erst entdeckt wurde und für das aufstrebende Verlagsgewerbe ein lukratives Objekt darstellte, noch fortwirken, als politisches Leitbild war er kaum mehr gefragt. Nur „Verhöhnung des Völkerrechts“ und „gemeinen Durst nach Herrschaft“ vermochte Karl v. Rotteck an dem Mann zu erkennen. Und noch düsterer erschienen ihm die Folgen, an denen die Nachwelt, also die Jetztzeit, zu tragen hätte. „Das Riesengebäude, das er wunderähnlich aufgeführt, der Weltthron, den er errichtet, die Frucht so vieler Siege, Großthaten und Rechtsverletzungen, ist umgestürzt, verweht das ganze politische System, das er begründete, erloschen der meteorartig emporgestiegene Glanz seines Hauses, die Revolution um den Gewinn aller ihrer Triumphe betrogen und wehrlos überantwortet der Gegenrevolution ...“⁹ Auch die Verfasser des *Landboten*, fügen wir noch ein linkes, ein radikales Votum hinzu, sahen das Zerstörerische der napoleonischen Herrschaft, freilich sahen sie auch die zeitgenössischen Epigonen. Wie der Herr „den Stecken des fremden Treibers Napoleon zerbrochen“ habe, so werde er auch „die Götzenbilder unserer einheimischen Tyrannen zerbrechen durch die Hände des Volkes“. So Büchner und Weidig 1834¹⁰. 1830 veröffentlicht Dietrich Christian Grabbe ein Drama des Titels *Napoleon oder die 100 Tage*, ein Stück epischen Theaters avant la lettre. Seine Tendenz zu bezeichnen, aber auch dem Zeitgeist opfernd, schreibt der Autor am 14. Juli d.J. an seinen Verleger: „Napoleon /.../ ist kleiner als die Revolution, und im Grunde ist er nur ein Fähn-

⁸ Das Bild des Kaisers. Literarischer und politischer Bonapartismus in Württemberg, in: Baden-Württemberg im Zeitalter Napoleons, Bd. 2 (Stuttgart 1987) 717 ff.

⁹ Art. Buonaparte, in: Staats-Lexikon, Bd. 3 (Altona 1836) 140.

¹⁰ Der Hessische Landbote 1834 (Faksimile-Nachdruck, hrsg. v. Eckhart G. Franz, Marburg 1973) 6f.

lein an deren Maste – nicht er, die Revolution lebt noch in Europa /.../.“¹¹ Der Protagonist, er wird nicht dekuviert, aber er wird zurückgeführt in jene Tradition, aus der er emporstieg und von welcher er sich befreite.

Aber wie sieht jene geistig-mentale Befindlichkeit aus, welche mit der neuen politischen Beweglichkeit einhergeht? Es ist der Liberalismus ohne Zweifel, es ist ein bürgerlicher Gestus, der ihr die Form gibt. Schauen wir auf die theoretischen Festlegungen, so fällt auf, wie sehr diese der Geschichte zugewandt sind, wenn nicht in dieser gedankliche Unterstützung finden. Der Liberalismus ist optimistisch – die absoluten Staaten seien am Ende, wie das System des Deutschen Bundes – so der Befund. Aber das geistige Rüsthaus, aus dem er sich konstituiert, ist historisch, sei es die präfeudale germanische Freiheit, sei es die Vertragslehre der Aufklärung. Deutschrechtler und Vernunftrechtler heißen sie und so auch die Schulen, denen sie zugehören. Die Namen sind bekannt. Was Rotteck von Dahlmann, Welcker von Murhard auch immer trennen mag, der Glaube an die Wirkungsmacht von Politik als öffentlichem Geschehen hat sie wieder vereint. Presse und Landtag waren ihre Foren. Und, damit zusammenhängend, etwas zweites: Der gesellschaftliche Rückraum war bestimmt durch Herkommen und Tradition, die politischen Leitbilder waren eingefügt in eine kleinbesitzlich-patriarchalische Sozialverfassung. Dieser Liberalismus, folgen wir seinen gedanklichen Ausprägungen, war nicht durch Klassenspaltungen gezeichnet und begrenzt. Er grenzte sich ab gegen Adel und Geldbourgeoisie, aber er war (die Bürokratie wurde nur zu Zeiten oder von Fall zu Fall als Bundesgenosse betrachtet) eine Bewegung des „Mittelstandes“ in seiner breitesten Erstreckung. Politisch war er bestrebt, alle nichtprivilegierten Teile der Gesellschaft gegen Krone, Militär und Administration zu sammeln; sozial wollte er alles unter seiner Fahne vereinen, was über Eigentum, und sei es auch nur über ein geringes, verfügte. Dieser Liberalismus mochte faktisch von Besitz und Bildung beherrscht sein, virtuell stand er breiten Schichten offen. Daß er – auf längere Sicht – ein Konstrukt geblieben ist, eine psychische Disposition, die der sozialökonomischen Entwicklung nicht standzuhalten vermochte, ist so richtig wie der Umstand, daß er einmal eine politische Macht darstellte¹².

Das Bild der Tendenzen und Strebungen von 1830 ist lange Zeit geprägt und damit verstellt gewesen durch eine von nationalen Kraftgefühlen heimgesuchte Historiographie. Treitschke, der von einem schwärmerischen Liberalismus sprach, machte diesen zur Partei der Unpolitischen; Hermann Baumgarten, Königgrätz im Kopf und in der Feder, erblickte nur Unerquickliches, Unfruchtbares, Scheinstaaten, Kleinräumigkeit. Zu Recht habe man die liberalen Größen jener Zeit vergessen: Beengte im Geiste, Beengte auch in der Politik, die sie verfolgten¹³. Es ist eine wahrhaft archäologische An-

¹¹ Zit. n. *Hans-Günter Thalheim* u.a. (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Literatur*, Bd. VII, 1 (Berlin 1975) 173

¹² Zur Physiognomie dieses Liberalismus *Lothar Gall*, Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: *Historische Zeitschrift* 220 (1975) 324–56, und *James J. Sheehan*, *German Liberalism in the Nineteenth Century* (Chicago/London 1978, dt. Übers. 1983).

¹³ Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik (1866), hier: *Historische und politische Aufsätze und Reden* (Straßburg 1894) 92 ff.

strengung, die Geröllhalden, die der Nationalismus über dem Vormärz angehäuft, Schicht für Schicht wieder abzutragen.

Der deutsche Liberalismus der 1830er Jahre hat die Julirevolution gefeiert und fühlte sich doch durch sie bedrückt. Er hat sie mit Eifer studiert und ist dann doch einen eigenen Weg gegangen. Friedrich Seybold, ein schwäbischer Börne, hat sie fanfarenhaft begrüßt, die Tagblätter brachten fortlaufende Berichte aus der Pariser Deputiertenkammer, und das Publikum studierte die Reden der Périer, Lafayette und Thiers – solange es an vergleichbarem deutschen Stoff noch fehlte.

Aber je deutlicher die Revolution als Sieg der Herrschaft des Geldes und der großen Vermögen sich zeigte, desto mehr traten auch die Unterschiede in den Verhältnissen und Beurteilungen zutage. Der deutsche Liberalismus, der sich anschickte, vereinsintensiv und parlamentarisch zu werden, er war doch neuständisch und aufgeklärterköhnlich in einem, die Oligarchie der Reichen erschien ihm so verwerflich wie die Herrschaft des Pöbels, die Ochlokratie. Rotteck, der auch hier als Gewährsmann sich darbietet, wollte nur die „völlig Vermögenslosen“ vom Wahlrecht ausschließen, der Staat als „Privat-Aktiengesellschaft“, der Gebrauch ökonomischer Macht zur Durchsetzung politischer Zwecke erschien ihm als eine Verkehrung aufgeklärter Legitimität¹⁴. In Baden und Württemberg waren über 10% der Bevölkerung berechtigt, an den Ständewahlen teilzunehmen, in Frankreich noch nicht einmal einer von hundert. Was dem jungfräulichen deutschen Liberalismus an den französischen Zuständen mißfiel, war die Vermengung von Geld und Politik, war die korruptive Durchdringung des öffentlichen Lebens. „Das französische Landvolk versteht wenig von den öffentlichen Angelegenheiten“, heißt es in Auskunft eben wieder des *Staatslexikons*, „seine ganze Politik beschränkt sich auf die materiellen Interessen. Die Städte werden durch die Leidenschaften der höheren Gesellschaft aufgeregt, die sie nachahmen, und nur zu oft setzen die Berechnungen des Ehrgeizes, der Selbstsucht und Habsucht die sozialen Kräfte in Bewegung. Die Leute aus den Mittelklassen sind meist von beschränkten Ansichten. Ihr Zweck ist, an die Stelle der Adelsaristokratie die Geldaristokratie zu setzen. Das Volk ist nur groß an großen Tagen und im Soldatenkleide.“ Die Wahlen eine einzige Folge von Bestechungen, der Staat eine Beute der Mittelklasse, die Deputiertenkammer eine Veranstaltung der „stumpfsinnigsten übelwollendsten Servilität“ – so spiegelt sich das politische Frankreich in einem Liberalismus, der im Begriff steht, den Zustand politischer Unschuld zu verlassen¹⁵.

Und doch ist unstreitig, daß die französischen Konvulsionen eine Bewegung hervorgerufen, die schnell eine eigene Dynamik entwickelt. Befreit oder doch aktiviert durch eben jene Geschehnisse, tritt eine bürgerliche Schicht des Erwerbsbürgertums auf den Plan, die in den Städten das Regiment führt, die auf den Wahlmännerlisten in der Vorhand sich befindet, die sich in der Spitze mit Figuren liiert, welche man als die Abtrünnigen oder doch die Außenseiter des gehobenen, des gebildeten, des Beamten-

¹⁴ Art. Census, in: Staats-Lexikon, Bd. 3 (1986) 368 ff.

¹⁵ Ebd., Bd. 5 (1837) 777, 792.

bürgertums bezeichnen kann. Die Erscheinung selbst tritt erst allmählich ins Blickfeld der Forschung¹⁶.

Ein Verhältnis von Nähe und Distanz zugleich zu den französischen Verhältnissen zeigt auch die soziale Unrast dieser Jahre. In Aachen, der Grenzstadt, verbreiten Textilarbeiter, die sich in ihrer Existenz bedroht sehen, Parolen wie „Es leben die Belgier“ und „Die Maschinen zerschlagen“. In Leipzig machen Gesellen und Manufakturarbeiter Anstalten, handgreiflich gegen Gerätschaften und Produktionsstätten vorzugehen. In Braunschweig, in Kurhessen und Hannover richten sich die Proteste gegen feudale Abgaben und Steuerlast, gegen höfischen Stil und Verfassungslosigkeit. Die sozialen Zeichen stehen auf Sturm. Seit den Bauernkriegen hat es derartiges in Deutschland nicht mehr gegeben. Gegen solche Verhältnisse, in denen Retrogrades und Modernes sich mischen, repräsentiert die Revolte der Lyoner Seidenarbeiter, wiewohl auch diese nicht Industriearbeiter im engeren Sinne sind, den fortgeschrittenen Typus des Arbeitskampfes: *die Interessen sind organisiert, das Mittel ihrer Durchsetzung ist der Streik.*

Die Mobilisierung und Beschleunigung der politischen Verhältnisse hat in der Literatur der Konservativen ihren getreuen Spiegel gefunden. „Europa geht unverkennbar neuen Formen, neuen Kombinationen, neuen Schicksalen entgegen“, schreibt Friedrich Gentz im Dezember 1830 an den Fürsten Wittgenstein¹⁷. Metternich selbst erblickte in der Revolution einen Dammbruch und sah sein Weltbild, welches ein Stillhalten der Verhältnisse verlangte, bestätigt. „Mit Volksrepräsentationen im modernen Sinne, mit der Preßfreiheit und Vereinen muß jeder Staat zu Grunde gehen, der monarchische wie die Republik. Nur Anarchie ist möglich.“ So zwei Jahre später, gleichfalls an Wittgenstein, den preußischen Konfidenten¹⁸. In solcher Redeweise verdeckt der Cassandra-Ton die Substanz des Gesagten: Die Julirevolution hatte dem Konstitutionalismus die disziplinierende Kraft genommen.

Freilich waren die umgehenden politischen Ängste nicht auf Adel und Bürokratie beschränkt. Mit der Vergesellschaftung der städtischen Ober- und Mittelschichten zu einer Bürgerklasse, welche sich vom Bürgertum der Staatsverwaltung, dem allgemeinen Stand, den Privilegierten des Gemeinwohls, abhob, geriet auch der Untergrund von verarmten Handwerkern, Gesellen und Kleinbauern in Bewegung, wodurch die neue Bürgerklasse sich sogleich und mitunter fast existenzgefährdend in Bedrängnis sah. Wenn schon 1830 hier und dort Bürgergarden geschaffen wurden – oft ohne Zutun der Verwaltung und manchmal gegen ihr Geheiß –, so war dies ein Zeichen jener Ängste, die nunmehr allem Emanzipationsstreben sich beimischen. Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen schuf eine Revolutionsfurcht, die bis in die siebziger Jahre zum Bestand der politischen Verhältnisse zählt. Andererseits hat das Spiel mit der Figur und dem System Napoleons in solchen Konfliktlagen zunächst noch keine Rolle gespielt. Der alte Bonapartismus als Retter des bürokratischen Erbes der Revolution

¹⁶ Vgl. *Lotbar Gall*, „... ich wünschte ein Bürger zu sein“. Zum Selbstverständnis des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 245 (1987) 601–23 und *Jürgen Kocka* (Hrsg.), *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert* (Göttingen 1987).

¹⁷ Aus dem Nachlaß von *Friedrich Gentz*, Bd. 1 (Wien 1867) 108 f.

¹⁸ Zit. n. *Veit Valentin*, *Das Hambacher Nationalfest* (Berlin 1932) 144 f.

war vergangen, jener neue, der, wie Heine 1842 schrieb, als Aufhalter des Bürgerkrieges, als Schutzschild gegen eine „Proletarierherrschaft“ dienen konnte¹⁹, er wurde erst 1848 und danach zu einem Reflex des liberalen Zeitgeistes.

Das Jahr 1830, ziehen wir die Summe, bedeutete für die deutschen Verhältnisse eine Zäsur, welche Herkunft und Zukunft voneinander schied. Es gab die Administration als Hort der auf Effizienz und Gleichheit gerichteten Moderne, ihr trat nun eine Staatsgesellschaft entgegen, die jener den Primat streitig machte und die modern wurde auf ihre Weise. Soziales Substrat dieser „Bewegung“ war ein Bürgertum, das, wiewohl überwiegend noch im vorindustriellen Kontext befangen, politischen Einfluß suchte und sich über Strecken Geltung verschaffte. Konstitution und Stadtverfassung, Versammlung und Verein hießen die Instrumente, über die sie verfügte. Die Geschichte der Nutzung dieser Einrichtungen ist einstweilen noch nicht so bekannt.

Résumé de la communication de Hartwig Brandt

En Allemagne, la révolution parisienne de Juillet a changé les données politiques en la mise en pratique des « principes de 1789 » notamment dans le domaine politique et dans celui des institutions. Entre 1814 et 1820, les transformations institutionnelles intervenues dans les états allemands s'étaient situées dans la tradition de l'absolutisme éclairé, en partie interrompue, en partie modernisée à l'époque napoléonienne. Ce n'est que dans les années 1830, c'est à dire lorsque les constitutions cessèrent d'être appliquées par la bureaucratie, que l'opposition libérale commença à s'approprier la pratique constitutionnelle. C'est à ce moment seulement que les droits fondamentaux : le vote du budget, le contrôle des ministres, la confection des lois, furent, pour la première fois, soumis à l'épreuve du débat politique. C'est alors seulement que fut perçue la nature ambiguë des constitutions avec, d'un côté, la « présomption de compétence » issue d'un « droit souverain préconstitutionnel » (selon la formule de D. Grimm) et, de l'autre, le droit de blocage quasi-illimité exercé par les Chambres. L'autorité juridique des constitutions reposait sur le bon-vouloir du souverain et de son administration. Les textes envisageaient bien la concession de droits sur laquelle on ne pourrait revenir mais ce fut l'exigence de prise en considération de ces droits qui instaura la pratique politique du constitutionnalisme.

Alors que, dans de nombreux états, les années 1820 avaient été celles de l'autocratie monarchique et celles durant lesquelles les Landtage, là où ils existaient, n'avaient été, dans le « corps social de l'Etat », que le prolongement de l'administration, un changement apparut après 1830. Les événements de France renforcèrent, en effet, les convictions des libéraux et leur volonté de s'affirmer dans le domaine politique. Ils dérobèrent à leurs propriétaires les instruments que ceux-ci avaient créés. On s'aperçut que les constitutions mises en place durant la décennie précédente n'avaient été qu'une tentative des pouvoirs de type ancien pour prolonger leur règne et qu'elles n'offraient aux gouvernés que des garanties précaires.

¹⁹ Lutezia, T. 2, 20.6.1842, *Heinrich Heine, Werke* (Insel), Bd. 3 (Frankfurt/M. 1968) 469.

Dans les années 1830, la vie publique commença à se politiser de plus en plus. Le débat politique pouvant dorénavant se dérouler au grand jour, politique et vie publique devinrent largement synonymes. Les Landtage cristallisèrent désormais davantage que les simples intérêts «civiques» et professionnels. La presse et les partis politiques, ces jumeaux de l'information, apparurent en 1830 en dépit des obstacles opposés à cette évolution par la Confédération germanique menée par l'Autriche et la Prusse.

On emprunte le progrès à la France, souvent encore tenue en suspicion, mais il manque au mouvement, animé surtout par des avocats, des professeurs, des fonctionnaires, le fondement social d'une classe moyenne puissante animée par une bourgeoisie consciente de sa force. A peine celle-ci commence-t-elle à s'affirmer sur le plan politique qu'elle est saisie par la peur sociale engendrée par les «having not» et les intellectuels qui les excitent. Les Cassandres du conservatisme qui voulaient restaurer l'Etat avec la société à ordres n'avaient pas encore abandonné la place que déjà le radicalisme puis la démocratie sociale et enfin le socialisme revendiquaient leur droit historique. C'est donc dans une constellation politique caractérisée par la contemporanéité des ruptures que les «principes de 1789» remis au goût du jour par la Révolution de Juillet vont être mis à l'épreuve en Allemagne.

Diskussion zum Referat von Hartwig Brandt

Leiter: Fernand L'Huillier

Der entscheidende Einschnitt, den H. Brandt in der Revolution von 1830 für das politische Leben in Deutschland sah, stand im Zentrum der sich dem Referat anschließenden Diskussion. In den meisten Beiträgen wurde dem Jahr 1830 jedoch keine so weitreichende Bedeutung eingeräumt, wie Brandt sie dargelegt hatte. So bezweifelte H. Berding, daß die Revolutionsfurcht des deutschen Liberalismus hauptsächlich auf dieses Jahr zurückgehe. Der Referent räumte zwar ein, die Revolution sei für Deutschland nur ein einige Monate dauernder „Spuk“ gewesen, und die Verhältnisse wären danach bis 1847/48 eingefroren geblieben. Dennoch seien die 48er Ereignisse nicht ohne 1830 zu verstehen. Aus einer etwas anderen Warte beleuchtete E. Fehrenbach das Problem und stellte hierzu folgende Überlegungen an: Läßt sich 1830 mit 1789 vergleichen? Kommt 1830 eine vorindustrielle, aber nachständische Schicht zum Konstitutionalismus? Sind die Wahlvereine (z.B. in Braunschweig und Hannover) – also die Protestbewegung – noch eine Verfassungsbewegung oder schon deren Spaltung in Liberalismus und Demokratie? E. Fehrenbach glaubte, diese Spaltung erst in den 1840er Jahren erkennen zu können und stellte die Frage, ob nicht 1830 noch die Chance bestanden hätte, daß sich so etwas wie die „Patriotenpartei“ in Frankreich von 1789 hätte bilden können. Im Gegensatz hierzu blieb H. Brandt bei seiner Einschätzung, eine dichotomische Entwicklung habe bereits 1830 eingesetzt. Alle Richtungen hätten zu dieser Zeit noch optimistisch in die Zukunft geblickt, alle geglaubt, ihre Haltung sei noch nicht korruptiert. Bei den Liberalen fände sich deren Engagement in den Parlamenten, während die Demokraten in der Vereinsbewegung

und auf den „Festen“ zu finden gewesen seien. Als Beispiel für die unterschiedliche Entwicklung nannte der Referent die Weigerung der Liberalen, am Hambacher Fest teilzunehmen. Mit den demokratischen Manifesten seien auch bereits „sozialdemokratische“ Tendenzen (in dieser Zeit also demokratische Tendenzen mit sozialen Aspekten) spürbar geworden. Die Trennung zeige sich zwischen 1830 und 1832: Die Demokraten kamen nicht in die Parlamente, der Liberalismus konnte als einzige oppositionelle Kraft überleben. Endgültig manifestiert habe sich die Dichotomie in den 1840er Jahren mit einem erneuten Anlauf der oppositionellen Bewegung.

Auch *W. Siemann* äußerte sich überrascht über den tiefen Einschnitt, den Brandt 1830 zu erkennen glaube. Er stellte die Frage, ob der Referent den Frühkonstitutionalismus nur als verlängerten Arm der Regierung ansehe, als politischen Dienst an der Obrigkeit. Siemann belegte seine Zweifel mit einigen Beispielen aus der politischen Geschichte von vor 1830: 1823: Verbot des *Deutschen Beobachters*, weil er sich zu „republikanisch“ äußert; 1829: Bayern steht vor dem Staatsstreich, wobei Metternich König Ludwig abrät, die Verfassung zurückzunehmen, weil er Konflikte mit den Kammern befürchtet. Hat also der Frühkonstitutionalismus – so Siemann – nicht mehr Funktionen als nur diejenige des Herrschaftsvollzugs, oder ist 1830 tatsächlich ein so wichtiger Einschnitt? In seiner Antwort wies *H. Brandt* besonders auf die Forschungslage hin, deren bisherige Ergebnisse noch keinesfalls flächendeckend seien. Einzelbeispiele könnten für beide Thesen gefunden werden. Wie stark jedoch vor 1830 Parlamentsrechte außer Kraft gesetzt worden seien, zeige das Schicksal Friedrich Lists, der als besonders „rühriger“ Abgeordneter auf Druck der Regierung seines Mandats enthoben worden sei.

Die Überlegung, ob man 1830 als eine „bürgerliche Idealrevolution“ ansehen könne, stellte *M. Botzenhart* an. Sie wäre nämlich mit der englischen Revolution von 1688 zu vergleichen, wo es ebenfalls keinen sozialen Umsturz gegeben habe, nur einen Wechsel der Herrscher und eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Exekutive und Legislative – anders als 1789.

Grundsätzlich unterstrichen hat *J. Voss* die Ausführungen Brandts über die Abgrenzung der deutschen Liberalen von der Julirevolution. Im *Staatslexikon* von Rotteck setze man sich immer mehr vom „juste milieu“ ab, obwohl man darin ursprünglich in Frankreich ein Vorbild gesehen habe.



Fernand L'Huillier

Lamartine et la Révolution Française

Pierre de Lamartine avait participé à la défense des Tuileries, le 10 août 1792 et sa femme avait appartenu à la maison de la duchesse d'Orléans; on peut imaginer que leurs souvenirs, leurs regrets, leurs nostalgies avaient eu leur place dans les propos familiaux entendus par le jeune Alphonse. Mais, né en 1790, celui-ci devra davantage au collège des Frères de la Foi, où il entre en 1803 (à Belley) et où il noue des amitiés solides qui nourriront un long échange littéraire et politique. Aymon de Virieu et Louis de Vignet sont des fils de famille, nobles eux aussi, ardemment monarchistes. Vignet a perdu de bonne heure son père, ancien Constituant, tué au siège de Lyon dans les rangs des royalistes. Ces jeunes gens ne pouvaient avoir que de la répulsion pour la période révolutionnaire. Toutefois, Vignet mis à part, ils n'avaient été, dans leur milieu provincial et campagnard, ni spectateurs ni acteurs des épisodes les plus tragiques. Ajoutons que la famille de Lamartine n'avait pas cédé à la fascination de l'épopée napoléonienne, qui avait rallié nombre de royalistes. Elle avait même réussi à soustraire le jeune Alphonse à la conscription.

Voici donc, à la fin de l'Empire, un adolescent oisif, rêveur, mystique, poète. A la Restauration, en 1814 – il a vingt-quatre ans – sa famille s'emploie à son «établissement», qui semble enfin possible; elle fait d'abord de lui, quelques mois durant, un Garde du corps, puis un candidat à une fonction publique. Longtemps sans résultat. Au reste, ce dilettante ne manifeste que rarement de l'intérêt pour la vie politique du pays. Il lui arrive de s'exprimer en ultra: ainsi se dit-il (décembre 1818) effrayé du «déluge d'écrits périodiques ... dans lesquels *ils* réchauffent les doctrines de 1789 et de 93». L'égitimiste, oui, mais de raison: «Je ne suis ni libéral ni ultra», se corrige-t-il en janvier suivant. En réalité, c'est le présent et surtout l'avenir qui sollicitaient la génération de Lamartine, de Vigny et de Hugo, comme vient de le rappeler fortement Paul Benichou¹. Pour elle, «les cruautés et les mécomptes de la période révolutionnaire reculaient dans le passé ... Ce que ces jeunes gens voyaient, c'était qu'un monde achevait de mourir, qu'un autre irrésistiblement lui succédait». Sous ce rapport, on peut parler d'un certain réalisme. Dès 1814, au seuil même de la Restauration, Lamartine a écrit à un ami nommé sous-préfet: «Ne convenez-vous pas que la Révolution et ses idées ont absolument vaincu, malgré le retour des Bourbons, que c'est eux qui composent avec elle et non elle avec eux? qu'il n'y a malheureusement plus à combattre, mais à marcher ensemble et dans les mêmes voies s'il est possible?». Mais quelle importance attache-

¹ «Le temps des prophètes» (Paris 1977) et «Les âges romantiques» (Paris 1987).

cher à cette réflexion? A mon avis il ne s'agit guère que d'une expression de dépit d'un candidat non encore placé. Alors, si on veut définir sa conviction politique, certes vague, on dira qu'elle est la Charte, résultante de la situation nouvelle et de la volonté divine.

Alphonse de Lamartine sort de l'obscurité en 1820, avec la publication – et le grand succès – des *Méditations*. Les *Nouvelles Méditations*, en 1823, les *Harmonies politiques et religieuses* en juin 1830 confirmeront sa réputation. Nous ne parlerons pas ici du poète des années 20, à l'inspiration toute égocentriste. Nous ne parlerons pas non plus de son entrée – tardive – dans la vie active, comme secrétaire de légation à Naples, également en 1820, quoiqu'elle l'ait évidemment mis au contact de quelques problèmes concrets et généraux à la fois. Ainsi Lamartine commence vraiment sa vie d'homme à trente ans, poète et diplomate d'avenir. Qu'il ait composé en 1825 un «Chant du sacre» à la fois par «conscience» royaliste, comme il a cru devoir le dire, ou par flagornerie, comme beaucoup le pensent, il importe assez peu. Ce qui compte davantage, c'est que ce *Chant* se termine par un hymne à la liberté. La liberté, besoin nouveau de la société, qui pour lui n'a pas sa source dans l'esprit de la Révolution française, mais dans la Charte.

Suivons Lamartine à son retour en France, avec en poche un congé régulier. C'est alors que commence véritablement sa réflexion politique. Nous sommes en août 1828, au premier temps du ministère Martignac. Lamartine entreprend une campagne d'influence, en vue de progresser dans la Carrière, mais il constate avec inquiétude l'agitation. Et l'arrivée de Polignac le met dans une situation ambiguë: d'un côté, il poursuit ses démarches dans les allées mondaines du pouvoir, approchant même personnellement Polignac, qui lui promet le beau poste d'Athènes, mais d'un autre côté il blâme la politique du prince et dès août 1829 jette sur le papier les grandes lignes de ce qu'il considère comme «un manifeste électoral». Ce texte hâtif apporte le premier éclairage sur son «credo». C'est une déclaration de confiance, plus explicite et plus explicative que ses courtes formules antérieures, en faveur de la Charte. «La Charte est la vérité politique du XIXe siècle.» Il y fait une très discrète référence à la Révolution française: «Je sais que les rêves de quelques esprits théoriques vont plus loin que le mien. Je leur demanderai d'abord quelle sorte de liberté nous donnerait la République que la Charte ne nous donne pas.» Même conformisme et même optimisme dans son discours de réception à l'Académie française, le 1er avril 1830, qui annonce emphatiquement la volonté de renouveau de sa génération et la poussée du christianisme dans le peuple. Le *Correspondant* écrivait: «Il y a quelques années que la philosophie appelait M. de Lamartine le poète du passé; aujourd'hui, qui ne le reconnaît pas pour poète de l'avenir?» Mais l'orage menace. Perspicace, Lamartine s'inquiète du renvoi du ministre Montbel, «le seul homme aimé et respecté dans tous les partis» (en mai). Surtout, les Ordonnances du 26 juillet, que nous dirions «liberticides», lui font obligation de prendre parti. Alors commence chez lui un long débat de conscience.

D'abord, et plusieurs mois durant, il redoute une révolution violente qui bouleverserait la société. Il écrit dès le 29 juillet: «Mon esprit est accablé de pensée d'avenir. Sommes-nous assez malheureux pour avoir une révolution au berceau et l'autre au tombeau de notre passage ici-bas?» Interrogation proprement romantique, presque dé-

seespérée. Elle est effectivement à la porte, la Révolution, mais bien différente de la première; c'est celle des Trois Glorieuses, qui change seulement la dynastie. Le légitimiste Lamartine démissionne de la Carrière, par honneur, mais offre ses services au nouveau régime, pour l'aider à endiguer la violence. Et il se rassure, non sans retours. Par exemple, s'il observe que «la nation n'en est évidemment plus où elle en était en 89» et qu'un équilibre n'est pas exclu entre «l'excès de pouvoir» et «l'exercice, bien plus dangereux, de la liberté», visiblement, pour lui subsiste la perspective d'une récidive de la grande Révolution. Les manifestations parisiennes des 17 et 18 octobre, sur le motif du procès des ministres de Charles X, lui inspirent ce mot amer, adressé le 24 à Virieu – le légitimiste obstiné: «Tu auras ta République, j'en frémis!» Et encore le 19 décembre il évoque le spectre de «l'anarchie de 93».

C'est là une face négative, de nature défensive, de la pensée de Lamartine. Mais il en est une autre, où se retrouvent une réflexion, une interprétation de Juillet, la justification de sa propre attitude, la conviction que, dans ce nouveau régime qu'il s'est décidé à soutenir, il y a le germe d'une société nouvelle comme il y a une place de choix pour lui-même. Il aboutit à des principes auxquels il se référera jusqu'en 1848 et qui s'appuient sur le passé, sur l'histoire de la France dessinée désormais en remontant au-delà de la Restauration. A cet égard, les années 1830 à 1836 forment un ensemble composite, mais cohérent, dans lequel les correspondances privées, les écrits politiques, les discours, la poésie elle-même livrent des expressions complémentaires qui définissent une position.

La correspondance mérite une attention particulière, au XIX^e siècle comme au XVIII^e, on le sait. Ici, en première ligne, celle que Lamartine a entretenue avec Virieu, car elle reflète tous les mouvements de son âme et de son esprit². On y saisit entre 1830 et 1834 surtout une discussion très franche entre deux hommes dont l'amitié résiste à une mésentente politique. Virieu ne peut admettre l'atteinte mortelle portée à la monarchie de droit divin et reste dans le sillage de Bonald. Le 21 octobre 1830, Lamartine lui écrit: «Nous partons de deux principes opposés. Tu dis: la révolution de 89 est le mal sans mélange. Je dis: les grands principes de 89 sont vrais, beaux et bons, l'exécution seule a été atroce, inique, infâme, dégoûtante. Pour que 89 fût si mal, il fallait que ce que 89 détruisait fût beau; or je trouve 88 hideux ... Nous ne pouvons nous convertir (sic) sur ce grand principe originel. Nous ne nous rencontrons que dans le sentiment d'horreur pour la Révolution-action, mais non pour la Révolution-principe. La Révolution-principe est une des grandes et fécondes idées qui renouvellent de temps en temps la forme de la société humaine ... L'idée de liberté et d'égalité légales est autant au-dessus de la pensée aristocratique ou féodale que le christianisme ... au-dessus de l'esclavage ancien. Il y a sur ce point une tache dans ton œil. Un idée que le monde entier avoue, adopte, conçoit, défend ne peut être une erreur: l'erreur est dans sa pratique incomplète, mais non dans sa nature.» A partir de là, son imagination l'emporte et lui fait traverser les siècles: «Plusieurs siècles passeront sur nos tombes avant que cette idée ait enfin trouvé sa vraie forme, mais tout indique qu'à travers des flots

² La Correspondance Lamartine-Virieu, présentée par Marie-Renée Morin, est en cours de publication. Les tomes I et II (de 1808 à 1821) sont parus en 1987 (Paris).

de sang et de misère, elle la revêtira enfin ..., alors le monde sera transformé ..., ton fils ne pensera plus comme toi, etc.» Bref, «le monde est en route» – c'est-à-dire en marche, depuis 1789.

Dans le même moment, le poète s'adresse au peuple. Car le poète est missionnaire. Voici l'*Ode au peuple du 29 juillet 1830* ou *Ode à la clémence*. Elle évoque comme un remords l'ombre de Chénier. Elle adjure :

Songe au passé, songe à l'aurore
de ce jour orageux levé sur nos berceaux.
Son ombre te rougit encore
du reflet pourpre des ruisseaux.
Il t'a fallu dix ans de fortune et de gloire
pour effacer l'horreur de tes six mois d'histoire ...

Laissons de côté la violence ou l'outrance de certains vocables – «la fange des échafauds», «ce bournier glissant», etc – pour aller à la péroration :

Tu dressas des autels à la Terreur publique,
à la Peur, à la Mort, Dieu de ta république.
Ton grand prêtre fut ton bourreau.
De tous ces dieux menteurs qu'adora ta démente,
tu n'en oublias qu'un, ô Peuple, la Clémence!

Il faut donc se souvenir de la Révolution pour ne pas en renouveler le fanatisme. Mais ce n'est là qu'une réflexion ponctuelle, limitée. Un an plus tard, Lamartine revient sur cette page d'histoire, dans une optique autrement plus large. Son poème des *Révolutions*, publié au début de 1832 (et qu'il insérera plus tard dans une nouvelle édition des *Harmonies*) traite sur un mode souvent épique la destinée de «ces peuples assis de l'Occident» qui voudraient que tout reste immuable :

L'œuvre toujours finie et toujours commencée
manifeste à jamais l'éternelle pensée,
chaque halte pour Dieu n'est qu'un point de départ ...
Regardez donc, race insensée
les pas des générations.
Toute la route n'est tracée que des débris des nations.
Trônes, autels, temples, portiques, peuples, royaumes, républiques
sont la poussière du chemin
et l'Histoire, écho de la tombe,
n'est que le bruit de ce qui tombe
sur la route du genre humain ...
L'humanité n'est pas le bœuf à courte haleine
qui creuse à pas égaux son sillon dans la plaine
et revient ruminer sur un sillon pareil.
C'est l'aigle ...
(qui) monte affronter de nuage en nuage les plus hauts rayons du soleil ...

Ces deux poésies traduisent bien une philosophie de l'histoire; les révolutions jalonnent la destinée des peuples et leurs progrès. Alors, leur jeter l'anathème n'a pas de sens. Et c'est ce qu'il objecte à Virieu, lorsqu'il rejoint le plan prosaïque de la discussion sur le moment qu'ils vivent. Sa lettre du 7 février 1831 confirme celle d'octobre;

Virieu avait admis comme nécessaire «le renouvellement de la forme sociale»; dès lors, «comment toute révolution est-elle nécessairement fatale, diabolique? Comment tout ce qui a découlé de son principe depuis quarante années ... est-il selon toi immoral, irréligieux, infâme, ect?». Encore une fois, «la révolution peut être bonne, utile, féconde en résultats heureux et moraux pour l'humanité et la religion véritable et cependant détestable dans quelques-unes de ses phases, dans ses agents, dans les masses ignorantes et féroces qu'elle soulève momentanément». Lamartine n'hésite pas devant une comparaison avec l'histoire d'un christianisme ayant à son passif les guerres de Constantin et «les férociétés du moyen âge». Suite du 24 mars: «Qui dit Révolution dit changement, marche des idées et des choses, idées et principes de sociabilité nouveaux. Si tu dis: j'abhorre toute la révolution des siècles 18e et 19e, tu te constitues l'homme du passé, bien que tu ne le veuilles pas. Tu auras beau parler liberté, progression, avenir, on dira: c'est mauvaise foi, puisqu'il se déclare en même temps ennemi du principe de liberté, de progression d'avenir dans toutes les institutions de la révolution.»

Dans cet échange entre Lamartine et Virieu, allons jusqu'en 1834 et à une lettre de Virieu qui fait très bien le point: «La Révolution, c'est le XVIIIe siècle ou le mal et si tu pouvais te décider à parler ainsi avec moi, je serais prêt à dire avec toi que la Révolution a été le tombeau du XVIIIe siècle et du mal, qu'elle donne la date à l'ère nouvelle et à la période d'espérance. Alors nous sommes entièrement d'accord.» Mais il ne pouvait y avoir d'accord sur cette formule! Si Lamartine croyait bien, lui aussi, à une ère nouvelle, c'était parce que l'application libérale de la Révolution-principe lui paraissait ouverte, tandis que Virieu voyait dans la Révolution un mal vis-à-vis duquel une réaction pouvait inaugurer une «ère nouvelle», celle-ci d'abord religieuse. «Politique de bonne femme», s'écrira Lamartine. Politique de «ceux qui attendent tout de la Providence», concédera Virieu ...

L'interprétation de l'épisode révolutionnaire se retrouve aussi dans la littérature électorale. Candidat dans l'arrondissement de Bergues-Dunkerque, Lamartine a rédigé hâtivement un programme, daté du 15 juin 1831: «On me demande: à quel parti appartenez-vous? ... Je suis de ce parti qui a grandi en silence dans l'horreur de l'anarchie, dans la haine du despotisme, qui a salué la Restauration comme une espérance, la liberté comme un but sublime placé par Dieu même sur la route des peuples pour faire avancer la civilisation ... Je suis de ce parti qui redoute et qui déplore les révolutions.» Ce qui signifie bien que Lamartine repousse «l'anarchie», terme usuel alors, synonyme ou substitut de 93, de Jacobins, de Terreur, comme le «despotisme», synonyme ou substitut de bonapartisme. Il reproche à la Restauration d'avoir manqué à sa mission d'assurer et d'affermir la liberté, «idée mère de nos destinées futures». Trois mois plus tard, dans une «lettre à M. de Cazalès» qui devient une brochure intitulée *Politique rationnelle*, il apporte une conclusion élargie à sa campagne électorale, laquelle a échoué, mais de peu. Il revient sur sa prise de position libérale, sans référence explicite à la Révolution française de 89, mais en esquissant une philosophie plus audacieuse peut-être, puisque, selon lui, «l'âge monarchique» dans lequel vivent les Français est en train de «se fermer», puisque l'on aborde une époque «ascendante» où sera consacrée «l'égalité politique et civile de tous les hommes devant l'Etat». En consé-

quence, Lamartine reconnaît la «forme des gouvernements modernes», qui est la «république mixte». Et ce terme de «république mixte» cautionne une nouvelle conception de l'exécutif: «qu'on le nomme président ou roi, peu importe, il n'est plus monarche». Si l'on ajoute que ce texte introduit aussi le mot de «démocratie», on ne peut que reconnaître une parenté avec le sens constitutionnel des années 1789 à 1792.

Au moment même où il fait ses débuts à la Chambre des Députés, Lamartine donne à la *Revue des Deux Mondes* un article intitulé *Destinées de la poésie*, qui, en termes très généraux, explique le sens de ce qu'il considère comme sa mission. Il s'agit d'appeler l'homme à marcher «en lui montrant du doigt des utopies et des républiques imaginaires, des cités de Dieu», et cela en lui donnant l'espérance de les atteindre». En fait, le député Lamartine, présent à la tribune sur à peu près toutes les questions débattues, défendra jusqu'au-delà de 1840 des thèses modérées, plaçant pour un régime libéral, une politique du mouvement, rompant avec l'attitude frileuse que la peur des émeutes inspirait à la majorité, surtout jusqu'en 1835. C'est avec la prise en considération des péripéties de l'actualité qu'il lui arrive de se reporter à des épisodes révolutionnaires. Il n'a aucune complaisance pour les républicains. Voir son intervention dans la discussion sur une loi restrictive de la presse, le 21 août 1835: «Oui, la presse depuis quatre ans ... sue l'insurrection et l'anarchie; je l'ai senti comme vous.» Mais il plante des bornes: la loi ne doit pas «fermer toute discussion», ce qui reviendrait à «imposer la loi des pays de despotes». Le pays irait alors à des «révolutions infaillibles». Certes, la tâche est difficile, car «nous sommes trop près du souvenir des servitudes impériales en la matière, caractéristiques de la «tyrannie» et trop près des «excès révolutionnaires» propres à la «démagogie». En 1836, lorsqu'il intervient sur un problème technique – la conversion des rentes, 3 février et 22 mars – il élève la question et si j'ose dire la sublimise. Il ne craint pas, en effet, de faire référence à la Révolution et avec une notation positive. Peut-être pourrait-on parler d'un son nouveau, d'une attention nouvelle à l'histoire et à l'œuvre de la Révolution – et de l'idée d'en proposer une leçon. «Messieurs, lorsque dans l'Assemblée Constituante l'homme de la Révolution française, Mirabeau, montrait du geste le gouffre ouvert du déficit de 89, prêt à engloutir la fortune publique et défiait ses collègues d'avoir le féroce courage d'y jeter un seul citoyen pour le combler, l'Assemblée ... reculait d'horreur et trahissait sa générosité par ses applaudissements. Alors cependant il y avait un déficit ...» Que les responsables français de 1836, dans une situation financière autrement favorable, répudient un acte de la même nature que celui que la Constituante avait eu le courage d'écarter! D'une plus haute signification est le discours du 14 avril 1836, à propos de la liberté de commerce:

«La Révolution n'est pas faite, ou plutôt elle n'a fait que la moitié de son œuvre, tant qu'elle n'a été qu'une rénovation des systèmes et des intérêts sociaux et qu'après avoir introduit la liberté dans les institutions, après avoir renversé les féodalités personnelles, elle renverse enfin les féodalités industrielles, les monopoles agressifs des travailleurs (sic) et introduise la liberté dans les choses.»

En d'autres termes, la Révolution française doit s'achever, s'accomplir dans l'émancipation des masses – ce dernier mot est employé par Lamartine ce jour-là.

Un tel langage, Lamartine le tiendra à plusieurs reprises, retenant un moment l'attention d'une majorité conservatrice sans la convertir le moins du monde. Dans la dis-

cussion de l'Adresse, le 10 janvier 1839 – le jour où il a lancé le mot fameux «la France est une nation qui s'ennuie» – il répétera: «Ce gouvernement ... devait se faire gouvernement constituant des intérêts et des droits du plus grand nombre, il devait faire en bas ce que 89 avait fait en haut ...», la réforme de la société même, l'organisation, la moralisation, la constitution des droits, des intérêts, du travail dans la classe la plus nombreuse.» Une révolution? Oui et non. Plutôt «l'application graduelle, raisonnée, toute religieuse, toute politique des grands principes de démocratie et de fraternité descendus du christianisme dans les mœurs.» On peut remarquer l'expression de «gouvernement constituant», manifestement inspirée par le souvenir de l'assemblée de 1789. Quelques semaines plus tard, le 23 avril 1839, il proteste contre le plaidoyer que vient de prononcer Guizot en faveur de la juste prépondérance des «classes moyennes». «Je n'accepte en rien la formule de ce symbole ...», cette idée est opposée au véritable sens de la Révolution française ... le mot de classe a été complètement rayé par la Révolution de 89.» Et le *Moniteur* relève les gestes d'adhésion manifestés à ce moment par la gauche. «C'est un mot effacé de la langue française!» Lamartine lance cette définition radicale du gouvernement qu'il appelle de ses vœux: «Le gouvernement pour tous, par tous, dans la proportion, dans la limite de leurs droits, de leurs garanties, de leur capacité et de leurs lumières.»

On peut donc voir en Lamartine un nouveau Constituant, fidèle à sa «Révolution-principe». Isolé, en avant-garde. A la parole, écoutée parce qu'elle est belle, mais sans effet immédiat, il joint l'écrit. Pas seulement celui que nous avons déjà présenté, mais encore un texte original: ses impressions du *Voyage en Orient* qu'il a fait en 1832-1833. Récit disert, à travers lequel il se raconte complaisamment, mais surtout récit daté du début de sa carrière parlementaire et accompagné d'un «résumé politique» (au printemps de 1835), – sorte de complément de ses discours, de ton passablement hardi:

La Révolution française a été le tocsin du monde. Plusieurs de ses phases sont accomplies; elle n'est pas finie, rien ne finit dans ces mouvements lents, intestins, éternels, de la vie morale du genre humain; il y a des temps de halte, mais pendant ces haltes même les pensées mûrissent, les forces s'accumulent et se préparent à une action nouvelle ... La révolution française, qu'on appellera plus tard la révolution européenne ... n'est pas une révolution politique, une transformation du pouvoir, une dynastie à la place d'une autre, une république au lieu d'une monarchie; tout cela n'est qu'accident, symptôme, instrument, moyen. L'œuvre est tellement plus grave et plus haute qu'elle pourrait s'accomplir sous toutes les formes de pouvoir politique ... On peut préférer un instrument à un autre pour remuer le monde et le changer de place, voilà tout. Mais l'idée de révolution, c'est-à-dire de changement et d'amélioration n'en éclaire pas moins l'esprit, n'en réchauffe pas moins le cœur ...

Aujourd'hui, on a la nette conscience d'un élan de nature providentielle. «L'égalité des droits est admise en principe, la liberté de discussion est consacrée dans les formes gouvernementales.» Reste que «la parole écrite et parlée» – ce qu'il appelle «le grand tribuniciat de la raison» – domine de plus en plus les autres pouvoirs. L'opinion, en d'autres termes, impose sa force. Voici, comme aboutissement de cette réflexion intermittente sur la Révolution française et son héritage, un grand article du 7 décembre 1839 condamnant sans appel le grand courant conservateur inspiré par Guizot et adopté même par les rivaux du ministre doctrinaire. «Il (Guizot) a étudié la transforma-

tion sociale dans la révolution anglaise de 1688 plus que dans la révolution française de 1789. La révolution anglaise est une révolution politique, son dernier mot est Aristocratie. La révolution française est une révolution sociale, son dernier mot est Démocratie.»

Toutefois, au-delà de ces formules vigoureuses, violentes même, il est bon de scruter de plus près le contenu. Lisons donc la suite de la citation :

Restaurer une aristocratie légale descendue d'un ou deux degrés dans l'échelle des conditions, voilà les doctrines avouées de ce grand publiciste. Elles s'appellent *classe moyenne* ... Organiser la démocratie pour qu'elle se moralise, pour qu'elle vive et pour qu'elle règne sous l'unité monarchique qui la tient en ordre, voilà les doctrines de la majorité des 221 et les nôtres. Elles s'appellent *peuple*.

Certains crieront à la grande Révolution? Lamartine leur répond

La France est un pays qui a fait sa révolution et qui ne veut pas qu'on la lui refasse ... L'esprit de la France est au mouvement régulier; son pouls ne bat plus la fièvre des révolutions. Quelle est, en un mot, la classe de citoyens qui peut se dire légitimement en France: si une révolution radicale avait lieu, je serais plus libre, plus garantie, etc, etc ... Une révolution d'ailleurs ne se fait pas quand on veut. Ce n'est jamais que l'explosion de longs et immenses griefs accumulés dans l'Etat ...; il faut que le gouvernement, la législation, les conditions de la propriété aient cessé d'être en rapport avec les idées et les mœurs. Tout cela ne se fait pas en neuf ans.

Sans doute il existe des gens qui parlent de renverser le régime et la société. Lamartine ironise à leur sujet:

Un parti qui est suspect de vouloir faire une révolution dans un pays dont la révolution est faite! ... un contre-sens ..., un anachronisme ... Chacun sait qu'il n'y a plus ni tyrannie à abattre, ni féodalités à saper, ni rois de l'Europe à terrifier, ni sang pur ou impur à répandre dans les sillons de la liberté. C'est là la vieille gauche, un souvenir révolutionnaire et national ...

Ce débat politique, auquel il participe si fortement, ne stérilise pas le poète. Au commencement de 1836, il publie un long poème, composé principalement l'année précédente, *Jocelyn*. Rien de commun avec les *Méditations* ou les *Harmonies*, d'inspiration essentiellement élégiaque. Il s'agit, de l'avis des lamartiniens les plus autorisés, du fragment le plus achevé d'un immense poème épique, rêvé par Lamartine: l'histoire du genre humain, de la Création sinon jusqu'au Jugement dernier, du moins jusqu'au siècle contemporain. Le fragment en question est une sorte de roman en vers dont le héros – d'un romantisme assez lamartinien – est un séminariste, qui rencontre une jeune fille, Laure, dans la montagne où l'un et l'autre ont trouvé refuge sous la Terreur. Thème à péripéties, qui permet une magnifique exaltation de la tolérance, du dévouement, de la sainteté du travail, de la nécessité de l'abnégation et du sacrifice. Toutes vertus retrempées et sanctifiées dans l'épreuve révolutionnaire. Je n'en donnerai que deux extraits caractéristiques, empruntés à la deuxième et à la huitième «Epoque».

Deuxième Epoque. A partir d'un doute sur la capacité de l'homme à suivre le chemin sur lequel il a été placé:

Le peuple, enfant cruel qui rit en détruisant,
qui n'éprouve jamais sa force qu'en brisant
et qui, suivant l'instinct de son brutal génie,
ne comprend le pouvoir que par la tyrannie,

force aveugle ...

La terre du royaume a bu le sang du roi
et le sang des sujets massacrés par centaines
coule dans les ruisseaux comme l'eau des fontaines ...

Je creuse jour et nuit dans mes réflexions
cet abîme sanglant des révolutions,
du grand corps social remède ou maladie ...

L'ouvrier est divin, l'instrument est mortel,
l'un veut changer de Dieu, l'autre briser l'autel;
l'un sur la liberté veut fonder la justice,
l'autre sur tous les droits fait crouler l'édifice.
Chaque parti s'en fait d'horribles représailles,
les révolutions sont des champs de batailles,
où deux droits violés se heurtent dans le temps.
Quel que soit le vainqueur, malheur aux combattants!

Dans la huitième Epoque, censée écrite par Jocelyn en 1800, c'est-à-dire au lendemain de la Révolution française, une sorte de rétrospective grandiose, le film, si j'ose dire, de la caravane humaine:

La caravane humaine un jour était campée
dans des forêts bordant une rive escarpée
et, ne pouvant pousser sa route plus avant,
les chênes l'abritaient du soleil et du vent.

Tout à coup, comme atteints d'une rage insensée ...
portant la hâche au tronc, font crouler à leurs pieds
ces dômes où les nids s'étaient multipliés
et les brutes des bois sortant de leurs repaires
et les oiseaux fuyant les cimes séculaires
contemplaient la ruine avec un œil d'horreur,
ne comprenaient pas l'œuvre et maudissaient de cœur
cette race stupide acharnée à sa perte ...
L'homme, continuant sa rage sublime,
avait jeté les troncs en arche sur l'abîme;
sur l'arbre de ses bords gisant et renversé
le fleuve était partout couvert et traversé,
et poursuivant en paix son éternel voyage
la caravane avait conquis l'autre rivage ...
C'est ainsi que le Temps par Dieu même conduit
passe pour avancer sur ce qu'il a détruit ...

Date littéraire, sans doute, que *Jocelyn*. Mais date politique aussi. A la veille de sa publication, Lamartine avait fait le pronostic suivant: «Cela sera trouvé bête pendant six ans»; on dira que c'est «une pastorale un peu niaise», mais ensuite on trouvera l'ouvrage «dans les poches des cordonniers». Jugement et image passablement justes, sous cette double réserve que le succès fut immédiat et qu'il ne fut pas que populaire. Quinet complimenta Lamartine avec quelque emphase, très sensible à la vision philosophique: «Lorsque tant de choses concourent à aveugler la France, vous n'avez jamais man-

qué de faire luire devant elle la colonne de lumière, etc.» Cinquante ans plus tard, Emile Deschanel devait porter un jugement plus circonstanciel, parlant d'une réhabilitation de la Révolution, d'un prélude poétique à l'*Histoire des Girondins*.

A travers ces emprunts disparates se dessine une certaine unité de pensée. Celle d'une ligne tracée à partir du moment de 1830. C'est l'idée d'une évolution continue de la destinée humaine, évolution prenant forcément en compte, intégrant périodiquement des impulsions révolutionnaires, qui ont un caractère fatal. Lamartine ne prépare pas une Révolution, en l'espèce la révolution qui éclatera en 1848. Il entend seulement, lui missionnaire du siècle, préparer les esprits à ce grand mouvement général de la civilisation que nient les hommes au pouvoir et que la plupart de ses concitoyens ne veulent pas voir ou ne veulent pas encore encourager. Lorsqu'il écrit, le 1er octobre 1835: «Je deviens de jour en jour plus intimement et plus consciemment révolutionnaire», cela veut dire, le contexte le précise, qu'il continuera à proclamer ce qu'il appelle la «loi de la rénovation». Dans cette perspective, la Révolution française n'a été qu'un moment, un moment terrible, mais un grand moment, sur la route toujours ouverte du progrès, – une route qui doit conduire à une forme chrétienne de démocratie.

Zusammenfassung des Referates von Fernand L'Huillier

Alphonse de Lamartine wuchs in einer Umgebung auf, die die Französische Revolution ablehnte: monarchistisch, provinziell, abseits der Pariser Unruhen von 1792–94, sowie des Napoleonischen Abenteuers. Seine dichterische Inspiration nährte sich hauptsächlich aus persönlichen und elegischen Themen (*Les Méditations*, 1819–20). Die Geschichte wird nur bemüht, um von der Vergangenheit vergessene Personen ins Gedächtnis zurückzurufen (*Clovis*, 1818). Es ist eine Ausnahme, daß er dem Tagesgeschehen – und dem Opportunismus – mit *Le chant du sacre* (1825) Tribut zollt.

Ohne Zweifel ist er ein Legitimist (cf. seine Pariser Berichte seit 1814) – wenn auch ein gemäßigter –, mit einem nonkonformistischen Geist: «Je ne suis libéral ni ultra», schrieb er 1819. Er ist vor allem Vertreter der romantischen Richtung, die die Vergänglichkeit alles Irdischen in ihrem unerbittlichen Ablauf reflektiert, einer Richtung, die das Gesetz der Evolution akzeptiert: «Chaque jour l'idée du siècle fait un pas, quand elle aura fini son tour du monde, une autre le commencera» (Jeden Tag schreitet die Idee des Jahrhunderts um einen Schritt voran, und wenn sie ihre Weltreise beendet haben wird, wird eine andere diese beginnen) (1821). Seine Mutter beunruhigte sich 1825 über «son enthousiasme dangereux pour les idées modernes de philosophie et de révolution» (seine gefährliche Begeisterung für die modernen und revolutionären Gedanken).

Spät und ziemlich unerwartet wechselte er von einem theoretischen und philosophischen Weltbild zu einem politischen und historischen. Er beobachtete interessiert die politische Krise seit 1828 und wurde durch die Julirevolution zu einer Stellungnahme gezwungen. Da geschah die Wandlung: die der Literatur verpflichtete Persönlichkeit (1829 in die Académie française gewählt) und der von Ludwig XVIII. er-

nannte Diplomat entschied sich, das neue Regime zu unterstützen. Seine Diskussion mit seinen Freunden aus Virieu und Cazalès ist aufschlußreich, da sie erstmals direkt die Französische Revolution erwähnt (in Cazalès am 13. Oktober, in Virieu am 24. März und am 24. Oktober 1831). Seine Formel vom 24. Oktober 1831 lautet: «La Révolution-principe est une des grandes et fécondes idées qui renouvellent de temps en temps la forme de la société humaine» (Das Revolutionsprinzip ist eine der großen und fruchtbaren Ideen, die von Zeit zu Zeit die Form der menschlichen Gesellschaft erneuern).

Seitdem nahmen die Französische Revolution, ihr Sinn und ihre Tragweite einen festen Platz im Werk des Dichters ebenso ein wie in der Argumentation des zukünftigen Politikers – nicht als Echo, sondern als ‚crescendo‘.

Der Dichter. Die *Ode sur les Révolutions* (1832) sieht die Revolution ganz in der unaufhaltsamen Entwicklung der Humanität eingebettet. *Jocelyn*, «épopée de l'âme humaine» (Epos der menschlichen Seele), ein riesenhaftes Epos, geschrieben um 1835–36, das das Drama eines Angestellten erzählt, der von der Entwicklung der Französischen Revolution fortgerissen wird – besonders während der Terreur. *Jocelyn* ist Zeuge und Handelnder, Subjekt und Objekt eines unerbittlichen Gesetzes: «Je creuse nuit et jour dans mes réflexions – cet abîme sanglant des révolutions ...» (Tag und Nacht wälze ich meine Gedanken – dieser blutige Abgrund der Revolution ...). Man muß den enormen Erfolg dieses Werks betonen, das ein Kritiker am Ende des 19. Jahrhunderts «le prologue de l'Histoire des Girondins» genannt hat.

Der Politiker. Ausgehend von einer Ablehnung der Restauration, wie sie von den Führungsschichten verstanden wurde, rät Lamartine der Julirevolution zu einer „Politique rationnelle“ in einer ziemlich kühnen Schrift (1831): *L'âge monarchique se ferme ...* (die Zeit der Monarchie geht zu Ende); das neue Regime «se rapproche plus de la république rationnelle que de la république fictive des Anciens ...», république véritable, nous ne disputons que sur le nom» (näht sich mehr der rationalen Republik als der fiktiven der Alten ..., wahrhafte Republik, wir diskutieren allein über den Namen). So beginnt eine journalistische Aktivität, die beachtlich werden sollte. Zitieren wir hier sein „Résumé politique“ von 1835: «La Révolution française a été le tocsin du monde; elle n'est pas finie» (Die Französische Revolution war das Sturmläuten für die Welt; sie ist noch nicht vorbei). Lamartine stellt hier den durch die Französische Revolution ausgelösten Prozeß der Umwandlung bis zu der letzten Entwicklung dar, aus der sich das noch zu lösende Problem der Proletarier herauskristallisierte. Der Abgeordnete A. de Lamartine bemühte sich Anfang 1834, ein eigenständiges Programm zu definieren. Unter seinen vielen Einfällen auf der Rednerbühne findet man viele Bezüge auf 1789 – die vergessene und dennoch unerläßliche Verbindung. Am 8. Mai 1834 behandelte er Themen der *Politique rationnelle*. Am 14. April 1836 sagte er: «La Révolution n'est pas faite, ou plutôt elle n'a fait que la moitié de son œuvre» (Die Revolution ist nicht beendet, oder vielmehr, sie hat nur die Hälfte ihrer Arbeit getan). Der Wortführer einer „parti social“ – die jedoch nie geschaffen wurde – kam am 23. April 1839 auf den Sinn der bevorstehenden Reformen zu sprechen. An die Adresse von Guizot und alle, die die Vorherrschaft der Bourgeoisie beibehalten wollten, richtete er die Worte: «Le mot classe a été rayé par la Révolution de 89» (Das Wort Klasse ist durch die Re-

volution von 89 getilgt worden). Man findet dieselbe Idee in einem großen Zeitungsartikel (7. Dezember 1839), der dem Programm einer möglichen neuen Partei gewidmet ist, die ihre politische Grundeinstellung nicht mehr aus der englischen Revolution von 1688, sondern aus der Französischen von 1789 beziehen sollte.

Zusammenfassend kann man sagen: Lamartine hat zwischen 1830 und 1840 seine Überzeugung gefestigt, daß es nötig sei, die Ordnung von Grund auf wiederherzustellen, das heißt, sich nicht nur auf eine strikte und enge Auslegung der revidierten Charte zu beschränken, sondern jenseits der Restauration und des „despotisme impérial“, als Anregung das „Révolution-principe“ wiederzuentdecken. Demzufolge wurde das „Monarchie-principe“ in Frage gestellt. Lamartines Entwicklung beruhte in dieser Periode auf keiner wissenschaftlichen Basis. Dies änderte sich erst nach 1840, als er sich bewußt auf historische Werke stürzte – beginnend mit Buchez und Roux –, um seine monumentale *Histoire des Girondins* zu schreiben, deren Wirkung vom Frühjahr 1847 ab auf die öffentliche Meinung enorm werden sollte.

Diskussion zum Referat von Fernand L'Huillier

Leiter: Stephan Skalweit

Für *R. Dufraisse*, der die Diskussion einleitete, nährte die Zeit zwischen 1815 und 1848 viele Hoffnungen und auch Utopien, denen dann mit der Zäsur von 1848 ein Ende gesetzt wurde. Er machte besonders auf die Religiosität Lamartines aufmerksam, die in dessen Entwürfe und Schriften eingeflossen sei, sowie auf die Tatsache, daß Lamartine zuerst Politiker gewesen und dann zum Historiker geworden sei, und dies in einer Zeit, in der viele Historiker (z. B. Guizot, Thiers, Mignet) den umgekehrten Weg gewählt hätten und in die Politik gegangen seien. *F. L'Huillier* wies allerdings darauf hin, daß Lamartine niemals die Absicht verfolgt habe, ein historisches Werk zu verfassen. *P. A. Bois* stellte fest, daß Lamartine ein Dichter gewesen sei, und fragte, ob die Reden der Revolutionszeit literarischen Einfluß auf dessen Werk gehabt hätten. *F. L'Huillier* meinte, dies sei nicht anzunehmen, da Lamartine nie Vorlesungen in dieser Richtung gehalten habe. Auf die Frage von *P. B. Yvert* nach der Haltung Lamartines gegenüber der griechischen Unabhängigkeitsbewegung und dem Coup der Herzogin von Berry im Jahre 1832, antwortete der *Referent*, die Erhebung Griechenlands habe Lamartines Begeisterung für die Freiheit neue Nahrung gegeben, die Herzogin von Berry hingegen habe in den Schriften, soweit er es erkennen könne, keine Erwähnung gefunden. *P. B. Yvert* ging daraufhin auf die unterschiedliche Entwicklung von Victor Hugo und Lamartine ein, die für ihn die Zersplitterung einer Generation auf politischem Gebiet symbolisiere. Vor 1830 hätten sowohl Hugo als auch Lamartine die Macht hofiert, nach 1830 erscheine Hugo liberaler, obwohl er bis 1837 dem Legitimitätsprinzip treu geblieben sei und das Juliregime abgelehnt habe.

E. Weis bemerkte, daß aufgrund der bevorstehenden 200-Jahr-Feier der Französischen Revolution die Ideen Lamartines in Deutschland wieder von Interesse seien. Diese Feststellung verband er mit der Frage, weshalb diese Ideen in der III. und IV.

Republik eigentlich so wenig Einfluß gehabt hätten. Es scheine ihm sogar, daß es Lamartine hätte gelingen können, eine Zentrumspartei zwischen der Rechten und der Linken zu bilden, und er frage sich, warum es dazu nicht gekommen sei. F. L'Huillier antwortete darauf, Emile Ollivier (geb. 1825) habe Lamartine zwar sehr bewundert, dieser sei jedoch im Juni 1848 diskreditiert worden und dann sehr schnell in Vergessenheit geraten.

G. de Bertier de Sauvigny griff erneut das Thema der Religiosität auf, das das Denken dieser Zeit entscheidend geprägt habe. Er stellte fest, daß es eine Kluft der Generationen zwischen den Redakteuren des *Conservateur* und Lamartine gegeben habe, d. h. zwischen denen, die Revolution und Exil kennengelernt hätten und den Nachfolgenden wie Lamartine. Diese Kluft sei durchaus beachtlich gewesen, obwohl Chateaubriand eine Art Brücke zwischen den Generationen geschlagen habe. Die Religiosität nun sei als typisch für die Zeit nach 1815 anzusehen, sie charakterisiere die politischen Ideen einer ganzen Generation und stehe im Gegensatz zum Rationalismus des 18. Jahrhunderts. Man finde viele Beispiele dafür im Werk von Auguste Comte und anderen Schriften wie *Le Christ des barricades*, der von einem amerikanischen Augenzeugen der Ereignisse von 1848 stamme.

R. Dufraisse sagte, man könne – unabhängig von der Politik, die er 1848 betrieben habe – erklären, weshalb Lamartine in Vergessenheit geraten sei, denn: er sei in erster Linie Dichter gewesen. Nun müsse aber bedacht werden, daß der allgemeine Niedergang der Kultur natürlich auch Dichter und Dichtung betroffen habe. Ferner habe Lamartine sehr darunter gelitten, daß die Girondisten in Mißkredit geraten seien. Während der III. Republik habe nur mehr eine Minderheit unter den Historikern den Girondisten angehangen, während die Mehrheit, unter ihnen Jaurès und Mathiez, die Politik der Montagnards befürwortet habe. Auch heute noch, so Dufraisse, falle derjenige Historiker, der es wage, die Girondisten zu verteidigen, förmlich einer Exkommunikation durch den „parti intellectuel“ anheim. Im Gegensatz zu den Girondisten habe Lamartine allerdings nichts von einem Aufwiegler und Kriegshetzer an sich gehabt. 1840, im Jahr der europäischen Krise, habe er in seiner *Marseillaise de la Paix* geschrieben: „Vivent les nobles fils de la grande Allemagne.“ 1848, als die Franzosen Europa erneut hätten in Unruhe versetzen wollen, habe er im Außenministerium eine sehr gemäßigte politische Linie vertreten, was ihm viele vorgeworfen hätten. Interessant sei auch, daß Emile Ollivier – ein Schwager Richard Wagners – Lamartine schätzte, schließlich seien auch seine Bestrebungen in Richtung einer Regierung gegangen, die Ordnung und Freiheit vereinen sollte und die Frankreich seit 1789 nicht mehr auf Dauer gekannt habe. Allerdings habe Ollivier 1870 nicht die gleiche Umsicht bewiesen wie Lamartine 1848, so daß seine Karriere ein schnelles Ende gefunden habe und seine Pläne in denselben Mißkredit geraten seien.

Auf die Rezeption der *Histoire des Girondins* in Deutschland ging im folgenden J. Voss ein. Er wies darauf hin, daß dieses Werk hier ein weitaus bedeutenderes Echo gefunden habe als die *Histoire de Dix Ans* von Louis Blanc und die *Histoire de la Révolution française* von Michelet, die erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts übersetzt worden sei, während das Werk von Lamartine bereits 1847 in deutscher Sprache vorgelegen habe. G. de Bertier de Sauvigny vertrat die Meinung, daß sich dies wohl aus der

Tatsache erklären lasse, daß Lamartine als Politiker sehr bekannt gewesen sei, während Michelet lediglich eine Professur am Collège de France innegehabt habe.

Abschließend wies *J. Laspongeas* auf die Ähnlichkeit in der Entwicklung von Lamartine und Edgard Quinet (geb. 1803) hin. Auch Quinet habe während des 2. Kaiserreichs den Gedanken ausgesprochen, den schon Lamartine vor ihm geäußert hatte, daß die Freiheit ihren Ursprung nicht in der Revolution habe, wie die folgenden Sätze belegten: „Was lehren uns die Menschen aller Parteiungen in der Revolution? Zu sterben. Sie waren Meister dieser Kunst. Aber derjenige, der frei leben will, muß etwas anderes im Blickfeld haben. Die Freiheit gehörte keiner Epoche unserer Vergangenheit, suchen wir sie also auch nicht im Zurückliegenden.“

Rudolf Vierhaus

Die Revolution als Gegenstand der geistigen Auseinandersetzung in Deutschland, 1789–1830

„Wir müssen eilen, die Revolution im menschlichen Geist wo möglich zu beschleunigen ... Das heißt: Laß uns wirken, weil es Tag ist.“¹ Die Sätze im 1788 erschienenen 1. Band von Ludwig Wekhrlins *Hyperboreischen Briefen* wurden nicht in ahnungsvoller Erwartung des Ausbruchs einer politischen Revolution in Frankreich geschrieben, vielmehr unter dem Eindruck der europäischen Aufklärungsdiskussion. Durch sie war nach Überzeugung des Schreibers der „Tag“ herbeigeführt worden, in dessen Helle die in Gang gekommene „Revolution im menschlichen Geiste“ verstärkt vorangetrieben werden müsse. Diese Aussage ist in doppelter Hinsicht bemerkenswert. (1.) Der Begriff der „Revolution“ wird wie selbstverständlich zur Charakterisierung eines Wandels in der Wahrnehmung, der Denkweise und den Leitvorstellungen der Menschen gebraucht. Dieser Wandel wird (2.) als ein Prozeß verstanden, der in ein wichtiges Stadium eingetreten ist, in dem er sich nicht selbst überlassen bleiben darf, sondern bewußt beschleunigt werden muß, weil die für solches Handeln günstige Zeit begrenzt sein könnte.

Wer so dachte, konnte den Ausbruch der Revolution in Frankreich begrüßen oder doch für notwendig halten, weil – wie zuletzt die vergeblichen Versuche der 1770/80er Jahre gezeigt hatten – die Durchsetzung vernünftiger Reformen am Widerstand der Privilegierten scheiterte und die monarchische Regierung sich als unfähig erwies, diesen Widerstand zu überwinden. Zwei Interpretationen waren möglich und wurden in Deutschland vertreten: Die Revolution von 1789 war das nicht notwendige, unter den gegebenen Umständen jedoch folgerichtige praktische Ergebnis der Aufklärung. Oder: Die Revolution wäre nicht geschehen, wenn auch die Regierenden von den Ideen der Aufklärung erfaßt worden wären und sie in Gesetzgebung, Verwaltung und Erziehung zur Wirkung gebracht hätten, wofür es – so glaubten viele – in Deutschland hoffnungsvolle Beispiele gebe². „Mir kömmt kein Volk in der Welt reifer

¹ *Hyperboreische Briefe* I (1788) 308.

² Aus der umfangreichen Literatur zum Thema seien nur genannt: Deutschland und die Französische Revolution. Achtzehn Beiträge, hrsg. von Jürgen Voss (Beihfte der *Francia* 11, München 1983). – *Rudolf Vierhaus*, Politisches Bewußtsein in Deutschland vor 1789 (1967). Wieder abgedruckt in: *Vierhaus*, Deutschland im 18. Jahrhundert. Politische Verfassung, soziales Gefüge, gei-

zur ruhigen Wiedereroberung verlornen Menschenrechte vor, als das deutsche Volk“, war der Herausgeber der vielgelesenen *Staatsanzeigen*, der Göttinger Professor August Ludwig Schlözer, 1791 überzeugt und berief sich dabei auf die deutsche, „von Unwissenden so oft verlästerte StatsVerfassung. Langsam wird die Revolution freilich geschehen, aber sie geschieht! Die Aufklärung steigt, wie in Frankreich, von unten herauf: aber sie stößt auch oben an Aufklärung: wo gibt es mer cultivirte Souverains, als in Deutschland?“ Dieser Prozeß lasse sich, auch mit militärischen Mitteln, nicht verhindern. Daß er aber „allmählig, one Unfug, one Anarchie, geschehe, wird nach allem Anschein, mer das Werk der Schriftstellerei, als der Cabinete, seyn. Fürsten werden Fürsten bleiben, und alle deutsche Menschen freie Menschen werden.“³

Diese Sätze wurden geschrieben, bevor die Revolution im Nachbarland in ihre radikale Phase eintrat, die österreichisch-preußische Intervention begann, die Monarchie stürzte und viele deutsche Beobachter, die den Ausbruch der Revolution begrüßt hatten, sich erschreckt von ihr abwandten. Hatten sie eine ähnliche Revolution in Deutschland für unnötig, unwahrscheinlich und unmöglich gehalten, so in ihrer Mehrheit doch gehofft, daß die Vorgänge in Frankreich für deutsche Regierungen Anstoß und Nötigung zu weitergehendem „verbesserndem“ Handeln – und damit zur Vermeidung von Revolutionen – bedeuten würden. „Was in unsern Tagen geschah“, so konnte man 1790 im Vorwort *An die Nation* des 1. Bandes des *Archivs für ältere und neuere, vorzüglich Teutsche Geschichte, Staatsklugheit und Erdkunde* lesen, „ist Fingerzeig genug, Euch (den „Fürsten Teutschlands“) zu deuten, wer schwach und wer stark ist. Stark ist die ganze Masse des Volks, wenn sie vom Gefühl des Drucks, der lange auf ihr lastete, endlich aufgeschreckt, mit einemmal ihr angebohrnes Recht heischt. – Wahrlich, man bedarf keines Sehergeistes; die Zeichen der Zeit reden laut genug für sich: die Völker haben aufgehört, unmündige zu seyn. Der Sieg des Menschenverstandes ist entschieden; fürder wird keine Tyranny mehr seyn.“ Der Verfasser – es ist Ernst Ludwig Posselt – appelliert an die Fürsten, gerecht und menschlich zu sein; man vergöttere sie nicht mehr, aber man verehere sie, wenn sie das seien, was sie sein könnten und sollten: Väter des Vaterlandes. Keine Verfassung sei „in ihrem Zuschnitt“ besser als die deutsche, „wenn sie nur nicht verdorben wird“; kein Volk habe mehr Erfurcht für seine „Vorsteher“, „wenn es nur nicht zu sehr gehudelt wird“. Mit drängend-drohendem Unterton: Der Deutsche entflamme nur langsam, könne dann aber, mehr als der „Franke“, fürchterlich werden; und schließlich das Credo des Aufklärers: „Man hat aus Gelegenheit der jetzigen Revolution der Aufklärung aufgebürdet, sie führe die Bürger zu Unzufriedenheit und Empörung ... O nein, nein, Aufklärung ist der sicherste Grundpfeiler jeder guten Verfassung, eine ehernen Mauer für jeden Fürsten. Der aufgeklärte Fürst wird und kann nichts wollen, als das Glück seiner

Fortsetzung Fußnote von Seite 251

stige Bewegungen. Ausgewählte Aufsätze (Göttingen 1987) 183–201. Im folgenden zitiert: *Vierhaus*, Politisches Bewußtsein.

³ *StatsAnzeigen* 16 (1794) 95, Anmerkung.

Bürger; und die aufgeklärten Bürger werden, nicht aus knechtischem Zwang, sondern aus innerer fester Überzeugung, gern und freudig seinen wohlthätigen Willen thun.“⁴

Selbst solche Beobachter, die die politische Verfassung des Reiches und ihre Entwicklungsfähigkeit sehr viel skeptischer beurteilten und in ihr ein Hindernis des Fortschritts sahen, waren oft überzeugt, daß in Deutschland eine Revolution nicht stattfinden brauche, weil sie an vielen Stellen evolutionären Wandel zu erkennen glaubten, der von einsichtigen und fortschrittlichen Regierungen betrieben und vom aufgeklärten Teil der Bevölkerung unterstützt werde. Schon im Frühherbst 1789 schrieb der schwäbische Pfarrerssohn Karl Friedrich Reinhard aus Bordeaux, die Grundsätze der Revolution seien „ein Saame, der nothwendiger Weise früher oder später in ganz Europa seine Früchte tragen“ müsse. Auch in Deutschland, so habe er gehört, zeigten sich Bewegungen; eine „Revolution“ aber in einem einzelnen deutschen Staat könne nur zu noch größerer „Unterdrückung“ führen. „Gerade die Constitution, die bis jetzt in einem großen Theile Deutschlands den Einwohnern die Freiheit, ihre Ruhe, ihr Glück zugesichert hatte, eben diese setzt sich einer größern Vervollkommnung entgegen. Da die verschiedenen Provinzen des Reichs durch getrenntes Interesse, und durch Verfassung einander fremd, und alle Fürsten, durch ihre Vereinigung in eine – meistens nur ihnen günstige – Republik, doppelt mächtig sind, so ist Deutschland gewiß das letzte, das Frankreich nachahmen könnte.“ Auch Reinhard jedoch tröstete sich und seine Leser mit der Feststellung, daß „der größte Theil der deutschen Länder“, selbst solche, in denen keine Landstände die „willkürliche Macht“ der Fürsten einschränken, trotz unvollkommener Verfassung in glücklicherer Lage als Frankreich sei. Und er fügte als typisches Argument deutscher Aufklärer hinzu: „Außerdem hält unter solchen Umständen die öffentliche Meinung, und die in Deutschland, wenn schon nicht autorisirte, doch zu hindern unmögliche Preß-Freiheit, EigenMacht und Laster im Zaum. Die überall angefangene Verbesserung der National-Erziehung, die glückliche Aufklärung in der Religion, welche das einzige Mittel ist, dem in Frankreich so allgemeinen Atheismus vorzubeugen, wirken durch die Unterthanen auf die Höfe, und durch die Höfe auf die Unterthanen zurück.“⁵

II

Solche Aussagen, die sich leicht vermehren ließen, zeigen an, wie sehr die Revolution im Nachbarland zum Anlaß wurde, engagiert über die politische „Verfassung“ Deutschlands und ihre Entwicklungsmöglichkeiten nachzudenken. Ähnliches hatten bereits zwei Jahrzehnte zuvor die Nachrichten über den Unabhängigkeitskrieg der britischen Kolonien in Nordamerika, die ihn begleitende Rechtfertigung der Kolonisten

⁴ Archiv für ältere und neuere, vorzüglich Teutsche Geschichte, Staats-Klugheit und Erdkunde 1 (1790) XII–X.

⁵ Schwäbisches Archiv 1, hrsg. von Hausleutner (1790) 516 ff. – Allgemein vgl.: Vierhaus, Politisches Bewußtsein, 183–201. – Jürgen Voss (Hrsg.), Deutschland und die Französische Revolution (Beihefte der Francia 12, München 1983).

und die Gründung der Union bewirkt; nun aber handelte es sich um Vorgänge unmittelbarer Nachbarschaft. Frankreich hatte jahrhundertlang auf dem Kontinent politisch den Ton angegeben; was hier geschah, betraf Europa und zumal die Deutschen direkt, deren Geschichte so vielfältig mit der Frankreichs verknüpft war. So fanden die im Namen der Menschheit verkündeten Prinzipien der Revolution auch diesseits der Grenzen schnell Aufmerksamkeit und Resonanz; deutsche Frankreichreisende berichteten vom Ort des Geschehens, während französische Emigranten ins Reich strömten. Bald griff die revolutionäre Gesetzgebung im Elsaß auch direkt in reichs- und landesherrliche Rechte ein. Dieser Ansturm des Geschehens aber traf die Deutschen in einer kritischen Phase. In den letztvergangenen Jahrzehnten hatte sich ihr nationales Selbstgefühl stärker geregt; und die zunehmend intensiver werdende öffentliche Diskussion über Fragen der politischen Verfassung, des sozialen Gefüges und der rechtlichen Ordnung ließ sie nicht unvorbereitet die Revolution in Frankreich beobachten. Über natürliche Rechte des Menschen, über Freiheit und Beschränkung der monarchischen Gewalt war auch in Deutschland gesprochen und geschrieben, und der Vergleich deutscher Zustände mit denen anderer europäischer Länder war schon fast zur publizistischen Mode geworden. Das macht die deutsche Reaktion auf die Revolution in Frankreich verständlich. Diese aber zeigte gerade den Wortführern und Anhängern der Aufklärung je länger desto mehr ein Janusgesicht. Schien sie auf der einen Seite die Macht vernünftiger Ideen zu beweisen, die sich zur Not auch gewaltsam den Weg bahnen, so diskreditierte ihr Fortgang andererseits diese Ideen durch Gewalttat und Terror. Das im Namen der Vernunft begonnene Werk politischer und gesellschaftlicher Umgestaltung schien auf die abschüssige Bahn des ungezügelter Irrationalismus geraten und an die Stelle des monarchischen Despotismus der „Despotismus der Masse“ getreten zu sein.

Wer in der Revolution den Aufbruch der mündig gewordenen Menschheit erkannte, blieb jedoch überzeugt, daß die weltgeschichtliche Bedeutung des Ereignisses durch seine erschreckenden Begleiterscheinungen nicht widerlegt werde. Schon wenige Wochen nach dem Bastillesturm schrieb Georg Forster an seinen Schwiegervater Christian Gottlob Heyne in Göttingen: „Die Republik von vierundzwanzig Millionen Menschen wird England mehr zu schaffen machen als der Despot mit dieser Menge Unterthanen. Schön ist es aber zu sehen, was die Philosophie in den Köpfen gereift und dann im Staate zu Stande gebracht hat, ohne daß man ein Beispiel hätte, daß je eine so gänzliche Veränderung so wenig Blut und Verwüstung gekostet hätte. Also ist es doch der sicherste Weg, die Menschen über ihren wahren Vorteil und über ihre Rechte aufzuklären; dann gibt sich das Übrige wie von selbst.“⁶ Nicht anders August Ludwig Schlözer; „... Wo läßt sich eine Revolution ohne Excesse denken! KrebsSchäden heilt man nicht mit RosenWasser. Und wäre auch unschuldiges Blut dabei vergossen worden ..., so kömmt dieses Blut auf Euch, Despoten, und Eure infame Werkzeuge, die Ihr diese Revolution notwendig gemacht habt.“⁷ Entscheidend sei, daß die

⁶ Mainz, 30.7.1789. *G. Forster, Sämtliche Schriften*, hrsg. von dessen Tochter Bd.8 (Leipzig 1843) 84 f.

⁷ *StatsAnzeigen* 13 (1789) 467 f., Anmerkung.

Revolution den Franzosen die Chance gebe, sich „die allerglücklichste Regierungs-Form zu verschaffen“. Denn „die jetzige Revolution in Frankreich hat der Verfasser des *Esprit des loix* eingeleitet: ... Er lerte, was jetzo jeder wirklich gelehrte Greis und Jüngling lert, und mittelbar schon Christus der Herr lerte: kein Herodes, kein Kai-phas, sollen ihre MitMenschen cuioniren.“⁸ Auch Friedrich Gentz bekannte Ende 1790: „Überhaupt bin ich noch nichts weniger als geneigt, an der guten Sache zu verzweifeln. Das Scheitern dieser Revolution würde ich für einen der härtesten Unfälle halten, die je das menschliche Geschlecht betroffen haben. Sie ist der erste praktische Triumph der Philosophie, das erste Beispiel einer Regierungsform, die auf Prinzipien und auf zusammenhängendes, konsequentes System gegründet wird.“⁹ Und Carl Leonhard Reinhold in einem Brief an Friedrich Heinrich Jacobi: „Ich verspreche mir von der manière fixe d'être gouverné par la raison gewiß nicht mehr als Sie; kann mich aber nicht entbrechen, mich über die Äußerungen der Denkkraft zu freuen, die ich unter den Anmaßungen, Einfällen und Aufwallungen der über ihrer Konstitution brütenden Franzosen gewahr werde. Ich glaube, daß der Geist im eigentlichen Verstande des Wortes noch an keiner Revolution im ganzen genommen mehr Antheil gehabt habe, so wenig ich ihn für die erste, oder auch nur für die hauptsächlichste Triebfeder der französischen halte.“¹⁰ Noch in Hegels *Philosophie der Weltgeschichte* heißt es lapidar: „Die französische Revolution hat im Gedanken ihren Anfang und Ursprung genommen.“¹¹

Was die Zitierten und andere, die nicht zu Parteigängern der Revolution und zu demokratischen Republikanern wurden, dazu bestimmte, die Revolution sowohl gegen ihre Verurteilung als auch gegen ihre Auswüchse zu verteidigen, war der „Anteil“, den nach ihrer Überzeugung die Vernunft, der „Geist“ an ihr hatte. Sie wollten in ihren Intentionen und Zielen das Werk der Philosophie, die Konsequenz der Aufklärung erkennen. Daß es in ihrem Verlauf zu Gewalttat und Schrecken kam, erklärte sich für sie aus dem lange ertragenen „Despotismus“ eines verhaßten politisch-sozialen Systems, das sich zur Reform unfähig erwiesen hatte. Wo hingegen Recht gesichert, Sicherheit garantiert und Freiheit geschützt seien, wo die Regierungen alles täten, die Lebensverhältnisse der Regierten zu verbessern, da sei Revolution nicht nötig, vielmehr verderblich. Hinter das, was die Revolution in Frankreich in Bewegung gesetzt habe, und hinter das Signal, das sie für alle Länder bedeute, dürfe man nicht wieder zurückfallen. Notwendige Verbesserungen der „Staatsverfassungen“, davon war Fichte 1793 überzeugt, erfolgen „entweder durch gewaltsame Sprünge, oder durch allmähliches langsames, aber sicheres Fortschreiten“. Durch revolutionäre „Umwälzungen“ könne ein Volk mit einem Schlage, wenn auch mit Mühe und Elend, ein gewaltiges Stück vorankommen, aber auch ebenso weit zurückfallen. „Gewaltsame Revolutionen

⁸ Ebd., 469, Anmerkung.

⁹ An Christian Garve, Berlin, 8.3.1790. Briefe von und an F. v. Gentz, hrsg. von F. C. Wittichen, Bd. 1 (München 1909) 177 f.

¹⁰ Jena, 24.1.1790. Aus F. H. Jacobis Nachlaß. Ungedruckte Briefe von und an Jacobi und andere ..., hrsg. von R. Zoepfritz, Bd. 1 (Leipzig 1869) 126.

¹¹ Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte, hrsg. von G. Lasson (Philosoph. Bibliothek, Bd. 1714, Leipzig 1944) 920.

sind stets ein kühnes Wagestück der Menschheit; gelingen sie, so ist der errungene Sieg das ausgestandene Ungemach wohl wert; mißlingen sie, so drängt ihr euch durch Elend zu größerem Elend hindurch. Sicherer ist allmähliches Fortschreiten zur größeren Aufklärung, und mit ihr zur Verbesserung der Staatsverfassung.“ Im 18. Jahrhundert habe die Menschheit „besonders in Deutschland“ ein großes Stück Wegs zurückgelegt, und so werde es weitergehen, „wenn man uns nicht stört“. Das würde dann geschehen, wenn „man uns durch Unterdrückung unsere Denkfreiheit“ rauben wolle. Versuche man „den Fortgang des menschlichen Geistes“ zu hemmen, könne das zu Stillstand führen; wahrscheinlicher jedoch sei es, daß die Menschheit sich aufs grausamste räche. Das lehre das „schreckliche Schauspiel ... , das unsere Tage lieferten“¹².

Kommt es im geschichtlichen Entwicklungsprozeß entscheidend auf den „Fortgang des monarchischen Geistes“ an, dann hängt es von der Möglichkeit seiner freien Entfaltung ab, ob eine Revolution notwendig wird oder der glücklichere Weg des „allmählichen Fortschreitens“ begangen werden kann. „Denkfreiheit“ bewirkt „Aufklärung“ als Voraussetzung politischer Reformen – diese Überzeugung der Aufklärer wurde durch die dérapage der Revolution in Frankreich, durch die fatale Verbindung von systematischem Terror und pseudoreligiösen politischen Kult noch bestärkt und vertieft. Die Reform, der evolutionäre Weg notwendiger und erstrebenswerter Veränderung, erschien nicht nur als positive Alternative zur Revolution, sondern auch als einziges wirksames Mittel ihrer Verhinderung und der Wandel des Denkens und der „Gesinnung“ als Voraussetzung der Reform. Immanuel Kant war überzeugt (1797), daß der evolutionäre Fortschritt zum Besseren und gar zur „republikanischen“ Verfassung es erforderlich mache, daß sich der Staat von Zeit zu Zeit reformiere. Nur aber, wenn diese Verfassung „nicht revolutionsmäßig durch einen Sprung, d. i. durch gewaltsame Umstürzung einer bisher bestandenen, fehlerhaften (Verfassung) ... , sondern durch allmähliche Reform nach festen Grundsätzen versucht und durchgeführt“ wird, könne sie „in kontinuierlicher Annäherung zum höchsten politischen Gut, zum ewigen Frieden hinleiten ...“¹³.

Das war nicht bloß beschwichtigende politische Rhetorik oder allenfalls warnende Empfehlung an die Regierenden. Sprachen diese doch zunehmend ebenfalls von Reform auf gesetzmäßigen Wegen; sie nahmen sie selber in die Hand – aus Einsicht in die Notwendigkeit umfassender Veränderungen, aber doch auch mit der Absicht, revolutionäre Entwicklungen zu verhindern. In der sogenannten „Rigaer Denkschrift“ von 1807 *Über die Reorganisation des preußischen Staats* nannte Hardenberg das, was zu tun sei, eine „Revolution im guten Sinne, gerade hinführend zu dem großen Zwecke der Veredelung der Menschheit, durch Weisheit der Regierung und nicht durch gewaltsame Impulsion von innen oder von außen ... Demokratische Grund-

¹² Johann Gottlieb Fichte, Zurückforderung der Denkfreiheit von den Fürsten Europas, die sie bisher unterdrückten. Eine Rede (Anonym 1793). Hier zitiert nach: Johann Gottlieb Fichte, Schriften zur Revolution, hrsg. von Bernard Willms (Klassiker der Politik 7, Köln/Opladen 1967) 12f.

¹³ Immanuel Kant, Metaphysik der Sitten (1797). – Hier zitiert nach: Immanuel Kant, Werke in zehn Bänden, hrsg. von Wilhelm Weischedel (Taschenbuchausgabe), Bd. 7 (Darmstadt 1956) 479.

sätze in einer monarchischen Regierung: dieses scheint mir die angemessene Form für den gegenwärtigen Zeitgeist.“¹⁴

III

Nicht Revolution, sondern Evolution, die ihren Weg mit geschichtlicher Notwendigkeit nimmt, und Reform, also umgestaltendes Handeln aus Einsicht; diese beiden Leitvorstellungen verknüpften sich bei den meisten deutschen Gebildeten in der Überzeugung, daß fortschrittliche und reformbereite Politik nach vernünftigen Grundsätzen nicht nur möglich, sondern zwingend sei: eine Politik der Reformen „von oben“, deren Prinzipien „unten“ freie Zustimmung finden könne, wenn sie der Bevölkerung verständlich gemacht und der freien Diskussion ausgesetzt werde. Hatten den Aufklärern vor der Revolution für solche Zustimmung rationale Einsicht und kühler bürgerlicher „Patriotismus“ genügt, so wurde nun bei Regierenden und Regierten ein Wandel der „Denkungsart“, eine Erneuerung der politischen Moral als Voraussetzung der staatlichen und gesellschaftlichen Reform gefordert. Dieser Wandel wurde als die eigentliche und entscheidende „Revolution“, als Voraussetzung für erfolgreichen Fortschritt ausgegeben, überdies als diejenige Revolution, für die Deutschland prädisponiert sei – weil es entweder für eine politische Revolution noch nicht reif sei, oder weil es eine solche nicht wolle und nicht benötige. „Teutschland ist unter allen übrigen europäischen Staaten am meisten zu Revolutionen des Geistes, am wenigsten zu politischen aufgelegt“, stellte der Philosoph Carl Leonard Reinhold schon 1790 fest – bezeichnenderweise als Motto seiner Briefe über die kantische Philosophie¹⁵.

Diese verbreitete – und zweifellos oft als Kompensation dienende – Vorstellung einer „Revolution des Geistes“ hat ihren auf die Spitze getriebenen Ausdruck in dem Diktum Friedrich Schlegels von 1798 gefunden: „Die französische Revolution, Fichte's Wissenschaftslehre und Goethe's Meister sind die größten Tendenzen des Zeitalters. Wer an dieser Zusammenstellung Anstoß nimmt, wem keine Revolution wichtig scheinen kann, die nicht laut und materiell ist, der hat sich noch nicht auf den hohen weiten Standpunkt der Geschichte der Menschheit erhoben.“¹⁶ Hier sind die im Ereignis der Revolution, in der philosophischen Konzeption Fichtes und im Bildungsroman Goethes repräsentativ zur Geltung kommenden „Tendenzen“ in ihrer umwälzenden Bedeutung für die Generation Friedrich Schlegels, die Protagonisten der „Frühen Romantik“, in einem Atem genannt und auf eine Stufe gestellt. In geschichtsphilosophischer Perspektive wird dem philosophischen Systementwurf und

¹⁴ Karl August Frhr. von Hardenberg, Über die Reorganisation des Preußischen Staates (12. Sept. 1807); aus der „Vorerinnerung“. Zitiert nach: Die Reorganisation des Preußischen Staates unter Stein und Hardenberg. 1 Teil: Allgemeine Verwaltungs- und Behördenreform, hrsg. von Georg Winter, Bd. 1 (Leipzig 1931) 302.

¹⁵ Bd. 1 (Leipzig 1790) 16.

¹⁶ Romantische Fragmente. Athenäumsfragmente A 216 (1798). – Friedrich Schlegel, Seine prosaischen Jugendschriften, hrsg. von Jacob Minor, Bd. 1 (Wien 1882).

dem dichterischen Werk das gleiche Gewicht zugesprochen wie der politischen Revolution. Sie werden gleichermaßen als Durchbrüche der Menschheit zu neuen Möglichkeiten, als Bestätigungen der Fähigkeit des Menschen zur kreativen Gestaltung und als Signal eines neuen „Zeitalters“ angesehen – eines Zeitalters, das nicht allein neue politische Institutionen, sondern auch neues Denken, neue Vorstellungen vom Menschen und seiner Bestimmung verlangt. Von „drei großen Revolutionen“, die sich „in unseren Tagen“ begegnet seien, sprach 1804 – offenbar im Anschluß an Schlegel – auch Joseph Görres. Sie seien „eins in ihren Prinzipien, unabhängig voneinander, und doch immer parallel in ihrem Gange, höchst verschieden in ihren Resultaten“: Revolutionen in der Philosophie, der Poesie und der Politik, wobei er allerdings die Resultate in dem letzteren, anders als in den beiden anderen Bereichen, negativ beurteilte¹⁷. Schon früher hatte Görres die Philosophie Kants mit der Französischen Revolution in geschichtliche Parallele gerückt – übrigens nicht er allein. Selbst im *Moniteur*, der Auszüge aus Kants Traktat *Zum Ewigen Frieden* (1795) in französischer Übersetzung abdruckte, wurde der Königsberger Philosoph als ein Mann vorgestellt, der in Deutschland eine „geistige Revolution“ zustande gebracht habe¹⁸.

Nach dem Ausbruch der Revolution in Frankreich konnte das Argument, die Deutschen seien zu einer „geistigen“, nicht jedoch zur politischen Revolution, zum Denken und Bedenken, nicht jedoch zum Handeln fähig, Ausdruck der Resignation oder auch der Rechtfertigung werden; verbreiteter war jedoch bei deutschen Gebildeten die Überzeugung, daß die „geistige“ Revolution, der Bewußtseinswandel die Voraussetzung für einen politischen und sozialen Wandel sei, durch den ohne Gewalttat, Fanatismus und Anarchie, ohne Reaktion und neuen Despotismus auf evolutionärem Wege und mit beständigerem Erfolg erreicht werden könne, was die Revolution im Nachbarland mit einem Schlage erreichen wollte und durch Übertreibung und Entfesselung der Leidenschaften verdarb. Ihr Beispiel, ihre ideellen und politisch-militärischen Auswirkungen aber behinderten und unterbrachen diesen Weg der Reform auch in Deutschland. Zugleich zeigte sich, eine wie kurze Strecke auf ihm erst zurückgelegt war.

Es kann nicht verwundern, daß die Vertreter aufgeklärt-liberaler Reformen Napoleon als denjenigen begrüßten, der in Frankreich die Revolution gebändigt hatte, indem er ihre wesentlichen Errungenschaften bestehen ließ und auf der Bahn der politischen Reform weiterschritt und sie auch für die Deutschen weiter öffnete, als es vorher der Fall gewesen war. Die Auflösung des Reiches, die radikale Umgestaltung der politischen Landkarte Mitteleuropas, der Rheinbund, die politischen und militärischen Niederlagen Österreichs und Preußens schufen praktische Vorbedingungen für Veränderungen eines unvorhersehbaren Ausmaßes. Für sie standen die Männer schon bereit, die – durchweg Revolutionsgegner, aber geprägt durch das Reformdenken der Aufklärung, beeindruckt und herausgefordert durch die Beobachtung des bonapartistischen Systems – das Werk der Staatsreform energisch voranzutreiben willens waren,

¹⁷ Aurora-Beiträge Nr. 16. – Joseph Görres. Gesammelte Schriften, Bd. 3: Geistesgeschichtliche und literarische Schriften I (1803–1808), hrsg. von Günther Müller (Köln 1926) 88.

¹⁸ Zitiert bei *Arsenij Gulyga*, Immanuel Kant (Suhrkamp Taschenbuch 1093, Frankfurt a.M. 1985) 280.

deren Notwendigkeit, wie sie glaubten, für jedermann einsichtig, aber auch sachlich zwingend sei, und deren Erfolg den Beweis liefern werde, daß Fortschritt und Modernisierung ohne Revolution möglich sei.

Auch sie jedoch sahen sich bald vor ein Problem gestellt, das durch die Französische Revolution auf dramatische Weise bewußt geworden war: die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis. Seit Staatsutopien nicht mehr auf imaginären Inseln angesiedelt, sondern konkrete Versuche unternommen wurden, Staat und Gesellschaft nach abstrakten Vernunftsprinzipien zu gestalten, drängte sich die bittere Erfahrung auf, daß ideal anhebende Bewegungen sich am unterschätzten Widerstand der Realität festlaufen, vernünftige Ziele durch die Mittel ihrer Durchsetzung diskreditiert werden können und die Auseinandersetzung um Ziele und Mittel nicht in rationaler Diskussion erfolgt, sondern zu ideologischen Frontbildungen führt. Seit der Französischen Revolution erhielt die Verteidigung des Hergebrachten wie die Projektierung von Reformen prinzipiellen und ideologischen Charakter; Traditionalismus wurde zum politischen Konservatismus, aufgeklärt-fortschrittliches Denken zum politischen Liberalismus. Neigten die Konservativen dazu, in Reformen Schritte auf dem Wege zur Revolution zu fürchten, so sahen sich die Liberalen genötigt, diese Verdächtigung abzuwehren und zu betonen, daß gerade das Ausbleiben rechtzeitiger Reformen Revolution unvermeidlich mache. Während sich ein Teil der Konservativen diesem Argument öffnete und sich den liberalen Verfechtern *gouvernemental-administrativer* Reformen „von oben“ annäherte, tendierten andere Liberale zunehmend in demokratische Richtung, ohne freilich deshalb eine politische Revolution *à la française* anzustreben. Für sie war entscheidend ein Wandel des politischen Bewußtseins. „Von der Reform der politischen Formen das Heil der Welt zu erwarten“, schrieb 1843 Arnold Ruge, „ist der alte Fehler des Liberalismus, alles liegt an der Reform des Bewußtseins. Die Reform des Bewußtseins ist die Reform der Welt, und kein Gott kann sie hindern.“¹⁹

IV

Die politische Meinungsbildung in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist ganz wesentlich von der Französischen Revolution und von der napoleonischen Hegemonie bestimmt geblieben, zumal sich bald erwies, daß das „Wiederherstellungswerk“ des Wiener Kongresses doch keine Restauration der vorrevolutionären politisch-sozialen Welt brachte. Spätestens 1830 mußten diejenigen, die gehofft hatten, die Revolution sei endgültig besiegt worden, ihrer Illusion innewerden. Sie mußten einsehen, daß auch in Deutschland politisches Handeln unausweichlich in einer Situation stattfand, in der das Prinzip der Volkssouveränität und die Idee der in ihrem politischen Willen vereinigten Nation – für die Einzelstaaten wie für den Deutschen Bund – revolutionäre Sprengkraft besaßen. Die „Revolution von oben“, deren Träger

¹⁹ Selbstkritik des Liberalismus (1843). Hier zitiert nach: Vormärz und Revolution, 1840–1849, hrsg. von Hans Fenske. (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert 4, Darmstadt 1976) 77 ff.

die Regierungen sein sollten und deren Protagonist die aufgeklärt-liberale höhere Beamtenschaft war, fand schon wenige Jahre nach Wien den Widerstand der Monarchen, des grundbesitzenden Adels und der bewegungsungewohnten Mehrheit der Bevölkerung. Zugleich geriet sie unter den zunehmenden Druck weitergehender Reformforderungen politisch motivierter meinungsführender Gruppen. Verschärfte Pressezensur und „Demagogenverfolgung“ vertieften die Gegensätze zwischen gouvernementalem und radikalem Liberalismus.

Auch im konservativen Lager schieden sich die Geister. Während die Ultras strikt am „monarchischen Prinzip“ festhielten und alle „konstitutionellen“ Reformen als Zugeständnisse an den Geist der demokratischen Revolution verdächtigten, erkannten andere die Notwendigkeit begrenzter, „gesetzmäßig“ inaugrierter und durchgeführter Reformen an, um revolutionärer Unruhe entgegenzuwirken. Daneben die „romantische“ Position derer, die mit einer geistigen Revolution ein neues Verständnis des Staates als auf Natur und Geschichte beruhende, organisch gegliederte, hierarchische Gemeinschaft wecken wollten. Dieses Konzept verknüpfte sich bei ihnen mit radikaler Zeitalterkritik; eine völlige Umkehr sei notwendig, ein neues Denken – keine Konterrevolution, sondern eine Revolution gegen die Revolution. In diesem Sinne waren für Novalis Edmund Burkes *Reflections on the French Revolution* ein revolutionäres Buch gegen die Revolution²⁰.

Hatte der Begriff „Revolution“ – so Reinhart Koselleck – für die Aufklärer im 18. Jahrhundert noch generelle Zustimmungsfähigkeit besessen, so wurde er seit der Französischen Revolution zu einem Begriff, „der grundsätzlich eine Parteinahme erzwingt“²¹. Das gilt auch für ihre historische Deutung. War die Revolution ein notwendiges oder ein kontingentes Ereignis, ein bei besserer Politik zu verhindernder Kontinuitätsbruch oder die dramatische Beschleunigung eines zwangsläufigen Prozesses? Schon 1793 glaubte Benjamin Erhard: „Bei zunehmender Aufklärung wird die despotische Monarchie (durch) eine Revolution aufgehoben, welche von selbst erfolgt, als eine zur Naturabsicht der Menschengattung gehörige Begebenheit ...“²² Und 1832 definierte Heinrich Heine: „Wenn die Geistesbildung und die daraus entstandenen Sitten und Bedürfnisse eines Volkes nicht mehr im Einklange sind mit den alten Staatsinstitutionen, so tritt es mit diesen in einen Notkampf, der ... eine Revolution genannt wird.“²³ Im gleichen Jahre behauptet der Hambacher Demokrat Brüggemann, eine solche Revolution erfolge „nach dem notwendigen inneren Gesetze der Entwicklung des Staates“. Allerdings beweise es eine höhere Stufe der Entwicklung, wenn ein Volk seine Revolutionen gesetzlich vollbringe. „Deutschland will und muß seine Revolution haben; zeigt sein Volk sich entschieden, so ist es befähigt, seine Revolution

²⁰ Friedrich von Hardenberg (Novalis), *Fragmente* (1798). Hier zitiert nach: *Gesellschaft und Staat im Spiegel deutscher Romantik*, hrsg. von Jacob Baxa (Die Herdflamme, Bd. 8, Jena 1924) 184.

²¹ Art. „Revolution“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, (Bd. 5 (Stuttgart 1984) 731.

²² Prüfung der Alleinherrschaft nach moralischen Prinzipien (1793). Zitiert ebd., 735.

²³ Französische Zustände. Heinrich Heine, *Hist.-krit. Gesamtausgabe*, hrsg. von Manfred Windfuhr, (Bd. 12/1 (Hamburg 1980) 130 f.

gesetzlich durchzuführen ...²⁴ Joseph Görres dagegen in seiner Schrift *Teutschland und die Revolution* von 1819: „Revolutionen sind wie der Tod ...“ Sie sind Krankheiten, in deren Verlauf eine Partei die andere zu überbieten versucht, „bis alles Bestehende gestürzt, alles Feste zerschmettert, alles Hohe geschleift, aller Besitz gewechselt ist, ... bis endlich eine äußere oder innere Katastrophe ... die Extreme wieder gegen die Mitte lenkt. Das ist der Gang, den die Englische wie die Französische und jede andere Revolution genommen, eine Teutsche würde von dieser Naturordnung keine Ausnahme machen.“²⁵ Solche Revolution zu verhindern, war das Ziel der konstitutionellen Liberalen, die sich gegen den demokratischen Radikalismus und gegen den antirevolutionären Konservatismus stellten. Nur wo die Freiheit durch brutalen Widerstand zum Äußersten getrieben werde, definierte Pfitzer 1840 im *Staatslexikon*, greife sie zur Gewalt. Dem wahren Wesen der Freiheit sei gewaltsames Zerstören wie despotisches Nivellieren gleichermaßen fremd. Gerade nach den Erfahrungen der Französischen Revolution seien „die heutigen Liberalen wohl der großen Mehrzahl nach darüber einig, nicht unmittelbare Volksherrschaft, sondern einen solchen Zustand zu erstreben, in welchem eine dem entschiedenen Volkswillen und Volksinteresse beharrlich widersprechende Regierung nicht mehr möglich“ ist²⁶.

1848 haben auch die gemäßigten Liberalen, obwohl dezidierte Revolutionsgegner, die politische Revolution mitgetragen – eine Revolution, von der sie nationalstaatliche Einigung und volle Durchsetzung des rechtsstaatlichen Konstitutionalismus auf nationaler und einzelstaatlicher Ebene erhofften. Zugleich haben sie, als ihnen in den Märztagen die Regierungsverantwortung in den Staaten und das Werk der Verfassungsgebung in der Frankfurter Reichskirche zufiel, sich bemüht, das Weitertreiben der Revolution durch „gesetzliche“ Reformen zu verhindern. Dabei aber gerieten sie zwischen die Scylla der Revolution und die Charybdis der Reaktion.

Résumé de la communication de Rudolf Vierhaus

1. En Allemagne la guerre d'Indépendance américaine, les troubles de Genève, des Pays-Bas autrichiens, de Liège avaient provoqué de très vifs débats politiques. Il n'est donc pas étonnant que la Révolution de 1789 y ait éveillé un intérêt considérable.

2. Pour des raisons très diverses, les premières réactions des publicistes du camp des «Lumières» furent largement favorables. Beaucoup pensaient qu'en Allemagne les conditions pour une révolution politique du même genre n'étaient pas réunies et nombreux espéraient que les événements de France allaient encourager la poursuite des réformes qui pourraient éviter une révolution.

3. Même dans les états qui, avant 1789, n'avaient pas connu de réaction contre les

²⁴ Selbstverteidigung des Studenten K. H. Brüggemann vor dem Berliner Kammergericht. Zitiert nach Art. „Revolution“ (vgl. Anm. 22) 746.

²⁵ Joseph Görres, *Gesammelte Schriften*, Bd. 13: Politische Schriften, 1817 bis 1822, hrsg. von Günther Woblers (Köln 1929) 100 f.

²⁶ Paul A. Pfitzer, Art. „Liberal, Liberalismus“ (1840). Hier zitiert nach Rudolf Vierhaus, Art. „Liberalismus“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe* (siehe Anm. 21), Bd. 3 (Stuttgart 1982) 768 f.

Lumières on se rendait compte que la France, par la violence d'une révolution venue «d'en bas», avait obtenu plus que l'Allemagne avec les réformes venues «d'en haut» c.à.d. provoquées par les gouvernements. Ainsi dans le débat s'exprimaient, d'une part le regret des lenteurs allemandes et, de l'autre, l'exhortation à des réformes plus profondes pouvant, peut-être, éviter une révolution.

4. L'attitude des milieux intellectuels allemands envers la Révolution française et, plus généralement, envers les notions de révolution et de réforme s'explique par le retard relatif des structures sociales, des institutions politiques et dans le développement de la puissance de l'état national, face à la modernité de l'évolution intellectuelle et culturelle et aussi par l'intégration de la plupart des «lettrés» dans le système politique et social en place. C'est pourquoi ils aspiraient moins à détruire le système qu'à le réformer, conformément aux exigences de la raison, par l'éducation, la législation et l'administration.

5. L'évolution de la Révolution en France déçut beaucoup de ses partisans allemands et conforta ses adversaires dans leurs convictions. La solution napoléonienne instaurant, en Allemagne comme en France, un ordre reposant sur l'autorité, l'approbation plébiscitaire, la conservation d'un certain nombre d'acquis de la Révolution, apparut comme une troisième voie. Pour les «conservateurs» il resta le «fils» de la révolution, pour les «libéraux», celui qui en avait assuré le triomphe.

6. Dans le jugement porté sur la Révolution de 1789 et sur le phénomène révolutionnaire en général, le développement du sentiment national allemand devait jouer un rôle croissant. On se posa de plus en plus la question de savoir si le rayonnement idéologique et politique du voisin représentait, pour l'évolution de l'Allemagne, un exemple à suivre ou un danger. On se demanda de plus en plus si les changements politiques et sociaux nécessaires ne devaient pas être introduits, sans violence, d'une manière conforme à l'histoire et au génie du peuple allemand.

7. L'époque des réformes en Prusse et dans les états de la Confédération du Rhin marqua le triomphe de la «révolution par en haut» qui entraîna une incontestable modernisation. Lors de la réaction qui se développa à partir de 1819, les aspirations démocratiques et nationales qui interféraient avec le programme de réforme de l'Etat furent dénoncées et combattues comme des menaces révolutionnaires.

8. Bien que l'Allemagne n'ait pas connu de révolution comme la France, la souveraineté dut chercher une nouvelle légitimation et prendre en compte les droits de l'homme, la séparation des pouvoirs et les aspirations à une constitution. Les courants politiques se définirent par rapport à la révolution. Les traditionalistes, devenus les conservateurs la rejetaient en bloc. Les partisans des lumières et les libéraux modérés lui préféraient l'évolution, le progrès, les réformes. Les radicaux, les démocrates libéraux réclamaient le changement global, sans révolution, de tout le système politique et la mise en pratique de la souveraineté populaire.

Jusqu'en 1830, on considéra, en Allemagne, la Révolution comme une processus historique terminé mais la Révolution parisienne de Juillet et les troubles politiques qu'elle provoqua, notamment dans le nord-ouest de l'Allemagne, en réactualisèrent le thème. On venait de s'apercevoir que l'ère des révolutions ne s'était pas close en 1815 et que l'on se trouvait en plein dedans.

Diskussion zum Referat von Rudolf Vierhaus

Leiter: Stephan Skalweit

Zu Beginn der Diskussion richtete sich das Interesse der Teilnehmer auf die Frage nach der Akzeptanz von Reformen und revolutionären Veränderungen in den breiten Volksschichten.

K. O. Frhr. v. Aretin wies hierzu auf die merkwürdige Erscheinung hin, daß in den Staaten, in denen der aufgeklärte Absolutismus am weitesten fortgeschritten gewesen sei – in Österreich unter Joseph II. und in der Toskana unter Leopold –, unmittelbar nach Ende der aufgeklärten Herrschaft Aufstände gegen die Reformen ausgebrochen seien. Es hätte also eine Diskrepanz zwischen dem gegebenen, was eine „öffentliche Meinung“ suggeriert habe, und dem, was von der Bevölkerung gefühlt und gewünscht worden sei. Für diese Beobachtung fand v. Aretin auch Parallelen in der nachrevolutionären Zeit. So habe Napoleon Reformen erzwungen, die sich 1814 als überflüssig erwiesen hätten, und die Verfassungen der süddeutschen Staaten von 1818/20 seien spätestens 1822 angesichts aufsässiger Landtage von den Regenten als Hindernis empfunden worden. Ausgehend von diesen Überlegungen stelle sich die Frage, ob es in Deutschland nicht eine kleine vielschreibende Minderheit gegeben habe, die ohne jeden Einfluß eine revolutionäre Situation vorgetäuscht habe, eine Situation, die eigentlich gar nicht existiert habe und erst 1830 Realität geworden sei, um schließlich in die Ereignisse von 1848 zu münden? Darüber hinaus hielt es v. Aretin für wahrscheinlich, daß in Deutschland eine ganz breite Schicht bestanden habe, die von Revolution überhaupt nichts habe wissen wollen.

Diese Überlegungen führte *R. Vierhaus* weiter fort, indem er einen Vergleich mit der französischen Situation anstellte. Auch die Abgeordneten der Generalstände in Paris hätten keine Revolution gewollt, lediglich eine Verfassungsreform. Tocqueville habe in bezug auf die deutschen Revolutionsanhänger gemeint, sie hätten zwar ständig die Revolution studiert, von der politischen Realität aber keine Ahnung, weshalb sie auch viel radikaler seien. Andererseits sei – so Vierhaus – ein Teil dieser Autoren – nämlich diejenigen, die Hoffnung gehabt hätten, Reformen langfristig ohne revolutionären Prozeß verwirklichen zu können – selbst verbeamtet gewesen. Die beiden Wege verglich der Referent mit den unterschiedlichen Ansichten Lenins und Marx' über die Voraussetzungen der Entstehung einer Revolution (Lenin wollte die Revolution durch eine kleine Minderheit, die dann erst die Massen über die Gründe aufklären sollte, Marx dagegen betrachtete die Revolution als einen langfristigen Prozeß, der sich im Bewußtsein der Menschen widerspiegele). Die Frage, die man auch in der zeitgenössische Literatur finde, sei also gewesen: Geht der Prozeß von alleine oder muß er gemacht werden? Der aufgeklärte Absolutismus habe Reformen durchgeführt, die der Bevölkerung dann in einer Art „Predigtsprache“ vermittelt worden seien. Dadurch habe er sich überlebt – er hätte zu einem Konstitutionalismus weiterentwickelt werden müssen. Der aufgeklärte Absolutismus habe sich auf eine Beamtenschaft gestützt, die dann mehr als der Monarch selbst – hauptsächlich vom Adel – angegriffen worden sei. In Frankreich habe es dagegen eine revolutionäre Situation gegeben, die jedoch

nicht dadurch bestimmt gewesen sei, daß eine Mehrheit für die Revolution war, sondern aufgrund ökonomischer Schwierigkeiten, Ansehensverlust der Regierung usw. Wichtig sei auch die geographische Ausrichtung auf ein Zentrum, die in Deutschland gefehlt habe. R. Vierhaus zitierte in diesem Zusammenhang Karl Friedrich Reinhard (1761–1837), der die Meinung vertreten habe, daß bei einem Revolutionsausbruch in einem deutschen Einzelstaat mit Sicherheit mit einem Eingriff des Reiches zu rechnen gewesen wäre, was den Despotismus in den anderen Staaten noch verstärkt hätte. Zu der deutschen Partikularität gehörten nach R. Vierhaus auch die unterschiedlichen Zensurpraktiken. Man könne nicht sagen, in Frankreich hätte es von Anfang an eine breite Zustimmung zur Revolution gegeben und in Deutschland nicht. Man müsse also auf die verschiedenen Prämissen für eine revolutionäre Situation in Deutschland und Frankreich achten. Auch sei in Deutschland die Diskussion eine „papierene“ gewesen, die Naturrechtsdiskussion sei nicht revolutionär gewesen. Die Diskussion sei in Deutschland eben auf unterschiedlichen Boden gefallen und damit seien die Voraussetzungen für eine Übernahme des Code Napoleon überhaupt nicht gegeben gewesen.

Auf den Antagonismus Adel–Monarch im Kontext der Französischen Revolution kam im folgenden *V. Press* zu sprechen. So habe sich in Frankreich die Aufklärung gegen den Absolutismus gewandt und schließlich auf den aufgeklärten Absolutismus im Reich zurückgewirkt. In seinem Engagement gegen Joseph II. habe sich der Adel auf die Französische Revolution berufen, was als adelige Reaktion verstanden worden sei. Als Folge sah Press eine qualitative Änderung des aufgeklärten Absolutismus und den Zwang für den Monarchen – auch angesichts des Geldbedarfs der Kriegskasse –, eine Koalition mit dem Adel einzugehen. Die Revolution habe also für die Reformen in Deutschland zunächst einen „negativen Katalysator“ dargestellt, und erst Napoleon habe dieses Verhältnis wieder umgekehrt. Auch R. Vierhaus betonte den erweiterten Handlungsspielraum der Monarchen in der napoleonischen Phase und wies auf die Vorstellung eines „dritten Weges“ hin, der Reformen „von oben“ vorgesehen habe. Den Antagonismus zwischen Adel und Monarch wollte er jedoch nicht in dieser Schärfe anerkennen und bezog sich dabei auf das gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis (Finanzen–Privilegien).

Den vom Referenten eingeführten Begriff der „papierenen Diskussion“ nahm erneut R. A. Müller auf. Die intellektuelle Diskussion sei zumindest im katholischen Bereich immer noch auch die Sache der Geistlichkeit gewesen, woraus sich die Frage ergebe, ob es nicht so etwas wie eine „katholische Religionsinferiorität“ gegeben habe. Der Referent stellte daraufhin einige weiterführende Überlegungen zu diesem Problembereich an. Schon vor 1789 habe es zumindest die Behauptung einer katholischen „Aufklärungsinferiorität“ gegeben. Darüber hinaus sei die starke Verunsicherung des hohen katholischen Klerus durch die Vertreibung und die Wirren der neunziger Jahre in Rechnung zu stellen. Ferner müsse man berücksichtigen, daß der katholische Klerus sich in jener Zeit in einer Orientierungsphase befunden habe, ausgelöst durch die Diskussionen um Febronianismus und Nationalkirche. Jedoch zeige sich ein Mann wie Max Franz in Köln in seiner Haltung keineswegs grundverschieden von Leopold von Toskana oder Joseph II. Es ließe sich vermuten, daß sich die geistlichen Staaten –

wären sie nicht säkularisiert worden – ähnlich entwickelt hätten wie vergleichbare weltliche Staaten, da es auch hier Aufklärungstendenzen gegeben habe. Auf protestantischer Seite seien die Pfarrer auf die Aufklärung sehr weit eingegangen und dadurch in eine Identitätskrise geraten, nämlich die, ob sie in erster Linie Pfarrer oder Lehrer seien. Da sie sich mit den Landeskirchen identifiziert hätten, seien sie auch meist gegen die Revolution gewesen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts seien diese protestantischen Pfarrer auch stärker in die nationale Diskussion eingetreten, was ihnen die Möglichkeit der politischen Agitation gegeben habe (z.B. Schleiermacher in seinen Predigten). Abschließend erklärte der Referent, daß er sich zu einem abschließenden Urteil über dieses Thema außerstande sehe.

Auf das Bild der Französischen Revolution bei den deutschen Intellektuellen ging kurz *E. Fehrenbach* ein. Sie sah in deren Sicht der Revolution als eines Sieges der Aufklärung ein krasses Fehlurteil. Man habe in Deutschland nicht verstanden, daß es einem Siéyès gegen den Adel, um einen sozial egalitären Staat gegangen sei, also um die Emanzipation des Dritten Standes. Die gesellschaftliche Analyse des französischen Dritten Standes fehle hier ganz. Auf diese Fehlinterpretation ging unter einem anderen Aspekt auch *W. Siemann* ein. Er wies auf den in Deutschland weit verbreiteten Glauben hin, eine kleine Gruppe Intellektueller wäre in der Lage gewesen, eine Revolution auszulösen. Dieser Gedanke finde sich, nach den Ausführungen Siemanns, nicht nur bei den Regierenden, wie z.B. bei Metternich, sondern auch auf Seiten der Revolutionäre (u.a. bei Arnold Ruge (1803–1880), Giuseppe Mazzini (1805–1872)), die geglaubt hätten, eine Revolution könne das Ergebnis einer Verschwörung sein. Bis 1848 habe man die eigentlichen sozialen und wirtschaftlichen Wurzeln der Revolution vernachlässigt.

Ausgehend von der Feststellung, der deutsche Liberalismus habe von Anfang an der Revolution die Reform entgegengestellt, eröffnete *M. Botzenhart* eine Diskussion um die Frage, ob es als „typisch deutsch“ anzusehen sei, die Reform gegenüber der Revolution „hochzujubeln“. *R. Vierhaus* betonte hierzu die traditionelle Schwäche des französischen Liberalismus. Das bonapartistische Modell mit seiner starken Exekutive habe man in Deutschland immer als eine Möglichkeit der Reform betrachtet. *R. Dufraisse* machte darauf aufmerksam, daß der französische Liberalismus des 19. Jahrhunderts die Revolution von 1789 als unvermeidlich betrachtet, dem Weg der Reformen jedoch stets den Vorzug gegeben habe, wobei Prämisse jeder Reform der Schutz von Besitz und Kultur für diese politische Richtung gewesen sei. *R. Vierhaus* und *R. Dufraisse* wiesen hierbei auf die große Bedeutung hin, die Revolutionäre wie Liberale dem Volksunterricht beigemessen hätten, eine Tradition, die später für Republikaner wie Jules Ferry und den Liberalen Guizot eine große Rolle gespielt habe, wie sich im Programm für den Volksunterricht zeige, das letzterer in der Zeit der Juli-Monarchie entworfen habe.

Auf die sich ausbreitende politische Diskussion zur Französischen Revolution in Deutschland gingen *W. K. Blessing* und *R. Vierhaus* ein. Ausgehend von einer gebildeten Mittelschicht habe sie bis hin zu den politischen Ereignissen des Vormärz stetig immer mehr Volksschichten in ihrem Denken beeinflusst. Man könne auch von einer zunehmenden Politisierung der Bevölkerung sprechen. Diese Diskussion habe jedoch

in einer vorindustriellen Gesellschaft stattgefunden, in der sich die realen Lebensbedingungen noch kaum geändert hätten. Erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts sei eine wirtschaftliche Situation festzustellen, die mit dem geistigen Prozeß in Einklang gestanden habe. Dieses Phänomen, daß eine theoretische Diskussion über die bürgerliche Gesellschaft der realen Situation so weit vorausgeeilt sei, war für *R. Vierhaus* von besonderem Interesse.

Abschließend ging *H. Brandt* noch auf die Revolutionsforschung in der Germanistik ein. Dort vertrete man heute wieder die alte geisteswissenschaftliche Richtung, die davon ausgehe, die eigentliche Revolution habe sich in Deutschland in der Romantik verwirklicht, d.h. nicht in Hegels System, sondern in Kleists *Penthesilea*, in den Briefen der Günderode und in Beethovens späten Streichquartetten – mit anderen Worten: in der Verabsolutierung des „Ichs“. Für *H. Brandt* stellt dies eine Erneuerung der These vom „deutschen Sonderweg“ dar. In Deutschland habe man geglaubt, sich eine Revolution sparen, aber gleichzeitig von ihr profitieren zu können, was als Konstante zwischen aufgeklärtem Absolutismus und Reformzeit aufgefaßt werden könne. Dem „Beamtenreformismus“ habe man dieses Kalkül stets geglaubt, beim parlamentarischen Liberalismus darin aber nur eine besonders „krude Form der Anpassung“ gesehen. Dies sei bis heute wissenschaftliche Mehrheitsmeinung.

Register

bearbeitet von Stefan Maurer

Personenregister

(Verfassernamen kursiv)

- Albrecht, Heinrich Christoph 85
Alexandre 74
André, Père 70
Angoulême
– Louis-Antoine de Bourbon, Duc d' 204, 222
– Marie-Therese-Charlotte de Bourbon, Duchesse d' 207
Antoine, Michel 214, 216
Archenholtz, Johann Wilhelm v. 25
Aretin
– Christian Freiherr v. 126
– Christoph v. 140
– *Karl Otmar Freiherr v.* 9, 118, 140, 263
Aristides 146
Arndt, Ernst Moritz 161
Arnswaldt 84
Artois, Comte d' 143, 206
Aubertin, Charles 14
Audiffret, Marquis d' 219, 221, 223
Avaray, Claude-Antoine de Beslade, Comte d' 195

Bahrdt, Karl-Friedrich 82f., 92
Barante, Prosper de 203
Barnave, Antoine Pierre Joseph Marie XIV, 99
Barruel, A. de, Abbé XIV, 80, 100f., 165, 176
Barth, Hans 4
Barthélémy, François 203
Baumgarten, Hermann 230
Bausset, Cardinal de 203
Bayard 43, 52f.
Beethoven, Ludwig van 266
Bellart 101
Benichon, Paul 237
Berding, Helmut 118f., 121, 140, 156, 234
Berlepsch, Friedrich Ludwig v. 131

Berry
– Charles Ferdinand de Bourbon, Duc de 144, 152, 154f., 207, 209
– Duchesse de 248
Bertier, Benigne-Louis 19, 148
Bertier de Sauvigny, Guillaume de 60, 79f., 103, 155f., 191, 193, 210, 249
Beugnot 199
Blacas d'Aulps, Pierre Louis 195
Blanc, Louis 249
Blessing, Werner K. 9, 141, 265
Boigne, Adélaïde d'Osmond, Comtesse de 194, 205, 211
Bois, Pierre-André XIII, 9, 31, 95ff., 141, 155
Bonald, Louis, Vicomte de XIV, 100, 103f., 145–148, 154, 156, 239
Bonaparte, Jérôme 113
Borié, v. 41f.
Börne, Ludwig 157, 231
Bossuet 70
Botzenhart, Manfred 31, 60, 79, 97, 119, 140, 191, 235, 265
Brandes, Ernst 90
Brandt, Hartwig 141, 209, 234, 266
Braudel, Fernand XII
Bricogne 221
Bridrey, Emile 76
Brienne, Loménie de 218
Brissot, Jacques Pierre 61, 99
Brüggemann 260
Bruguière, Michel XII
Brutus 146
Bucheze 248
Büchner, Georg 229
Burckhardt, Jacob 191
Burke, Edmund 5, 8, 30, 100ff., 182
Buseck 50f.

- Calonne, Charles-Alexandre de 213–216, 218, 222
 Camus, Albert 101
 Carnot, Lazare Nicolas Marguerite 53, 149, 172
 Castelbajac 145, 150, 152
 Castell-Rüdenhausen, Friedrich Ludwig Graf v. 56
 Champollion-Figeac 159
 Chateaubriand, François-René de XVIII, 104, 143 ff., 147, 149 ff., 153–156, 195, 201, 210
 Cheylus, de 66, 71
Church, Clive 227
 Clarke 53
Clédière, Jean XIII, 31, 95, 103
 Cloots, Anacharsis 23, 61
Cochin, Augustin 101
 Colbert, Jean-Baptiste 215
 Comte, Auguste 249
 Condorcet, Antoine, Marquis de XIV, 187
 Constant, Benjamin 102, 104, 191
 Coquille-Deslongchamps, Henry-François 71
 Cotta
 – C. F. 15
 – Johann Friedrich 128
 Cousin, Victor 159
 Custine, Adam Philippe, Comte de 44 f., 100, 172 f.
- Dachy 204
 Dahlmann, Friedrich Christoph XIX, 180, 183, 187–191, 230
 Dante Alighieri 99
 Danton, Georges Jacques 4, 149
 Daru, Pierre Antoine Bruno 220
 Decazes, Elie 143, 149 f., 152 ff., 193–210
 Delacroix 52 ff.
 Delhorme 218
 Demosthenes 146
 Deschanel, Emile 246
 Desmoulins, Lucie 99
 Dessolles 144, 205
 Diderot, Denis 148, 155, 159, 176
 Dohm, Christian Wilhelm 16, 113
 Drouet 25
 Droysen, Johann Gustav 180, 182 f., 186–191
 Dufour de Pradt, Dominique, Abbé 104
Dufraisse, Roger 61, 104, 121, 155, 209, 248 f., 265
 Dugommier 71
 Dumouriez 100, 172
- Eckart, v. 45
 Eckermann, Johann Peter 228
- Elias, Otto-Heinrich 229
 Erhard, Johann Benjamin 47, 57, 60, 260
 Ernouf, Jean-Augustin 46 f., 52 f.
 Erthal, Franz Ludwig Freiherr v. 44
 Ettenau, v. 39
 Exelmans 149
- Fauchet, Claude 66, 68
 Faypoult 53
 Fechenbach 51
Febrenbach, Elisabeth 96, 104, 121, 140, 142, 234, 265
 Ferraud, Antoine-François-Claude, Comte 104
 Ferry, Jules 265
 Feuerbach 140
 Fichte, Johann Gottlieb 7 f., 255, 257
 Fiévée 150 ff., 154
 Firmas-Perrier, Comte 159
 Fitz-James 148
 Flesselles, Jacques 148
 Forster, Georg 20, 27, 96, 254
 Fouché, Joseph 101, 104
 Foulon, Joseph-François 19, 148
 Francken, Johann Bernhard Bertrand v. 35, 43
 Franz II., Kaiser 44
 Frénilly 145
 Friedrich I., König von Württemberg 132, 226
 Friedrich II., König von Preußen 6, 12, 27, 90, 103, 141
 Friedrich-Wilhelm II., König von Preußen 26
Fueter, Eduard 158
Furet, François 24, 76
- Ganter, Emil* 161
 Gaudin, Marc Michel Charles 219
 Gentz, Friedrich v. 104, 157, 232, 255
Gervinus, Georg Gottfried 188, 191
 Genoude 148
 Gibbon 100
Gilli, Marita 91, 96
 Girtanner, Christoph 96
 Gleichen (s. auch Reibeld) 36, 47, 52, 55
 Gönner, Nikolaus Thaddäus v. 130
 Görres, Joseph 136, 142, 258, 261
 Goethe, Johann Wolfgang v. 228, 257
 Golbery 159, 163
 Grabbe, Dietrich Christian 229
Graf, Sieglinde 57
 Grégoire, Henri 151, 155
Grimm, Dieter 233
 Grouchy, Emmanuel Marquis 149
 Günderode, Karoline v. 266

Guizot, François XIX, 159, 199 f., 206, 210,
243, 247 f., 265

Habermas, Jürgen 142

Hagen, Karl 191

Halem, G. A. v. 22

Haller, Karl Ludwig v. 9, 137

Hardenberg, Karl August Freiherr v. 34 f.,
37–43, 45, 50 f., 53, 55, 59, 256

Harsdorf 46

Haussez, Baron d' 198

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 15, 20, 255,
266

Heine, Heinrich 233, 260

Helmreich 33

Herbouville, Marquis d' 202

Herodes 255

Heuss, Theodor 160

Heyne, Christian Gottlob 254

Hittorf, Jakob Ignaz 228

Hölderlin, Friedrich 15

Hoffmann, Aloys 83, 85

Hohenlohe-Ingelfingen, Fürst v. 41 f.

Houchard 100

Hugo, Victor 237, 248

Imbert 210

Itzstein 160 f.

Jacobi

– Friedrich Heinrich 255

– Johann Jakob 158

Jäger, Hans-Wolf 91

Jamet, Abbé 75

Jaurès, Jean 249

Jordan, Camille 199

Joseph II., Kaiser 141, 158, 263 f.

Joubert 46

Jourdan, Jean Baptiste 45–48, 50 f., 53

Jung 159

Jung-Stilling, Heinrich 142

Kaiphaz 255

Kant, Immanuel 87, 93, 158, 256, 258

Karl, Erzherzog v. Österreich 45, 52

Karl X. (auch: Charles X), König v. Frank-
reich 75, 204, 219, 221, 223, 239

Karl-Alexander, Markgraf v. Ansbach-Bay-
reuth 39

Karl-Eugen, Herzog v. Württemberg 11, 15,
29 ff., 44

Karl Theodor, Kurfürst v. d. Pfalz 60

Kayser 135

Kergorlay 145

Kerner, Justinus 15

Kleist, Heinrich v. 266

Klinglin, Baron 18

Klopstock, Friedrich Gottlieb 11, 13, 22

Knigge, Adolph Freiherr v. XV f., 5, 8, 21,
81–97

Koselleck, Reinhart XVI, 260

Kotzebue, August v. 83

Lafayette (La Fayette), Marie-Joseph Motier,
Marquis de 24, 100, 159, 166, 168, 176,
192, 231

Laffetay, Abbé 75

Lagarde 204

Lainé, Joseph-Louis-Joachim, Vicomte 152,
201 ff., 210

Lally-Tolendal 168

Lamarque 149

Lamartine

– Alphonse de XIX, 237–250

– Pierre de 237

Lamennais, Félicité Robert de 145, 154, 156

La Rochefoucauld 69

La Rue, de 71

Lasaulx, Ernst v. 191

Laspougeas, Jean 31, 79, 250

Lebreton-Lamy 70

Lefranc, François 71, 80

Lehrbach, Konrad Ludwig Graf v. 39, 41 f.

Lenin, Wladimir Iljitsch 263

Lentaigne, Jacques 71 f.

Leo XIII., Papst 70

Leopold I./II., Großherzog v. Toskana 263 f.,
Kaiser 25 ff., 39

La Vayer de Boutigny, Roland 69 f.

L'Huillier, Fernand 191, 209, 234, 248 f.

Lingay 204

Lips, Alexander 137 f., 142

List, Friedrich 235

Louis-Philippe I. (der „Bürgerkönig“) 209 f.

Lucas, C. 77 /

Luckner 173

Ludwig I., König v. Bayern 235

Ludwig XI., König v. Frankreich 86

Ludwig XIV., König v. Frankreich 4, 86, 166,
217

Ludwig XV., König v. Frankreich 166, 214,
217

Ludwig XVI., König v. Frankreich 6, 8, 13 f.,
17, 25–28, 72, 129, 149 ff., 153, 155, 170,
172, 176, 183, 189, 200, 211, 214, 217 f.,
220, 223

Ludwig XVII., König v. Frankreich 99

- Ludwig XVIII., König v. Frankreich XVII, 99,
104, 144, 150 f., 153, 193, 195 f., 199 f.,
203 ff., 207 f., 210, 217, 219, 221 ff., 246
- Luther, Martin 30, 103, 162
- Maistre, Joseph de XV, XIX, 99–105
- Mannheim, Karl* 225
- Marc, Hippolyte 67
- Mallet du Pan, Jacques 100
- Marat, Jean Paul 149, 176
- Marca, Pierre de 69, 74
- Marie-Antoinette 4, 14
- Marie-Luise 119
- Mars 80
- Martainville 207
- Martignac, Jean Baptiste 238
- Marx, Karl 263
- Mathiez, Albert* 76, 249
- Maurras, Charles XII
- Max Franz, Erzbischof u. Kurfürst v. Köln
264
- Max IV./I. Joseph v. Bayern 126
- Mazauric, Claude* 77
- Mazzini, Guiseppe 265
- Meister, Jacques Henri 5
- Mendelssohn 93
- Mephisto 91
- Metternich, Klemens Wenzel Lothar Fürst v.
XIII, XVII, 119, 156, 232, 235, 265
- Meyer, A. 16
- Michelet, Jules 22 f., 30, 249 f.
- Mignet 191, 248
- Mirabeau, Honoré Gabriel Riqueti, Comte de
XIV, 4, 99, 102, 168, 181, 189
- Mirbel 204
- Möser, Justus 9
- Mohl, Robert v. 162
- Mollien 219 f.
- Monod, Jacques 101
- Montesquieu, Charles de Secondat, Baron de
la Brède et de 87, 109, 117
- Montesquiou, de, Abbé 207
- Montgelas, Maximilian Joseph Graf v. 43, 122,
126, 131, 133, 138
- Montlosier, François-Dominique de Reynaud,
Comte de 104
- Moreau
– Jean Victor 45, 61
– Jacob-Nicolaus 195
- Müller, Johannes v. 113
- Müller, Rainer A.* 264
- Münch, Ernst* 163
- Müntzer, Thomas 30
- Murhard 230
- Napoleon I. Bonaparte XIII, XVII, 61, 102,
104, 107–112, 115 f., 122 f., 128 ff., 132, 134,
136 f., 139 f., 175, 184, 186, 211, 217 ff., 229,
232, 258, 263
- Nabuchodonosor 86
- Necker, Jacques 17, 213 f., 218
- Neumüller, Michael* 180, 189
- Nicolai, Friedrich 83, 85
- Niebuhr, Barthold Georg 161, 182
- Nomocrates, Christophile s. Erhard, Johann
Benjamin
- Novalis 103, 260
- Oberkamp, v. 44, 46, 57
- Ollivier, Emile 249
- O'Mahony 149
- Orléans
– Duc d' 167
– Duchesse d' 237
- Pahl, Johann Gottfried 129, 140
- Paine, Thomas 83 ff., 88 f., 96
- Palm, Jakob Philipp 125
- Pasquier 203, 206, 209
- Périer, Casimir 209, 231
- Pestalozzi, Johann Heinrich XV, 1–9, 30
- Peter der Große, Zar v. Rußland 86
- Pfeffel 23
- Pfeiffer, Friedrich 51
- Pfizer 161, 261
- Pius VI, Papst 68, 73 ff., 79
- Poirot d'Ogeron, Charlotte 158
- Polignac, Jules de 201, 238
- Posselt, Ernst Ludwig 252
- Pouthas, Charles-Hippolyte 75
- Prentout, Henri 76
- Press, Volker* 59 f., 141, 264
- Quinet, Edgar 250
- Rabaut-Saint-Etienne, Jean-Paul 21
- Ranke, Leopold v.* 161, 188
- Rebmann, Andreas Georg Friedrich 21, 95,
164
- Reboul, Pierre 144
- Rehberg, August Wilhelm 85, 90
- Reibeld, Philipp (s. auch Gleichen) 47, 51, 53,
55
- Reinhard, Carl Friedrich 253, 264
- Reinhold, Karl Leonhard 255, 257
- Rémusat 205 f.
- Renan, Ernest 155
- Reubell 36, 52 ff., 59

- Rhode, Philipp Franz Joseph Ritter v., gen.
Rhodius 33 f., 37 f., 46, 49, 51, 53, 57
Rhodius s. Rhode
Rhön-Werra v. 51
Richelieu, Armand Emmanuel du Plessis, Duc
de 144, 154, 198, 201, 203, 206, 209, 219
Riedenauer, Erwin 59 ff.
Robespierre, Maximilian-François Isidore de
4, 99, 101, 133, 149, 176, 184, 187, 190
Rodecker, Karl Anton (geadelt v. Rotteck)
158
Römer 161
Rotteck, Karl v. XIX, 123, 157, 180, 185 f.,
190 ff., 229 ff., 235
Rouelle, Pierre 71 f.
Rousseau, Jean Jacques 16, 28, 87, 97, 148,
155, 158
Roux, Jacques 248
Royer-Collard 206, 209
Rue, Gervais de la 80
Ruge, Arnold 259, 265
- Sainte-Beuve, Charles Augustin 101
Saint-Just, Louis Antoine Léon de 151
Salaberry 145, 147
Salm-Krautheim, Franz Wilhelm Fürst und
Altgraf zu 131
Sandoz-Rollin 35, 37, 52 f.
Sardanapale 86
Savigny, Friedrich Carl v. 130
Scheel, Heinrich 49
Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph 15
Schiller, Friedrich 17
Schirach 21
Schlegel, Friedrich 257 f.
Schleiermacher, Friedrich Ernst Daniel 265
Schlick, Joseph Heinrich Graf v. 34 f., 37 ff.
Schlözer, August Ludwig 23, 158, 161, 164,
252, 254
Schlosser, Friedrich Christoph 180, 186 ff.,
190 f.
Schmidt, Hans 118, 191
Schneider, E. 16
Schnetter 158
Schön 161
Schubart, Christian Friedrich Daniel XV,
11–31
Schuckmann 161
Schulin, Ernst 180
Schulz, W. 162
Schumann, Robert 228
Schwan 87
Schweighäuser 159
Serre, Hercule de 151, 205
- Sesmaisons 145
Sesmaisons, Friedrich 231
Shakespeare, William 17
Saint-Germain, Comte de 14
Sieburg, Heinz Otto 180, 188, 191
Siemann, Wolfram 31, 97, 140 f., 191, 235,
265
Sieveking 85
Siéyès, Emmanuel Joseph 4, 167, 265
Siméon, Joseph-Jérôme 113 f.
Simon, J. F. 16
Sismondi 159
Skalweit, Stephan 103 f., 142, 210, 248, 263
Soden, Julius Heinrich Graf v. 42, 51, 57
Sokrates 146
Srbik, Heinrich v. 158, 188
Stadler, Peter XIII, 9, 79, 96, 104, 156, 191,
210
Staël, Madame de 100, 148, 154, 206
Stäudlin, G. 29
Stein, Friedrich 45
Stein, Heinrich Friedrich Karl Freiherr vom
und zum 185
Stein, Lorenz v. 189, 226
Stephani 33, 37
Strobel 159
Suleau 148
Sully 215
Suratteau, Jean René 36, 53
- Talleyrand (-Périgord), Charles-Maurice de
101, 104
Teissier 159
Terail-Bayard, Joseph du 33, 37
Thibaut, Friedrich Anton Justus 130
Thiers, Louis-Adolphe 191, 231, 248
Tocqueville, Alexis de 4, 8, 263
Treitschke, Heinrich v. 180, 189, 230
Tulard, Jean 31, 61, 80, 103 f., 210
Turgot, Anne Robert, Baron de L'Aulne 182
- Uhland, Ludwig 161
- Vasse, Abbé 75
Vendœuvre, Leforestier de 66
Vierhaus, Rudolf 263–266
Vigny 237
Viktor-Emmanuel I., König v. Sardinien 211
Villèle, Joseph, Comte de 195, 207, 220
Villemain 159
Vitrolles 145, 204
Voltaire, François Marie Arouet de 101, 148,
155
Voss, Jürgen 9, 31, 61, 96, 191, 235, 249

- Wagner, Richard 249
Wanker 158
Wartensleben 46
Weber, Max 212
Wehler, Hans-Ulrich 121
Weidig 229
Weis, Eberhard 9, 30, 57, 59 ff., 103, 119, 121, 248
Wekhrlin, Ludwig 251
Welcker, Karl Theodor 123, 159 ff., 176, 230
Wessenberg, Ignaz Heinrich Karl Freiherr v. 159
Wieland, Christoph Martin 13, 16, 20 ff., 27 ff.
Winkopp, Peter Adolph 128, 140
Wittgenstein, Fürst 232
Wöllner, Johann Christoph 12
Yvert, Jean Benoit 155, 209 f., 248
Zimmermann
– Johann Georg XV f., 81–97
– Wilhelm 179, 187
Zorn, Wolfgang 59
Zwanziger, Friedrich Adolph v. 33–61

Orts- und Länderregister

- Aachen 59, 232
Aix-La-Chapelle (Aachen), Kongreß von
(29.9.–21.11.1818) 198
Amerika, Nordamerika 11, 57, 137, 253
Amiens 17
Amberg 52
Ansbach (Stadt) 39
Ansbach-Bayreuth (Markgrafschaft) 50, 60
Augsburg 11
Austerlitz, Schlacht von (2.12.1805) 109
- Baden 53, 112, 124
Bamberg 37, 44, 45
Basel (Bâle) 101
Basel, Sonderfrieden von (5.3.1795) 45, 60,
174
Bayern (Bavière) 60, 82, 112, 119, 122–125,
131 f., 235
Bayeux (Diözese) 71
Belgien 227
Berg 112, 118
Bergues-Dunkerque 241
Berlin 34, 159
Böhmen 45, 49
Bordeaux 253
Braunschweig 232, 234
Bremen (Brême) 83
Bretagne 214
- Caen XV
Caen (Universität) 63–80
Cotentin 71
Coutances (Diözese) 71
- Dänemark (Danemark) 86
Dauphiné 214
- Eichstätt 44
Elsaß (Alsace) 18, 254
England (Angleterre) 12, 57, 75, 135, 227,
254
Erbach (Grafschaft) 44
Evreux (Diözese) 71
Flandern (Flandre) 214
- Fleurus 99
Franche-Comté 18, 214
Franken 34, 40, 43 ff.
Frankfurt 44, 51, 125, 128, 139
Freiburg i. Br. 158 f.
- Genf (Genève) 47, 191, 261
Göttingen 254
Griechenland (Grèce) 86
Großbritannien s. England
Guyenne 214
- Halle 83
Hambacher Fest 158, 235
Hamburg 80
Hannover (Hanovre) 82, 84, 140, 232, 234
Hermanville 71
Hohenasperg (Gefängnis) 11 f., 29
Hohenlohe-Waldenburg 39
- Italien 86, 109 f., 119, 158
- Jemmapes 99, 172
Jena 56
- Kassel 112 f.
Koblenz (Coblence) 25
Köln 59, 142
Königshofen (Festung) 46
Kolmar (auch: Colmar) 23, 192
Königgrätz 230
Kurfürstentum 232
Kurpfalz 60
- Leipzig 27, 232
Lausanne 101
Lisieux (Diözese) 71
Lothringen 158
London 101
Ludwigsburg 11
Lyon 99, 232
- Mainz 44, 172
Marseille 99
Marburg 131

- Montbéliard 15, 18
 München 47

 Niederlande (Pays-Bas autrichiens) 44, 261
 Normandie 214
 Nürnberg 34, 37 f., 44 f., 47, 51, 53, 125

 Oberpfalz 38
 Obersonthem 11
 Österreich (Autriche) 26, 59, 110, 124, 159, 162
 Orléans 17

 Paris XV, 13 f., 17, 20, 22 f., 25, 29 f., 34 f., 43, 47, 51 f., 59, 74, 79, 87, 99, 112, 158 f., 174, 191 f., 263
 Paris, Frieden von (30. 5. 1814) 138
 Pfaffenhofen, Konvention von (7. 9. 1796) 60
 Pillnitz, Konvention von (27. 8. 1791) 25–27
 Polen (Pologne) 11, 227
 Portugal 86
 Prag 51
 Preßburg, Frieden von (26. 12. 1805) 109
 Preußen (Prusse) XVI, 26, 60, 86, 110, 122, 124, 141, 161 f., 182, 262
 Provence 214

 Quiberon 99

 Regensburg 44, 47
 Rastatt, Kongreß von (9. 12. 1797–23. 4. 1799) 174
 Reims 14, 105
 Remiremont 158
 Rhein XVII ff., 17, 38, 45
 Riquewihr 15, 18
 Rouen 17

 Rouen (Diözese) 71 f.
 Rußland (Russie) 86, 110

 Sardinien (Sardaigne) 100, 211
 Savoyen (Savoie) 100
 Séz (Diözese) 71
 Schillingsfürst 35
 Schwaben 45
 Schweinfurt 45
 Schweiz (Suisse) 22, 100, 158
 Spanien (Espagne) 61, 86, 110
 Sparta 1
 Straßburg 15 f., 18, 22 f., 29 f., 192
 Stuttgart 11, 128, 139

 Tilsit, Frieden von (9. 7. 1807) 110
 Toulon 146
 Trier 142
 Tübingen 15, 126, 128, 139
 Türkei (Turquie) 26, 86
 Turin 211

 Valmy 99, 102
 Varennes 13, 16, 25
 Vereinigte Staaten von Amerika s. Amerika

 Waterloo 217
 Wien (Vienne) 41, 44, 58, 158, 260
 Wiener Kongreß (18. 9. 1814–9. 6. 1815) 138, 259
 Westfalen XVI, 112 ff., 118 f., 124, 131, 135
 Württemberg 15, 29, 44, 53, 112, 119, 124–127, 131, 229
 Würzburg 37, 45 f., 52 f.

 Zürich 1, 5, 7, 9

Schriften des Historischen Kollegs

- Kolloquien*
- 1 Heinrich Lutz (Herausgeber)
Das römisch-deutsche Reich im politischen System Karls V.
1982, XII, 288 S.
ISBN 3-486-51371-0
 - 2 Otto Pflanze (Herausgeber)
Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches
1983, XII, 304 S.
ISBN 3-486-51481-4
 - 3 Hans Conrad Peyer (Herausgeber)
Gastfreundschaft, Taverne und Gasthaus im Mittelalter
1983, XIV, 275 S.
ISBN 3-486-51661-2
 - 4 Eberhard Weis (Herausgeber)
Reformen im rheinbündischen Deutschland
1984, XVI, 310 S.
ISBN 3-486-51671-X
 - 5 Heinz Angermeier (Herausgeber)
Säkulare Aspekte der Reformationszeit
1983, XII, 278 S.
ISBN 3-486-51841-0
 - 6 Gerald D. Feldman (Herausgeber)
Die Nachwirkungen der Inflation
auf die deutsche Geschichte 1924–1933
1985, XII, 407 S.
ISBN 3-486-52221-3
 - 7 Jürgen Kocka (Herausgeber)
Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert.
Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich
1986, XVI, 342 S.
ISBN 3-486-52871-8
 - 8 Konrad Repgen (Herausgeber)
Krieg und Politik 1618–1648.
Europäische Probleme und Perspektiven
1988, XII, 454 S.
ISBN 3-486-53761-X
 - 9 Antoni Mączak (Herausgeber)
Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit
1988, X, 386 S.
ISBN 3-486-54021-1

Schriften des Historischen Kollegs

- Kolloquien* 10 Eberhard Kolb (Herausgeber)
Europa vor dem Krieg von 1870.
Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch
1987, XII, 220 S.
ISBN 3-486-54121-8
- 11 Helmut Georg Koenigsberger (Herausgeber)
Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit
1988, XII, 323 S.
ISBN 3-486-54341-5
- 12 Winfried Schulze (Herausgeber)
Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität
1988, X, 416 S.
ISBN 3-486-54351-2
- 13 Johanne Autenrieth (Herausgeber)
Renaissance- und Humanistenhandschriften
1988, XII, 214 S. mit Abbildungen.
ISBN 3-486-54511-6
- 14 Ernst Schulin (Herausgeber)
Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg
(mit Beiträgen von V. Berghahn, W. Berthold, R. Bichler,
A. Dieckmann, F. Fellner, K. Kwiet, J. Kudrna, G. Lozek,
H. Möller, K. Schreiner, W. Schulze, P. Stadler, H. Wolfram),
1989, XI, 303 S.
ISBN 3-486-54831-X
- 15 Wilfried Barner (Herausgeber)
Tradition, Norm, Innovation.
Soziales und literarisches Traditionsverhalten in der Frühzeit
der deutschen Aufklärung
(mit Beiträgen von Th. Anz, K. O. Frhr. v. Aretin, L. Boehm,
W. Busch, G.-L. Fink, G. Frühsorge, K. S. Guthke, N. Hammer-
stein, U. Herrmann, R. Krebs, W. Martens, M. Menhennet,
W. Schmidt-Biggemann, B. A. Sørensen, M. Stolleis)
1989, XXV, 370 S.
ISBN 3-486-54771-2
- 16 Hartmut Boockmann (Herausgeber)
Die Anfänge der Stände in Preußen und seinen Nachbarländern
(in Vorbereitung)
ISBN 3-486-55840-4
- 17 John C. G. Röhl (Herausgeber)
Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte
1991, XIV, ca. 390 S.
ISBN 3-486-55841-2

Schriften des Historischen Kollegs

- Kolloquien** 18 Gerhard A. Ritter (Herausgeber)
Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung.
Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und
Sozialmilieu des Kaiserreichs
(mit Beiträgen von F. Boll, M. Cattaruzza, D. Fricke, D. Hertz-
Eichenrode, B. Mann, M. Niehuss, G. A. Ritter, K. Rohde, A. v.
Saldern, K. Schönhoven, W. H. Schröder, P. Steinbach, P. C. Witt)
1990, XXI, 461 S.
ISBN 3-486-55641-X
- 19 Roger Dufraisse (Herausgeber)
Revolution und Gegenrevolution 1789–1830.
Zur geistigen Auseinandersetzung in Frankreich und Deutschland
(mit Beiträgen von H. Berding, G. de Bertier de Sauvigny, P.-A.
Bois, M. Botzenhart, H. Brandt, M. Bruguière, J. Clédière, R. Du-
fraisie, F. L'Huillier, J. Laspougeas, E. Riedenauer, W. Siemann, P.
Stadler, J. Tulard, R. Vierhaus, J. Voss, J. B. Yvert)
1991, XIX, 274 S.
ISBN 3-486-55844-7
- 20 Klaus Schreiner (Herausgeber)
Laienfrömmigkeit in sozialen und politischen Zusammenhängen
des späten Mittelalters
(mit Beiträgen von P. Bange, W. Brückner, K. Hoffmann, V. Hone-
mann, E. Kovács, F. Machilek, A. Mischlewski, F. Rapp, H. Rü-
thing, K. Schreiner, G. Steer, A. G. Weiler)
(in Vorbereitung)
ISBN 3-486-55902-8
- 21 Jürgen Miethke (Herausgeber)
Das Publikum politischer Theorie im 14. Jahrhundert
(mit Beiträgen von J. Coleman, C. Fasolt, Chr. Flüeler, J.-Ph. Genet,
M. Kerner, J. Krynen, R. Lambertini, B. Michael, J. Miethke, K. J.
Pennington, D. Quaglioni, K.-V. Selge, F. Šmahel, T. Struve,
K. Walsh, H. G. Walther)
(in Vorbereitung)
ISBN 3-486-55898-6
- 22 Dieter Simon (Herausgeber)
Ein Fleisch, ein Gut?
Aspekte des Familienvermögens in den Rechtskulturen der griechi-
schen Polis, der Spätantike und des byzantinischen Mittelalters
(mit Beiträgen von J. Beukamp, L. Burgmann, M. Th. Fögen,
F. Gloria, V. Kravari, R. Macrides, E. Papagianni, A. Schminck,
W. Selb, G. Thür, S. Troianos)
(in Vorbereitung)
ISBN 3-486-55885-4

Schriften des Historischen Kollegs

Sonderpublikation

Horst Fuhrmann (Herausgeber)
Die Kaulbach-Villa als Haus des Historischen Kollegs.
Reden und wissenschaftliche Beiträge zur Eröffnung,
1989, XII, 232 S.
ISBN 3-486-55611-8

Schriften des Historischen Kollegs

- Vorträge*
- 1 Heinrich Lutz
Die deutsche Nation zu Beginn der Neuzeit. Fragen nach dem Gelingen und Scheitern deutscher Einheit im 16. Jahrhundert, 1982, IV, 31 S.
 - 2 Otto Pflanze
Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, 1982, IV, 39 S.
 - 3 Hans Conrad Peyer
Gastfreundschaft und kommerzielle Gastlichkeit im Mittelalter, 1983, IV, 24 S.
 - 4 Eberhard Weis
Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des ersten Empire (1799–1815), 1984, 41 S.
 - 5 Heinz Angermeier
Reichsreform und Reformation, 1983, IV, 76 S.
 - 6 Gerald D. Feldman
Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23, 1984, IV, 41 S.
 - 7 Erich Angermann
Abraham Lincoln und die Erneuerung der nationalen Identität der Vereinigten Staaten von Amerika, 1984, IV, 33 S.
 - 8 Jürgen Kocka
Traditionsbindung und Klassenbildung.
Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, 1987, 48 S.
 - 9 Konrad Repgen
Kriegslegitimationen in Alteuropa.
Entwurf einer historischen Typologie, 1985, 27 S.
 - 10 Antoni Mączak
Der Staat als Unternehmen.
Adel und Amtsträger in Polen und Europa in der Frühen Neuzeit, 1989, 32 S.
 - 11 Eberhard Kolb
Der schwierige Weg zum Frieden.
Das Problem der Kriegsbeendigung 1870/71, 1985, 33 S.
 - 12 Helmut Georg Koenigsberger
Fürst und Generalstände. Maximilian I. in den Niederlanden (1477–1493), 1987, 27 S.
 - 13 Winfried Schulze
Vom Gemeinnutz zum Eigennutz.
Über den Normenwandel in der ständischen Gesellschaft der Frühen Neuzeit, 1987, 40 S.

Schriften des Historischen Kollegs

- Vorträge* 14 Johanne Autenrieth
„Litterae Virgilianae“.
Vom Fortleben einer römischen Schrift, 1988, 51 S.
- 15 Tilemann Grimm
Blickpunkte auf Südostasien.
Historische und kulturalanthropologische Fragen zur Politik,
1988, 37 S.
- 16 Ernst Schulin
Geschichtswissenschaft in unserem Jahrhundert. Probleme und
Umriss einer Geschichte der Historie, 1988, 34 S.
- 17 Hartmut Boockmann
Geschäfte und Geschäftigkeit auf dem Reichstag im späten
Mittelalter, 1988, 33 S.
- 18 Wilfried Barner
Literaturwissenschaft – eine Geschichtswissenschaft?
1990, 42 S.
- 19 John C. G. Röhl
Kaiser Wilhelm II. Eine Studie über Cäsarenwahnsinn, 1989, 36 S.
- 20 Klaus Schreiner
Mönchsein in der Adelsgesellschaft des hohen und späten Mittelalters.
Klösterliche Gemeinschaftsbildung zwischen spiritueller Selbst-
behauptung und sozialer Anpassung, 1989, 68 S.
- 21 Roger Dufrasse
Die Deutschen und Napoleon im 20. Jahrhundert,
1991, 41 S.
- 22 Gerhard A. Ritter
Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich
in sozialgeschichtlicher Perspektive, 1989, 72 S.
- 23 Jürgen Miethke
Die mittelalterlichen Universitäten und das
gesprochene Wort,
1990, 48 S.
- 24 Dieter Simon
Lob des Eunuchen
(in Vorbereitung)

Schriften des Historischen Kollegs

- Vorträge* 25 Thomas Vogtherr
Der König und der Heilige. Heinrich IV., der heilige Remaklus und
die Mönche des Doppelklosters Stablo-Malmedy, 1990, 29 S.
- 26 Johannes Schilling
Gewesene Mönche. Lebensgeschichten in der Reformation, 1990, 36 S.

Schriften des Historischen Kollegs

Dokumentationen

- 1 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Erste Verleihung des Preises des Historischen Kollegs.
Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs,
1984, VI, 70 S., mit Abbildungen
- 2 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung
Horst Fuhrmann: Das Interesse am Mittelalter in heutiger Zeit. Beobachtungen und Vermutungen
Lothar Gall: Theodor Schieder 1908 bis 1984, 1987, 68 S.
- 3 Leopold von Ranke
Vorträge anlässlich seines 100. Todestages. Gedenkfeier der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft am 12. Mai 1986, 1987, 48 S.
- 4 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Zweite Verleihung des Preises des Historischen Kollegs.
Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs,
1987, 100 S., mit Abbildungen
- 5 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung
Thomas Nipperdey: Religion und Gesellschaft:
Deutschland um 1900, 1988, 29 S.
- 6 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung
Christian Meier, Die Rolle des Krieges im klassischen Athen,
1991, 55 S.
- 7 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Dritte Verleihung des Preises des Historischen Kollegs.
Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs,
1991, 122 S.
- 8 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Historisches Kolleg 1980–1990.
Vorträge anlässlich des zehnjährigen Bestehens und zum Gedenken an Alfred Herrhausen
1991 (in Vorbereitung)

Die Vorträge und Dokumentationen erscheinen nicht im Buchhandel; sie können über die Geschäftsstelle des Historischen Kollegs (Kaulbachstraße 15, 8000 München 22) bezogen werden.